

DAS EIGENKAPITAL DER KREDITINSTITUTE

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der

Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main

vorgelegt von

Dipl.-Kfm. Joachim von Köppen
aus Berlin

1964

DAS EIGENKAPITAL DER KREDITINSTITUTE



Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der

Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main

vorgelegt von

Dipl.-Kfm. Joachim von Köppen
aus Berlin

1964

Erstgutachter : Prof. Dr. K.F. Hagenmüller

Zweitgutachter: Prof. Dr. Karl Hax

Tag der mündlichen Prüfung: 16.12.1964

Tag der Promotion: 16.12.1964



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546412_0026

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung	10
Hauptteil	15
Teil I : Theoretische Grundlegung des Eigenkapitals	15
A. Der Kapitalbegriff in den Wirtschafts- wissenschaften	15
I. Allgemeine Vorbemerkungen	15
II. Volkswirtschaftliche Betrachtungsweise des Kapitalbegriffs	15
1. Güterwirtschaftliche Kapitalauf- fassungen	17
2. Geldwirtschaftliche Kapitalauf- fassungen	20
III. Betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise des Kapitalbegriffs	24
1. Güterwirtschaftliche Kapitalauf- fassungen	25
2. Geldwirtschaftliche Kapitalauf- fassungen	29
a) Kapital als abstrakte Rechengröße	31
b) Kapital als konkretes Finanzierungs- mittel	33
B. Die Begriffsbestimmung des Eigenkapitals	39
I. Rechtstheoretische Ansatzpunkte für den Eigenkapitalsbegriff	39
II. Kapitaltheoretische Ansatzpunkte für den Eigenkapitalbegriff	44
C. Die betriebswirtschaftlichen Kriterien des Eigenkapitals	47
I. Der Umfang der Kapitalhaftung	48
II. Die Dauer der Kapitalüberlassung	54
III. Die Mitwirkung bei der Geschäftsführung...	57
IV. Die Beteiligung am Geschäftsergebnis.....	67
D. Die Ermittlung des Eigenkapitals.....	70

Teil II : <u>Wesen und Struktur des Eigenkapitals</u> <u>der Kreditinstitute</u>	Seite 75
A. Die Begriffsbestimmung des haftenden Eigenkapitals im Kreditwesengesetz	75
I. Die Lehren der Bankenkrise im Hinblick auf die Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute	75
II. Das "haftende Eigenkapital" des Kreditwesengesetzes	81
B. Die Zusammensetzung des Eigenkapitals der Kreditinstitute	91
I. Das Grundkapital	92
1. Das Geschäftskapital der Privatbankiers	94
2. Das Grund- und Stammkapital der Aktien- und GmbH-Banken	95
3. Die Geschäftsguthaben der Genossen- schaftsbanken	96
4. Das Dotationskapital öffentlich- rechtlicher Kreditinstitute	97
II. Das Ergänzungskapital	100
1. Die Rücklagen	100
a) offene Rücklagen	101
aa) gesetzliche Rücklagen	101
bb) statutarische Rücklagen	104
cc) freie Rücklagen	106
b) stille Rücklagen	110
aa) gesetzlich erzwungene stille Rücklagen	115
bb) freiwillig gebildete stille Rücklagen	116
(1) Ermessensrücklagen	116
(2) Willkürrücklagen	117
2. Der Reingewinn	125
III. Das Gewährleistungskapital	128
1. Ausstehende Einzahlungen auf das Grund- und Stammkapital, die Geschäftsanteile und die Kommanditeinlagen	129
2. Freies Vermögen der Inhaber von Privatbankfirmen	131
3. Haftsummenzuschläge bei Kreditgenossenschaften	135
Exkurs: Gewährträgerhaftung für öffentlich- rechtliche Kreditinstitute	140

	Seite
IV. Die Eigenkapital-Surrogate	142
1. Sonderwertberichtigungen nach §§ 7 c, d, EStG	153
2. Sammelwertberichtigungen	156
Exkurs: Haftende Mittel	160
Teil III: <u>Aufgaben des Eigenkapitals in der</u>	
<u>Kreditwirtschaft</u>	163
A. Allgemeine Vorbemerkungen	163
I. Die Bedeutung des Eigenkapitals in der Wirtschaft	163
II. Die Behandlung der Eigenkapital- funktionen in der Literatur	166
B. Das Eigenkapital als Ausgangspunkt und Richtgröße für die Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute in entwicklungs- geschichtlicher Betrachtung	171
I. Die Bedeutung des Eigenkapitals für die Geschäftstätigkeit in der Entstehungs- periode des modernen Bankwesens (1848-1870)	171
II. Der Funktionswandel des Eigenkapitals als Konsequenz der veränderten Geschäftsstruk- tur und außerordentlicher gesamtwirt- schaftlicher Entwicklungen	181
1. Der Zeitraum von 1870 - 1914	181
2. Der Zeitraum von 1914 - 1934	196
III. Die Rolle des Eigenkapitals in der geschichtlichen Entwicklung kommunaler Sparkassen	207
IV. Die Stellung des Eigenkapitals in der geschäftlichen Entwicklung der Kredit- genossenschaften	221
C. Das Eigenkapital als Ausgangspunkt und Richtgröße für die Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute in seiner gegenwärtigen Bedeutung	238
I. Die Bedeutung des Eigenkapitals für die Aufnahme der Geschäftstätigkeit	238
II. Die Bedeutung des Eigenkapitals als Maß- stab für das Geschäftsvolumen	248
1. Begrenzung der Höhe des Pfandbriefumlaufs	254
2. Begrenzung der Höhe der Verbindlichkeiten	256

	Seite
3. Begrenzung der Höhe des Kreditvolumens	258
a) Gesamtkreditvolumen	258
b) Refinanzierungsfähiges Kreditvolumen	267
c) Großkredite	279
Teil IV: <u>Bestimmungsfaktoren einer angemessenen Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute</u>	
	287
A. Einführung in das Problem	287
B. Gesetzlich und administrativ fixierte Angemessenheitsvorstellungen der Bankpraxis	293
I. Auf das Passivgeschäft bezogene Eigenkapitalrelationen	293
1. Eigenkapital in vH der Gesamtverpflichtungen	294
2. Sicherheitsrücklagen in vH der Gesamtverpflichtungen	299
3. Eigenkapital in vH des Pfandbriefumlaufs	303
II. Auf das Aktivgeschäft bezogene Eigenkapitalrelationen	308
1. Eigenkapital in vH des Kreditvolumens ...	308
C. Betriebswirtschaftliche Kriterien einer angemessenen Eigenkapitalausstattung	311
I. Die Forderung nach einem angemessenen Eigenkapital als geschäftspolitisches Problem der Kreditinstitute	311
1. Die betriebswirtschaftliche Relevanz der Angemessenheitsentscheidung	311
2. Die Angemessenheitsmaxime und die Prinzipien der Geschäftspolitik	313
a) Das Gewinnstreben als oberstes Prinzip der Geschäftspolitik	314
b) Das Sicherheitsstreben als abgeleitetes Prinzip der Geschäftspolitik	317
3. Die Einordnung der Angemessenheitsforderung in die geschäftspolitischen Zielvorstellungen eines Kreditinstitutes	319
II. Einflußfaktoren der Angemessenheitsentscheidung, die aus dem <u>Sicherheitsstreben</u> der Kreditinstitute resultieren	322
1. Die bankbetrieblichen Risiken und ihre Beziehung zur Garantiefunktion des Eigenkapitals	322

2. Die Zusammenhänge zwischen vorbeugen- der Sicherheitspolitik und Eigenkapi- talausstattung	Seite 329
a) Liquiditätsrisiko	329
b) Risiken des Kredit-, Effekten- und Devisengeschäfts	335
3. Die Zusammenhänge zwischen abschirmender Sicherheitspolitik und Eigenkapital- ausstattung	347
III. Einflußfaktoren der Angemessenheitsent- scheidung, die aus dem <u>Gewinnstreben</u> der Kreditinstitute resultieren	350
1. Die Zusammenhänge zwischen Gewinner- zielung und Eigenkapitalausstattung	350
2. Die Zusammenhänge zwischen Gewinnaus- schüttung und Eigenkapitalausstattung ..	353
IV. Das Problem einer optimalen Bemessung der Eigenkapitalausstattung in Abhängigkeit von Sicherheitsanspruch und Rentabilitäts- erfordernis eines Kreditinstituts	356
V. Die Beurteilung von Grundsatz I im Hin- blick auf das Optimierungsproblem und die wesentlichen Kriterien der Angemessen- heitsentscheidung	363
1. Die Grenzen einer normativen Regelung...	363
2. Die Erfassung der Risikostruktur	365
a) Die Risiken des Kreditgeschäfts	367
b) Die Risiken des Effektengeschäfts ...	379
3. Die Berücksichtigung der Anlagen- intensität	384
4. Die Einbeziehung der Gewinnbeteiligungs- ansprüche	386
Teil V: <u>Umfang und Formen der Eigenkapitalbildung bei den Kreditinstituten</u>	395
A. Statistische Übersicht der Eigenkapitalbildung bei den Bankengruppen seit der Währungsreform	395
I. Eigenkapitalpublizität der Kreditwirtschaft	395
1. Notenbankstatistik	395
2. Verbandsstatistik	403
3. Angaben in den Geschäftsberichten	405
II. Die absolute Entwicklung des Eigenkapitals bei den Bankengruppen	411
III. Die relative Entwicklung des Eigenkapitals bei den Bankengruppen	417

	Seite
B. Die Möglichkeiten der externen Eigenkapitalbildung	418
I. Begriff und Wesen der externen Eigenkapitalbildung	418
II. Formen der externen Eigenkapitalbildung bei den Bankengruppen	421
1. Privatbankiers	421
a) Erhöhung der Einlagen von Geschäftsinhabern	422
b) Eintritt weiterer Geschäftsinhaber	424
c) Erhöhung der Kommanditeinlagen	427
d) Eintritt weiterer Kommanditisten	427
2. GmbH-Banken	428
a) Übernahme weiterer Stammeinlagen durch die Gesellschafter	430
b) Beitritt neuer Gesellschafter	430
3. Aktienbanken	431
a) Erhöhung des Grundkapitals unter Inanspruchnahme des Kapitalmarkts.....	432
b) Erhöhung des Grundkapitals ohne Inanspruchnahme des Kapitalmarkts.....	461
4. KGaA-Banken	464
a) Erhöhung des Kommanditkapitals	466
b) Einlagen von persönlich haftenden Gesellschaftern	467
5. Genossenschaftsinstitute	467
a) Übernahme weiterer Geschäftsanteile durch die Genossen	468
b) Beitritt neuer Mitglieder	471
6. Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute	473
a) Erhöhung des Dotationskapitals	473
C. Die Möglichkeiten der internen Eigenkapitalbildung	479
I. Begriff und Wesen der internen Eigenkapitalbildung	479
II. Formen der internen Eigenkapitalbildung bei den Bankengruppen	480
1. Sichtbare Eigenkapitalbildung	480
a) Personengesellschaften	480
b) Kapitalgesellschaften	481
c) Genossenschaften	484
d) Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute..	489

	Seite
2. Unsichtbare Eigenkapitalbildung	492
a) nicht publizitätspflichtige Kreditinstitute	492
b) publizitätspflichtige Kredit- institute	493
S c h l u ß b e t r a c h t u n g :	512
Literaturverzeichnis	516
Abkürzungsverzeichnis	532
Lebenslauf	534

Einleitung

Wenn die Anzeichen nicht trügen, befindet sich die deutsche Wirtschaft jetzt in einer Periode ihrer Nachkriegsentwicklung in der die stürmische Expansion, die für die fünfziger Jahre bestimmend war, in ein verlangsamtes und differenziertes Wachstum übergegangen ist. In einer solchen Situation gewinnt finanzwirtschaftliches Denken gegenüber leistungswirtschaftlichen Erwägungen den Vorrang. Bei vielen Unternehmungen beherrscht nicht mehr unbedingt die ständige Kapazitätserweiterung, sondern die Konsolidierung des bisher Erreichten die Überlegungen der Geschäftsleitung. Dabei rückt die Frage nach einer gesunden Finanzstruktur, insbesondere einer für das Geschäftsvolumen tragfähigen Eigenkapitalbasis, in den Mittelpunkt.

Über die Eigenkapitalausstattung der deutschen Industrie-Aktiengesellschaften kam es in letzter Zeit auf wissenschaftlichen Tagungen¹⁾, in Veröffentlichungen von Banken²⁾, des Statistischen Bundesamtes³⁾ und der Wirtschaftspresse⁴⁾ sowie im Zusammenhang mit der neu aufgelebten Diskussion

-
- 1) Wirtschaftswissenschaftliche Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Luzern, September 1962; vgl. Lipfert, H., Wandlungen von Kapitalstruktur und Finanzierungsformen deutscher Industrie-Aktiengesellschaften, in: Neumark, F. (Herausgeber) Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, 2. Bd., Berlin 1964, S. 576 ff.; Arbeitstagung der Schmalenbach-Gesellschaft, Köln, März 1963; vgl. Schwantag, K., Eigenkapital als Risikoträger, in: ZfhF N.F. 1963, S. 218 ff.; Kühnen, H., Eigenkapital bei Personen- und Kapitalgesellschaften, in: ZfhF N.F. 1963, S. 231 ff.
 - 2) Vgl. Bankhaus I.D. Herstatt KGaA, Börse-Kapitalmarkt v. 18.7.1962; Commerzbank AG, Bericht der Volkswirtschaftlichen Abteilung Nr. 57 v. 25.10.1962; Deutsche Bank AG Wirtschaftliche Mitteilungen 3/1962 und 3/1963
 - 3) Vgl. Wirtschaft und Statistik 4/1962, S. 218
 - 4) Vgl. Eick, J., Reicht das Eigenkapital? in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 183 v. 9.8.1962, S. 13; Baumann, C., Kapitalarme deutsche Industriebilanzen, in: Handelsblatt Nr. 183 v. 24.9.1962, S. 9

um die Selbstfinanzierung¹⁾ zu einer gründlichen Erörterung. Übereinstimmend wurde beim Vergleich der Bilanzstrukturen deutscher und ausländischer Industriegesellschaften festgestellt, daß die deutschen Aktiengesellschaften unterkapitalisiert seien und eine höhere Krisenanfälligkeit zeigten, deshalb zur Beseitigung dieser Kapitalschwäche eine Verbreiterung der Eigenkapitalbasis dringend erforderlich sei.

Gilt ein Absinken des bilanzmäßig ausgewiesenen Eigenkapitals bei den Aktiengesellschaften der Industrie auf knapp 40 % der Bilanzsumme bis Ende 1960 als besorgniserregend, so müßte eine weitere Reduzierung bis auf etwa 10 oder sogar 5 % der Bilanzsumme als Zeichen einer nicht mehr vertretbaren Verschuldung angesehen werden. Ein Eigenkapitalanteil in dieser Höhe wäre als Durchschnittsgröße überhaupt nur theoretisch denkbar. Eine derartig niedrige Eigenkapitalquote findet sich indessen heute bei Bank-Aktiengesellschaften, ohne als alarmierendes Zeichen angesehen zu werden. Das Eigenkapital aller Kreditinstitute erreichte Ende 1962 noch nicht einmal 5 Prozent der Bilanzsumme.

An diese Feststellung knüpft sich die Frage, worin wohl die andersgeartete Bedeutung des Eigenkapitals bei den Kreditinstituten liegen könnte, insbesondere welche Funktion ein derartig geringes Eigenkapital zu erfüllen vermag und wie sich seine Angemessenheit bestimmen läßt. In der Bankbetriebslehre fehlt bisher eine grund-

1) Vgl. Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim BMW vom 15./16.2.1963 über die Selbstfinanzierung bei verlangsamten wirtschaftlichen Wachstum (Bundesanzeiger vom 22.3.1963); Abs. H.J., Selbstfinanzierung bei verlangsamten wirtschaftlichen Wachstum, Ausführungen auf der Hauptvers. der Deutschen Bank AG vom 8.5.1963 in Düsseldorf

sätzliche Erörterung der mit dem Eigenkapital verbundenen Probleme. Eisfeld¹⁾ sieht als Gründe für die Vernachlässigung einer theoretischen Klärung des Bankeigenkapitals in der Literatur an, daß entweder sein Vorhandensein für selbstverständlich gehalten wird oder die besonderen Probleme nicht erkannt bzw. als nebensächlich betrachtet werden. In den letzten Jahren sind nunmehr eine Reihe wichtiger Voraussetzungen für eine umfassende Untersuchung der vielfältigen Aspekte des Bankeigenkapitals geschaffen worden. Seit dem 1.1. 1962 ist ein neues Gesetz über das Kreditwesen in Kraft, das in § 10 ein besonderes Verfahren zur Bestimmung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung vorsieht und das haftende Eigenkapital unterschiedlich nach der Rechtsform eines Kreditinstituts neu definiert. Erstmals im April 1962 fanden die Grundsätze über das Eigenkapital nach § 10 KWG bei den Kreditinstituten Anwendung. Nachdem bereits für einzelne Bankengruppen spezielle Eigenkapitalvorschriften erlassen wurden, verfügt das Bankgewerbe insgesamt damit erstmalig über detaillierte Bestimmungen über die Eigenkapitalausstattung, die auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen. Ferner wurde auch die Neufassung der wichtigsten Spezialgesetze der Kreditwirtschaft, die Eigenkapitalvorschriften enthalten, abgeschlossen. Nach den Sparkassengesetzen der Länder liegen nunmehr auch das Hypothekendarlehenbankgesetz, das Schiffspfandbriefgesetz und das Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten novelliert vor. Darüber hinaus wurden die bisherigen Ergebnisse der Reform zweier für das Kreditgewerbe so wichtiger Gesetze wie des Aktiengesetzes und des Genossenschaftsgesetzes veröffentlicht. Schließlich konnte die Eigenkapitalpublizität der Kreditinstitute verbessert werden. Geschäfts-

1) Vgl. Eisfeld, C., Probleme um das Eigenkapital der Kreditbanken, in: Die Unternehmung im Markt, Festschrift für Wilhelm Rieger, Stuttgart und Köln 1953, S. 103

berichte der Institute, Veröffentlichungen der Verbände und die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank enthalten ein umfangreiches empirisches Material, das eine Überprüfung der theoretisch gewonnenen Erkenntnisse zumindest teilweise gestattet. Im Rahmen der vom Bundestag beschlossenen Enquete über Wettbewerbsverschiebungen im Kreditgewerbe sieht das Arbeitsprogramm des Bundeswirtschaftsministerium¹⁾ auch eine Untersuchung über die Höhe des Eigenkapitals sowie das Verhältnis von erwirtschaftetem und ausgeschüttetem Gewinn zum Eigenkapital und Geschäftsvolumen vor. Mit den Resultaten dieser Enquete ist jedoch nicht vor 1965 zu rechnen.

Aufgabe dieser Abhandlung ist es, die Bedeutung der unterschiedlichen Erscheinungsformen des Bankeigenkapitals zu untersuchen und die wesentlichsten Kriterien seiner Angemessenheit zu bestimmen. Die Arbeit beschränkt sich dabei, soweit sie die gegenwärtigen Verhältnisse berücksichtigt, auf die Kreditinstitute der Bundesrepublik einschließlich West-Berlins. Sie folgt der Unterteilung der Kreditinstitute in Bankengruppen, wie sie die Deutsche Bundesbank in ihrer monatlichen Bilanzstatistik vornimmt. In die Untersuchung werden alle privat- und öffentlich-rechtlichen Institute einbezogen, die ihre Geschäfte nach bankmäßigen Grundsätzen abwickeln müssen. Dazu zählen die Kreditbanken mit den Untergruppen Großbanken, Staats-, Regional- und Lokalbanken sowie Privatbankiers; die Institute des Sparkassenwesens, Sparkassen und Girozentralen; die Institute des Genossenschaftswesens, Kreditgenossenschaften und Zentralkassen; ferner die Realkreditinstitute, private Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten. Außerhalb der

1) Abgedruckt als Beilage zum Bank-Betrieb 10/1963

Betrachtung bleiben Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, Teilzahlungskreditinstitute, Kapitalanlagegesellschaften, Kassenvereine und "Sonstige Kreditinstitute".¹⁾

Die vorliegende Arbeit untersucht zunächst in einem einführenden Teil das Wesen des Eigenkapitals unabhängig von den besonderen kreditwirtschaftlichen Zusammenhängen, da sie sich nicht auf eine entsprechende Ausarbeitung der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre stützen kann. Daran schließt sich in Teil II eine Analyse der komplexen Struktur des Eigenkapitals bei den Kreditinstituten an. Teil III erläutert die besonderen Aufgaben des Bankeigenkapitals in Vergangenheit und Gegenwart. Mit den Bestimmungsfaktoren einer angemessenen Eigenkapitalausstattung bei den Kreditinstituten setzt sich Teil IV auseinander. Der abschließende Teil gibt einen Überblick über Umfang und Formen der Eigenkapitalneubildung bei den Kreditinstituten seit der Währungsreform.

1) Zur Charakteristik der einzelnen Institutsgruppen vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, Wiesbaden 1959, S. 19 ff.

Teil I: Theoretische Grundlegung des Eigenkapitals

A. Der Kapitalbegriff in den Wirtschaftswissenschaften

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Bevor wir uns speziell dem Eigenkapital und dessen Bedeutung in kreditwirtschaftlichen Zusammenhängen zuwenden, scheint es unerlässlich zu sein, sich mit dem Inhalt dessen vertraut zu machen, was in den Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftspraxis unter "Kapital" verstanden wird. Ein Einblick in das Kapitalphänomen als Ganzes bietet einen wertvollen Ausgangspunkt für die Grundlagen einer Untersuchung, die auf einen bestimmten Teilaspekt beschränkt bleibt.

Der Kapitalbegriff der Wirtschaftswissenschaften spiegelt eine Vielzahl unterschiedlicher Deutungen wider, in denen sich Wandlungen grundsätzlicher Art erkennen lassen. Er zählt zu den Begriffen, der in beiden wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen, in der Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre, anzutreffen ist. Die Volkswirtschaftslehre weist ein traditionsreiches Lehrgebäude des Kapitalbegriffs auf, dessen Beziehung zum praktischen Verständnis des Kapitals jedoch vielfach verloren gegangen ist. In der Betriebswirtschaftslehre als der jüngeren und praxisnäheren Disziplin hat der Kapitalbegriff weniger umfangreiche Wandlungen erfahren, die zu dem stärker von pragmatischen Überlegungen bestimmt wurden.

Ziel dieser Untersuchung soll es nicht sein, einen Überblick über die Kapitalauffassungen in gesamt- und einzelwirtschaftlicher Sicht zu geben. Auch ist nicht beabsichtigt, einen entwicklungsgeschichtlichen Abriss

der verschiedenen Konzeptionen vorzunehmen. Versucht werden soll hingegen, zur Erkenntnis von Zusammenhängen zu gelangen, die das leichtere Einordnen des Eigenkapitals ermöglichen. Zu diesem Zweck wird der Begriffsinhalt des Kapitals unter zwei für das Wirtschaftsleben charakteristischen Denkweisen, der güter- und geldwirtschaftlichen Betrachtung, untersucht. Die Beiträge der Volkswirtschaftslehre zur Begriffsentwicklung des Kapitals sollen nicht unberücksichtigt bleiben, wenn auch das Schwergewicht, dem Charakter der Arbeit entsprechend, auf den betriebswirtschaftlichen Interpretationen liegt.

II. Volkswirtschaftliche Betrachtungsweise des Kapitalbegriffs

In der traditionellen Volkswirtschaftslehre ist eine dualistische Deutung des Kapitalphänomens vorherrschend. Dem wissenschaftlichen Kapitalbegriff werden sowohl "produzierte Produktionsmittel" als auch "Erwerbskapital" zugeordnet. Gemeinsames Kennzeichen des Kapitals in der doppelten Bedeutung als Produktiv- und Erwerbskapital ist die Tatsache, daß es sich in beiden Fällen um einen Gütervorrat handelt. Unter Kapital wird infolgedessen stets Real- oder Sachkapital verstanden, wenn von "produzierten Produktionsmitteln" oder von "Erwerbskapital" die Rede ist. Einen Übergang von güter- zu geldwirtschaftlichen Auffassungen bilden Vorstellungen, die im Erwerbskapital nicht mehr die Sachgüter selbst, sondern den Geldwert der Sachgüter erblicken wollen. Doch erst die neuere Theorie vermag sich im Zusammenhang mit dem Kapitalbegriff völlig von güterwirtschaftlichem Denken zu lösen. Sie sieht im Kapital weder Sachkapital, noch eine in Geldeinheiten ausgedrückte Abstraktion des Sachkapitals, sondern faßt es im Sinne des konkreten Geldkapitals auf. Kapital ist eine Geldsumme, ein Be-

stand an Finanzierungsmitteln, der eine bestimmte Funktion zu erfüllen hat. An die Stelle der realen Kapitaldeutung ist die monetäre Erklärung getreten.

1. Güterwirtschaftliche Kapitalauffassungen

Eine Systematisierung der vielfältigen Aspekte, die zur Kennzeichnung des Kapitals als einem Inbegriff von Gütern in der Literatur vorgetragen wurden, verdanken wir B ö h m - B a w e r k, der selbst ein hervorragender Vertreter der realen Kapitalinterpretation gewesen ist.¹⁾ Er versteht unter Kapital einmal "einen Vorrat von Produkten, welche ihrem Eigner als Mittel privatwirtschaftlichem Erwerbes oder zur Bildung von Einkommen dienen" und belegt diesen Teilaspekt mit der Bezeichnung "Erwerbskapital" oder "privatwirtschaftliches Kapital"²⁾. Zum anderen definiert Böhm-Bawerk Kapital als "einen Vorrat von Produkten, welche als Mittel einer ferneren Produktion dienen"²⁾. Für diese Variante gibt er die Termini "produzierte Produktionsmittel", "Produktivkapital" oder "volkswirtschaftliches Kapital" an. Böhm-Bawerk³⁾ weist darauf hin, daß die klassische Volkswirtschaftslehre seit Adam Smith insbesondere mit der zweiten Vorstellung (Kapital = produzierte Produktionsmittel) gearbeitet und den älteren und umfassenderen Begriff des Erwerbskapitals in den Hintergrund drängte. Erst Rodbertus und Adolph Wagner haben wieder auf den ursprünglich dualistischen Kapitalbegriff zurückgegriffen und dessen Elemente streng voneinander geschieden.

1) Vgl. Böhm-Bawerk, E., Kapital und Kapitalzins, 4. Aufl. Jena 1921, Bd. I: Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorie; Bd. II: Positive Theorie des Kapitals

2) Böhm-Bawerk, E., Kapital, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Aufl. Jena 1900, S. 19

3) Böhm-Bawerk, E., Kapital, S. 20

Das Verständnis des Kapitals als einer güterwirtschaftlichen Größe wurzelt in der klassischen Wirtschaftstheorie¹⁾. In den Gleichgewichtsmodellen der Klassik geht es ausschließlich um Vorgänge der Güterwelt. Geldwirtschaftliche Überlegungen, die in diesem Zusammenhang auftreten könnten, bleiben durch die Prämisse des neutralen Geldes ausgeschaltet. In ihnen wird ein Geldschleier gesehen, der dazu angetan ist, das wahre Bild zu trüben. Der Analyse des Produktionsprozesses, wie sie die traditionelle Theorie vornimmt, liegt die Annahme zugrunde, die Wirtschaftssubjekte würden frei von Geldillusion handeln. Das führt dazu, daß Kapital mit konkreten Gütern gleichgesetzt werden kann. Das Kapital setzt sich aus einzelnen Kapitalgütern zusammen, zu denen Rohstoffe, Werkzeuge, Geräte und Maschinen gehören. Als produzierte Produktionsmittel stellen die Kapitalgüter ein abgeleitetes Produktionselement dar und werden den beiden ursprünglichen Produktionsfaktoren, Arbeitsleistung und Boden, gegenübergestellt. Durch Mitwirkung des dritten Produktionsfaktors neben den beiden originären Produktionsfaktoren erhöht sich die technische Ergiebigkeit des Produktionsprozesses. In diesem Fall werden Konsumgüter nicht unmittelbar bereitgestellt, sondern zunächst Güter produziert, die nach weiterer Bearbeitung zu Konsumgütern ausreifen bzw. beim Bearbeitungsprozeß zur Güterherstellung mitwirken. Diesen Vorgang der die Produktivität erhöhenden Erzeugung, die erst mittelbar der Bereitstellung von Konsumgütern dient, kennzeichnet Böhm-Bawerk als das Einschlagen von Produktionsumwegen. Die einzelnen Instrumente, die der Gütererzeugung dienen (Rohstoffe, Werkzeuge, Geräte, Maschinen) - die Zwischenprodukte der Produktionsumwege - bilden das Kapital der Volkswirtschaft.

1) Vgl. Sauermann, H., Kapitalbildung und Kapitalverwendung im volkswirtschaftlichen Wachstumsprozeß, in: Kapitalbildung und Kapitalverwendung, Berlin 1953, S. 29 f.

Ein enger Zusammenhang wird von der klassischen Theorie zwischen Produktiv- und Erwerbskapital gesehen. In der Entwicklung des Kapitalbegriffs trat zeitweilig eine Vermischung der beiden Begriffe und der mit diesen verbundenen Inhalte ein. Die beiden Verwendungszwecke - Mitwirkung bei der Produktion und Mitwirkung bei der Einkommenserzielung - wurden teilweise als übereinstimmend betrachtet. Der Grund hierfür mag darin gelegen haben, daß der Gütervorrat, der verbenden Zwecken dienen sollte, vorwiegend in produzierten Produktionsmitteln angelegt war; dennoch ist eine Identifizierung der beiden realen Kapitalkategorien, wie Böhm-Bawerk nachweist, unzulässig¹⁾. Gemeinsames Kennzeichen beider Teilbegriffe ist ihr Gutscharakter sowie die Tatsache, daß die das Kapital verkörpernden Güter keinen konsumtiven Zwecken dienen. Erwerbskapital soll die Funktion der Ertragserzielung erfüllen, d.h. der vorhandene Güterbestand hat dem weiteren Gütererwerb zu dienen. Das ist möglich durch seine Verwendung zur Produktion, zum Tausch, zur Vermietung oder zur Leihe. Die Aufgabe des Produktivkapitals besteht hingegen darin, ausschließlich der Produktion zu dienen. Dieser Vergleich zeigt, daß Erwerbskapital der weitere Begriff ist, der die produzierten Produktionsmittel einschließt. Erwerbskapital ist zugleich der ältere der beiden Teilbegriffe. Sein Anwendungsgebiet ist die Analyse des Verteilungsprozesses, d.h. er bildet die Bezugsgröße für die erzielte Kapitalrente, die neben Arbeitslohn, Grundrente und Unternehmergewinn zu den Einkommenskomponenten gehört. Als es sich für die Analyse des Produktionsprozesses als zweckmäßig herausstellte, die Betrachtung auf einen bestimmten Kreis von Gütern zu beschränken, wurde der Begriff des Produktivkapitals entwickelt. Besonders klar haben die

1) Vgl. Böhm-Bawerk, E., Kapital, S. 19 f.

unterschiedliche Bedeutung des Kapitals in distributions- und produktionstheoretischen Zusammenhängen Rodbertus und Adolph Wagner¹⁾ erkannt. Sie sehen in den "produzierten Produktionsmitteln" eine rein ökonomische, im "Erwerbskapital" eine historisch-rechtliche Kategorie. Produktivkapital ist eine Erscheinung, die unabhängig von der jeweils geltenden Wirtschafts- und Rechtsverfassung ist. Die Produktion jedes Wirtschaftssystems macht Produktionsmittel erforderlich. Erwerbskapital setzt jedoch eine Rechtsordnung voraus, die das private Eigentum an den Produktionsmitteln gewährleistet. Die güterwirtschaftlichen Kapitalauffassungen in der Volkswirtschaftslehre, so können wir abschließend feststellen, sehen im Kapital einmal den abgeleiteten Produktionsfaktor und zum anderen die Einkommensquelle jeweils repräsentiert durch einen konkreten Gütervorrat.

2. Geldwirtschaftliche Kapitalauffassungen

Die Lösung vom Sachgüterdenken und die Hinwendung zu geldwirtschaftlichen Kategorien im Zusammenhang mit dem Kapitalbegriff tritt deutlich erkennbar Ende des 19. Jahrhunderts ein. So sind insbesondere Menger²⁾ und Hildebrand³⁾ zu erwähnen, die den Begriff des Erwerbskapitals neu formulierten. Menger⁴⁾ will unter Kapital "das rechnungsmäßig bei Beginn einer Wirtschaftsepoche der Erwerbswirtschaft gewidmete in Geld dargestellte Vermögen" verstehen. Seine Defini-

1) Vgl. Böhm-Bawerk, E., Kapital, S. 21

2) Vgl. Menger, C., Zur Theorie des Kapitals, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, N.F. Bd. 17 (1888)

3) Vgl. Hildebrand, R., Theorie des Geldes, Jena 1883

4) zitiert nach Weinberger, O., Geschichte der Kapitaltheorie, in HdSw, S. 483

tion legt das Schwergewicht nicht mehr auf den Gutscharakter, sondern auf den Geldwert der Sachgüter und die Rechnung in Geldeinheiten. Bemerkenswert ist an dieser Deutung, daß an die Stelle einer konkreten nunmehr eine abstrakte Kapitalvorstellung tritt, deren terminologische Konsequenz die Trennung der Begriffe Kapital und Vermögen ist.

Die neuere volkswirtschaftliche Kapitalforschung sieht in den Konzeptionen Mengers und Hildebrands jedoch lediglich Ansätze einer geldwirtschaftlichen Betrachtungsweise¹⁾. Erst in Schumpeter's monetärer Interpretation des Kapitalbegriffs erblickt sie die grundsätzliche Abkehr von güterwirtschaftlichen Vorstellungen. Schumpeter²⁾ definiert Kapital in seiner "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" als "jene Summe von Geld und anderen Zahlungsmitteln, welche zur Überlassung an Unternehmer in jedem Zeitpunkt verfügbar ist". Diesen neuen Ansatz erläutert er an anderer Stelle: "Gegenüber den Definitionen des Kapitals als einer Wertsumme oder als eines 'Fonds von Produktivkraft' ... zeichnet sich der neue Kapitalbegriff durch die zweifellos unmittelbar beobachtete Realität seines Inhaltes aus. Von jenen Kapitalbegriffen, welche schon früher des Geldmoment verwendeten, unterscheidet er sich wesentlich dadurch, daß es sich bei ihm nicht um den Geldwert konkreter Güter, sondern um Geld oder Kaufkraft selbst handelt".³⁾

1) Vgl. Schumpeter, J., Nachtrag: Der heutige Stand der Diskussion (zu dem Artikel "Kapital" von Böhm-Bawerk), in: HdStw, 4. Aufl. Jena 1923, Bd. V, S. 583; Preiser, E., Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie, in: Die Unternehmung im Markt, a.a.O., S. 24

2) Schumpeter, J., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 5. Aufl. Berlin 1926, S. 173

3) Schumpeter, J., Nachtrag, S. 583 f.

Der Grund für die veränderte Kapitalauffassung ist in den gewandelten Vorstellungen der Wirtschaftstheorie zu suchen¹⁾. In der klassischen Theorie standen die Vorgänge auf den Gütermärkten im Vordergrund, während die monetären Erscheinungen vernachlässigt wurden. Die Geldtheorie bildete nur einen Anhang der allgemeinen Theorie (Preistheorie). Die moderne Wirtschaftstheorie gibt diesen Dualismus zugunsten einer integrierten Preis- und Geldtheorie auf. Ihr geht es nicht um eine Gleichgewichtsanalyse, sondern um die dynamische Analyse des zeitlichen Wirtschaftsablaufs. Als Verlaufstheorie wirtschaftlicher Prozesse muß sie sowohl die naturalen als auch die monetären Faktoren einbeziehen, da Güter- und Geldströme auf den gesamtwirtschaftlichen Prozeß einwirken. Bahnbrechend für eine Vereinheitlichung von Preis- und Geldtheorie wurde das Werk von K. Wicksell "Geldzins und Güterpreise"²⁾, das vierzehn Jahre vor Schumpeters "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" erschien. Die konsequente Verwirklichung einer einheitlichen Wirtschaftstheorie zeichnet insbesondere das Werk von Keynes aus³⁾, durch welches das Instrumentarium kurzfristiger monetärer Analysen geschaffen wurde. Für die Kapitaltheorie bedeutete diese Entwicklung, daß die geldwirtschaftlichen Vorgänge nicht länger als "Geldschleier" beiseite gerückt werden konnten, sondern für die güterwirtschaftlichen Vorgänge ihr eigenes Gewicht bekamen, welches der Kapitalbegriff zu erfassen versuchen mußte. Die moderne Theorie schuf so den gemeinsamen Nenner für Geld und Kapital, weil

1) Vgl. Sauer mann, H., Kapitalbildung, S. 33; Schneider, E., Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil: Wirtschafts pläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, 7. Aufl. Tübingen 1961, S. 429 f.; Schneider, E., Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, 7. Aufl. Tübingen 1962, S. 183 f.

2) Jena 1898; Vgl. Schneider, E., II. Teil, S. 398 f.; Halm, G.N., Geld, Außenhandel und Beschäftigung, 3. Aufl. München 1957, S. 222

3) Vgl. Keynes, J.M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München und Leipzig 1936, S. 205 ff.

sie die Trennung zwischen Geldtheorie und allgemeiner Theorie aufhob¹⁾. Damit war der Weg für den monetären Kapitalbegriff freigeworden.

Im Gegensatz zu den statischen Interpretationen als Produktionsfaktor bzw. Einkommensbasis sieht Schumpeter²⁾ im Kapital einen Begriff der Entwicklung. Kapital ist nicht mehr identisch mit bestimmten Gütern, sondern stellt als Mittel der Güterbeschaffung ein "selbständiges Agens" dar. Seine Aufgabe liegt darin, den Kauf von Gütern zu ermöglichen, d.h. in Gütern investiert zu werden. Kapital wird deshalb mit Geldmitteln gleichgesetzt, soweit diese der Güterbeschaffung dienen. Mit dem Vollzug des Investitionsvorganges hat es seine Funktion erfüllt. Nach Auffassung Schumpeters kann es in einer entwicklungslosen Wirtschaft zwar Geld, aber kein Kapital geben³⁾.

Eine monetäre und zugleich dynamische Interpretation erfährt das Kapital im System von J.M.Keynes. In der modernen Makroanalyse, wie sie von Keynes und den Vertretern der Neuen Wirtschaftslehre entwickelt wurde, wird Kapital als jenes Geld aufgefaßt, das nicht für Konsumzwecke, sondern für Investitionen ausgegeben wird. Es bildet sich durch Ersparnis und Geldschöpfung⁴⁾. In neuerer Zeit haben sich mit der Fortentwicklung des Kapitalbegriffs Preiser und Sauer mann beschäftigt. Beide weisen darauf hin, daß sich die Funktionen des Kapitals in der makroökonomischen Verlaufs-

1) Vgl. Sauer mann, H., Kapitalbildung, S. 33

2) Vgl. Schumpeter, J., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, S. 165-180

3) Geld erfüllt in einer stationären Wirtschaft lediglich eine Tauschmittel-, jedoch keine Güterbeschaffungsfunktion, die es als Kapital qualifizieren würde. .

4) Vgl. Keynes, J.M., Allgemeine Theorie, S. 205 ff; Paulsen, A., Neue Wirtschaftslehre, Berlin und Frankfurt 1950, S. 124 ff.

analyse durch die Begriffe Investition, Sparen und Geldschöpfung exakt wiedergeben lassen, so daß auf den Kapitalbegriff in diesem Zusammenhang ganz verzichtet werden kann¹⁾. Preiser und Sauermann führen die funktionelle Kapitalerklärung, die sich bei Schumpeter findet, fort. So definiert Preiser²⁾ Kapital als "Geld für Investitionszwecke" und "Finanzierungsmittel für Investitionen", während Sauermann³⁾ unter Kapital die "geldmäßige Verfügung über Güter und Dienste zum Zwecke der Investition" versteht. Beide Autoren weisen nach, daß sich der so definierte Kapitalbegriff mit dem bilanzmäßigen Kapitalbegriff der Betriebswirtschaftslehre in Übereinstimmung befindet⁴⁾. Damit wurde ein Fundament für eine einheitliche Begriffsbildung der beiden wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen geschaffen und gleichzeitig eine Annäherung an die Kapitalvorstellungen der Praxis vorgenommen.

III. Betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise des Kapitalbegriffs

Auf die betriebswirtschaftliche Kapitalinterpretation haben die verschiedenartigsten Einflüsse eingewirkt. In den frühen Stadien der Betriebswirtschaftslehre bestand weitgehend Übereinstimmung mit der kaufmännischen Praxis, die unter Kapital eine anlagebereite bzw. ausgeliehene Geldsumme verstand. Im Gegen-

1) Vgl. Preiser, E., Geldschöpfung oder Sparen? in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 162 (1950), S. 245 ff; zitiert nach Preiser, E., Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1957, S. 65-81, insb. S 69; Sauermann, H., Kapitalbildung, S. 34

2) Preiser, E., Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie, S. 18

3) Sauermann, H., Kapitalbildung, S. 34

4) Vgl. S. 36f.

satz zur Volkswirtschaftslehre herrschte in der Betriebswirtschaftslehre von Anfang an das Denken in Geldbeträgen vor. Unter dem Einfluß der Privatwirtschaftslehre wurde Kapital mit Erwerbskapital gleichgesetzt, wobei dieser Begriff jedoch nicht güterwirtschaftlich, sondern vielmehr als abstrakte Geldwertsumme aufgefaßt wurde. Die Beschäftigung mit gesamtwirtschaftlichen Kapitalvorstellungen führte überwiegend zu der Erkenntnis, daß Produktivkapital keine zweckmäßige Kategorie für einzelwirtschaftliche Zusammenhänge sei. Dagegen gelangten durch die bilanzmäßige Betrachtungsweise güterwirtschaftliche Gedankengänge in den Kapitalbegriff. Diejenigen Autoren, die durch die formale Entsprechung beider Bilanzseiten veranlaßt, zwischen Kapital und Vermögen keine strenge Trennung vornahmen, bezogen bei ihrer Begriffsbildung die linke Bilanzseite mit ein. Vorherrschend in der Betriebswirtschaftslehre ist bis heute eine abstrakte Kapitalauffassung geblieben, die im Kapital den Geldwert des gebundenen Vermögens sieht, wie er auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen wird. Daneben haben sich unter dem Einfluß der neueren betriebswirtschaftlichen Finanzierungstheorie Vorstellungen entwickelt, Kapital nicht ausschließlich als abstrakte Wertsummen, sondern als konkrete Finanzierungsmittel anzusehen. Der Kapitalbegriff knüpft dabei an die ursprünglichen Vorstellungen der Praxis an und befindet sich in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der modernen Geldtheorie, wie sie von volkswirtschaftlichen Autoren ermittelt wurden.

1. Güterwirtschaftliche Kapitalauffassungen

Eine ausschließlich güterwirtschaftliche Betrachtungsweise des Kapitals läßt sich im Bereich der Betriebswirtschaftslehre nicht feststellen, stets wird mit dem

Kapitalbegriff gedanklich eine bestimmte Geldvorstellung verbunden. Lehmann¹⁾, der den engen Zusammenhang zwischen Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre betont, hat den Kapitalbegriff aus einzel- und gesamtwirtschaftlicher Sicht umfassend untersucht und kommt zu dem Ergebnis, daß für den Betriebswirt eine Kapitalvorstellung im Sinne der "produzierten Produktionsmittel" nicht in Betracht komme. Das Produktivkapital der traditionellen Volkswirtschaftslehre stellt in betriebswirtschaftlicher Sicht einen Teil des Vermögens dar. Es sind Werkstoffe und Betriebsmittel, also Sachgüter, in denen Kapital investiert wurde, die aber selbst nicht identisch mit Kapital sind.

Güterwirtschaftliches Gedankengut dringt in den betriebswirtschaftlichen Kapitalbegriff deshalb kaum durch volkswirtschaftliche Vorstellungen, sondern vielmehr durch eine bestimmte Bilanzinterpretation ein, die Beckmann²⁾ mit folgenden Sätzen charakterisiert:

"Sehr häufig liegt dem betriebswirtschaftlichen Kapitalbegriff ein doppelter Vorstellungsinhalt zugrunde. Einmal sieht man darin die Kapitalgüter, also die Formen, in denen das gesamte in der Betriebswirtschaft angelegte Kapital existiert, und zweitens die Kapitalwerte, also die Passiva oder die Quellen, aus denen das Kapital der Unternehmung zugeflossen ist".

-
- 1) Lehmann, M.R., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 3. Aufl. Wiesbaden 1956, S. 14; insb. S. 161; Lehmann, M.R., Die Kapitalbegriffe in der modernen Wirtschaft, in: ZfB 1929, S. 1 ff. und 90 ff.; Lehmann, M.R., Das Wesen des Kapitals als Produktionsmittel, in: ZfB 1929, S. 401 ff.
 - 2) Beckmann, L., Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, 2. Aufl. München 1956, S. 13

Soweit mit einer Einbeziehung der linken Bilanzseite in die Kapitalbetrachtung lediglich zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die Aktiven die Kapitalverwendung wiedergeben, wird der grundsätzliche Unterschied zwischen Kapital und Vermögen noch nicht aufgehoben. In diesem Fall soll verdeutlicht werden, daß durch den Investitionsvorgang aus Kapital Vermögen wird¹⁾. Einen Schritt weiter gehen jedoch diejenigen Autoren, die den Kapital- und Vermögensbegriff miteinander vermengen, indem sie die Güter, in denen Kapital investiert ist, mit dem Kapital gleichsetzen und den wichtigsten Aspekt des Kapitals in seiner realen Erscheinungsform erblicken. M e l l e r o w i c z²⁾ weist auf die Bedeutung güterwirtschaftlichen Kapitaldenkens in der Unternehmung hin:

"Das Geldkapital steht am Anfang der Unternehmung und an ihrem Ende. Dazwischen liegt die Produktions-sphäre. Das ist die Sphäre des aktiven Kapitals, das in konkreten Gütern (in Sachgütern, wirtschaftlich verwertbaren Forderungen, in materiellen und immateriellen Gütern) verbend eingesetzt ist".

Das Schwergewicht des Kapitalbegriffs, der nur dazu dient "den Einfluß der Produktionsmittel des Betriebes systematisch zu erfassen"³⁾ liegt nach Mellerowicz auf dem konkreten Kapital. Das abstrakte Kapital gibt einen

1) Vgl. z.B. RÖBLE, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 5. Aufl. Stuttgart 1956, S. 99

2) Mellerowicz, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 9. Aufl. Berlin 1956, S. 116

3) Mellerowicz, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, S. 114

zusammenfassenden Geldausdruck der konkreten Kapitalteile wieder, wobei die Bezifferung in Geld lediglich die Bedeutung eines gemeinsamen Nenners hat. Le C o u t r e¹⁾ sieht wie Mellerowicz im Betrieb als der technisch-organisatorischen Sphäre den wichtigsten Bereich der Betriebswirtschaften, wohingegen die Unternehmung als die finanziell-rechtliche Sphäre eine "zeitweilig äußere Form des Betriebes"²⁾ bildet. Le Coutre setzt die Begriffe Vermögen und Kapital inhaltlich gleich und schlägt vor, die linke Bilanzseite als "Kapitalrechnung des Betriebes" zu bezeichnen und als Betriebskapital aufzufassen, während die rechte Bilanzseite als "Kapitalrechnung der Unternehmung" zu bezeichnen wäre, die das Unternehmungskapital enthält. Ein weiterer güterwirtschaftlicher Ansatz des Kapitalbegriffs, der diesmal jedoch nicht bilanzmäßigem Denken entspringt, findet sich bei Schmalenbach. S c h m a l e n b a c h³⁾ faßt Kapital als "Vorrat wirtschaftlicher Güter" auf und führt dazu aus:

"Nach dem hier gebrauchten Kapitalbegriff ist jedes wirtschaftliche Gut Kapital, sofern zu seiner Gutsnatur die Vorrätigkeit hinzukommt. Welcher Art dieses Gut ist und für welchen Zweck es verwendet werden soll, ist einerlei".⁴⁾

Das Merkmal "Vorrätigkeit der Güter" ist in erster Linie bei Sachgütern erfüllt. Schmalenbach bezieht jedoch ausdrücklich auch Forderungen mit ein⁵⁾, was zur logischen

1) le Coutre, W., Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Lehre, vom Kapital, in: ZfB 1927, S. 341 ff.

2) le Coutre, W., Beiträge, S. 348

3) Vgl. Schmalenbach, E., Kapital, Kredit und Zins, 4. Aufl. Köln und Opladen 1961, S. 1-17

4) Ebenda, S. 4

5) Ebenda, S. 5

Folge hat, daß auch Geld Kapital im Sinne der gegebenen Definition ist:

"Geld (ist) als vorrätiges Gut Kapital, und zwar von allen Kapitalien das liquideste, zu Verwendungen aller Art das geeignetste. Geld ist Kapital, auch wenn es keinen substantiellen Wert hat, denn es ist eine Forderung an die Notenbank, welche die Noten als Notenumlauf passiviert".¹⁾

Schmalenbach selbst löst seinen Kapitalbegriff von güterwirtschaftlichen Vorstellungen, wenn er ausführt²⁾: "Es scheint logisch vertretbarer, das Kapital überhaupt nicht als konkrete Gütermasse, sondern allein als Vorrätigkeit zu betrachten; das würde die Reinheit der Theorie verbessern". Im Sinne dieser "Vorrätigkeit an sich" (Schmalenbach) wird der Kapitalbegriff einer geldwirtschaftlichen Interpretation zugänglich, da die abstrakte in Geldeinheiten gemessene Vorrätigkeit dem Begriff des Passivkapitals der Bilanz entspricht³⁾. Den geldwirtschaftlichen Kapitalkonzeptionen, die für die Betriebswirtschaftslehre die größere Bedeutung haben, wollen wir uns nunmehr zuwenden.

2. Geldwirtschaftliche Kapitalauffassungen

Geldwirtschaftliches Denken überwiegt, wenn im Sprachgebrauch, in der Wirtschaftspraxis und in der Betriebswirtschaftslehre von Kapital die Rede ist. Ursprünglich verstand man unter Kapital die Hauptschuld eines Darlehens (caput = das Haupt) zum Unterschied von den

1) Vgl. Schmalenbach, E., Kapital, Kredit und Zins, 4. Aufl. Köln und Opladen 1961, S. 17

2) Ebenda, S. 1

3) Grochla, E., Finanzierung, in: HdSw, S. 605 f. faßt den Schmalenbach'schen Begriff in diesem Sinne auf

Nebenleistungen des Schuldners, die insbesondere die Zinsen umfaßten¹⁾. Im späteren Verlauf erweiterte sich der Kapitalbegriff. Er umfaßte nicht nur Darlehenssummen, sondern Geldbeträge schlechthin, die in der eigenen oder einer fremden Unternehmung angelegt sind. Ein Unternehmen, das unter "Kapitalmangel" leidet, verfügt über zu wenig finanzielle Mittel, um die erforderlichen Investitionen durchzuführen. Wendet sich eine Gesellschaft an den "Kapitalmarkt", so fragt sie Finanzierungsmittel nach oder bietet Geldbeträge an. Kapitalnachfrage und Kapitalangebot beziehen sich stets auf konkrete Geldsummen. Kaufkraft wird von einer Betriebswirtschaft auf eine andere übertragen. Wie diese Beispiele zeigen, werden im praktischen Geschäftsleben mit dem Kapitalbegriff ausschließlich geldwirtschaftliche Vorstellungen verbunden. In der Betriebswirtschaftslehre tritt der Kapitalbegriff in zwei Teilbereichen in Erscheinung, in der Finanzierungslehre und in der Theorie des Rechnungswesens. Im Zusammenhang mit Finanzierungsfragen wird unter "Kapitalbeschaffung" überwiegend die Bereitstellung konkreter Geldbeträge verstanden, wenngleich in der Literatur unter dem Einfluß bilanziellen Denkens die Kapitalbeschaffung vorwiegend mit den auf der Passivseite ausgewiesenen abstrakten Wertsummen in Zusammenhang gebracht wird. Das Denken in Geldbeträgen beherrscht Buchhaltung und Bilanz der Unternehmung. Auf den "Kapitalkonten" werden die von den Kapitalgebern der Unternehmung gewidmeten Geldbeträgen rechenmäßig festgehalten. Der Bilanzabschluß setzt eine Bewertung der Vermögensteile voraus, d.h. die verschiedenartigen materiellen und immateriellen Güter müssen in Geldbeträgen beziffert werden. Geld bildet den einheitlichen Maßstab, auf den sich die Güter beziehen und wertmäßig vergleichen

1) Vgl. Schmalenbach, E., Kapital, Kredit und Zins, S. 1

lassen. Bei bilanzmäßiger Betrachtung wird Kapital demnach als abstrakte Wertsumme aufgefaßt, die sich in den auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesenen Positionen (Kapitalseite der Bilanz) niederschlägt. Eine Gewinnerzielung hat investiertes Kapital zur Voraussetzung. Der erzielte Erfolg wird an der Kapitalziffer gemessen. Die Kapitalerklärung, wie sie sich im betrieblichen Rechnungswesen findet, kann als die herrschende Kapitalauffassung der Betriebswirtschaftslehre angesehen werden.

a) Kapital als abstrakte Rechengröße

Das Wesen des Kapitals als einer abstrakten Wertsumme, die auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen wird, hat bereits Schumpeter¹⁾ zutreffend geschildert:

"Die Kapitalsumme stellt ... gleichsam die Zahl von Recheneinheiten dar, auf die die Produktivgüter zurückgeführt und zu der später der Erlös der Produkte ins Verhältnis gesetzt werden soll ... der Kapitalaspekt ... wird hier zu einem Berechnungsmodus, das Kapital zu einem Maßbegriff".

Diese konsequente geldwirtschaftliche Betrachtungsweise läßt sich bei der ältesten Richtung der Betriebswirtschaftslehre nachweisen, die sich als Privatwirtschaftslehre bezeichnete. Geld schafft nach Rieger²⁾, dem hervorragenden Vertreter dieser Richtung, die Rechenschaftigkeit der Wirtschaft. Der Betriebsprozeß kann als Gewinnerzielungsprozeß aufgefaßt werden, da aus

-
- 1) Schumpeter, J., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, S. 179
2) Vgl. Rieger, W., Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2. unver. Aufl. Erlangen 1959, S. 179 ff.

Geld über den Weg der Ware Mehrgeld werden soll. Die Kapitalvorstellung der Privatwirtschaftslehre knüpft an den volkswirtschaftlichen Begriff des Erwerbskapitals an. Kapital wird in der einzelwirtschaftlichen Betrachtung jedoch nicht mehr als zinstragendes Vermögen aufgefaßt, sondern als abstrakte Geldwertsumme, die der Ertragserzielung dient. Der Geldbetrag, in dem die Güter ziffernmäßig ausgedrückt werden, tritt in den Vordergrund und verbindet sich mit dem Kapitalbegriff¹⁾. Zwei Elemente charakterisieren demnach den privatwirtschaftlichen Kapitalbegriff: (1.) Es liegt eine abstrakte Kapitalvorstellung vor. (2.) Mit dem Kapital ist eine Gewinnerzielungsfunktion verbunden²⁾.

Im Verlauf der weiteren Entwicklung der Betriebswirtschaftslehre wurde die Vorstellung von dem engen Zusammenhang zwischen Kapitalbegriff und erwerbswirtschaftlicher Zielsetzung weitgehend aufgegeben. Der Erwerbszweck zählt zu den "systembezogenen Tatbeständen"³⁾, der nur einen bestimmten Betriebstyp, die kapitalistische Unternehmung, nicht jedoch die Gesamtheit der Betriebe determiniert. Für einen allgemein gültigen Kapitalbegriff konnte die Gewinnerzielung

-
- 1) Leitner, F., Privatwirtschaftslehre der Unternehmung, Berlin 1919, S. 34: "Das privatwirtschaftliche Kapital ist ein Mittel zur Feststellung des Geldertrages, ist kein Güterkomplex ... sondern stets ein Geldausdruck, ein rein rechnungsmäßiger Begriff".
 - 2) Vgl. z.B. Meithner, K., Das Kapital in der Bilanz, in: Die Bilanzen der Unternehmungen, Wien 1933, S. 148: Kapital ist der "Inbegriff von Mitteln (Vermögensteilen), die zum Zwecke des Erwerbs angelegt sind, wobei die Wertsumme als solche in den Vordergrund gerückt und von dem Komplex wirtschaftlicher Güter abstrahiert wird". le Coutre, W., Beiträge, S. 342: "Kapital im betriebswirtschaftlichen Sinne ist eine mit Aufgaben, Rechten und Pflichten ausgestattete, dem Zwecke der Ertragsschaffung gewidmete Geldwertsumme".
 - 3) Gutenberg, E., Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1. Bd. Die Produktion, 7. Aufl. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1962, S. 347 ff.

deshalb kein konstitutives Merkmal bilden. Eine Reihe von Autoren beschränkt sich darauf, die Verselbständigung des Kapitals von den zugrundeliegenden Vermögensgütern aufzuzeigen. Rößle¹⁾ definiert Kapital als "den in Geld ausgedrückten Wert des Werkzeuges im weitesten Sinne" und Beckmann²⁾ versteht Kapital als "geldwertmäßiger Inbegriff der einer Betriebswirtschaft zur Verfügung stehenden materiellen oder immateriellen Produktionsmittel im weitesten Sinne des Wortes". In dieser letzten Begriffsbestimmung tritt bereits deutlich erkennbar die Tendenz zutage, den Kapitalbegriff in seiner Zuordnung zur Betriebswirtschaft bzw. Unternehmung zu erfassen. Als betriebswirtschaftliche Zielsetzungen, die mit dem Kapitalbegriff verbunden werden, nennt die Literatur z.B. eine wirtschaftliche Leistungserstellung³⁾, eine dem Unternehmungszweck entsprechende Widmung der Mittel⁴⁾ oder - wesentlich allgemeiner formuliert - die Erfüllung von wirtschaftlichen Aufgaben⁵⁾. Eine weitere Gruppe von Autoren bezieht in die Kapitaldefinition die Mittelherkunft mit ein. Sie zeigt die Rechtsbeziehung auf, die zwischen der Unternehmung und den Kapitalgebern bestehen. In ihren Definitionen spiegelt sich die Abhängigkeit des Betriebes von der Außenwelt und zugleich die Verfügungsbefugnis der Kapitalgeber über die in den Aktiven verkörperten Vermögenswerten. So schreibt Nicklisch⁶⁾:
"Das Kapital der Betriebswirtschaft ist die Summe Geld-

1) Rößle, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, S. 99

2) Beckmann, L., Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, S. 14

3) Hartmann, B., Das Kapital in der Betriebswirtschaft, Meisenheim 1957, S. 11

4) Gutenberg, E., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1958, S. 93

5) Töndury, H.-Gsell, E., Finanzierungen, Zürich 1948, S. 5

6) Nicklisch, H., Die Betriebswirtschaft, 7. Aufl. Stuttgart 1932, S. 84

wert, die ihr als Beteiligungs- oder Kreditkapital zur Verfügung steht und mit der sie konkrete Werte anzuschaffen imstande ist". Besonders prägnant tritt der Verpflichtungscharakter des Kapitals bei S c h ä f e r¹⁾ in Erscheinung. Er sieht Kapital als abstrakte rechtlich-finanzielle Decke an, die über das Vermögen der Unternehmung gebreitet ist und erkennen läßt, von wem die Kaufkraft stammt, die in den Vermögensteilen investiert ist. Bei Definitionen, die diesen Rechtsaspekt berücksichtigen, liegt der Anknüpfungspunkt für den Eigenkapitalbegriff, der die Grundlage dieser Arbeit bildet.

b. Kapital als konkretes Finanzierungsmittel

Eine Fortentwicklung der geldwirtschaftlichen Betrachtungsweise des betriebswirtschaftlichen Kapitalbegriffs erfolgte durch die Finanzierungslehre²⁾. Die Kapitaldefinitionen der Finanzierungsliteratur stellen üblicherweise auf den abstrakten Kapitalaspekt im Sinne der Passivseite der Bilanz ab. Die Ausführungen selbst verbinden jedoch mit dem Kapitalbegriff eine konkrete Vorstellung, da ein Abstraktum weder auf dem Kapitalmarkt handelbar noch überhaupt Gegenstand der Kapitalbeschaffung und Kapitalverwendung sein kann. Soweit sich beide Aspekte decken, d.h. die Finanzierungsvorgänge sowohl auf den Finanzkonten der Aktivseite als auch auf den Kapitalkonten

1) Schäfer, E., Die Unternehmung, Köln und Opladen, 5. Aufl. 1963, S. 27 f.

2) Vgl. Hax, K., Möglichkeiten und Grenzen der Selbstfinanzierung, in: Die Kapitalausstattung der Unternehmung, Düsseldorf 1952, S. 113 ff.; Hax, K., Die langfristigen Kapitaldispositionen, in HdW, Bd. I, S. 453 ff.; ferner Engelhardt, W., Finanzierung aus Gewinn im Warenhandelsbetrieb und ihre Einwirkungen auf Betriebsstruktur und Betriebspolitik, Berlin 1960, S. 27-54, mit einem Überblick über die Entwicklung des Finanzierungsbegriffs.

der Passivseite erscheinen, liegt hierin kein Widerspruch. Eine strenge begriffliche Trennung wird dann erforderlich, wenn die Kapitalbereitstellung ohne Niederschlag auf der Passivseite der Bilanz bleibt¹⁾. Die Passivseite der Bilanz gibt, wie wir gezeigt haben, die Rechtsbeziehung zwischen der Betriebswirtschaft und ihren Kapitalgebern wieder. Aus ihr wird der Umfang der Außenfinanzierung, das extern beschaffte Eigen- und Fremdkapital ersichtlich. Sofern Eigenkapital aus erzielten Gewinnen im Unternehmen gebildet wird, schlägt sich dieses intern beschaffte Eigenkapital bei offenem Ausweis als Rücklage, Gewinn oder auch auf dem Kapitalkonto gleichfalls auf der Passivseite der Bilanz nieder. Insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg beanspruchten jedoch mehr und mehr Finanzierungsvorgänge die Aufmerksamkeit, bei denen disponible Mittel in der Unternehmung bereitgestellt wurden, ohne daß gleichzeitig Passivposten entstanden. Dabei handelt es sich um diejenigen Teile des Umsatzerlöses, die bereits als Aufwand verrechnet sind, ohne kurzfristig zu Ausgaben zu werden. Bei Abschreibungen hat die Ausgabe bereits bei der Anschaffung des Anlagegutes stattgefunden. In der Aufwandsrechnung berücksichtigte Abschreibungsbeträge, die im Umsatzerlös vom Markt tatsächlich erstattet werden, stehen dem Unternehmen solange als Finanzierungsmittel zur Verfügung, bis eine Ersatzbeschaffung vorgenommen werden muß. Unter bestimmten Voraussetzungen tritt sogar teil-

1) Vgl. Hax, K., Besprechungsaufsatz zu Beckmann, L., Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, in Zfhf 1957, S. 409: "Bei der betriebswirtschaftlichen Finanzierung kann es sich immer nur um Geldkapital handeln und niemals um irgendwelche Erscheinungsformen des Sachkapitals. Dieses Geldkapital hat wiederum 2 verschiedene Formen, die in der Finanzliteratur ständig miteinander verwechselt werden. Man versteht darunter einmal
(a) die abstrakte Wertsumme der im Unternehmen gebundenen Produktivgüter
(b) konkrete Geldmittel, über die eine Unternehmung verfügt."

weise eine ständige Kapitalfreisetzung ein¹⁾. Ferner erfolgt eine dauernde Freisetzung von im Umlaufvermögen gebundenen Finanzierungsmitteln, wenn nicht betriebsnotwendige Vermögensteile verkauft und betriebsnotwendiges Vermögen infolge von Rationalisierungsmaßnahmen vermindert wird. Auch bei langfristigen Rückstellungen, z.B. Pensions- oder Steuer-rückstellungen wird Aufwand verrechnet, ohne daß die auf ihn entfallenden Bestandteile des Umsatzerlöses sofort zu Ausgaben führen. Dieser Vorgang schlägt sich indessen auch auf der Passivseite der Bilanz nieder. Als Ergebnis soll festgehalten werden, daß durch gewisse Umschichtungsvorgänge auf der Vermögensseite der Bilanz Kapitalteile freigesetzt werden, die als Finanzierungsmittel der Unternehmung für längere Zeit oder dauernd frei zur Verfügung stehen, ohne daß sich die Passivseite der Bilanz geändert hat. Diese Mittel, die für die Wirtschaft heute eine ständige wachsende Bedeutung haben, werden indessen von dem herkömmlichen Kapitalbegriff nicht erfaßt. Für die Finanzierungslehre hat man daraus die Konsequenz gezogen und dem "klassischen Finanzierungs-begriff" den "erweiterten "Finanzierungsbegriff" zur Seite gestellt²⁾. In beiden Zusammenhängen geht es um die Kapitalversorgung der Unternehmung. Im ersten Falle ist jedoch das Passivkapital der Bilanz, im zweiten Falle konkretes Geldkapital (= Finanzierungsmittel) gemeint. In der modernen Betriebswirtschaftslehre sieht man heute beide Erscheinungsformen des Kapitals und sucht sie in der Definition zu erfassen³⁾. Dabei

1) Vgl. Schäfer, E., Abschreibung und Finanzierung. Anmerkung zum "Lohmann-Ruchti-Effekt", in: ZfhF 1955, S. 137 ff.; Hax, K., Abschreibung und Finanzierung. Weitere Anmerkungen zum "Lohmann-Ruchti-Effekt", in: ZfhF 1955, S. 141 ff.

2) Vgl. Hax, K., Finanzdispositionen, S. 466-467

3) Vgl. Gutenberg, E., Einführung, S. 95

wird volle Übereinstimmung mit den Erkenntnissen der Wirtschaftstheorie erzielt¹⁾. Der erweiterte Finanzierungs-begriff, der die Formen der externen und internen Finanzierung einschließt, hat sich heute in der betriebswirtschaftlichen Theorie weitgehend durchgesetzt. Ihm liegt, wie gezeigt wurde, nicht mehr eine abstrakte, sondern eine konkrete Kapitalvorstellung zugrunde. Das hat in jüngeren betriebswirtschaftlichen Veröffentlichungen dazu geführt, den Kapitalbegriff nur noch im Sinne von konkreten Finanzierungsmitteln zu definieren, wobei häufig die Begriffsbestimmung Preisers übernommen wird²⁾. Der bilanzmäßige Kapitalbegriff gilt dagegen nicht als selbständiger Begriff, da er aus der konkreten Kapitalvorstellung abgeleitet werden könne³⁾. Preiser⁴⁾, Sauermann⁵⁾ und Fettel⁶⁾

1) Vgl. Preiser, E., Geldschöpfung oder Sparen, S. 69: "Es wäre daher an der Zeit, wenigstens im wissenschaftlichen Schrifttum endgültig auf alle Fassungen des Kapitalbegriffs und seiner Zusammensetzungen zu verzichten, die etwas anderes bedeuten sollen als das, was die Praxis und die neuere Geldtheorie darunter verstehen:

(1) konkrete Geldbeträge, die nicht dem Kauf von Konsumgütern, sondern der Investition gewidmet werden (Kapitalangebot, Kapitalnachfrage)

(2) abstrakte Geldsummen, die schon investiert worden sind und jetzt rechnungsmäßig festgehalten werden (Kapital im Sinne der Bilanz)

2) Vgl. Preiser, E., Kapitalbegriff, S. 19: "Unter Kapital versteht man Finanzierungsmittel für Investitionen" vgl. Fettel, J., Kapital, in: HdB 3. Aufl. Sp 2959; Deutsch, P., Grundfragen der Finanzierung, S. 21; Beckmann, L-Pausenberger, E., Gründungen, Umwandlungen, Fusionen, Sanierungen, Wiesbaden 1962, S. 14

3) Vgl. Preiser, E., Kapitalbegriff, S. 21; Schumpeter spricht von einem "akzessorischen" Kapitalbegriff.

4) Vgl. Preiser, E., Kapitalbegriff, S. 21; Sparen oder Investieren, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1944, S. 257 ff., zitiert nach Preiser, E., Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, S. 57; Preiser, E., Geldschöpfung, S. 69

5) Vgl. Sauermann, H., Kapitalbildung, S. 34

6) Vgl. Fettel, J., Kapital, Sp. 2961

fassen Kapital im Sinne der Bilanz als Erinnerungs-
posten auf. Das auf der Passivseite der Bilanz ausge-
wiesene Kapital, so führen sie aus, sei kein konkre-
tes Geld mehr. Es war jedoch Geld, bevor es in mate-
rielle und immaterielle Güter im weitesten Sinne in-
vestiert wurde. Daran erinnert der Bilanzausweis. Er
gibt als Rechengröße Aufschluß über die ursprüngliche
Investitionssumme sowie über deren Veränderungen und
zeigt gleichzeitig den notwendigen Umfang der Frei-
setzung von Geldmitteln in der Zukunft an. In dieser
Form der Erklärung beider Kapitalaspekte kommt das
Bemühen um einen einheitlichen Kapitalbegriff zum
Ausdruck. Fettel¹⁾ weist darauf hin, daß es sich stets
um den gleichen Sachverhalt handle, unabhängig davon,
ob das Kapital in Finanzierungs- oder Bilanzierungs-
zusammenhängen in Erscheinung trete. Für die Betriebs-
und Volkswirtschaftslehre ist durch die neuere auf
Schumpeter fußende Forschung zweifellos eine einheit-
liche Konzeption geschaffen worden, die mit den Über-
legungen des Kaufmanns übereinstimmt. Dabei darf jedoch
nicht übersehen werden, daß mit einer einseitigen Fas-
sung des geldwirtschaftlichen Kapitalbegriffs dessen
unterschiedliche Funktion vor und nach dem Investi-
tionszeitpunkt nicht genügend verdeutlicht werden
kann. Eine allgemein gültige betriebswirtschaftliche
Begriffsbestimmung wird deshalb nicht darauf verzich-
ten können, beide Elemente in die Definition mit auf-
zunehmen.

Für diese Arbeit wollen wir uns deshalb auf den Kapi-
talbegriff von G u t e n b e r g stützen²⁾:

"Unter dem 'Kapital' eines Unternehmens versteht man
also entweder den dem Unternehmungszweck gewidmeten

1) Vgl. Fettel, J., Kapital, Sp. 2960

2) Gutenberg, E., Einführung, S. 95

Geldbetrag o d e r den in Geldeinheiten ausgedrückten Wert aller zum Bestande eines Unternehmens gehörenden Güter, also die 'Investitionssumme'
(Sperrung vom Verfasser)

B. Die Begriffsbestimmung des Eigenkapitals

I. Rechtstheoretische Ansatzpunkte für den Eigenkapitalbegriff

Obwohl es sich bei Eigenkapital nicht um einen Rechtsbegriff handelt, ist das diesem zugrundeliegende Abgrenzungskriterium primär rechtlicher Natur. Die Unterscheidung in Eigen- und Fremdkapital wird nach der rechtlichen Form der Kapitalüberlassung getroffen¹⁾. Steht der Kapitalgeber zur Unternehmung in einem Eigentümerverhältnis, so zählen die von ihm bereitgestellten Mittel als Eigenkapital. Nimmt er eine Gläubigerstellung ein, so verbucht die Unternehmung die Mittel als Fremdkapital.

Die Unterscheidung zwischen Eigen- und Fremdkapital macht die Verfügungsmacht deutlich, die die Eigentümer und die Gläubiger über die durch die Aktiven repräsentierten Vermögensgüter haben. Fremdkapital bzw. Schulden ist einer der tragenden Begriffe des bürgerlichen Rechts. Gegenüber dem Schuldner besteht ein Forderungsrecht des Gläubigers. Dieses richtet sich ausschließlich gegen einen konkreten Schuldner, ist deshalb ein relatives Recht und zugleich Anspruch im Sinne des § 194 Abs. 1 BGB. Fremdkapital umfaßt denjenigen Teil des Gesamtkapitals, der der Unternehmung von Dritten zur Verfügung gestellt wurde und auf den die Gläubiger einen schuldrechtlichen Anspruch haben, der bei Fälligkeit der Darlehensforderung aus dem Gesellschaftsvermögen zu befriedigen ist. Fremd-

1) Vgl. Gutenberg, E., Einführung, S. 96

kapital verkörpert damit einen Anspruch auf das Vermögen der Unternehmung bzw. je nach der Rechtsform gegenüber den Inhabern gemäß § 607 BGB¹⁾. Wesentlich schwieriger ist die Rechtsnatur des Eigenkapitals zu bestimmen. Die Begriffe "Eigenkapital" oder "Reinvermögen" sind keine gesellschaftsrechtlichen Termini, sie finden sich weder im HGB noch im Aktienrecht. Die Trennung von Eigen- und Fremdkapital beruht vielmehr auf unserer geltenden Rechtsordnung, die das Privateigentum verfassungsmäßig gewährleistet²⁾ und danach trennt, ob die Vermögenswerte der Betriebswirtschaft Gläubigern oder Eigentümern gehören. Unter Eigenkapital wird dabei die auf die Eigentümer entfallende Quote am Gesamtkapital verstanden. Eigentum ist ein absolutes Recht, das gegen jedermann wirkt, an beweglichen oder unbeweglichen Sachen bestehen kann und voraussetzt, daß die Sache/^{der}unmittelbaren Herrschaftsmacht des Berechtigten unterworfen ist. Aus dem Eigentumsrecht, das der Eigenkapitalvorstellung zugrunde liegt, läßt sich nun nicht ohne weiteres ein Anspruch auf das Gesellschaftsvermögen der Unternehmung bzw. je nach der Rechtsform gegenüber den Mitinhabern gemäß § 903 BGB ableiten. Zunächst ist als formaler Einwand zu berücksichtigen, daß sich das Vermögen der Unternehmung aus Sachvermögen, Finanzvermögen (Forderungen und Anteilsrechten) sowie immateriellen Vermögensgütern (anderen Rechten) zusammensetzt. Eigentumsrechte können infolgedessen nur an einem Teil des Gesamtvermögens, den Sachgütern, bestehen. An Forderungen und anderen Rechten erwirbt der "Eigentümer" die

-
- 1) Einzelinhaber, OHG-Gesellschafter und Komplementäre haften unmittelbar und gleichgeordnet
 - 2) Art. 14 Grundgesetz; vgl. Nicklisch, H., Wirtschaftliche Betriebslehre, 5. Aufl. Stuttgart 1922, S. 63-66; Kalveram, W., Der Kapitalbegriff in der Betriebswirtschaftslehre, in: Bankwissenschaft 1932/33, S. 615

Inhaberschaft. Ein materieller Einwand gegen die rechtliche Gleichsetzung von Eigentumsrecht und Eigenkapital resultiert aus der Tatsache, daß die Konstruktion der Rechtsformen eine unmittelbare Herrschaftsmacht des Eigenkapitalgebers nur sehr beschränkt zuläßt. Bei der Einzelunternehmung ist ein Eigentumsrecht des Inhabers an den Sachgegenständen des Geschäftsvermögens gemäß § 903 BGB vorhanden, soweit keine Gläubigerrechte mehr daran bestehen. Personengesellschaften, d.h. die OHG und KG, besitzen keine eigene Rechtspersönlichkeit. Sie dürfen zwar unter ihrer Firma Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen¹⁾, Rechtsträger sind jedoch die einzelnen Gesellschafter, die eine Gemeinschaft zur gesamten Hand bilden²⁾. Eigentümer des Gesellschaftsvermögens ist in diesem Falle die Gesamtheit der Gesellschafter. An dem gesamthänderischen Vermögen bestehen keine verfügbaren Anteile der einzelnen Gesellschafter, es können lediglich alle Gesamthänder über die ganze Sache gemeinschaftlich verfügen²⁾. Der einzelne Gesellschafter als wirtschaftlicher Eigentümer der Unternehmung besitzt infolgedessen rechtlich gesehen kein dingliches Recht, da die Vermögensgüter nicht seiner unmittelbaren Herrschaftsmacht unterliegen. Die neuere gesellschaftsrechtliche Literatur stimmt vielmehr darin überein, dem Berechtigten das **B e t e i l i g u n g s r e c h t** als eine eigene

1) § 124 HGB

2) § 719 BGB

Kategorie subjektiven Rechts einzuräumen¹⁾. Kapitalgesellschaften und Genossenschaften besitzen als juristische Personen eigene Rechtspersönlichkeit. Eigentümer des Gesellschaftsvermögens sind die Gesellschaften selbst. Aktionäre, GmbH-Gesellschafter und Mitglieder von Genossenschaften können keine Eigentumsrechte im Sinne von § 903 BGB geltend machen. Sie sind am Gesellschaftsvermögen auch nicht in Form des Gesamthandseigentums, sondern lediglich auf Grund ihrer Mitgliedschaft beteiligt. In diesem Sinne ist es gerechtfertigt, sie als die wirtschaftlichen Eigentümer des Gesellschaftsvermögens

-
- 1) Vgl. Schumann, H., Handelsrecht, Wiesbaden 1961 S. 166-167: "Als Form der Rechtszuständigkeit ist die Gesamthand eine Mitberechtigung... Die auf der Mitgliedschaft beruhenden **B e t e i l i g u n g** am Gesamtvermögen läßt sich für den einzelnen Gesellschafter als Bruchteil vom Wert des Ganzen errechnen ... Die so errechneten "Anteile" sind aber nichts Selbständiges und nichts, was von der Mitgliedschaft in der Gesamthand getrennt werden kann".

Würdinger, H., Aktienrecht, Karlsruhe 1959, S. 39:

"Die **B e t e i l i g u n g** ist als rechtslogische Denkform überall da gegeben, wo ungeteiltes (gesamthänderisches) Vermögen mehreren gemeinsam zusteht, wie es bei den Personengesellschaften der Fall ist, oder wo das im Eigentum einer juristischen Person stehende Vermögen wirtschaftlich den Mitgliedern derselben zukommen soll. Als Rechtsverhältnis, welches den Berechtigten einen Wertanteil an diesem Vermögen vermittelt, stellt die Beteiligung eine neben den absoluten, relativen und den sog. Gestaltungsrechten bestehende eigene Kategorie subjektiven Rechtes dar".

Kronstein, H.-Claussen, C.P., Publizität und Gewinnverteilung im neuen Aktienrecht, Frankfurt/M. 1960, S. 18:

"Das Eigentum des Aktionärs ist jedoch von anderer Art als dieses sachenrechtliche Eigentum. Es gewährt kein unmittelbares dingliches Recht am Gesellschaftsvermögen, sondern einen mitgliedschaftsrechtlichen Anspruch auf einen Bruchteil am jeweiligen Gesellschaftsvermögen, der dem Bruchteil der Beteiligung am Grundkapital entspricht".

anzusehen¹⁾. Der Unterschied zum sachenrechtlichen Eigentum liegt darin, daß die Mitgliedschaftsrechte kein unmittelbar dingliches Rechts am Gesellschaftsvermögen gewähren. Den Mitgliedschaftsrechten übergeordnet kann wiederum die Beteiligung angesehen werden als ein "Rechtsverhältnis, welches dem Aktionär einen Wertanteil an dem schwankenden Gesellschaftsvermögen vermittelt, auf welches sie sich bezieht"²⁾.

Als Ergebnis unserer Untersuchungen, die den Inhalt der Rechtsbefugnisse klären sollte, die das Eigenkapital gegenüber dem Vermögen der Unternehmung hat, ist festzuhalten, daß es eine unmittelbare Beziehung zwischen Eigenkapital und der Institution des Sacheigentums im Sinne von § 903 BGB bei den Gesellschaften nicht gibt. Das Zuordnungsverhältnis ist juristisch gesehen wesentlich komplexer. Gemeinsam für alle Gesellschaftsformen gilt, daß Eigenkapital mit einem Beteiligungsrecht verbunden ist, das einen Wertanteil an dem veränderlichen Gesellschaftsvermögen verkörpert. Eigenkapital gewährt somit kein dingliches Recht, weil mit der Beteiligung nicht die unmittelbare Herrschaft des Beteiligten über die Sache verbunden ist; es gibt dem Eigner auch kein obligatorisches Recht, da die Beteiligung nicht notwendigerweise mit einem Anspruch verbunden ist. In der Beteiligung ist vielmehr "eine besondere Form der Sachzuweisung, nämlich eine Zuweisung des Wertanteils"³⁾ zu erblicken. Die Beteiligung am Gesellschaftsvermögen als eigene Rechtskategorie

1) Vgl. Begründung zum Regierungsentwurf eines Aktiengesetzes, Bonn 1960, S. 94 f., die in ihrer Einleitung fordert, daß das Aktienrecht auf den Aktionär als den "wirtschaftlichen Eigentümer" ausgerichtet wird.

2) Würdinger, H., a.a.O., S. 39

3) Würdinger, H., a.a.O., S. 40

und als rechtliches Korrelat des wirtschaftlichen Begriffes Eigenkapital ordnet einen Vermögensinbegriff (Unternehmenskomplex) mittelbar zu, während das Sacheigentum die unmittelbare Zuordnung eines konkreten Vermögensgutes vornimmt¹⁾. Aus der Gegenüberstellung von Beteiligung und Eigentum wird deutlich, daß von der rechtlichen Seite her die abstrakten Elemente einer Eigenkapitaldefinition überwiegen. Eigenkapital befugt nicht zur konkreten Herrschaft über Vermögens- teile, sondern bildet die Maßgröße und Rechenziffer, auf die die Gewinn- und Verlustbeteiligung bezogen und nach der die Verwaltungsrechte festgelegt werden. Mit dieser begrifflichen Trennung werden, darauf sei ausdrücklich hingewiesen, lediglich die rechtlichen Aspekte berücksichtigt. Die Eigenkapitalvorstellung wurzelt materiell gesehen in unserer Eigentumsordnung. Hinter den rechtlichen Konstruktionen des Gesamthandseigentums und der körperschaftlichen Mitgliedschaft steht der Anteilsberechtigte als der wirtschaftliche Eigentümer.

II. Kapitaltheoretische Ansatzpunkte für den Eigenkapitalbegriff

Die Einordnung des Eigenkapitals in den allgemeinen Kapitalzusammenhang hat, so konnte gezeigt werden, auf Grund der geltenden Eigentumsordnung zu erfolgen. Deshalb sind die mit dem Eigenkapital verbundenen Vorstellungen nicht unabhängig von dem herrschenden Wirtschaftssystem zu diskutieren. Eigenkapital ist ausschließlich denkbar in einem marktwirtschaftlichen System, das das Privateigentum an den Produktionsmitteln grundsätzlich anerkennt. Dagegen hat es keine Existenzberechtigung in

1) Vgl. Reinhardt, R., Aktienrecht und Eigentumsordnung, in: Aktuelle Probleme aus dem Gesellschaftsrecht und anderen Rechtsgebieten, Festschrift für Walter Schmidt, Berlin 1959, S. 24

einem total-planwirtschaftlichen System, in dem die Produktionsmittel vollständig in Gemeineigentum überführt und an die Stelle eines privaten Unternehmertums eine staatliche Planungsinstanz getreten ist. Voraussetzung ist das Prinzip des Privatbesitzes, das Gutenberg zu den systembezogenen Tatbeständen des Betriebstyps zählt. Eigenkapital ist charakteristisch für den Betriebstyp der Unternehmung. Für die Bestimmung des Eigenkapitals kommen infolgedessen diejenigen Kapitalauffassungen nicht in Betracht, die den Prozeß der Leistungserstellung in den Mittelpunkt rücken und von allen Eigentumsbeziehungen gänzlich abstrahieren. Grundlage des Eigenkapitalbegriffs bilden ausschließlich die geldwirtschaftlichen Kapitalkonzeptionen. Eigenkapital läßt sich in diesem Zusammenhang einmal als die Summe der Finanzierungsmittel interpretieren, die den wirtschaftlichen Eigentümern gehören (konkreter Kapitalaspekt) oder als Wertsumme des im Betrieb gebundenen Vermögens auffassen, soweit daran keine Rechte Dritter mehr bestehen (abstrakter Kapitalaspekt). Im Grunde genommen ist es die letztere Vorstellung, an die der Eigenkapitalbegriff anknüpft. Wird Kapital nämlich im Sinne von konkreten Finanzierungsmitteln gesehen, dann hat man ausschließlich den innerbetrieblichen Investitionsprozeß vor Augen. Dabei ist es unerheblich, wer die Geldbeträge zur Verfügung gestellt hat, ob sie vom Eigentümer oder von Gläubigern stammen. Entscheidend für die Mittelverwendung ist allein, wie die Beträge zur Verfügung gestellt wurden, d.h. welche Anforderungen hinsichtlich Sicherheit, Liquidität und Rentabilität an die Anlagen zu stellen sind. Die rechtliche Seite der Mittelherkunft, auf die die Bezeichnung Eigenkapital abstellt, ist für die Mitwirkung der Finanzierungsmittel beim betrieblichen Umsatzprozeß primär ohne Bedeutung. Eine Beziehung ergibt sich erst dadurch, daß Geldbeträge, die vom Eigentümer dem Unternehmungszweck gewidmet werden, bestimmte Eigenschaften aufweisen, die ihre Verwendung von vornherein

bestimmen. So sind Eigenmittel insbesondere dadurch gekennzeichnet, daß sie das Verlustrisiko in vollem Umfang tragen und in der Regel keiner besonderen Liquiditätsvorsorge bedürfen, weil sie zeitlich unbefristet sind. Die Bedeutung des Eigenkapitals als Finanzierungsmittel beruht also auf den erwähnten wirtschaftlichen Eigenschaften. Fremdmittel, die eine entsprechende Verwendung zulassen, sind den eigenen Mitteln im Hinblick auf die betriebliche Finanzierungsfunktion deshalb gleichzustellen. Die konkrete Kapitalvorstellung läßt infolgedessen unmittelbar nur eine Kapitalgliederung nach wirtschaftlichen, nicht aber nach rechtlichen Prinzipien zu¹⁾. Der Unterteilung in Eigen- und Fremdkapital trägt dagegen der Auffassung von Kapital als einer abstrakten Geldwertsumme auf der Passivseite der Bilanz in vollem Umfang Rechnung. Während die Aktivseite der Bilanz einen Ausdruck der Betriebssphäre darstellt, spiegelt die Passivseite die rechtlich-finanziellen Verhältnisse der Betriebswirtschaft wider, die die Unternehmungssphäre ausmachen. Die abstrakte Kapitalziffer gibt die Höhe der Verpflichtung des Unternehmens an Außenstehende und Kapitaleigner an. Die Beteiligung der wirtschaftlichen Eigentümer ergibt sich rechnerisch, indem von der Geldwertsumme aller Vermögensteile die Schulden abgezogen werden. In Höhe des nicht durch Gläubigeransprüche gebundenen Vermögens, d.h. des Reinvermögens, haben die Kapitaleigner ein mittelbares Verfügungsrecht. Die Höhe dieser Beteiligung wird durch die Eigenkapitalpositionen der Bilanz angegeben, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß der Bilanzausweis infolge von Unterbewertung und Nichtansatz immaterieller Werte üblicherweise zu niedrig ist. Eigenkapital im Sinne der bilanzmäßigen Kapitalauffassung

1) Vgl. Kalveram, W., Kapitalbegriff, S. 615; le Coutre, W., Beiträge, S. 344-346; Fettel, J., Kapital, Sp. 2963

ist also stets ein abstrakter, buchtechnischer Begriff. Es repräsentiert nicht bestimmte Vermögensgüter, sondern errechnet sich als Saldo von Vermögen und Schulden¹⁾. Eigenkapital "ist der rechnungsmäßige Anteil des Unternehmers am Gesamtvermögen, ist somit Ergebnis einer Rechnungsoperation und hat Saldocharakter"²⁾. In der betriebswirtschaftlichen Literatur wird der Eigenkapitalbegriff überwiegend im vorstehenden Sinne definiert³⁾. Da es für die weiteren Untersuchungen nicht so sehr auf die rechtlichen und kapitaltheoretischen Ansatzpunkte des Eigenkapitals, sondern vielmehr auf dessen wirtschaftliche Eigenschaften ankommt, wollen wir uns diesen nunmehr zuwenden.

C. Die betriebswirtschaftlichen Kriterien des Eigenkapitals

Die rechtliche Verzahnung des Begriffs und die enge Verbindung der einzelnen Eigenkapitalbestandteile mit den Rechtsformen der Unternehmungen haben sehr häufig zu einer lediglich formalen Analyse der mit dem Eigenkapital verknüpften Merkmale geführt. Unsere Aufgabe besteht darin, die wirtschaftliche Bedeutung des Eigenkapitals im Vergleich zum Fremdkapital anhand bestimmter Eigenschaften aus der Sicht des einzelnen Unternehmens zu beleuchten. Wir gehen dabei aus von den Rechtsbeziehungen, in denen für jede Unternehmungsform bestimmte Vorstellungsinhalte nor-

-
- 1) Diese Auffassung läßt sich bereits bei den älteren Bilanztheoretikern nachweisen, vgl. Fischer, R., Die Bilanzwerte, was sie sind, und was sie nicht sind, Leipzig 1908, S.258; Passow, R., Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen, 2.Aufl. Leipzig und Berlin 1918, S.268; Schär, J.F., Buchhaltung und Bilanz, 5.Aufl. Berlin 1922, S.13 f.
 - 2) Leitner, F., Bilanztechnik und Bilanzkritik, 9.Aufl. Berlin 1932, S.37
 - 3) Vgl. le Coutre, W., Grundzüge der Bilanzkunde, Teil 1, 4.Aufl. Wolfenbüttel 1949, S.202; Hartmann, B., Kapital, S.7; Viel, J., Betriebs- und Unternehmungsanalyse, 2.Aufl. Köln und Opladen 1958, S. 219-222

miert sind, und versuchen dann, die tatsächliche Gestaltung zu erfassen. Die Rechtsform bildet selbst ja lediglich den Rahmen, den die Beteiligten so ausfüllen, wie es die Dynamik des wirtschaftlichen Prozesses erfordert. Hinter den gesellschaftsrechtlichen Regelungen verbergen sich wirtschaftliche Strukturelemente, die über das Wesen des Eigenkapitals Aufschluß geben. In der Trennung zwischen Eigen- und Fremdkapital kommt nach le Coutre¹⁾ die Verantwortung, Verfügbarkeit und Gebundenheit des Kapitals an die Unternehmung deutlich zum Ausdruck. Zur Beurteilung des Eigenkapitals sollen vier Kriterien gebildet werden, wobei die beiden ersten stärker das Außenverhältnis, die beiden letzteren lediglich das Innenverhältnis der Unternehmungen berühren²⁾:

- (1) Der Umfang der Kapitalhaftung
- (2) Die Dauer der Kapitalüberlassung
- (3) Die Mitwirkung bei der Geschäftsführung
- (4) Die Beteiligung am Geschäftsergebnis

I. Der Umfang der Kapitalhaftung

Der Begriff der Haftung, der seinen zivilrechtlichen Platz im Schuldrecht hat, umfaßt das Verpflichtetsein des Schuldners an den Gläubiger und schließt das Unterworfensein des Vermögens unter den Zugriff der Gläubiger, also die Erzwingbarkeit einer Forderung im

1) Vgl. le Coutre, W., Praxis der Bilanzkritik, Bd. 2 Berlin und Wien 1926, S. 70

2) Zur Analyse der Kapitaleigenschaften vgl. u.a. Hagenmüller, K.F., Gedanken zur finanziellen Führung der Betriebe, in: Probleme der Betriebsführung, Festschrift zum 65. Geburtstag von O.R. Schnutenhans, Berlin 1959, S. 179 f.; Hax, K., Finanzdispositionen, S. 470; Schäfer, E., Unternehmung, S. 57

Wege der Zwangsvollstreckung ein¹⁾. In diesem Zusammenhang wird lediglich die Außenhaftung betrachtet. Die innerbetriebliche Haftung bleibt unberücksichtigt. In der Literatur wird bisweilen ein Unterschied zwischen Haftung und Risiko gemacht, dem wir uns für diese Arbeit jedoch nicht anschließen wollen²⁾.

Während mit der Zurverfügungstellung von Fremdkapital eine generelle Haftungsübernahme der Gläubiger für die Schulden des Unternehmens nicht verbunden ist, trägt Eigenkapital das Verlustrisiko der Unternehmung kraft unwiderlegbarer Rechtsvermutung zumindestens in Höhe der investierten sowie der noch ausstehenden, jedoch jederzeit einforderbaren Beträge der Kapitaleigner in vollem Umfang. Mit der Bereitstellung von Eigenkapital dokumentiert der Eigentümer, daß er bereit ist, das Risiko des Mißlingens der betrieblichen Leistung zu übernehmen, um andererseits an der Chance der Gewinnerzielung Anteil zu haben. In dieser Haftungsübernahme wird in der kaufmännischen Praxis und in der betriebswirtschaftlichen Theorie das Hauptcharakteristikum des Eigenkapitals gesehen. Töndury-Gsell³⁾ sprechen deshalb an Stelle von Eigenkapital von "verantwortlichem Kapital". Nicklisch weist darauf hin, daß die Gliederung in Eigen- und Fremdkapital nur aussage, "wie groß der

1) Vgl. Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, Kommentar, 19. Aufl. München und Berlin 1960, Einf. § 241, Abschn. 3; Ennecerus-Lehmann, Recht der Schuldverhältnisse, 15. Bearbeitung, Tübingen 1958, S. 9-13

2) Vgl. Beckmann, L.-Pausenberger, E., a.a.O. S. 14: "Dem Risiko als der wirtschaftlichen Verantwortung ist die Haftung, die Verantwortung im Rechtssinne, gegenübergestellt".

3) Vgl. Töndury, H.-Gsell, E., a.a.O., S. 21

Teil des Gesamtkapitals ist; auf dem das Risiko in erster Linie lastet¹⁾. Alle Verluste der Unternehmung sind vom Eigenkapital zuerst zu tragen. Es fängt alle ungünstigen Verschiebungen im Verhältnis zwischen Vermögen und Schulden auf, soweit seine eigene Höhe nicht überschritten wird. Erst dann, wenn die Verluste die Höhe des Eigenkapitals übersteigen, dieses also bereits aufgezehrt ist, wird Fremdkapital unfreiwilligerweise am Risiko der Unternehmung beteiligt. Der Umfang der Haftung beider Kapitalarten kann deshalb zunächst in folgender Weise gekennzeichnet werden: Eigenkapital trägt mindestens bis zur Höhe seines eigenen Betrages ausdrücklich und von vornherein das Risiko, das aus der Geschäftstätigkeit des Unternehmens resultiert. Fremdkapital schließt eine vorherige Haftungsübernahme grundsätzlich aus²⁾ und wird nur dann gezwungenermaßen an der Risikotragung beteiligt, wenn die eingetretenen Verluste nicht durch Eigenkapital ausgeglichen werden könnten.

Eine differenziertere Betrachtung der Kapitalhaftung hat von dem gesetzlichen Umfang derselben bei den einzelnen Rechtsformen auszugehen. Die unterschiedliche Ausgestaltung der Haftung bei den Gesellschaftsformen stellt ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der Betriebstypen dar. Da es sich um zwingende Vorschriften handelt, die das Verhältnis Dritten gegenüber betreffen, sind sie

-
- 1) Nicklisch, H., Wirtschaftliche Betriebslehre, S. 64. vgl. Ferner le Coutre, W., Bilanzkritik, S. 70
 - 2) Mit Ausnahme gewisser Mischformen, die zwischen Eigen- und Fremdkapital stehen, von denen in diesem Zusammenhang jedoch abgesehen werden kann.

durch interne Vereinbarungen (Gesellschaftsvertrag) nicht abänderbar. Eine grundsätzliche Unterscheidung im Hinblick auf den Umfang der Kapitalhaftung ist danach vorzunehmen, ob eine personen- oder eine kapitalbezogene Unternehmungsform vorliegt. Bei der Einzelunternehmung und den personenbezogenen Gesellschaftsformen (OHG, KG) steht die persönliche und unbeschränkte Haftung im Vordergrund. Ein Gesellschafter haftet unmittelbar, wenn der Gläubiger ihn direkt in Anspruch nehmen kann; er haftet unbeschränkt, wenn das gesamte Vermögen für die Verbindlichkeiten einzustehen hat¹⁾. Die Gesellschaftsgläubiger können sich daher außer am Gesellschaftsvermögen auch bei den einzelnen Gesellschaftern unmittelbar in unbeschränkter Höhe schadlos halten. Dieser weitgehenden Form der Haftung unterliegen die Inhaber von Einzelfirmen, die Gesellschafter einer OHG sowie die Komplementäre einer KG²⁾. Während bei diesen Personengruppen von Eigenkapitalgebern der Umfang der Haftung rechtlich unbeschränkt und unbeschränkbar ist, wird sie wirtschaftlich durch die Höhe des vorhandenen Geschäfts- und Privatvermögens begrenzt. Bei der KG gibt es daneben eine weitere Gruppe von Eigenkapitalgebern, die Kommanditisten. Sie haften den Gläubigern nur beschränkt, und zwar in Höhe ihrer Einlage, einer bestimmten vertraglich festgesetzten und im Handelsregister eingetragenen Summe. Bis zur Leistung dieser Einlage haftet auch der Kommanditist unmittelbar, d.h. die Gläubiger können sich ohne Inanspruchnahme der Gesellschaft direkt an ihn wenden. Sobald die Einlage erbracht ist, wird der Kommanditist von der persönlichen Haftung frei³⁾.

1) Vgl. Hueck, A., Gesellschaftsrecht, 10. Aufl. München und Berlin 1960, S. 75-76

2) Vgl. §§ 105 I, 161 I, 128 HGB

3) Vgl. § 171 I HGB

Die kapitalbezogenen Unternehmungsformen (GmbH und AG) sind juristische Personen und damit selbständige Träger von Rechten und Pflichten. Eigentümer des Gesellschaftsvermögens und Schuldner der Gesellschaftsschulden sind die Kapitalgesellschaften selbst und nicht die hinter diesen stehenden Mitglieder. Die Gesellschaften haften unbeschränkt¹⁾, während eine persönliche Haftung der Mitglieder gegenüber den Gesellschaftsgläubigern ex definitione ausgeschlossen wird²⁾. Die Gläubiger müssen sich im Falle von Forderungen an die Gesellschaft ausschließlich an das Gesellschaftsvermögen halten. Darin liegt für die Kreditgeber unter Umständen ein hohes Risiko. Zum Schutz der Gläubigerinteressen hat der Gesetzgeber deshalb sichergestellt, daß ein Mindestvermögen der Gesellschaften nicht an die Mitglieder verteilt, sondern erhalten werden muß³⁾. Dieses Mindestvermögen entspricht der Höhe des Stamm- bzw. Grundkapitals. Die Nennkapitalien bilden eine Garantieziffer für die Gläubiger, da Stamm- bzw. Grundkapital den Betrag angeben, mit dem die GmbH bzw. AG mindestens ihren Gläubigern haftet. Die wirtschaftlichen Eigentümer der Kapitalgesellschaften stehen demnach rechtlich überhaupt nicht für die Verbindlichkeiten ihrer Gesellschaften ein, wirtschaftlich nehmen sie am Verlust in Höhe ihrer Einlage teil. Bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise repräsentieren Aktie und Geschäftsanteil eine Beteiligungsquote an der Gesamthaftung der Gesellschaft.

1) Die Bezeichnung GmbH ist deshalb nicht korrekt. Nicht die Haftung der Gesellschaft ist beschränkt, sondern das Risiko der Gesellschafter, da sich der Gläubiger nur an das Gesellschaftsvermögen halten kann.

2) §§ 13 II GmbHG, 1 AktG

3) Vgl. §§ 52, 54 AktG, 30 I GmbHG; Würdinger, H., a.a.O. S. 22

Die Genossenschaft besitzt wie die kapitalbezogenen Gesellschaften eigene Rechtspersönlichkeit¹⁾. Deshalb haften die Genossenschafter im rechtlichen Sinne für die Schulden ihrer Genossenschaften nicht. Wirtschaftlich gesehen nehmen sie in Höhe ihrer Geschäftsanteile an der Verlusttragung teil. Darüberhinaus sind die Eigenkapitalgeber der Genossenschaft dieser gegenüber verpflichtet, im Konkursfalle Nachschüsse bis zu einer im voraus festgelegten Haftsumme oder unbeschränkt zu leisten²⁾.

Mit der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ist demnach in jeden Falle eine Haftungsübernahme für die Gesellschaftsschulden verbunden. Diese Haftung ist unmittelbar und unbeschränkt bei den Rechtsformen der Einzelfirma, OHG und KG, soweit die Komplementäre betroffen sind; mittelbar und beschränkt dagegen bei der KG hinsichtlich der Kommanditisten und bei den Rechtsformen der GmbH, AG und Genossenschaft. Im Konkursfalle hat der Gläubiger ein Anrecht auf Befriedigung aus der Vermögensmasse. Der Kapitaleigner erhält das, was nach Befriedigung aller Gläubiger zur Verteilung übrig bleibt. Er läuft das Risiko, seinen Anteil ganz zu verlieren, während der Fremdkapitalgeber am Verlust nur dann beteiligt wird, wenn sein Anspruch die Konkursquote übersteigt. Die Haftungseigenschaft ist das wichtigste und unabdingbare Kriterium, das von allen Eigenkapitalteilen erfüllt wird.

Aus der Verantwortlichkeit des Eigenkapitals ergeben sich für die betriebliche Finanzpolitik zwei wichtige Folgerungen, denen an späterer Stelle weiter nachgegangen werden soll. Das in einem Unternehmen vorhandene Eigenkapital stellt einen Maßstab für dessen Kreditwürdigkeit dar. Der Gläubiger, der ein Risiko nicht tragen

1) § 17 GenG

2) Vgl. § 2 Ziffer 1 und 2 GenG

will, da er ja auch von der Gewinnchance ausgeschlossen bleibt, sieht in dem Vorhandensein eines ausreichenden Risikokapitals eine Garantie für die Beträge, die er selbst der Betriebswirtschaft überläßt (Garantiefunktion des Eigenkapitals). Ist ein Kapitaleinsatz mit großen Risiken verbunden und Fremdkapital infolgedessen nicht verfügbar, muß Eigenkapital für das Finanzierungsvorhaben bereitgestellt werden (Finanzierungsfunktion des Eigenkapitals).

II. Die Dauer der Kapitalüberlassung

Ein weiteres wichtiges Kriterium, das über die Qualität des Kapitals Aufschluß gibt, ist in der Überlassungsdauer durch die Kapitalgeber zu sehen, die die mögliche Einsatzdauer der Finanzierungsmittel für Investitionszwecke der Unternehmung bestimmt. Hinsichtlich der zeitlichen Widmung der finanziellen Mittel unterscheiden sich beide Kapitalarten grundsätzlich, obwohl auch hinsichtlich dieser Eigenschaft Abweichungen von der typischen Norm vorkommen. Fremdkapital wird einem Unternehmen i.d. Regel befristet zur Verfügung gestellt, d.h. es kann kurz-, mittel- oder langfristig terminiert sein. Eigenkapitalbeträge hingegen stellen grundsätzlich dauernd dem Betriebszweck gewidmete Mittel dar. Jedoch macht die Frage nach dem Bestand des Eigenkapitals eine genauere Untersuchung darüber notwendig, inwieweit auf diesen Beträgen die Gefahr des Kapitalentzuges infolge Gesellschafteraustritt oder Gesellschafterwechsel lastet. Gutenberg¹⁾ unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen kündbarem und unkündbarem Eigenkapital und versteht unter ersterem Beträge, "die teilweise mit dem Risiko vorzeitiger Rückzahlung belastet sind"¹⁾. Wir müssen deshalb die Eigenkapitalien der einzelnen Rechtsformen auf ihre Kündigungsmöglichkeit hin untersuchen. Dabei er-

1) Gutenberg, E., Einführung, S. 99-100

gibt sich, daß kündbares Eigenkapital bei Personengesellschaften und Genossenschaften vorkommt, während die Eigenkapitalbeträge der Kapitalgesellschaften unkündbar sind.

Das Schicksal der Einzelunternehmung ist derartig eng mit dem Inhaber und dessen Kapitalgrundlage verbunden, daß mit einem zwar rechtlich zulässigem Rückzug eigener Mittel nur gerechnet werden kann, wenn die Zahlungsbereitschaft der Firma dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die Einlagen des Einzelinhabers tragen grundsätzlich unbefristeten Charakter. Gesellschafter einer OHG sowie Komplementäre der KG haben das Recht, den Gesellschaftsvertrag zum Ende des Geschäftsjahres zu kündigen¹⁾. Dadurch erwerben sie einen Anspruch auf ein Auseinandersetzungsguthaben, das neben der Kapitaleinlage einen Anteil an den stillen Reserven und gegebenenfalls dem Geschäftswert umfaßt. Für die Personengesellschaft bedeutet ein Gesellschafteraustritt, daß Teile des Eigenkapitals fällig werden. Der Zeitpunkt des Kapitalentzuges unterliegt dabei der Vereinbarung mit dem ausscheidenden Gesellschafter. Üblich ist es im Interesse der Betriebserhaltung das Auseinandersetzungsguthaben zu stunden und seine Auszahlung über einen Zeitraum von bis zu 15 Jahren zu verteilen²⁾. Die Kapitaleinlagen der persönlich haftenden Gesellschafter können daher materiell ebenfalls als langfristig angesehen werden. Der Austritt eines Kommanditisten vermag die langfristige Kapitalgrundlage zu reduzieren, falls es nicht gelingt, dem Unternehmen eine neue Kommanditeinlage zuzuführen. Eine Beeinträchtigung der Eigenkapitalbasis ist ferner bei der Genossenschaft denk-

1) Vgl. § 132 HGB

2) Vgl. Möhle, F., Die Personengesellschaft, Kommentar, 2. Aufl. Stuttgart 1962, S. 152 und 167

bar. Der Genossenschafter hat das Recht, durch Kündigung seinen Austritt aus der Genossenschaft zu erklären¹⁾. Binnen 6 Monaten nach Ausscheiden ist ihm das Geschäftsguthaben auszuzahlen²⁾. Die tatsächliche Mitgliederbewegung und die mit ihr verbundenen Kompensationsmöglichkeiten entscheiden darüber, ob der Bestand der Geschäftsguthaben reduziert wird oder nicht.

Eine wesentlich andere Regelung gilt für die Kapitalgesellschaften. Die Überlassung von Grund- und Stammkapital erfolgt stets unbefristet. In Höhe des Nennkapitals ist bei diesen Gesellschaftsformen Vermögen gebunden, das dem Schutz der Gläubiger dient und deshalb ein Kündigungsrecht und Rückzahlungsanspruch der Gesellschafter ausschließt³⁾. An die Stelle eines Kündigungsrechts tritt jedoch die Möglichkeit, den Anteil zu veräußern. In hervorragendem Maße gilt das für die Aktiengesellschaft. Das Grundkapital ist in kleine, leicht übertragbare Anteile gestückelt, für die ein organisierter Markt besteht. Lediglich der Börse, über die die Eigenkapitalbeträge den Anteilseigner wechseln können, ist es zu verdanken, daß trotz fehlender Kündigungsmöglichkeit keine Immobilisation des Kapitals einsetzt⁴⁾. Die Börse transformiert kurzfristige Eigenkapitalbeträge der Aktionäre in langfristiges Eigenkapital der Aktiengesellschaft, indem sie einen ständigen Gesellschafterwechsel zuläßt, ohne daß die Eigenkapitalbasis als solche verändert wird. Für die Unternehmung selbst ändert der Wechsel der wirtschaftlichen Eigentümer nichts an der Verfügungsmöglichkeit über die Investitionsmittel.

1) Vgl. § 65 I GenG

2) Vgl. § 73 II GenG

3) Vgl. § 52 AktG, § 30 I GmbHG

4) Vgl. Schmalenbach, E., Die Aktiengesellschaft, 7. Aufl. Köln und Opladen 1950, S. 13

Eigenkapitalbeträge, so können wir zusammenfassend sagen, sind entweder unkündbar und damit zeitlich unbefristet einsetzbar oder stehen als formalrechtlich kündbare Beträge in überwiegendem Maße ebenfalls langfristig zur Verfügung. Auf Grund dieser Eigenschaft kann Eigenkapital zur Deckung des auf lange Dauer gerichteten Kapitalbedarfs herangezogen werden. Ohne den Grundsätzen einer ausreichenden Liquiditätsvorsorge zuwider zu handeln, ist Eigenkapital im Investitionsprozeß langfristig festlegbar. Aus seiner Dauerhaftigkeit rührt die Bedeutung des Eigenkapitals für die Finanzierung des Anlagevermögens und der betriebsnotwendigen Teile des Umlaufvermögens (Finanzierungsfunktion), sowie für die Schaffung eines wirkamen Risikokapitals, das einen mehrperiodischen Verlustausgleich ermöglicht (Garantiefunktion) her.

III. Die Mitwirkung bei der Geschäftsführung

Ein weiteres wichtiges Unterscheidungsmerkmal der Kapitalarten ist darin zu erblicken, in welchem Umfange diese zur Teilnahme an der Geschäftsführung legitimieren. In der Mitwirkung am betrieblichen Entscheidungsprozeß, durch den die personal-, produktions-, absatz-, finanz- und investitionspolitischen Dispositionen getroffen werden, liegt das wichtigste Recht, das in einer Unternehmung gewährt werden kann.

Der Gläubiger, der Fremdkapital zur Verfügung gestellt hat, kann zwar einen Anspruch auf fristgerechte Erfüllung seiner Forderungen geltend machen, ein Mitbestimmungsrecht bei der Geschäftspolitik des Unternehmens bleibt ihm jedoch grundsätzlich verwehrt. Nur für den Fall, daß sein Kredit notleidend wird, wird er versuchen, zur Sicherung seiner Forderung auf die unternehmerischen Entscheidungen des Schuldners Einfluß zu nehmen. Doch auch für ein solventes Unternehmen

entspricht die rechtliche Regelung der Gläubigerstellung nicht unbedingt der wirtschaftlichen Wirklichkeit. Beispielsweise werden Bankenvertreter in den Aufsichtsräten der Industrie- und Handelsunternehmen, die ausschließlich Gläubigerrechte geltend machen können, bei geschäftspolitischen Entscheidungen herangezogen. In diesem Falle stützt sich die Mitwirkung der Gläubiger jedoch auf die Sachkenntnis der Bankrepräsentanten und auf die Bedeutung der kreditgebenden Institute für das Unternehmen. Durch die Gläubigerstellung allein bleibt eine Teilnahme an der unternehmerischen Verantwortung ohne Legitimation.

Mit dem wirtschaftlichen Eigentum an den Vermögenswerten des Unternehmens sind ex definitione Herrschafts- oder Verwaltungsrechte verbunden¹⁾. Aus ihnen leitet sich ursprünglich die Berechtigung ab, an dem betrieblichen Entscheidungsprozeß mitzuwirken. Darin kommt die grundlegende Vorstellung zum Ausdruck, daß das Recht, ein Unternehmen zu führen nur derjenige haben kann, dem das Unternehmen gehört. Zwischen Kapitalgeber- und Unternehmerfunktion des Eigentümers wird eine enge Verbindung gesehen. Beide erschienen ursprünglich als eine Einheit. Das Eigentum am Betrieb implizierte das Entscheidungsrecht im Betrieb. Erst mit fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung, die zu größeren Unternehmenseinheiten führte, insbesondere bei der Rechtsform der AG, wurde die anfängliche Identifikation von Eigentum und Unternehmeraufgabe durch die Trennung von Eigentumsrecht und Geschäftsführungsbefugnis abgelöst.

Die Untersuchung, in welchem Umfang das aus dem Eigentum hergeleitete Mitwirkungsrecht des Eigenkapitalgebers bei den heutigen Unternehmungsformen anzutreffen ist, soll zunächst von den Rechtsformen der Betriebswirtschaften

1) Vgl. S. 39 f

ausgehen. Bei der Einzelfirma steht der Betrieb im Eigentum einer Person. Der Inhaber stellt seiner Firma das notwendige Geschäftskapital zur Verfügung und hat das alleinige Entscheidungsrecht in allen Fragen seines Betriebes.

Die gesellschaftsrechtliche Regelung der Mitwirkung bei der Geschäftsführung einschließlich der Beschlußfassung durch die Gesellschafter betrifft lediglich das Innenverhältnis. Für die Beziehungen der Gesellschafter untereinander gilt das Prinzip der Vertragsfreiheit, d.h. die gesetzlichen Vorschriften sind nachgiebiges Recht, so daß der Gesellschaftsvertrag eine abweichende Regelung vorsehen kann. Wie bei der Einzelfirma, so bleibt auch bei der Offenen Handelsgesellschaft die ursprüngliche Einheit von Eigentümer und Unternehmer gewahrt. In diesem Falle bestimmen die gleichberechtigten Gesellschafter die Geschäftspolitik des Unternehmens, falls nicht der Gesellschaftsvertrag abweichende Bestimmungen enthält¹⁾. Die Rechtsform der Kommanditgesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß eine teilweise Trennung von Kapital- und Entscheidungsfunktion eintritt. Komplementäre sind sowohl Eigentümer, als auch Unternehmer ihrer Gesellschaft und damit den Gesellschaftern der OHG oder den Inhabern von Einzelunternehmen gleichzustellen. Kommanditisten dagegen leisten lediglich ihre Kapitaleinlage, sind jedoch gesetzlich von der Geschäftsführung ihrer Gesellschaft ausgeschlossen²⁾. Dieses Mitwirkungsrecht kann ihnen nur auf vertraglichem Wege übertragen werden, resultiert demnach nicht aus ihrer Beteiligung. Für den Fall, daß auch der Gesellschaftsvertrag die Kommanditisten von der Geschäftsführung ausschließt, stehen ihnen bestimmte Informations- und Kontrollrechte zu³⁾.

1) §§ 114-119 HGB

2) § 164 HGB

3) § 166 HGB

Mit der kapitalmäßigen Beteiligung an einer Genossenschaft sind im formaljuristischen Sinne keine Eigentums-, sondern sogenannte Mitgliedschaftsrechte verbunden, da die Genossenschaft als juristische Person selbst Vermögenseigentümer ist. Im Gegensatz zur Selbstorganschaft der Personengesellschaft bedient sich die Genossenschaft besonderer Organe zur Geschäftsführung und Vertretung. Das Prinzip der Drittorganschaft, das die juristische Person kennzeichnet, bildet üblicherweise den Ausgangspunkt für die Loslösung der Mitbestimmungsrechte vom Kapitaleigentum. Die Genossenschaft - hierin zeigt sich ihr Unterschied zu den Kapitalgesellschaften - vermeidet die Emanzipation der Geschäftsführungsbefugnis vom Kapitaleigentum. Oberstes Organ, und zwar rechtlich und faktisch, ist die Generalversammlung, die Vereinigung der wirtschaftlichen Eigentümer. Ihr sind weitestgehende Rechte eingeräumt wie die Wahl des Vorstandes, die Feststellung des Jahresabschlusses oder die Gewinnverteilung¹⁾. Da das Stimmrecht nur persönlich ausgeübt werden darf²⁾, wird sichergestellt, daß die wirtschaftlichen Eigentümer in starkem Maße an der Geschäftsführung ihrer Genossenschaft beteiligt werden. Ganz offensichtlich wird die Trennung von Mitbestimmungsrechten und Kapitaleigentum bei den Rechtsformen der AG und der GmbH. Über die Organe der Aktiengesellschaft finden sich im Aktiengesetz bestimmte Vorschriften, die erkennen lassen, wie der Gesetzgeber das Verhältnis von wirtschaftlichem Eigentum und Geschäftsführungsbefugnis geregelt hat. Das Recht zur Leitung der Gesellschaft weist das Aktiengesetz allein dem Vorstand der AG zu, dessen Mitglieder über keinerlei kapitalmäßige Beteiligung zu verfügen brauchen:

1) §§ 24 II, 43, 48 GenG

2) § 43 IV GenG

"Der Vorstand hat unter eigener Verantwortung die Gesellschaft so zu leiten, wie das Wohl des Betriebes und seiner Gefolgschaft und der gemeine Nutzen von Volk und Reich es fordern". (§ 70 I AktG)

Würdinger¹⁾ findet in dieser Bestimmung den Bedeutungswandel gekennzeichnet, der mit der Eigentumsauffassung verbunden war. An die Stelle der liberalen Anschauung von der Freiheit im Gebrauch des Eigentums (§ 903 BGB) sei der Grundsatz der "sozialen Gebundenheit" des Eigentums (Art. 14 GG) getreten. Dieser löse den Vorstand als den Träger der in der Geschäftsführung liegenden Entscheidungsmacht von den Eigentümerinteressen ab und trage ihm gleichzeitig den Interessenausgleich zwischen den Aktionären, Arbeitnehmern des Unternehmens und dem Gemeinwohl auf, den das soziale Prinzip erforderlich mache. Die Hauptversammlung als das Organ der wirtschaftlichen Eigentümer kann über Fragen der Geschäftsführung nur entscheiden, wenn der Vorstand es verlangt²⁾. Die Mitgliedschaftsrechte, die im Gesetz im einzelnen festgelegt werden, geben dem das Kapitalrisiko tragenden Aktionär beschränkte Einflußmöglichkeiten. Zu den mitgliedschaftlichen Verwaltungsrechten zählen ein begrenztes Auskunftsrecht³⁾, ein Anfechtungsrecht⁴⁾ sowie ein Stimmrecht in der Hauptversammlung⁵⁾, durch das über die Entlastung der Verwaltung, die Verwendung des bereits festgestellten Gewinns sowie über bestimmte Sonderanlässe der Finanzierung befunden wird. Von der eigentlichen Formulierung der geschäftspolitischen Linie und der Festlegung der Maßnahmen für die nahe Zukunft bleiben die Aktionäre somit ausgeschlossen. Das entspricht dem besonderen

1) Vgl. Würdinger, H., a.a.O. S. 120 f.

2) § 103 II AktG

3) § 112 AktG

4) § 198 AktG

5) §§ 12, 114 AktG

Charakter der aktienrechtlichen Unternehmungsform, die nicht auf die persönliche Mitarbeit ausgerichtet ist, weil sie die dazu erforderliche Sachkenntnis bei den Aktionären gar nicht voraussetzen kann, sondern eine Kapitalsammlung für umfangreiche wirtschaftliche Aufgaben anstrebt. Von um so größerer Bedeutung sind für Aktiengesellschaften die Fragen der Publizität. Mit einer ausreichenden Rechnungslegung soll dem Aktionär, der von der unmittelbaren Gestaltung der Geschäftspolitik ausgeschlossen wird, die nachträgliche Kontrolle der geschäftlichen Dispositionen ermöglicht werden. Für die Kapitalgesellschaften insgesamt gilt, daß die ursprüngliche Einheit zwischen Eigentum am Unternehmen und Entscheidungsrecht im Unternehmen beseitigt ist. Solange die Kapitalwidmung nicht durch eine Mitarbeit in den Leitungsorganen ergänzt wird, läßt die aktienrechtliche Regelung einen maßgeblichen Einfluß auf die laufende Geschäftsführung nicht zu. Doch zeigt sich gerade am Beispiel der Aktiengesellschaft, der typischen Unternehmungsform für Großunternehmen, daß die Rechtsform lediglich über die vom Gesetzgeber beabsichtigte Kompetenzverteilung, nicht jedoch über die tatsächlich mögliche Einflußnahme etwas aussagt.

Unsere Untersuchung über das Ausmaß der Mitwirkungsrechte bei der Geschäftsführung, soweit sie aus dem Kapitaleigentum resultieren, bedarf notwendigerweise der Ergänzung durch eine Betrachtung der Unternehmungsformen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Den Ansatz dazu bietet eine Arbeit F. Lehmanns¹⁾, auf deren Gedankengängen aufbauend Gutenberg²⁾ die Lehre von der betrieblichen Willensbildung entwickelt hat, die als

-
- 1) Vgl. Lehmann, F., Rechtsformen und Wirtschaftstypen der privaten Unternehmung, Mannheim 1925
 - 2) Vgl. Gutenberg, E., Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1. Bd. Die Produktion, 7. Aufl. Berlin-Göttingen-Heidelberg, S. 370 ff.; Gutenberg, E., Einführung, S. 35 ff.; Gutenberg, E., Unternehmensführung, Wiesbaden 1962, S. 11 ff.

systematischer Bestandteil seiner "Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre" - als soziologische Strukturanalyse des dispositiven Faktors - Eingang in die Lehrbuchliteratur gefunden hat. Gutenberg unterscheidet:

- (1) Eigentümer-Unternehmungen
- (2) Geschäftsführer-Unternehmungen
- (3) Einlagegesellschaften als Mischform

Wir wollen uns hier auf die beiden reinen Wirtschaftstypen beschränken, weil an ihnen der Zusammenhang, auf den es uns ankommt, am deutlichsten sichtbar wird¹⁾. Eigentümer-Unternehmungen sind dadurch gekennzeichnet, daß Kapitaleigentum und Geschäftsführungsbefugnis in einer Hand vereinigt sind. Infolge der persönlichen Mitarbeit des Kapitalgebers kann das ihm zustehende Entscheidungsrecht voll wirksam werden. Im Betrieb ist lediglich ein Zentrum betrieblicher Willensbildung, nämlich die Eigentümer bzw. Unternehmer vorhanden. Gutenberg sieht das entscheidende Kriterium des Unternehmerbegriffs darin, daß sich Eigentum und Geschäftsführung in einer Person vereinigen. Der Unternehmungstyp der Eigentümer-Unternehmung findet sich vorwiegend bei Betriebswirtschaften in der Rechtsform der Einzelfirma, OHG sowie bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, bei denen sich die Geschäftsanteile im Besitz der zugleich als Geschäftsführer tätigen Personen befinden. Dabei handelt es sich vorwiegend um Familien- oder personenbezogene Aktiengesellschaften und um Ein-Mann-GmbH.

Im Gegensatz zu den Unternehmerbetrieben vereinigen sich bei den Geschäftsführer-Unternehmungen Kapitalbesitz und Geschäftsführung nicht in

1) Vgl. Gutenberg, E., Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1. Bd. Die Produktion, 7. Aufl. Berlin-Göttingen-Heidelberg, S. 370 ff.; Gutenberg, E., Einführung, S. 35 ff.; Gutenberg, E., Unternehmensführung, Wiesbaden 1962, S. 11 ff.

einer Hand. Die Eigenkapitalgeber bestellen Personen zur Geschäftsführung, die selbst keine Anteilseigner sind. In diesem Falle existieren in der Unternehmung zwei Zentren betrieblicher Willensbildung. Neben die Eigentümer treten die Geschäftsführer als das eigentliche Management des Unternehmens. Dieser Unternehmungstyp tritt bei den Rechtsformen der AG und GmbH auf, falls die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer keine Anteile an dem Unternehmen besitzen. Er ist in erster Linie charakteristisch für Großunternehmen. Das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen, den Eigentümern und Geschäftsführern, wird durch ein System gesetzlicher, statutarischer und vertraglicher Bestimmungen und Abreden geregelt. Auf die besonderen Probleme, die sich aus der "Bipolarität der betrieblichen Willensbildung" (Gutenberg) ergeben, kann in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden¹⁾. Festgehalten werden soll hingegen, daß die Anteilseigner von Großunternehmen zwar die Ausübung von Geschäftsführungsaufgaben im weitesten Umfange delegiert haben und sich auf ihre Kapitalbeteiligung zurückziehen, ihre Mitwirkungsrechte jedoch nicht vollständig beseitigt sind. Den Aktionären verbleibt das Entscheidungsrecht über die außerordentlichen geschäftlichen Dispositionen, das in der Hauptversammlung ausgeübt wird. Dazu zählt die Beschlußfassung über Satzungsänderungen, Kapitalerhöhungen, Kapitalherabsetzungen, Fusionen, Vermögensübertragungen, Gewinngemeinschaften, Umwandlungen, Nachgründungen und die Auflösung der Gesellschaft. Die rechtlich-wirtschaftliche Grundverfassung der Gesellschaft und ihre kapitalmäßige

1) Vgl. hierzu Mestmäcker, E.J., Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, Karlsruhe 1958; Wiethölter, R., Interessen und Organisation der Aktiengesellschaft im amerikanischen und deutschen Recht, Karlsruhe 1961

Ausstattung müssen demnach in jedem Falle von den Aktionären bestimmt werden. Unterschiedlich ist dagegen die Einflußnahme der Eigentümer im Hinblick auf die laufenden geschäftlichen Dispositionen zu beurteilen. Bei den Publikumsgesellschaften, d.h. Aktiengesellschaften, deren relativ hohes Aktienkapital sich in Streubesitz befindet und keinerlei Mehrheitsaktionäre vorhanden sind, ist infolge der zersplitterten Eigentumsrechte eine Teilnahme an der laufenden betrieblichen Willensbildung nicht möglich. Dem Willen der Aktionäre entspricht eine derartige ständige Mitwirkung an der Geschäftspolitik auch gar nicht. Sie wollen ein Unternehmen mitfinanzieren, nicht aber mitleiten. Die laufenden Dispositionen überlassen sie Vorstand und Aufsichtsrat, die mit den komplizierten technischen Produktionsproblemen und den Bezugs-, Absatz- und Finanzmärkten der Firma vertraut sind. Das Interesse der Publikumsaktionäre läuft auf einen Anteil am Gewinn als Ausgleich für das wirtschaftliche Risiko, das sie tragen, und auf eine umfangreiche Publizität hinaus, die eine nachträgliche Beurteilung der unternehmerischen Entscheidungen der Verwaltung erlaubt. Die Aktionäre von Publikumsgesellschaften haben ihren Einfluß auf die laufende Geschäftsführung somit fast vollständig verloren und erfüllen lediglich die Funktion eines Kapitalgebers.

Anders steht es dagegen bei Aktiengesellschaften, bei denen Mehrheitsaktionäre vorhanden sind. Aktionäre, deren Aktienbesitz bei einer Gesellschaft zu groß ist, daß die mit ihm verbundene Stimmenzahl einen Einfluß sichert, sind an den grundsätzlichen Entscheidungen der laufenden Geschäftspolitik kraft ihrer Eigentumsrechte beteiligt. Sie institutionalisieren ihre Geschäftsführungsbefugnis in der Praxis vielfach dadurch,

daß sie selbst oder die Vertreter einen Sitz im Aufsichtsrat innehaben. Der Aufsichtsrat ist zwar gesetzlich als Kontrollorgan von der Leitung ausgeschlossen, wirkt jedoch in praxi an den geschäftspolitischen Entscheidungen mit¹⁾.

Als abschließendes Ergebnis unserer Untersuchung über die Mitwirkungsrechte bei der Geschäftsführung wollen wir festhalten, daß Forderungsrechte grundsätzlich kein betriebliches Entscheidungsrecht begründen, während Eigentumsrechte prinzipiell zur Teilnahme an den unternehmerischen Dispositionen legitimieren. Der Grad der tatsächlichen Einflußnahme auf den betrieblichen Entscheidungsprozeß hängt von dem Umfang der persönlichen Mitarbeit in der Unternehmung ab. bei den Eigentümer-Unternehmungen kann der Eigentümer seine Mitwirkungsrechte in vollem Umfang ausüben, wohingegen bei den Geschäftsführer-Unternehmungen die Struktur der Gesellschaften Aufschluß über das Maß der Einflußnahme geben. Verfügt der Eigentümer bei einer Gesellschaft über eine Mehrheitsbeteiligung, stehen ihm ebenfalls Mitwirkungsrechte bei allen wichtigen Entscheidungen zu. Der Aktionär, der an einer Publikumsgesellschaft beteiligt ist, kann in den laufenden Entscheidungen dagegen keine Mitwirkungsrechte durchsetzen, sondern befindet sich de facto in einer

1) Zu einem abweichenden Ergebnis gelangt eine neuere Veröffentlichung über die Willensbildung im Großunternehmen, die letztlich jeglichen Einfluß des Eigenkapitalgebers auf den betrieblichen Entscheidungsprozeß, soweit er auf seinem Rechtsanspruch beruht, bei Großunternehmen leugnet (Cassier, S.C., Wer bestimmt die Geschäftspolitik der Großunternehmen?, Frankfurt/M. 1962, insb. S. 119 und S. 132). Vgl. hierzu die Kritik, die M. Kruk in der FAZ vom 8.2.1962, S.11 unter dem Titel "Wer führt die Großunternehmen?" an den Auffassungen Cassiers übt, die er insbesondere im Hinblick auf Aktiengesellschaften mit Großaktionären für unrealistisch hält.

Gläubigerstellung.

IV. Die Beteiligung am Geschäftsergebnis

Als letztes Kriterium für die betriebswirtschaftliche Bestimmung des Eigenkapitals soll die unterschiedliche Stellung der Kapitalteile zum Geschäftsergebnis erörtert werden.

Fremdkapital ist mit wenigen Ausnahmen¹⁾ unabhängig vom erzielten Geschäftsergebnis. Der Gläubiger hat in der Regel einen vertraglich festgelegten, festen Zinsanspruch, der als Aufwandfaktor die Unternehmensrechnung in guten und schlechten Jahren belastet, d.h. den erzielbaren Gewinn mindert bzw. einen entstehenden Verlust erhöht. Die Fremdkapitalzinsen stellen damit ein relativ starres Element des Gewinnbildungsprozesses dar. Im Gegensatz dazu gehört die Vergütung an die Kapitaleigentümer bereits zur Gewinnverwendung. Mit der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ist eine Beteiligung am Gewinn und Verlust des Unternehmens verbunden. Der Ertrag der Beteiligung richtet sich nach der Höhe des erzielten Gewinns. Wird kein Gewinn erzielt, so gehen die Anteilseigner ertraglos aus. Die Gewinnchance ist das Korrelat des Verlustrisikos. Die Art der Beteiligung am Geschäftsergebnis weist je nach der Rechtsform eine unterschiedliche Gestaltung auf.

Der Inhaber einer Einzelunternehmung kann rechtlich ohne Einschränkung über den erzielten Gewinn verfügen und hat entstandene Verluste zu tragen. Gewinnentnahmen sind jederzeit möglich und werden über das variable Kapitalkonto verbucht. Die gesellschaftsrechtlichen Vorschriften über

1) Z.B. Gewinnobligation, Partiarisches Darlehen

die Gewinnbeteiligung sind nachgiebiges Recht und tragen dem Prinzip der Vertragsfreiheit im Innenverhältnis Rechnung. Maßgeblich für die Gewinnverteilung ist deshalb der Gesellschaftsvertrag. Die gesetzliche Regelung, die lediglich ersatzweise eintritt, sieht für den Gesellschafter einer OHG eine Verzinsung seines Kapitalanteils in Höhe von 4 % vor¹⁾. Der darüber hinaus gehende Gewinn wird ebenso wie der eingetretene Verlust unter den Gesellschaftern nach Köpfen verteilt. Gewinne werden dem Kapitalanteil des einzelnen Gesellschafters zugeschrieben, Verluste davon abgebucht. Dabei sind Entnahmen während des Geschäftsjahres, die bis zu 4 % des für das letzte Geschäftsjahr festgestellten Kapitalanteils zulässig sind, zu berücksichtigen. Auch bei der KG erhalten sämtliche Gesellschafter zunächst 4 % des Kapitalanteils gutgeschrieben²⁾. Der darüber hinausgehende Gewinn soll nach einem "angemessenen Verhältnis" verteilt werden. Diese Regelung gilt auch für Verluste. Eine Verteilung nach Köpfen würde der Tatsache nicht Rechnung tragen, daß nach der gesetzlichen Konstruktion Kommanditisten von der Mitarbeit befreit und nur kapitalmäßig beteiligt sind. Bei den Kapitalgesellschaften gehen gleichfalls satzungsmäßige Regelungen den gesetzlichen Normen vor. Der Anteilseigner wird durch zwei Rechte am Gewinn und Verlust seiner Gesellschaft beteiligt: den ausdrücklichen Anspruch auf Gewinnanteil³⁾ sowie das Recht, am Liquidationserlös teilzunehmen⁴⁾. Der Aktionär hat einen Anspruch auf den sich aus der Jahresbilanz ergebenden Reingewinn, soweit dieser nicht nach Gesetz oder Satzung

1) §§ 120-122 HGB

2) §§ 167-169 HGB

3) §§ 52 AktG, 29 GmbHG

4) §§ 212 AktG, 72 GmbHG

von der Verteilung ausgeschlossen ist. Die Dividende wird nach dem Nennbetrag der Aktien ermittelt und darf nur dem Reingewinn entnommen werden¹⁾. Bei der Auflösung der Gesellschaft kann der Aktionär einen Anteil an der Vermögenssubstanz verlangen. Dieser entspricht nicht etwa dem Aktiennennbetrag seiner Einlage, sondern dem auf ihn entfallenden Liquidationserlös. Damit nimmt der wirtschaftliche Eigentümer auch an einem Verlust teil. Einen Anspruch auf das Vermögen kann er erst dann geltend machen, wenn zuvor alle Gläubiger aus dem Gesellschaftsvermögen Befriedigung erlangt haben. Für die Genossenschaft ist der Anspruch auf Gewinnbeteiligung ebenfalls im Gesetz festgelegt²⁾. Doch tritt das Recht auf einen Anteil am Reingewinn, dem besonderen Charakter dieser Rechtsform entsprechend, zurück. Die Satzung kann festlegen, daß Gewinne nicht verteilt, sondern den Rücklagen zugeführt werden. Das Mitglied einer Genossenschaft hat bei Ausscheiden Anspruch auf das Geschäftsguthaben, das ihm binnen 6 Monaten auszuzahlen ist³⁾. An den Rücklagen der Genossenschaft können keine Rechte geltend gemacht werden⁴⁾.

Als typisches Merkmal bei allen Rechtsformen hat sich gezeigt, daß die Beteiligung stets mit einem Gewinnanspruch verbunden ist, während das Darlehen durch eine feste Verzinsung gekennzeichnet ist. Zwar belastet Eigenkapital wegen seiner Ertragsabhängigkeit das Unternehmen nicht mit vertraglich vereinbarten festen Zinsen, trotzdem ist es infolge der steuerlichen Behandlung des

1) §§ 53, 54 AktG

2) § 19 GenG

3) §§ 73, 91 GenG

4) § 73 GenG

Gewinns ein relativ teures Kapital. Die Gewinnausschüttung an die Anteilseigner unterliegt bei der Unternehmung den gewinnabhängigen Steuern (Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbeertragssteuer). Eine Aktiengesellschaft kann beispielsweise von 100 DM Rohgewinn vor Zahlung der Körperschaftssteuer nur 76,56 DM als Dividende an den Aktionär verteilen, da die Körperschaftsteuerbelastung für Ausschüttungen z.Zt. 23,44 DM beträgt (15 % KSt auf 76,56 DM und 51 % auf 23,44 DM). Werden dagegen 100 DM Zinsen auf das Fremdkapital gezahlt, so gilt dieser Betrag steuerlich als Aufwendung, die durch den Betrieb veranlaßt ist, d.h. als abzugsfähige Betriebsausgabe, welche den körperschaftssteuerlichen Gewinn der Gesellschaft mindert¹⁾.

D. Die Ermittlung des Eigenkapitals

Aus dem Saldocharakter des Eigenkapitals folgt, dass dieses nur indirekt ermittelt werden kann. Die Grundlage zur Bestimmung des Eigenkapitals bildet die Bilanz. Sie enthält auf ihrer Aktivseite die Vermögenswerte und auf ihrer Passivseite die Schulden der Unternehmung. Zum Ausgleich der beiden Seiten der Bilanz wird ein Saldo errechnet, der normalerweise auf der Passivseite eingesetzt wird: das Eigenkapital. Während Vermögen und Schulden selbständig bewertet und damit direkt ermittelt werden können, muß Eigenkapital als Differenzbetrag dieser beiden Größen errechnet werden. Als Restgröße ist es von dem mengen- und wertmäßigen Bilanzansatz der anderen Bilanzpositionen abhängig und damit im Rahmen der Bilanzpolitik der Unternehmung mani-

1) Vgl. Giersch, H., Investitionsfinanzierung und Besteuerung, Wiesbaden 1961, S. 42 ff.; ferner S. 387ff.

pulierbar. Wird Eigenkapital mit Hilfe der Bilanzgleichung als Differenz zwischen den Geldwertsummen des Vermögens und der Verpflichtungen einer Unternehmung interpretiert¹⁾, so ergeben sich die einzelnen Ermittlungskomplexe der Residualgröße.

Eine exakte Eigenkapitalbestimmung verlangt zunächst den lückenlosen Ansatz sämtlicher Vermögenswerte. Die materiellen und immateriellen Güter des Anlagevermögens, das Vorratsvermögen sowie das Finanzanlage- und Finanzumlaufvermögen sind zunächst mengenmäßig zu erfassen. Erfolgt die Eigenkapitalermittlung im Rahmen einer reinen Vermögensbilanz (Status), so wird die Bewertung der aktivierten Vermögensteile nach dem Tageswertprinzip vorgenommen, das zu einer zutreffenden Errechnung des Eigenkapitals führt²⁾.

Liegt der Eigenkapitalermittlung jedoch eine Erfolgsbilanz (handelsrechtliche Jahresbilanz) zugrunde, ist die Geldwertsumme der Aktiva das Ergebnis der unterschiedlichen Ausnutzung des handelsrechtlich zulässigen Bewertungsspielraums. Die Bewertungsvorschriften der

1) Vgl. Kalveram, W., Finanzierung, S. 9

2) Entsprechend den Prinzipien der organischen Bilanzauffassung F. Schmidts definierte Schwantag auf der Arbeitstagung der Schmalenbach-Gesellschaft in Köln am 29.3.1963 Eigenkapital als

"Differenz zwischen einerseits den Tagesbeschaffungszeitwerten der Aktivvermögensteile, d.h. also Anlagen auf der Grundlage des Neuwertes unter Absetzung der auf die bisherige Nutzungszeit oder Leistungsmenge entfallenden tageswertigen Abschreibungen, Vorratsvermögen bewertet zu Tagesbeschaffungspreisen, soweit nicht Entwertungen wegen zweiter Wahl, Unverkäuflichkeit u.a. angebracht sind, die übrigen nominalen Posten mit Nominalbeträgen, andererseits den Verbindlichkeiten, Grenzposten und Rückstellungen".

vgl. Schwantag, K., a.a.O., S. 221

Handelsbilanz begrenzen aus Gläubigerschutzgesichtspunkten den Wertansatz der Aktiva nach oben, lassen nach unten dagegen eine Unterbewertung weitgehend zu. Soweit die Bildung stiller Reserven durch den Ansatz von Vermögenswerten unter den handelsrechtlich zulässigen Höchstwert eine vorweggenommene Gewinnverwendung darstellt, wird die Ermittlung des aus der Bilanz erkennbaren Eigenkapitals durch diese bilanzpolitischen Maßnahmen wesentlich manipuliert. Das errechnete Eigenkapital ist in Höhe der vorhandenen stillen Reserven zu niedrig. Der zweite Ermittlungskomplex umfaßt den mengen- und wertmäßigen Ansatz des Fremdkapitals, um das die Geldwertsumme der Aktiva zu vermindern ist. Zu passivieren sind sämtliche Schulden und mit ihrem tatsächlichen Wert anzusetzen. Das handelsrechtlich geltende Imparitätsprinzip in seiner Ausprägung als Höchstwertprinzip für die Passivseite läßt aus Vorsichtserwägungen heraus eine Überbewertung in beschränktem Umfang zu. Ein gegenüber dem Status überhöhter Ansatz von Rückstellungen und Auslandsverbindlichkeiten führt ebenfalls zu einer zu niedrigen Eigenkapitalziffer, da der verbleibende Aktivenüberschuß stärker reduziert wird, als es der tatsächlichen Situation entspricht.

Das als rechnerische Differenz ermittelte Eigenkapital läßt sich je nach der Rechtsform der Betriebswirtschaften in fixe und variable Bestandteile zerlegen. Ausgehend von dieser in den Bilanzen der Unternehmungen unter den verschiedenartigsten Bezeichnungen auftretenden Untergliederung des Saldos läßt sich Eigenkapital auch als Addition sämtlicher konstanten und variablen Eigenkapitalelemente ermitteln. Bei Anwendung einer recht summarischen Betrachtung, die bewußt die rechtlichen Unterschiede von personen- und kapitalbezogenen Gesellschaftsformen un-

berücksichtigt läßt, ergibt sich Eigenkapital als Summe von Kapital-, Rücklagen- und Gewinnbestandteilen. Ausdrücklich muß jedoch betont werden, daß mit dieser "Additionsmethode" im Gegensatz zur anfänglich geschilderten Differenzmethode kein selbstständiges Ermittlungsverfahren angegeben wird. Auch in diesem Falle wird die Eigenkapitalziffer nicht durch unabhängige Bewertung, sondern als Residuum von bewerteten Aktiva und Schulden ermittelt. Während die indirekte Ermittlungsmethode den Saldierungsvorgang selbst vollzieht und damit deutlich macht, daß Eigenkapital als Anteil stets eine variable Größe ist, auch wenn einzelne Bestandteile unverändert bleiben, setzt die Enumeration der Eigenkapitalbestandteile diesen Saldierungsvorgang bereits voraus und bemüht sich, sein Ergebnis in einer Gesamtsumme festzuhalten. Erstreckt sich die Addition lediglich auf die in der Bilanz ausgewiesenen Positionen, dann ist das so ermittelte Eigenkapital (= Bilanzeigenkapital) mit dem tatsächlichen Eigenkapital (= Effektives Eigenkapital) nicht in Übereinstimmung, da stille Rücklagen nicht berücksichtigt werden. In der Aufzählung der einzelnen Bestandteile wird in der Literatur ein geeignetes Verfahren der praktischen Begriffsbestimmung des Eigenkapitals gesehen. Besondere Bedeutung hat die Enumeration bei den Kreditinstituten erlangt, da der Gesetzgeber auf diesem Wege das "haftende Eigenkapital" definiert hat¹⁾.

Die betriebswirtschaftliche Grundlegung der bankbetrieblichen Untersuchungen, auf die nicht verzichtet werden konnte, da eine Gesamtdarstellung des Eigenkapitals in der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre fehlt, soll in vier Punkten zusammengefaßt werden:

1) Vgl. § 10 Gesetz über das Kreditwesen (KWG) vom 10.7.1961 (BGBI I S. 881)

1. Eigenkapital umfaßt alle Beträge, die rechtlich gesehen von den wirtschaftlichen Eigentümern dem Unternehmen gewidmet oder als Gewinne in ihm belassen wurden. "Eigen" ist Kapital in dem Sinne, daß im Gegensatz zum Fremdkapital an diesen Mitteln keine Rechte Dritter bestehen, sondern das Kapital den Eigentümern gehört.
2. Bis zum Investitionszeitpunkt handelt es sich bei Eigenkapital um konkrete Finanzierungsmittel, nach erfolgter Investition um abstrakte Rechnungsposten, die auf der Passivseite der Bilanz eine Dokumentationsfunktion erfüllen.
3. Die wirtschaftlichen Merkmale des Eigenkapitals bestehen in der Übernahme der Haftung für Verluste, in der de facto langfristigen Bindung an das Unternehmen, im Mitwirkungsrecht bei der Geschäftsführung und in der Beteiligung am Geschäftsergebnis. Mitwirkungsrecht und Gewinnanspruch sind abdingbar und stehen dem Anteilseigner nur für Beträge zu, die er dem Unternehmen als Grundkapital im weiteren Sinne zugeführt hat. Rücklagenkapital ist weder mitsprache- noch gewinnberechtigtes Kapital.
4. Die Ermittlung des Eigenkapitals erfolgt grundsätzlich indirekt als Saldo der autonom bewerteten Vermögensteile und Schulden (Gegengewichtseigenschaft des Eigenkapitals in der Bilanz). Die in Abhängigkeit von den Bewertungsgrundlagen der Aktiven und Passiven errechnete Eigenkapitalziffer kann in der Bilanz in konstante und variable Bestandteile zerlegt werden. In diesem Falle ergibt sich das Bilanz Eigenkapital durch die Addition der einzelnen Eigenkapitalposten. Das effektive Eigenkapital ist ein komplexes Gebilde von zahlenmäßig ausgewiesenen und nicht ausgewiesenen Bestandteilen (= sichtbares und unsichtbares Eigenkapital).

Teil II: Wesen und Struktur des Eigenkapitals der Kreditinstitute

A. Die Begriffsbestimmung des haftenden Eigenkapitals im Kreditwesen

I. Die Lehren der Bankenkrise im Hinblick auf die Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute

Die Erschütterungen, die das Bankwesen durch die Weltwirtschaftskrise, zugleich Deutschlands größter Bankenkrise, im Sommer 1931 erfahren hatte, führten zu einer grundsätzlichen Diskussion, in welchem Umfange eine Reform der Kreditwirtschaft anzustreben sei¹⁾. Zwar setzte sich sehr bald die Ansicht durch, daß eine Änderung der gewachsenen Struktur des deutschen Bankwesens (Universalbankcharakter; Existenz eines privaten neben dem öffentlichen Bankensektor) nicht sinnvoll sei, doch blieben die Verhältnisse damit nicht einfach beim alten. Nachdem die liberale Maxime der freien Konkurrenz als Ordnungsprinzip der Kreditwirtschaft gescheitert war, wandelte sich die Einstellung gegenüber der Bankwirtschaft. Die Banken, so erkannte man, handeln nicht wie andere Wirtschaftseinheiten mit Gütern, sondern sammeln und schaffen Geld. Infolge der wachsenden Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ist das moderne Bankensystem in der Lage, autonome Geld- und Kreditschöpfung zu betreiben. Daraus resultieren eine Reihe gesamt- und einzelwirtschaftlicher Unsicherheitsfaktoren. Kreditinstitute, die ihre Geschäftspolitik am erwerbswirtschaftlichen Prinzip orientieren, also ein Höchstmaß

1) Vgl. hierzu insb. Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt/M. 1961, S. 200 f. und 555 ff.; Stucken R., Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 - 1953, 2. Aufl. Tübingen 1953, S. 104 f.; Lutz, F.A., Das Grundproblem der Geldverfassung, Stuttgart und Berlin 1936, wiederabgedruckt in: Geld und Währung, Tübingen 1962, S. 28 ff.

an Rentabilität anstreben, werden bei gegebenen Zinssätzen versuchen, ihr Kreditvolumen möglichst stark zu expandieren, was zu einer Verringerung der Liquiditätsreserven führt. Diese Politik einer effektiven Geldmengenvermehrung kann jedoch zu einer inflationären Entwicklung führen, falls die effektive Gütermenge nicht in gleichem Umfang gestiegen ist. Eine autonome Kreditpolitik der Banken vermag somit gegen das wirtschaftspolitische Postulat der Kaufkraftstabilität wirksam zu verstoßen. Das Ergebnis dieser Erkenntnisse bildete die Forderung, das Bankwesen, infolge der engen Beziehungen, die zwischen der Geschäftspolitik der Kreditinstitute und der Währungspolitik bestehen, den Grundsätzen der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu unterstellen. Da das einzelne Institut nicht zu beurteilen vermag, ob seine Kreditgewährung die Stabilität der Währung gefährdet oder nicht, erhält die Zentralbank die Aufgabe, mit Hilfe eines währungspolitischen Instrumentariums die Kreditnachfrage und insbesondere das Kreditangebot/^{sonst} die Liquidität der Banken zu beeinflussen, um die Währung zu sichern¹⁾. Somit wird die Einflußnahme des Staates auf das Kreditwesen als im öffentlichen Interesse liegend anerkannt. Ziel des ordnenden Eingriffs des Staates kann es jedoch nicht nur sein, eine gesamtwirtschaftliche unerwünschte Ausdehnung des Kreditvolumens im Bankensystem zu verhindern. Gleichzeitig muß der Staat die Daten für eine solide Kreditgewährung und gesunde Liquiditätsverhältnisse des einzelnen Kreditinstituts setzen, da sich das Versagen einzelner Banken leicht

1) Vgl. § 3 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26.7.1957 (BGBl I S. 745):

"Die Deutsche Bundesbank regelt mit Hilfe der währungspolitischen Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft mit dem Ziel, die Währung zu sichern".

zu einer Vertrauenskrise im gesamten Kreditwesen ausweiten kann, wie die Bankenkrise lehrte. Die Geschäftspolitik vieler Kreditinstitute vor der Krise, insbesondere die risikoreiche langfristige Mittelverwendung von kurzfristig anvertrauten Auslandsgeldern, hatte berechtigte Kritik herausgefordert. Als Antwort darauf wurde durch Notverordnung vom 19.9.1931 eine einheitliche staatliche Bankenaufsicht eingeführt, die allgemeine Grundsätze über die Geschäftspolitik der Banken erlassen sollte¹⁾. In Zukunft sollte von jedem einzelnen Kreditinstitut ein ausreichendes Maß an Sicherheit und Liquidität gefordert werden. Den Ausgangspunkt aller Sicherheitsbestrebungen im Bankbetrieb aber bildete das **E i g e n k a p i t a l** der Kreditinstitute.

Zur Klärung aller mit der Bankaufsicht zusammenhängenden Fragen und zur Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen wurde eine Bankenquete durchgeführt. Im September 1933 trat der "Untersuchungsausschuß für das deutsche Bankwesen" unter dem Vorsitz des damaligen Reichsbankpräsidenten Schacht zusammen. Der Ausschuß ließ sich eine Reihe schriftlicher Referate erstatten, die die Grundlage für die mündlichen Verhandlungen bildeten. Über die Tätigkeit der 1931 eingeführten Bankaufsichtsbehörde bis zum Zeitpunkt der Enquete berichtete der Referent beim Reichskommissar für das Bankgewerbe, P a e r s c h²⁾. Er stellte fest, daß die Frage, allgemeine Grundsätze für die Geschäftspolitik der Institute zu erlassen,

-
- 1) Verordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankaufsicht und Steueramnestie (RGBl I 493)
 - 2) Vgl. Paersch, F., Maßnahmen des Staates hinsichtlich einer Beaufsichtigung und Reglementierung des Bankwesens, in: Untersuchung des Bankwesens 1933, Berlin 1933, I. Teil, 2.Bd., S. 31 ff., insb. S. 58 und 65

zwar gründlich geprüft, von der Befugnis des Reichskommissars jedoch noch kein Gebrauch gemacht worden sei. In den abschließenden Empfehlungen wird jedoch angeregt, eine derartige Regelung in Zukunft zu schaffen, ohne unmittelbar in die unternehmerische Verantwortung der Geschäftsleitungen einzugreifen. Die Bilanz der Krise, soweit sie das Eigenkapital der Kreditbanken betraf, zog der Königsberger Professor von B i s s i n g in seinem Referat: "Die Schrumpfung des Kapitals und seine Surrogate"¹⁾. Er bezifferte den Eigenkapitalverlust der Aktienbanken durch die Weltwirtschaftskrise auf rd. 40 % des Bestandes von 1930, bei den Berliner Filialbanken allein auf 43 %. Unter Einberechnung der Zuwendungen des Reiches und der Golddiskontbank erhöhte sich der Verlust auf etwa 95 % des bilanzmäßig ausgewiesenen Eigenkapitals von 1930. Die Schrumpfung des Eigenkapitals der deutschen Aktienbanken im Jahre 1931 gab v. Bissing mit rd. 1033 Mio RM an, wobei 410 Mio RM auf bilanzmäßig ausgewiesenes Eigenkapital und 623 Mio RM auf Staatsgelder entfielen. Der Entzug fremder Mittel betrug 1931 4010 Mio RM. Die Bankenkrise brachte damit einen bilanzmäßig erkennbaren Gesamtverlust an Geschäftskapital bei den deutschen Aktienbanken von insgesamt rd. 5 Mrd RM mit sich²⁾. V. Bissing zeigte auch die Entwicklung der stillen Reserven auf, die einen wesentlichen Bestandteil der eigenen Mittel von Aktienbanken bilden. Er ging davon aus, daß in den Goldmark-Eröffnungsbilanzen von 1924 nicht unbeträchtliche stille Rücklagen gelegt werden konnten, die durch das gute Geschäftsergebnis von 1924 weiter dotiert wurden. Die Sommerkrise des Jahres

1) Vgl. v.Bissing, W.M., Die Schrumpfung des Kapitals und seine Surrogate, in: Untersuchung des Bankwesens 1933, I. Teil, 1. Bd., S. 59-105

2) Vgl. v.Bissing, W.M., a.a.O., S. 72

1925, in der der Stinneskonzern zusammenbrach, zehrte indessen einen großen Teil der stillen Reserven wieder auf. In den Jahren 1926 und 1927, die durch eine gute Effektenkonjunktur gekennzeichnet waren, konnten wieder erhebliche stille Rücklagen angesammelt werden. Sie mußten jedoch in den beiden folgenden Jahren zum Verlustausgleich und zur Dividendenzahlung herangezogen werden, so daß 1930 vor Eintritt der Krise stille Reserven voraussichtlich nicht mehr vorhanden waren. Die Höhe des Eigenkapitals der Kreditbanken, so stellte v. Bissing als Ergebnis fest, hat sich in der Krise als ungenügend erwiesen. Die Ursachen des Absinkens der Eigenkapitalquote im Vergleich zum prozentualen Anteil des Fremdkapitals sah er in den bescheidenen Kapitalerhöhungen nach der Stabilisierung, in dem steigenden Fremdkapital und in der Zunahme des unbaren Zahlungsverkehrs. Zu verlangen sei in Zukunft deshalb ein hohes Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital:

"Die Verkopplung aller Bankgeschäfte in einem Institut verlangt ein Eigenkapital, das nicht nur Garantiekapital für die Einlagen ist, sondern das auch den unvermeidlich eintretenden Verlusten gewachsen sein muß"¹⁾.

Die Weiterführung dieser Gedankengänge über die Bedeutung einer gesunden Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute findet sich in dem Referat von O. Chr.

F i s c h e r, dem Vorstandsmitglied der Reichs-Kredit-Gesellschaft AG²⁾.

1) V. Bissing, W.M., a.a.O., S. 77

2) Vgl. Fischer, O. Chr., Die fehlerhafte Kreditpolitik, in: Untersuchung des Bankwesens 1933, I. Teil, 1. Bd. S. 495-537

Die Kreditpolitik der Banken vor der Krise war seiner Auffassung nach deshalb fehlerhaft gewesen, da sie auf einem entscheidenden Irrtum über die Funktionen von Kapital und Kredit beruhten. Eigenkapital ("Kapital") wurde mit Fremdkapital ("Kredit") verwechselt, solange langfristiger Kapitalmangel mit kurzfristigem Auslandskredit gedeckt wurde. Kapital und Kredit müssen nach Fischer in einer bestimmten Relation zu einander stehen, denn das Eigenkapital soll "Puffer" und "Bremssignal" sein:

"Die Eigenmittel der Aktienbanken, die aus dem ausgewiesenen Kapital sowie den offenen und stillen Reserven bestehen, haben die Funktion eines Puffers, d.h. sie sollen die Wirkung von Risiken und Verlusten auf die Bilanzgestaltung nach Möglichkeit einschränken. Hierfür werden naturgemäß in erster Linie die stillen Reserven herangezogen. Das bilanzmäßig ausgewiesene Eigenkapital soll daneben auch die Funktion eines Bremssignals haben. Da bei Zunahme der Bilanzsumme normalerweise auch die Risiken zunehmen, muß bei erheblicher Erhöhung der Bilanzsumme eine gewisse Anpassung des Eigenkapitals stattfinden. Die Bremsfunktion des Eigenkapitals ist für das der Gefahr der Illiquidität besonders ausgesetzte deutsche Bankwesen von erhöhter Wichtigkeit"¹⁾.

Auf Grund der Ergebnisse der Verhandlungen wurde ein Schlußbericht des Untersuchungsausschusses vorgelegt, in dem es über die Eigenkapitalausstattung heißt:

1) Vgl. Fischer, O.Chr., Die fehlerhafte Kreditpolitik, in: Untersuchung des Bankwesens 1933, I.Teil, 1.Bd., S. 504

"Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Sicherheit eines Kreditinstituts und seiner Gläubiger durch die im Vergleich zu den fremden Mitteln ungenügende Höhe des Eigenkapitals beeinträchtigt wird. Das Eigenkapital der Kreditinstitute dient dazu, die bei keinem Betrieb vermeidbaren Festlegungen von Aktiven zu decken. Vor allem aber dient es zum Auffangen von Verlusten, bevor die Gesamtheit der Gläubiger davon betroffen wird"¹⁾.

Gleichzeitig formuliert der Untersuchungsausschuß einen Entwurf für ein Bankengesetz und empfahl ihn der Regierung zur Annahme. Am 5. Dezember 1934 wurde ein Reichsgesetz über das Kreditwesen (KWG) erlassen²⁾, das 1939 und 1944 abgeändert wurde. An seine Stelle ist heute das am 10. Juli 1961 erlassene Gesetz über das Kreditwesen getreten. Die materiellen Vorschriften des Kreditwesengesetzes von 1934 bestanden aus Rahmenbestimmungen über das Eigenkapital und die Liquidität der Banken, die im Zusammenhang mit der Sicherheit der Einlagen und der Kredite gesehen werden.

II. Das haftende Eigenkapital des Kreditwesengesetzes

Auf den Erfahrungen des Untersuchungsausschusses fußend hat der Gesetzgeber für das Kreditgewerbe einen spezifischen Eigenkapitalbegriff entwickelt, der durch seine Funktionsbezogenheit charakterisiert ist. Wie die Materialien der Bankenquete bereits zeigten, wird bei den Kreditinstituten nicht wie beispielsweise bei der Industrie die Finanzierungseigenschaft des Eigenkapi-

1) Zitiert nach Pröhl, H., Reichsgesetz über das Kreditwesen, Kommentar, 2. Aufl. Berlin 1939, S. 13
2) RGBl I, S. 1203

tals in den Vordergrund gestellt, sondern in erster Linie die Haftungseigenschaft. Eigenkapital soll als Risikopolster eintretende Verluste auffangen und damit Vertrauensgrundlage und Schutz der Einleger sein. Damit wird der Arteigenheit der bankbetrieblichen Leistungserstellung Rechnung getragen, die sich weitgehend auf der Basis von Einlagen vollzieht und dem Eigenkapital die Haftungsfunktion zuteilt. Der vom Gesetzgeber 1934 in § 11 Abs. 2 KWG geprägte Begriff "haftendes Eigenkapital" setzt sich aus zwei Komponenten zusammen. Die formal-rechtliche Komponente bringt das Substantiv **E i g e n k a p i t a l** zum Ausdruck. Die Begriffsbestimmung des KWG knüpfte an die Rechtsformen an und ermittelte die Höhe der eigenen Kapitalkraft durch Enumeration der rechtlichen Bestandteile, die auf der Passivseite der Bilanz festgehalten werden. Im Vordergrund steht das Beteiligungsrecht der wirtschaftlichen Eigentümer, die die Beträge zur Verfügung gestellt haben bzw. in der Unternehmung belassen haben und denen Beträge in Höhe des Eigenkapitals wieder zustehen. Die materiell-wirtschaftliche Komponente enthält das Adjektiv **h a f t e n d**. Aufgabe des Eigenkapitals in der Kreditwirtschaft ist es, wie noch zu zeigen sein wird, in erster Linie Garantiekapital zu sein. Über die in der Bilanz aufgeführten Eigenkapitalpositionen hinaus bezog der Gesetzgeber deshalb weitere Haftungsgrundlagen in den kreditwirtschaftlichen Eigenkapitalbegriff ein. Zum "haftenden Eigenkapital" zählen z.B. auch das nachgewiesene freie Vermögen der Privatbankiers, soweit es anerkannt wurde, sowie ein Haftsummenzuschlag der Kreditgenossenschaften. Eigenkapital wird in seiner Funktion als Risikoträger zu einer wichtigen Bezugsgröße des KWG für eine solide

Geschäftstätigkeit¹⁾.

Das KWG von 1961, darin unterscheidet es sich nicht von der ursprünglichen Fassung 1934 und der Novellierung des KWG 1939/44, kennt keine einheitliche Definition des Bankeigenkapitals, sondern verwendet mehrere nach Rechtsformen differenzierte Eigenkapitalbegriffe nebeneinander. Eigenkapital wird nicht als Differenzgröße, sondern als Summe bilanzrechtlicher Eigenkapitalbestandteile bestimmt. Wenn zwar seit 1934 an der Form der Begriffsbildung nichts wesentliches geändert wurde, so brachten die Durchführungsverordnungen zum KWG und die Neufassung des Gesetzes doch eine Weiterentwicklung und Präzisierung in der Begriffssystematik sowie eine größere Praxisnähe mit sich.

Das KWG 1934 bzw. 1939/44 legte in § 11 Abs. 2 vier nach der Rechtsform unterschiedliche Definitionen des haftenden Eigenkapitals fest:

„Als haftendes Eigenkapital eines Kreditinstituts ist anzusehen:

- a) bei Einzelkaufleuten oder Personengesellschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit (insbesondere offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften) das G e s c h ä f t s k a p i t a l nach Abzug der entstandenen Verluste oder Wertminderungen sowie der Entnahmen der Inhaber und der diesen gewährten Kredite. Nachgewiesenes freies Vermögen des oder der unbeschränkt haftenden Inhaber kann berücksichtigt werden;
- b) bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung das eingezahlte K a p i t a l zuzüglich der ausgewiesenen R e s e r v e n, jedoch abzüglich entstandener Verluste;

1) §§ 11, 12, 17 KWG 1934 bzw. 1939/44; §§ 10, 12, 13 KWG 1961

- c) bei eingetragenen Genossenschaften
die G e s c h ä f t s g u t h a b e n und
ausgewiesenen R e s e r v e n zuzüglich
eines Zuschlages, welcher der Haftsummenver-
pflichtung der Genossen Rechnung trägt, je-
doch abzüglich entstandener Verluste;
- d) bei Kreditinstituten des öffentlichen Rechts
das D o t a t i o n s k a p i t a l und die
ausgewiesenen R e s e r v e n, jedoch abzüg-
lich entstandener Verluste"¹⁾.

Ergänzend dazu bestimmte § 11 Abs. 3 KWG:

"Als Reserven im Sinne des Abs. 2 gelten nicht außer-
ordentliche Reserven, stille Reserven, Delkredere-
reserven und Rückstellungen jeder Art".

Den Begriff "außerordentliche Reserven" erläuterte
die 1. DVO zum KWG vom 9.2.1935 in Art.8 als durch
Gesetz nicht vorgeschriebene Reserven, die bestimm-
ten Sonderzwecken dienen. Ferner wurde in Art.8
bestimmt, daß auch der Bestand an eigenen Aktien
oder Geschäftsanteilen von dem eingezahlten Kapital
zum Nennwert abzuziehen ist. Von der Ermächtigung,
bei den Kreditgenossenschaften einen Haftsummenzu-
schlag festzusetzen, der in das haftende Eigenkapi-
tal eingerechnet wird, hat das Aufsichtsamt mit
seiner 4. Bekanntmachung vom 18.12.1936 Gebrauch ge-
macht. Die in § 11 Abs. 5 c KWG 1934 vorgesehene Mög-
lichkeit, Bestimmungen zu treffen, inwieweit die
Gewährträgerhaftung öffentlich-rechtlicher Kredit-
institute an die Stelle des haftenden Eigenkapitals
treten kann, wurde in der Folgezeit nicht ausgenutzt.
Das geltende KWG von 1961 wurde auf Grund des schrift-
lichen Berichts des Wirtschaftsausschusses vom Deut-
schen Bundestag angenommen. In dem nach dem Bericht-

1) Sperrungen vom Verfasser

erstatter Ruland benannten Bericht heißt es zur Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute¹⁾:

"Die Vorschriften über Eigenkapital und Liquidität gehören mit den Bestimmungen über das Kreditgeschäft zu den grundlegenden materiellen Regelungen des Gesetzes. In den Anfängen des modernen deutschen Bankwesens war das Eigenkapital die erste Finanzierungsquelle für die Kreditinstitute. Im Laufe der Zeit ist es gegenüber den Fremdgeldern immer mehr in den Hintergrund getreten. Bei einem durchschnittlichen Anteil von weniger als 5 v.H. des Bilanzvolumens der Kreditinstitute dient das Eigenkapital gegenwärtig in erster Linie der Sicherheit der als Finanzierungsmittel aufgenommenen Fremdgelder. Verluste im Aktivgeschäft berühren die Gläubiger der Fremdgelder nicht, solange sie vom Eigenkapital des Kreditinstituts aufgefangen werden können. Allerdings reicht das Eigenkapital zur Sicherung der Fremdmittel nicht aus, vielmehr ist hierzu insbesondere ein sorgfältiges Aktivgeschäft erforderlich, da in diesem die wesentlichen Risiken des Bankgeschäftes liegen".

Die Begriffsbestimmungen des haftenden Eigenkapitals wurden in § 10 Abs. 2 KWG 1961 neu gefaßt:

"Als haftendes Eigenkapital sind anzusehen

1. bei Einzelkaufleuten, Offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften

das Geschäftskapital und die Rücklagen nach Abzug der Entnahmen des Inhabers oder der persönlich haftenden Gesellschafter und der diesen gewährten Kredite sowie eines Schuldenüberhangs beim freien Vermögen des Inhabers; bei Offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften ist nur das eingezahlte Geschäftskapital zu berücksichtigen.

1) Schriftlicher Bericht des Wirtschaftsausschusses (16. Ausschuß) zu Drucksache 2563, Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, IV

sichtigen;

2. bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung

das eingezahlte G r u n d- oder S t a m m k a p i t a l abzüglich des Betrages der eigenen Aktien oder Geschäftsanteile sowie die R ü c k l a g e n; bei Kommanditgesellschaften auf Aktien ferner Vermögenseinlagen der persönlich haftenden Gesellschafter und der diesen gewährten Kredite;

3. bei eingetragenen Genossenschaften

die G e s c h ä f t s g u t h a b e n und die R ü c k l a g e n zuzüglich eines vom Bundesminister für Wirtschaft nach Anhörung der Deutschen Bundesbank durch Rechtsverordnung festzusetzenden Zuschlages, welcher der Haftsummenverpflichtung der Genossen Rechnung trägt; Geschäftsguthaben von Genossen, die zum Schluß des Geschäftsjahres ausscheiden, sind abzusetzen; der Bundesminister für Wirtschaft kann die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf das Bundesaufsichtsamt übertragen;

4. bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen

sowie bei Sparkassen des privaten Rechts, die als öffentliche Sparkassen anerkannt sind, die R ü c k l a g e n;

5. bei Kreditinstituten des öffentlichen Rechts,

die nicht unter Nummer 4 fallen, das eingezahlte D o t a t i o n s k a p i t a l und die R ü c k l a g e n;

6. bei Kreditinstituten in einer anderen Rechtsform

das eingezahlte K a p i t a l und die R ü c k l a g e n¹⁾.

Ergänzend bestimmt das KWG in den Absätzen 3 und 4 von § 10:

- (a) R e i n g e w i n n ist dann dem haftenden Eigenkapital zuzurechnen, wenn seine Zuweisung zum Geschäftskapital, den Geschäftsguthaben oder den Rücklagen

1) Sperrungen vom Verfasser

beschlossen ist.

- (b) E n t s t a n d e n e V e r l u s t e müssen vom haftenden Eigenkapital abgezogen werden.
- (c) Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter können dem haftenden Eigenkapital nur zugerechnet werden, wenn sie bis zur vollen Höhe am Verlust teilnehmen oder erst nach Befriedigung der Gläubiger des Kreditinstituts zurückgefordert werden können.
- (d) N a c h g e w i e s e n e s f r e i e s V e r m ö g e n der Geschäftsinhaber kann auf Antrag in einem vom Bundesaufsichtsamt zu bestimmenden Umfang als haftendes Eigenkapital berücksichtigt werden.
- (e) "Als R ü c k l a g e n im Sinne des Absatzes 2 gelten nur die als Rücklagen ausgewiesenen Beträge mit Ausnahme solcher Passivposten, die auf Grund steuerlicher Vorschriften erst bei ihrer Auflösung zu versteuern sind"¹⁾.

Auch in der geänderten Fassung des § 10 KWG 1961 hat der Gesetzgeber an den im § 11 KWG 1934/39 entwickelten Grundprinzipien festgehalten, durch die sich das "haftende Eigenkapital" vom effektiven Eigenkapital unterscheidet:

1. nur das bilanzmäßig ausgewiesene Eigenkapital zählt zum haftenden Eigenkapital
2. nur das tatsächlich investierte Eigenkapital ist haftendes Eigenkapital

Nicht berücksichtigt werden also weiterhin diejenigen Beträge, die auf stille Rücklagen entfallen bzw. im Kreditinstitut nicht investiert worden sind²⁾.

Nicht mehr aufrechterhalten im neuen KWG wurde die Unterscheidung in zweckgebundene und zweckfreie Reserven als Zurechnungskriterium zum haftenden Eigen-

1) § 10 Abs. 3 Satz 2 KWG; Sperrung vom Verfasser

2) Mit Ausnahme des Haftsummenzuschlages und des anerkannten Privatvermögens

kapital. Ferner ist an die Stelle des Begriffs "Reserven" der betriebswirtschaftlich präzisere Terminus "Rücklagen" getreten.

Bei der Schaffung des KWG zu Beginn der dreißiger Jahre hatte sich der Rücklagenbegriff noch nicht eindeutig durchgesetzt. Deshalb benutzte der Gesetzgeber den Terminus Reserven und grenzte ihn nach der negativen Seite ab. Ausdrücklich wurde im Gesetz festgelegt, daß die Rückstellungen aus dem Begriff der Reserve ausgeschieden werden müssen, was 1934 nicht selbstverständlich war¹⁾. Bereits im Aktiengesetz von 1937 wird jedoch die Bezeichnung Reserven vermieden und von Rücklagen gesprochen. Diese Terminologie, der sich auch die Bilanzformblätter der Kreditinstitute bedienen, hat nunmehr Eingang in das Kreditwesengesetz gefunden. Da der unterschiedliche Charakter von Rücklagen und Rückstellungen in der Betriebswirtschaftslehre heute deutlich erkannt wird, konnte der Gesetzgeber des neuen KWG darauf verzichten, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß Rückstellungen nicht zum haftenden Eigenkapital gehören. Das KWG von 1934 sprach von "ausgewiesenen Reserven" und legte in § 11 Abs. 3 nochmals expressis verbis fest, daß stille Reserven kein Bestandteil des haftenden Eigenkapitals sind. Das KWG von 1961 trägt dieser Abgrenzung Rechnung, indem es bestimmt, daß nur die als Rücklagen in der Bilanz erkennbar ausgewiesenen Beträge dem haftenden Eigenkapital zugerechnet werden dürfen. Von der Eigenschaft ausgeschlossen, Eigenkapital im Sinne des KWG zu sein, waren im alten Gesetz außerordentliche Reserven und Delkrederereserven. Unter außerordentlichen

1) Vgl. Hatheyer, E., Reservierungen und Wertberichtigungen in: Die Bilanzen der Unternehmungen, hrg. von Meithner, K., Wien 1933, Bd. I. S. 289

Reserven verstand der Gesetzgeber zweckgebundene Rücklagen, die im Gesetz nicht vorgeschrieben sind¹⁾, darunter fallen z.B. Dividenden-, Kurs-, Gebäudeerneuerungs-, Neubaurücklagen²⁾. Diese freien, von der Geschäftsleitung für bestimmte Zwecke reservierten Rücklagen, zählen jetzt in vollem Umfang zum haftenden Eigenkapital. Delkrederereserven wurden von Reichardt³⁾ als eine besondere Erscheinungsform zweckgebundener Rücklagen angesehen. In diesem Falle hätten Delkrederereserven heute zum haftenden Eigenkapital gehört. Der Gesetzgeber ist dieser Ansicht jedoch nicht gefolgt. Er versteht unter Delkrederereserven Einzel- und Sammelwertberichtigungen, also keine Rücklagen⁴⁾. Damit ist geklärt, daß diese Position aus dem haftenden Eigenkapital ausgeschieden werden muß.

Auf einzelne Ermittlungsprobleme soll in diesen Zusammenhang nicht eingegangen werden, weil sie dem nächsten Abschnitt vorbehalten bleiben. Ziel dieser Ausführungen war es, zu zeigen, daß die Eigenkapitaldefinitionen des § 10 Abs. 2 KWG 1961 vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus einen Fortschritt gegenüber den Definitionen des § 11 Abs. 2 KWG 1934/39 bedeuten. Dadurch, daß an die Stelle des schillernden Begriffs der Reserven der präzisere Rücklagenbegriff getreten ist, entfallen die Abgrenzungsschwierigkeiten zu Rückstellungen und Wertberichtigungen, die die exakte Ermittlung gegebenenfalls behindern.

1) 1.DVO zum KWG 1934 Art. 8 Abs. 4

2) Vgl. Birck, H., Die Bankbilanz, 2. Aufl. Wiesbaden 1961, S. 342

3) Vgl. Reichardt, W., Das Gesetz über das Kreditwesen vom 25. September 1939, Berlin 1942, S. 213

4) Vgl. Bekanntmachung der Bankaufsichtsbehörden über Anzeigen nach §§ 8, 9, 12 und 14 KWG (September 1952) Art. 12 Abs. 2a

Ein weiterer Schritt im Hinblick auf eine größere Praxisnähe der Begriffsbestimmungen ist in der Vermehrung der Zahl der Definitionen von 4 auf 6 zu erblicken. Dadurch war es möglich, bei den öffentlich-rechtlichen Unternehmungsformen zwischen Sparkassen, die lediglich über Rücklagen verfügen, und solchen Kreditinstituten zu unterscheiden, die außerdem mit einem Dotationskapital ausgestattet sind. Die Bestimmung der Eigenkapitalbestandteile von Kreditinstituten in einer anderen Rechtsform, die den Katalog von 1934 erweitert, gestattet es, das haftende Eigenkapital eines Kreditinstituts auch dann genau zu ermitteln, wenn es beispielsweise die Rechtsform eines eingetragenen Vereins hat¹⁾.

Abstrahiert man von den aus unterschiedlichen Rechtsformen herrührenden Abweichungen, um den Umfang des haftenden Eigenkapitals für alle Institutsgruppen global ermitteln zu können, dann umfaßt das haftende Eigenkapital alle diejenigen in einem Kreditinstitut investierten und in der Bilanz passivierten Beträge, die von den wirtschaftlichen Eigentümern dem Institut mit einer Beteiligungsabsicht gewidmet wurden, vermehrt um die aus der Geschäftstätigkeit resultierenden offen thesaurierten Beträge, soweit sie nicht durch Verluste, Wertminderungen oder Entnahmen reduziert worden sind. Die allgemeinen Bestandteile des gesetzlich fixierten Eigenkapitals im Kreditwesen enthalten das eingezahlte Kapital, die offenen Rücklagen und den Gewinn, soweit er dem Kapital oder den Rücklagen zugewiesen ist; entstandene Verluste werden als Abzugsposten berücksichtigt.

1) Vgl. Zimmerer, C.-Schönle, H., Kreditwesengesetz, Wiesbaden 1962, Anm. 12 zu § 10 KWG, S. 152

B. Die Zusammensetzung des Eigenkapitals der Kreditinstitute

Die betriebswirtschaftliche Terminologie der Eigenkapitalstruktur ist recht uneinheitlich entwickelt worden. Sammelbezeichnungen für die einzelnen Bestandteile des Eigenkapitals, die für alle Rechtsformen gelten, fehlen. Vorherrschend in der älteren, aber bis zu einem gewissen Grade auch in der neueren Literatur ist die aktienrechtliche Begriffsbildung geworden. Danach werden als Eigenkapitalelemente Grundkapital, Rücklagen und Gewinn unterschieden. Eine gründliche Analyse der Eigenkapitalstruktur verdanken wir le Coutre¹⁾, der zwischen Grundkapital, Ergänzungskapital - unterteilt in Zusatz- und Wachstumskapital - und Erfolg unterscheidet. Grundkapital ist die eigene Kapitalbasis, die als Errichtungsgrundlage der Betriebswirtschaft vorhanden sein muß. Das zur Erweiterung der Unternehmung über das ursprüngliche Grundkapital hinaus geschaffene Eigenkapital wird als Ergänzungskapital bezeichnet. Wird es extern durch Kapitalgeber in der Absicht einer wirtschaftlichen Beteiligung gegeben, nennt es le Coutre "Zusatzkapital". Erfolgt hingegen die Bildung des Eigenkapitals intern, d.h. aus den durch die Geschäftstätigkeit erzielten Gewinnen, so erhält Eigenkapital die Bezeichnung "Zuwachskapital". Der Erfolg umfaßt die Eigenkapitalveränderung während der Abrechnungsperiode, die aus der Geschäftstätigkeit resultiert. Aufbauend auf den Begriffsbildungen le Coutre hat Meithner²⁾ für die Kredit-

1) Vgl. le Coutre, W., Grundzüge, S. 207-208

2) Vgl. Meithner, K., Die Bilanzen der Bankunternehmungen, in: Die Bilanzen der Unternehmungen, Festgabe für J. Ziegler, Wien 1933, S. 276

institute eine Gliederung der Eigenkapitalstruktur vorgenommen, die wir unseren Ausführungen zugrunde legen wollen. Er unterscheidet zwischen Grundkapital, Ergänzungskapital (Rücklagen und Gewinnvortrag) und Gewährleistungskapital. Bedingt durch die spezifische Art ihrer Leistungserstellung umfaßt gerade das Gewährleistungskapital als derjenige Kapitalteil, der nicht investiert ist, die Haftungsfunktion jedoch mitträgt, einen wichtigen Bestandteil der Kapitalkraft bestimmter Bankengruppen. Zugleich wird damit die Frage aufgeworfen, ob wir im Zusammenhang mit dem Gewährleistungskapital von Eigenkapital im wirtschaftlichen Sinne sprechen dürfen. In unsere Untersuchung der Eigenkapitalstruktur der Kreditinstitute wollen wir zunächst alle formalrechtlichen Bestandteile des Eigenkapitals sowie alle eigenkapitalähnlichen Mittel (Eigenkapital-Surrogate) im weitesten Sinne einbeziehen. Anhand der von uns entwickelten betriebswirtschaftlichen Kriterien¹⁾ soll dann überprüft werden, inwieweit im materiell-wirtschaftlichen Sinne Eigenkapital vorliegt. Schließlich ist festzustellen, in welchem Umfange bei den einzelnen Bestandteilen die spezifische Funktion erfüllt wird, die der Gesetzgeber im KWG dem Eigenkapital zugeordnet hat.

I. Das Grundkapital

Das Grundkapital umfaßt zunächst das anfangs investierte Kapital eines Bankbetriebes. Die ursprüngliche Kapitaleinlagen der wirtschaftlichen Eigentümer werden im Laufe der Geschäftsausdehnung des Instituts durch zusätzliche

1) Vgl. S. 48 ; (1) Umfang der Kapitalhaftung (2) Dauer der Kapitalüberlassung (3) Mitwirkung bei der Geschäftsführung (4) Beteiligung am Geschäftsergebnis

Kapitaleinlagen erweitert¹⁾, die vorwiegend von außen eingebracht werden, jedoch auch aus in Kapitaleinlagen umgewandelten Gewinnanteilen bestehen können, die im Unternehmen selbst entstanden sind.

"Das Grundkapital stellt die vom Unternehmer selbst zu leistende allgemeine wirtschaftliche Grundlage für die Errichtung und Betätigung seines Betriebes dar. Sie kann zwar in verschiedenem Umfange und in verschiedener Form aufgebracht werden, aber grundsätzlich ermöglicht sie allein die Betätigung des Betriebes und die Heranziehung von Fremdkapital"²⁾.

Die Erscheinungsformen des Grundkapitals der Banken werden je nach der Rechtsform unterschiedlich bezeichnet. Bei den Privatbankiers spricht man von "Kapital", "Geschäftskapital" oder "Kapitaleinlagen der Inhaber". Die Aktienbanken weisen ein "Grundkapital", die GmbH-Banken ein "Stammkapital" auf. Das Grundkapital der Genossenschaftsinstitute wird als "Geschäftsguthaben" bezeichnet. Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute mit Ausnahme der Sparkassen haben überwiegend ein "Dotationskapital".

Im Hinblick auf die Bilanzierung können wir fixes und variables Grundkapital unterscheiden. Fixe Eigenkapitalbestandteile entsprechen der Bilanzierungsweise von Körperschaften (AG, KGaA, GmbH). Aus Gläubigerschutzgesichtspunkten hat der Gesetzgeber bei diesen Gesellschaftsformen eine rechtliche Bindung des Gesellschaftsvermögens vorgenommen. In diesem Falle ist es notwendig, Rücklagenkonten zu führen, die die variablen Teile des

1) Im Sinne le Coutres handelt es sich hierbei um "Zusatzkapital", das dem Ergänzungskapital zuzurechnen ist, während Meithner diese Beträge zum "Grundkapital" zählt

2) Le Coutre, W., Grundzüge, S. 207

Eigenkapitals zu erfassen vermögen¹⁾. Über variables Grundkapital verfügen die Einzelfirma, Personengesellschaften und Genossenschaften. Seine Höhe verändert sich an jedem Bilanzstichtag. Die Führung von besonderen Rücklagenkonten ist bei diesen Rechtsformen zwar üblich, aber nicht zwingend erforderlich.

1. Das Geschäftskapital der Privatbankiers

Das Geschäftskapital der Privatbankfirmen²⁾ setzt sich aus den im Geschäftsbetrieb investierten Kapitaleinlagen des Geschäftsinhabers einer Einzelfirma, der Gesellschafter einer OHG, der persönlich haftenden Gesellschafter einer KG sowie der Kommanditisten zusammen. Die auf Kapitalkonto ausgewiesenen Beträge sind personenbezogen. Sie lauten auf die Namen der einzelnen Gesellschafter. In seiner Höhe ist das Geschäftskapital vorwiegend eine variable Größe, d.h. am Bilanzstichtag wird der Erfolg der Periode vom Gewinn- und Verlustkonto auf die Kapitalkonten übertragen. Die Trennung von Kapital und Rücklagen, die auch das Bilanzformblatt vorsieht, trägt einer Übung der Praxis Rechnung, die Kapitalkonten der einzelnen Gesellschafter analog den Kapitalgesellschaften mit festen Beträgen zu führen. Rechtlich gesehen handelt es sich um Kapitalunterkonten, die bei der Ermittlung des Kapitalanteils eines Gesellschafters über das fixe Kapitalkonto abzuschließen sind³⁾. Fixer Eigenkapitalbestandteil ist dagegen in jedem Falle das Konto des Kommanditisten in Höhe der im Handelsregister eingetragenen, vertraglich vereinbarten Kommanditeinlage. Ihre

1) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, Wiesbaden 1958, S. 158

2) Diese Sammelbezeichnung verwendet das KWG, im Bilanzformblatt heißt die Position "Kapital"

3) Vgl. Heinen, E., a.a.O., S. 158

Veränderung ist außer bei vertraglicher Vereinbarung lediglich durch Verluste möglich. Hinter dem Geschäftskapital der Privatbankiers - mit Ausnahme des Kommanditkapitals - steht das gesamte Vermögen der Inhaber als Haftungsgrundlage.

2. Das Grund- und Stammkapital der Aktien- und GmbH-Banken

Unter Grundkapital im aktienrechtlichen Sinne wird die Addition der Aktiennennbeträge einer Gesellschaft verstanden. Der Mindestnominalwert des in Aktien zerlegten Grundkapitals beträgt 100 000 DM¹⁾. In Übereinstimmung mit dieser gesetzlichen Regelung kann das Grundkapital der Aktienbanken als die Summe der in der Satzung bestimmten und in Effektenform verbriefen Kapitaleinlagen bezeichnet werden, die von den Aktionären aufzubringen ist. Dem Grundkapital der Aktiengesellschaft entspricht bei der GmbH das Stammkapital. Der gesetzliche Mindestnennbetrag des Stammkapitals beträgt 20 000 DM. Das Stammkapital ergibt sich als Gesamtsumme aller Stammeinlagen, die im Gesellschaftsvertrag festgelegt und im Handelsregister veröffentlicht werden muß²⁾. Das wichtigste Merkmal des Nennkapitals dieser beiden Gesellschaftsformen liegt darin, daß es in seiner Höhe festgelegt ist. Zwar vermag es durch satzungsändernde Maßnahmen vermehrt oder vermindert werden, die laufenden Finanzdispositionen, insbesondere Gewinne und Verluste, verändern es jedoch zunächst nicht. In dem Prinzip des festen Grundkapitals manifestiert sich ein wichtiger Grundsatz des Aktien- und GmbH-Rechts. Infolge fehlender persönlicher Haftung von Aktionären und GmbH-Gesellschaftern reduziert sich deren Verlustrisiko auf die Höhe ihres Kapitalanteils. Dieser soll deshalb als Haftungsgrundlage für die Gläubiger unverändert bleiben.

1) §§ 6, 7 AktG

2) §§ 5, 3, 10 GmbHG

"Die Funktion des konstanten Kapitalkontos besteht also darin, Vermögen mindestens in Höhe des nominellen Gesellschaftskapitals zu binden"¹⁾

Ausschüttungen an die Aktionäre sind nur möglich, falls Gewinne erzielt werden. Gewinne entstehen dann, wenn der Wert der Aktiven die Verbindlichkeiten und das Grundkapital übersteigen. Verluste dürfen nicht zu Lasten des Grundkapitals gebucht werden, sondern sind durch Rücklagen auszugleichen bzw. offen in der Bilanz auszuweisen. Spätere Gewinne müssen in diesem Falle zunächst zur buchmäßigen Kompensation der ausgewiesenen Verluste verwendet werden. Die Konstanz der Grundkapitalziffer fördert die Vergleichbarkeit und Aussagefähigkeit der Bilanz für die Gläubiger und die Öffentlichkeit. Die dazu erforderliche Bindung des Gesellschaftsvermögens auf der Aktivseite wird durch den Bilanzansatz des Grundkapitals auf der Passivseite erreicht.

3. Die Geschäftsguthaben der Genossenschaftsbanken

Während das Grundkapital der Kapitalgesellschaften durch Mitgliederwechsel in seiner Höhe nicht verändert wird, ist das Grundkapital der Genossenschaftsinstitute nominell nicht gebunden, sondern richtet sich nach dem veränderlichen Mitgliederbestand. Die Beteiligung der Personen, und nicht so sehr die Widmung von Kapital, steht bei der Genossenschaft im Vordergrund.

Mit dem Beitritt zu einer Genossenschaft ist die Übernahme eines Geschäftsanteils verbunden. Als G e s c h ä f t s a n t e i l wird der Betrag bezeichnet, bis zu welchem sich die einzelnen Mitglieder mit

1) Heinen, E., a.a.O., S. 162; ferner Würdinger H., a.a.O., S. 22

Einlagen beteiligen können und nach Maßgabe der satzungsmäßigen Vorschriften beteiligen müssen. Die auf den Geschäftsanteil geleisteten Einzahlungen zuzüglich gutgeschriebener Gewinnanteile und abzüglich zum Verlustausgleich abgeschriebenener Beträge bilden das **G e s c h ä f t s g u t h a b e n** eines Mitglieds¹⁾. Die Beteiligung eines Mitgliedes mit mehreren Geschäftsanteilen kann die Satzung zu/lassen. In diesem Falle wird das Statut die Höchstzahl der Anteile bestimmen und gleichzeitig festlegen, daß Voraussetzung für die Übernahme eines weiteren Anteils die volle Einzahlung auf den früheren Anteil ist²⁾. Das Grundkapital einer Genossenschaftsbank, d.h. einer Kreditgenossenschaft oder Zentralkasse, setzt sich damit aus der durch den Beitritt und Austritt von Genossen veränderlichen Summe der variablen Geschäftsguthaben zusammen.

4. Das Dotationskapital öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute

Das Grundkapital öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten trägt die Sammelbezeichnung "Dotationskapital"³⁾, weil die Beträge dem Kreditinstitut von der öffentlichen Körperschaft, die es errichtet und für dessen Geschäfte es in der Regel die Haftung als Gewährträger übernommen hat, gewidmet werden. Als Betriebskapital stellt es eine Finanzierungshilfe der öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften für ihre Kreditanstalten dar und ist als nominell gebundenes Kapital dem Grundkapital der Aktienbanken vergleichbar. Wie dieses ist

1) §§ 7, 19 GenG

2) §§ 134-136 GenG

3) Dotare lat. = ausstatten; dos = Mitgift, Ausstattung

es ein fixer Bestandteil der Eigenkapitalausstattung. Die gesetzliche oder satzungsmäßige Bilanzbezeichnung bei den öffentlich-rechtlichen Institutsgruppen, die ein Dotationskapital aufweisen, wie den Staatsbanken, Girozentralen, öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten und öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten mit Sonderaufgaben lautet deshalb auch "Grundkapital", "Stammkapital", "Betriebskapital" oder in Übereinstimmung mit der Terminologie des Bilanzformblattes einfach "Kapital"¹⁾. Im Unterschied zum Grundkapital der Aktienbanken ist jedoch der Charakter als Garantiekapital beim Dotationskapital nicht in gleichem Maße ausgeprägt. Während die von Ausschüttungen unberührte Haftungsbasis bei den Instituten in der Rechtsform der AG durch die Höhe des Grundkapitals und der gesetzlichen Rücklagen begrenzt wird, steht hinter dem Dotationskapital der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in der Regel die unbeschränkte Haftung des staatlichen oder kommunalen Gewährträgers.

Die Überprüfung des materiellen Gehalts der einzelnen Grundkapitalformen zeigt ein einheitliches Bild. Geschäftskapital, Grund- und Stammkapital, Geschäftsguthaben und Dotationskapital tragen das unternehmerische Risiko in vollem Umfang. Die aktienrechtliche Bindung von Gesellschaftsvermögens in Höhe des Grundkapitals fixiert die Garantiefunktion dieses Eigenkapi-

1) Eine Ausnahme hierzu bildet die Braunschweigische Staatsbank, die ihr Dotationskapital betriebswirtschaftlich nicht ganz korrekt als "Grundvermögen" bezeichnet, in ihren Erläuterungen hingegen von Grundkapital spricht.

vgl. hierzu auch die Definition des Dotationskapitals bei Reichardt, W., a.a.O., § 11 Anm. 28:

"Unter 'Dotationskapital' versteht man das dem Betrieb der Kreditanstalt seitens der öffentlichen Körperschaft, die diese errichtet hat oder betreibt, gewidmete Betriebsvermögen bzw. bei einer Kreditanstalt, die juristische Person des öffentlichen Rechts ist, aber keine hinter ihr stehende öffentliche Körperschaft hat, das dieser juristischen Person gehörige Vermögen".

talbestandteils für die Aktienbanken sogar in gesetzlicher Hinsicht. Die Dauer der Kapitalüberlassung ist bei dem Grundkapital der Aktienbanken, dem Stammkapital der GmbH-Banken sowie dem Dotationskapital öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute unbegrenzt. Sie richtet sich nach den Veränderungen im Gesellschafter- bzw. Mitgliederbestand bei den Privatbankiers und Kreditgenossenschaften. Dem Ausscheiden von Komplementären und Kommanditisten bei Privatbankfirmen steht in der Mehrzahl der Fälle der Eintritt neuer Gesellschafter gegenüber, durch die die kapitalmäßige Beteiligung in ihrem Umfang erhalten bleibt. Größere Fluktuationen in der Mitgliederbewegung können Kreditgenossenschaften aufweisen. Doch werden sich auch bei diesen Instituten, insbesondere bei einem hohen Mitgliederbestand, Abgänge und Zugänge überwiegend zumindest das Gleichgewicht halten. Langfristig betrachtet wird dadurch die Summe der Geschäftsguthaben nur unerheblich tangiert¹⁾. Auch das Grundkapital der beiden genannten Bankengruppen läßt sich daher grundsätzlich als langfristig zur Verfügung stehende Mittel ansehen und erfüllt die Finanzierungsfunktion des Eigenkapitals, ohne einer speziellen Liquiditätsfürsorge zu bedürfen. Die Kapitalgeber des Grundkapitals, also die Geschäftsinhaber, Gesellschafter, Anteilseigner, Mitglieder der Genossenschaft und Gewährträger, wirken grundsätzlich bei der Geschäftsführung des Instituts mit, wenn auch diese Befugnis bei bestimmten Organisationsformen wenig effektiv zu werden vermag. Sie sind ferner grundsätzlich am Geschäftsergebnis beteiligt, wenngleich die Konstruktion der Gewinnverteilung und Verlusttragung im Einzelfalle unterschiedlich geregelt ist. Gerade die Grundkapitalziffer wird in vielen Fällen als gesetzliche oder vertragliche Bezugsbasis für die Gewinn-

1) Vgl. S. 468 ff.

verteilung gewählt. Wir können somit feststellen, daß Grundkapital sämtliche Wirtschaftliche Kriterien des Eigenkapitals erfüllt.

Dieser Qualität des Grundkapitals hat auch der Gesetzgeber in § 10 KWG Rechnung getragen, indem er "Geschäftskapital" (§ 10 Abs. 2 Nr. 1), "Grund- oder Stammkapital" (§ 10 Abs. 2 Nr. 2), "Geschäftsguthaben" (§ 10 Abs. 2 Nr. 3) und "Dotationskapital" (§ 10 Abs. 2 Nr. 5) zu den Bestandteilen des haftenden Eigenkapitals zählte.

II. Das Ergänzungskapital

Unter Ergänzungskapital wollen wir alle Eigenkapitalbeträge verstehen, die über das Grundkapital hinaus in einem Kreditinstitut investiert sind¹⁾. Ergänzungskapital entsteht hauptsächlich im Wege der Selbstfinanzierung durch in der Bank zurückbehaltenen Gewinne, aber auch durch Kapitaleinlagen der wirtschaftlichen Eigentümer. Zum Ergänzungskapital zählen das Rücklagenkapital und der unverteilte Reingewinn. Seine Funktionen liegen in der Kapitalstärkung und in der Kapitalsicherung, die auf der Gewinnregulierung beruht. Die größte Bedeutung hat das Ergänzungskapital bei den körperschaftlich und genossenschaftlich organisierten Kreditinstituten.

1. Die Rücklagen

Rücklagen werden durch Gewinnthesaurierung oder auf Grund von besonderen Finanzierungsmaßnahmen²⁾ gebil-

1) Vgl. Leitner, F., Bilanztechnik, S. 132; Meithner, K., Bilanzen der Bankunternehmungen, S. 276; le Coutre, W., Grundzüge, S. 208

2) Vgl. §§ 130 II Nr. 2-4, 185, 192 V. AktG

det. Nach der Art ihres Bilanzausweises unterscheidet man offene und stille Rücklagen.

a) offene Rücklagen

Offene Rücklagen sind zusätzliches Eigenkapital, das in der Bilanz gesondert ausgewiesen wird. Sie binden auf der Aktivseite in der Höhe ihres Betrages Vermögensteile. Bei Kreditinstituten, die ein fixes Grundkapital aufweisen, dienen sie dazu, den variablen Teil des Eigenkapitals in die Bilanz einzustellen¹⁾. Sie werden in gesetzliche, statutarische und freie Rücklagen unterschieden.

aa) Gesetzliche Rücklagen

Von gesetzlichen Rücklagen wird dann gesprochen, wenn die Unternehmung zu ihrer Bildung gesetzlich verpflichtet ist. Dazu gehören in der Kreditwirtschaft die "gesetzliche Rücklage" der Aktienbanken nach § 130 AktG, der "Reservefonds" der Genossenschaftsinstitute nach § 7 Nr. 4 GenG, die Sicherheitsrücklagen der kommunalen Sparkassen auf Grund der Sparkassengesetze der Länder²⁾ und diejenigen Rücklagen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, die durch deren Errichtungsgesetze vorgeschrieben sind³⁾.

Kreditinstitute, die dem Aktiengesetz unterliegen, d.h. die Großbanken, die Mehrzahl der Regional- und Lokalbanken, eine Reihe von Spezialinstituten u.a. die Hypothekenbanken, sind verpflichtet, eine gesetzliche Rück-

1) Vgl. Heinen, E., a.a.O., S. 168

2) Z.B. § 17 HessSparkG; § 39 BaySparkO; § 32 NRWSparkG; § 19 RLPfSparkG

3) Z.B. die "Hauptrücklagen" der Lastenausgleichsbank nach § 3 LABG und der Landwirtschaftlichen Rentenbank nach § 2 (2) LandwRBG, die "Sonderrücklage" der Deutschen Genossenschaftskasse nach § 6 GenKG.

lage zu bilden, in die vornehmlich einzustellen sind:

- a. 5 % des jährlichen Reingewinns, bis 10 % des Grundkapitals bzw. ein in der Satzung vorgesehener höherer Prozentsatz erreicht sind (§ 130 II Nr. 1 AktG);
- b. das Agio bei der Überpariemiission von Aktien und beim Umtausch von Wandelschuldverschreibungen nach Abzug der Emmissions- bzw. Umtauschkosten (§ 130 II Nr. 2 und 3 AktG);
- c. Büchgewinne, die bei der Sanierung anfallen (§§ 182, 184, 185, 192 AktG)

Kreditinstitute, die dem Genossenschaftsgesetz unterliegen, d.h. die gewerblichen und ländlichen Kreditgenossenschaften sowie ihre Zentralkassen, sind gesetzlich gezwungen, einen "Reservefonds" zu bilden. Abweichend von der aktienrechtlichen Regelung wird der Prozentsatz des jährlichen Reingewinns, mit der die gesetzliche Rücklage zu dotieren ist, sowie ihre Mindesthöhe nicht im Gesetz festgelegt, sondern in den Satzungen geregelt. So bestimmt beispielsweise § 16 (1) der Satzung der Frankfurter Volksbank eGmbH (1953):

"Sie (die gesetzliche Rücklage; d.Verf.) wird gebildet durch eine jährliche Zuweisung von mindestens 10 Prozent des Reingewinns, solange die Rücklage die Höhe von 10 Prozent der Gesamtverpflichtungen einschließlich Indossamentsverbindlichkeiten nicht erreicht". Eigenkapital an Stelle von Fremdkapital als Bezugsbasis verwendet § 35 (1) der Satzung der Zentralkasse westdeutscher Volksbanken eGmbH (1952): "Sie wird gebildet durch eine jährliche Zuweisung von mindestens 10 % des Reingewinns, solange die Rücklage die Höhe von 50% der Geschäftsguthaben nicht erreicht".

Öffentlich-rechtliche Sparkassen, die den Landes-sparkassengesetzen unterstellt sind, sind verpflichtet, eine "Sicherheitsrücklage" zu bilden. Die Gewinnausschüttung an den Gewährträger ist gesetzlich erst erlaubt, wenn die Sicherheitsrücklage einen bestimmten Prozentsatz des Gesamteinlagenbestandes erreicht hat. Die Zuführung des Reingewinns zur Sicherheitsrücklage ist bei den hessischen kommunalen Sparkassen durch § 17 HessSpG geregelt:

"Überschüsse der Sparkasse sind wie folgt zu verwenden:

1. Sie sind der Sicherheitsrücklage zuzuführen, solange diese weniger als fünf vom Hundert der gesamten Einlagen beträgt;
2. sie sind je zur Hälfte der Sicherheitsrücklage und dem Gewährträger zur Verwendung für öffentliche, dem gemeinen Nutzen dienenden Zwecke zuzuführen, wenn die Sicherheitsrücklage fünf vom Hundert, aber nicht zehn vom Hundert der gesamten Einlagen übersteigt;
3. sie sind zu einem Viertel der Sicherheitsrücklage und zu drei Viertel dem Gewährträger zur Verwendung für die in Ziffer 2 bestimmten Zwecke zuzuführen, wenn die Sicherheitsrücklage zehn vom Hundert der gesamten Einlagen übersteigt".

Die Satzungen der öffentlichen Sparkassen beschränken sich darauf, die Vorschriften der Sparkassengesetze über die Dotierung der Sicherheitsrücklage zu wiederholen, so daß wir mit voller Berechtigung von gesetzlichen Rücklagen sprechen können¹⁾.

Drei konstituierende Elemente einer gesetzlichen Rücklage lassen sich herausstellen:

1) Eine Übersicht der gesetzlichen Bestimmungen zur Dotierung der Sicherheitsrücklage ist in Sparkasse 1958, S. 166, enthalten

(1) die gesetzliche Verankerung und (2) der obligatorische Charakter ihrer Bildung sowie (3) ihre zweckbestimmte Auflösung bei einem bereits entstandenen Bilanzverlust und im Falle von Wertminderungen. Die Aufgabe der gesetzlichen Rücklage, möglichst zu verhindern, daß ein Verlust als solcher in der Bilanz ausgewiesen wird, erwähnt der Gesetzgeber ausdrücklich¹⁾. Die Rücklage übernimmt damit eine Garantiefunktion für das Grundkapital, indem sie z.B. eine Reduzierung der eigentlichen Haftungsbasis für die Gläubiger solange abwehrt, wie die Verluste ein Zehntel des Grundkapitals der Aktienbank nicht überschreiten. Durch die Wahl der Gesamteinlagen als Berechnungsmaßstab und die Bezeichnung der Rücklage als Sicherheitsrücklage ergibt sich, daß mit ihrer Hilfe ebenfalls etwaige Verluste ausgeglichen werden sollen, damit nicht die Gewährträgerhaftung in Anspruch genommen werden muß. Begrenzt sind in allen Fällen die buchmäßigen Auflösungsmöglichkeiten der gesetzlichen Rücklage, insbesondere ist eine Auflösung für Zwecke der Gewinnausschüttung ausgeschlossen. Werden gesetzliche Rücklagen zum Verlustausgleich herangezogen, so sind sie über die Gewinn- und Verlustrechnung offen aufzulösen.

bb. statutarische Rücklagen

Unter statutarischen Rücklagen sollen diejenigen Rücklagen verstanden werden, die aufgrund von Satzungsvorschriften gebildet werden. Satzungsmäßige Rücklagen finden sich im öffentlichen Bankensektor sowie bei Kreditaktienbanken, Hypothekenbanken und Genossenschaftsinstituten. Bei diesen Bankengruppen kann die Satzung in ihren Bestimmungen über die Gewinnverwendung

1) § 130 III Satz 1 AktG, § 7 Nr. 4 GenG

festlegen, daß bestimmte Teile des Gewinns, wie bei einer gesetzlichen Rücklage, von der Gewinnverteilung ausgeschlossen werden und in eine besondere Rücklage einzustellen sind. Statutarische Rücklagen können entweder für bestimmte Zwecke vorgesehen sein, z.B. Rücklagen für bestimmte Bauvorhaben, Rücklagen für soziale Zwecke (betrieblicher Sozialfonds), Dividendenergänzungsrücklagen, oder sie weisen keine Zweckbindung auf, sondern erhalten den Charakter einer allgemeinen Rücklage. Bei den Kreditinstituten finden sich heute ganz überwiegend nichtzweckgebundene satzungsmäßige Rücklagen, da das bis zum 1.1.1962 gültige KWG Sonderzwecken dienende Rücklagen nicht zum haftenden Eigenkapital nach § 11 KWG zählte. Als Beispiel für eine satzungsmäßige, nicht zweckgebundene Rücklage sei § 11 (2) der Satzung der Ulmer Volksbank eGmbH angeführt: "Neben der gesetzlichen Rücklage ist eine freie Rücklage zu bilden, in die mindestens der zwanzigste Teil des jährlichen Reingewinns einzustellen ist. Die Verwendung der freien Rücklage ist der Beschlußfassung von Vorstand und Aufsichtsrat vorbehalten". Weitere Beispiele zweckfreier statutarischer Rücklagen sind die "Rücklagen nach § 3 der Satzung" bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, die "satzungsmäßige Rücklage" nach § 37 der Satzung bei der Deutschen Pfandbriefanstalt sowie die Sicherheitsrücklagen der freien Sparkassen¹⁾.

1) Vgl. z.B. § 42 (4) S der Hamburger Sparcasse von 1827, § 36 (4) S der Neuen Sparcasse von 1864, Hamburg, § 37 S der Frankfurter Sparkasse von 1822. Die Sicherheitsrücklagen der freien Sparkassen müssen vielfach höher dotiert werden als bei den kommunalen Sparkassen. Z.B. sieht § 13 S der Lübecker Sparkasse eine Höhe von 12,5% der Gesamteinlagen vor. Vgl. Stolzenburg, G., Die rechtliche Sonderstellung der Freien Sparkassen im deutschen Sparkassenwesen, hrsg. von der Hamburger Sparcasse von 1827, Hamburg 1956, S. 66 f.

Die Auflösung dieser Rücklagen erfolgt nach den Satzungsbestimmungen.

Die Beispiele zeigen, daß materiell gesehen, nur ein gradueller Unterschied zwischen gesetzlichen und satzungsmäßigen Rücklagen besteht. Zwar unterliegen die letzteren keiner so strengen Zweckbindung, weisen vielmehr überwiegend gar keine spezielle Reservierung auf; dennoch besteht der satzungsmäßige Zwang ihrer Bildung und die Verpflichtung, ihre Auflösung statutenkonform vorzunehmen. Ihre Funktion liegt darin, Gewinnteile vor der Ausschüttung zu bewahren und ein satzungsmäßiges Garantiekapital zu schaffen.

cc) freie Rücklagen

Rücklagen, die hinsichtlich ihrer Bildung und Auflösung keinerlei gesetzlichen und satzungsmäßigen Auflagen unterliegen, werden als freie Rücklagen bezeichnet. Über ihre Dotierung und Auflösung bestimmt nach freiem Ermessen das bilanzfeststellende Organ, d.h. bei den Aktienbanken nach § 125 AktG normalerweise Vorstand und Aufsichtsrat, falls nicht der Hauptversammlung das Bilanzfeststellungsrecht übertragen wurde. Der Regierungsentwurf zum neuen Aktiengesetz¹⁾ sieht dagegen in der Bildung freier Rücklagen grundsätzlich eine Aufgabe der Hauptversammlung, da die Rücklagenbildung nicht mehr als Gewinnermittlung, sondern bereits als Gewinnverwendung betrachtet werden müsse. Freie Rücklagen sind in der Regel in ihrer Zwecksetzung völlig frei und können in diesem Falle unbeschränkt aufgelöst werden, auch zur Erhöhung des ausschüttbaren Gewinns. Sie bilden damit ein geschäftspolitisches Instrument der offenen Gewinn-

1) Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/171

regulierung. Frei gebildete Rücklagen können aber auch für einen Sonderzweck bestimmt werden und sind dann hinsichtlich ihrer Auflösung an diesen gebunden. Als Beispiele zweckgebundener Rücklagen führt Birck¹⁾ an: Dividendenergänzungsrücklagen, Erneuerungsrücklagen, Rücklagen für Bank- und Wohnungsneubauten, Rücklagen für künftige Kreditverluste, Rücklagen für später anfallende Verwaltungskosten, Rücklagen für Selbstversicherung, Rücklagen für soziale Zwecke, Rücklagen für die Erhöhung des Grundkapitals.

Ein Vergleich der freien mit den gesetzlichen und satzungsmäßigen Rücklagen zeigt, daß das Prinzip des dauernden Ausschlusses von der Gewinnverteilung²⁾ bei den freien, nicht zweckgebundenen Rücklagen durchbrochen ist. Zwar werden durch ihre Bildung Gewinnteile zunächst vor der Ausschüttung bewahrt, doch ist ihre Verwendung zur Dividendenzahlung im Zuge eines temporären Gewinnausgleichs zu jedem späteren Bilanzstichtag möglich.

Die Überprüfung des Eigenkapitalcharakters der offenen Rücklagen ergibt zunächst, daß in Höhe dieser Beträge Aktiva als Garantie für die Gläubiger zusätzlich vorhanden sind. Offene Rücklagen sind Kapitalteile, die über das Grundkapital hinaus für den Verlustausgleich des Kreditinstituts zur Verfügung stehen. Gesetzliche und nicht gebundene satzungsmäßige oder freie Rücklagen können jederzeit aufgelöst werden, falls ein Verlust eingetreten ist. Strittig kann sein, ob diese Behauptung auch für die zweckgebundenen Rücklagen Gültigkeit besitzt. Der Gesetzgeber des bis zum 1.1.1962 gültigen Kreditwesengesetzes muß der Meinung gewesen sein, Kursrücklagen, Rücklagen für den

1) Vgl. Birck, H., a.a.O., S. 342

2) Vgl. § 52 AktG

betrieblichen Sozialfonds und Neubaurücklagen könnten für Verlustdeckungszwecke nicht ohne weiteres herangezogen werden. Mit dieser Ansicht hat sich Fischer¹⁾ auseinandergesetzt und zunächst zwei Kategorien von Sonderrücklagen unterschieden: Rücklagen, die dazu bestimmt sind, einen Vermögensverzehr aufzufangen (z.B. Rücklagen für künftige Kreditverluste, Rücklagen für Kursverluste, Dividendenenergänzungsrücklagen) sowie Rücklagen, die lediglich eine Vermögensumschichtung anzeigen sollen. (z.B. Neubaurücklagen)²⁾. Während bei der ersten Gruppe von Sonderrücklagen ein Vermögensverzehr möglich ist, wenn auch ungewiß ist, ob er überhaupt eintritt, ist ein solcher bei der zweiten Gruppe, die den Normalfall bildet, von vornherein ausgeschlossen. Fischer wendet sich deshalb gegen eine Differenzierung von zweckgebundenen und zweckfreien Rücklagen im Hinblick auf ihre Funktion als Risikokapital³⁾. Zu berücksichtigen ist ferner, daß durch die Bildung von Sonderrücklagen genau so wie bei den gesetzlichen und zweckfreien Rücklagen Vermögensteile in gleicher Höhe an das Kreditinstitut gebunden werden. Solange die Rücklagen noch nicht aufgelöst worden sind, ist im Verlustfalle eine Aufhebung der Zweckbindung jederzeit möglich. Das primäre Ziel jedes Kreditinstitutes, dem alle weiteren

1) Vgl. Fischer, O., Bankbilanzanalyse, Meisenheim/Gl. 1956, S. 336-338

2) Finanzierungsmittel werden in Sachanlagen investiert. Bei Aktivierung des Neubauwertes können die Neubaurücklagen zugunsten zweckfreier Rücklagen aufgelöst werden.

3) Vgl. Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 338; Birck, H., a.a.O., S. 342 f; Szagunn, V. - Neumann, W., Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961, Stuttgart 1961, § 10 Anm. 8 - 10

Investitions- und Expansionserwägungen unterzuordnen sind, muß im Interesse der Erhaltung des Vertrauens sein, entstehende Verluste nicht auf das Grundkapital durchschlagen zu lassen. Mit diesen Ausführungen ist auch bereits die Antwort auf das zweite Kriterium des Eigenkapitals erteilt. Rücklagen bedeuten grundsätzlich eine dauerhafte Kapitalüberlassung an das Kreditinstitut. Rückforderungsansprüche von Eigentümern und Dritten bestehen nicht. Die Geschäftsleitung selbst bestimmt über ihre zeitliche Bindung an das Unternehmen. Sie darf gesetzliche und wird zweckfreie sonstige Rücklagen nur dann auflösen, wenn dies zur buchmäßigen Berücksichtigung von Verlusten erforderlich erscheint. Bei den Sonderrücklagen entscheidet die Art der Zweckbindung über ihre Fristigkeit. Verlustrücklagen werden nicht beansprucht, solange die im Zeitpunkt ihrer Bildung weder dem Grunde noch der Höhe nach abschätzbare Wertminderung nicht eintritt. Rücklagen für spätere Investitionen sind dauerhaft, da ein Zwang zur Auflösung nach Erfüllung ihres Zwecks nicht vorhanden ist, sie dann vielmehr ohne bestimmte Zweckbindung Vermögensteile vor der Ausschüttung bewahren. Abweichend zum Grundkapital, dem die Rücklagen sonst materiell in vollem Umfang entsprechen, ist mit den offenen Rücklagen eine besondere Mitwirkung der wirtschaftlichen Eigentümer bei der Geschäftswirkung des Instituts nicht verbunden. Haben sie ihrer Bildung zugestimmt, falls dies erforderlich ist, obliegt die Disposition der Rücklagen allein den geschäftsführenden Organen. Offene Rücklagen sind ferner dividendenunabhängig.

Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß offene Rücklagen wie Grundkapital die langfristige Garantiefunktion des Eigenkapitals übernehmen, ohne einer speziellen Liquiditätsfürsorge zu bedürfen. Entsprechend wer-

den im geltenden KWG offene Rücklagen, soweit sie als Gewinnverwendung versteuert sind, als Teile des haftenden Eigenkapitals anerkannt (§ 10 Abs. 3 Satz 2 KWG). Wie das Grundkapital sind offene Rücklagen abstrakte Rechengrößen, die auf der Passivseite der Bilanz aus bilanzrechtlichen Gründen getrennt voneinander ausgewiesen werden. Ihnen stehen auf der Aktivseite der Bilanz in gleicher Höhe Vermögenswerte gegenüber, die jedoch insgesamt betrachtet werden müssen und sich nicht als "Fonds" dem Grundkapital und den Rücklagen einzeln zurechnen lassen.

b) stille Rücklagen

Stille Rücklagen stellen zusätzliches Eigenkapital dar, das in der Bilanz nicht gesondert ausgewiesen wird. Das unsichtbare Eigenkapital entsteht im Zusammenhang mit Bewertungsvorgängen in der Bilanz, und zwar als Folge der Unterbewertung von Aktiva bzw. der Überbewertung von Passiva¹⁾.

An einem Zahlenbeispiel zeigt Kosiol²⁾ den unterschiedlichen Bilanzausweis von offenen und stillen Rücklagen:

1) Zu Begriff und Wesen stiller Rücklagen vgl. Kosiol, E., Bilanzreform und Einheitsbilanz, 2. Aufl. Berlin und Stuttgart 1949, S. 122 ff; Heinen, E., a.a.O., S. 193 ff; Saage, G., Die stillen Reserven im Rahmen der aktienrechtlichen Pflichtprüfung, Köln und Opladen 1959, S. 5 ff.; Busse von Colbe, W., Stille Rücklagen, in: HdB 3. Aufl. Bd. III, 1960, Sp. 4726; Busse von Colbe, W., Gewinnrücklagen im veröffentlichten Jahresabschluß unter Berücksichtigung des Regierungsentwurfes eines Aktiengesetzes, in: ZfB 1960, S. 385-402; Hagenmüller, K.F., Bankbilanzprobleme, Ffm 1962 (unveröffentlichtes Manuskript); Birck, H., a.a.O., S. 32 ff. und S. 74 f.

2) Kosiol, E., a.a.O., S. 125

Offene Rücklagen

Anlagevermögen	DM	80	Grundkapital	DM	150
Umlaufvermögen	DM	120	Rücklage	DM	20
			Sonstige Passiva	DM	30
	DM	200		DM	200

Stille Rücklagen durch Unterbewertung

Anlagevermögen	DM	80	Grundkapital	DM	150
Umlaufvermögen	DM	100	Sonstige Passiva	DM	30
	DM	180		DM	180

Stille Rücklagen durch Überbewertung

Anlagevermögen	DM	80	Grundkapital	DM	150
Umlaufvermögen	DM	120	Sonstige Passiva	DM	50
	DM	200		DM	200

Im Gegensatz zu den offenen Rücklagen tritt bei stillen Rücklagen eine Änderung des Wertansatzes auf der Aktiv- bzw. Passivseite der Bilanz ein, die für den Außenstehenden entweder überhaupt nicht oder ziffernmäßig nicht genau erkennbar ist. Bei Unterbewertung der Aktivseite wird der offene Ausweis der Rücklage durch eine Bilanzverkürzung verhindert, während bei Überbewertung der Passivseite der Ausweis der Rücklage in eine andere Passivposition verlegt wird, ohne daß sich die Bilanzsumme ändert.

Zwar können stille Reserven¹⁾ theoretisch auf der Aktiv- und Passivseite der Bilanz gelegt werden, tatsächlich ist der Bewertungsspielraum auf der Passivseite jedoch recht begrenzt, so daß sich die Bildung

1) Trotz inhaltlicher Bedenken werden die Termini "Reserven" und "Rücklagen" in Verbindung mit dem unsichtbaren Eigenkapital synonym gebraucht, da sich die Bezeichnung "stille Reserven" sprachlich eingebürgert hat.

stiller Rücklagen überwiegend durch Unterbewertung der Vermögensseite vollzieht. Das gilt auch für Kreditinstitute¹⁾. Das Grundkapital der Institute muß zum Nennbetrag bilanziert werden, Verbindlichkeiten sind zu ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen²⁾. Eine Bilanzierung fiktiver Kreditoren ist unzulässig³⁾. Eine Überbewertung würden nur diejenigen Verbindlichkeiten zulassen, die nicht auf die eigene Währungseinheit lauten bzw. bisher nur dem Grunde nach bestehen, während Schuldbetrag und / oder Fälligkeitszeitpunkt und / oder Gläubiger noch nicht genau fixiert sind. Bei Währungsverbindlichkeiten spielt die Entstehung stiller Rücklagen für die Praxis eine ganz untergeordnete Rolle, da die Währungsordnung der wichtigsten Welthandelsländer auf einem System fester Wechselkurse beruht und die Kreditinstitute bei einer erwarteten Kursänderung in der Regel rechtzeitig Dispositionen zur Kurssicherung treffen können. Rückstellungen werden für ungewisse Schulden und für drohende Verluste gebildet. Bei den Kreditinstituten entfällt ein hoher Prozentsatz auf Pensionsrückstellungen, die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt werden und damit keinen Spielraum für eine Überbewertung bieten. Steuer-rückstellungen werden bei den Banken eher zu niedrig als zu hoch dotiert, um der Finanzbehörde gegenüber nicht den Anschein unversteuerter Gewinne zu erwecken. Rückstellungen für Prüfungsgebühren sind im Zeitpunkt der Bilanzerstellung in der Regel genau festzustellen.

-
- 1) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbilanzprobleme, S. 17. Dabei werden die Verhältnisse bei Aktienbanken zugrundegelegt, da bei diesen Instituten das Stille-Reserve-Problem besonders deutlich in Erscheinung tritt.
- 2) Vgl. § 133 Nr. 7 AktG, § 40 HGB; § 146 Abs. 1 Nr. 5 und 6 RegE AktG
- 3) § 131 Abs. 5 AktG

Bei Kreditinstituten ist deshalb die Wahrscheinlichkeit, daß sich stille Rücklagen in der Rückstellungsposition befinden, sehr gering. Wir können uns bei dieser Untersuchung über Wesen und Formen stiller Rücklagen der Banken deshalb auf diejenigen Arten beschränken, die durch Unterbewertung der Vermögensseite entstehen.

Werden stille Reserven als Bewertungsdifferenz interpretiert, so muß der Ausgangswert eindeutig präzisiert werden, auf den der jeweilige Buchwert zu beziehen ist. Die Höhe einer stillen Rücklage ist stets eine relative Größe. Sie läßt sich erst dann angeben, wenn die Höhe der Bezugsbasis festliegt. Die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften, die nicht nur für Aktienbanken, sondern für alle Institutsgruppen Gültigkeit besitzen¹⁾, enthalten in §133 zwei derartige Maßstäbe, die durch das Niederstwertprinzip miteinander kombiniert werden:

die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie den Börsen- oder Marktwert. Kennzeichnend für die Wertansätze des geltenden Aktienrechts ist, daß diese ausschließlich am Gedanken des Gläubigerschutzes ausgerichtet sind. Ihr Ziel besteht darin, eine zu hohe Bewertung der Vermögensteile und eine zu niedrige Bewertung der Schulden zu verhindern. Dazu werden für die Aktivseite Obergrenzen festgelegt. § 133 Nr. 1-3 AktG unterscheidet drei Vermögenskategorien:

- (1) das Sachanlagevermögen, d.h. die Betriebsmittel, die der Unternehmung dauernd zu dienen bestimmt sind, wie Grundstücke, Maschinen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung, dürfen h ö c h s t e n s zu den Anschaffungs- oder Herstellungs-

1) Vgl. Birck, H., a.a.O., S. 17

kosten angesetzt werden, Wertminderungen müssen durch Abschreibungen berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang wird von dem "fortgeführten Anschaffungswert" gesprochen.

- (2) das Finanzanlagevermögen, d.h. die Beteiligungen und die anderen Wertpapiere des Anlagevermögens dürfen höchstens zu den Anschaffungskosten angesetzt werden. Wenn die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung es verlangen, muß auf den niedrigen Zeitwert heruntergegangen werden. Ein Unterschreiten des Anschaffungswertes wird in der Regel dann erforderlich, wenn die Kurse der Wertpapiere nachhaltig zu sinken beginnen - oder die Beteiligungsgesellschaft infolge hoher Verluste eine nachhaltige Wertminderung erfahren hat¹⁾.
- (3) das Umlaufvermögen, d.h. insbesondere das Vorratsvermögen und die Wertpapiere sind höchstens zu dem niedrigeren der beiden Wertmaßstäbe, Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. Börsen- oder Marktwert, anzusetzen. Liegt der Tageswert unter dem Anschaffungswert, dann muß der Bilanzierende auf den niedrigeren Wert heruntergehen. Dadurch bleiben nichtrealisierte Gewinne in der Bilanz unausgewiesen, während bereits Verluste berücksichtigt werden, die am Bilanzstichtag noch nicht realisiert sind.

Das Niederstwertprinzip, das in modifizierter Form für das Anlagenvermögen und in seiner strengen Form für das Umlaufvermögen gilt, ist aus dem Gesichtspunkt des Gläubigerschutzes heraus zu einem Grenzwertprinzip

1) Vgl. Adler, H. - Düring, W. - Schmaltz, K., Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Aufl. Stuttgart 1957, § 133 Tz 152

ausgestaltet worden, das eine weitgehende Bewertungsfreiheit nach unten ermöglicht. Die beiden Werte werden vom Gesetz nicht als verbindliche Festwerte angesehen, sondern lediglich als Höchstwerte. Sie können in der Handelsbilanz unterschritten werden, und zwar bis auf den Erinnerungswert von DM 1,--. Im Hinblick auf den Bewertungsspielraum, den § 133 AktG gewährt, werden in der Literatur¹⁾ drei Arten stiller Rücklagen unterschieden: stille Zwangsrücklagen, stille Ermessungsrücklagen und stille Willkürrücklagen. An dieser Unterteilung wollen wir die Struktur des unsichtbaren Eigenkapitals der Kreditinstitute erläutern.

aa) gesetzlich erzwungene stille Reserven

Der Gesetzgeber hat aus dem Gesichtspunkt des Gläubigerschutzes heraus die Anwendung des Niederstwertprinzips in seiner strengen bzw. modifizierten Form für die Bewertung der Aktiva zwingend vorgeschrieben, was bei steigenden Preisen zur Bildung stiller Rücklagen führt. Gesetzlich erzwungene stille Reserven oder Zwangsreserven entstehen immer dann, wenn die Tageswerte der Aktiven über die handelsrechtlich vorgeschriebenen Höchstwerte steigen²⁾, diese Rücklagen werden nicht durch Thesaurierung von realisierten Gewinnen, d.h. einen Vorgang der internen Eigenkapitalbildung, sondern durch Preisschwankungen am Markt verursacht. Ihre Bildung und Auflösung erfolgt automatisch. Sie beeinflussen den steuerlichen Gewinn zunächst nicht, sondern werden erst bei späterer Realisierung erfaßt³⁾. Bei den Aktienbanken befinden sich stille

1) Vgl. Kosiol, E., a.a.O., S. 138; Busse von Colbe, W., Stille Rücklagen, Sp. 4725; Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1963, Bd. I, Düsseldorf 1963, S. 516

2) Vgl. Heinen, E., a.a.O., S. 193

3) Vgl. Bühler, O. - Scherpf, P., Bilanz und Steuer, 6. Aufl. Berlin und Frankfurt 1957, S. 15

Zwangsreserven insbesondere in den Bilanzpositionen Beteiligungen und Wertpapiere. Die Institute haben Beteiligung und börsengängige Dividendenwerte in den Jahren nach der Währungsreform erworben, in denen das Kursniveau sehr gering war. Sofern diese Bestände durchgehalten wurden, stehen sie nach wie vor mit ihren niedrigeren Anschaffungswerten zu Buch, da die Bewertungsvorschriften einen höheren Bilanzansatz verbieten.

bb) freiwillig gebildete stille Reserven

Durch Einbehaltung realisierter Gewinne entstehen stille Ermessens- und Willkürrücklagen. Sie stellen eine Bewertungsmaßnahme oder einen Selbstfinanzierungsvorgang dar.

(1) Ermessensrücklagen

beruhen auf einer vorsichtigen Ausnutzung des durch die Bewertungsvorschriften gegebenen Spielraums. Sie lassen sich bei herrschender Ungewißheit als Differenz zwischen den Buchwerten und denjenigen höheren Werten definieren, die bei gleichen Sachverhalten, aber optimistischeren Erwartungen angesetzt worden wären¹⁾. Ex post, z.B. nach Abwicklung eines Kredits, ergeben sich Ermessensrücklagen in Höhe der Differenz zwischen den Buchwerten und denjenigen höheren Werten, die sich als zutreffend erwiesen haben¹⁾. Ermessensrücklagen treten bei den Aktienbanken insbesondere im Zusammenhang mit der Debitorenposition auf. Da die Finanzbehörden den erforderlichen Umfang der Wertberichtigung eines Kreditengagements im Bilanzierungszeitpunkt kaum überblicken können, setzen die Kreditinstitute Überwiegend die Anerkennung der Ermessensrücklagen als Betriebsausgaben durch. Als Eigenkapital sind unversteuerte stille Rücklagen stets

1) Vgl. Busse von Colbe, W., Stille Rücklagen, Sp. 4725

nur in der Höhe anzusehen, wie sie bei späterer Auflösung infolge der dann eintretenden Steuerpflicht nicht an das Finanzamt abzuführen sind¹⁾.

(2) Willkürrücklagen

beruhen auf einer willkürlichen Ausnutzung des durch die Bewertungsvorschriften gegebenen Spielraums. Ihre Bildung erfolgt ohne Zwang und dient ausschließlich Finanzierungszwecken. Im Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1963 werden beide Kategorien freiwillig gebildeter stiller Rücklagen in der Weise abgegrenzt, daß Ermessensrücklagen stille Reserven sind, "die im Rahmen einer vertretbaren kaufmännischen Vorsicht entstehen können",²⁾ während Willkürrücklagen stille Reserven sind, "die über das Maß der kaufmännischen Vorsicht hinaus gelegt werden"²⁾. Nach dem geltenden Aktienrecht ist eine Unterbewertung der Aktiva bis auf den Erinnerungswert von DM 1,-- handelsrechtlich zulässig. Das künftige Aktienrecht dagegen wird die Legung von Willkürreserven einschränken³⁾. Steuerrechtlich bildet der Teilwert die Untergrenze⁴⁾. Seine bewußte Unterschreitung in der Handelsbilanz ist nur möglich, wenn die Rücklagen als Gewinnanteile versteuert worden sind. Versteuerte stille Rücklagen sind in voller Höhe Eigenkapital. Sie kommen bei den Aktienbanken als Sonderwertberichtigungen- oder abschreibungen auf die Debitoren, die Effektenbestände und das Sachanlagevermögen vor.

1) Vgl. § 10 Abs. 3 KWG

2) S. 516

3) Vgl. § 146 Abs. 2 und 3 RegEaktG

4) § 6 EStG

Der grundlegende Unterschied zu allen bisher behandelten Eigenkapitalbestandteilen liegt darin, daß stille Rücklagen kein in der Bilanz effektiv erkennbares Kapital darstellen. Die Höhe der stillen Reserven ergibt sich als Saldo des tatsächlichen Eigenkapitals, wie es z.B. im Vermögensstatus als Differenz der zu Tageswerten angesetzten Vermögensteile und Verbindlichkeiten ermittelt wird, und des Bilanz Eigenkapitals, das am Anschaffungswertprinzip ausgerichtet ist. Auf zwei Gleichungen vereinfacht ergibt sich:

$$\begin{aligned} \text{Vermögen} \text{./.} \text{ Verbindlichkeiten} &= \text{Effektives Eigenkapital} \\ \text{Effektives Eigenkapital} \text{./.} \text{ stille Rücklagen} &= \text{Bilanz-eigenkapital} \end{aligned}$$

Das Ausmaß der automatisch entstehenden Zwangsreserven wird durch die Differenz zwischen höherem Tageswert und handelsrechtlich zulässigem Höchstwert eines Wirtschaftsgutes bestimmt. Die Differenz zwischen dem handelsrechtlich zulässigen Höchstwert und einem niedrigeren Buchwert gibt den Umfang der autonom gelegten Ermessens- und Willkürreserven wieder. Die exakte Abgrenzung zwischen letzteren wird in der Praxis vielfach auf Schwierigkeiten stoßen. Stand und Entwicklung dieser Rücklagenkategorien sollten jedoch in einer internen Betriebsergebnisrechnung festgehalten werden, wobei die Beträge mit einer Ober- und Untergrenze zu schätzen sind, falls sich die genauen Beträge nicht ermitteln lassen.¹⁾ Aufzeichnungen über das unsichtbare Eigenkapital sind insbesondere dann erforderlich, wenn eine Berichterstattung über stille Reserven im Prüfungsbericht bei den aktienrechtlichen Pflichtprüfungen bejaht werden. Diejenigen Autoren, die die Pflicht zur Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Unternehmung bejahen, treten für eine Angabe von Art

1) Vgl. Adler, H. - Düring, W. - Schmaltz, K., a.a.O., § 139 Tz. 21b; Saage, G., a.a.O., S. 51; Busse von Colbe, W., Stille Rücklagen, Sp. 4726

und Umfang der stillen Rücklagen am Bilanzstichtag ein¹⁾. Saage²⁾ weist darauf hin, daß sich die berichtsmäßige Darstellung des Abschlußprüfers allerdings nur auf die freiwillig gelegten bzw. aufgelösten stillen Rücklagen erstrecken könne, während es seinen Auftrag übersteige, auch die gesetzlich erzwungenen stillen Rücklagen zu ermitteln bzw. darzustellen. Im Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1963 wird hierzu ausgeführt:

"Da stille Zwangsrücklagen und stille Ermessensrücklagen nach dem Handelsrecht zweifelsfrei zulässig sind, braucht hierauf im Prüfungsbericht nicht unbedingt eingegangen zu werden. Anders dürfte die Lage dagegen bei den stillen Willkürrücklagen zu beurteilen sein, wenn sie in beachtlichem Umfange vorhanden sind und daher einen 'möglichst sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft' (vgl. § 129 Abs. 1 AktG) verhindern. Dies gilt insbesondere dann, wenn gegenüber dem Vorjahr Veränderungen in der Höhe der stillen Willkürrücklagen (ggf. auch der stillen Ermessensrücklagen) eingetreten sind, die das Ertragsbild der Gesellschaft nennenswert beeinflußt haben"³⁾.

Für die Pflichtprüfung von Kreditinstituten ist die Abgabe eines Prüfungsberichtes im Sinne von § 139 AktG vorgeschrieben, der dem Bundesaufsichtsamt und der

1) Vgl. Adler, H. - Düring, W. - Schmaltz, K., a.a.O., § 139 Tz. 21; Saage, G., a.a.O., S. 50 f.;

WP-Handbuch 1963, S. 515 f.

2) Vgl. Saage, G., a.a.O. S. 51

3) S. 516

Deutschen Bundesbank einzureichen ist¹⁾. Die Richtlinien für den Inhalt dieser Prüfungsberichte²⁾ bestimmen, daß bei der allgemeinen Besprechung der Bilanzansätze Besonderheiten, soweit diese für die Beurteilung der Vermögenslage von wesentlicher Bedeutung sind, hervorgehoben werden sollen. Als Beispiel hierzu werden ausdrücklich mobilisierbare stille Reserven genannt. Umfang und Struktur stiller Reserven bei den Banken, die im Rahmen einer externen Bilanzanalyse weitgehend verborgen bleiben, müssen somit intern mit Unterstützung des Wirtschaftsprüfers ermittelt werden und gelangen über den Prüfungsbericht zur Kenntnis der Bankenaufsicht und der Bundesbank. Aus der veröffentlichten Jahresbilanz lassen sich lediglich die Positionen bestimmen, die für die Legung stiller Reserven geeignet sind. Im Hinblick auf die Bildung stiller Rücklagen durch Unterbewertung der Aktiva in der Bankbilanz unterscheidet Hagenmüller³⁾ drei Positionsgruppen:

- 1) Aktiva, bei denen eine Unterbewertung gesetzlich nicht zulässig ist.

Dazu gehören Kassenbestand, Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, Postscheckguthaben, Ausgleichsforderungen, durchlaufende Kredite.

- 2) Aktiva, bei denen eine Unterbewertung aus liquiditätsoptischen Gründen unterbleibt.

Um ein möglichst günstiges Liquiditätsbild am Bilanzstichtag zu zeigen, verzichten die Banken weitgehend auf eine Unterbewertung bei Nostroguthaben, fälligen Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheinen, Schecks, Wechsel (bundesbankfähige Diskontwechsel),

1) Vgl. § 26 KWG

2) Gemeinsame Bekanntmachung der Bankaufsichtsbehörden vom 15. Dezember 1954, Beilage zum BAnz. Nr. 247, und vom 12. Dezember 1960, BAnz. Nr. 252, A II a

3) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbilanzprobleme, S. 24 ff.

Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie bei Kassenobligationen.

3) Aktiva, bei denen eine Unterbewertung möglich ist.

Zu den Positionen, die für die Legung stiller Reserven geeignet sind, gehören Wertpapiere, Konsortialbeteiligungen, Debitoren, langfristige Ausleihungen, Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die wichtigste Funktion der stillen Rücklagen für die Kreditinstitute liegt darin, daß mit ihrer Hilfe eine unsichtbare Erfolgsregulierung möglich wird¹⁾. Der sich still vollziehende intertemporäre Gewinn- und Verlustausgleich²⁾ ist von besonderer Bedeutung für diejenigen Institute, deren Geschäftstätigkeit erheblichen konjunkturellen Erfolgsschwankungen ausgesetzt ist, und die außerdem ihren Jahresabschluß publizieren müssen. Das sind in erster Linie die Aktienbanken. Boomjahre mit starken Preisauftriebstendenzen und haussierenden Entwicklungen an den Aktien- und Devisenmärkten werden zu hohen Gewinnen aus Effektenhandels-, Emissions- und Devisengeschäften führen. Debitorenverluste sind in einer derartigen konjunkturellen Situation Ausnahmefälle. Der erzielte Jahresgewinn wird deshalb relativ hoch ausfallen. Anders sieht es jedoch in einer Rezessionsperiode aus, die von sinkenden Börsenkursen und stagnierenden Umsätzen der Kreditnehmer begleitet ist. In diesem Falle führt die konjunkturelle Entwicklung, ohne daß die einzelne Bank einen Einfluß darauf hat, zu Kursverlusten und zu Forderungsausfällen im kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäft, da Debitoren einfrieren und Einzelwertberichtigungen

1) Vgl. Birck, H., a.a.O., S. 36; Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 335

2) Vgl. Hagemüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 59

erforderlich werden. Im ungünstigen Falle könnten die Debitorenverluste zu einem Verlustausweis im Jahresabschluß führen und möglicherweise Fehlreaktionen des Publikums hervorrufen. Die Aktienbanken richten ihren Erfolgsausweis aufgrund dieser konjunkturellen Schwankungen nicht auf die einzelne Geschäftsperiode, sondern auf eine ganze Konjunkturperiode aus¹⁾. Konjunkturgewinne guter Geschäftsjahre müssen unter Umständen später noch zum Ausgleich von Konjunkturverlusten schlechter Jahre herangezogen werden. Sie dürfen deshalb in dem Geschäftsjahr, in dem sie erzielt wurden, als ausschüttbarer Gewinn nicht voll zur Verfügung stehen. Das Ziel ist, den auszuweisenden Jahreserfolg möglichst auf einer gleichbleibenden bzw. leicht ansteigenden Höhe zu halten, d.h. bei überdurchschnittlichen Gewinnen aus den risikoreichen Geschäften Gewinnanteile zur Bildung stiller Rücklagen zu verwenden und bei eingetretenen Verlusten stille Rücklagen zum Ausgleich aufzulösen. Eine Erfolgsregulierung mit offenen Rücklagen ist im Vergleich zu den ziffernmäßig nicht erkennbaren Manipulationen mit stillen Reserven von sekundärer Bedeutung.

Die Untersuchung des Eigenkapitalcharakters der steuerlich anerkannten bzw. ordnungsmäßig versteuerten stillen Rücklagen ergibt zunächst, daß diese in vollem Umfange und gewissermaßen an der vordersten Front die Haftung für eintretende Verluste übernehmen. In Höhe der stillen Reserven stehen Vermögenswerte zur Verfügung, die in der Lage sind, einen Vermögensverzehr auszugleichen. Strittig könnte es sein, inwie-

1) Vgl. Fischer, O., Reformbedürftige Erfolgsrechnung der Aktienbanken, in: Der Volkswirt 1960, S. 2338; Jordan, P., Die Gewinn- und Verlustrechnung der Banken, Diss. Köln 1960, S. 124

weit die Dauer der Kapitalüberlassung die für Eigenkapital notwendige Langfristigkeit garantiert. Abgesehen von der manipulierten Auflösung stiller Reserven zum Ausgleich eingetretener Verluste durch höheren Wertansatz bei den Aktiven bzw. Unterlassung weiterer Abschreibungen erfolgt die Auflösung automatisch. Sie richtet sich nach der betrieblichen Lebensdauer des entsprechenden Aktivums. Das bedeutet, daß die mit der Bildung stiller Rücklagen vorgenommene Wertbindung bei den Debitoren mit deren Rückzahlung, bei den Wertpapieren mit deren Veräußerung und beim Sachanlagevermögen mit der Abschreibung auf den Restwert aufgehoben wird. Die Dauer der Kapitalüberlassung ist somit von der Kreditlaufzeit, der Bestandsdauer von Effekten im eigenen Portefeuille und der Abschreibungsdauer der Anlagegüter abhängig. Bei der Unterbewertung von Wertpapieren des Umlaufvermögens, Betriebsmittelkrediten und Anlagegütern der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit geringer Nutzungsdauer wird es sich meistens um eine kurzfristige Wertbindung handeln, während bei stillen Rücklagen, die bei Anlagewertpapieren, Beteiligungen, Grundstücken und Gebäuden gelegt werden, im Regelfall davon ausgegangen werden kann, daß sie langfristig gebunden bleiben. Lediglich ein Teil des stillen Rücklagenkapitals, der sich von Bilanzstichtag zu Bilanzstichtag ändert und von der jeweiligen Zusammensetzung der unterbewerteten Positionen im Einzelfall abhängt, kann somit als langfristig angesehen werden. Wie bei den offenen Rücklagen bestehen auch bei den stillen Reserven keine besonderen Mitwirkungsrechte der wirtschaftlichen Eigentümer an der Geschäftsführung. Ebenfalls sind die stillen Rücklagen dividendenunabhängig. Ein materieller Unterschied zwischen offenen und stillen

Rücklagen, sowie sie versteuert oder die künftige Steuerbelastung berücksichtigt ist, besteht folglich nur für den Teil stiller Reserven, die nicht langfristig gebunden sind. Grundsätzlich sind beide Ergänzungskapital, das als offene Rücklagen Vermögensteile generell und als stille Rücklagen Wertteile bei bestimmten Bilanzpositionen bindet. Obwohl der Eigenkapitalcharakter der stillen Rücklagen kaum bestritten wird, hat der Gesetzgeber des KWG diese nicht unter die Bestandteile des haftenden Eigenkapitals aufgenommen. Das neue KWG von 1961 brachte darin keine Änderung¹⁾. Die Ursache hierfür ist in der Tatsache zu suchen, daß stille Rücklagen aus dem veröffentlichten Jahresabschluß ziffernmäßig nicht erkennbar sind. Gläubiger, Aktionäre und die Öffentlichkeit kennen ihre genaue Höhe nicht, auch die Bankenaufsicht verfügt über keine exakten Zahlen, da die Geschäftsleitung bzw. der Abschlußprüfer stille Reserven vielfach nur mit einer Ober- und Untergrenze ungefähr ermitteln können. Infolge der fehlenden Möglichkeiten einer einwandfreien Quantifizierung und Zweifeln an der Beständigkeit mancher stiller Reserven ist eine Einrechnung in das haftende Eigenkapital unterblieben. Diese Regelung wurde unter praktischen Gesichtspunkten getroffen, damit die Bankenaufsicht mit einer eindeutigen und leicht nachprüfbaren Bezugsgröße bei der Überwachung der Sicherheit der Institute arbeiten kann. Unter betriebswirtschaftlichem Aspekt ist die Ausklammerung der stillen Rücklagen aus dem haftenden Eigenkapital fragwürdig, worauf bereits Fischer²⁾ hingewiesen hat.

1) § 10 Abs. 3 KWG bestimmt, daß nur die ausgewiesenen Beträge als Rücklagen im Sinne der Bestandteile des haftenden Eigenkapitals anzusehen sind.

2) Vgl. Fischer, O., Bankbilanalanalyse, S. 336

2. Reingewinn

Reingewinn ist zusätzliches verteilungsfähiges Eigenkapital, das in der Regel in der Bilanz getrennt ausgewiesen wird¹⁾. Der sich aus der Gewinn- und Verlustrechnung ergebende Reingewinn enthält das Geschäftsergebnis der Bilanzierungsperiode, soweit dieses noch nicht als stille Reserve vorweg abgesetzt oder bereits den offenen Rücklagen bzw. auf den variablen Kapitalkonten verbucht ist. Eine Legaldefinition enthält das Aktiengesetz, das Reingewinn als den "Überschuß der Aktivposten über die Passivposten" (§ 131 Abs. 3 Satz 1) bezeichnet.

Die Funktion des aktienrechtlichen Reingewinns liegt darin, eine Höchstgrenze für die Gewinnverteilung festzulegen. Der Aktionär hat während des Bestehens der Gesellschaft nur Anspruch auf den Reingewinn, der sich aus der Jahresbilanz ergibt, sofern dieser nicht nach Gesetz oder Satzung von der Verteilung ausgeschlossen ist²⁾. "Reingewinn ist derjenige Betrag, der aus der aktienrechtlichen Bindung des Gesellschaftsvermögens gleichsam ausgeklammert wird ... In dieser Bestimmung des betragsmäßigen Rahmens für die Gewinnverteilung liegt die wesentliche gesellschaftsrechtliche Bedeutung des Reingewinnbegriffs"³⁾. Da es bei den Personengesellschaften eine derartige Beschränkung des verteilungsfähigen Eigenkapitals auf die Höhe des Reingewinns nicht gibt, ist bei ihnen ein getrennter Ausweis

-
- 1) Die Bilanzformblätter aller Rechtsformen enthalten die Position "Reingewinn" als letzten Posten auf der Passivseite. Für Aktienbanken ist der ungeteilte und gesonderte Ausweis nach § 131 Abs. 3 ausdrücklich vorgeschrieben, während bei Privatbankiers und Genossenschaftsinstituten ein getrennter Ausweis nicht erforderlich ist (§ 120 II HGB; § 19 Abs. 2 GenG)
- 2) §§ 52, 54 I AktG; vgl. auch § 42 GmbHG
- 3) Ballerstedt, K., Kapital, Gewinn und Ausschüttung bei Kapitalgesellschaften, Tübingen 1949, S. 42

des Reingewinns zwar möglich, nicht aber unbedingt erforderlich. Unsere Ausführungen werden deshalb an die aktienrechtliche Reingewinnkonzeption anknüpfen.

Nach der Art des Gewinnverwendungsbeschlusses sollen zwei Teile des Reingewinns unterschieden werden:

- (a) verteilungsfähiges Eigenkapital, das ausgeschüttet wird;
- (b) verteilungsfähiges Eigenkapital, das thesauriert wird.

Wir haben den Reingewinn zunächst grundsätzlich dem Eigenkapital zugerechnet. Für den zur Ausschüttung als Dividende und Tantieme vorgesehenen Teil trifft diese Zuordnung am Bilanzstichtag zwar formal zu, bei materieller Betrachtung sind jedoch Einschränkungen zu machen. Mit dem Ausweis im Jahresabschluß wird rechtlich gesehen bereits eine bedingte Verpflichtung der Aktienbank durch den Anspruch der Aktionäre auf den Reingewinn gemäß § 52 AktG begründet. Sobald die Höhe der Dividende von der Hauptversammlung beschlossen ist, wird der Ausschüttungsbetrag Fremdkapital. Der zur Ausschüttung bestimmte Teil des Reingewinns ist mit dem Gewinnverwendungsbeschluß wirtschaftlich nicht mehr Eigenkapital, sondern als Verbindlichkeit gegenüber den Anteilseignern Fremdkapital. Nach heutiger Praxis liegen zwischen Bilanzfeststellung und Gewinnverwendungsbeschluß der Hauptversammlung nur kurze Zeit. Da der Ausschüttungsbetrag der Bank somit ganz kurzfristig zur Verfügung steht, ist er als Puffer für die Erfüllung der Haftungsfunktion nicht geeignet und erfüllt damit das wichtigste Kriterium des Eigenkapitals nicht. Dieser Auffassung ist auch der Gesetzgeber, der diesen Teilbetrag nicht in das haftende Eigenkapital einrechnet.

Derjenige Teil des Reingewinns, der nicht ausgeschüttet, sondern im Kreditinstitut belassen wird, kann sich unterschiedlich zusammensetzen. Er kann verteilungsfähiges Eigenkapital enthalten, dessen Zuweisung zu den Rücklagen

bzw. zum Geschäftskapital oder den Geschäftsguthaben bereits beschlossen ist. Derartige Beträge werden bei Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Privatbankiers und öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten häufig noch in der Position "Reingewinn" ausgewiesen. Bei den Aktienbanken nimmt dagegen das bilanzfeststellende Organ die Rücklagenzuweisung in den meisten Fällen vor der Veröffentlichung der Jahresbilanz vor. Der Reingewinn wird dann vielfach lediglich in Höhe des Ausschüttungsbetrages der Dividende dotiert. Beträge, deren Zuweisung zu den Rücklagen oder dem Grundkapital bereits beschlossen ist, binden Vermögensteile ebenso dauerhaft wie Rücklagen und Grundkapital. Sie partizipieren in vollem Umfang an der Risikotragung, stellen damit funktionsfähiges Eigenkapital dar. In § 10 Abs. 3 Satz 1 KWG heißt es deshalb: "Dem haftenden Eigenkapital ist der Reingewinn zuzurechnen, soweit seine Zuweisung zum Geschäftskapital, zu den Rücklagen oder den Geschäftsguthaben beschlossen ist". Als weiteren Bestandteil verteilungsfähigen Eigenkapitals, über dessen Nichtausschüttung beschlossen wurde, enthält die Position "Reingewinn" den Gewinnvortrag. Er stellt einen Restbetrag dar, über den im Zeitpunkt der Gewinnverwendungsbeschlüsse nicht mehr disponiert und der dem Ergebnis des nächsten Geschäftsjahres zugerechnet wird. Der Gewinnvortrag verbleibt also dem Institut mindestens bis zum nächsten Jahresabschluß. Er erfüllt somit in jedem Fall kurzfristig die Pufferfunktion des Eigenkapitals. In der Literatur wird dem Gewinnvortrag deshalb Rücklagencharakter zuerkannt, wobei strittig ist, ob er zu den freien oder zu den zweckgebundenen Rücklagen zu zählen hat¹⁾.

1) Vgl. Reichardt, W., a.a.O., S. 213; Pröhl, H., a.a.O., S. 267; Szagunn, V. - Neumann, W., a.a.O., S. 160; Hofmann, W., Eigenkapital, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt/M. 1957, Bd. I, S. 485

Diese Unterscheidung ist indessen heute für die Zurechnung zum haftenden Eigenkapital bedeutungslos geworden. Wie aus § 10 Abs. 3 Satz 1, 2. Halbsatz KWG zu folgern ist, erkennt der Gesetzgeber den Rücklagencharakter des Gewinnvortrages nicht an und zählt diesen nicht zu den Bestandteilen des haftenden Eigenkapitals. Mag diese Regelung auch vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus nicht ganz gerechtfertigt erscheinen, so sind deren Konsequenzen doch gering einzuschätzen, da der Gewinnvortrag bei den Banken eine recht untergeordnete Rolle spielt.

III. Das Gewährleistungskapital

Neben Grund- und Ergänzungskapital tritt im Bankbetrieb eine weitere heterogen zusammengesetzte Kapitalart, deren gemeinsames Kennzeichen darin besteht, daß Finanzierungsmittel der wirtschaftlichen Eigentümer bereit stehen, um im Verlustfalle die Haftung mitzuübernehmen, obwohl diese Mittel nicht in den Kreditinstituten investiert sind. Diese Beträge gewährleisten gewissermaßen die Sicherheit der Einleger, ohne aktiv am Bankgeschäft mitzuarbeiten. Wir wollen sie deshalb als Gewährleistungskapital bezeichnen, weil diese Formulierung unserer Meinung nach den Sachverhalt am besten trifft¹⁾. Gewährleistungskapital ist seinem Wesen nach ein potentes Eigenkapital

1) Der Terminus "Gewährleistungskapital" findet sich bei Nicklisch, H., Die Betriebswirtschaft, S. 377-78 und wird von Meithner für die Bankbetriebslehre übernommen (Meithner, K., Die Bilanzen der Bankunternehmungen, S. 276). Töndury-Gsell, Finanzierungen, S. 32, sprechen in diesem Zusammenhang von "Garantiekapital", Gutenberg, Einführung, S. 96, von "Haftungskapital". Die beiden letzteren Bezeichnungen scheinen uns für eine bankbetriebliche Arbeit nicht so glücklich zu sein, da in ihnen eine Zweckbestimmung des Eigenkapitals zum Ausdruck kommt, die unabhängig von der konkreten Erscheinungsform des Eigenkapitals ist.

tal, dessen Wert von seiner Realisierbarkeit abhängt. Seine Bedeutung liegt darin, daß es die Garantiefunktion des Eigenkapitals entweder tatsächlich mitübernimmt oder doch psychologisch unterstützt¹⁾. Mit Ausnahme der ausstehenden Einzahlungen auf das Grund- und Stammkapital, die Geschäftsanteile und die Kommanditeinlagen hat das Gewährleistungskapital während der Lebensdauer des Instituts keine Bedeutung für seine Liquidität. Da es nicht investiert ist, wirkt Gewährleistungskapital auch nicht an der Ertragserzielung mit. Das Gewährleistungskapital der Kreditinstitute umfaßt ausstehende Einzahlungen auf das Grund- und Stammkapital, die Geschäftsanteile und die Kommanditeinlagen bei Aktienbanken, Genossenschaftsinstituten und Privatbankiers; das freie Vermögen der Inhaber von Privatbankfirmen sowie ein Haftsummenzuschlag bei Kreditgenossenschaften.

1. Ausstehende Einzahlungen auf das Grund- und Stammkapital, die Geschäftsanteile und die Kommanditeinlagen

Ausstehende Einzahlungen auf das Eigenkapital sind überall dort möglich, wo sich die Höhe einer Kapitalbeteiligung nicht mit der geleisteten Einzahlung zu decken braucht. Gutenberg²⁾ bezeichnet diese ausstehenden Beträge als Rückgriffskapital. Dieses ist dadurch gekennzeichnet, daß es noch nicht investiert ist, die Geschäftsleitung jedoch jederzeit auf das Kapital zurückgreifen darf.

1) Vgl. Nicklisch, H., Die Betriebswirtschaft, S. 378:
"Das Gewährleistungskapital trägt das Risiko des

Betriebes mit, wenn auch erst, wenn das eigentliche Betriebskapital versagt".

2) Vgl. Gutenberg, E., Einführung, S. 97

Bei Kapitalgesellschaften ist eine gesetzliche Mindesteinzahlung von 25 % auf die übernommenen Aktien und Geschäftsanteile vorgesehen¹⁾. Das Gläubigerschutzprinzip verlangt den getrennten Ausweis der ausstehenden Einzahlungen auf das Grundkapital, gestattet also nicht, diese Beträge vom Grundkapital einfach abzusetzen. Bei den Genossenschaftsinstituten zeigen die Geschäftsguthaben die Höhe der geleisteten Einzahlungen auf die Geschäftsanteile an. Die Mindesteinzahlungen auf den Geschäftsanteil, die bis zur Höhe von 10 % desselben betragsmäßig und zeitlich festliegen müssen, sind in der Satzung enthalten²⁾. Die Kommanditisten von Privatbankierfirmen sind gesetzlich nicht verpflichtet, eine Einzahlung auf ihre Beteiligung zu leisten. Die Höhe der Einzahlungen unterliegt vertraglichen Regelungen.

Bei den Kreditinstituten finden sich ausstehende Einzahlungen in relativ bescheidenem Umfang, da derartige Beträge bei der Berechnung des haftenden Eigenkapitals nicht berücksichtigt werden dürfen. Sie kommen bei Kreditgenossenschaften vor, deren Geschäftsguthaben noch nicht die Höhe der Geschäftsanteile erreicht haben, sowie bei Kreditinstituten mit Sonderaufgaben³⁾.

Das Rückgriffskapital erfüllt vom wirtschaftlichen Standpunkt aus die Garantiefunktion des Eigenkapitals in derselben Weise wie das eingezahlte Kapital, da es mit einem jederzeit realisierbaren Einzahlungsanspruch

1) § 23 II AktG

2) § 7 Nr. 2 GenG

3) Z.B. bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Ausfuhrkredit AG

versehen ist. Fischer¹⁾ ist zuzustimmen, wenn er sich im Hinblick auf die Haftungsübernahme gegen eine Differenzierung zwischen eingezahltem und nicht eingezahltem Kapital wendet. Die Dauer der Kapitalüberlassung ist bei Einberufung der Beträge ebenfalls gewährleistet. Wir haben es deshalb mit Eigenkapital zu tun, das sich lediglich durch seine Nichtinvestierung vom Grundkapital und den Rücklagen unterscheidet. Die Ausklammerung nicht eingezahlter Eigenkapitalteile aus dem gesetzlichen Eigenkapitalbegriff, der auf die Haftungsfunktion abstellt, ist theoretisch nicht gerechtfertigt.

2. Freies Vermögen der Inhaber von Privatbankfirmen

Als freies Vermögen gelten sämtliche nicht in die Bankbilanz aufgenommenen Vermögensteile des Inhabers oder der persönlich haftenden Gesellschafter abzüglich sämtlicher außerhalb der Bilanz bestehenden Schulden²⁾. Infolge der unbeschränkten Haftung der Inhaber von Privatbankfirmen besteht rechtlich gesehen kein Unterschied zwischen dem dem Unternehmen gewidmeten Vermögen und dem Privatvermögen. Deshalb tritt neben das Geschäftskapital des Einzelinhabers bzw. der Komplementäre von Personengesellschaften das schuldenfreie Privatvermögen als Gewährleistungskapital. Das nicht in Geschäftsbetrieb investierte freie Vermögen nimmt im vollem Umfang an der Haftung teil, da sich der Gläubiger einer Personengesellschaft beispielsweise unmittelbar an das Privatvermögen der Inhaber halten kann³⁾. Bei Bedarf können jederzeit Teile des Privat-

1) Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 333: "Ob das eingezahlte Kapital oder das nicht eingezahlte Kapital die Garantiefunktion besser erfüllt, richtet sich nach den Risikoträgern, den Vermögenswerten beim eingezahlten Kapital, den Aktionären beim nicht eingezahlten Kapital".

2) Vgl. Szagunn, V.-Neumann, W., a.a.O., § 10 Anm. 36

3) § 128 HGB

vermögens in Geschäftsvermögen umgewandelt werden und damit die fehlende Kapitalüberlassung, die für Gewährleistungskapital kennzeichnend ist, nachgeholt werden. Die Dauerhaftigkeit der Vermögenswerte wird in der Regel ebenfalls gegeben sein. Obwohl eine private Vermögensstatistik fehlt, kann angenommen werden, daß das freie Vermögen der Privatbankiers auch heutzutage eine erhebliche zusätzliche Haftungsgrundlage darstellt, die in schwierigen Zeiten, wenn von den Kommanditisten neue Einlagen nicht zu erhalten sind, tatsächlich eingesetzt wird. Der Eigenkapitalcharakter des freien Vermögens dürfte damit erwiesen sein. Diese Auffassung kommt auch in § 10 Abs. 4 Satz 2 KWG zum Ausdruck. Dort heißt es: "Nachgewiesenes freies Vermögen des Inhabers oder der persönlich haftenden Gesellschafter kann auf Antrag in einem vom Bundesaufsichtsamt zu bestimmenden Umfang als haftendes Eigenkapital berücksichtigt werden".

Freies Vermögen, das bei der Feststellung des haftenden Eigenkapitals berücksichtigt werden soll, ist in der Anlage zur Jahresbilanz, die für das Formblatt der Privatbankfirmen gilt, unter I C 3 d auszuweisen. In der Anmerkung zu Ziffer C 3 d wird dazu ausgeführt, daß als freies Vermögen auch die unter "Einlagen" und "Nostroverpflichtungen" enthaltenen Guthaben des Inhabers oder der unbeschränkt haftenden Gesellschafter, nicht dagegen die in den Aktiven enthaltenen stillen Reserven anzusehen sind. Ursprünglich genügte es, freies Vermögen, das dem haftenden Eigenkapital eingerechnet werden sollte, dem Abschlußprüfer nachzuweisen¹⁾. Seit 1952 ist dagegen ein besonderer Antrag auf Anerkennung des freien Vermögens zu stellen, deren Grundlage die Feststellung und Erläuterung der Vermögenswer-

1) Vgl. Szagunn, V.-Neumann, W., a.a.O., § 10 Anm. 36-84

te durch den Abschlußprüfer bildet¹⁾. Die Richtlinien für den Inhalt der Prüfungsberichte zu den Jahresabschlüssen der Kreditinstitute, die erstmals auf Prüfungsberichte für das Geschäftsjahr 1954 Anwendung fanden, schrieben darüber hinaus den Abschlußprüfern vor, die Bewertungsgrundlagen für den Ansatz der Vermögenswerte anzugeben²⁾. Der Wert des freien Vermögens kann durch private Schulden beeinträchtigt sein, die deshalb besonders zu erfassen sind. Erstmals für den Jahresabschluß 1957 mußten die Inhaber und persönlich haftenden Gesellschafter von Privatbankfirmen dem mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragten Wirtschaftsprüfer eine verbindlich vorgeschriebene Vollständigkeitserklärung abgeben, die der Erfassung der privaten Schulden dient. Diese Vollständigkeitserklärung weicht im Wortlaut ab, je nachdem ob ein Antrag auf Anerkennung freien Vermögens als haftendes Eigenkapital gestellt wurde oder nicht³⁾. Ergibt sich auf Grund der Vollständigkeitserklärung ein Überhang der privaten Schulden über die freien Vermögenswerte des Inhabers, so ist dieser Betrag gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 1 KWG vom haftenden Eigenkapital abzusetzen.

1) Art. 12 Abs. 3 der Bekanntmachung über Anzeigen nach §§ 8, 9, 12 und 14 des Gesetzes über das Kreditwesen vom September 1952:

"Freies Vermögen der Inhaber und persönlich haftender Gesellschafter von Kreditinstituten in der Rechtsform der Einzelfirma oder der Personengesellschaft, das als Bestandteil des haftenden Eigenkapitals angesehen werden soll, kann die Bankaufsichtsbehörde auf Antrag als nachgewiesen anerkennen, wenn es in dem Bericht über die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung des letzten Jahresabschlusses im einzelnen festgestellt und erläutert worden ist".

2) Vgl. B Passiva (Eigenkapital) der Richtlinien für den Inhalt der Prüfungsberichte zu den Jahresabschlüssen der Kreditinstitute vom 14. Dezember 1954 (Beilage zum Banz Nr. 247)

3) Erlasse der Bankaufsichtsbehörde vom 10. Januar 1958

Bei den persönlich haftenden Gesellschaftern erfolgt ein Abzug des Schuldenüberhangs deshalb nicht, weil die privaten Gläubiger sich nicht direkt aus dem Geschäftsvermögen der OHG oder KG befriedigen können.

Das Anerkennungsverfahren wurde durch eine Mitteilung des Bundesaufsichtsamtes vom 29.6.1963¹⁾ neu geregelt. Danach richtet das Kreditinstitut zunächst einen Antrag auf Anerkennung freien Vermögens an das Bundesaufsichtsamt. Der Antrag muß eine Begründung enthalten sowie den Betrag, in dessen Höhe das freie Vermögen anerkannt werden soll. Die in Betracht kommenden Vermögenswerte sind im einzelnen zu bezeichnen und von dem mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragten Wirtschaftsprüfer festzustellen, zu erläutern und zu bewerten, wobei in der Mitteilung des Bundesaufsichtsamtes Höchstwertansätze aufgeführt sind. Die Anerkennung erfolgt widerruflich und in der Regel unbefristet. Im allgemeinen wird freies Vermögen nur bis zur Höhe des in der Bilanz ausgewiesenen haftenden Eigenkapitals anerkannt. Der Wirtschaftsprüfer hat das anerkannte freie Vermögen unter Berücksichtigung der privaten Verbindlichkeiten und Belastungen jährlich zu prüfen und sich hierüber im Prüfungsbericht zu äußern. Ergibt die Überprüfung der Wertansätze einen geringeren Betrag als den ursprünglich beantragten, so ist der geringere Betrag nunmehr für die Bemessung des anerkannten freien Vermögens maßgebend, ohne daß es eines neuen Antrages bedarf.

Auf Grund der erläuterten Vorschriften wird vom Gesetzgeber als haftendes Eigenkapital demnach das nicht in der Bilanz ausgewiesene, vom Bundesaufsichtsamt anerkannte freie Vermögen des Inhabers oder der persönlich haftenden Gesellschafter abzüglich eines Schuldenüber-

1) Nr. 1/1963

hanges beim freien Vermögen des Inhabers angesehen.

3. Haftsummenzuschläge bei Kreditgenossenschaften

Die Mitglieder von Kreditgenossenschaften sind gesetzlich verpflichtet, über ihren Geschäftsanteil hinaus je nach der Rechtsform der Genossenschaft beschränkt oder unbeschränkt für deren Verbindlichkeiten zu haften. Nach § 2 GenG kann eine Genossenschaft errichtet werden

- "1. als eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht; bei ihr haften die einzelnen Mitglieder (Genossen) für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft dieser ohne Beschränkung auf eine bestimmte Summe;
2. Als eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht; bei ihr ist die Haftung der Genossen für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft dieser gegenüber im voraus auf eine bestimmte Summe beschränkt".

Der Betrag, mit dem der Genosse für die Verpflichtungen seiner Genossenschaft einzustehen hat, wird als Haftsumme bezeichnet. Sie muß im Konkursfalle geleistet werden, d.h. bei Zahlungsunfähigkeit bzw. auch im Falle der Überschuldung, falls die Genossenschaft bereits aufgelöst ist¹⁾. Wir können die Haftsumme deshalb als eine im Konkursfalle realisierbare Einzahlungsforderung der Kreditgenossenschaften an ihre wirtschaftlichen Eigentümer bezeichnen, deren Bonität von der Zahlungsfähigkeit der Genossen abhängt. Die Haftsummen der Kreditgenossenschaften werden auf der Passivseite der Bilanz "unter dem Strich" ausgewiesen. Die Angaben

1) §§ 98 f., insbesondere § 105 GenG

enthalten die Höhe der Haftsumme je Geschäftsanteil, die Veränderung der Haftsummen sowie die Anzahl der Geschäftsanteile und die Haftsumme im Zuge der Mitgliederbewegung¹⁾.

Der Umfang der Kapitalhaftung, der mit den Haftsummen verbunden ist, wird erst im Ernstfalle sichtbar. Diese Form des Gewährleistungskapitals steht für den Verlustausgleich lediglich bei Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung, falls die Genossenschaft schon aufgelöst ist, zur Verfügung. Sie ist in ihrer Garantiefunktion den investierten Geschäftsguthaben und dem Reservefonds nicht gleichzusetzen, die das Verlustrisiko während der Lebensdauer der Kreditgenossenschaft tragen.

"Die wirtschaftliche Besonderheit der Mitgliederhaftverpflichtungen besteht darin, daß sie Ergänzung oder Ersatz der Garantiefunktion des Anteilseigenkapitals bieten, ohne daß die finanziell meist schwächeren Mitglieder durch Erweiterung der Anteilsübernahmen überlastet oder gar von der Genossenschaft ferngehalten werden. Die Mitgliederhaftverpflichtungen machen so die potentiellen Leistungs- und Vermögenskräfte der Mitglieder für die Genossenschaft dienstbar, ohne diese Kräfte zu binden und damit der Wirtschaft der Mitglieder zu entziehen. Es erscheint berechtigt, darin einen typischen Ausdruck der Genossenschaft als der Unternehmungsform von Kreisen zu erblicken, deren soziologische und wirtschaftliche Struktur nicht zu Kapitalbeteiligungen tendiert"²⁾.

1) Vgl. Passivpositionen 18, 21 und 23 des Formblatts für die Jahresbilanz der Kreditinstitute in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft

2) Draheim, G., Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, Göttingen 1952, S. 86

Wie bei den anderen Formen des Gewährleistungskapitals findet auch bei dem Haftsummenkapital eine Kapitalüberlassung an das Kreditinstitut nicht statt. Damit bleibt es ohne Einfluß auf die Liquidität und die Ertragserzielung der Kreditgenossenschaft. Die Dauerhaftigkeit der bei den Genossen verbleibenden Beträge kann generell nicht beurteilt werden. Da sich die Haftsummenverpflichtung auf eine Vielzahl von Mitgliedern erstreckt, wird der einzelne Genosse vermutlich nur in einer derartigen Höhe beansprucht werden, daß mit einer Realisierung seiner Nachschußpflicht gerechnet werden kann. Doch ist heute im Zeichen des weiteren Ausbaus der Genossenschaftsorganisation der effektive Wert der Haftsummen geringer geworden. Im Zusammenhang mit der Reform des Genossenschaftsgesetzes zielte bereits ein Vorschlag der Kreditgenossenschaften darauf ab, eine eingetragene Genossenschaft ohne Haftpflicht (eGoH) zu schaffen, also neben der solidarischen Mitgliederhaftung die bloße Anteilshaftung zuzulassen¹⁾. Der Referentenentwurf eines Genossenschaftsgesetzes sieht einen derartigen Genossenschaftstyp ohne Haftsumme jedoch nicht vor.

Zusammenfassend können wir folgern, daß das Haftsummenkapital der Kreditgenossenschaften vom wirtschaftlichen Standpunkt aus kein Eigenkapital ist, jedoch die Haftungsfunktion des Eigenkapitals besonders bei der Errichtung der Genossenschaft zusätzlich zu gewährleisten vermag. Der Gesetzgeber, der auf diese Garantieeigenschaft primär abstellt, hat deshalb zugelassen, daß bei den Kreditgenossenschaften ein Haftsummenzuschlag in das haftende Eigenkapital eingerechnet werden darf²⁾. Die derzeit

1) Vgl. Scholz, J., Brauchen die Genossenschaften noch die Haftsumme?, Diss. Freiburg 1955

2) § 10 Abs. 2 Nr. 3 KWG 1961; § 11 Abs. 2 c KWG 1939

gültige gesetzliche Regelung über die Höhe des Haftsummenzuschlages enthält folgende Bestimmungen¹⁾:

- (1) Für Kreditgenossenschaften in der Rechtsform einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht beträgt der Haftsummenzuschlag grundsätzlich 30 v.H. des Eigenkapitals (Geschäftsguthaben und ausgewiesene Rücklagen abzüglich entstandener Verluste). Der Gesamtbetrag des Zuschlages darf den Gesamtbetrag der Haftsummen nicht übersteigen. Bei ländlichen Kreditgenossenschaften, die einem gesetzlichen Prüfungsverband angeschlossen sind, erhöht sich der Zuschlag auf 50 v.H. des Eigenkapitals.
- (2) Für Kreditgenossenschaften in der Rechtsform einer Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht beträgt der Haftsummenzuschlag ebenfalls grundsätzlich 30 v.H. des Eigenkapitals. Bei ländlichen Kreditgenossenschaften, die einem gesetzlichen Prüfungsverband angeschlossen sind, wird der Zuschlag auf 100 DM für jedes der Genossenschaft angehörige Mitglied angesetzt. Er muß jedoch mindestens 50 v.H. des Eigenkapitals erreichen.
- (3) Für Zentralkassen ist kein Haftsummenzuschlag anzusetzen.

War es bei den Privatbankfirmen möglich, die Anrechnung des Gewährleistungskapitals als haftendes Eigenkapital individuell vorzunehmen, so ist bei den Kreditgenossenschaften, die über erhebliche Mitgliederbestände ver-

1) Art. 14 der Bekanntmachung der Bankaufsichtsbehörden über Anzeigen nach §§ 8, 9, 12 und 14 des KWG von 1952 i.V.m. § 62 Abs. 1 KWG 1961; Vgl. ferner Szagunn, V.-Neumann, W., a.a.O., § 10 Anm. 99-107

fügen, nur eine generelle Lösung praktikabel. Die geltende Regelung geht dabei von zwei Bezugsgrößen aus. Im ersten Falle wird der Haftsummenzuschlag als Prozentsatz des haftenden Eigenkapitals eines Instituts berechnet, im anderen Fall wird ein absoluter Betrag festgesetzt, der sich nach der Höhe des Mitgliederbestandes richtet. Beidesmal handelt es sich um eine rechnungsmäßige Erhöhung des haftenden Eigenkapitals, die keine Beziehung zu der wirtschaftlichen Lage des einzelnen Mitgliedes herstellt. Die Basis "haftendes Eigenkapital" gibt an, in welchem Umfange die Mitglieder bereits Einzahlungen auf ihre Geschäftsanteile geleistet haben (Summe der Geschäftsguthaben) und in welcher Höhe es der Kreditgenossenschaft möglich war, offene Rücklagen in der Bilanz anzusammeln. Wird der Haftsummenzuschlag auf diese Grundlage bezogen, so sind Kreditgenossenschaften begünstigt, die über hohe Geschäftsguthaben, geringe ausstehende Einzahlungen und eine umfangreiche Rücklagenbildung verfügen. Die Solvenz der Mitglieder bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung ist jedoch nicht unbedingt ein Indiz für die Zahlungsfähigkeit bei Konkurs der Genossenschaft. Gleichfalls hat die Selbstfinanzierungskraft der Genossenschaft mit dem wirtschaftlichen Wert der Haftsummenverpflichtung nichts zu tun. Wird die Höhe des Haftsummenzuschlages lediglich auf die Mitgliederzahl bezogen, so ist davon ausgegangen, daß die Zahlungsfähigkeit aller Mitglieder im Konkursfalle gleich zu beurteilen ist. Auch diese Annahme ist wenig realistisch. Eine Betrachtung der beiden Bezugsgrößen für die Bestimmung des Haftsummenzuschlages zeigt somit, daß es sich dabei ausschließlich um Maßstäbe handelt, die eine einfache Berechnung und Kontrolle möglich machen sollen. Abzuwarten bleibt, inwieweit das Bundesaufsichts-

amt bei der bevorstehenden Rechtsverordnung über die Festsetzung des Haftsummenzuschlages versucht, die Bezugsbasis in einen stärkeren sachlogischen Zusammenhang mit der Haftsummenverpflichtung zu bringen. Ferner wird zu überprüfen sein, ob es heute noch berechtigt ist, den Raiffeisen-Kreditgenossenschaften generell einen Zuschlag von mindestens 50 % zuzugestehen, während für Volksbanken ein Zuschlag von 30 % gilt. Bestimmend für den höheren Haftsummenzuschlag der ländlichen Kreditgenossenschaften war 1936, als die Sätze erstmals festgelegt wurden, daß dieser Institutsgruppe infolge ihrer niedrigen Geschäftsguthaben sonst durch die Eigenkapitalrelationen des KWG geschäftlich zu enge Grenzen gezogen worden wären.

Exkurs: Gewährträgerhaftung für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute

Für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute übernehmen überwiegend die zuständigen Gebietskörperschaften als Gewährträger die unbeschränkte Haftung für sämtliche Verbindlichkeiten. Eine derartige Gewährträgerhaftung besteht für kommunale Sparkassen von Seiten der Städte und Landkreise. Bei den Girozentralen sind Gewährträger entweder nur die Sparkassen- und Giroverbände (München, Stuttgart, Mannheim, Saarbrücken), die Sparkassen- und Giroverbände in Verbindung mit den Ländern und Landschaftsverbänden (Frankfurt, Mainz, Münster, Düsseldorf, Hannover, Kiel) oder ausschließlich die Länder (Hamburg, Bremen)¹⁾. Bei den Staatsbanken, die zur Gruppe der Kreditbanken zählen, sowie den Landeskreditanstalten, die unter den öffentlich-rechtlichen Grund-

1) Vgl. Sparkasse 1958, S. 164

kreditanstalten geführt werden, haben sich die Länder, in denen die Institute ihren Sitz haben, zur Gewährträgerhaftung in den Errichtungsgesetzen verpflichtet¹⁾.

Wie das Gewährleistungskapital hat auch die Gewährträgerhaftung die Aufgabe, die notwendige Vertrauensbasis für das Bankgeschäft zu schaffen. Die Haftung ist zwar in ihrer Höhe unbeschränkt, doch wird sie sachlich auf den Fall begrenzt, daß die Sicherheitsrücklagen der Sparkassen bzw. die Dotationskapitalien und Rücklagen von Girozentralen, Staatsbanken und Landeskreditanstalten nicht ausreichen, um alle Verluste zu tragen. So heißt es z.B. in § 3 des Hessischen Sparkassengesetzes: "Für die Verbindlichkeiten der Sparkasse haftet der Gewährträger unbeschränkt. Die Gläubiger der Sparkasse können den Gewährträger nur in Anspruch nehmen, soweit sie aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden". Rechtlich gesehen handelt es sich bei der Gewährträgerhaftung deshalb um eine Ausfallbürgschaft. Den Gläubigern kann vom Gewährträger zunächst die Einrede der Vorklage entgegeng gehalten werden. Wie die Haftsummen der Mitglieder von Kreditgenossenschaften bedeutet auch die Gewährträgerhaftung der Gemeinden, Gemeindeverbänden, Länder und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften lediglich eine zusätzliche Garantie für den Ernstfall. Nicht zweifelhaft ist, daß die Gewährträger, wenn sie in Anspruch genommen werden müssen, die notwendigen Mittel aufbringen können, doch stößt eine Quantifizierung der Gewährträgerhaftung auf erhebliche Schwierigkeiten. Ihre Grundlage ist bei Gebietskörperschaften, die das

1) Vgl. S. 475f.

Recht zur Erhebung von Steuern haben, die jeweilige Steuerkraft. Sie ändert sich mit den Bemessungsgrundlagen und Steuersätzen. Von einer zahlenmäßigen Festlegung der öffentlichen Haftung wurde deshalb Abstand genommen¹⁾. Sie geht weder aus der Bilanz der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute "unter dem Strich", noch aus den Anlagen der Bilanz hervor. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus stellt die Gewährträgerhaftung - wie die Haftsumme - kein Eigenkapital dar. Sie bedeutet vielmehr lediglich eine vorwiegend psychologisch wirkende Ergänzung der Haftungsfunktion. Aus diesem Grunde war der Gesetzgeber zunächst bereit, sie in vertretbaren Grenzen bei der Bestimmung des haftenden Eigenkapitals zu berücksichtigen. Das KWG von 1934 sah in § 11 Abs. 5 Ziffer c die Möglichkeit vor "Bestimmungen zu treffen, inwieweit diese Haftung an die Stelle des haftenden Eigenkapitals treten kann". Von dieser Befugnis ist niemals Gebrauch gemacht worden. Das geltende KWG enthält keine derartige Bestimmung mehr.

IV. Die Eigenkapital - Surrogate

In den Jahren nach der Währungsreform hat der traditionelle Eigenkapitalbegriff eine Ergänzung erfahren, die heute nicht mehr unberücksichtigt bleiben kann. Als Quelle für die Kapitalaufbringung ist mehr und mehr die Ertragskraft der Institute in den Vordergrund getreten, während Kapitalzuführungen von außen zunächst relativ bescheiden blieben. Den vielfältigen steuerlichen Vergünstigungen dieser Zeit ist es zu verdanken, daß eine wachsende Ertragsfähigkeit nicht nur die Bildung von Rücklagen aus dem versteuerten

1) Vgl. Jahresbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1955, S. 27

Ergebnis ermöglichte, sondern zugleich zur Schaffung zusätzlicher Aufwandsposten zu Lasten des steuerpflichtigen Gewinns führte, die - um es in den Begriffen der dynamischen Bilanztheorie auszudrücken - nicht zugleich Ausgaben sind. Dazu gehören insbesondere bestimmte Wertberichtigungs- und Rückstellungskategorien. Das Anwachsen dieser Positionen in den Bilanzen der Unternehmungen während der letzten zehn Jahre muß zumindest teilweise als eine Folge der Steuergesetzgebung angesehen werden. Um die Kapitalbildung zu fördern, durften erzielte Erträge in bestimmtem Umfange steuerunschädlich verwendet werden. Für Kreditinstitute hat die Dotierung von Sonderwertberichtigungen nach § 7 c EStG (Wohnungsbaudarlehen) und § 7 d EStG (Schiffsbaudarlehen) sowie insbesondere die steuerfreie Gewinnverwendung für die Altersversorgung der Belegschaft nach § 6 a EStG (Pensionsrückstellungen) Bedeutung erlangt. Die wichtigste Maßnahme für die Banken, in der nicht nur eine vorübergehende fiskalische Förderung, sondern ein grundsätzliches betriebswirtschaftliches Erfordernis zu erblicken ist, bedeutete die steuerliche Anerkennung von Sammelwertberichtigungen im Jahre 1950. Die Bildung von Sammelwertberichtigungen war den Banken durch einen gemeinsamen Beschluß der Bankaufsichtsbehörden seit diesem Zeitpunkt zwingend vorgeschrieben worden. Gemeinsam ist den erwähnten Positionen - Sammelwertberichtigungen, Pensionsrückstellungen und Sonderwertberichtigungen der Siebenergruppe - bei allen sonstigen Unterschieden, daß sie zu Lasten des Aufwands gebildet und in der Regel nicht kurzfristig wieder aufgelöst werden müssen. Diese Beträge können langfristig an das Institut gebunden bleiben, ihm unter Umständen für immer verbleiben, nachdem eine nachträgliche Versteuerung vorgenommen wurde. Die langfristige Verfügbarkeit läßt auf einen Kapital-

charakter dieser Positionen schließen. Sie stellen formalrechtlich gesehen kein Eigenkapital dar, dennoch können sie, wie zu zeigen sein wird, unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, Eigenkapitalfunktionen erfüllen und nach ihrer Auflösung teilweise endgültig Eigenkapital werden. Diese Bilanzpositionen, deren Bilanzierung unter den traditionellen Eigenkapitalposten unzulässig ist, die aber materiell an die Stelle von Eigenkapital zu treten vermögen, sollen als Eigenkapital-Surrogate oder als Eigenkapitalersatz bezeichnet werden¹⁾.

Das Vordringen der Eigenkapital-Surrogate hat im Rahmen der offiziellen Statistik der Aktiengesellschaften zu der Unterscheidung in "eigengebildetes Kapital" und "fremdbeschafftes Kapital" geführt, die mit der traditionellen Trennung nach Eigen- und Fremdkapital nicht mehr parallel läuft²⁾. Zu dem "eigengebildeten Kapital"

1) Der Surrogatbegriff im Zusammenhang mit dem Bank-eigenkapital findet sich unseres Wissens erstmals bei v. Bissing, bezieht sich dort jedoch ausschließlich auf Fremdkapital (a.a.O., S. 59). Um die wissenschaftliche Klärung dieses Terminus aus der Sicht der Finanzierungswirkung im Industriebetrieb hat sich Hartmann bemüht (vgl. Hartmann, B., Die Finanzierungsfunktion des "Eigenkapital-Ersatzes", in: ZfHf 1959, S. 133-148). Er subsumiert diesem Begriff versteckte Eigenkapitalbeträge und Fremdkapital, soweit diese der Finanzierung des Anlagevermögens dienen (unversteuerte Rücklagen Pensionsrückstellungen, Sozialverbindlichkeiten und sonstige langfristige Verbindlichkeiten, u.a.). Eine engere Definition gibt Deutsch: "Diese Bilanzposten (die Eigenkapitalsurrogate, d.V.) sind zwar zum Fremdkapital zu rechnen, ersetzen funktionell aber mindestens eine Zeitlang Eigenkapital und können bei einer vorsichtigen Bewertung des Risikos in einem meist nicht von vornherein bestimmbarem Umfang früher oder später echtes Eigenkapital werden". (Deutsch, P., a.a.O., S. 19)

2) Die Abschlüsse der Aktiengesellschaften 1948/49 ff., insbesondere 1952/53, S. 26; 1954, S. 23; 1955, S. 10 in der Reihe: "Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 80, 104, 131, 150, 180, 231, 250, 266

zählen alle im Unternehmen selbst gewonnenen Mittel, unabhängig davon, ob sie sich im Eigenkapital niederschlagen¹⁾ oder Teile des Fremdkapitals bilden²⁾.

"Fremdbeschafftes Kapital" setzt sich dagegen aus Mitteln zusammen, die von außen in das Unternehmen gelangt sind, sei es durch Aktienemission als Grundkapital oder durch Kreditaufnahme als Verbindlichkeiten. Die Bezeichnungen der Kapitalteile erfolgen damit nach den Finanzierungsquellen, die mit den von Hax³⁾ geprägten Begriffen der internen und externen Finanzierung identisch sind.

Im Bereich der Bankbetriebslehre verdanken wir O. Fischer⁴⁾ eine sorgfältige Analyse der mit dem Eigenkapital-Ersatz auftretenden Probleme. Bei der Bilanzdurchleuchtung von Wertberichtigungen und Rückstellungen stellt Fischer fest, daß es Bilanzpositionen gibt, deren Zuordnung zum Eigen- oder Fremdkapital strittig ist. Neben Eigen- und Fremdkapital nominiert er eine dritte Kapitalart, für die er zunächst in Analogie zum "Temporären Eigenkapital" le Coutres⁵⁾ den Begriff "Temporäres Kapital" vorschlägt. Darin kommt zum Ausdruck, daß dieses Kapital nur vorübergehend vorhanden ist, weil es mit Kapitalverzehr bedroht ist. Fischer **entscheidet** sich dann jedoch für den eigenen Begriff "Interimskapital", weil diese Bezeichnung neben der begrenzten Zeitdauer noch darauf hinweist, daß dieses Kapital bald mehr zum Eigenkapital, bald

1) Rücklagen aller Art abzüglich des den Rücklagen zugeführten Emissionsagios

2) Rückstellungen

3) Vgl. Hax, K., Möglichkeiten und Grenzen der Selbstfinanzierung, S. 119; Hax, K., Finanzdispositionen, S. 471

4) Vgl. Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 228 f., 329, 361 f.

5) Le Coutre bezeichnet in seiner "totalen Bilanzlehre" (Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, Sp. 2601 ff.) Wertberichtigungen auf das Anlagevermögen als temporäres Eigenkapital

mehr zum Fremdkapital hin tendiert.

Im Gegensatz zu der herrschenden Auffassung der Betriebswirtschaftslehre, die in Wertberichtigungen lediglich Korrekturposten für zu hoch ausgewiesene Aktiva oder Passiva erblickt, weist Fischer nach, daß Wertberichtigungen auf Forderungen Kapitalcharakter haben¹⁾. Einzelwertberichtigungen auf Forderungen antizipieren künftige Ausfälle bei den Kapitalforderungen selbst oder bei den vereinbarten Erträgen (Minderverzinslichkeit). Sie stellen Aufwand dar und verringern den Erfolg des Jahres, indem sie gebildet werden bzw. reduzieren das Eigenkapital der Bank. Ihre Verbuchung als Aufwand bedeutet jedoch keinesfalls, daß damit der Kapitalverzehr bereits eingetreten ist. Die Forderung besteht rechtlich weiter. Die Ertragsteile, die als Wertberichtigungen ausgesondert wurden, bleiben vielmehr in der Unternehmung investiert und wirken bei der Ertragserzielung mit. Der Kapitalverzehr tritt erst in dem Augenblick ein, indem der tatsächliche Verlust feststeht und die Wertberichtigung aufgelöst wird (Verlustrealisation). Bis dahin sind Wertberichtigungen Kapital, allerdings nicht voll intaktes Kapital, sondern Finanzierungsmittel, die mit dem Risiko eines voraussichtlichen Kapitalverzehrs behaftet sind. Da Wertberichtigungen jedoch weder Verpflichtungen des Unternehmens sind, noch aus ihnen künftig Verbindlichkeiten entstehen werden, können sie dem Fremdkapital nicht zugerechnet werden. Sie tendieren ihrem wirtschaftlichen Charakter nach zweifellos stärker zum Eigenkapital. Effektives Eigenkapital werden jedoch

1) Vgl. Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 221 ff., insb. S. 228; Ferner: Beine, G., Die Bilanzierung von Forderungen in Handels-, Industrie- und Bankbetrieben, Wiesbaden 1960, S. 203-211

nur die Wertberichtigungsteile, die nicht mehr zum Verlustausgleich herangezogen werden, da die Wertberichtigungen höher dotiert waren, als der tatsächliche Ausfall beträgt. Fischer subsumiert die Wertberichtigungen deshalb dem Interimskapital.

Für diese Arbeit haben wir uns zur Aufgabe gesetzt, ausschließlich Eigenkapital und Eigenkapital-Surrogate in ihrer komplexen Struktur zu erfassen. Dabei sind wir von einem engen Begriff des Eigenkapital-surrogats ausgegangen¹⁾. Das Zuordnungskriterium stellt für uns die Erfüllung der wirtschaftlichen Eigenschaften des Eigenkapitals, d.h. Haftungsübernahme und langfristige Verfügbarkeit des Kapitals dar. Einzelwertberichtigungen werden für akute Risiken gebildet. Ihre Dauerhaftigkeit ist in der Regel nicht gegeben, da der Kapitalverzehr kurzfristig eintreten pflegt. Einzelwertberichtigungen sind deshalb als Instrument des überperiodischen Verlustausgleichs ungeeignet²⁾. Sie werden aus diesem Grunde von uns nicht in die Eigenkapitalsurrogate eingerechnet. Anders ist die Situation jedoch für die **S a m m e l w e r t b e r i c h t i g u n g e n** der Kreditinstitute. Sie müssen für latente, d.h. im Zeitpunkt ihrer Bildung nicht erkennbare Risiken gebildet werden, die den nicht einzelwertberichtigten Forderungen innewohnen. Da die Bonität dieser Forderungen einwandfrei ist, ist damit zu rechnen, daß Pauschalwertberichtigungen dem Unternehmen längerfristig zur Verfügung stehen. Sie erfüllen die gleiche Aufgabe wie Grundkapital und Rücklagen, nämlich die Banken gegen

1) Vgl. S.144

2) Vgl. Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 235. In Art. 12 Abs. 2d AnzBek hat der Gesetzgeber ausdrücklich festgelegt, daß Einzelwertberichtigungen kein Bestandteil des haftenden Eigenkapitals sind.

unvermeidliche Verluste abzuschirmen. Ihre Einbeziehung in die Eigenkapital-Surrogate erscheint daher berechtigt, zumal auch die kreditpolitischen Regelungen der Notenbank die Haftungsfunktion der Sammelwertberichtigungen anerkannt haben und eine teilweise Überführung in Eigenkapital den Kreditinstituten 1953 zugebilligt wurde¹⁾.

Im Gegensatz zu Wertberichtigungen ist der Kapitalcharakter von **R ü c k s t e l l u n g e n** in der betriebswirtschaftlichen Literatur unbestritten²⁾. Rückstellungen werden unter dem Einfluß der bei ihrer Erklärung heute überwiegend herangezogenen dynamischen Bilanzauffassung als Passivpositionen aufgefaßt, die dem Ausweis von Aufwand dienen, der noch nicht zur Ausgabe geworden ist. Der Grund für die Aufwandsverursachung liegt am Bilanzstichtag zwar vor, Höhe und Fälligkeit der Ausgabe sind jedoch noch unbestimmt. Rückstellungen müssen zu Lasten des Gewinns in der Periode gebildet werden, in der der Aufwand verursacht wurde. Sie binden Vermögensteile für einen bestimmten Zweck. Ihre Aufgabe liegt darin, das Eigenkapital gegen Risiken und Verluste abzuschirmen, die in der bisherigen Geschäftstätigkeit liegen, ohne bereits effektiv geworden zu sein. Hinsichtlich der Einordnung dieser zweckgebundenen Kapitalteile in das Fremd- oder Eigenkapital werden unterschiedliche Meinungen vertreten. Der größere Teil der Betriebswirte zählt Rückstellungen grundsätzlich zum Fremdkapital³⁾, andere Autoren wiederum halten Rückstellungen prinzipiell für Eigenkapital⁴⁾. Schließlich wird die Ansicht vertreten, daß eine exakte Zuordnung

1) Vgl. S. 161

2) Vgl. Werninger, G., Rückstellungen in der Bilanz, Wiesbaden 1960, S. 59 f.

3) Vgl. le Coutre, W., Grundzüge, S. 189; Weidner, A., Allgemeine Bilanzkunde und Bilanzkritik, Stuttgart 1958, S. 88; Gerstner, P., Bilanz-Analyse, Berlin 1944, S. 189; Hartmann, B., Rückstellungen, in: HdB III. Bd., Sp. 4732; Gutenberg, E., Einführung, S. 98

4) Vgl. Kosiol, E., a.a.O., S. 159; Hatheyer, Reservierungen und Wertberichtigungen, in: Die Bilanzen der Unternehmungen, Bd. I, S. 321

der beiden Kapitalarten nicht möglich sei¹⁾. Aus diesem Grunde ordnet Fischer die Rückstellungen wie schon zuvor die Wertberichtigungen dem Interimskapital unter.

Das Aktiengesetz bezeichnet die Rückstellungsposition in § 131 B IV als "Rückstellung für ungewisse Schulden". Aus dieser statisch ausgerichteten Formulierung, die aus der historischen Entwicklung des Rückstellungsbegriffs zu verstehen ist, ließe sich auf den Fremdkapitalcharakter der Rückstellungen schließen. Danach wären Rückstellungen nur für bereits entstandene, nach Betrag und Fälligkeit ungewisse Schulden zu bilden. Die Kommentierung des Instituts der Wirtschaftsprüfer, dessen Ansicht sich in der kaufmännischen Praxis und betriebswirtschaftlichen Theorie durchgesetzt hat, legte diesen Begriff jedoch weiter aus: "Rückstellungen für ungewisse Schulden sind Passivierungen einer am Bilanzstichtag bereits bestehenden, aber ihrem Betrage nach noch nicht feststehenden Schuld oder von ihrer Höhe nach noch nicht feststehenden Verlusten oder Aufwendungen"²⁾. Diese Interpretation erlaubt auch die Bildung von Rückstellungen, falls Gläubigeransprüche noch nicht entstanden sind oder überhaupt nicht entstehen werden. Daher sind drei Anlässe zu unterscheiden, bei denen eine Rückstellung zu bilden ist³⁾:

- a. Eine Schuldverpflichtung ist bereits entstanden, die Höhe ist jedoch noch ungewiß (Rückstellungen für ungewisse Schulden).

Diese Rückstellungsbeträge sind formalrechtlich Fremdkapital, da Ansprüche Dritter vorliegen. Bei den Kreditinstituten zählen zu dieser Kategorie in erster Linie Pensions-

1) Vgl. Klatt, S., Rückstellungen in Ertragsteuerbilanzen, Diss., Frankfurt/M. 1951, S. 24; Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 229 und 245

2) Wirtschaftstreuhand-Jahrbuch 1938, S. 239; vgl. auch Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1959, S. 568

3) Vgl. van der Velde, K., Der gegenwärtige Stand der Behandlung der Rückstellungen in der Handels- und in der Steuerbilanz, in: Wpg 1952, S. 329

rückstellungen, ferner Steuerrückstellungen, Rückstellungen für den Abschlußprüfer sowie Rückstellungen für gewinnabhängige Tantiemen und Gratifikationen. Einen langfristigen Charakter besitzen davon insbesondere Pensionsrückstellungen (10-20 Jahre) und Steuerrückstellungen (1-3 Jahre).

- b. Eine Schuldverpflichtung ist bereits verursacht, aber noch nicht entstanden (Rückstellungen für drohende Verluste).

Diese Rückstellungsbeträge können als befristete eigenkapitalähnliche Kapitalteile aufgefaßt werden. Wie bei den Wertberichtigungen für Verlustrisiken werden Ertragsteile aus dem Eigenkapital ausgesondert und damit vor der Ausschüttung als Gewinn bewahrt. Erst wenn der Verlust tatsächlich eintritt, werden sie Fremdkapital. Freigewordene Rückstellungen müssen als außerordentliche Erträge in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt werden. Wertberichtigungen werden für drohende Verluste dann gebildet, wenn ein Aktivum in der Bilanz vorhanden ist, sie beziehen sich stets auf einen bestimmten Vermögensteil. Drohen die Risiken dagegen dem Gesamtvermögen, d.h. wird ein zukünftiger Verlust selbständig bewertet, werden Rückstellungen in die Bilanz eingesetzt. Als Beispiel für diese Rückstellungskategorie gelten bei den Kreditinstituten die Rückstellungen auf Eventualverbindlichkeiten. Weitergegebene Wechsel, die das Giro der Bank tragen, werden als Indossamentsverbindlichkeiten "unter dem Strich" ausgewiesen, ein Aktivum ist in der Bilanz nicht mehr vorhanden. Sind für die Bank Verluste zu befürchten, weil sie aus protestierten Rückwechseln in Anspruch genommen wird, ohne in gleicher Höhe bei ihren Vormännern Regreß nehmen zu können, müssen Verlustrückstellungen gebildet werden. Erst bei Nichteinlösung des Wechsels wird der Rückstellungsbetrag rechtlich gesehen Fremdkapital. Bis zur Inanspruchnahme liegt ein zweckgebundenes Kapital vor, das wir lediglich wegen sei-

ner meist kurzfristigen Verfügbarkeit nicht als Eigenkapital bezeichnen wollen. Zu dieser Gruppe gehören auch Rückstellungen für schwebende Geschäfte, die weder in der Bilanz, noch "unter dem Strich" festgehalten werden. Liegt bei einem Devisenterminkauf der Kassakurs unter dem vereinbarten Terminkurs, ohne daß ein Kurssicherungsge-
schäft abgeschlossen wurde, ist eine entsprechende Rück-
stellung zu bilden. Fremdkapital wird diese erst dann,
wenn das Aktivum bei Anschaffung tatsächlich niedriger ist
als die vereinbarte Geldsumme, die dafür zu zahlen ist.

c. Eine Schuldverpflichtung wird auch in Zukunft nicht
entstehen (Rückstellungen für innerbetrieblichen
Aufwand).

Als typisches Beispiel dieser Kategorie gelten in der In-
dustrie Rückstellungen wegen unterlassener Reparaturen,
die der Betrieb selbst ausführt. Diese Beträge werden
niemals Fremdkapital. Da Rückstellungen für unterlassenen
Betriebsaufwand in der Steuerbilanz grundsätzlich nicht
zugelassen sind und auch ihr Ansatz in der Handelsbilanz
auf Grund der geplanten aktienrechtlichen Regelung nicht
gestattet wird, scheiden diese Rückstellungen aus unserer
Betrachtung aus¹⁾. Der Regierungsentwurf für das neue
Aktiengesetz trägt den verschiedenen Rückstellungsanläs-
sen Rechnung²⁾. Rückstellungen dürfen für ungewisse Ver-
bindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden
Geschäften gebildet werden. Der Zusatz "für ungewisse
Schulden" ist deshalb weggelassen worden. Gefordert wird
in § 144 Abs. 1 Passiva IV die Aufgliederung der Rück-
stellungen in Pensionsrückstellungen, langfristige Rück-
stellungen und sonstige Rückstellungen, Der getrennte
Ausweis der P e n s i o n s r ü c k s t e l l u n g e n ,
der bereits jetzt einer weit verbreiteten Übung entspricht,
wird mit deren Umfang und besonderen wirtschaftlichen
Charakter motiviert. In der amtlichen Begründung heißt es
dazu³⁾: "Sie (die Pensionsrückstellungen, d.V.) stellen

1) Vgl. RegE zu § 145 Abs. 7 AktG

2) § 145 Abs. 7 RegE AktG Begr. zu §§ 144-145 RegE AktG

3) Zu § 144 RegE AktG

zwar Fremdkapital dar. Da aber in der Regel den laufenden Entnahmen aus den Pensionsrückstellungen laufende Zuführungen gegenüberstehen, bleibt der Posten ziemlich konstant und trägt, was die Finanzierung der Gesellschaft betrifft, eigenkapitalähnlichen Charakter". Für die Kreditinstitute handelt es sich bei diesen Beträgen in der Regel um die bedeutendste Rückstellungskategorie, die bei einigen Institutsgruppen getrennt ausgewiesen wird oder aus dem Geschäftsbericht zu ersehen ist. Die Pensionsrückstellungen der drei Großbanken übersteigen jeweils 1 % der Bilanzsumme. Sie betrugen nach den Abschlüssen für 1960 bei der Deutschen Bank 52 % aller Rückstellungen (= 1,3 % der Bilanzsumme), bei der Commerzbank 47 % (= 1,06 % der Bilanzsumme) und bei der Dresdner Bank 38 % aller Rückstellungen (= 1,4 % der Bilanzsumme). Über ihre Zurechnung zu den Eigenkapital-Surrogaten entscheidet der wirtschaftliche Charakter der Pensionsrückstellungen. Sie stehen dem Kreditinstitut im allgemeinen jahrzehntelang zur Verfügung, solange die Belegschaft wächst und sich ein Gleichgewicht zwischen laufenden Pensionseinzahlungen und neuen Pensionsrückstellungen herausbildet¹⁾. Der "Bodensatz" der Pensionsrückstellungen muß als dauerhaftes Kapital angesprochen werden. Für Kreditinstitute ist jedoch im Vergleich zum Industriebetrieb nicht die Finanzierungsfunktion, sondern die Garantiefunktion das entscheidende Kriterium des Eigenkapitals. Pensionsrückstellungen, die aufgrund einer unwiderruflichen Pensionszusage steuerfrei gebildet wurden, haben nicht einen Kapitalanspruch der wirtschaftlichen Eigentümer, sondern der späteren Pensionäre des Instituts zum Inhalt. Sie scheiden deshalb für die Übernahme des Kapitalrisikos aus. Als langfristige Finanzierungsmittel vermögen Pensionsrückstellungen die Liquidität und Rentabilität der Institute zu verbessern, für den Verlustausgleich stehen sie jedoch nicht zur Ver-

1) Vgl. Weihrauch, H., Pensionsrückstellungen als Mittel der Finanzierung, Stuttgart 1962, S. 10 u. S. 56

fügung. Aus diesem Grunde zählen wir Pensionsrückstellungen nicht zu den Eigenkapital-Surrogaten des Bankbetriebes¹⁾. Unsere weiteren Ausführungen zum Eigenkapital-Ersatz werden sich daher auf die steuerlich zugelassenen Sonderwertberichtigungen der Siebenergruppe und auf die Sammelwertberichtigungen beschränken.

1. Sonderwertberichtigungen nach §§ 7c,d, Einkommensteuergesetz

Der Ansatz besonderer Passivpositionen in Steuer- und Handelsbilanz (Wertberichtigungen nach § 7c und § 7d EStG) hatte die Aufgabe, steuerliche Vorteile für die private Kreditgewährung an den Wohnungs- und Schiffsbau, zwei wichtige Teilgebiete des Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit, effektiv werden zu lassen. Die Einkommensteuergesetzgebung von 1949 gestattete Steuerpflichtigen, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermittelten, erstmals unter bestimmten genau festgelegten Bedingungen, unverzinsliche Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues (§ 7c EStG) oder des Schiffbaues (§ 7d EStG) im Jahre der Hingabe als Betriebsausgabe abzusetzen. Die rechtlichen Regelungen der "Siebener-Gruppe" haben in den folgenden Einkommensteuergesetzen und Durchführungsverordnungen eine Reihe von formellen und materiellen Änderungen erfahren, die hier im einzelnen nicht aufgezeigt werden können²⁾. Eine wichtige Zäsur für die steuerbegünstigte Darlehensvergabe an Wohnungs- und Schiffsbau, in die einzelne Bankengruppen in erheblichem Umfang eingeschaltet waren, stellte das Jahresende 1954 dar. An diesem Zeitpunkt lief die steuerlich zulässige Bewertungsfreiheit für zinslose Schiffs-

1) Vgl. Art. 12 Abs. 2c AnzBek; Urteil I 14/57 vom 22.1.1958 des Bundesfinanzhofs; Weihrauch, H., a.a.O., S. 77 ff.

2) Vgl. Martin, G., Übersicht über die Rechtsentwicklung wichtiger Bestimmungen seit der Währungsreform, § 7c EStG-Förderung des Wohnungsbaus- und § 7d EStG Bewertungsfreiheit für Schiffe, in: Der Betriebs-Berater, 1956, S. 101 und 134

darlehen aus und wurde diejenige für zinslose Schiffsdarlehen eingeschränkt. Unsere Untersuchung setzt sich zur Aufgabe, den wirtschaftlichen Charakter dieser von der amtlichen Statistik als Sonderwertberichtigungen bezeichneten Passivpositionen zu ermitteln, um sie als Eigenkapital-Surrogate klassifizieren zu können. Durch ihre sofortige Abzugsfähigkeit stellte der Gesetzgeber die unverzinslichen Darlehen den Betriebsausgaben gleich. Dabei wählte er jedoch nicht den gleichen Weg wie bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die gar nicht in der Bilanz erscheinen, sondern in Höhe deren Anschaffungskosten eine gesetzlich erzwungene stille Rücklage entsteht, die sich infolge Abnutzung der Wirtschaftsgüter automatisch wieder auflöst¹⁾. Die Darlehen blieben trotz ihrer sofortigen Abzugsfähigkeit als Betriebsausgaben Aktiva, nämlich bilanzierungspflichtige Forderungen gegenüber den Darlehensnehmern. Sie waren als Vermögenswerte in den Steuer- und Handelsbilanzen auszuweisen. Da ihre Aktivierung den steuerpflichtigen Gewinn erhöhte, wurde ihre steuerliche Behandlung als Betriebsausgabe durch die Passivierung von Wertberichtigungen in entsprechender Höhe zum Ausdruck gebracht²⁾. Die Wertberichtigungen wurden zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung gebildet und minderten im Jahre ihrer Bildung mit steuerlicher Wirkung den Jahresgewinn. Die später eingehenden Tilgungsraten mußten von der Forderung und der Wertberichtigung abgesetzt und als Betriebseinnahmen versteuert werden. Die steuerliche Vergünstigung bedeutete deshalb grundsätzlich keine endgültige Steuerersparnis, sondern eine Steuerverlagerung auf einen späteren Zeitpunkt. Aus diesem Grunde unterscheidet sich der wirtschaftliche Charakter von Sonderwertbe-

1) § 6 Abs. 2 EStG

2) Vgl. Erlaß des Bundesfinanzministers vom 17.11.1949 über die Behandlung der Zuschüsse oder unverzinslichen Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaus bei der Einkommensteuer (MinBl Fin., S.8), Ziffer 12 und 14. Zur veränderten Bilanzierungspraxis seit 1955 vgl. Keyzers, E., Der bilanzielle Ausweis von 7c-Darlehen, die nach dem 1. Januar 1955 gegeben wurden, in: Der Betrieb 1956, S. 383

richtigungen von anderen Wertberichtigungspositionen¹⁾. Nach Auffassung der Bankaufsichtsbehörden setzten sich die "Sonderwertberichtigungen" oder "unversteuerten Rücklagen" auf Grund der §§ 7c,d, EStG aus drei Bestandteilen zusammen²⁾:

- (a) aus echten Wertberichtigungen, weil die 7c- und 7d-Darlehen unverzinslich sind. Der Zinsausfall erfordert nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung eine Korrektur der Darlehensbeträge;
- (b) aus Steuerrückstellungen, da die Darlehen im Zeitpunkt des Rückflusses als außerordentlicher Ertrag zu versteuern sind. Die Höhe der anfallenden Steuer hängt dabei von der Entwicklung der Steuersätze und der jeweiligen Progressionsstufe des Steuerpflichtigen ab, soweit er der Einkommensteuer unterliegt;
- (c) aus Rücklagen, da der verbleibende Restbetrag, soweit mit einem Ausfall der Forderung nicht zu rechnen ist, dem Eigenkapital zugerechnet werden kann.

Sofern die Sonderwertberichtigungen keine Gewinnerhöhung auslösen, tragen sie den Charakter von Eigenkapital. Diese Situation ist möglich, wenn die Sonderwertberichtigungen in Höhe der Tilgungsrückflüsse zu Lasten steuerlich anerkannter Verluste aufgelöst werden. Wirken Sonderwertberichtigungen in den Tilgungsjahren dagegen gewinnerhöhend, dann besitzen sie in Höhe der fällig werdenden Steuerzahlungen den Charakter von zinslosem Fremdkapital. Diese der Höhe nach noch ungewissen Steuerverpflichtungen reduzieren sich bei sinkenden Einkommen- und Körperschaftsteuersätzen, die - wie nach 1948 - zu einer echten Steuerersparnis führen. Der gleiche Effekt kann erzielt werden bei Steuerpflichtigen, die der progressiv gestalteten Einkommensteuer

1) Vgl. Beine, G., a.a.O., S. 120: "Diese Wertberichtigungen zeigen also nicht an, daß Forderungsverluste wahrscheinlich sind, sondern besagen, daß unversteuerte Gewinne, die vorübergehend ertragslos eingesetzt sind, an den Betrieb zurückfließen werden und dann zu versteuern sind".

2) Beschluß der Bankaufsichtsbehörden vom 14./15. November 1957

unterliegen (z.B. Privatbankiers), wenn die absolute Höhe des steuerpflichtigen Gewinns in den Tilgungsjahren niedriger ist als im Jahr der Darlehenshingabe. In Höhe der durch Steuerzahlungen nicht belasteten Kapitalteile, liegen Rücklagen vor. Dieser Eigenkapitalanteil kann aus den angeführten Gründen nicht genau ermittelt werden, sondern unterliegt der Schätzung¹⁾.

Wegen ihres langfristigen Charakters und der nach der Währungsreform mit ihnen tatsächlich verbundenen Steuerersparnis, die die Fremdkapitalkomponente minderte, rechnete das Statistische Bundesamt die Sonderwertberichtigungen in ihrer Bilanzstatistik in voller Höhe dem Eigenkapital zu²⁾. Gleichfalls erkannten die Bankaufsichtsbehörden diese Wertberichtigungen grundsätzlich als Eigenkapital an, stellten sie jedoch wegen der ihnen anhaftenden Unsicherheitsfaktoren den stillen Rücklagen gleich. Das hatte zur Konsequenz, daß Sonderwertberichtigungen nach den gesetzlichen Vorschriften kein Bestandteil des haftenden Eigenkapitals sein konnten³⁾. Im KWG Fassung 1961 wird ausdrücklich festgestellt, daß un versteuerte Rücklagen nicht zu den Rücklagen im Sinne des haftenden Eigenkapitals gehören⁴⁾.

2. Sammelwertberichtigungen

Sammelwertberichtigungen werden für latente, im Zeitpunkt der Bilanzaufstellung noch nicht erkennbare Risiken gebildet, die den Forderungen drohen. Sie beziehen sich auf denjenigen Forderungsbestand, der infolge fehlender akuter

-
- 1) Schlüter (Die Kapitalausstattung der Unternehmungen, in: Vorträge für Sparkassenprüfer 1961, Stuttgart 1962, S.50) gibt als Faustregel an, daß 57-60 % des Gesamtbetrages der Sonderwertberichtigungen als abzuführende Steuern (Fremdkapital) und 43-40 % als Eigenkapital angesehen werden können.
 - 2) Die Abschlüsse der Aktiengesellschaften 1952/1953, S. 17
 - 3) Vgl. Beschluß vom 14./15. November 1957; § 11 Abs. 2 und 3 KWG 1939
 - 4) § 10 Abs. 3 Satz 2 KWG

Risiken nicht einzelwertberichtigt wurde¹⁾.

Die Berücksichtigung dieser nur vermutbaren Verlustgefahren entspricht der langjährigen Praxis zahlreicher Kreditinstitute und gehört zu den "Grundsätzen ordnungsmäßiger Bankbilanzierung"²⁾. Ihren rechtlichen Niederschlag fand die zwingende Vorschrift für die Banken, neben Einzelwertberichtigungen auch Sammelwertberichtigungen zu bilden, erstmals in einer Anordnung des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen von 1941. Darin sind bereits bestimmte Mindestsätze festgelegt, deren steuerliche Abzugsfähigkeit durch einen Erlaß des damaligen Reichsministers der Finanzen anerkannt wurde³⁾.

In der Folgezeit konnten diese Bestimmungen jedoch nicht wirksam werden, da in den Nachkriegsjahren bis zur Währungsumstellung eine ordnungsmäßige Bankbilanzierung unmöglich war und in den DM-Eröffnungsbilanzen Sammelwertberichtigungen aus fiskalischen Gründen (Ausgleichsforderungen) nicht angesetzt werden durften. Erst 1950 kam es nach Verhandlungen zwischen der Kreditwirtschaft und den Bankaufsichtsbehörden, in denen die Kreditinstitute das Ziel verfolgten, über eine steuerfreie Bildung von Sammelwertberichtigungen zu einer späteren Umwandlung in Eigenkapital zu gelangen, zu einem "gemeinsamen Beschluß der Bankaufsichtsbehörden über die Bildung von Pauschalwertberichtigungen bei Kreditinstituten"⁴⁾. Diese Vorschriften wurden 1953 neu gefaßt, wobei die Sätze etwa auf die Hälfte ermäßigt und stärker differenziert worden sind. 1954 erfolgte eine geringfügige Ergänzung, die den materiellen Gehalt der Bestimmungen unangetastet ließ.

1) Vgl. Birck, H., a.a.O., S. 75-115; Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 230-242; Beine, G., a.a.O., S. 154-168

2) Birck, H., a.a.O., S. 76

3) RStBl S. 682

4) Banz Nr. 244 vom 19.12.1950. Die Bezeichnung "Pauschalwertberichtigung" wird synonym mit "Sammelwertberichtigung" benutzt. Gleichzeitig wurde die Verwaltungsanordnung der Bundesregierung über die steuerliche Anerkennung von Sammelwertberichtigungen bei Kreditinstituten erlassen (Banz Nr. 244 vom 19.12.1950)

Als Begründung für die Bildung von Sammelwertberichtigungen führten die Bankaufsichtsbehörden aus:

"Bei der großen Bedeutung, die die Forderungen in den Bilanzen der Kreditinstitute haben, halten es die Bankaufsichtsbehörden für unbedingt erforderlich, daß die Kreditinstitute das Einzelbewertungsverfahren und das Pauschalverfahren nebeneinander anwenden. Die allgemeinen Erfahrungen im Kreditgewerbe haben gezeigt, daß auch in Forderungen, bei denen ein erkennbares und belegbares Risiko am Bilanzstichtag nicht gegeben erscheint, ein Gefahrenmoment liegt, das berücksichtigt werden muß, wenn der Wert eines Forderungsbestandes einwandfrei ermittelt werden soll"¹⁾.

Entsprechend den abweichenden Auffassungen über das Wesen der Wertberichtigungen wird der wirtschaftliche Charakter der Sammelwertberichtigungen unterschiedlich interpretiert. Birck²⁾ erblickt in ihnen ausschließlich Korrekturposten zu den Forderungen in der Bankbilanz: "Aus der Zweckbestimmung der Sammelwertberichtigungen ergibt sich m.E. notwendig ihr Charakter als echte Wertberichtigungen, somit als Korrekturposten zu den Nominalwerten der Forderungen aus dem Kreditgeschäft. Es handelt sich also ihrem Wesen nach nicht um Reserven, die zusätzliches Eigenkapital darstellen würden". Fischer³⁾ weist demgegenüber auf den Kapitalcharakter der Sammelwertberichtigungen hin. Die mit Billigung der Finanzbehörden zu Lasten des unversicherten Gewinns gebildeten Sammelwertberichtigungen bzw. die zusätzlich aus dem Eigenkapital bereitgestellten versicherten Beträge haben bis zum Eintritt des Kapitalverzehr's Kapitalcharakter. Diese Feststellung wird auch dadurch unterstrichen, daß ein Teil der Sammelwertberichtigungen Rückstellungscharakter hat und damit nach herrschender Auffassung eindeutig dem Kapital zuzurechnen ist (Sammelwertberichtigungen auf Indossaments- und Bürgschaftsver-

1) Vgl. Consruch, J.-Möller, A., Gesetz über das Kreditwesen mit verwandten und zugehörigen Vorschriften, 4. Aufl. München und Berlin 1962, S. 425

2) Birck, H., a.a.O., S. 76

3) Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 288, 238 F.

verbindlichkeiten). Die einzelne Forderung ist am Bilanzstichtag als völlig intakt anzusehen. Ebenfalls ist damit zu rechnen, daß die Zinsen in vereinbarter Höhe eingehen. Die tatsächlichen Ausfälle der sammelwertberechtigten Forderungen sind gering. Da die Verfügung über die für latente Verluste bereitgestellten Mittel durch Rechte Dritter nicht beschränkt wird und kein großer Wesensunterschied zu den Rücklagen besteht, die ebenfalls einem in der Zukunft notwendig werdenden Verlustausgleich dienen, tendieren Sammelwertberichtigungen zum Eigenkapital. Sie stellen von geringen Schwankungen abgesehen, langfristiges Kapital dar, das einen Liquiditätsrückhalt des Kreditinstituts bildet und zur Ertragszielung eingesetzt werden kann. Die Schwankungen beruhen darauf, daß es bei sinkendem sammelwertberichtigungspflichtigem Forderungsbestand zu einer Auflösung von Sammelwertberichtigungen kommen kann¹⁾. Zwingend ist diese Auflösung indessen nur steuerrechtlich, da in der Steuerbilanz in diesem Falle außerordentliche Erträge auszuweisen sind, die den steuerpflichtigen Gewinn mehren. Handelsrechtlich kann die Auflösung von nicht mehr erforderlichen Sammelwertberichtigungen unterbleiben, in gleicher Höhe ist dann eine stille Rücklage entstanden. Da die Automatik, die dem Bildungs- und Auflösungsprozeß von steuerrechtlich zulässigen Pauschalwertberichtigungen innewohnt, sich im Gleichklang mit der Entwicklung der risikobehafteten Forderungen vollzieht, kann in ihr eine Beeinträchtigung der Garantiefunktion nicht gesehen werden. Sammelwertberichtigungen stellen zusätzliches Risikokapital dar, das aus unversicherten Gewinnen gebildet wird. Da dieses bei einer später notwendig werdenden Auflösung von Teilbeträgen unter Umständen der Nachversteuerung unterliegt, soll es bei den Eigenkapital-Surrogaten eingeordnet werden. Sammelwertberichtigungen sind kein haftendes Eigenkapital im Sinne des § 10 KWG, wurden jedoch von 1951-1960 zu den

1) Vgl. Birck, H., a.a.O., S. 83

"haftenden Mitteln" gezählt¹⁾.

Exkurs: Haftende Mittel

Als Ergänzung der drastischen kreditpolitischen Maßnahmen, die im Herbst 1950 ergriffen wurden, um die durch den Korea-Konflikt ausgelöste Kreditexpansion zu bremsen, erließ der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder am 31.1.1951 neue Kreditrichtlinien, von deren Einhaltung die Refinanzierungshilfe des Zentralbanksystems abhängig gemacht werden konnte. Die neuen Richtlinien verfolgten von Anfang an nicht so sehr das kurzfristige Ziel, das Kreditvolumen der Geschäftsbanken in der damaligen Ausnahmesituation wirkungsvoll zu begrenzen, vielmehr sollten in konkreten Richtsätzen Normen für eine solide Kreditstruktur der Institute auf lange Sicht festgelegt werden. Damit beabsichtigte die Notenbank, an bestimmte geschäftspolitische Traditionen der Vorkriegszeit anzuknüpfen, die zur Bildung gewisser Standards geführt haben, deren Wirksamkeit jedoch unter den Einfluß der besonderen Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit zwangsläufig sinken mußte²⁾.

Die neuen Kreditrichtsätze bildeten zwar kein zwingendes Recht, als Geschäftsbedingungen der Notenbank für ihre Inanspruchnahme als Refinanzierungsquelle erlangten sie jedoch schnell eine wichtige Bedeutung und wurden von den Kreditinstituten allgemein beachtet. Sie sollten das Ziel anstreben, zwischen dem Kreditvolumen einer Bank und ihrem Gesamtstatus, insbesondere auch den Haftungsgrundlagen, angemessene Verhältnisse herzustellen. Zu diesem Zweck wurde das kurzfristige Kreditvolumen, der Anteil der Debitoren,

1) Art. 12 Abs. 2 d AnzBek

2) Vgl. Monatsberichte der BdL Januar/Februar 1951, S. 16 f., (Geschäftsbericht der BdL für 1950, s. 16 und S. 93 f.)

die liquiden Mittel sowie das Akzeptkreditvolumen zu bestimmten Passivpositionen der Bilanz in Beziehung gesetzt¹⁾. Ein besonderes Problem entstand in der Abgrenzung der Haftungsgrundlage, die als Bezugsbasis für das Kreditvolumen dienen sollte. Durch die Währungsreform war das haftende Eigenkapital stark reduziert worden. Die Neubildung des Eigenkapitals konnte mit der raschen Ausweitung der Geschäftsvolumen nicht Schritt halten. Das haftende Eigenkapital nach § 11 Abs. 2 KWG wäre deshalb in der damaligen Situation eine zu enge und den tatsächlichen Verhältnissen nicht Rechnung tragende Bezugsgröße gewesen. Deshalb entschloß sich der Zentralbankrat, vorübergehend die Haftungsgrundlage zu erweitern und die ihrem Umfang nach nicht unerheblichen Sammelwertberichtigungen einzubeziehen. Für diese erweiterte Haftungsgrundlage, die sowohl das Eigenkapital nach § 11 KWG als auch die steuerrechtlich zugelassenen Sammelwertberichtigungen umfaßt, prägte die Bank deutscher Länder in ihren Kreditrichtlinien die Bezeichnung "haftende Mittel"²⁾.

Bei der Gleichstellung von Sammelwertberichtigungen und haftendem Eigenkapital zur Berechnung der Richtsatzrelationen ließ sich die Notenbank durch folgende Überlegung leiten:

"Gegenüber dem Bedenken, daß diese Beträge juristisch kein Eigenkapital darstellen, war die Erwägung ausschlaggebend, daß die wirtschaftliche Funktion der Sammelwertberichtigung, da sie zur Deckung von noch nicht erkennbaren Verlusten bestimmt ist, der des

1) Vgl. S. 258

2) Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder 1950, S. 94

Eigenkapitals und der Rücklagen ähnelt" ¹⁾).

Die haftenden Mittel haben als eine Bezugsgröße der Kreditrichtsätze zehn Jahre lang eine wichtige Rolle für die Kreditinstitute gespielt. Mit den Fortschritten in der Eigenkapitalbildung konnten die Multiplikatoren für das Kreditvolumen herabgesetzt werden. Die neuen Grundsätze des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen, die 1962 an die Stelle der Kreditrichtsätze der Deutschen Bundesbank getreten sind, berücksichtigten die Sammelwertberichtigungen nicht mehr bei der Berechnung der Haftungsgrundlage. Damit ist seit 1962 das "haftende Eigenkapital" an die Stelle der "haftenden Mittel" als Richtgröße für das Kreditvolumen getreten und der Begriffsdualismus "haftende Mittel" und "haftendes Eigenkapital" beseitigt worden.

1) Monatsberichte BdL Januar/Februar 1951, S. 17; vgl. auch Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 57:

"Die Zurechnung der Sammelwertberichtigungen zu den haftenden Mitteln kann damit begründet werden, daß infolge der Tatsache, daß die Banken auf alle in irgendeiner Weise gefährdeten Forderungen in reichlichem Maße Einzelwertberichtigungen vornehmen, die Ausfälle auf die sammelwertberichtigten Vermögensanteile verschwindend gering sind, so daß die durch die Sammelwertberichtigungen zurückgehaltenden Mittel - von geringen Schwankungen abgesehen - den Kreditinstituten langfristig und ohne Zahlungsverpflichtungen gegenüber einem Gläubiger zur Verfügung stehen".

Teil III: Aufgaben des Eigenkapitals in der Kreditwirtschaft

Im Verlauf dieser Arbeit sind wir bereits mehrfach auf besondere Funktionen des Bankeigenkapitals gestoßen. Bevor wir nunmehr die Aufgaben des Eigenkapitals in der Kreditwirtschaft systematisch erörtern, sollen einige Vorbemerkungen über die allgemeine Bedeutung des Eigenkapitals in der Wirtschaft und die Behandlung der besonderen Funktionen des kreditwirtschaftlichen Eigenkapitals in der Literatur vorausgeschickt werden.

A. Allgemeine Vorbemerkungen

I. Die Bedeutung des Eigenkapitals in der Wirtschaft

In der modernen Kapitaltheorie wird, wie wir gezeigt haben, der Kapitalbegriff funktionsbezogen definiert, nämlich als Finanzierungsmittel für Investitionszwecke¹⁾. Eigenkapital stellt bei dieser Betrachtungsweise ein besonders qualifiziertes Finanzierungsmittel dar, da es vorwiegend langfristig und stets unbelastet von Ansprüchen Dritter zur Verfügung steht. Deshalb gilt Eigenkapital als besonders geeignet für die Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens der Wirtschaft. In der Anlagenfinanzierung wird die spezifische Aufgabe der eigenen Mittel erblickt. Ohne darin zugleich eine zwingende Finanzierungsnorm sehen zu wollen, wie dies etwa im Postulat der sogenannten "goldenen Bilanzregel" zum Ausdruck kommt, läßt sich in den Bilanzen der verschiedenen Wirtschaftszweige ein gewisses Maß an Entsprechung von Anlagenintensität und Eigenkapitalhöhe feststellen. Diese Zusammenhänge sollen

1) Vgl. S.24

an Hand einiger Strukturdaten vom 31.12.1960, die sich auf Aktiengesellschaften ausgewählter Wirtschaftszweige beziehen, kurz erläutert werden:

Wirtschaftsgliederung	Anlagevermögen in v. H. der	Eigenkapital Bilanzsumme
Steinkohlenbergbau	66,9	47,3
Eisen- und Stahlindustrie	60,2	42,3
Chemische Industrie	52,6	46,5
NE-Industrie	41,3	38,8
Maschinenbau	25,7	25,6
Warenhäuser	57,2	50,9
Großhandel	24,8	23,5
Banken	2,9	4,6

Quelle: Unternehmen und Arbeitsstätten, Reihe 2 Kapitalgesellschaften I. Aktiengesellschaften Geschäftsjahr 1960, hrsg. vom Statistischen Bundesamt 1962, S. 8-9; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1961

Die Zahlenangaben zeigen, daß die Grundstoffindustrie und die verarbeitende Industrie anlagenintensive Wirtschaftszweige sind, die einen hohen Investitionsbedarf aufweisen, der mit Eigen- und langfristigem Fremdkapital zu decken ist. Die Finanzierungsaufgabe des Eigenkapitals für Gebäude, Maschinen und Einrichtungen steht deshalb bei den Produktionsunternehmungen im Vordergrund¹⁾. Ein etwas anderes Bild bieten die Dienstleistungsbetriebe des Handels. Zwar weisen auch die Einzelhandelsbetriebe in der Rechtsform der Aktienge-

¹⁾ Vgl. Mellerowicz, K., Betriebswirtschaftslehre der Industrie, 3. Aufl. Freiburg/Br. 1958, S. 59 ff.

sellschaft, d.h. die Warenhauskonzerne, bedingt durch ihre Geschäftsgebäude und modern gestaltete Sacheinrichtungen ein großes Anlagevermögen auf, doch liegt der Schwerpunkt bei den vorratsintensiven Handelsbetrieben, wie dies am Beispiel des Großhandels deutlich zu sehen ist, auf dem Umlaufvermögen. Im Vergleich zu den Industriebetrieben weisen Handelsunternehmungen bezogen auf das Bilanzvolumen eine geringere Eigenkapitalausstattung auf. Bei den Großhandelsbetrieben und Betriebswirtschaften des Im- und Exports beträgt der Fremdkapitalanteil an der Bilanzsumme nahezu 75%¹⁾. Eine gänzlich untergeordnete Rolle spielt das Anlagevermögen der Kreditinstitute. Bei den Aktienbanken betragen die Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude sowie die Geschäftsausstattung weniger als 3% der Bilanzsumme. Über 90% des Bilanzvolumens der forderungsintensiven Kreditinstitute²⁾ entfallen auf das Umlaufvermögen. Auf der Passivseite der Bilanz dominiert das Fremdkapital in Form von Einlagen und Kreditaufnahmen. Das Eigenkapital erreicht noch nicht einmal 5% der Bilanzsumme. Je höher aber das relative Fremdkapital in einem Wirtschaftszweig ist, desto stärker tritt die Haftungsfunktion des Eigenkapitals in Erscheinung, während die originäre Finanzierungsfunktion gleichzeitig an Bedeutung einbüßt. Für die Kreditinstitute steht deshalb die Funktion des Eigenkapitals im Vordergrund, alle Risiken aufzufangen, die den Bestand der im Bankbetrieb investierten fremden Finanzierungsmittel bedrohen. Das Beteiligungskapital der Banken wird zum haftenden Eigenkapital. Diese Bedeutung hat das Eigenkapital der Kreditinstitute jedoch nicht von Anfang gehabt. Sie stellt das Ergebnis

1) Vgl. Buddeberg, H., Betriebslehre des Binnenhandels, Wiesbaden 1959, S. 91 ff.

einer Entwicklung dar, die das moderne Kreditbankwesen von seinen Anfängen bis heute genommen hat. Auf diesen historischen Bedeutungswandel des Bank-eigenkapitals wird einzugehen sein, um dessen gegenwärtige Funktionen in vollem Umfang verstehen zu können.

II. Die Behandlung der Eigenkapitalfunktionen in der Literatur

In der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre hat sich le Coutre¹⁾ ausführlich mit den Eigenkapitalfunktionen beschäftigt. Er ist ein maßgeblicher Vertreter der jüngeren statischen Bilanzauffassung. Bilanzzweck ist nach seiner Bilanztheorie die Darstellung der Kapitalverhältnisse. Der Bilanzinhalt gibt Auskunft über das investierte Kapital und macht dessen innere Struktur sichtbar (Konstitution und Situation). Deshalb stehen die unmittelbaren betrieblichen Funktionen von Vermögen und Kapital im Vordergrund seiner Lehre. Le Coutre analysiert in diesem Zusammenhang die Eigenkapitalstruktur, systematisiert die einzelnen Eigenkapitalteile und stellt sechs Funktionen für das Grundkapital (und die Rücklagen) bei Aktiengesellschaften auf²⁾:

- "1. es stellt die unmittelbar notwendige Arbeits- und Erwerbsgrundlage der Unternehmungen und ihrer Betriebe dar;
2. es dient zur Übernahme der aus der allgemeinen Betriebs- und Unternehmungstätigkeit anfallenden Risiken;
3. es gehört zur Repräsentation;
4. es bringt die Beteiligungsverhältnisse zum Ausdruck und bildet die rechtlich verbindliche Grundlage für die Gewinnverteilung, die Haf-

1) Vgl. le Coutre, W., Praxis der Bilanzkritik, S. 70 f., 142 f., 164 f.; le Coutre, W., Grundzüge, S. 202 ff.

2) Le Coutre, W., Grundzüge, S. 209

tungsverpflichtungen und die sonstigen vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen den Gesellschaftern untereinander sowie den Beziehungen der Unternehmen zur Außenwelt (Gläubiger);

5. es dient der Überwachung der wirtschaftlichen Substanzerhaltung und als Grundlage für die allgemeine Erfolgsermittlung;
6. es bezweckt die ertragsbringende Verwendung des Vermögens der Unternehmer".

Die Begriffsbildungen und Funktionen le Coutres für das Kapital bei Aktiengesellschaften sind im Bereich der Betriebswirtschaftslehre bis zur Zeit als repräsentativ anzusehen¹⁾. Die Übertragung der bei le Coutre genannten Eigenkapitalfunktionen auf die Verhältnisse der Aktienbanken hat Fischer²⁾ vorgenommen. Kritisch ist zu den von le Coutre herausgearbeiteten Funktionen zu bemerken, daß sie über eine Aufzählung von einzelnen Aufgaben nicht hinausgehen, sich teilweise überschneiden und den inneren Zusammenhang der einzelnen Zweckbestimmungen nicht deutlich genug in Erscheinung treten lassen.

Im Bereich der Bankbetriebslehre haben sich eingehender Somary und Hagenmüller mit den Eigenkapitalfunktionen befaßt³⁾. Somary entwickelte vier Funktionen und untersuchte sie bei Kreditbanken, Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Pfandbriefinstituten⁴⁾:

1) Vgl. Bott, Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, Bd. 2, 2. Auflage Herne/W. 1954/55, S. 1479; Heinen, E., a.a.O., S. 157

2) Vgl. Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 331 f.

3) Vgl. ferner Fischer, O.Chr., Kreditpolitik, S. 504; Bericht des Enqueteausschusses 1933, zitiert nach Pröhl, H., S. 13; Meithner, K., Bilanzen der Bankunternehmungen, S. 303 f.; Ottel, F., Bankpolitik, Jena 1937, S. 152; v.Büren, K., Analytische und vergleichende Bankbilanzkritik, Bern 1948, S.85; Husy, Th., Die eigenen Mittel der schweizerischen Banken, Diss. St.Gallen 1946, S. 15 f.

4) Somary, F., Bankpolitik, 3.Aufl. Tübingen 1934, S. 6

"Eigenkapital ... dient folgenden Zwecken:

1. Der Schaffung von Vertrauen, das erforderlich ist, um dem Institut den nötigen Kredit zu sichern. Garantie von öffentlichen Körperschaften, staatlicher Zwang bei der Notenannahme oder selbst Vertrauen des Publikums zu den Gründern des Instituts vermögen das Eigenkapital entbehrlich zu machen.
2. Der Deckung von Verlusten im Geschäftsbetrieb.
3. Der Erhöhung der Sicherheit der Disposition durch Zuführung von Kapitalien, die der Bank nicht entzogen werden können.
4. Der Ermöglichung von Geschäften, die Kapitalfestlegung zur Folge haben".

Diese Funktionen berücksichtigen Sicherheits- und Liquiditätsaspekte bei den Kreditinstituten, ohne jedoch bereits die Ergebnisse der Bankenquete 1933 zu enthalten, die im Eigenkapital insbesondere einen "Puffer" sowie ein "Brems-signal" feststellten¹⁾.

H a g e n m ü l l e r unterscheidet sieben Funktionen²⁾:

- "1. Funktion als Errichtungsgrundlage
2. Funktion der Begrenzung des Geschäftsvolumens
3. Garantie- oder Haftungsfunktion
4. Finanzierungsfunktion
5. Funktion des intertemporären Verlustausgleiches
6. Funktion als Gewinnverteilungsbasis
7. Funktion der Schaffung von Vertrauen (Werbe-, Repräsentationsfunktion)"

Dieser Katalog trägt den neueren kreditpolitischen Regelungen (KWG, Kreditrichtsätze) Rechnung. Hagenmüller kommt es bei der Aufzählung der Funktionen darauf an, einen

1) Vgl. S. 80

2) Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 58

möglichst vollständigen Eindruck von den vielfältigen Aufgaben des Eigenkapitals der Kreditinstitute zu vermitteln. Dabei nimmt er Überschneidungen in Kauf, verzichtet also bewußt darauf, eine Systematik nach übergeordneten Kriterien aufzustellen, denen sich die einzelnen Funktionen subsumieren lassen¹⁾.

Einen Ansatz in Richtung auf eine systematische Behandlung der Eigenkapitalfunktionen unter übergeordneten Gesichtspunkten bildet die Dissertation von Semmel. Semmel trifft folgende Unterscheidung²⁾:

"1. betriebswirtschaftliche Funktionen

- a) Vertrauensfunktion
- b) Garantiefunktion

2. die volkswirtschaftliche Lenkungsfunktion".

Zweifellos trägt diese Einteilung der durch das KWG gesetzlich fundierten Bedeutung des Eigenkapitals als wichtige Bezugsgröße Rechnung. Trotzdem sind erhebliche Einwendungen gegen eine derartige Systematisierung zu erheben. Dem Wesen der Kreditwirtschaft vermag nur eine Betrachtungsweise gerecht zu werden, die von dem einzelnen Kreditinstitut ausgeht und gleichzeitig die Gesamtheit der Institute in ihren gegenseitigen Beziehungen berücksichtigt³⁾. Eine schematische Trennung privater und öffentlicher Funktionen stellt eine willkürliche Abgrenzung

1) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 58

2) Semmel, E.P., Die Eigenkapitalausstattung der Kreditbanken, Diss. Hamburg 1954, S. 14 f.

3) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 12

dar¹⁾. Eine bankbetriebliche Arbeit, die die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge berücksichtigt, muß unserer Meinung nach die Systematik nach anderen Grundsätzen vornehmen.

Wir wollen in dieser Arbeit einen eigenen Weg beschreiben. Die Funktionen des Eigenkapitals sollen in den Gesamtzusammenhang der Geschäftspolitik der Kreditinstitute eingeordnet werden, die in den Grenzen verläuft, die durch die Anforderungen des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen sowie die kreditpolitischen Maßnahmen der Deutschen Bundesbank gezogen sind. Für ein neu zu gründendes Kreditinstitut ist das Eigenkapital der Ausgangspunkt jeder Geschäftstätigkeit. Besteht das Institut bereits, so sind ihm bestimmte Rahmenbedingungen für seine Geschäftspolitik gesetzt, die die Ausdehnung gewisser Geschäfte von der Höhe der Eigenkapitalausstattung abhängig machen. Innerhalb des Bereichs, der der eigenen geschäftspolitischen Aktivität einer Bank überlassen bleibt, wirkt das Eigenkapital dabei mit, die Bankgeschäfte im Sinne der Zielsetzungen von Sicherheit, Liquidität und Rentabilität zu verwirklichen. Das Eigenkapital trägt dazu bei, in der Geschäftstätigkeit die richtige Mitte zwischen Sicherheitsanspruch, Liquiditätsbedürfnis und Rentabilitätsanfordernis

1) Die Vertrauensfunktion ist nicht nur einzel-, sondern auch gesamtwirtschaftlich ausgerichtet, denn die Erhaltung des Vertrauens in jedes einzelne Kreditinstitut ist für das Kreditgewerbe insgesamt und die Öffentlichkeit lebensnotwendig. Auch das Garantiekapital kann unter beiden Aspekten betrachtet werden. Man sieht es als Risikoträger vorwiegend betriebswirtschaftlich vom Standpunkt einer soliden Geschäftspolitik aus an oder betrachtet es überwiegend volkswirtschaftlich vom Standpunkt der Öffentlichkeit, die einen wirksamen Einlagenschutz durch das Eigenkapital fordert. Umgekehrt läßt sich die volkswirtschaftliche Lenkungsfunktion, die die Höhe des Kreditvolumens steuern will, auch betriebswirtschaftlich interpretieren, wie es z.B. der Geschäftsbericht der BdL für 1952 tut: 'Um Kreditvolumen und Kreditstruktur mit der eigenen finanziellen Stärke und den internen Geschäftsgrundlagen jedes Kreditinstituts in Einklang zu bringen und zu halten, hat der Zentralbankrat bestimmte Richtsätze aufgestellt ...' (S. 87)".

zu finden. Das Eigenkapital hat unter diesen Aspekten seine Aufgaben zu erfüllen und wird seinerseits in seiner Höhe und Funktionsfähigkeit durch Sicherheits- und Rentabilitätsüberlegungen bestimmt. Eine Analyse, die die Aufgaben des Bankeigenkapitals in seiner geschichtlichen Entwicklung und gegenwärtigen Bedeutung im Gesamtzusammenhang der Geschäftspolitik der Institute beleuchtet, vermag unserer Auffassung nach die Rolle des Eigenkapitals in der Kreditwirtschaft am wirkungsvollsten zu erfassen.

B. Das Eigenkapital als Ausgangspunkt und Richtgröße für die Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute in entwicklungsgeschichtlicher Betrachtung

I. Die Bedeutung des Eigenkapitals für die Geschäftstätigkeit in der Entstehungsperiode des modernen Bankwesens (1848 - 1870)

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts vollzogen sich im deutschen Wirtschaftsleben entscheidende Wandlungen. Zu dieser Zeit wurden die deutschen Staaten, deren Einigungsbestrebungen die Gründung des deutschen Zollvereins im Jahre 1834 neuen Auftrieb gegeben hatte, von dem Industrialisierungsprozeß erfaßt, der in England bereits ein Jahrhundert früher eingesetzt hatte. Ein umfangreiches Eisenbahnnetz wurde aufgebaut, Bergwerke und Hüttengesellschaften gegründet, Maschinenfabriken und Energieversorgungsbetriebe entstanden, der Welthandel weitete sich aus. Aus einer agrarisch - kommerziellen Wirtschaftsverfassung entwickelte sich, entscheidend gefördert durch die politische Einigung im Jahre 1871, ein moderner Industriestaat. Der industrielle Aufschwung in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts und die einsetzende stärkere Orientierung des Handels über die Landesgrenzen hinaus ließen in der Volkswirtschaft einen gewaltigen Kapitalbedarf entstehen, der ein modernes Bankwesen erforderlich machte. Abgesehen

von einzelnen Zettelbanken, d.h. privaten sowie staatlichen Notenbanken, deren Mittelaufkommen aus dem eingezahlten Stammkapital sowie dem zu diesem in einem bestimmten Verhältnis stehenden Notenumlauf bestand, und die neben der Notendeckung nur ein begrenztes Wechsel- und Lombardgeschäft durchführten¹⁾, herrschten im Bankwesen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Privatbankfirmen vor. Die Privatbankiers widmeten sich dem Geldwechselgeschäft, führten Waren- und Speditionsgeschäfte durch und nahmen die aus dem Warenhandel stammenden Wechsel zum Diskont und Inkasso an. Ihr Kreditgeschäft blieb ortsgebunden und durch die eigene Kapitalkraft beschränkt. Nur einige Häuser mit großen eigenen Vermögen betätigten sich auf den Gebieten der Staatsfinanzierung und der Effektenspekulation in den gehandelten Börsenwerten jener Zeit²⁾. Das Fundament der Geschäftstätigkeit aller Privatbankfirmen bildete das diesen zur Verfügung stehende Eigenkapital. Mit der Entwicklung der deutschen Länder zu einem einheitlichen Industrie- und Handelsstaat erhielt das Bankwesen Aufgaben, denen die Kapitalkraft der Privatbankiers weiterhin nicht mehr gerecht werden konnte. Erforderlich wurden Kreditinstitute, die die Gründung moderner industrieller Unternehmungen fördern und anregen konnten und die deren Interessen im In- und Ausland wahrzunehmen verstanden. Auf Betreiben und unter Mitwirkung von Privatbankiers entstanden deshalb in Deutschland um die Mitte des 19. Jahr-

1) Vgl. Wagner, A., System der Zettelbankpolitik, 2.Aufl. Freiburg 1873, S. 87 f. und 174 ff.

2) Das gilt insbesondere für das 1770 in Frankfurt gegründete Haus Rothschild, das der Bankier mehrerer europäischer Regierungen war, sowie für das Bankhaus Mendelsohn & Co. in Berlin, das sich in der Emission von öffentlichen Anleihen hervortat. Eine enge Verbindung zum preußischen Staat unter Bismarck unterhielt das Bankhaus S. Bleichröder.

hundreds die ersten Aktienbanken, da diese Unternehmungsform die Ansammlung großer Kapitalien ermöglichte. In engem Kontakt zu Industrie und Handel bildete sich in dieser Zeit unser modernes Bankwesen, das sich in seiner Aufbauzeit im industriellen Finanzierungsgeschäft engagierte und damit zum Schrittmacher der industriellen Entwicklung wurde¹⁾.

Als erste Kreditbank in Form einer Aktiengesellschaft wurde unter Mitwirkung der preußischen Regierung 1848 der A. S c h a a f f h a u s e n' s c h e B a n k v e r e i n in Köln gegründet, der die Geschäfte des in Schwierigkeiten geratenen Bankhauses A. Schaaffhausen fortführte. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit des Bankvereins lag auf dem industriellen Gründungs-, Umwandlungs- und Kreditgeschäft, das mit der Entstehung der Bergwerks- und Hüttengesellschaften im rheinisch-westfälischen Industriegebiet verbunden war²⁾. 1851 kam es auf Betreiben des früheren preußischen Finanzministers David Hansemann in Berlin zur Gründung der D i s c o n t o - G e s e l l s c h a f t. Sie wurde zunächst in der genossenschaftlichen Organisationsform einer Kreditgesellschaft errichtet, jedoch bereits 1856 in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelt, da diese Rechtsform im Gegensatz zur Aktiengesellschaft in Preußen keiner Konzession bedurfte. Neben ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete des öffentlichen Kredits, d.h. der Emission von Staats- und Kommunalanleihen, widmete sich die Disconto-Gesellschaft ins-

-
- 1) Vgl. Riesser, J., Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland, 4.Aufl. Jena 1912, S.26 ff.; v.Schulze-Gaevernitz, G., Die deutsche Kreditbank, Grundriß der Sozialökonomik, V.Abt. II.Teil, Tübingen 1915, S.30 f.; Weber, Ad., Depositenbanken und Spekulationsbanken, 3.Aufl. München und Leipzig, 1922, S. 59 ff.
- 2) Vgl. Riesser, J., a.a.O., S.408 f. Auf den Schaaffhausenschen Bankverein gingen Gründungen wie der Hörder Bergwerks- und Hüttenverein, Harpener Bergbau, Bochumer Verein, Phönix, Hoesch u.a. zurück.

besondere der Ausgabe von Eisenbahn-Aktien und Eisenbahn-Obligationen sowie dem industriellen Gründungs-, Beteiligungs- und Kreditgeschäft. Die Gesellschaft unterhielt enge Beziehungen zu Unternehmungen der Kohlen- und Eisenindustrie, des Kalibergbaus sowie der Maschinen- und Elektrizitätsindustrie¹⁾. Durch Gustav von Mevissen, dem ersten Leiter des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, und Abraham Oppenheim wurde 1853 in Darmstadt die Bank für Handel und Industrie gegründet, da eine Konzession für eine Kreditaktienbank weder in Preußen noch in der Freien Stadt Frankfurt am Main zu bekommen war. Bei der Gründung dieses Instituts, das unter der Bezeichnung Darmstädter Bank bekannt wurde, hatte der Pariser Crédit Mobilier Pate gestanden. Seine hauptsächliche Betätigung, die Förderung von Handel und Industrie, kommt bereits in der Firmenbezeichnung zum Ausdruck. Die Darmstädter Bank war eine Emissionsbank für den Ausbau des privaten Eisenbahnnetzes und die Gründung industrieller Unternehmungen, was oft genug mit der Übernahme dauernder Beteiligung verbunden war²⁾. 1856 wurde schließlich als vierte wichtige Kreditbank jener Zeit durch Carl Fürstenberg die Berliner Handelsgesellschaft als Kommanditgesellschaft auf Aktien gegründet. § 2 des Gründungsstatuts der Berliner Handelsgesellschaft stipulierte: "Der Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb von Bank-, Handels- und industriellen Geschäften aller Art, ihre Wirksamkeit erstreckt sich daher insbesondere auch auf industrielle und landwirtschaftliche Unternehmungen, auf Bergbau, Hüttenbetrieb, Kanal-, Chaussee- und Eisenbahnbauten, sowie auf Gründung, Vereinigung oder Konso-

1) Vgl. O.V., Die Disconto-Gesellschaft 1851-1901, Berlin 1901, S. 87 ff. Die Dortmunder Union sowie die Gelsenkirchner Bergwerks AG stellten Gründungen der Disconto-Gesellschaft dar.

2) Vgl. Riesser, J., a.a.O., S. 402 f.

lidierung von Aktiengesellschaften und die Emission von Aktien oder Obligationen solcher Gesellschaften"¹⁾. Das Hauptgewicht der Tätigkeit lag deshalb auf dem Emissionsgeschäft in Form von Gründungen, Umwandlungen und Übernahmen in den genannten Wirtschaftszweigen. Das industrielle Kontokorrentgeschäft blieb dagegen von untergeordneter Bedeutung²⁾. Charakteristisches Kennzeichen der Geschäftstätigkeit in der Entstehungsperiode des modernen Bankwesens, die in der Literatur von der Schaffung der ersten Aktienkreditbank bis etwa zur Zeit der Reichsgründung gerechnet wird, bildet das Überwiegen der Effektingeschäfte, insbesondere der Emissionstätigkeit. In engem Zusammenhang mit dem werdenden deutschen Industriestaat steht das Gründungsgeschäft der Kreditbanken. Die Tätigkeit der Banken bei der Gründung neuer Aktiengesellschaften reichte von der Gründungsinitiative bis zur finanziellen Abwicklung des Gründungsvorganges, die insbesondere mit der Unterbringung der neu geschaffenen Effekten verbunden war. Das Gründungsgeschäft wandte sich zunächst dem Eisenbahnbau zu, der erhebliche Kapitalien erforderlich machte, ging dann aber mehr und mehr zum Aufbau von Industrieunternehmungen über. In den Jahren von 1850 bis 1857 läßt sich erstmals eine stärkere Gründungstätigkeit feststellen, die danach durch eine jahrelang anhaltende Depression unterbrochen wird³⁾. Im Anschluß an den deutsch-französischen Krieg kam es, gefördert durch die französischen Reparationszahlungen an das Reich, 1870 bis 1873 zu den berühmten Gründerjahren. In diesem Zeitraum

-
- 1) zitiert nach Bosenick, A., Neudeutsche gemischte Bankwirtschaft, 1.Bd: Die entwicklungsgeschichtliche Analyse der großen Aktienbanken in Berlin, München und Berlin 1912, S. 69
- 2) Vgl. Riesser, J., a.a.O., S. 415 f.; O.V., Die Berliner Handels-Gesellschaft in einem Jahrhundert deutscher Wirtschaft, 1856-1956; Fürstenberg, C., Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers, Wiesbaden (1961)
- 3) Vgl. Wolf, S., Das Gründungsgeschäft im Deutschen Bankgewerbe, Diss. Stuttgart 1915

wurden 875 Aktiengesellschaften mit insgesamt 3,3 Mrd Mark Anlagekapital gegründet¹⁾. Die Gründer-Krise führte 1873 zu großen Verlusten und dem Zusammenbruch zahlreicher Gründungen der vorangegangenen Jahre. Die folgenden Jahre brachten eine Stagnation der Wirtschaftstätigkeit. Erst 1896 setzte eine neue Gründungswelle ein, die bis 1900 dauerte. Verglichen mit den Gründerjahren blieb das Gründungsgeschäft in dieser Zeit jedoch bescheidener, da die 1208 neuen Aktiengesellschaften lediglich ein Anlagekapital von 1,7 Mrd Mark erreichten²⁾. Mit dem Rückgang der Neugründungen erlangte das Umwandlungsgeschäft größere Bedeutung. Die Banken wirkten bei der Umwandlung bereits bestehender privater Unternehmungen in Aktiengesellschaften mit. Einen bedeutenden Umfang der Geschäftstätigkeit der neu gegründeten großen Aktienbanken nahm ferner das Anleihegeschäft ein, das in der Ausgabe und Übernahme von in- und ausländischen Staatsanleihen sowie von Eisenbahn- und Industrieobligationen bestand.

Im Rahmen ihrer Emissionsgeschäfte, die sich auf die erwähnten drei Sparten erstreckten, beabsichtigten die Institute keinesfalls eine dauernde Bindung ihrer Finanzierungsmittel. Da die Plazierung der Effekten in jener Zeit, in der es weder einen entwickelten Kapitalmarkt, noch strenge Publizitätsvorschriften gab, jedoch auf Schwierigkeiten stieß, blieb es nicht aus, daß Aktienbanken ihre eigenen Gründungen nicht unterbringen konnten und erhebliche Beteiligungen im eigenen Bestand halten mußten. Gelang eine Gründung, dann erwies sie sich für die Bank im Regelfall als äußerst lukratives Geschäft, schlug sie indessen aus Mangel an Erfahrungen fehl, war das Gründungs-

1) Vgl. v. Schulze-Gaevernitz, G., a.a.O., S. 37

2) Vgl. v. Schulze-Gaevernitz, G., a.a.O., S. 37

geschäft mit meist nicht unerheblichen Verlusten verbunden. Das Emissionsrisiko und damit das spekulative Moment in der Geschäftstätigkeit war in der Entstehungsperiode der Aktienbanken, die als "Spekulationsbanken"¹⁾, "Effektenbanken"²⁾ und "Emissionsbanken"³⁾ bezeichnet wurden, verhältnismäßig hoch. Ein derartig risikoreiches Aktivgeschäft stellte von unserem heutigen Standpunkt aus grosse Anforderungen an Kapitalkraft und Plazierungsvermögen eines Kreditinstituts. Um derartige Emissionen abwickeln und unfreiwillige dauernde Beteiligungen durchhalten zu können, um ferner durch gleichzeitige Betreuung mehrerer Emissionen eine Risikoteilung zu realisieren, war ein großes Kapital erforderlich. Wir müssen uns deshalb fragen, welche Finanzierungsmittel, insbesondere welche Eigenkapitalien, den Aktienbanken der Anfangsperiode zur Verfügung standen.

Der A. Schaaffhausen'sche Bankverein wurde 1848 mit einem Aktienkapital von 5,2 Mio Taler = 15,6 Mio Mark gegründet, das am Ende des ersten Geschäftsjahres voll eingezahlt war. Bei der Bilanzsumme von 24,2 Mio Mark errechnete sich die Höhe des Eigenkapitals am Jahresende 1848 auf 64,3 % der Bilanzsumme⁴⁾. Die 1856 in der Rechtsform einer KGaA umgewandelte Disconto-Gesellschaft wies ein Aktienkapital von 10 Mio Taler = 30 Mio Mark auf, das sofort voll eingezahlt wurde. Das Eigenkapital am Ende des ersten Geschäftsjahres betrug einschließlich der Reserven 37,1 Mio Mark und erreichte damit bei einer Bilanzsumme von 55,4 Mio Mark 66,9 % der Bilanzsumme⁴⁾. Das Aktienkapital der 1853 gegründeten Bank für Handel und Industrie betrug 25 Mio Gulden = 42,75 Mio Mark. Dieser Betrag wurde jedoch nicht

1) Vgl. Weber, Ad., a.a.O., S. 4

2) Sattler, H., Die Effektenbanken, Leipzig 1890

3) Vgl. v. Schulze-Gaevernitz, G., a.a.O., S. 32

4) Die Zahlen stützen sich auf bilanzstatistische Angaben bei Bosenick und Riesser.

gleich voll eingezahlt. 1859 belief sich das investierte Grundkapital auf 42,6 Mio Mark und entsprach damit bei einer Bilanzsumme von 49,2 Mio Mark einem Eigenkapitalanteil von 86,5 %¹⁾. Bei der 1856 mit einem Grundkapital von 15 Mio Taler = 45 Mio Mark gegründeten Berliner Handels-Gesellschaft wurde nur ein Teil des Aktienkapitals sofort voll eingezahlt. Ende 1866 betrugen das eingezahlte Grundkapital und Reserven 12,5 Mio Mark und beliefen sich damit bei einer Bilanzsumme von 17,2 Mio Mark auf 72,4 % des Bilanzvolumens¹⁾.

Die Zahlenangaben geben einen Einblick in die ursprüngliche Eigenkapitalausstattung der großen Aktienbanken der Gründungszeit von 1848-1856. Die absolute Höhe der Aktienkapitalien war für die damaligen Verhältnisse beachtlich. Bezogen auf die Bilanzsumme betrugen die eigenen Mittel zwischen 60 und 85 %. Das Grundkapital war damit der Hauptposten auf der Passivseite der Bilanzen. Das Bilanzvolumen wurde eindeutig durch das Eigenkapital bestimmt.

Mit wachsender Geschäftsausdehnung verschob sich das Bild der Kapitalausstattung, das sich kurz nach Geschäftsaufnahme geboten hatte. Der relative Anteil des Eigenkapitals der vier Institute ging in der Folgezeit zurück. Diese Entwicklung setzte sich bis etwa zu Beginn der Gründerjahre fort, dann erfolgten kräftige Kapitalerhöhungen, die die Eigenkapitalquote wieder ansteigen ließen. In den Jahren 1874/75 nach Beendigung einer gewaltigen Expansionsphase und der Normalisierung der Bilanzsummen betrug die prozentuale Eigenkapitalausstattung beim A. Schaaffhausenschen Bankverein durchschnittlich 40 %, bei der Disconto-Gesellschaft 45 %, bei der Berliner Handels-Gesellschaft 50 % und bei der Darmstädter Bank 52 % der

1) Die Zahlen stützen sich auf bilanzstatistische Angaben bei Bosenick und Riesser

Bilanzsumme. Wir können feststellen, daß das Eigenkapital der deutschen Kreditbanken am Ende der ersten Gründungsperiode von Kreditaktienbanken durchschnittlich 50 % der Bilanzsumme betrug¹⁾. Darin zeigt sich nach wie vor die große Bedeutung der eigenen Kapitalkraft für den Anfang des modernen Bankwesens. In jener Periode wurden die Finanzierungsmittel für die Geschäftstätigkeit vorwiegend durch die Anteilseigner zur Verfügung gestellt.

Wir wollen nunmehr untersuchen, welche Rolle die Kapitalaufbringung durch Gläubiger, d.h. das Fremdkapital, für die Geschäftstätigkeit der großen Aktienbanken in der Entstehungsperiode des modernen Bankwesens gespielt hat. Dabei werden wir uns auf die Depositen, d.h. das Einlagengeschäft der Aktienbanken, als heute der wichtigsten Quelle von Gläubigerkapital beschränken. Im Geschäftsbericht des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins für 1850 heißt es dazu²⁾:

"Depositen werden nach den dem Verwaltungsrate beratenen Grundsätzen nur auf eine feste Kündigungsfrist von 3, 6 und 12 Monaten angenommen, und nur diesen Grundsätzen neben niedrigem Zinsfuße ist es zuzuschreiben, wenn die Summe derselben gegen früher höchst gering geblieben ist. Wir erachten es im Interesse vollkommener Sicherheit unseres Instituts nicht für zweckmäßig, durch erleichternde Bedingungen auf eine Steigerung der Depositen hinzuwirken, da wir es weit vorziehen, den Betrieb der Geschäfte, soweit als dies bei der Natur des Bankverkehrs möglich ist und mit dem Interesse der Korrespondenten vereinbar, nur mit eigenen Mitteln zu bewirken". (Sperrung vom Verf.)

Riesser³⁾ weist darauf hin, daß diese zurückhaltende, ja fast ablehnde Einstellung zum Depositengeschäft nicht

1) Vgl. Eisfeld, C., a.a.O., S. 105

2) Anlage 2 zum Protokoll der Generalversammlung vom 14. September 1850, zitiert nach Riesser, J., a.a.O., S. 64

3) Vgl. Riesser, J., a.a.O., S. 64

etwa in den besonderen Verhältnissen des Bankvereins begründet lag, sondern vielmehr den Ausdruck einer bewußten Geschäftspolitik darstellte, die auch von den meisten anderen Kreditbanken praktiziert wurde. In Einlagen sah man eine Gefährdung der eigenen Sicherheit, ließ sie deshalb nur als Termineinlagen zu und verminderte ihre systematische Heranziehung durch niedrige Habenzinsen. Der Schaaffhausen'sche Bankverein wies 1850 Depositen von rd. 0,5 Mio Talern bei einem Aktienkapital von 5,2 Mio Talern aus, d.h. das Eigenkapital betrug etwa das Zehnfache der Depositeneinlagen. 1869 hatten die Depositen erst die Höhe von 0,88 Mio Talern erreicht. Nach Lansburgh¹⁾ betrug 1857 bei 14 untersuchten Kreditbanken mit einem Aktienkapital von ca. 205 Mio Mark das Eigenkapital 420 % des Fremdkapitals.

In der Entstehungsperiode des modernen Bankwesens, so können wir abschließend sagen, wurde im Bankeigenkapital die Grundlage der Geschäftstätigkeit erblickt. Die weitestmögliche Finanzierung aller Geschäfte mit Eigenkapital bildete eine geschäftspolitische Maxime. Eigenkapital war der Träger der Aktivgeschäfte, die Basis der vielfältigen Effektingeschäfte und der Kreditgewährung. Als Geschäftskapital stellte es das wichtigste Finanzierungsmittel dar. Da die spekulativen Emissions- und Kreditgeschäfte auf dem Eigenkapital beruhten, wurde in der Regel die Sicherheit von Gläubigern nicht angetastet, sondern ausschließlich die Anteilseigner von Verlusten betroffen. Die Grundsätze einer risikoentsprechenden Finanzierung, wie wir sie heute vertreten, sind demnach in der Anfangsperiode durchaus beachtet worden.

1) Vgl. Lansburgh, A., Das deutsche Bankwesen, Berlin 1909, S. 59

II. Der Funktionswandel des Eigenkapitals als Konsequenz der veränderten Geschäftsstruktur und außerordentlicher gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen

1. Der Zeitraum von 1870 - 1914

Mit der Schaffung des Deutschen Reiches setzte eine lebhafte Tätigkeit auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens ein. In dieser Zeit wurden drei weitere Aktienbanken, unsere heutigen Großbanken, gegründet. 1870 erlangte in Berlin die Deutsche Bank ihre Konzession. Über den Umfang ihrer Geschäftstätigkeit hieß es in ihrer Satzung: "Der Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art, insbesondere Förderung und Erleichterung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland, den übrigen europäischen Ländern und überseeischen Märkten"¹⁾. In Hamburg wurde 1870 die Commerz- und Disconto-Bank gegründet mit der Zielsetzung, Bankgeschäfte aller Art und damit zusammenhängende Geschäfte zu betreiben. 1872 schließlich erfolgte die Gründung der Dresdener Bank in Dresden. In ihrem Gründungsstatut hieß es: "Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb des Bank- und Kommissionsgeschäftes in allen seinen Zweigen; sie kann Unternehmungen in das Leben rufen; auch ist sie berechtigt, Zweigniederlassungen, Agenturen und Kommanditen zu errichten"²⁾. In der satzungsrechtlichen Umschreibung des Geschäftskreises der drei Aktienbanken kommt bereits deutlich deren universaler Charakter zum Ausdruck. Erforderlich ist es wiederum, die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit festzustellen, um die Bedeutung des Eigenkapitals erkennen zu können.

Das Gründungs- und Umwandlungsgeschäft, das den Aktienbanken der ersten Periode sein Gepräge gegeben hatte, trat in

1) § 2 der Satzung von 1870, zitiert nach Bosenick, A., a.a.O., S. 71

2) Bosenick, A., a.a.O., S. 71

Zukunft mehr und mehr zurück. Die Übernahme dauernder Beteiligungen bei industriellen Neugründungen wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine Ausnahme. Die Emissionstätigkeit verlief in weniger spekulativen Bannen und büßte im Vergleich zu anderen Geschäftssparten an Bedeutung ein. Bosenick¹⁾ stellte als Ergebnis seiner erfolgsanalytischen Untersuchungen bei den 9 großen Berliner Aktienbanken fest, daß in dem Zeitraum von 1871 bis 1910 die Kurs-, Effektertrags- und Konsortialgewinne von rd. 25 % des Gesamtbruttogewinns auf etwa 15 % abgesunken sind. Die Zins- und Diskonterträge betrugen dagegen in dem angegebenen Zeitraum fast 50 %, die Provisionsgewinne erreichten gegen Ende der Periode etwa 25 % der gesamten Bruttoeinnahmen. Dazu kommentierte Bosenick²⁾:

"Diese Tatsache zeigt uns, daß das Geschäft der 9 großen Aktienbanken allgemein weniger an der Hereinbringung von Effekten- und Konsortialgewinnen interessiert ist als am Geldumsatz-, dem sogenannten Kontokorrentgeschäft. Daneben ist jedoch darauf hinzuweisen, daß die einzelnen Banken natürlich in verschiedenem Maße dieser allgemeinen Tendenz folgen und daß auf einige von ihnen der Ausdruck Effekten- oder Spekulationsbanken eher angewendet werden konnte als auf die andere".

Diese Ausführungen zeigen, daß das Kreditgeschäft, insbesondere in seinen mehr kurz- und mittelfristigen Formen als Betriebsmittelkredit, zum wichtigsten Aktivgeschäft der Institute geworden ist. Um die Wende des 19. Jahrhunderts läßt sich somit bereits die Entwicklung des Bankwesens von der Effekten- und Spekulationsbank zur Kredit- und - wie noch

1) Vgl. Bosenick, A., a.a.O., S. 188 f. und 217

2) Vgl. Bosenick, A., a.a.O., S. 189

zu zeigen sein wird - Depositenbank erkennen¹⁾. Dieser Wandel der Geschäftsstruktur wurde maßgeblich für unser gesamtes heutiges Bankensystem, denn er schuf den Typ der Universalbank. Die universelle bankbetriebliche Betätigung mit dem Schwergewicht auf dem Kredit- und Einlagengeschäft, die sich um die Jahrhundertwende bei den Berliner Aktienbanken ausprägte, wurde später mit der wachsenden Bedeutung von Sparkassen- und Genossenschaftsinstituten deren Vorbild, das sie erfolgreich in ihren eigenen Organisationen zu realisieren verstanden. Mit den kapitalmäßigen Konsequenzen dieser veränderten Geschäftsstruktur haben wir uns nunmehr zu befassen.

Wir gehen wiederum von der ursprünglichen Eigenkapitalausstattung der neu gegründeten Aktienbanken aus. Die Deutsche Bank wies am Jahresende 1871 ein eingezahltes Aktienkapital von 5 Mio Talern = 15 Mio Mark auf, das bei einer Bilanzsumme von 35,6 Mio Mark einen Anteil von 4 2 , 1 % des Bilanzvolumens ausmachte²⁾. Von dem Gründungskapital der Commerz- und Disconto-Bank in Höhe von 30 Mio Mark waren Ende 1871 9 Mio Mark eingezahlt, die 4 1 % der Bilanzsumme in Höhe von 21,9 Mio Mark betrugen²⁾. 1873 waren bei der Dresdner Bank 40 % des Gründungskapitals von 8 Mio Talern = 24 Mio Mark eingezahlt. Das Eigenkapital in Höhe von 9,6 Mio Mark erreichte einen Anteil von 6 1, 3 % an der Bilanzsumme von 15,7 Mio Mark²⁾.

Im Vergleich zu den effektiv vorhandenen Gründungskapitalien der großen Aktienbanken in der Periode von 1848-1856 zeigte sich bei Aktienbanken der Periode 1870-1872 eine sowohl absolut als auch relativ geringere Eigenkapital-

1) Vgl. Riesser, J., a.a.O., S. 162 ff.; v.Schulze-Gaevernitz, G., a.a.O., S. 23 ff.; Eisfeld, C., a.a.O., S.120

2) Die Zahlenangaben wurden dem statistischen Anhang bei Bosenick entnommen

ausstattung. Im Verlaufe ihrer weiteren Geschäftstätigkeit verwischten sich die Unterschiede zwischen den beiden Aktienbankengruppen hinsichtlich der relativen Eigenkapitalhöhe weitgehend. Eine Ausnahme machte nur die Deutsche Bank. Die Eigenkapitalquoten für das Jahr 1875, das bereits als Vergleichsjahr für die Banken der ersten Gründungsperiode gewählt wurde, lauteten für die Deutsche Bank 35 %, für die Commerz- und Discontobank 61 % und für die Dresdner Bank 51 %. Aufschluß über den weiteren Verlauf der relativen Eigenkapitalentwicklung der großen Aktienbanken und aller Kreditaktienbanken bis zum ersten Weltkrieg gibt eine Zahlenübersicht bei Eisfeld¹⁾:

Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme

	1872	1890	1900	1905	1910	1913
Großbanken	45	39	33	25	20	20
Kreditbanken (einschl. Großbanken)	50	40	34	27	23	23

Diese Zahlenangaben führen eindringlich vor Augen, daß das Bilanzvolumen der Aktienbanken immer weniger von der Höhe des Eigenkapitals bestimmt wurde, wie dies im Zeitraum von 1848 bis 1870 der Fall war. Sie lassen einen tiefgreifenden Funktionswandel des Eigenkapitals vermuten, der im Zusammenhang mit den von uns aufgezeigten Änderungen der Geschäftsstruktur gesehen werden muß. Um dieses Problem erörtern zu können, ist zunächst auf die Einstellung der in der Periode 1870 - 1872 gegründeten Aktienbanken zum Passivgeschäft einzugehen.

1) Eisfeld, C., a.a.O.; S. 105

Obwohl Adolph Wagner¹⁾ bereits 1857 zum Ausdruck gebracht hatte, daß die volkswirtschaftliche Bedeutung einer Bank nicht auf der Notenausgabe, sondern auf ihrer Fähigkeit, Depositengelder an sich zu ziehen, beruht, bedurfte es einer Reihe von Voraussetzungen, ehe sich das Depositen-geschäft der Aktienbanken in nennenswertem Umfang entwickeln konnte²⁾. Dazu gehörten zunächst eine einheitliche Gesetzgebung in den deutschen Staaten sowie ein steigendes Volkseinkommen, da erst ab einer bestimmten Höhe des Volkseinkommens freigesetzte Finanzierungsmittel in der Wirtschaft vorhanden sind, die Anlagemöglichkeiten suchen. Ferner mußte sich das Vertrauen des Publikums zu den Aktienbanken soweit gefestigt haben, daß dieses bereit war, den Banken ihre Gelder zu überlassen. Wir würden heute sagen, daß eine Änderung der Zahlungssitten erforderlich war. An die Stelle einer zu umfangreichen Kassenhaltung hatte der bargeldlose Zahlungsverkehr zu treten. Schließlich mußten die Aktienbanken selbst ihre Auffassung revidieren, daß die Heranziehung von Depositen aus Sicherheitsgründen unzweckmäßig sei, sich vielmehr zu einer stärkeren Entwicklung des kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäfts entschließen, um eine nach den Grundsätzen der Liquidität und Sicherheit vertretbare Anlagemöglichkeit für die neuen Finanzierungsmittel zu schaffen. Der wirtschaftliche Aufschwung nach der Reichsgründung schuf weitgehend die objektiven Bedingungen für die Aufnahme eines umfangreichen Depositengeschäfts und zugleich auch die Notwendigkeit, fremde Mittel zur Deckung des immensen Kreditbedarfs heranzuziehen. Die prinzipielle Zurückhaltung

1) Vgl. Wagner, A., Beiträge zur Lehre von den Banken, Leipzig 1857, S. 49; Wagner beginnt sein Kapitel über das Depositengeschäft: "Mit diesem Geschäftszweige ist zu beginnen, weil er häufig den Banken den größten Theil ihrer verfügbaren Mittel zubringt, überhaupt die eigentliche Seele der Handelsbanken ist, und mit Recht eine grössere Bedeutung in Anspruch nimmt, als das eigene Capital der Banken, besonders aber seiner ausserordentlichen volkswirtschaftlichen Wichtigkeit halber, welche ihm seine Stelle vor dem Zettelgeschäft einräumt".

2) Vgl. Weber, Ad., a.a.O., 4. Aufl. 1938, S. 118; Riesser, J. a.a.O., S. 167 f.

der Aktienbanken gegenüber dem Depositengeschäft durchbrach als erste die Deutsche Bank. Sie erkannte die Bedeutung der Einlagensammlung für den Umfang der Kreditgewährung einer Bank und nahm die systematische Pflege dieser Geschäftssparte auf. Zu diesem Zweck wurde 1871 von ihr die erste Depositenkasse in Berlin errichtet. Am Schluß ihres ersten Geschäftsjahres, Ende 1870, betrugen die Depositen der Deutschen Bank 1,5 Mio Mark¹⁾. Bis 1876 konnten sie auf 13,5 Mio Mark gesteigert werden. Im Geschäftsbericht der Deutschen Bank für dieses Jahr hieß es²⁾:

"Wie langsam die Entwicklung des Depositenverkehrs auch vor sich geht, so bleiben wir doch von der Überzeugung durchdrungen, daß in Anbetracht der großen damit verbundenen Bequemlichkeiten namentlich für unseren kleinen Handelsstand dieser Geschäftszweig noch eine bedeutende Zukunft hat".

1894 waren die Depositen bereits auf 74,8 Mio Mark, d.h. die Höhe des damaligen Aktienkapitals angewachsen und 1910 überstiegen sie das vorhandene Grundkapital um 275 %. Erst in den Jahren 1895 und 1896 folgten die Dresdner Bank und die Disconto-Gesellschaft dem bahnbrechenden Beispiel der Deutschen Bank, eröffneten eigene Depositenkassen und betrieben die systematische Pflege dieses Passivgeschäfts. Um 1900 war das Depositengeschäft zu einem festen Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Aktienbanken geworden. Ende 1900 betrugen die Depositen bei den 118 größeren Kreditaktienbanken rd. 1 Milliarde Mark. Das Depositenvolumen der 165 deutschen Kreditbanken mit einem Kapital von mindestens 1 Milliarde Mark weitete sich bis Ende 1910 auf etwa 3 1/4 Mrd Mark aus³⁾.

1) Vgl. Bosenick, A., a.a.O., S. 288

2) Zitiert nach Obst, G., Das Bankgeschäft, Bd. II: Bankpolitik, 7. Aufl. Stuttgart 1923, S. 303

3) Vgl. Riesser, J., a.a.O., S. 172

Die von uns dargestellte Entwicklung der Aktienbanken zu Kredit- und Depositenbanken wurde von zwei Faktoren geprägt, die in einem engen Zusammenhang miteinander stehen, der Konzentration und Expansion des Bankwesens. Soweit diese Vorgänge für den Funktionswandel des Eigenkapitals bedeutungsvoll geworden sind, soll ihnen in diesem Zusammenhang nachgegangen werden¹⁾.

Die K o n z e n t r a t i o n der Aktienbanken vollzog sich sowohl in räumlicher als auch in kapitalmäßiger Hinsicht. Nachdem Berlin politischer Mittelpunkt des Deutschen Reiches geworden war, setzte ein Zug der größten Provinzbanken ein, Sitz und geschäftlichen Schwerpunkt dorthin zu verlegen. Diese Entwicklung betraf insbesondere die Darmstädter Bank, den A. Schaaffhausen'schen Bankverein, die Dresdner Bank sowie die Commerz- und Disconto-Bank. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war diese lokale Konzentration abgeschlossen. Ein Vorgang dagegen, der um 1880 verstärkt einsetzte und sich zunächst bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs erstreckte, war die Kapitalkonzentration. Sie führte dazu, daß sich der relative Anteil der großen Institute am Bilanzvolumen aller Aktienbanken zu Lasten der relativen Anteile der mittleren und kleineren Bankbetriebswirtschaften verschob. Aus den Konzentrationsprozeß gingen 8 Berliner Großbanken hervor, die 1913 eine führende Stellung gegenüber den Provinzbanken errungen hatten. Sie verwalteten Ende 1913 83,3 % des Gesamtkapitals der Kreditbanken²⁾. Als wichtigste Formen dieser Konzentrationsbewegung können die Übernahme der gesamten Aktienbanken, die Fusion von kleineren Aktienbanken untereinander, der Aktienerwerb und Aktientausch sowie die Gründung von Tochtergesellschaften der Großbanken zur Schaffung dauernder Interessengemeinschaften mit Provinzbanken genannt werden. Voraussetzung aller dieser Transaktionen waren fortgesetzte Kapitalerhöhungen bei den Berliner Groß-

1) Zur Konzentration im Bankwesen vgl. Riesser, J., a.a.O., S. 489 ff.; Weber, Ad., a.a.O., S. 89-143; v. Schulze-Gaevernitz, G., a.a.O., S. 135-150

2) Vgl. Weber, Ad., a.a.O., S. 108

banken. Die rasche und starke Vermehrung der absoluten Höhe des Aktienkapitals bei 7 Berliner Großbanken zeigt die folgende Tabelle¹⁾:

Kreditinstitut	Gründ. Jahr	Aktienkapital urspr.	in Mio 1875	Mark 1900	1910
Schaaffhausen'scher Bankverein	1848	15,6	48,0	100,0	145,0
Darmstädter Bank	1853	17,1	60,0	105,0	160,0
Disconto-Gesell.	1856	30,0	60,3	130,0	170,0
Berliner Handels-Gesellschaft	1856	11,2	31,5	90,0	110,0
Deutsche Bank	1870	15,0	45,0	150,0	200,0
Commerz- und Disconto-Bank	1870	9,0	20,9	50,0	85,0
Dresdner Bank	1872	9,6	9,6	130,0	200,0
Insgesamt			275,3	755,0	1.070,0

Interessanterweise haben die Berliner Aktienbanken die Rücklagen im Verhältnis zum Grundkapital in dem betrachteten Zeitraum noch stärker dotiert, so daß das gesetzliche Minimum von 10 % weit überschritten wurde:

Kreditinstitut	Rücklagen 1875	in Mio 1900	Mark 1910
Schaaffhausen'scher Bankverein	0,2	20,0	34,2
Darmstädter Bank	11,4	22,3	32,0
Disconto-Gesellschaft	12,7	37,1	60,1
Berliner Handels-Gesell.	31,5	24,8	34,5
Deutsche Bank	3,4	48,0	105,7
Commerz- und Disconto-bank	0,1	6,0	13,0
Dresdner Bank	0,2	34,0	60,0
Insgesamt	59,5	193,2	339,5

1) Errechnet nach Zahlenangaben bei Bosenick

Die kräftige Stärkung der Eigenkapitalbasis bei den großen Berliner Aktienbanken bildete die Voraussetzung auch für deren E x p a n s i o n. Bedeutete die Konzentrationsbewegung eine Verschiebung innerhalb der Größenklassen des bestehenden Bankwesens, so bezweckte die Expansion eine Ausdehnung der Geschäftstätigkeit auf neue Kundenkreise über das vorhandene Geschäftsvolumen hinaus. Die Inlandsexpansion der Berliner Großbanken vollzog sich über die Errichtung von Depositenkassen in den großen Städten und den Aufbau eines möglichst engmaschigen Filialnetzes im gesamten Reichsgebiet gleichzeitig mit den Konzentrationsvorgängen. Die Dezentralisation der Geschäftstätigkeit, die in der Schaffung von Depositenkassen und Filialen zum Ausdruck kommt, war mit hohen Eigenkapitalinvestitionen verbunden, die laufend Kapitalerhöhungen erforderlich machten. Die beispiellose Vermehrung der Aktienkapitalien in der Zeit von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges ging, wie die folgende Tabelle zeigt, mit einem Absinken des Aktienkapitalanteils an der Bilanzsumme Hand in Hand. Relativ stärker noch als Aktienkapital und Rücklagen hatten sich in diesem Zeitraum die kurzfristigen Verbindlichkeiten entwickelt. Konzentration und Expansion hatten große Filialinstitute geschaffen, die einen besseren Risikoausgleich und damit eine stetigere und solidere Geschäftspolitik ermöglichten und denen das Vertrauen des Publikums entgegengebracht wurde. Diese stützte sich in Zukunft nicht mehr auf die Person des Bankiers, sondern auf das Kapital der einzelnen Bank. Das Vertrauen des Publikums zu den Großbanken wirkte sich auf die Einlagensammlung dieser Institute aus. Filialen und Depositenkassen ermöglichten eine größere Kundennähe und damit die bessere Abstimmung von Kreditgewährung und Kreditbedarf, sie erleichterten vor allen Dingen den bankmäßigen Zahlungsverkehr und verringerten den Bargeldumlauf. Die konsequente Pflege des Einlagengeschäfts, d.h. die Sammlung von Sicht- und Termineinlagen (Depositen und Kreditoren) führte den Kreditinstituten Finanzierungsmittel zu, die ein Vielfaches der selbst aufgebrachten Mittel betrugten.

Entwicklung des eingezahlten Aktienkapitals im 5-Jahresdurchschnitt

(1 = prozentuale Steigerung gegen das Anfangsjahr
2 = prozentualer Anteil an der Bilanzsumme)

Kreditinstitut	1871-75	1876-1880	1881-1885	1886-1890	1891-1895	1896-1900	1901-1905	1906-1910								
	1	2	1	2	1	2	1	2								
A.Schaffhausen'scher Bankverein	100	36,2	86,1	41,1	80,6	41,1	80,6	39,8	112,9	35,6	183,7	32,1	246,5	28,3	319,8	23,3
Darmstädter Bank	100	41,7	111,3	50,0	111,3	39,4	126,1	37,5	148,4	43,7	176,2	42,6	250,5	33,8	287,9	22,0
Disconto-Gesellschaft	100	30,0	106,5	42,6	106,3	28,8	116,7	26,9	146,8	28,0	219,3	29,7	272,4	24,2	300,8	17,7
Berliner Handels-Gesellschaft	100	44,1	112,1	61,5	74,1	31,7	141,4	37,6	218,6	38,1	282,8	34,9	323,2	30,3	356,9	22,9
Deutsche Bank	100	33,1	125,3	27,6	165,8	23,2	192,7	18,2	216,6	17,2	389,5	18,4	460,3	13,2	555,5	10,5
Commerz- und Disconto-Bank	100	55,1	101,3	52,2	169,1	53,1	172,8	45,0	172,8	39,8	243,5	31,6	328,4	26,1	489,8	21,6
Dresdner Bank	100	53,5	116,9	43,6	313,9	34,6	517,2	28,2	739,5	28,8	1158,2	22,6	1479,6	20,0	1916,6	16,2

Quelle: Bosenick, A., a.a.O., S. 296-299

Gesamtkapital der Berliner Großbanken 1913

(in Mio Mark)

Kreditinstitut	Eigenkapital		Fremdkapital
	Grundkapital	Rücklagen	
A.Schaaffhausen'scher Bankverein	145,0	24,9	344,2
Darmstädter Bank	160,0	32,0	607,7
Disconto-Gesellschaft	200,0	81,3	674,0
Deutsche Bank	200,0	112,5	1.580,0
Commerz- und Disconto-Bank	85,0	14,0	316,0
Dresdner Bank	200,0	61,0	958,4

Quelle: v. Schulze-Gaevernitz, G., a.a.O., S. 52
Nicht aufgenommen wurde die Berliner Handels-Gesellschaft, die als filialloses, zentralisiertes Institut eine Sonderstellung in den Konzentrations- und Expansionsbestrebungen der Großbanken einnahm.

Aus dem Zahlenmaterial der vorangehenden Seiten lassen sich eine Reihe genereller Schlüsse ziehen.

Die wachsende Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute, die sich in den gestiegenen Bilanzsummen niederschlug, machte eine laufende Erhöhung des Finanzierungsmittelaufkommens erforderlich. Die Aufbringung von Eigenkapital ist neben der eigenen Ertragskraft der Aktienbanken an die Bereitschaft und die Fähigkeit von Kapitalgebern gebunden, sich an Chancen und Risiken eines Instituts zu beteiligen. Der Aktienausgabe ist durch die Aufnahmebereitschaft des Publikums eine Grenze gesetzt. In der Entwicklung des modernen Bankwesens war mit fortschreitendem Industrialisierungsprozeß sehr rasch der Punkt erreicht, an dem die Geschäftstätigkeit mit eigenem Kapital nicht mehr zu bewältigen war. Einem steigenden Kreditbedarf der Volkswirtschaft stand ein zu knappes eigenes Mittelaufkommen der Banken gegenüber. Diese liefen Gefahr, ihre wichtigste Funktion, nämlich die Wirtschaft mit Geld und Kredit zu versorgen, nicht mehr in ausreichender Weise wahrnehmen zu können. Die Kapitalbildung, die aus der Kraft des Instituts selbst und der Anteilseigner erfolgte, bedurfte der Erweiterung durch eine Kapitalbildung breiter Einleerschichten, die bereit waren, Finanzierungsmittel gegen Verzinsung zeitlich befristet den Banken zu überlassen, für die sie selbst im Augenblick weder eine konsumtive noch investive Verwendung planten. Für die universellen Kreditinstitute stellt sich in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Notwendigkeit, für ihre gewaltigen Finanzierungsaufgaben Einlagen heranzuziehen. Dazu bedurfte es einer geschäftspolitischen Neuorientierung. Die Aktienbanken mußten das Prinzip aufgeben, alle Geschäfte vornehmlich mit Eigenkapital finanzieren zu wollen. Vielmehr traten neben das Eigenkapital als Finanzierungsmittel die Einlagen. Das Geschäftsvolumen löste sich nicht vollständig vom Eigenkapital, wie dies teilweise behauptet wird, sondern die Basis der Geschäftstätigkeit verbreiterte sich. Damit erwuchsen den Banken neue Probleme.

Das Gesamtkapital war nunmehr hinsichtlich der Verfügungsdauer nicht mehr homogen. Neben dem zeitlich unbefristeten Aktienkapital und den Rücklagen waren jetzt in großem Umfange kurzfristig fällige Finanzierungsmittel vorhanden. Dem Vordringen der Einlagen innerhalb des Gesamtkapitals war ein spezifisches Problem des Bankbetriebs immanent, die kreditwirtschaftliche Liquiditätsvorsorge. Sie führte zu dem Grundsatz, daß die Beschaffenheit der Aktivgeschäfte maßgebend von den Passivgeschäften bestimmt wird¹⁾.

Der prozentuale Anteil des Eigenkapitals
am Gesamtkapital bei 7 Berliner Großbanken²⁾

Kreditinstitut	Jahresdurchschnitt	
	1871/1875	1906/1910
A.Schaaffhausen'scher Bankverein	43,3	25,8
Darmstädter Bank	45,9	22,6
Disconto-Gesellschaft	31,4	19,0
Berliner-Handels-Gesell.	43,9	23,3
Deutsche Bank	33,5	10,5
Commerz- und Disconto-Bank	56,0	22,1
Dresdner Bank	50,8	16,2

- 1) Eine erste Formulierung des Zusammenhangs, der in der Literatur als "Goldene Bankregel" bezeichnet wird, findet sich bei Hübner, O., Die Banken, Leipzig 1854, S. 28 f., der zugleich den Unterschied zwischen Fremd- und Eigenkapital hervorhebt:
"Der Credit, welchen eine Bank geben kann, ohne Gefahr zu laufen, ihre Verbindlichkeiten nicht erfüllen zu können, muß nicht nur im Betrage, sondern auch in der Qualität dem Credite entsprechen, welchen sie genießt. Das Actienkapital, welches in ihr angelegt ist, mag als Eigenthum der Unternehmer nach Belieben verwendet werden, es ist ein unbedingter Credit, höchstens die Beschränkung tritt ein, daß er als Unterlage des Bankcredits auch stets bereit gehalten sein muß, denselben aufrecht zu halten und Verluste gut zu machen, welche sich bei dem Ein- und Verkauf von Credit ergeben mögen".
- 2) Bosenick, A., a.a.O., S. 157-158; Gesamtkapital = Eigenkapital + Fremdkapital (Kreditoren, Depositen, Akzepte)

Mit der Änderung der Bilanzrelationen im Hinblick auf die Zusammensetzung des Gesamtkapitals wandelte sich die wichtigste Funktion des Eigenkapitals der Kreditbanken. Träger des vordringenden kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäfts (Umsatzkredit) war nicht mehr das Eigenkapital, sondern die Einlagen. Die langfristige Kreditgewährung (Investitionskredite), der Erwerb von Beteiligungen sowie die Beschaffung der Sacheinrichtungen, die eine Immobiliensierung der Finanzierungsmittel bedingen, beruhte dagegen noch weitgehend auf dem Eigenkapital. Insgesamt gesehen hatte also das Eigenkapital als Finanzierungsmittel seine Bedeutung für die wichtigste Sparte, das Kreditgeschäft, nahezu völlig eingebüßt. Die fremden Gelder wurden die eigentlichen Betriebsmittel des laufenden Geschäfts, die immer mehr das Bilanzvolumen bestimmten¹⁾. Dem zahlenmäßig hohen Aktienkapital fiel die Aufgabe zu, in der Öffentlichkeit das notwendige Vertrauen für die neuen anonymen Kreditbanken zu schaffen. An Stelle der persönlichen Kontakte bildeten die Aktienkapitalien die Grundlage für die Beschaffung der Fremdmittel und garantierten den Gläubigern den Bestand ihrer Einlagen. Aus dem Geschäftskapital war in erster Linie ein Garantiekapital geworden. Das hieß nicht, daß das Eigenkapital in Zukunft als ein Fonds mit besonderen Anlagevorschriften außerhalb der eigentlichen Geschäftstätigkeit stand, vielmehr blieben die eigenen Mittel im Aktivgeschäft investiert und damit an der Ertragszielung beteiligt, jedoch in erster Linie mit der Aufgabe, etwaige Verluste auszugleichen. Diesen Bedeutungswandel hatte bereits 1873 Adolph Wagner klar erkannt. Er schrieb damals²⁾:

1) Ottel, F., a.a.O., S. 152 ist deshalb zu widersprechen, wenn er 1937 schreibt:
"Wichtiger ist die Verwendung des Eigenkapitals zur Kreditgewährung, somit unmittelbar im Dienste der Geldbeschaffung und Geldbeschaffung".

2) Wagner, Ad., System der Zettelbankpolitik, S. 424-425

"Die geschichtliche Entwicklung und die heutige Natur unserer modernen Banken, zumal der Zettel- und Depositenbanken, geben dem Stammkapital allerdings vorwiegend die Bedeutung eines *G a r a n t i e f o n d s* zur Sicherung der steeten Solvenz und bei eingetretener Insolvenz zur Sicherung der Forderungen der diversen Bankgläubiger. Freilich ist das heutige Bankgeschäft auf einen doppelten Ursprung, auf zwei Wurzeln zurückzuführen. Die Activ- und die Passivgeschäfte haben sich nämlich theilweise anfänglich apart entwickelt und erst aus ihrer organischen Vereinigung sind unsere jetzigen Banken entstanden. Von den Activgeschäften ist namentlich das älteste, das Lombardgeschäft, zuerst wohl immer ausschließlich mit dem *e i g e n e n* Kapital des Bankiers betrieben worden, welches also hier recht eigentlich *G e s c h ä f t s f o n d s* war. Aber diese Bedeutung des Kapitals traf absolut und relativ immer weiter zurück mit der Entwicklung der Passivgeschäfte, der Depositen und Noten, welche der Bank das zum Geschäftsbetrieb, zur Lombardirung und Discontirung, erforderliche Geschäftskapital immer reichlicher zuführten. Selbst im gewöhnlichen Privatbanquiergeschäft, besonders wenn sich dasselbe - freilich selten - auf die genannten beiden Activgeschäfte beschränkt, zeigt sich dies, vollends aber bei denjenigen öffentlichen Anstalten, meistens Gesellschaften, welche man gegenwärtig "Banken" nennt. Diese Banken sind jetzt wesentlich *C r e d i t v e r m i t t l e r*, sie *n e h m e n C r e d i t* auf, mit der Absicht, ihn *w e i t e r z u b e g e b e n*. Darin, in dieser *V e r b i n d u n g*, welche sie zwischen den Passiv- und Activgeschäften bewerkstelligen, *n i c h t* einseitig in der Darlehngewährung liegt ihre Wesen, ihre volkswirtschaftliche Funktion. Diese allgemeine Entwicklung des Bankwesens läßt sich auch in der *g e o g r a p h i s c h e n* Gruppierung von Banken verfolgen, wenn Länder unausgebildeten, wie die des Continents, mit Ländern höher ausgebildeten Bankwesens, wie England vergli-

chen werden: dort relativ noch weit größere Bedeutung des eigenen Kapitals wie hier. Dieselbe Beobachtung liefert die Entwicklungsgeschichte der einzelnen Bankanstalten: jüngere mit relativ größerem eigenem, weil mit kleinem fremden Kapital und ältere mit umgekehrten Verhältnis".

2. Der Zeitraum von 1914 - 1934

Die Geschäftspolitik der Kreditinstitute in der zwanzigjährigen Zeitspanne vom Ausbruch des ersten Weltkrieges bis zur Schaffung des Kreditwesengesetzes wurde maßgeblich von Entwicklungen bestimmt, die ihre Ursachen außerhalb des Dispositionsbereichs der Bankleitungen hatten, nämlich von gesamtwirtschaftlichen Störungen des Wirtschaftsablaufes. Die wichtigsten Faktoren waren die im ersten Weltkrieg einsetzende Inflation, die bis zur Stabilisierung der Währung im Jahre 1923 einen kumulativen Geldentwertungsprozeß hervorrief, sowie die große Depression, die 1931 als weltweite Wirtschaftskrise durch autonome Maßnahmen der einzelnen Länder bekämpft wurde. Als wichtigste Konsequenz dieser Krise für das Bankwesen ist die Errichtung einer staatlichen Bankenaufsicht und deren gesetzliche Fundierung im Kreditwesengesetz von 1934 anzusehen. Auf die Bildung und Auflösung des Bankeigenkapitals wirkten sich die beiden extremen Prozesse, Übersteigerung der Expansion und Verschärfung der Kontraktion, erheblich aus. Die Konzentrationsbewegung, die während des Weltkrieges zunächst zum Stillstand gekommen war, setzte sich in der Inflationszeit fort und wirkte sich insbesondere 1929 und 1931 aus. K r i e g und I n f l a t i o n führten zu großen Kapitalverlusten und machten aus Deutschland, das vor 1914 ein Gläubigerland gewesen war, ein Schuldnerland. Die Banken hatten im Rahmen der Kriegsfinanzierung im starken Maße Schatzwechsel des Reichs und der Länder übernommen. Diese öffentlichen Kredite sowie die Kreditge-

währung am Wirtschaftsunternehmen und Private wurde durch die fortschreitende Inflation völlig entwertet. Da den forderungsintensiven Kreditinstituten nur geringe Möglichkeiten verbleiben, sich bei Geldwertverschlechterung stärker in Sachwerten zu engagieren, wurde die Substanz der Banken durch den kumulativen Inflationsprozeß besonders hart betroffen. Das volle Ausmaß der Eigenkapitalschrumpfung wurde erst in der Goldmark-Eröffnungsbilanz von 1924 sichtbar. Ein Vergleich der Eigenkapitalausstattung des letzten Vorkriegsjahres und des ersten Geschäftsjahres nach der Währungsstabilisierung zeigt für die Kreditbanken folgendes Bild¹⁾:

Stand Ende	Anzahl d. erf. Banken	Eigenkapital (Mio M bzw. RM Aktienkap. off. Rl. Bilanz-EK	Fremdkapital
1913	311	3 0 98	793
1925	313	856	259
			3 891
			12 035
			6 922

Im Unterschied zu den Perioden von 1848 bis 1914, in denen wir ein starkes Anwachsen des bilanzmäßig ausgewiesenen Eigenkapitals feststellen konnten, hatte das Eigenkapital nunmehr absolut gesehen erheblich abgenommen. Der Verlust des Bilanz Eigenkapitals durch Krieg und Inflation betrug bei den Kreditbanken 2,8 Mrd Mark, d.h. rd. 70 % des Ende 1913 vorhandenen Eigenkapitals von 3,9 Mrd Mark. Dabei hatte das Aktienkapital stärker abgenommen als die Rücklagen. Gesunken war gleichfalls das Fremdkapital, das 1925 58 % des entsprechenden Vorkriegswertes betrug, damit aber das Ausmaß der Eigenkapitalreduktion nicht erreichte. Die Aktienkapitalien wurden in der Goldmark-Eröffnungsbilanz mit Rücksicht auf die unsicheren Ertragsaussichten recht vorsichtig dotiert.

1) Die Zahlenangaben sind der Tabelle 1 bei v. Bissing, W.M., a.a.O., S. 86-87 entnommen. Erfasst sind die Berliner Großbanken sowie die Provinzbanken mit und ohne Filialnetz

Das Umstellungsverhältnis der vier D-Banken gab das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, G. Solmssen, wie folgt an¹⁾:

Dresdner Bank	12 1/2	:	1
Deutsche Bank	10	:	1
Darmstädter und Nationalbank	10	:	1
Disconto-Gesellschaft	6 1/2	:	1

Das Vorkriegs-Aktienkapital dieser Banken hatte 1000 Mio Goldmark betragen; das Inflationskapital erreichte 4100 Mio Papiermark, aus dem nach der Goldmarkumstellung 388 Mio Reichsmark geworden waren¹⁾.

Wirft man einen Blick auf die prozentuale Entwicklung des Eigenkapitals im Vergleich zur Bilanzsumme, so zeigt sich, daß die bereits vor der Jahrhundertwende deutlich gewordene Tendenz einer rückläufigen Eigenkapitalquote fortgesetzt wurde, allerdings mit unterschiedlichem Gewicht bei den Berliner Großbanken und den Provinzbanken²⁾.

Kreditbankengruppe	Ende 1913		Ende 1925	
	Zahl der Banken	Eigenkap. in vH. der Bils.	Zahl der Banken	Eigenkap. in vH. der Bils.
Berliner Großbanken mit Filialnetz	7	18,7	7	11,8
Berliner Großbanken ohne Filialnetz	2	25,6	2	9,5
Provinzbanken mit Filialnetz	110	22,8	70	17,0
Provinzbanken ohne Filialnetz	198	27,9	236	25,6

1) Vgl. Solmssen, G., Entwicklungstendenzen und weltwirtschaftliche Aufgabe der deutschen Großbanken, Berlin und Leipzig 1930, S. 14

2) Vgl. Untersuchung des Bankwesens 1933, II. Teil Statistiken, Berlin 1934, S. 50 f.

Der Eigenkapitalanteil, der 1913 bei den Kreditbanken noch fast ein Drittel des Fremdkapitals betragen hatte, war 1925 auf 16,1 % gesunken, hatte sich also beinahe halbiert¹⁾. Die Diskrepanz zwischen Eigen- und Fremdkapital hatte sich beträchtlich vergrößert, gleichzeitig waren damit die Anforderungen an Liquidität und Sicherheit der Anlagen gestiegen.

Zu einem weiteren außerordentlichen Kapitalschnitt kam es im Verlauf der **W e l t w i r t s c h a f t s k r i s e** von 1931. Im Anschluß an die Währungsstabilisierung von 1923 hatten die Aktienbanken infolge mangelnder Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes nur bescheidene Kapitalerhöhungen durchführen können, sich aber bemüht, ihre Rücklagen beträchtlich zu steigern. Diese erreichten 1913 etwa 20 %, 1930 dagegen 32 % des Eigenkapitals²⁾. Ende 1930 betrugen die eigenen Mittel bei den Kreditbanken mit 1,3 Mrd RM wiederum ein Drittel des vor Ausbruch des ersten Weltkrieges ausgewiesenen Bilanz Eigenkapitals von 3,9 Mrd Mark. Die Auswirkungen der Bankenkrise vom Sommer 1931 zeigt die folgende Tabelle³⁾:

Stand Ende	Anzahl der erf. Banken	Eigenkapital (Mio RM)			Fremdkapital (Mio RM)
		Aktien- kapital	offene Bilanz Rl.	EK insg.	
1930	190	906	432	1.338	14.404
1931	172	762	166	928	10.394
1932	159	662	151	813	9.521 *

1) Vgl. v. Bissing, W., a.a.O.; S. 87

2) Vgl. ebenda, S. 59

3) Die Zahlenangaben sind der Tabelle 1 bei v. Bissing, W., a.a.O., S. 86-87 entnommen. Erfasst sind die Berliner Großbanken sowie die Provinzialbanken (mit und ohne Filialnetz)

Der Eigenkapitalverlust der Krise betrug bis zum Jahresende 1932 525 Mio RM, d.h. rd. 40 % des Ende 1930 vorhandenen Eigenkapitals. Bezogen auf das letzte Vorkriegsjahr reduzierten sich die eigenen Mittel 1932 mit 813 Mio RM auf 21 % des damaligen Bilanzeigenkapitals. Die Zahlen zeigen deutlich, daß die Krise von 1931 - im Gegensatz zu Krieg und Inflation - in stärkerem Maße die Rücklagen als die Aktienkapitalien angegriffen hat. Besonders gravierend waren die Verluste bei den Berliner Filialgroßbanken¹⁾. Ihr Bilanzeigenkapital hatte sich von 1913 bis 1925 um 722 Mio Mark auf 52 % des Bestandes von 1913 reduziert. Ihre Kapitalneubildung nach der Stabilisierung bis zur Krise betrug 4 % des Eigenkapitals der Vorkriegszeit. Die Krise von 1931 ließ das Eigenkapital bis Ende 1932 um 336 Mio RM schrumpfen, d.h. um 43 % des Ende 1930 vorhandenen Eigenkapitals. Dabei blieb jedoch die Kapitalhilfe des Reichs und der Golddiskontbank unberücksichtigt, die überwiegend den Berliner Filialgroßbanken zugeflossen ist. Diese Stützungszuwendungen gibt von Bissing²⁾ mit 403 Mio RM an, wodurch sich der tatsächliche Verlust auf 739 Mio RM erhöht, d.h. rd. 95 % des Ende 1930 vorhandenen Bilanz-eigenkapitals von 780 Mio RM. Die 1931 erneut einsetzende Konzentrationsbewegung der Berliner Großbanken hatte deshalb in erster Linie das Ziel, das Geschäftsvolumen mit der so stark reduzierten Eigenkapitalausstattung wieder in Übereinstimmung zu bringen.

1) Ihre Zahl hatte von 1913 bis 1930 von 7 auf 4 abgenommen durch Übernahme des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins durch die Disconto-Gesellschaft (1914), den Zusammenschluß der Darmstädter Bank mit der Nationalbank für Deutschland - Danatbank - (1921) und durch den Zusammenschluß der Deutschen Bank mit der Disconto-Gesellschaft - Dedibank - (1929). Zu den Zahlenangaben vgl. Untersuchung des Bankwesens 1933 II. Teil Statistiken, S. 50 ff.

2) Vgl. v. Bissing, W., a.a.O., S. 61

Dem Rückgang des Eigenkapitals der Aktienbanken um 40 % während der Krise stand ein Verlust an Fremdkapital in Höhe von 4,9 Mrd. RM, d.h. 34 % des Wertes von Ende 1930 gegenüber. Die Eigenkapitalquote nahm deshalb weiter ab. Die Relation Eigenkapital : Fremdkapital, die 1913 32,3 % betragen hatte, 1930 9,3 % ausmachte, belief sich 1932 auf 8,5 %. Über die prozentuale Entwicklung des Eigenkapitals bezogen auf die Bilanzsumme geben folgende Zahlen Auskunft¹⁾:

Kreditbankengruppen	Ende 1	1930 2	Ende 1	1931 2	Ende 1	1932 2
Berliner Großbanken mit Filialnetz	4	6,6	3	6,1	3	5,6
Berliner Großbanken ohne Filialnetz	2	8,8	2	10,4	2	10,7
Provinzbanken mit Filialnetz	55	10,1	50	9,2	43	9,2
Provinzbanken ohne Filialnetz	132	19,8	120	21,1	114	22,3

1 = Anzahl der Banken 2 = Eigenkapital : Bilanzsumme

Die P r i v a t b a n k i e r s, deren Geschäftstätigkeit vor dem Krieg maßgeblich auf ihrem Eigenkapital basierte, da sie nicht in gleicher Weise wie die Aktienbanken Einlagen sammeln konnten, hatten ebenfalls durch Krieg und Inflation große Kapitalverluste zu beklagen. Eine Wiederaufstockung des reduzierten Eigenkapitals war ihnen bis zur Weltwirtschaftskrise nur begrenzt möglich. Ihre Verluste durch die Bankenkrise gibt die folgende Tabelle wieder²⁾:

- 1) Untersuchung des Bankwesens 1933, Statistiken, S.50-61
 2) Vgl. Untersuchung des Bankwesens 1933, Statistiken, S. 185 und 192 f.

Kapitalart	Mitte 1930		Mitte 1932	
	Mio RM	vH des Kap.	Mio RM	vH des Kap.
Eigenkapital	885	29	362	22
Fremdkapital	2.178	71	1.314	78

Die Privatbankiers verloren durch die Krise fast drei Fünftel des Eigenkapitals, das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital verschob sich von Mitte 1930 bis Ende 1932 von rd. 1 : 2,3 auf rd. 1 : 4.

Wir haben die Auswirkungen geschildert, die Krieg, Inflation und Bankenkrise auf das Eigenkapital der Kreditbanken ausübten und festgestellt, daß die Verluste rd. 80 % des Bilanzeigenkapitals der Vorkriegszeit ausmachten und die Relation Eigenkapital : Fremdkapital von einem Drittel auf unter ein Zehntel absank. Dabei ist zu fragen, ob sich durch diese schweren Erschütterungen des Bankwesens eine Entwicklung beschleunigt fortsetzte, die bereits im 19. Jahrhundert begonnen hatte, nämlich der Wandel des Eigenkapitals vom Geschäftskapital zum Garantiekapital, oder, ob dadurch eine erneute Funktionsänderung des Eigenkapitals eintrat. Festzustellen ist deshalb, ob sich mit der überwiegend auf exogenen Einflüssen beruhenden Eigenkapitaldezimierung auch die geschäftspolitischen Ansichten über die Rolle des Eigenkapitals gewandelt hatten. Diese Untersuchung wollen wir am Beispiel der Berliner Filialgroßbanken durchführen.

Diese Institute, die nach 1870 ihre Geschäftsgrundlagen konsequent verbreitert hatten, indem sie Fremdkapital mehr und mehr zum Träger ihres laufenden Geschäfts werden ließen, um Eigenkapital für Verluste aus der laufenden Ge-

schäftstätigkeit und die im Bankbetrieb untergeordnete Finanzierung dauernd in der Unternehmung gebundener Anlagen zu reservieren, zeigten am Jahresultimo vor der Bankenkrise (1930) folgendes Bild¹⁾:

Berliner Filialgroßbanken	Eigenkapital	Fremdkapital	EK:FK
	Mio RM		vH
Deutsche und Disconto-Bank	445	4 487	9,92
Dresdner Bank	134	2 385	5,62
Darmstädter- und Nationalbank	120	2 416	4,97
Commerz- und Privatbank	115	11 681	6,85

Seit der Vorkriegszeit hatte sich das Verhältnis Eigenkapital zu Fremdkapital dieser Bankengruppe von 23,6 % auf 7,1% (Ende 1930) verschoben. Unbeachtet bleiben soll, ob dieser Umstrukturierung im Finanzierungsmittelaufkommen durch eine stärkere Eigenkapitalbildung in den Jahren 1924 bis 1930 hätte entgegengetreten werden können. Die Möglichkeiten der Eigenkapitalbildung in diesem Zeitraum müssen als begrenzt angesehen werden. Vielmehr geht es darum, ob überhaupt die Absicht bestand, das Eigenkapital wieder maßgeblich zu verstärken. Lag die Aufgabe darin, funktionsfähiges Garantiekapital zu sein, d.h. eintretende Verluste im geschäftsüblichen Maße tatsächlich ausgleichen zu können, hätte ein Absinken der Eigenkapitalquote unter beispielsweise 10 % der fremden Mittel ein alarmierendes Zeichen sein müssen. Anders war die Situation natürlich, wenn der Garantiefunktion des Eigenkapitals nur deklaratorischer Wert beigemessen wird, man sie im Grunde genommen für überflüssig erklärt, da die Sicherheit und Liquidität der auf dem Fremdkapital beruhenden Aktivgeschäfte durch die Qualität der Geschäftspolitik gewährleistet sei. In diesem Falle war Eigenkapital für die Geschäftstätigkeit der Kredit-

1) Weber, Ad., a.a.O., S. 338

banken weitgehend bedeutungslos, ja sogar hinderlich, da es die Rentabilität schmälerte. Derartige Gedankengänge haben, wie das Material der Bankenquete zeigt, tatsächlich eine Rolle gespielt. Ihnen verleiht Prion¹⁾ Ausdruck, wenn er in seinem Artikel über die "Lehre vom Bankbetrieb" 1924 ausführte:

"Theoretisch betrachtet braucht der Bankbetrieb kein eigenes Kapital: die Verwendung fremder Kapitalien gehört zum Wesen des eigentlichen Bankbetriebes und erbringt reichlichen Gewinn. Praktisch kommt jedoch der Bankbetrieb ohne eigenes Kapital nicht aus. Denn um das gewinnbringende fremde Kapital zu erhalten, wird man ein entsprechendes eigenes Kapital ausweisen oder vermuten lassen müssen, das für die Sicherheit der angeliehenen Kapitalien eine Gewähr bietet ... Je mehr es - auf Grund des vorhandenen Eigenkapitals, sowie des allgemeinen Vertrauens, das sich die Bank erworben hat - gelingt, fremde Kapitalien heranzuziehen, und je weniger solche den Passivgeschäften nicht entsprechende Aktivgeschäfte betrieben werden, um so mehr sinkt das eigene Kapital in die Rolle der Garantiefunktion zurück. Das führt schließlich dazu, daß für die tatsächliche Höhe des eigenen Kapitals nicht allein mehr betriebliche Notwendigkeiten, sondern gar nur noch Äußerlichkeiten, die sich in der großen Zahl erschöpfen, ausschlaggebend sind".

Eine derartige Interpretation des Eigenkapitals beschränkte dessen Aufgaben bei einer fristentsprechenden Anlagepolitik auf die Vertrauensfunktion bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit sowie die Repräsentationsfunktion gegenüber Publikum und Konkurrenz. In materieller Hinsicht war das Geschäftskapital der Entstehungsperiode des modernen Bankwesens über ein Garantiekapital bei Ausweitung der Passivgeschäfte um die Jahrhundertwende damit zu einem bloßen Repräsentationskapital geworden.

1) Prion, W., Lehre vom Bankbetrieb, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Jena 1924, Bd. 2, S. 130

Dem Untersuchungsausschuß für das Bankwesen, der sich nach der großen Bankenkrise mit der sorgfältigen Analyse ihrer Ursachen beschäftigte, gebührt das bleibende Verdienst mit den vom 1931 aufgetauchten, wenn auch durchaus von vielen Bankleitungen nicht akzeptierten Auffassungen, das Eigenkapital habe nur eine mehr oder minder repräsentative Funktion zu erfüllen, gebrochen zu haben. Seine Bedeutung als "Bremssignal" und "Puffer" für die unvermeidlich eintretenden Verluste wurde klar erkannt¹⁾. Zu der Krise war es ja gerade auch deshalb gekommen, weil das deutsche Bankwesen nach der Währungsstabilisierung auf einer zu schwachen Eigenkapitalbasis wiederaufgebaut worden war und die Geschäftsleitungen die Bedeutung des Eigenkapitals unterschätzt hatten²⁾. Die Danatbank verfügte 1930 mit knapp 5 % über die ungünstige Relation von Eigenkapital zu Fremdkapital. Bei Würdigung der Faktoren, die zu ihrem Zusammenbruch führten, stellt Weber³⁾ die Frage, ob es Zufall sei, daß die Banken mit besonders geringem Eigenkapital von der Krise am schlimmsten betroffen wurden. Die Anschauung, daß eine Bank, deren Geschäftstätigkeit sich auf der Grundlage des Fremdkapitals vorzieht, kein Eigenkapital benötigt, ist eine Modellvorstellung. Da sie nur unter den Prämissen einer rationalen, stets die optimale Liquidität realisierende Anlagepolitik sowie fehlender Schwankungen des Wirtschaftsablaufs Gültigkeit besitzt, ist sie mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Übereinstimmung zu bringen. Die Aufgabe des Eigenkapitals als Garantiekapital liegt gerade darin, alle Einflüsse zu absorbieren, die das kunstvoll auf dem Fremdkapital aufgebaute reguläre Bankgeschäft zu stören versuchen. Diese Garantiefunktion wurde im Kreditwesengesetz verankert und ist seither unbestritten, wie die Geschäftspolitik der Kreditinstitute nach der Währungsreform im Anschluß an die zweite große

1) Vgl. S.80

2) Vgl. v. Bissing, W., a.a.O., S. 81 und 85

3) Weber, Ad., a.a.O., S. 338

Inflation zeigt. Eine geschäftspolitische Einstellung, die im Eigenkapital lediglich ein von Äußerlichkeiten diktiertes Repräsentationskapital sieht, ist heute kaum noch anzutreffen. Für ein privates Kreditinstitut wäre eine solche Haltung auch recht kurzfristig, da sie bei zukünftig eintretenden größeren Verlusten eine Verstaatlichung des Bankwesens fördern würde. Staatliche Hilfe zur Stützung privater Kreditbanken ist in einer Marktwirtschaft nur im Falle einer gesamtwirtschaftlich bedingten Krise denkbar. Die Abhängigkeit von der Garantiebereitschaft des Staates setzt die private Unternehmungsform der Bank aufs Spiel und bedroht zugleich den Bestand der freien Wirtschaftsordnung.

Krieg und Inflation führten nicht nur zu erheblichen Kapitalverlusten des Bankwesens, sie veränderten auch dessen Struktur nachhaltig. Seit dem ersten Weltkrieg läßt sich eine Expansion öffentlich-rechtlicher und genossenschaftlicher Kreditinstitute beobachten. Spezialinstitute, die ihre Entstehung dem Zweck verdankten, die Lage der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise zu verbessern, hatten ihre satzungsmäßig festgelegten Geschäftskreise durch Aufnahme immer weiterer Geschäftssparten ausgedehnt und waren zu Universalbanken geworden. Damit erwuchsen den Kreditbanken erstmals ernst zunehmende Wettbewerber, in den von ihnen traditionsgemäß besonders gepflegten Geschäftszweigen, dem Einlagengeschäft sowie dem kurzfristigen Kreditgeschäft. Das steigende Gewicht der neuen Institutsgruppen für die Kapitalversorgung der Wirtschaft wird deutlich, wenn man die prozentuale Veränderung des Bilanzkapitals während der Bankenkrise betrachtet¹⁾:

1) Untersuchung des Bankwesens 1933, Statistiken, S. 186

Bilanzmäßige Veränderungen in Prozent (Mitte 1930-Ende 1932)

Bankengruppe	Eigenkapital	Fremdkapital	Gesamtkapital
Privatbankiers	- 59 %	- 40 %	- 45 %
Berliner Großbanken	- 44 %	- 38 %	- 39 %
Sparkassen	51 %	2 %	3 %
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	- 6 %	- 26 %	- 23 %

In der Bankenquete von 1933 findet das Wettbewerbsproblem der Kreditinstitute erstmals eine gründliche Untersuchung. Daß die mit ihm verbundenen Fragen an Aktualität eher gewonnen als verloren haben, zeigen die Stellungnahmen der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände nach 1948 sowie die Tatsache, daß der Bundestag 1961 der Durchführung einer sog. Wettbewerbsenquete im Bankwesen zugestimmt hat. In diesem Zusammenhang spielt die unterschiedliche Eigenkapitalausstattung eine wichtige Rolle. Deshalb ist es erforderlich, daß wir uns einen Überblick über die Bedeutung des Eigenkapitals verschaffen, die dieses in der Entwicklung öffentlich-rechtlicher und genossenschaftlicher Kreditinstitute gespielt hat. Dabei soll diese Untersuchung auf die kommunalen Sparkassen sowie gewerblichen und ländliche Kreditgenossenschaften beschränkt bleiben.

III. Die Rolle des Eigenkapitals in der geschichtlichen Entwicklung kommunaler Sparkassen

Obwohl die Errichtung der ersten Sparkassen bereits in die letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts fällt, erfolgte der eigentliche Aufbau des Sparkassenwesens in den einzelnen deutschen Ländern erst im 19. Jahrhundert¹⁾. 1818 wurde als erste kommunale Sparkasse die Städtische Sparkasse

1) Vgl. Trende, A., Geschichte der deutschen Sparkassen, Stuttgart 1957, S. 81 ff.

in Berlin gegründet. Die Zahl der Sparkassengründungen durch Städte, Landgemeinden und Kreise nahm insbesondere in Preußen rasch zu, nachdem die erste gesetzliche Regelung des Sparkassenwesens, das preußische Sparkassenreglement von 1838¹⁾, die Bildung von Sparkassen als eine "nützliche Einrichtung" bezeichnet hatte. Als sozial bestimmte Sparanstalten sollten diese Institute der sicheren und zinstragenden Anlage kleiner Ersparnisse hauptsächlich der ärmeren Bevölkerungsschichten dienen²⁾. Zu diesem Zweck war es den Kommunen erlaubt, im Aktivgeschäft durch erststellige Hypotheken gesicherte langfristige Ausleihungen zu gewähren, inländische Staatsanleihen und Pfandbriefe zu erwerben sowie Anlagen "auf andere völlig sichere Art" vorzunehmen, worunter z.B. auch Personalkredite fielen³⁾. Hinter diesen gemeinnützigen Einrichtungen der Gemeinden, die selbst keine eigene Rechtspersönlichkeit besaßen, stand von Anfang an die unbeschränkte Haftung der betreffenden kommunalen Körperschaft für sämtliche Verbindlichkeiten der Sparkasse. Das Sparkassenreglement bestimmte ausdrücklich⁴⁾:

"Die Genehmigung zur Einrichtung solcher Einrichtungen soll keiner Gemeinde versagt werden, welche deshalb zweckmäßige Vorschläge thut und nach ihrer Lage und dem geordneten Zustande ihres Haushaltes den Einlegern Sicherheit zu leisten im stande ist. Bei Prüfung der Vorschläge ist darauf zu sehen, daß die Einlagen gehörig sichergestellt und daß der Kommunalhaushalt dadurch nicht in Gefahr der Störung und Zerrüttung komme".

Ein besonderes Kennzeichen der Sparkassen bis auf den heutigen Tag, die fehlende Ausstattung mit Eigenkapital bei ihrer Errichtung, findet hier seine geschichtliche Erklärung.

1) Reglement, die Einrichtung des Sparkassenwesens betreffend, vom 12. Dezember 1838 (G.S. von 1839, S. 5), zitiert nach Kappellmann, H., Handbuch für Preussische Sparkassen, Leipzig 1898

2) Vgl. Sparkassenreglement Ziffer 4 c

3) Vgl. Sparkassenreglement Ziffer 5

4) Ziffer 3, 4a und b

Die Garantie, die bei den Kreditbanken das Eigenkapital zu leisten hatte, nämlich die Schaffung des notwendigen Vertrauens für die Sammlung von Spareinlagen, wurde bei den Sparkassen von Anfang an durch die öffentlich-rechtliche Gewährträgerhaftung ersetzt.

Ursprünglich strebten die Sparkassen im Aktivgeschäft lediglich eine Kostendeckung für das im Mittelpunkt stehende Passivgeschäft an. Von der ersten privaten Sparkasse, die 1778 in Hamburg gegründet wurde, ist bekannt, daß sie dieses Ziel in den ersten Jahren nicht erreichte, sondern auf Zuschüsse angewiesen war. Eine fehlende Gewinnerzielung bedeutete für die Sparkassen, die über eine ursprüngliche Eigenkapitalausstattung nicht verfügten, daß ihnen keine Möglichkeit gegeben war, im Laufe ihrer geschäftlichen Entwicklung ein Eigenkapital aus eigener Kraft aufzubauen. Sehr bald nach Gründung der kommunalen Sparkassen zeigte sich jedoch, daß ihre Geschäftstätigkeit Überschüsse abwarf. Damit war für sie eine neue Situation entstanden. Jede Gewinnverwendung stellte die verantwortlichen Instanzen vor die grundsätzliche Entscheidung, inwieweit die Überschüsse der Erträge über die Aufwendungen thesauriert und damit zur Eigenkapitalbildung verwendet, bzw. in welchem Umfange sie ausgeschüttet werden sollten. Auch zu diesem Problem enthält das Sparkassenreglement von 1838 erste Vorschriften. Ziffer 7 bestimmte:

"Insoweit die Zinsen, welche aus den Kapitalien erlangt werden, gegen diejenigen, welche den Einlegern zu gewähren sind, einen Überschuß ergeben, muß der letztere so lange der Sparkasse verbleiben und zinsbar wieder angelegt werden, bis sich ein hinreichendes Kapital gebildet hat, um etwaige Verluste zu decken und die Verpflichtungen gegen die Einleger zu erfüllen, ohne daß es nötig ist, deshalb die allgemeine Vertretung der Stadtgemeinden in Anspruch zu nehmen. Dafern dieser Überschuß eine höhere Summe erreicht hat, als für den angege-

benen Zweck erforderlich scheint, und die Kommune über einen Teil desselben zu anderen öffentlichen Zwecken zu disponieren beabsichtigt, so soll sie hierzu die Genehmigung des Regierungspräsidenten einholen, welcher solche nur dann zu erteilen hat, wenn nach Abzug der zu verwendenden Summe ein angemessener Reservefonds übrig bleibt".

Mit dieser Bestimmung wurde gesetzlich stipuliert, daß der Rücklagenbildung in der Sparkasse gegenüber der Gewinnausschüttung an den Gewährträger der Vorrang gebührt¹⁾. Bemerkenswerterweise wurde im Preußischen Sparkassenreglement, dem maßgebenden Gesetzgebungswerk für die kommunalen Sparkassen über Preußens Grenzen hinaus, aus der umfassenden Garantie des kommunalen Gewährträgers für die Sicherheit seiner Sparkasse nicht etwa die Folgerung gezogen, daß ein Eigenkapital für die Sicherheit der Einleger unnötig sei. Vielmehr erhielt das Eigenkapital ganz konkrete Aufgaben. Das Eigenkapital sollte für die Sparkassen eine Garantiefunktion erfüllen. Die im Laufe der Geschäftstätigkeit angesammelten Rücklagen stellen einen Risikopuffer dar, der die Institute davon befreien soll, bei eintretenden Verlusten die kommunale Haftung in Anspruch nehmen zu müssen. Mit Hilfe der Rücklagen wird ihnen, falls diese angemessen sind, ein Verlustausgleich aus eigener Kraft, d.h. ohne Hilfe des Gewährträgers möglich. Zu diesem Zweck erfolgten nach Erlaß des Reglements genaue Bestimmungen über die Höhe des "Reservefonds", der in Beziehung zu den zu garantierenden Einlagen gesetzt wurde²⁾. Für den

-
- 1) Unerheblich ist in diesem Zusammenhang, daß unter "Reservefonds" nicht ein Passivposten, sondern die diesem Passivposten gegenüberstehenden Aktiva verstanden werden (vgl. Verfügung des Ministers des Innern vom 10. März 1896 - M.Bl.d.I.V., S. 43; abgedruckt bei Kappellmann, H., a.a.O., S. 113)
 - 2) Über die Angemessenheitsvorstellungen im Hinblick auf den "Reservefonds" vgl. S. 299f.

Gewährträger hat das Eigenkapital der Sparkasse ebenfalls eine Sicherheitsfunktion wahrzunehmen. Gemeinden und Gemeindeverbände, die eine Sparkasse errichtet haben, werden durch eigene Rücklagen ihrer Institute davor geschützt, bei Verlusten infolge ihrer Gewährträgerhaftung sofort einspringen zu müssen. Mit fortschreitender Eigenkapitalbildung erlangten die kommunalen Finanzen somit eine gewisse Unabhängigkeit von negativen Geschäftsergebnissen ihrer Sparkassen.

Der Vorrang der Rücklagenbildung gegenüber der Gewinnausschüttung an den Gewährträger bleibt, wie die Erlasse und Verfügungen zum preußischen Sparkassenreglement zeigen, auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts grundsätzlich gewahrt¹⁾. So wurde z.B. 1875 bestimmt, daß der Reservefonds stets in angemessener Relation zu den Einlagen stehen müsse, da die Festlegung einer absoluten Höhe ohne Berücksichtigung der Einlagensteigerung nicht den Anforderungen einer vorsichtigen Verwaltung entsprechen würde. Trotz bestimmter Bestrebungen der Gewährträger, aber auch der Sparkassen selbst, den Gemeinden einen höheren Anteil an den erzielten Überschüssen zu Lasten der Eigenkapitalbildung einzuräumen, wurde von der obersten Aufsichtsbehörde an der Priorität der Eigenkapitalbildung festgehalten. Ein Erlaß von 1877 hob hervor, daß erfahrungsgemäß manche Kommunen die Neigung hätten, die Sparkassen zu einer Einnahmequelle für beliebige anderweitige Zwecke des kommunalen Haushalts zu machen. Um die Sparkassen vor einer mißbräuchlichen Ausnutzung zu wirtschaftlichen Nebenzwecken der Gemeinden zu schützen, wurde die Überschußverwendung an die staatliche Genehmigung gebunden und eine Mindestgrenze für die Rücklagenbil-

1) Erlasse und Verfügungen des preußischen Innenministers, abgedruckt bei Kappellmann, H., a.a.O., S. 114-119

dung festgelegt, deren niedrigster Satz 5 % der Einlagen betrug. Bevor der Reservefonds auf der Aktivseite und damit dessen Korrelat auf der Passivseite der Bilanz, die Sicherheitsrücklage, diese Höhe nicht erreicht hatte, gab es für die Überschußverwendung keine Alternative zur Eigenkapitalbildung. Die Bedeutung, die die Aufsichtsbehörde dem selbst gebildeten Eigenkapital der kommunalen Sparkassen beimaß, wird durch eine Verfügung von 1891 unterstrichen, in der es heißt:

"Es wird daran festzuhalten sein, daß eine Höhe des Reservefonds von 5 Prozent der Passivmasse nur eben ausreicht, um beim Eintritt von Verlusten von nicht übermäßigem Umfange Rückgriffe auf die verpflichteten Garantieverbände gemäß den Vorschriften der Ziffern 7 und 9 des Sparkassenreglements vom 12. Dezember 1838 zu vermeiden, und daß die allmähliche Erhöhung des Reservefonds auf 10 Prozent der Passivmasse im eigenen Interesse der Garantieverbände eine gebotene Vorsichtsmaßregel ist. Ew. Excellenz wollen demgemäß, insbesondere bei Anträgen auf Genehmigung neuer Sparkassenstatuten oder von Statutenänderungen gefälligst dahin wirken, daß an vorstehenden Grundsätzen thunlichst auch ferner festgehalten werde"¹⁾.

Wir wollen nunmehr einen kurzen Überblick über die Entwicklung von Sicherheitsrücklagen und Einlagen der preußischen Sparkassen nach Erlaß des Sparkassenreglements geben.

Von 1839-1849 stiegen die Einlagen aller preußischen Sparkassen von 6,1 Mio auf 16,6 Mio Taler, während der Reservefonds 0,9 Mio Taler erreichte²⁾. Im Jahre 1851

1) Verfügung des Ministers des Innern vom 16. November 1891 (M Bl.d.I.V., S. 223), zitiert nach Kappellmann, H., a.a.O., S. 116-117

2) Vgl. Trends, A., a.a.O., S. 135

hatten die Einlagen 20 Mio und der Reservefonds 1 Mio Thaler überschritten. Die Sicherheitsrücklagen betrugen 5,5% der Einlagen¹⁾. Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Sparkassen wie des gesamten Bankwesens war die Zeit von der Reichsgründung bis zum ersten Weltkrieg. Aufschluß über diesen Zeitraum gibt die folgende Tabelle:

Reservefonds und Spareinlagen
der preußischen Sparkassen²⁾

Ende	Zahl der Sparkassen	Reservefonds Mio M	Einlagen	Reserven in vH der Einlagen
1870	932	29,02	495,65	5,8
1871	945	34,32	578,67	5,9
1872	950	38,92	688,98	5,6
1873	963	45,19	836,15	5,4
1874	983	50,05	987,24	5,1
1875	1004	57,80	1112,08	5,1
1880	1191	101,75	1594,62	6,3
1890	1393	212,62	3281,57	6,4
1900	1490	364,63	5745,79	6,3
1908	1678	570,14	9571,38	5,9
1909	1692	596,47	10332,69	5,7
1910	1711	633,17	11106,79	5,7
1911	1736	645,97	11837,26	5,4
1912	1760	620,38	12432,93	5,0
1913	1765	622,99	13111,27	4,7

Die Zahlenangaben zeigen, daß eine den damaligen Angemessenheitsvorstellungen entsprechende Eigenkapitalbildung trotz der gewaltigen Einlagenexpansion aufrechterhalten werden

1) Vgl. Trende, A., a.a.O., S. 527

2) Von Altrock, W., Die öffentlichen Sparkassen in Preußen, Berlin 1917, S. 16

konnte. 1908 verlieh das Scheckgesetz den Sparkassen die passive Scheckfähigkeit und legte damit die Grundlagen für eine bankmäßige Entwicklung. Tatsächlich hat sich aber bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs der Grundcharakter ihrer Geschäftstätigkeit nicht geändert. Nur 295 Sparkassen hatten bis Ende 1913 in Preußen den Kontokorrentverkehr überhaupt aufgenommen und die Depositeneinlagen, die gesetzlich auf 10% des Spareinlagenbestandes begrenzt waren, betrugen bei den preußischen Sparkassen lediglich 0,5% der Spareinlagen¹⁾. Die Sparkassen blieben damit bis zum ersten Weltkrieg Spezialinstitute für das langfristige Geschäft. Sie dienten der Sammlung von Spareinlagen und der Gewährung langfristiger Kredite. Ende 1913 waren in Preußen rd. 63 % aller Spareinlagen in Hypotheken, 23 % in Wertpapieren, 13 % in Kommunaldarlehen und weniger als 1 % in anderen als langfristigen Anlagen investiert²⁾. Diese Einlagen- und Anlagepolitik zeigt den risikoarmen Charakter der Sparkassentätigkeit jener Zeit, die mit einem niedrigen Garantiekapital auskommen konnte. Krieg und Inflation brachten auch den Sparkassen große Kapitalverluste. Die Sicherheitsrücklagen der preußischen Sparkassen nahmen von Ende 1913 bis Ende 1924 von 623 Mio M auf 59 Mio RM, d.h. um über 90 % ab³⁾. Die Bankenquete zeigte folgendes Gesamtbild der deutschen Sparkassen von Ende 1913 bis Ende 1932⁴⁾:

1) Vgl. Neumann, E., Die deutschen Sparkassen, in Untersuchung des Bankwesens 1933, 1. Bd., S. 336

2) Vgl. ebenda, S. 337

3) Vgl. Neumann, E., a.a.O., S. 337

4) Untersuchung des Bankwesens, Statistik, S. 50 f.

Ende	Zahl der Sparkassen	Sicherheitsrücklagen	Einlagen	Rücklagen in vH der Bilanzsumme
Mio M bzw. RM				
1913	3 133	955	19 754	4,6
1925	2 622	97	2 651	3,4
1929	2 609	301	11 026	2,5
1930	2 583	370	12 588	2,7
1931	2 570	455	12 415	3,3
1932	2 533	535	12 049	3,9

In diesen Zahlen kommt die Dezimierung der Rücklagen durch Krieg und Inflation deutlich zum Ausdruck, zugleich aber auch der bemerkenswerte Wiederaufbau des Eigenkapitals nach der Stabilisierung, der während der Weltwirtschaftskrise fortgesetzt werden konnte, so daß Ende 1932 wieder ein Eigenkapital von knapp 4 % der Bilanzsumme oder 56 % des Vorkriegsstandes vorhanden war. Dieses im Vergleich zu den Kreditbanken überaus günstige Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß die Sparkassen von dem Auslandsrun der Bankenkrise überhaupt nicht und von dem sich anschließenden Inlandsrun nur in abgeschwächter Form in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Spareinlagen hatten sich in der Krise als relativ stabil erwiesen¹⁾.

Nicht außer acht gelassen werden darf jedoch bei der Betrachtung des Zeitraums vom ersten Weltkrieg bis nach der Weltwirtschaftskrise der grundlegende Wandel der Geschäftstätigkeit der Sparkassen in dieser Zeit. Die untergeordnete Bedeutung des Sparverkehrs in Inflationszeiten, die Mitwirkung bei der Unterbringung von Kriegsanleihen, die Abwicklung der Unterstützungszahlungen an Kriegsoffer, der wachsende Kreditbedarf der Gemeinden sowie die gestie-

1) Vgl. Stucken, R., Liquidität der Banken, Berlin 1940

generell Kosten führten dazu, daß die Sparkassen von den ihnen gesetzlich eingeräumten Möglichkeiten der bankmäßigen Betätigung Gebrauch machten und insbesondere mehr und mehr das Depositen- und Kontokorrentgeschäft pflegten. Im Spargiroverkehr verfügten sie im Laufe der Zeit über ein weitverzweigtes Überweisungsnetz, das sich besonderer zentraler Abrechnungsstellen, der Girozentralen, bediente. Auf den kurz- und mittelfristigen Einlagen konnte sich ein umfangreiches Personalkreditgeschäft aufbauen. Aus Spezialinstituten mit Realkreditbankcharakter waren Universalbanken mit teilweise Kreditbankencharakter geworden. Im Zusammenhang mit unserem Thema ist zu fragen, ob dieser geschäftspolitische Strukturwandel die Auffassungen über das Eigenkapital beeinflußt hat. Sicher ist, daß die Sparkassentätigkeit durch die stärkere Hinwendung zum kurzfristigen Geschäft risikoreicher geworden war und damit den Sicherheitsüberlegungen erhöhte Bedeutung zukam.

Durch Entwicklung des autonomen Satzungsrechtes, das zur ersten, auf freiwilliger Annahme beruhenden Mustersatzung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes von 1927 führte, insbesondere aber durch die Sparkassenreform von 1931/32, deren gesetzliche Grundlage die Notverordnung der Reichsregierung vom 6. Oktober 1931 sowie in Preußen die Sparkassenverordnung und die obligatorische Mustersatzung von 1932 bildeten, wurde dem veränderten Geschäftscharakter der Sparkassen Rechnung getragen. Das wichtigste Ziel der Reformgesetzgebung war die Wiederherstellung des Vertrauens zu den Sparkassen nach der Bankenkrise. Zu diesem Zweck wurden die Sparkassen, die bisher unselbständige Einrichtungen der Gemeinden, Gemeindeverbände oder sonstiger öffentlicher Körperschaften gewesen waren, zu Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit umgestal-

tet¹⁾. Damit sollte einem Mißbrauch der Sparkassen durch ihre Gewährträger entgegengewirkt werden, der die Sicherheit der Einleger bedrohte. In der bisherigen Regelung war im Außenverhältnis nur ein Rechtsträger, nämlich die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband vorhanden, der unmittelbar unbeschränkt den Sparkassengläubigern gegenüber haftete. Im Innenverhältnis haftete dagegen zunächst nur das Sparkassen- (Sonder-) Vermögen für die Verbindlichkeiten, während die Haftung des Gewährträgers mit seinem übrigen Gemeindevermögen nur mittelbar war²⁾. Die Gefahr bestand nun darin, daß das Sparkassenvermögen als Teil des Gemeindevermögens für deren Schulden mit haftete. Infolge der schwierigen Wirtschaftslage vieler Gemeinden konnte es vorkommen, daß das Garantiekapital der Sparkassengläubiger durch sparkassenfremde Gemeindeforderungen aufgezehrt wurde. Hier schob der Gesetzgeber einen Riegel vor, indem er das Sparkassenvermögen rechtlich verselbständigte und zunächst jegliche Kommunalkreditgewährung untersagte³⁾. Mit der Schaffung von autonomen Rechtsträgern war zwar das Sparkassenvermögen dem Zugriff sparkassenfremder Gemeindegläubiger entzogen, gleichzeitig mit Aufgabe der Unselbständigkeit entfiel jedoch auch die natürliche Verpflichtungsgrundlage für die Gemeinden, in vollem Umfang für die Schulden der Sparkassen einzustehen. Deshalb bedurfte es einer ausdrücklichen Regelung der Gewährträgerhaftung im neuen Sparkassenrecht. Dort wurde bestimmt, daß die unbeschränkte Haftung der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Verpflichtungen ihrer Sparkassen

-
- 1) Dritte Reichsnotverordnung vom 6.Okt. 1931 (RGBl I S.537) § 2; Verordnung über die Sparkassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 20.Juli/4.August 1932 (gemäß RdErl.v.26.Aug.1932 MBl.V. S. 853) - MuSa - § 2
- 2) Vgl. Marquardt, H.-Perdelwitz, J., Das preußische Sparkassenrecht, Berlin 1933, S. 57
- 3) 1. Verordnung des Reichspräsidenten über die Spar- und Girokassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 5.August 1931 (RGBl I. S. 429), § 3

bestehen bleiben sollte, gleichzeitig aber aus einer unmittelbaren in eine mittelbare Garantie umgewandelt wird¹⁾. Damit war die kommunale Gewährträgerhaftung als Haftungsgrundlage für die Sparkassengläubiger erhalten geblieben, wenn auch, wie sich bereits aus der bisherigen Sparkassengeschichte abgezeichnet hat, diese Garantie nur ergänzend neben das Eigenkapital treten sollte. Wir wenden uns deshalb jetzt der Frage zu, ob dem gestiegenen Risiko des Sparkassengeschäfts durch einen verstärkten Zwang zur Eigenkapitalbildung Rechnung getragen worden ist. Die Eigenkapitalvorschriften der Sparkassenreform halten an dem Grundsatz fest, daß die Dotierung der Sicherheitsrücklage gegenüber der Überschußverteilung an den Gewährträger den Vorrang hat. Die Höhe der Sicherheitsrücklage, die vorhanden sein muß, damit eine Ausschüttung von Überschüssen vorgenommen werden darf, beträgt mindestens 5 v.H. der Gesamteinlagen und ist gestaffelt²⁾. Damit wurde zwar die vorher bestehende Regelung, die eine Ausschüttung teilweise bereits bei einer Sicherheitsrücklage von 2 v.H. der Gesamteinlagen zuließ³⁾, wieder verschärft, doch konnte ein grundsätzlicher Wandel gegenüber der Konzeption des Sparkassenreglements von 1838 nicht festgestellt werden. Trotz gestiegenem Risiko der modernen Sparkassen war die Bedeutung des Risikoträgers Eigenkapital nicht gewachsen, da die verselbständigten Sparkassen weder mit einem Grundkapital ausgestattet wurden, noch die Rücklagenbildung forcierten, was eine geänderte Einstellung zum Gewinnstreben vorausgesetzt hätte.

1) 3. Reichsnot VO, § 2; § 3 SpVO; § 2 Abs. 2 MuSa:

"Soweit die Gläubiger sich aus dem Sparkassenvermögen nicht befriedigen können, haftet für die Verbindlichkeiten der Sparkasse d... Stadt (Kreis, Gemeinde usw.) ...als Gewährverband unbeschränkt".

2) § 14 SpVO; § 36 MuSa

3) § 7 des Gesetzes betr. die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren (AnlageGes) vom 23.12.1912 (GS 1913, S. 3)

Im Anschluß an die im letzten Absatz getroffene Feststellung haben wir uns die Frage vorzulegen, ob den Sicherheitsüberlegungen der modernen Sparkassen in der Gesetzgebung in anderer Art Rechnung getragen wurde. Der Schutz der Einleger und sonstigen Gläubiger eines Kreditinstituts kann modelltheoretisch in zweifacher Weise vorgenommen werden. Im ersten Fall bleibt der Kreis der Geschäfte einer Bank unbeschränkt. Art und Umfang des Engagements unterliegen der freien Entscheidung der Geschäftsleitung. Für eintretende Verluste, die unvermeidbar sind, wird ein Auffangpolster in Gestalt von Eigenkapital gebildet, das den reibungslosen Ablauf der Geschäftstätigkeit sicherstellt. Im zweiten Falle wird der Geschäftskreis einer Bank von vornherein durch Gesetz oder Satzung beschränkt. Damit soll bereits das Risiko der Geschäftstätigkeit bei seiner Entstehung begrenzt, kontrolliert oder gänzlich ausgeschaltet werden. Da dadurch die Gefahr vermindert wird, daß Verluste des Aktivgeschäfts auf die Einlagen der Passivseite durchschlagen, rückt das Eigenkapital als Risikopuffer in die zweite Verteidigungslinie. In der Sparkassenreform von 1931/32 hat der Gesetzgeber nicht die Eigenkapitalausstattung dem qualitativ und quantitativ veränderten Geschäftsvolumen angepaßt, sondern die Geschäftsstruktur selbst satzungsmäßig genau festgelegt¹⁾ sowie das Risiko der zulässigen Geschäfte durch Liquiditäts- und Anlagevorschriften gemindert. Die Liquiditätsbestimmungen sahen eine Liquiditätshaltung von 30 v.H. der Spareinlagen und 50 v.H. der sonstigen Einlagen vor²⁾. Die Vorschriften der Anlagepolitik begrenzten die Realkreditgewährung auf 40 v.H. der Spareinlagen und machten sie von der Einhaltung der Beleihungsgrundsätze abhängig³⁾. Die

1) §§ 14-34 MuSa

2) 3. Reichsnot VO § 5; § 11 SpVO; § 35 MuSa

3) Reichsnot VO, § 6; § 25 MuSa

Personalkreditgewährung an einen einzelnen Kreditnehmer wurde auf 1/2 v.H. der gesamten Einlagen beschränkt¹⁾. Das Kommunkreditgeschäft durfte höchstens 25 v.H. aller Einlagen erreichen²⁾. Außerdem unterlag die gesamte Sparkassentätigkeit der Staatsaufsicht³⁾.

Zusammenfassend können wir über die Bedeutung des Eigenkapitals bei den öffentlichen Sparkassen sagen, daß dieses - abweichend zu den Kreditbanken - niemals Geschäfts-, sondern stets Garantiekapital gewesen ist. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Garantiefunktion bei den Sparkassen nicht in erster Linie von den Sicherheitsrücklagen wahrgenommen wird. Der Einlagenschutz wird in allererster Linie durch die Satzungsvorschriften gewährleistet, deren Einhaltung durch die Sparkassenaufsicht laufend überwacht wird. Während Banken alle Geschäfte betreiben können, die ihnen nicht ausdrücklich verboten sind, dürfen Sparkassen keine Geschäfte machen, die die Satzung nicht ausdrücklich zuläßt. In dieser satzungsmäßigen Beschränkung der Anlagepolitik, die riskante Geschäfte ausschließt oder von einer ausdrücklichen Genehmigung abhängig macht, liegt eine Minderung des Verlustrisikos. Treten Verluste trotz aller Sicherheitsbestimmungen oder in Folge von Verstößen gegen diese Satzungsvorschriften ein, übernimmt die angesammelte Sicherheitsrücklage die Sicherung der Einleger. Übersteigen die auszugleichenden Verluste die vorhandenen Sicherheitsrücklagen, so ist der Gewährträger verpflichtet, diesen Betrag der Sparkasse zu ersetzen. An dieser Rangordnung der verschiedenen Garantieträger, die sich nach der Bankenkrise herausgebildet hat, ist durch die Neufassung der Landessparkassengesetze und

1) Reichsnot VO, § 7; § 28 MuSa

2) § 29 MuSa

3) § 28 SpVO

der Mustersatzungen nach dem zweiten Weltkrieg nichts geändert worden¹⁾.

IV. Die Stellung des Eigenkapitals in der geschäftlichen Entwicklung der Kreditgenossenschaften

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden in Deutschland die ersten Kreditgenossenschaften. Sie verdanken ihre Gründung dem Zweck, die wirtschaftliche Lage von kapitalschwächeren Betriebswirtschaften zu verbessern und beruhen auf dem Ideengut Hermann Schulze-Delitzsch's und Friedrich Wilhelm Raiffeisens, die das Problem der Kreditversorgung des gewerblichen Mittelstandes bzw. der Landwirtschaft auf der Grundlage des genossenschaftlichen Selbsthilfegedankens zu lösen versuchten. Die erste gewerbliche Kreditgenossenschaft wurde 1850 als Vorschußverein in Eilenburg gegründet, während die älteste ländliche Kreditgenossenschaft 1862 als Darlehnskassenverein für das Kirchspiel Anhausen entstand²⁾.

Wichtige Aufschlüsse über die Bedeutung des Eigenkapitals für diese Gruppe von Kreditinstituten enthalten die Schriften der beiden Begründer des Genossenschaftswesens³⁾, das Genossenschaftsgesetz von 1889 sowie die Satzungen der Genossenschaftsbanken. Schulze-Delitzsch und Raiffeisen waren sich darin einig, daß die Kreditwürdigkeit ihrer Vorschußvereine und Darlehnskassen zunächst nur auf der solidarischen Haftung ihrer Mitglieder beruhen konnte, da einerseits Kleingewerbetreibende und Landwirte über eigene Finanzierungsmittel in maßgeblicher Höhe nicht verfügten und auf der anderen

-
- 1) §§ 13-27 MuSa; §§ 3, 17 Hessisches Sparkassengesetz von 1954 vgl. MuSa § 38; Unverzagt, F., Das Eigenkapital der Sparkassen im KWG, in: Spk 1956, S. 251 f.
 - 2) Vgl. Ruhmer, O., Entstehungsgeschichte des deutschen Genossenschaftswesens, Hamburg 1937, S. 198 f; Seelmann-Eggebert, E. L., Friedrich Wilhelm Raiffeisen, Stuttgart 1928, S. 80 f.
 - 3) Schulze-Delitzsch, H., Vorschußvereine als Volksbanken, Leipzig 1855, abgedruckt in: Thorwart, F., Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, I. Bd., Berlin 1909, S. 112 ff. Raiffeisen, F. W., Die Darlehnskassenvereine, Neuwied 1866; 7. Aufl. Neuwied 1951 (unveränderter Neudruck der 5. Auflage von 1887)

Seite das Selbsthilfeprinzip der Unterstützung durch wohlhabende Mitbürger oder staatliche Institutionen ausschloß. Durch die solidarische Verpflichtung sämtlicher Mitglieder einer Kreditgenossenschaft sollte den unbedingten Bevölkerungskreisen der Kredit erschlossen werden, der jedem einzelnen von ihnen verweigert wurde. So beruhte beispielsweise die Kreditwürdigkeit der Handwerker fast ausschließlich auf der eigenen Arbeitskraft und war deshalb durch Krankheit, Unfall oder Alter bedroht. Die solidarische Haftung für die Schulden der Genossenschaft machte dagegen die Gläubiger unabhängig von der Arbeitskraft des einzelnen Kreditnehmers. Die anfängliche Grundlage des Kreditgeschäfts bildete deshalb bei den gewerblichen und ländlichen Kreditgenossenschaften die Kreditaufnahme gegen solidarische Mitgliederhaftung. Kontrovers zwischen den beiden Systemen des Genossenschaftswesens blieb jedoch die Frage der Eigenkapitalbildung. Zunächst ging es darum, ob Kreditgenossenschaften mit einem - wenn auch zunächst bescheidenen - Grundkapital ausgestattet werden sollten oder nicht, weiterhin war das Ausmaß der Rücklagenbildung zu klären.

In der eigenen Kapitalbildung durch Geschäftsanteile der Mitglieder sah S c h u' l z e - D e l i t z s c h ein wichtiges Erfordernis genossenschaftlicher Kreditinstitute¹⁾. Diese sollten sofort nach ihrer Gründung mit der raschen, wenn auch sukzessiven Ansammlung von Geschäftsguthaben bis zur Höhe der Geschäftsanteile beginnen. Diesem Ziel dienten die monatlichen Einzahlungen der Mitglieder sowie die auf die Geschäftsguthaben entfallenden Dividenden, die bis zur Volleinzahlung der Geschäftsanteile einbehalten wurden. Notwendig war die Ausstattung der Institute mit einem eigenen Grundkapital zunächst aus wirtschaftlichen Erwägungen

1) Vgl. Schulze-Delitzsch, H., Schriften und Reden, hrg. von Thorwart, a.a.O., S. 128 f., 188 f., 318 f., 336 f., 704 f., 727

heraus. Die Vorschußvereine und späteren Volksbanken brauchten eine solide Geschäftsgrundlage, ein langfristiges Kapital, das zugleich Schutz gegen die Inanspruchnahme aus der solidaren Haftung bot. Die Geschäftsguthaben sollten nach Ansicht Schulze-Delitzschs zunächst ein Garantiekapital bilden. Wegen des mit der Solidarhaftung verbundenen Risikos wehrte er sich jedoch anfänglich gegen die dauernde Verwendung fremder Finanzierungsmittel als Geschäftskapital. So äußerte er 1855 in der ersten Auflage seines Werkes "Vorschußvereine als Volksbanken" die Ansicht, daß die Geschäftsguthaben mit der Zeit den Hauptbestandteil des Geschäftskapitals bilden könnten¹⁾ und präziserte diesen Gedankengang 1857 mit der Feststellung, daß "die sichere Aussicht vorhanden ist, daß die Vereine in 8 bis 10 Jahren ungestörter Wirksamkeit ihren Geldbedarf lediglich unter ihren eigenen Mitgliedern aufbringen"²⁾. Infolge der ständigen Zunahme des Kreditbedarfs ließ sich indessen das Ziel, die Geschäftstätigkeit in erster Linie auf dem Eigenkapital zu fundieren und das Fremdkapital sowie die damit verbundene Möglichkeit, aus der solidarischen Mitgliederhaftung in Anspruch genommen zu werden, immer mehr zurücktreten zu lassen, nicht verwirklichen. Deshalb kam es darauf an, die Geschäftsguthaben zu einem wirksamen Garantiekapital anwachsen zu lassen. Auf dem Volkswirtschaftlichen Kongreß zu Weimar forderte Schulze-Delitzsch deshalb 1862, daß das Eigenkapital der Volksbanken bei der Gründung mindestens 10 % des Fremdkapitals betragen, im zweiten und dritten Geschäftsjahr auf 20-25 % anwachsen und bei längerem Bestehen 50 % des Fremdkapitals erreichen müsse.³⁾

1) Vgl. Schulze-Delitzsch, H., a.a.O., S. 128

2) Schulze-Delitzsch, H., a.a.O., S. 188

3) Vgl. Schulze-Delitzsch, H., a.a.O., S. 336-337

Damit war das erforderliche Eigenkapital auf ein Drittel des Gesamtkapitals normiert worden. Neben diese wirtschaftlichen Erwägungen traten ethische Überlegungen, die für Schulze-Delitzsch fast noch wichtiger waren. In der eigenen Kapitalbildung der Mitglieder durch Geschäftsanteile sah er eine notwendige Konsequenz des Selbsthilfegedankens. Die Ausstattung der Kreditgenossenschaften mit einem Eigenkapital, das durch die Genossenschafter aufzubringen ist, sollte die Grundlage zu einer eigenen Vermögensbildung der Mitglieder legen, den Sparsinn wecken und pflegen und den gewerblichen Mittelstand allmählich materiell unabhängig machen. Der Standpunkt, den Schulze-Delitzsch über die Bedeutung eines Grundkapitals der Genossenschaften eingenommen hat, soll abschließend noch einmal mit dessen eigenen Worten gekennzeichnet werden¹⁾:

"Das Einsetzen eines solchen eigenen Kapitals (der Geschäftsanteile; d.Verf.), wir wiederholen es, ist Grundbedingung jedes Geschäftsbetriebes, und die Gestaltung, die allmähliche Bildung desselben aus den bescheidensten Anfängen heraus, gewiß das mindeste, was man bei Gründung eines derartigen Unternehmens fordern muß. Ganz besonders gehört bei einem Kreditinstitut, dessen Zweck in Gewährung von Geldvorschüssen an seine Kunden besteht, die Aufbringung eines eigenen Barfonds, der dem Geschäft nicht willkürlich von außen entzogen werden kann, zu den unerläßlichen Existenzbedingungen. Niemals wird dieser Fonds durch die bloße Haft, der Geschäftsinhaber ersetzt, weil in ihr, wie wir zeigten, die unentbehrlichen bereiten Zahlungsmittel nicht enthalten sind. Entsahe man doch ein für allemal dem Aberglauben, als entbinde ein solches Unternehmen von dem, was zur soliden Begründung eines Geschäfts überhaupt erforderlich wird.

1) Schulze-Delitzsch, H., Die Raiffeisenschen Darlehnskassen in der Rheinprovinz und die Grundkreditfrage für den ländlichen Kleinbesitz, Leipzig 1875, S. 30 ff., zitiert nach der Thorwart'schen Ausgabe der Schriften und Reden, a.a.O., S. 704-706

Dies kann die Genossenschaft nicht, dies soll sie nicht! Im Gegenteil beruht die Macht und Bedeutung des Genossenschaftsprinzips darin, daß es eben jede Erfordernisse, welche bei den unbemittelten in ihrer Isolierung nicht vorhanden sind, durch Zusammenschluß einer größeren Zahl von ihnen beschafft, indem es die der Aufgabe an sich nicht genügenden Mittel und Kräfte zu einer Gesamtwirkung vereinigt; durch diese Besonderheit der genossenschaftlichen Aufgaben wird aber die Verpflichtung zur Sorge für die Bildung von Geschäftsanteilen noch in hohem Grade verstärkt. Wie wir sahen, sind es die Angehörigen der weniger bemittelten Volksklassen, welche hauptsächlich in den Genossenschaften durch gemeinsame Operation zur Selbsthilfe befähigt werden sollen. Wollen dieselben, um einem wirtschaftlichen Bedürfnisse Abhilfe zu schaffen, ein selbständiges Geschäft gründen, dessen Inhaber sie sind, so müssen die einzelnen dazu angehalten werden, mindestens so viel an Mitteln und Kräften einzuschießen resp. zur Verfügung zu stellen, daß dadurch einerseits die Anfänge der eigenen Kapitalbildung, andererseits gewisse Garantien für das weitere planmäßige Fortschreiten derselben gegeben sind. Lasse man bei den zu diesem Zweck einzuwerfenden wöchentlichen oder monatlichen Beisteuern ein Minimum zu, welches auch der gewöhnliche Arbeiter zu erschwingen vermag - erlassen kann man sie nicht - wie schwer auch manchem die Leistung fallen mag. Gerade das Ermannen, das Sichzusammenfassen, welches dazu gehört, gibt ihr noch einen anderen, als den bloß materiellen Wert. Je mehr man besonders während der ersten Anfänge in den materiellen Geschäftsunterlagen zurücksteht, um so mehr muß die sittliche Basis der Einigung gepflegt werden. Und dies geschieht eben durch die Nötigung, die sich jeder Beitretende zu regelmäßigen Kontributionen selbst auferlegt, um Mitinhaber des Geschäftes zu werden. Im voraus für die Aufbringung des Geldes sorgen, um in der Reihe der Genossen in Erfüllung der übernommenen Pflicht nicht zurückzustehen, sich, wenn es darauf ankommt, einen auch erlaubten Genuß für den Augenblick zu versagen, um

einen Halt für die Zukunft zu gewinnen, das erfordert Einsicht und Energie, und ohne die Pflege dieser beiden, ohne das Vorhandensein eines solchen sittlichen Fonds im Kreise der ihr Angehörigen gedeiht keine Genossenschaft. Hier seine Befähigung durch die Tat zu beweisen und somit die Probe der Tauglichkeit für seine Zulassung abzulegen, dazu bietet dem einzelnen nichts eine bessere Gelegenheit, als die Einrichtung dieser regelmäßig wiederkehrenden Ratenzahlungen, die zugleich an Ordnung und Pünktlichkeit im eigenen Haushalt gewöhnen. Wer sie nicht lästen will, dem gebricht es an den sittlichen, dem, der es nicht kann, an den wirtschaftlichen Voraussetzungen, ohne welche die Selbsthilfe durch die Genossenschaft nicht zu realisieren ist".

Eine gegensätzliche Auffassung über die Schaffung von Geschäftsanteilen bei genossenschaftlichen Kreditinstituten vertrat R a i f f e i s e n. Seine Darlehnskassen-Vereine kannten ursprünglich Geschäftsanteile überhaupt nicht. Ihr Kreditgeschäft vollzog sich ausschließlich auf der Grundlage von Fremdkapital, das den Instituten infolge der unbeschränkten Haftpflicht der Mitglieder zur Verfügung gestellt wurde. Raiffeisen teilte nicht die Bedenken Schulze-Delitzschs gegen eine mögliche Inanspruchnahme aus der solidaren Haftung und traf deshalb auch keinerlei Vorkehrungen, um die Kreditaufnahme durch einen Aufbau von Geschäftsguthaben zu ersetzen¹⁾. Diese Form der Eigenkapitalbildung wurde von Raiffeisen nicht für notwendig, ja sogar für schädlich gehalten, was er mit den besonderen Verhältnissen der ländlichen Kreditgenossenschaften erklärte²⁾:

"Die hier in Betracht kommenden ländlichen Verhältnisse sind ganz andere, als diejenigen der Städte. Die Familienväter einer Gemeinde oder Pfarrei treten, wie wir zuvor gesehen haben, zu einem Verein zusammen. Da dieselben mit ihrem

1) Vgl. Raiffeisen, F.W., a.a.O., S. 56 ff.; Seelmann-Eggebert, E.L., a.a.O., S. 117 ff.

2) Raiffeisen, F.W., a.a.O., S. 58

ganzen Vermögen, also mit Haus, Hof, sämtlichen Ländereien und dem sehr wertvollen Mobiliar, Vieh usw. hatten, so ist, selbst wenn auch Schulden vorhanden sind, die Garantie eines solchen Vereins außerordentlich groß und nur ein verschwindend kleiner Teil der garantierten Gesamtsummen zur Befriedigung des Geldbedürfnisses der Mitglieder erforderlich. Die Geschäftsanteile können also bei den ländlichen Darlehnskassen-Vereinen in bezug auf die Begründung des Kredites sehr gut entbehrt werden. Vermögen ist durchschnittlich auf dem Lande noch genügend vorhanden, es fehlt nur an barem Gelde. Um dieses zu beschaffen, werden die Vereine gegründet".

Gegenüber der ethischen Begründung einer Ansammlung von Geschäftsguthaben wandte Raiffeisen ein, daß die Mitglieder durch die Ermöglichung der ratenweisen Rückzahlungen von Krediten stärker zur Sparsamkeit angeregt würden als durch den Zwang zur Einzahlung von Geschäftsguthaben, zumal sich eine sittliche Handlung immer nur auf eine freie Willensentscheidung gründen könne, wie sie bei einer obligatorischen Ansammlung von Geschäftsguthaben nicht gegeben sei¹⁾. Was die wirtschaftliche Bedeutung der Geschäftsanteile betraf, zog Raiffeisen neben der unbeschränkten Haftpflicht das Reservekapital den Geschäftsguthaben vor, da das erstere von der Mitgliederbewegung unabhängig ist²⁾. Daraus ergibt sich, daß die ländlichen Darlehnskassen nicht grundsätzlich auf jede Eigenkapitalbildung verzichteten. Abgelehnt wurde die Schaffung eines Grundkapitals in Gestalt von Einzahlungen auf besondere Geschäftsanteile, befürwortet wurde dagegen die Ansammlung von Rücklagen aus erzielten Gewinnen zu einem unverteilbaren Vereinsvermögen. Wir wollen deshalb nunmehr auf die Bedeutung der Rücklagenbildung eingehen, wie sie von den beiden Begründern des deutschen Genossenschaftswesens gesehen wurde.

1) Vgl. Raiffeisen, F.W., a.a.O., S. 59

2) Vgl. ebenda, S. 60

Der Geschäftsgewinn sollte nach Auffassung Schulze-Delitzschs den Mitgliedern gehören. Ein Teil war als Kapitaldividende auf die Geschäftsguthaben bestimmt und wurde entweder in der Genossenschaft einbehalten und zur Auffüllung der Geschäftsanteile verwandt oder bei Volleinzahlung der Geschäftsanteile an die Mitglieder ausgeschüttet. Der andere Teil sollte der Dotierung eines "Reservefonds" dienen, d.h. eines im Gegensatz zu den Geschäftsguthaben von Mitgliederaustritten unabhängigen, der Genossenschaft selbst gehörigen Kapitals. Die besondere Aufgabe dieses Reservekapitals sollte im Verlustausgleich bestehen¹⁾. Bei Auflösung der Kreditgenossenschaft war die Verteilung der Reserven unter die Mitglieder vorgesehen. Als angemessene Höhe des Reservefonds hielt Schulze-Delitzsch 5 bis maximal 10 % des Gesamtkapitals²⁾.

Eine unterschiedliche Meinung über die Gewinnverwendung vertrat Raiffeisen. Die Geschäftsgewinne seiner Darlehnskassen sollten weder als Dividende an die Mitglieder ausgeschüttet, noch als Geschäftsguthaben der Mitglieder einbehalten werden. Er wollte jede Gewinnverteilung an die Genossenschafter ausschließen und bestimmte, daß der gesamte Gewinn einem Reservefonds zugeführt werde. Dieser Reservefonds sollte ein gemeinschaftliches, unteilbares, nicht dem Wechsel unterworfenen Vermögen bilden (Raiffeisenscher Stiftungsfonds)³⁾. Sein besonderes Kennzeichen besteht darin, daß die Mitglieder auch bei Auflösung der Genossenschaft keine Teilung verlangen können. In diesem Falle sollte das Vereinsvermögen an sicherer Stelle angelegt werden, bis zu einem späteren Zeitpunkt ein neuer Darlehnskassenverein im gleichen Bezirk das unverteilbare Vereinsvermögen übernehmen konnte³⁾. Raiffeisen sah die

1) Vgl. Schulze-Delitzsch, H., a.a.O., S. 144

2) Vgl. ebenda, S. 146

3) Vgl. Raiffeisen, F.W., a.a.O., S. 91 f., §14.;
Seelmann-Eggebert, E.L., a.a.O., S. 129 ff.

Ansammlung des Reservefonds bis zur Höhe des erforderlichen Gesamtkapitals vor. Wurde diese Höhe erreicht, d.h. konnte die Genossenschaft ihre Kredite aus eigenen Mitteln gewähren, durften weitere Gewinne und Zinsen des Vereinsvermögens für gemeinnützige Zwecke des Bezirks verwendet werden. Wie Seelmann-Eggebert¹⁾ ausführt, vereinigten sich beim Raiffeisen'schen Reservefonds wirtschaftlich-praktische Gedankengänge eines möglichen Verlustausgleichs mit charitativ-gemeinnützigen Gedankengängen einer gemeindlichen Wohlfahrtspflege. Trotz der positiven Einstellung Raiffeisens zu dieser Form der Eigenkapitalbildung bei den Darlehnskassen dürfen die praktischen Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung nicht überschätzt werden. Infolge der relativ kleinen Bezirke, niedriger Mitgliederzahlen und des langsamen Kapitalumschlags blieben die tatsächlichen Gewinne der ländlichen Kreditgenossenschaften relativ bescheiden.

Die Bestrebungen der Genossenschaften, die eigene Rechtsfähigkeit zu erlangen, führten zur gesetzlichen Regelung des Genossenschaftswesens, die unter maßgeblicher Mitarbeit Schulze-Delitzschs zustande kam. 1867 wurden das Preußische Genossenschaftsgesetz geschaffen, 1868 folgte dasjenige für den Norddeutschen Bund, das 1871 auf das gesamte deutsche Reichsgebiet ausgedehnt wurde. Eine gründliche Neubearbeitung erfuhr das Genossenschaftsgesetz 1889. Die damalige Fassung besitzt bis heute Gültigkeit. Hinsichtlich der Eigenkapitalausstattung bestimmte das Gesetz, daß die Höhe des Geschäftsanteils in der Satzung ziffernmäßig bestimmt sein muß, ohne selbst eine Unter- oder Obergrenze zu nennen²⁾, sowie ferner, daß ein gesetzlicher Reservefonds zu bilden sei, welcher zum Ausgleich eines aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes zu dienen hat³⁾. Damit waren für eine Genossenschaft, die durch Ein-

1) Vgl. Seelmann-Eggebert, E.L., a.a.O., S. 134

2) § 7 Nr. 2 GenG

3) § 6 Nr. 4 GenG

tragung in das Genossenschaftsregister die rechtliche Selbständigkeit erlangen wollte¹⁾, beide Formen der Eigenkapitalbildung, der Schaffung eines Grundkapitals sowie die Ansammlung von Rücklagen verbindlich vorgeschrieben. Raiffeisen mußte auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen bei seinen Darlehnsvereinen Geschäftsanteile einführen, ohne jedoch hinsichtlich deren Zweckmäßigkeit sein Urteil revidiert zu haben. Das Normalstatut setzte die Höhe des Geschäftsanteils auf 10 Mark mit einer monatlichen Einzahlung von 25 Pfennig fest²⁾.

Das unterschiedliche Gewicht, das, wie wir zeigten, in der Entstehungsperiode der Kreditgenossenschaften bei städtischen Vorschußvereinen und ländlichen Darlehnskassen auf die Eigenkapitalbildung gelegt wurde, spiegelt sich recht deutlich in der tatsächlichen Entwicklung der Eigenkapitalverhältnisse wider.

Das Hauptgewicht der Eigenkapitalbildung der gewerblichen Kreditgenossenschaften liegt, wie die folgende Tabelle zeigt, auf den Geschäftsguthaben. Das Eigenkapital beträgt in dem Zeitraum von der Gründung des ersten Vorschußvereins bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs durchschnittlich ein gutes Fünftel der Bilanzsumme (22 %). Der Anteil des Eigenkapitals bezogen auf das Fremdkapital stieg bis maximal 36 % an, überschritt also ein Drittel, ohne jedoch die Hälfte zu erreichen, wie das Schulze-Delitzsch für ältere Volksbanken gefordert hatte.

Bei den ländlichen Kreditgenossenschaften dominiert bei der Eigenkapitalbildung, wie die Tabelle zeigt, eindeutig die Dotierung des Reservefonds. Der Erlaß des Genossenschaftsgesetzes 1889 vermochte die ursprüngliche Eigenkapitalstruktur der Raiffeisenkassen nicht wesentlich zu verändern. Die Eigenkapitalausstattung insgesamt liegt in dem betrachteten Zeitraum zwischen 3 und 6 % der Bilanzsumme.

1) §§ 13, 17 GenG

2) Vgl. Raiffeisen, F.W., a.a.O., S. 86

Gewerbliche Kreditgenossenschaften
(in Tausend Mark)

Jahr	Zahl d. Mitglie- derzahl Gen.	Geschäftsgut- haben	Reserven	Eigenkapi- tal insges. vH d. Bills.	Eigenkapital in vH. d. Fremd- kapitals
1855	6	1 532	2	14	12,0
1860	133	31 603	201	1 587	22,1
1865	498	169 595	1 229	14 558	27,5
1870	740	314 656	3 643	43 990	33,6
1875	815	418 251	8 428	91 970	23,0
1880	906	460 656	16 398	118 427	33,5
1885	896	458 080	21 581	129 422	33,2
1890	1072	518 003	28 475	145 555	33,2
1895	1068	525 748	37 694	163 485	36,0
1900	975	555 049	49 253	198 670	31,7
1905	1020	586 595	72 091	256 794	28,7
1910	1035	645 342	99 711	335 455	28,3
1913	1066	695 367	119 535	385 800	28,5

Quelle: Die Stellung der Kreditgenossenschaften in der deutschen Bankwirtschaft, Veröffentlichungen des Genossenschaftlichen Giroverbandes der Dresdener Bank, Heft 7 Februar 1928, S. 10 - 11

Ländliche Kreditgenossenschaften

Jahr	Zahl der Genossenschaften	Mitgliederzahl	Geschäftsguthaben in Tsd. Mark	Reserven	Eigenkapital insgesamt	Eigenkapital in vH d. Bilanzsumme
1865	2	592	3	3	6	5,8
1870	20	649	3	16	19	4,8
1875	63	10 995	34	126	160	6,1
1881	121	13 220	131	153	284	5,8
1885	245	24 466	201	409	610	6,1
1892	713	62 027	473	1 180	1653	4,9
1894	980	.	686	1 857	2543	5,1
1900	2983	265 742	2 097	4 977	7074	3,4
1905	3850	371 789	3 100	10 025	13125	3,3
1910	4165	444 260	4 140	18 081	22221	3,4
1913	4415	482 868	4 487	25 353	29841	3,7

Quelle: Die Stellung der Kreditgenossenschaften in der Deutschen Bankwirtschaft, a.a.O., S. 22 - 23

Gewerbliche Kreditgenossenschaften ¹⁾

Jahr	Zahl der Genossenschaften	Geschäftsguthaben	Rücklagen	Eigenkapital	Eigenkapital in vH der Bilanzsumme
			(Mio M bzw. RM)		
1913	1 493	298	133	431	20,0
1925	1 170	88	45	133	19,1
1929	1 356	213	80	293	15,1
1930	1 361	226	90	316	15,6
1931	1 308	217	93	310	17,7
1932	1 300	204	91	295	18,3

Ländliche Kreditgenossenschaften ¹⁾

Jahr	Zahl der Genossenschaften	Geschäftsguthaben	Rücklagen	Eigenkapital	Eigenkapital in vH der Bilanzsumme
1913	15 830	41	86	127	4,3
1925	18 445	40	47	87	8,5
1929	18 826	65	79	144	5,7
1930	17 655	74	98	172	6,5
1931	18 633	76	100	176	6,5
1932	18 882	71	97	168	6,9

1) Untersuchung des Bankwesens 1933, II. Teil Statistiken, S. 50-61

Über die Eigenkapitalentwicklung der Zeit von 1913 bis 1932 gibt uns wiederum das Material der Bankenquete von 1933 Aufschluß. Die Inflation zerstörte bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften 70 % des Eigenkapitals von 1913. Das Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme veränderte sich nicht wesentlich, da das Fremdkapital ebenfalls erheblich reduziert worden ist. 1930 betrug das Eigenkapital wieder 73 % der Vorkriegszeit. Da die Volksbanken vom Auslandsrun nicht betroffen wurden, hielten sich die Verluste der Bankenkrise in Grenzen. Sie betrugen 6,7 %. Da die Fremdkapitalverluste das Vierfache betrugen, verkürzte sich die Bilanzsumme stärker als die Eigenkapitalsumme, so daß sich eine gestiegene Eigenkapitalquote ergab. Das Verhältnis von Eigenkapital und Bilanzsumme erreichte 1932 rd. 18 %, die Relation Eigenkapital zu Fremdkapital 23 %. Gegenüber der Vorkriegszeit war ein Eigenkapitalverlust von 136 Millionen Mark, d.h. 32 % des Ausgangsbetrages festzustellen.

Ein etwas anderes Bild ergab sich bei den ländlichen Kreditgenossenschaften. Die Inflation zerstörte 30 % ihrer relativ geringen Eigenkapitalausstattung. Diese Verluste gingen ausschließlich zu Lasten der Rücklagen. Da sich das eigentliche Geschäftskapital, die fremden Mittel, wesentlich stärker reduzierte, konnte sich die Eigenkapitalquote von 4,3 auf 8,5 % erhöhen. 1930 betrug das Eigenkapital 135 % gegenüber der Vorkriegszeit, wobei jedoch zu berücksichtigen bleibt, daß 94 % des Geschäftskapitals auf fremde Mittel entfielen. Die Bankenkrise berührte die festgefügte dörfliche Gemeinschaft der Raiffeisenkassen vergleichsweise gering. Die Verluste der über 18.000 Spar- und Darlehnskassen betrugen nur 4 Mio RM. Insgesamt gesehen hat sich bei dieser größten Gruppe der deutschen Kreditorganisation das Eigenkapital von 1913 bis 1932 um 41 Mio Mark, d.h. 32 % erhöht, gleichzeitig stieg die Eigenkapitalquote von 4 auf 7 % an, was als ein Zeichen für die wachsende Bedeutung der eigenen Mittel bei den ländlichen Kreditgenossenschaf-

ten gewertet werden kann. Die Inflationszeit und die Krise hatten die Erkenntnis von der Wichtigkeit eines eigenen Risikopuffers wachsen lassen.

Nach den vorangegangenen Untersuchungen können wir unser Ergebnis über die Bedeutung des Eigenkapitals bei den Kreditgenossenschaften nunmehr zusammenfassen. Wir haben festgestellt, daß sich das ursprüngliche Ziel der gewerblichen Kreditgenossenschaften, ihre Geschäftstätigkeit mit der Zeit ganz auf dem Eigenkapital aufzubauen, nicht erfüllt hat. Eigenkapital erlangte nicht die Stellung eines maßgeblichen Geschäftskapitals, entwickelte sich aber entsprechend den späteren Forderungen Schulze-Delitzschs zu einem beachtlichen Garantiekapital. Bei den ländlichen Kreditgenossenschaften blieb die Eigenkapitalbildung anfänglich auf die Alimentierung aus den nicht sehr hohen Gewinnen beschränkt. Sie wurde nach Erlaß des Genossenschaftsgesetzes durch eine begrenzte Ansammlung von Geschäftsguthaben erweitert. Das Eigenkapital hatte bei den Spar- und Darlehnskassen von Anfang an die Aufgabe eines zusätzlichen Garantiekapitals, während die primäre Haftungsgrundlage die unbeschränkte Haftpflicht der Mitglieder blieb. Ähnlich wie bei den Sparkassen bestehen auch bei den Kreditgenossenschaften gesetzliche, satzungsmäßige und andere Vorschriften, die das Kreditrisiko einschränken sollen. Dazu zählen u.a. die Beschränkung der Gewährung von Krediten auf Mitglieder der Genossenschaften¹⁾, die weitergehende Pflichtprüfung²⁾, die obligatorische Angehörigkeit zu einem Prüfungsverband³⁾ sowie die Bestimmungen der Kreditrichtlinien des Deutschen Genossenschaftsverbandes. Ferner verfügen Kreditgenossenschaften über einen Liquiditätsrückhalt bei ihren Zentralkassen. Verglichen mit den Sparkassen erfolgt die Sicherung der Gläubiger jedoch in weit stärkerem Umfange durch das

1) § 8 GenG
2) § 53 GenG
3) § 54 GenG

Eigenkapital der genossenschaftlichen Institute.

Wie unterschiedlich die historischen Ausgangspunkte in der Einschätzung des Eigenkapitals bei den verschiedenen Bankengruppen auch gewesen sein mögen, so läßt sich doch seit den dreißiger Jahren nach Inflation und Krise eine bemerkenswerte Übereinstimmung über die wichtigste Funktion des Bankeigenkapitals konstatieren. Ob Eigenkapital ursprünglich als das maßgebliche Geschäftskapital angesehen wurde wie bei Privatbankiers und Aktienbanken, ob dieses Ziel im Laufe der Geschäftstätigkeit angestrebt wurde wie bei den Volksbanken oder, ob im Eigenkapital lediglich ein zusätzliches Garantiekapital neben Gewährträgerhaftung, Anlagevorschriften und unbeschränkter Haftpflicht gesehen wurde wie bei den Sparkassen und ländlichen Kreditgenossenschaften, im Zuge der bankmäßigen Entwicklung haben sich die unterschiedlichen Standpunkte einander angenähert. Ebenso wie bei allen genannten Bankengruppen der Zug zur Universalbank unverkennbar war, so hatte sich auch die **G a r a n t i e f u n k t i o n** als die bestimmende Aufgabe des Eigenkapitals herausgebildet.

Die nahezu vollständige Gründung des Bankgeschäfts auf dem Eigenkapital bildete das Charakteristikum der Anfangsperiode des Bankwesens. Diese wurde durch ein eng spezialisiertes Aufgabengebiet gekennzeichnet. So waren unsere Banken in neuerer Zeit zunächst Wechselbanken, die von der Vielseitigkeit des Münzwesens in Deutschland profitierten und zusätzlich Warengeschäfte ausführten; mit Aufkommen der Aktienbanken entstanden die Effektenbanken, die vorwiegend das Emissions- und Gründungsgeschäft betrieben; schließlich entwickelte sich um die Wende des 19. Jahrhunderts die moderne Kreditbank mit universeller Geschäftstätigkeit. Durch Krieg und Inflationszeit beschleunigt lösten sich Sparkassen und Kreditgenossenschaften aus ihrer anfänglichen Spezialisierung und wuchsen unter Wahrung von Art-

eigenheiten ebenfalls in den erweiterten Geschäftskreis hinein. Für die gestiegenen Aufgaben des Kreditwesens war die Eigenkapitaldecke zu kurz geworden. Da sich inzwischen ein gut eingespielter Kreditapparat entwickelt hatte, der seine Liquidität aus dem Einlagen- und Kreditaufnahme-geschäft bezog, um sie aus Rentabilitätserwägungen im Kredit- und Anlagegeschäft bis zur Höhe wieder zu vermindern, bei der das Gleichgewicht der Zahlungsströme gewahrt blieb, war gegen eine grundsätzliche Fundierung des laufenden Geschäfts mit Fremdkapital nichts mehr einzuwenden. Diese entsprach der höheren Entwicklungsstufe der Kreditwirtschaft. Die Finanzierungsfunktion für die reguläre Geschäftstätigkeit war auf das Fremdkapital, insbesondere die Einlagen, übergegangen. Das Eigenkapital hatte dagegen in Zukunft zu garantieren, daß der universelle Bankleistungsprozeß sich reibungslos vollzog, hatte dort einzuspringen, wo sich fristen- und betragsmäßige Ungleichgewichte zwischen Mittelaufkommen und Mittelverwendung entwickelten und mußte groß genug sein, um tatsächlich entstehende Verluste absorbieren zu können. Seine Finanzierungsfunktion beschränkte sich zukünftig auf die Schaffung der sachlichen Voraussetzungen bei Begründung der Geschäftstätigkeit sowie auf die Durchführung besonders risikoreicher geschäftlicher Transaktionen, für die langfristige Fremdfinanzierungsmittel zweckmäßigerweise nicht eingesetzt werden können. Sinn dieser entwicklungsgeschichtlichen Untersuchungen war es, zu zeigen, daß sich die Aufgaben des Eigenkapitals zwar teilweise gewandelt haben, geringer geworden sind sie jedoch nicht. Das Bankeigenkapital ist und bleibt, wie der nächste Abschnitt zeigen wird, als Garantiekapital, spezielles Geschäftskapital und Repräsentationskapital Ausgangspunkt und Richtgröße für die Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute.

C. Das Eigenkapital als Ausgangspunkt und Richtgröße für die Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute in seiner gegenwärtigen Bedeutung

I. Die Bedeutung des Eigenkapitals für die Aufnahme der Geschäftstätigkeit

Die Geschäftsaufnahme eines Kreditinstituts setzt sich aus einem primär rechtlichen Vorgang (dem Gründungsakt) und einem wirtschaftlich-organisatorischen Vorgang, der sich über einen bestimmten Zeitraum erstreckt (der Errichtungsperiode), zusammen.¹⁾ Die Errichtungsperiode ist geschäftspolitisch gesehen nicht bereits bei Erlangung der Betriebsbereitschaft, d.h. bei Schaltereröffnung, beendet, sondern umfaßt auch die Anlaufzeit, die das Kreditinstitut benötigt, um in das anfangs geplante Geschäftsvolumen hineinzuwachsen. Gründungsakt und Errichtungsperiode eines Kreditinstituts sind mit bestimmten Finanzierungsentscheidungen, insbesondere im Hinblick auf die Höhe der Eigenkapitalausstattung verbunden.

Formalrechtlich entsteht eine Unternehmung durch Abschluß eines Gesellschaftsvertrages bzw. Aufstellung einer Satzung und Eintragung in das Handelsregister. Die wichtigste Entscheidung des Gründungsvorganges bildet die Wahl der Rechtsform, mit der zugleich über die Art der Eigenkapitalaufbringung bestimmt wird. Die Höhe des Eigenkapitals wird im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung nominiert. Dafür sind zunächst die gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen über die Mindesthöhe des Eigenkapitals heranzuziehen. Für die Einzelunternehmung und die Personengesellschaften gibt es keine Mindestvorschriften. Die Gründung der Einzel-

1) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 13 f., Beckmann, L.-Pausenberger, E., a.a.O., S. 13 f.

unternehmung erfolgt in der Regel formlos, die Höhe des Eigenkapitals variiert nach Betriebsgröße und Branche. Die Gesellschaftsverträge der Personengesellschaften können ebenfalls formlos abgeschlossen werden. Sie enthalten die Höhe der Kapitaleinlagen der Gesellschafter, die frei festgesetzt werden können¹⁾. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung bedarf des Abschlusses in gerichtlicher oder notarieller Form²⁾. Das Stammkapital muß eine Mindesthöhe von 20 000 DM haben³⁾, wovon 25 % sofort einzuzahlen sind⁴⁾. Die Stammeinlage jedes Gesellschafters hat mindestens 500 DM zu betragen⁵⁾. An besonders strenge Formvorschriften ist der Gründungsvorgang der Aktiengesellschaften gebunden. Die Satzung, die durch gerichtliche oder notarielle Beurkundung festgestellt werden muß, hat u.a. die Höhe des Grundkapitals sowie die Nennbeträge der einzelnen Aktien und gegebenenfalls auch deren Gattung zu enthalten⁶⁾. Der Mindestnennbetrag des Grundkapitals beträgt 100 000 DM⁷⁾, von denen wenigstens 25 % und ein eventuelles Agio einzuzahlen sind⁸⁾. Der Nominalwert einer Aktie darf nicht unter 100 DM festgesetzt werden⁹⁾. Gesetzliche Mindestkapitalvorschriften, die von der Rechtsform eines Unternehmens abhängig sind und für sämtliche Wirtschaftszweige gelten, finden sich, wie gezeigt wurde, nur bei den Kapitalgesellschaften. Der Regierungsentwurf für ein neues Aktiengesetz hält an dem Mindestnennbetrag von 100 000 DM fest¹⁰⁾. Ursprünglich war durch das Aktiengesetz von 1937 ein Mindestnennbetrag von 500 000 RM vorgeschrieben worden, um die Rechtsform der Aktiengesellschaft auf Unternehmungen mit breiter Kapitalbasis zu beschränken. Umfangreiche Kapitalverluste

1) Vgl. Sudhoff, H., Der Gesellschaftsvertrag der Personengesellschaften, München und Berlin 1959, S. 67 f.

2) §§ 2 Abs. 1 GmbHG

3) §§ 5 Abs. 1 GmbHG

4) §§ 7 Abs. 2 GmbHG

5) §§ 5 Abs. 1 GmbHG

6) §§ 16 Abs. 1 und Abs. 3 Ziffer 3 und 4 AktG

7) §§ 7 Abs. 1 AktG

8) §§ 28 Abs. 2 Satz 2 AktG

9) §§ 8 Abs. 1 AktG

10) §§ 7 RegE AktG

der Aktiengesellschaften führten zur Herabsetzung des Mindestbetrages auf 100 000 DM im Zuge der DM-Bilanzgesetzgebung¹⁾. Anregungen, den Mindestnennbetrag wieder auf 500 000 DM zu erhöhen, die in der Reformdiskussion des neuen Aktienrechts vom Deutschen Industrie- und Handelstag und vom Bundesverband des privaten Bankgewerbes vorgebracht wurden, hat der Gesetzgeber nicht aufgegriffen.

Für die Gründung von Kreditinstituten gelten neben den Bestimmungen kreditwirtschaftlicher Spezialgesetze²⁾ die allgemeinen Vorschriften des Kreditwesengesetzes über die Zulassung zum Geschäftsbetrieb³⁾. Die Verankerung der Konzessionspflicht für das Betreiben von Bankgeschäften, durch die der Grundsatz der Gewerbe-freiheit in der Bankwirtschaft aufgehoben wird, bildet ein wesentliches ordnungspolitisches Element des 1934 geschaffenen Kreditwesengesetzes⁴⁾. Durch das Erfordernis einer staatlichen Erlaubnis sollte bereits die Gründung unsolider Kreditinstitute weitgehend unmöglich gemacht werden. In dem Erlaubnisverfahren sahen die gesetzgebenden Instanzen ein wirksames Mittel, das Eindringen ungeeigneter Personen oder unzulänglich fundierter Unternehmen in das Bankgewerbe zu verhindern und so späteren

1) § 60 Abs. 1 D-Markbilanzgesetz vom 21.8.1949 (WiGBI 279)

2) Z.B. für Hypothekenbanken § 1 Abs. 1 HypBkG, wonach nur Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien das Geschäft einer Hypothekenbank betreiben dürfen und zur Ausübung ihres Geschäftsbetriebs der staatlichen Genehmigung bedürfen. Für öffentliche Sparkassen in Hessen gilt z.B. § 1 Abs. 2 HessSpG, der deren Errichtung von der Genehmigung der obersten Sparkassenaufsichtsbehörde abhängig macht. § 2 Abs. 2 des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften schreibt vor, daß einer Investmentgesellschaft die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb nur dann erteilt werden soll, wenn das Nennkapital nicht weniger als 500 000 DM beträgt.

3) §§ 32-38 KWG

4) § 3 KWG 1934 und 1939; Vorläufer war das "Gesetz über Depot- und Depositengeschäfte" vom 26. Juni 1925 (RGBl I S.89), das eine allgemeine Genehmigungspflicht für den Betrieb von Bankgeschäften vorsah.

Bankinsolvenzen und Vertrauensstörungen des gesamten Wirtschaftszweiges vorzubeugen¹⁾. Das geltende Kreditwesengesetz hält an dem Konzessionsprinzip fest, und bestimmt in § 32 Abs. 1:

"Wer im Geltungsbereich dieses Gesetzes Bankgeschäfte in dem in § 1 Abs. 1 bezeichneten Umfang betreiben will, bedarf der schriftlichen Erlaubnis des Bundesaufsichtsamtes".

Die Versagungsgründe, bei deren Nichtvorliegen der Antragsteller einen Rechtsanspruch auf Erlaubniserteilung hat, sind in § 33 KWG erschöpfend aufgezählt²⁾:

1. Fehlen der zum Geschäftsbetrieb erforderlichen Mittel
2. Mangelnde Zuverlässigkeit der Antragsteller oder Geschäftsleiter
3. Fehlende fachliche Eignung der Inhaber oder Geschäftsleiter

Im Zusammenhang mit dieser Arbeit ist der erste Versagungsstatbestand von Bedeutung. Das Bundesaufsichtsamt darf die Erlaubnis dann versagen,

"wenn die zum Geschäftsbetrieb erforderlichen Mittel, insbesondere ein ausreichendes haftendes Eigenkapital, im Geltungsbereich dieses Gesetzes nicht zur Verfügung stehen"³⁾.

Da Eintragungen in öffentliche Register nur vorgenommen werden dürfen, wenn dem Registergericht die erforderliche Erlaubnis nachgewiesen wird⁴⁾, bedürfen sämtliche Kredit-

1) Vgl. Begr. zum RegE (BT-Drucksache 1114, 3 WP), Allgemeiner Teil, KWG

2) Begr. zu § 32 RegE KWG

3) § 33 Abs. 1 Ziffer 1 KWG; vgl. § 4 Abs. 1c KWG 1939

4) § 43 Abs. 1 KWG

institute bei ihrer Gründung, unabhängig von ihrer Rechtsform, eines ausreichenden haftenden Eigenkapitals. Der Gesetzgeber spricht im Zusammenhang mit der Zulassung zum Geschäftsbetrieb von einem "ausreichenden haftenden Eigenkapital", während er in Verbindung mit der laufenden Geschäftstätigkeit ein "angemessenes haftendes Eigenkapital" zur Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern, insbesondere zur Sicherheit der anvertrauten Vermögenswerte verlangt¹⁾. Zu fragen ist deshalb, welche ursprüngliche Eigenkapitalausstattung bei Kreditinstituten als ausreichend anzusehen ist. In der amtlichen Begründung zum KWG heißt es dazu²⁾:

"Zur Eröffnung eines Kreditinstituts sind angemessene eigene Mittel erforderlich, die im Inland verfügbar sein müssen. Die unterschiedlichen Verhältnisse im Kreditgewerbe machen es unmöglich, ein Mindestkapital einheitlich vorzuschreiben. Es muß daher der Praxis der Bankenaufsicht überlassen bleiben, Grundsätze für die Anfangskapitalausstattung in den einzelnen Zweigen des Kreditgewerbes herauszubilden".

Die Entscheidung über die Höhe des Gründungskapitals lag damit beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, das nach eigenem Ermessen unter Berücksichtigung der entsprechenden Bankengruppe und des Einzelfalls bei Neugründungen zu entscheiden hatte. Die Haltung des Bundesaufsichtsamtes in dieser Frage wurde 1963 von dem Leiter der Grundsatzabteilung erläutert³⁾:

"Der Ablehnungsgrund des nicht ausreichenden Kapitals (§ 33 Abs. 1 Nr. 1) mußte vom Bundesaufsichtsamt näher konkretisiert werden, weil das Gesetz wegen der ver-

1) § 10 Abs. 1 KWG

2) Begr. zu § 32 RegE KWG

3) Schork, L., Zwischenbilanz der Bankaufsichtsreform II, in: ZfK 1963, S. 529

schiedenartigen Struktur des deutschen Kreditgewerbes kein Mindestanfangskapital nennt. Das Bundesaufsichtsamt hält für die Errichtung eines Kreditinstituts, das Einlagen annimmt, im Hinblick auf die üblichen Anfangsverluste und die Konkurrenzsituation im Kreditgewerbe und unter Berücksichtigung der erhöhten Schutzbedürftigkeit der Publikumsgelder ein Mindestanfangskapital von 1 Mill. DM für erforderlich. Für Kreditinstitute ohne Einlagengeschäft genügen 500 000 DM".

Im Gegensatz zum Kreditwesengesetz enthalten zwei kreditwirtschaftliche Spezialgesetze Mindestkapitalbestimmungen. Für Hypothekenbanken heißt es in § 2 Abs. 2 HypbkG:

"Der Mindestnennbetrag des Grundkapitals einer Hypothekenbank ist acht Millionen Deutsche Mark". In der amtlichen Begründung dieses Gesetzes wird hierzu ausgeführt¹⁾:

"§ 2 Abs. 2 stellt für die Hypothekenbanken ein Zulassungserfordernis auf, das über § 32 Abs. 1 Nr. 1 KWG hinausgeht. Die Bestimmung des Entwurfs entspricht der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Hypothekenbanken und den hohen Anforderungen, die an diese im Hinblick auf ihre Eigenschaft als Daueremittenten von Schuldverschreibungen gestellt werden müssen. Sie verhindert das Auftreten von Anlaufschwierigkeiten bei neu zugelassenen Banken, insbesondere die Notwendigkeit der Hereinnahme zweifelhafter Deckungswerte oder zu vieler Ersatzdeckungswerte, und ermöglicht den Banken in Zeiten eines schwachen Rentenmarktes die im Interesse der Pfandbriefgläubiger liegende Kurspflege".

Das Investmentgesetz enthält neben der Forderung eines "ausreichenden Nennkapitals" für Kapitalanlagegesellschaften, die ausschließlich in den Rechtsformen der AG oder GmbH

1) Besonderer Teil, zu Artikel I, Nr. 1, S. 12

betrieben werden dürfen, eine Mindestkapitalvorschrift in Höhe von 500 000 DM¹⁾.

Schließlich soll noch die Mindestkapitalbestimmung wiedergegeben werden, die für Kreditinstitute gilt, die einen Zugang zum Privatkontomarkt anstreben²⁾:

"Als Akzeptbanken sind zum Privatkontomarkt nur solche Kreditinstitute zugelassen, deren haftendes Eigenkapital gemäß § 10 KWG - bei Privatbankiers einschließlich des vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen anerkannten freien Vermögens - grundsätzlich mindestens 3 Millionen DM beträgt".

Übereinstimmendes Merkmal der kreditwirtschaftlichen Mindesteigenkapitalvorschriften ist, daß sie ein Vielfaches der gesellschaftsrechtlichen Regelungen betragen.

Über Charakter und Bemessung des "ausreichenden haftenden Eigenkapitals" werden von den Kommentatoren des KWG übereinstimmende Auffassungen vertreten. Szagunn-Neumann³⁾ weisen darauf hin, daß der unterschiedliche Ausdruck darauf beruhe, daß ein "angemessenes" Kapital ein Maß brauche, ein solches Maß bei Aufnahme des Geschäftsbetriebs aber noch nicht vorhanden sei. Als ausreichend ist ihrer Meinung nach ein haftendes Eigenkapital anzusehen, "das für die bis zum Ende des ersten Jahres nach der Erlaubniserteilung beabsichtigte Ausdehnung des Geschäftsbetriebs angemessen ist. Nach diesem Zeitpunkt muß das Kreditinstitut ein angemessenes Eigenkapital im Sinne von § 10 KWG haben, das nie geringer als ein 'ausreichendes' Eigenkapital sein darf"³⁾. Szagunn-Neumann verlangen, daß sich das ausreichende Eigenkapital einmal aus einem absoluten Mindestbetrag sowie aus einem weiteren Betrag zusammen-

1) § 2 Abs. 2 Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften vom 16.4.1959 (BGBl I S. 378)

2) Merkblatt der Privatkont-Aktiengesellschaft vom 1. Oktober 1962

3) Szagunn, V.-Neumann, W., a.a.O., § 33 Anm. 11

setzt, der von dem Geschäftsumfang abhängig ist, welcher nach Anlaufen des Geschäfts erwartet wird¹⁾. Pröhl²⁾ sieht in dem "ausreichenden haftenden Eigenkapital" einen Bestandteil des Anfangskapitals, "das den Antragstellern die Aufnahme der bankgeschäftlichen Tätigkeit und ihre Fortführung für einen gewissen Zeitraum ermöglichen soll, ohne zwingend auf den Einfluß von fremden Mitteln, insbesondere in Gestalt von Einlagen, angewiesen zu sein". Das ursprüngliche Eigenkapital dient zunächst zur Ankurbelung des Geschäfts und wächst in seine Sicherungsaufgaben erst später hinein.

Das Eigenkapital der Errichtungsperiode eines Kreditinstituts ist ein echtes Betriebskapital³⁾. Zunächst dient es der Finanzierung der Sacheinlagen des neuen Instituts, d.h. der zum Geschäftsbetrieb notwendigen Geschäftsräume sowie der Geschäftseinrichtung. Die Finanzierungsfunktion des Eigenkapitals für dauernde Anlagen eines Kreditinstituts ist im Kreditwesengesetz ausdrücklich festgelegt worden. § 12 KWG bestimmt:

"Die dauernden Anlagen eines Kreditinstituts in Grundstücken, Gebäuden, Schiffen und Beteiligungen dürfen, nach den Buchwerten berechnet, zusammen das haftende Eigenkapital nicht übersteigen".

In der Literatur herrscht Übereinstimmung darüber, daß mit dieser Vorschrift nicht auf die Garantiefunktion des Eigenkapitals, sondern auf dessen Finanzierungsaufgabe abgestellt wurde⁴⁾. Zur Finanzierung der Grundstücke und

1) Szagunn, V.-Neumann, W., a.a.O., § 33 Anm. 12

2) Pröhl, H., Kreditwesengesetz, Peine 1962, § 33 Blatt 4

3) Eigenkapital wird in diesem Zusammenhang als "Arbeits- und Erwerbsgrundlage" (le Coutre) oder als "Errichtungsgrundlage" (Hagenmüller) bezeichnet; vgl. S. 166 bzw. 168

4) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 59; Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 334; Szagunn, V.-Neumann, W., a.a.O., § 12 Anm. 4; § 17 Abs. 2 KWG
1939

Gebäude, die dem eigenen Geschäftsbetrieb dienen, sowie zum Erwerb von Beteiligungen, die zur Sicherung der Geschäftsbeziehungen bestimmt sind, sollen die Kreditinstitute Eigenkapital heranziehen. Bei den erwähnten Gegenständen des Sach- und Finanzanlagevermögens handelt es sich erstens um langfristig gebundene Aktiva, für die deshalb langfristige Finanzierungsmittel bereitzustellen sind, und zweitens um schwer verwertbare und damit relativ illiquide Vermögensgüter, für die wiederum solche langfristigen Finanzierungsmittel beschafft werden müssen, die selbst keiner eigenen Liquiditätsvorsorge bedürfen. Diese Bedingungen erfüllt in idealer Weise das Eigenkapital. Dieses dient deshalb dazu, wie bereits der Schlußbericht der Bankenquete ausführte, die bei keinem Betrieb vermeidbaren Festlegungen von Aktiven zu decken¹⁾. Derartige Investitionen sind besonders typisch für die Errichtungsperiode. Sie sind ferner immer dann vorzunehmen, wenn eine Expansion der Geschäftstätigkeit geplant wird. Neben den dauernden Anlagen sind aus den eigenen Mitteln ferner die ersten Personalaufwendungen, die sachlichen Handlungskosten einschließlich der Einführungswerbung, Steuern und sonstige Abgaben sowie Zinsaufwendungen zu bestreiten. Grundsätzlich vollziehen sich auch die ersten Kreditgewährungen eines neugegründeten Instituts auf der Basis des Eigenkapitals, so daß die Forderung Hagenmüllers²⁾ gilt:

"Das anfängliche Eigenkapital eines Kreditinstituts sollte so groß sein, daß die Geschäfte zunächst ohne fremde Mittel getätigt werden können, denn bei Neugründung eines Kreditinstituts ist auch bei entsprechender vorhergehender Werbemaßnahmen nicht sofort mit umfangreichen Einlagen zu rechnen, und die Beschaffung aufgenommenen Gelder oder langfristiger Darlehen wird einem noch 'namenlosen' Institut ebenfalls kaum möglich sein".

1) Vgl. S. 81

2) Hagenmüller, R.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 16

In der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren der Kreis der Neugründungen indessen eng geworden. Bei Sparkassen, Volksbanken und Aktienbanken wird in erster Linie das Zweigstellennetz der bestehenden Institute ausgebaut. Zu Neugründungen kommt es einmal bei Spezialinstituten in der Rechtsform der AG oder GmbH, z.B. Teilzahlungsbanken, Investmentgesellschaften u.a. oder bei Privatbankfirmen. In den meisten Fällen sind dabei die Gründer der Wirtschaft bekannt, so daß die neuen Institute von Anfang an auch über langfristige Fremdmittel verfügen können. Die Bedeutung des ursprünglichen Eigenkapitals als Geschäftskapital ist vielleicht am stärksten von allen Kreditinstituten bei den privaten Hypothekenbanken ausgeprägt. Bei ihnen werden mit Hilfe des Eigenkapitals die ersten Hypotheken erworben, deren Vorhandensein Voraussetzung für die Pfandbriefemission ist¹⁾. Mit zunehmender Entwicklung der Geschäftstätigkeit gewinnt bei den Universalbanken das Einlagengeschäft immer mehr an Bedeutung und führt dazu, daß das geplante Geschäftsvolumen ausgefüllt wird. Dieser Zustand kann bei sehr günstigem Geschäftsverlauf schon am Ende des Rumpfgeschäftsjahres erreicht sein, üblicherweise ist die Anlaufzeit länger bemessen. Mit dem Hineinwachsen des Einlagenkapitals in die anfangs vorgesehene Kapazität tritt die Finanzierungsfunktion des Eigenkapitals, die für die Errichtungsperiode kennzeichnend war, zurück. Gleichzeitig übernimmt das Eigenkapital die Garantiefunktion für das nunmehr überwiegende Fremdkapital. Damit wiederholt sich am Ende der Entstehungsphase eines neuen Kreditinstituts ein Wandel in der Hauptfunktion des Eigenkapitals, den wir in der Entwicklung des modernen Bankwesens insgesamt beobachten konnten. Für die weitere Entwicklung der Geschäftstätigkeit sind eigene Mittel als Betriebskapital nur erforderlich, wenn die bestehenden Bankeinrichtungen erweitert oder ein

1) Vgl. Mössner, K.F., Das deutsche Bodenkreditsystem, Berlin 1934, S. 354 ff.; § 6 HypBkG

neues Bankgebäude erstellt wird; wenn Anteilpapiere oder Kommanditeinlagen übernommen werden, die der Schaffung enger wirtschaftlicher Beziehungen mit dem verbundenen Unternehmen dienen; ferner bei besonders risikoreichen Geschäften; für die Gläubigerkapital nicht zu erlangen ist. Gemessen an der Bilanzsumme übersteigen derartige Anlagen im Durchschnitt nicht mehr als 3 oder 4 %. Für den Hauptanteil der Geschäfte, die kurz-, mittel- und langfristige Kreditgewährung sowie Geld- und Kapitalmarktoperationen ist Eigenkapital dagegen ein Garantiekapital, dessen Aufgabe dann besteht, bei eintretenden Verlusten jederzeit disponibel zu sein. Die Frage, welche Höhe des Eigenkapitals dessen Garantiefunktion angemessen ist, wird im Verlauf dieser Arbeit noch gründlich zu erörtern sein, doch zuvor wollen wir einen genaueren Einblick in die konkreten, besonders fixierten Aufgaben des Eigenkapitals als Garantiekapital nehmen.

II. Die Bedeutung des Eigenkapitals als Maßstab für das Geschäftsvolumen

Mit wachsendem Geschäftsvolumen eines Kreditinstituts werden normalerweise auch die Risiken zunehmen, die von dem Eigenkapital aufgefangen werden sollen. Dieser Zusammenhang besteht zwar nicht in einem strengen mathematischen Sinne, daß einer bestimmten Veränderung der Bilanzsumme eine ganz bestimmte Veränderung des Gesamtrisikos gegenüberstünde, er hängt vielmehr ab von der Art der zusätzlichen Geschäfte und dem Umfang der mit ihnen verbundenen Verlustgefahren, dennoch ist er zumindest tendentiell vorhanden. Daraus folgt, daß Eigenkapital die ihm für die laufende Geschäftstätigkeit zugewiesene Garantiefunktion dann zu erfüllen vermag, wenn es tatsächlich eine Bremswirkung auf das Geschäftsvolumen ausüben kann. Um zu verhindern, daß zwischen der Entwicklung von Geschäftsvolumen und Eigenkapital ein Mißverhältnis entsteht, wodurch die Haftungsgrundlage unzureichend wird, müssen die beiden Größen aneinander gekoppelt sein. Wir wollen uns deshalb zunächst darüber

Gedanken machen, wieweit sich aus der Geschäftstätigkeit eines Kreditinstituts ein direkter Zusammenhang zwischen der Höhe des Geschäftsvolumens und der Höhe des Eigenkapitals ergibt.

Betrachten wir zunächst das Finanzierungsmittelaufkommen, die Passivgeschäfte, und stellen unsere Überlegungen auf das Einlagenvolumen ab. Unsere Fragestellung lautet: Setzt eine Erhöhung des Einlagenvolumens notwendigerweise eine Verstärkung des Eigenkapitals voraus? Ein wenn auch quantitativ nicht näher fixierter Zusammenhang zwischen der Höhe des Eigenkapitals und der Höhe der Einlagen, wird von den Autoren behauptet, die auf die sogenannte Vertrauensfunktion des Eigenkapitals hinweisen¹⁾. Danach begründet die Höhe der eigenen Mittel das Vertrauen, das für Kreditinstitute notwendig ist, um fremde Gelder an sich zu ziehen. Für die Gründungsperiode der deutschen Kreditbanken ist diese Behauptung sicherlich richtig²⁾. Bis in die zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts hinein gab es eine erhebliche Zahl von Neugründungen unter den Aktienbanken. Sie mußten sich das Vertrauen der Öffentlichkeit in erster Linie durch den Ausweis einer soliden Kapitalgrundlage erwerben. Den öffentlichen Banken kam das Vertrauen dagegen von Anfang an entgegen. Heute sind die zahlenmäßigen Veränderungen des Bestandes der Aktienbanken gering. Die bestehenden Institute und ihre Organisationen konnten durch ihre Erfahrung und Kenntnis des Kredit- und Dienstleistungsbedarfs der Kunden, ihre solide Geschäftsführung und einen gut eingespielten Abrechnungsverkehr einen erheblichen "good will" erringen. Die deutsche Kreditwirtschaft erfreut sich heute insgesamt des Vertrauens der

1) Vgl. Leitner, F., Bankbetrieb und Bankgeschäfte, 7. Aufl. Frankfurt 1925, S. 118 f.

2) Vgl. S. 189

Öffentlichkeit. Von einer spezifischen Vertrauensfunktion des Eigenkapitals kann heute nicht mehr gesprochen werden. Die privaten Einleger (Wirtschaftsunternehmen und Private) wählen ihre Bankverbindung in der Regel nicht auf Grund von Bilanzrelationen, sondern wegen des allgemeinen Ansehens eines Kreditinstituts¹⁾. Von der materiellen Kreditwürdigkeit einer Bank hat der Einleger vielfach nur vage Vorstellungen. Die Vertrauensbasis ist bei ihm nicht materiell, sondern psychologisch bedingt. Öffentliche Einleger legen ihre Gelder bevorzugt im öffentlichen Bankensektor an. Die Eigenkapitalausstattung dieser Institute, die in der Regel gering ist, spielt für sie als Vertrauensunterlage keine Rolle. Betrachten wir die Verhaltensweisen der Bankeneinleger, so läßt sich annehmen, daß inländische Bankgläubiger in erster Linie auf den guten Ruf ihrer Korrespondenzbanken sehen und nicht so sehr auf das vorhandene Eigenkapital. Anders ist es dagegen bei ausländischen Bankeneinlegern. Sie haben oft keine andere Möglichkeit, um das "standing" ihrer Korrespondenten beurteilen zu können, als die, die Bilanzrelation zu untersuchen. Um kurz- und langfristige Auslandsgelder heranziehen zu können, müssen die Banken ein Eigenkapital ausweisen, das internationalen Vorstellungen entspricht²⁾. Dies gilt insbesondere für das Auslandskreditgeschäft. Bei der Einräumung von Rembourslinien wird auf ein ausreichendes Eigenkapital der deutschen Korrespondenzbanken geachtet. Geblieben ist heute bei den Bankengruppen, die ihre Bilanzen publizieren, insbesondere bei den Aktienbanken, die von Zeit zu Zeit an den Kapitalmarkt gehen und deren Jahresabschlüsse von der Wirtschaftspresse ausführlich besprochen werden, aber auch bei den Volksbanken³⁾ eine gewisse Repräsentationsfunktion des Eigenkapitals. Die Bankwerbung und die Public Relations-

1) Vgl. Fischer, O., a.a.O., S. 69 f.

2) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 60

3) Vgl. Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes für 1957, S. 59

Arbeit der Kreditinstitute zieht neben anderen Faktoren auch die Höhe des Eigenkapitals heran, um das Ansehen ihres Instituts oder ihrer Gruppe in der Öffentlichkeit zu stärken¹⁾. Die anfangs gestellte Frage können wir auf Grund dieser Feststellung dahin beantworten, daß sich bei keiner Bankengruppe eine zwingende Notwendigkeit ergibt, mit steigendem Einlagenvolumen immer wieder für eine korrespondierende Verstärkung des Eigenkapitals zu sorgen.

Gehen wir nunmehr zur Finanzierungsmittelverwendung, zu den Aktivgeschäften über, und greifen das Kreditvolumen heraus. Wiederum lautet unsere Frage: Setzt eine Erhöhung des Kreditvolumens notwendigerweise eine Verstärkung des Eigenkapitals voraus? Mit den Determinanten des Kreditschöpfungsspielraums der Banken hat sich die moderne volkswirtschaftliche Kredittheorie eingehend beschäftigt²⁾. Die Ausdehnung des Kreditvolumens einer einzelnen Bank ist von dem Zufluß an Zentralbankgeld abhängig, soweit dieses nicht durch die Mindestreserveverpflichtung beansprucht wird²⁾. Nur in Höhe dieser Überschußreserve kann eine einzelne Bank in ihrer Kreditgewährung gehen, ohne die Zentralbank als Liquiditätsrückhalt in Anspruch nehmen zu müssen. Der frei verfügbare Bestand an Zentralbankgeld einer Bank rekrutiert sich ganz überwiegend aus ihren Einlagen. Zwar gelangt auch durch die Erhöhung des Eigenkapitals Zentralbankgeld in das Institut, doch bei den gegenwärtigen Verhältnissen - Eigenkapital durchschnittlich 5 %, Kreditvolumen durchschnittlich 70-80 % der Bilanzsumme - in einem verschwindend geringen Umfang. Die Deutsche Bundesbank, die in ihrem Bestreben, den Kreditschöpfungsspielraum der Banken einzuengen, die Überschußreserven reduzieren will,

-
- 1) Zur Problematik der Veröffentlichung absoluter Zahlenangaben über die Höhe des Eigenkapitals vgl. Kalveram, W., Bankbilanzen, I. Teil: Die Bilanzen der Kreditbanken, Leipzig 1922, S. 34 f.
2) Vgl. Schneider, E., Einführung, III. Teil, S. 24 ff.

erklärt Sicht-, Termin- und Spareinlagen für mindestreserverpflichtig, nicht dagegen das Eigenkapital, und bemißt die Höhe der Mindestreservepflicht eines Kreditinstituts außerdem nach dem Gesamtvolumen der reservepflichtigen Verbindlichkeiten. Auch für den Prozeß der multiplen Giralgeldschöpfung des Bankensystems, dessen Untersuchung im Mittelpunkt der volkswirtschaftlichen Kredittheorie steht, ist das Eigenkapital belanglos, was sich u.a. darin zeigt, daß der Geldschöpfungskoeffizient vielfach direkt als Depositenmultiplikator ermittelt wird¹⁾. Wir kommen deshalb auch hier zu dem Ergebnis, daß sich ein unmittelbarer Zwang zur Erhöhung der Eigenkapitalausstattung bei wachsendem Kreditvolumen aus dem normalen Geschäftsverlauf eines Kreditinstituts nicht ergibt.

Für die moderne Universalbank, die den Grundsatz verlassen hat, alle Geschäfte möglichst mit Eigenkapital finanzieren zu wollen, folgt aus der laufenden Geschäftstätigkeit nicht mehr unbedingt ein Zusammenhang zwischen der Höhe des Eigenkapitals und der Höhe des Geschäftsvolumens. Die Kreditgewährung ist primär nur abhängig von der mit dem Einlagenzuwachs verbundenen Erhöhung der Überschußreserve. Lediglich die Vorsorge für mögliche Verluste, die aus dem Prinzip einer soliden Geschäftsführung resultiert, wird die verantwortlichen Leiter eines Kreditinstituts veranlassen, bei wachsendem Geschäftsvolumen auch die Eigenkapitalausstattung zu verstärken. Eine derartige Eigenkapitalerhöhung erfolgt nun aber nicht automatisch, sie ist - worauf der größte Nachdruck zu legen ist - der Geschäftstätigkeit nicht immanent, sondern bedarf immer wieder einer Entscheidung ad hoc, die eine verantwortungsbewußte Geschäftsleitung zu fällen hat. Der Zusammenhang zwischen Eigenkapital und Ge-

1) Vgl. Schneider, E., Einführung, III. Teil, S. 48

schäftsvolumen besteht mittelbar, weil er dem einzelnen Institut einen Ermessensbereich läßt, der je nach den objektiven Möglichkeiten zur Eigenkapitalbildung und nach der Qualität des Management zu einer unterschiedlichen Konvergenz beider Größen führen wird.

Infolge der Erfahrungen, die die Öffentlichkeit mit dem Geschäftsgebahren von Kreditinstituten, die das notwendige Maß an Verantwortung vermissen ließen, machen mußte, hat sich der Gesetzgeber entschlossen, ordnend einzugreifen. Bereits relativ frühzeitig, nämlich 1899, erfolgten im Anschluß an eine Reihe von Zusammenbrüchen im Hypothekenbankwesen¹⁾ erste Ordnungsbestimmungen für die privaten Bodenkreditinstitute im Hypothekenbankgesetz. Die durch die Bankenkrise von 1931 offengelegten unsoliden Geschäftspraktiken²⁾ führten zu den Ordnungsbestimmungen des Kreditwesengesetzes von 1934. Nach der Währungsreform von 1948 nahm zunächst die Bank deutscher Länder neben konjunkturauch ordnungspolitische Funktionen wahr, die zum Erlaß der Kreditrichtsätze führten. Seit Inkrafttreten des neuen Kreditwesengesetzes im Jahre 1962 gingen die ordnungspolitischen Kompetenzen auf das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen über, das im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank bestimmte Grundsätze für Eigenkapital und Liquidität aufgestellt hat. Die gemeinsame Aufgabe dieser verschiedenen Vorschriften, auf die im einzelnen noch einzugehen sein wird, liegt darin, an die Stelle eines fehlenden automatischen Zusammenhangs von Geschäftsvolumen und Eigenkapital eine unmittelbare Bindung beider Größen kraft rechtlicher Fixierung zu schaffen. Die Höhe des zulässigen Geschäftsvolumens wird gesetzlich an die Höhe des Eigenkapitals gebunden, da eine tatsächliche Begrenzung unabhängig vom Willen der Geschäftsleitung nicht mehr besteht.

1) Vgl. Achterberg, E., Hundert Jahre Deutsche Hypothekenbank, o.J. (1962), S. 38 ff.

2) Vgl. Scheffler, Die Geschäftspolitik der großen Kreditbanken im Lichte der Bankenkrise, in: ZfB 1933, S.523 ff.

Abschließend wollen wir nach der Berechtigung eines derartigen Eingriffs in die Geschäftspolitik der Kreditinstitute fragen¹⁾. Grundsätzlich beruht ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem auf der freien Unternehmerinitiative. Ein Eingriff in diese Autonomie ist nur aus übergeordneten gesamtwirtschaftlichen Gründen zulässig. An einem reibungslos funktionierenden Kreditapparat besteht ein solches volkswirtschaftliches Interesse, da die Kreditinstitute infolge ihrer Funktionen der Einlagensammlung und der Kreditversorgung eine zentrale Stellung in der Gesamtwirtschaft einnehmen. Dem Staat kann deshalb das Recht nicht abgesprochen werden, durch gesetzliche Vorschriften auf eine gesunde Struktur und ein solides Geschäftsgebaren der Kreditinstitute hinzuwirken. Dabei soll eine staatliche Einflußnahme auf die Gestaltung des einzelnen Bankgeschäfts möglichst vermieden werden, was durch den Erlaß allgemeiner gesetzlicher Ordnungsvorschriften für die innere Struktur und eine solide Geschäftsführung der Kreditinstitute erreicht werden kann, die durch eine Bankenaufsicht laufend zu überwachen sind. Dadurch wird die Garantiefunktion rechtlich verankert und das Eigenkapital zu bestimmten Teilen des Geschäftsvolumens konkret in Beziehung gesetzt.

1. Begrenzung der Höhe des Pfandbriefumlaufes

Für die Geschäfte der Hypothekenbanken bestehen eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen, die den besonderen Schutz der Pfandbriefgläubiger bezwecken. So sind neben dem Hauptgeschäft, der Gewährung hypothekarischer Darlehen und der Ausgabe von Pfandbriefen, Nebengeschäfte nur in begrenztem Umfang zulässig²⁾. Ferner ist als wich-

1) Vgl. Begr. zum RegE KWG, Allgemeiner Teil
2) § 5 HypBkG

tigste Sicherheitsbestimmung die Deckung der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe durch Hypotheken sowie in begrenztem Umfange durch Ersatzdeckungswerte vorgeschrieben¹⁾.

Das Eigenkapital hat die Aufgabe einer zusätzlichen Garantie für die Sicherheit und Verzinsung der Pfandbriefe.

Zu diesem Zweck wird eine gesetzliche Beziehung zwischen der Höhe der Verpflichtungen (Pfandbriefumlauf) und der Höhe des Eigenkapitals (Grundkapital und bestimmte Rücklagen) hergestellt. Das Hypothekenbankgesetz vom 13.7.1899 in der Fassung der Bekanntmachung vom 5.2.1963 enthält folgende Vorschrift²⁾:

"Der Gesamtbetrag der in Umlauf befindlichen Pfandbriefe darf den zwanzigfachen Betrag des eingezahlten Grundkapitals, der gesetzlichen Rücklage sowie anderer durch die Satzung oder durch Beschluß der Hauptversammlung ausschließlich zur Deckung von Verlusten oder zu einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bestimmter Rücklagen nicht übersteigen".

Da sich das Kommunalkreditgeschäft seit der Zeit nach dem ersten Weltkrieg zu dem wichtigsten Nebengeschäft der Hypothekenbanken ausgeweitet hat, sieht die 5. Novelle zum Hypothekenbankgesetz eine selbständige Umlaufgrenze für Kommunalschuldverschreibungen vor³⁾:

"Der Gesamtbetrag der in Umlauf befindlichen Kommunalschuldverschreibungen darf den fünfzehnfachen Betrag des eingezahlten Grundkapitals und der in § 7 bezeichneten Rücklagen nicht übersteigen".

Im "Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten" fehlen entsprechende Vorschriften über die Umlaufgrenze. Jedoch ist auch bei den öffentlich-rechtlichen **G r u n d k r e d i t a n s t a l t e n** der Pfandbriefumlauf an die

1) § 6 HypBkG

2) § 7 HypBkG

3) § 41 Abs. 2 HypBkG

Höhe des Eigenkapitals gekoppelt. Die Bestimmungen über den höchstzulässigen Pfandbriefumlauf enthalten bei diesen Instituten die Satzungen¹⁾. Die Novelle des öffentlichen Pfandbriefgesetzes vom 21.12.1927 - Fassung 8.5.1963²⁾ - hält an der bestehenden Regelung fest und verzichtet auf die Festlegung einer einheitlichen Umlaufgrenze für öffentlich-rechtliche Realkreditinstitute. In der amtlichen Begründung des Entwurfs heißt es dazu: "Im Hinblick auf die unterschiedliche Struktur und die verschiedenartige Geschäftstätigkeit der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten wird von der Festlegung einer starren Umlaufsgrenze im Gesetz abgesehen und es dem Bundesaufsichtsamt überlassen, im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank eine Eigenkapitalregelung durch Aufstellen entsprechender Grundsätze zu treffen".

Die Existenz einer auf Gesetz oder Satzung beruhenden Umlaufgrenze bindet das Geschäftsvolumen der Realkreditinstitute unmittelbar an die Eigenkapitalgrundlage und zwingt die Institute dazu, ihre Aktienkapitalien einem steigenden Schuldverschreibungsumlauf anzupassen. Die Hypothekenbanken müssen sich insbesondere darum bemühen, hohe unterlagsfähige Rücklagen zu bilden, damit sie nicht gezwungen werden, in einem ungünstigen Augenblick an den Kapitalmarkt gehen zu müssen.

2. Begrenzung der Höhe der Verbindlichkeiten

Eine weitere Bestimmung, die eine unmittelbare Beziehung zwischen der Höhe der Verbindlichkeiten und der Höhe des Eigenkapitals für alle Kreditinstitute herstellen sollte,

-
- 1) Vgl.z.B. § 5 Abs. 2 der Satzung der Deutschen Pfandbriefanstalt: "Die Anstalt darf Pfandbriefe nur bis zum zwanzigfachen Betrag des eingezahlten Grundkapitals und des ausschließlich zur Deckung einer Unterbilanz oder zur Sicherung der Pfandbriefgläubiger bestimmten Reservefonds (allgemeiner Reservefonds) ausgeben. Kommunalschuldverschreibungen dürfen unter Hinzurechnung der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe den für diese bestimmten Höchstbetrag nicht um mehr als zwei Fünftel übersteigen".
- 2) BGBI. I 312

enthielt das KWG von 1934 und in den Fassungen 1939/1944. Obwohl die dort angeführte Eigenkapitalvorschrift mit Wirkung vom 1.1.1962 außer Kraft getreten ist, soll sie doch wegen ihrer grundsätzlichen Konstruktion und als Vorläufer der heute gültigen Regelungen erwähnt werden.

In § 11 Abs. 1 KWG wurde bestimmt, daß die Gesamtverpflichtungen eines Kreditinstituts abzüglich der liquiden Mittel ein von den zuständigen Stellen zu bestimmendes Mehrfaches des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen sollen. Der Reichswirtschaftsminister wurde ermächtigt, im Einvernehmen mit den Reichsbankdirektorium das Verhältnis der Gesamtverpflichtungen zu dem haftenden Eigenkapital für einzelne Kreditinstitute oder Gruppen von Kreditinstituten verschieden zu bemessen, wobei die Gesamtverpflichtungen abzüglich der liquiden Mittel bei allen Kreditinstituten mindestens das Fünffache des haftenden Eigenkapitals erreichen dürften¹⁾. In der amtlichen Begründung heißt es dazu, daß ein durchschnittliches Eigenkapital von 20 % der um die liquiden Mittel gekürzten Verbindlichkeiten das erstrebenswerte Ziel sei²⁾.

Bei der Regelung des § 11 Abs. 1 KWG handelte es sich um eine Rahmenvorschrift, die durch die Rechtsvorordnungen auszufüllen war. Derartige Bestimmungen mit konkreten Mindestnormen sind indessen während der gesamten Geltungsdauer des Gesetzes nicht ergangen. Die besonderen Gegebenheiten der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft ließen fest, nach Bankengruppen differenzierte Eigenkapitalnormen nicht zu. Die Koppelung der Gesamtverbindlichkeiten an das Eigenkapital unter Berücksichtigung der liquiden Mittel konnte deshalb nicht wirksam werden.

1) § 11 Abs. 5 Buchstabe b KWG

2) Zitiert nach Reichardt, W., a.a.O., § 11 Anm. 4

3. Begrenzung der Höhe des Kreditvolumens

a) Gesamtkreditvolumen

Das Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 beschreibt einen anderen Weg, um die Anforderungen an das Eigenkapital zu regeln¹⁾. Verzichtet wurde darauf, spezifizierte Vorschriften über die Eigenkapitalausstattung eines Kreditinstituts in das Gesetz selbst aufzunehmen. Das geltende Kreditwesengesetz enthält weder eine konkrete Mindestnorm (z.B. 5 % der Verbindlichkeiten), noch eine Rahmenvorschrift, bei der die in Relation zu setzenden Bilanzpositionen im Gesetz enthalten sind, während die Höhe der Multiplikatoren für das Eigenkapital durch Rechtsverordnungen bestimmt werden müssen (z.B. § 11 Abs. 1 KWG 1939/44). Die Ablehnung detaillierter Eigenkapitalvorschriften im Gesetz selbst wird mit den Verschiedenheiten in der Geschäftsstruktur der einzelnen Bankengruppen und dem Erfordernis einer möglichst elastischen Regelung begründet²⁾. Das Gesetz beschränkt sich nach seiner amtlichen Begründung vielmehr darauf, einen allgemeinen Programmsatz für das Eigenkapital aufzustellen und gleichzeitig ein besonderes Verfahren zu dessen Konkretisierung vorzusehen.

Der allgemeine Programmsatz für das Eigenkapital, der in § 10 Abs. 1 Satz 1 enthalten ist, lautet:

"Die Kreditinstitute müssen im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern, insbesondere zur Sicherheit der ihnen anvertrauten Vermögenswerte ein angemessenes haftendes Eigenkapital haben".

Zur konkreten Ausgestaltung dieser grundsätzlichen Forderung führt § 10 Abs. 1 KWG aus:

1) Vgl. "Die Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute gemäß §§ 10 und 11 des Gesetzes über das Kreditwesen", in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, März 1962, S. 3-17

2) Begr. zum RegE KWG, S. 23 f.

"Das Bundesaufsichtsamt stellt im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank Grundsätze auf, nach denen es für den Regelfall beurteilt, ob die Anforderungen des Satzes 1 erfüllt sind; die Spitzenverbände der Kreditinstitute sind vorher anzuhören. Die Grundsätze sind im Bundesanzeiger zu veröffentlichen".

Bei der Konstruktion der Grundsätze über das Eigenkapital ist das Bundesaufsichtsamt an keinerlei Vorschriften gebunden. In der Regierungsbegründung heißt es ausdrücklich: "Die Grundsätze können als Bezugsgröße für das Eigenkapital somit entweder Passivposten (z.B. die Gesamtverbindlichkeiten) oder Aktivposten (z.B. gewisse Ausleihungen) vorsehen"¹⁾. Damit ist ein Höchstmaß an Flexibilität bei der Festlegung der Grundsätze gewährleistet. Die einmal gewählten Bilanzrelationen können, falls erforderlich, ergänzt, geändert oder durch andere Bilanzverhältnisse ersetzt, die Multiplikatoren herab- oder heraufgesetzt, Verschiedenheiten in der Geschäftsstruktur einzelner Institutsgruppen berücksichtigt werden. Als Richtschnur für den Inhalt der Grundsätze enthält die Regierungsbegründung die Forderung: "Die Grundsätze sollen die Erfahrungen festlegen, die sich im Kreditgewerbe und bei der Bankenaufsicht für eine angemessene Eigenkapitalausstattung ... im Laufe der Zeit herausgebildet haben"²⁾. Mit dieser Vorschrift für den materiellen Inhalt der Grundsätze sollte sichergestellt werden, daß das Aufsichtsamt eine institutsnahe Regelung findet, die kontinuierlich an die bisherige Anforderungspraxis anknüpft. Das Bundesaufsichtsamt hat am 8. März 1962, d.h. zwei Monate nach Inkrafttreten des KWG vom 10.7.1961, die in § 10 Abs. 1 Satz 3 vorgesehenen Grundsätze über das Eigenkapital veröffentlicht, die erstmals im April 1962 angewendet wurden³⁾. Sie berücksichtigen

1) Begr. zu § 9 RegE KWG

2) Begr. zum RegE KWG, Allgemeiner Teil VI 1

3) Bekanntmachung Nr. 1/62 vom 8. März 1962 (BANz Nr. 53 vom 16. März 1962)

die Konzeption des Gesetzgebers, indem sie die auf zehnjähriger praktischer Erprobung beruhenden revidierten Kreditrichtsätze der Deutschen Bundesbank übernehmen, d.h. das haftende Eigenkapital dem Kreditvolumen eines Kreditinstituts gegenüberstellen.

Im Zusammenhang mit der restriktiven Kreditpolitik zur Bekämpfung des Koreabooms stellte der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder 1951 Richtsätze für die noch als angemessen zu betrachtenden Relationen zwischen dem Kreditgeschäft und bestimmten Passiven, insbesondere den haftenden Mitteln¹⁾ eines Kreditinstituts auf. Zur Begründung dieser Maßnahme hieß es im Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1950:

"Mit den Richtsätzen soll versucht werden, wieder bindende Traditionen für die Bankpolitik zu schaffen, nachdem die Währungsreform mit ihrer unvermeidlichen Umstülpung fast der gesamten Bilanzstruktur Verhältnisse geschaffen hatte, unter denen die Innehaltung eines großen Teils der alten "goldenen Bankregeln" auch bei stärkstem Konservatismus nicht möglich gewesen wäre, unter denen aber natürlich auch Verzerrungen im Status einzelner Banken eingetreten sind, die nur Übergangserscheinungen bleiben sollten"²⁾.

Daß Eigenkapital wegen seiner tendentiellen Langfristigkeit nicht so sehr eine Bezugsgröße für konjunkturpolitische Maßnahmen abgibt, sondern in erster Linie als Komponente einer Strukturpolitik Einsatz finden muß, führt der Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für 1952 aus:

"Um Kreditvolumen und Kreditstruktur mit der eigenen finanziellen Stärke und den internen Geschäftsgrundlagen jedes Kreditinstituts in Einklang zu bringen und zu halten, hat der Zentralbankrat bestimmte Richtsätze

1) Vgl. S. 160f.

2) S. 16

aufgestellt, von deren Innehaltung die Refinanzierungshilfe des Zentralbanksystems abhängig gemacht werden kann. Es handelt sich bei den Richtsätzen weniger um ein Instrument der kurzfristigen Regulierung des bankmäßigen Kreditvolumens; die Richtsätze stellen vielmehr ein allgemeines Ordnungsprinzip und damit eine strukturelle politische Maßnahme dar"¹⁾.

Mit diesen beiden ausführlichen Zitaten ist der Charakter der Kreditrichtsätze hinreichend gekennzeichnet. In ihnen sind Strukturnormen für eine solide Geschäftspolitik der Kreditinstitute zu erblicken, die zwar nicht als Rechtsvorschriften, wohl aber als Richtlinien der Zentralnotenbank für deren Refinanzierungshilfe, gewissermaßen als spezielle Geschäftsbedingungen, Bedeutung erlangten. Infolge ihrer allgemeinen Beachtung durch die Kreditinstitute unabhängig vom konkreten Refinanzierungsbedarf vermochten die Kreditrichtsätze in gewisser Weise die Lücke zu schließen, die durch die Nichtausfüllung der gesetzlichen Rahmenvorschrift über das Eigenkapital entstanden war.

Kreditrichtsatz I, der im Zusammenhang mit der Eigenkapitalausstattung hauptsächlich zu erwähnen ist, lautete für Kreditbanken auf Grund des Zentralbankbeschlusses vom 31. Januar 1951²⁾:

"Die Summe der kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private (einschließlich refinanzierte Kredite) soll das 20-fache der haftenden Mittel der Kreditbank nicht übersteigen".

Dieser Richtsatz wurde durch Beschluß des Zentralbankrats vom 5./6. März 1952 wie folgt geändert³⁾:

1) S. 87

2) Geschäftsbericht der BdL für 1950, S.94; Der Richtsatz I wurde mit gleichem Aufbau, aber unterschiedlichen Multiplikatoren, durch Beschluß vom 14./15. März 1951 bei Sparkassen, gewerblichen und ländlichen Kreditgenossenschaften eingeführt. Durch Beschluß des Zentralbankrats vom 5./6. März 1952 wurde der Richtsatz I auch auf die Girozentralen und Zentralkassen ausgedehnt.

3) Geschäftsbericht der BdL für 1951, S. 76

"Die Summe der kurzfristigen und mittelfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private soll das 18-fache der haftenden Mittel der Kreditbank nicht übersteigen".

Die Beschlüsse vom 4. Februar 1953 und vom 15. Dezember 1954, die zu Änderungen der Richtsatzanforderungen führten, berührten den Kreditrichtsatz I nicht. Seit Ende 1954 blieben die Richtsätze unverändert, wurden jedoch auf Grund der mit der Anwendung dieser Strukturnormen gemachten Erfahrungen einer mehrjährigen gründlichen Überprüfung unterzogen. Das Ziel war eine Verfeinerung des Richtsatzwerks und ein einheitlicher Aufbau der Richtsätze für alle Gruppen von Kreditinstituten. Diese umfassende Revision der Kreditrichtsätze fiel zeitlich mit der Neufassung des Gesetzes über das Kreditwesen zusammen. Zwischen der Deutschen Bundesbank, die die Vorarbeiten zur Neufassung der Kreditrichtsätze durchführte, und dem Bundeswirtschaftsministerium, das für die Reform des Kreditwesengesetzes federführend war, bestand von Anfang an eine enge Zusammenarbeit. Übereinstimmung herrschte darüber, daß die Festsetzung allgemeiner struktureller Ordnungsvorschriften für die Kreditinstitute ihrem Wesen nach hoheitliche Aufgaben sind und daß ein Nebeneinander von gesetzlichen Normativbestimmungen und von Kreditrichtsätzen der Deutschen Bundesbank zu vermeiden ist. Die revidierten Kreditrichtsätze mußten deshalb von der Deutschen Bundesbank so gefaßt werden, daß sie nach Inkrafttreten des neuen Kreditwesengesetzes als Grundsätze des Bundesaufsichtsamtes übernommen werden konnten. Die Bundesbank hat außer der laufenden Fühlungnahme mit dem Bundeswirtschaftsministerium einen engen Kontakt mit der Kreditwirtschaft selbst gepflegt, die ihre Ansichten zur Gestaltung und zum Inhalt der neuen Richtsätze äußern konnte. Ferner wurden von der Bundesbank umfangreiche bilanzstatistische Reihenuntersuchungen durchgeführt, die eine große Anzahl Kreditinsti-

tute aller Bankengruppen umfaßten. Die Bundesbank weist darauf hin, daß diese Proberechnung nicht nur für einzelne Stichtage, sondern auch für längere zusammenhängende Zeiträume angestellt wurden. Schließlich wurden die Bilanzstatistiken von mehr als 2 300 Kreditinstituten aller Bankengruppen während sechs aufeinanderfolgender Monate auf die Einhaltung der neuen Richtsätze überprüft¹⁾. Am 26. Oktober 1961 beschloß der Zentralbankrat dann vier neue Richtsätze. Nach dem Inkrafttreten des neuen Kreditwesengesetzes erfolgte am 16. Februar 1962 die in § 10 KWG vorgesehene Anhörung der Spitzenverbände der Kreditinstitute und am 8. März 1962 die Bekanntgabe der revidierten Kreditrichtsätze als Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität nach §§ 10 und 11 KWG durch das Bundesaufsichtsamt. Als Grundsätze über das Eigenkapital fungieren heute "Grundsatz I" und "Grundsatz I a". Grundsatz I hat folgenden Wortlaut:

"Die Kredite an Wirtschaftsunternehmen, Private und Kreditinstitute und die Beteiligungen eines Kreditinstituts abzüglich der Sammelwertberichtigung sollen das 18-fache des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Als Kredite sind anzusehen die kurz-, mittel- und langfristigen Kredite. Unberücksichtigt bleiben hierbei die langfristigen Kredite, die als Deckung für Schuldverschreibungen dienen oder gegen Grundpfandrecht im Realkreditgeschäft im Sinne von § 20 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 4 KWG oder gegen entsprechende Schiffspfandrechte gewährt werden".

Wie bereits Kreditrichtsatz I bildet auch Grundsatz I eine Bilanzrelation zwischen risikobehafteten Teilen des Aktivgeschäfts und dem haftenden Eigenkapital. Dabei haben die in Beziehung gesetzten Aktiva im Grundsatz I eine Ausdehnung

1) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, März 1962, S. 4

erfahren, während die Bezugsbasis verringert wurde. Neben kurz- und mittelfristigen Krediten an Wirtschaftsunternehmen und Private werden nunmehr auch die Kredite an Kreditinstitute erfaßt und das langfristige Kreditgeschäft an die drei Kreditnehmergruppen mit Ausnahme von Realkrediten einbezogen. Zusätzlich berücksichtigt werden die Beteiligungen. Von den Aktivkomponenten (Summe der Kredite) werden die Sammelwertberichtigungen abgesetzt, wodurch die Kennziffer des Grundsatzes I zunächst verbessert wird. Als Passivkomponente finden Sammelwertberichtigungen im Gegensatz zu den haftenden Mitteln der Kreditrichtsätze jedoch keine Berücksichtigung mehr, was sich in einer Verengung des Spielraums für das Aktivgeschäft auswirkt. Damit wird die Übereinstimmung zwischen dem Eigenkapitalbegriff des Grundsatzes I und der Definition des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG hergestellt. Als einheitlicher Obergrenze für alle Bankengruppen hält Grundsatz I am 18-fachen des Eigenkapitals fest.

Grundsatz I sowie der ihm zugeordnete Grundsatz I a¹⁾ erfüllen zwei Funktionen. Sie bilden zunächst den Maßstab der Bankenaufsicht für die Beurteilung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung im Regelfall. Wie in der Regierungsbegründung ausgeführt wird, sind die Grundsätze weder Rechtsnormen noch Verwaltungsakte. Unmittelbare Rechtsfolgen können an ihre Nichtbeachtung daher nicht geknüpft werden. Das Bundesaufsichtsamt gibt mit ihnen lediglich bekannt, wie es sein verwaltungsmäßiges Ermessen ausüben wird, wenn es die Frage der Eigenkapitalausstattung eines Kreditinstituts beurteilt. Zurelastischen Handhabung der Grundsätze wird in einer besonderen Präambel, die dem Wortlaut der Grundsätze bei deren Veröffentlichung vorausgesetzt wurde, ausgeführt²⁾:

1) Vgl. S. 258ff.

2) BAnz Nr. 53 vom 16. März 1962

"Überschreitet ein Kreditinstitut die in den Grundsätzen festgelegten Obergrenzen nicht nur geringfügig oder wiederholt, so ist in der Regel die Vermutung begründet, daß das Kreditinstitut nicht über das erforderliche Eigenkapital verfügt (Grundsätze I und Ia) oder daß seine Liquidität zu wünschen übrig läßt (Grundsätze II und III). Bei der Beurteilung der Angemessenheit des Eigenkapitals und der Liquidität eines Kreditinstituts können Sonderverhältnisse berücksichtigt werden, die geringere - oder je nach Sachlage auch höhere - Anforderungen rechtfertigen".

Bei erheblicher Unterschreitung der Mindestanforderungen muß das Kreditinstitut nachweisen, daß bei ihm Sonderverhältnisse vorliegen, die geringere Anforderungen rechtfertigen (Z.B. denkbar bei Effekten-Bankiers und merchant bankers) oder den Mangel in angemessener Frist beheben. Liegen keine Sonderverhältnisse vor und hat das Institut eine angemessene Frist zur Beseitigung der Mängel fruchtlos verstreichen lassen, kann das Bundesaufsichtsamt die in § 45 Abs. 1 KWG vorgesehenen Maßnahmen ergreifen, d.h. Entnahmen durch die Inhaber oder Gesellschafter, die Ausschüttung von Gewinnen und die Gewährung von Krediten untersagen oder beschränken. Mit der Vorschrift des § 45 KWG soll der Bankenaufsicht die Möglichkeit gegeben werden, in einer wirtschaftlich sinnvollen Weise einzuschreiten. Wie die amtliche Begründung hierzu ausführt, ist die Bildung eines angemessenen Eigenkapitals nicht nur vom Willen eines Kreditinstituts abhängig, sondern wird auch von wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst, die für die Geschäftstätigkeit ein Datum darstellen. Deshalb wäre es unrealistisch, einem Kreditinstitut durch vollziehbaren Verwaltungsakt aufzugeben, ein angemessenes Eigenkapital zu beschaffen. Ein Verbot der Gewinnausschüttung führt dagegen unmittelbar zur internen Eigenkapitalbildung, während ein Verbot der Kreditwährung die Risiken des Aktivgeschäftes

vermindern und damit den effektiven Sicherungswert des vorhandenen Eigenkapitals erhöhen kann. Da beide Maßnahmen einen erheblichen Eingriff in die Geschäftspolitik eines Kreditinstituts darstellen, die geeignet sein können, das Vertrauen in das betroffene Institut herabzusetzen, versteht sich eine behutsame Anwendung dieser Möglichkeiten, die die besonderen Verhältnisse des unterkapitalisierten Instituts berücksichtigt. Falls jedoch Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen des Kreditinstituts gegenüber den Gläubigern, insbesondere für die Sicherheit der ihm anvertrauten Vermögenswerte besteht, kann das Bundesaufsichtsamt unmittelbar von den in § 46 Abs. 1 KWG aufgeführten Maßnahmen Gebrauch machen. Sie sehen den Erlaß von Anweisungen für die Geschäftsführung, ein Verbot oder eine Begrenzung der Einlagensammlung und Kreditgewährung, die Untersagung oder Beschränkung der Tätigkeit von Inhabern und Geschäftsleitern sowie die Bestellung von Aufsichtspersonen vor.

Die Grundsätze über das Eigenkapital stellen ferner - und das ist ihre zweite Funktion - Richtlinien der Deutschen Bundesbank dar, von deren Innehaltung die Refinanzierungsmöglichkeit abhängig gemacht werden kann. Anstelle der Kreditrichtsätze bedient sich die Deutsche Bundesbank seit dem 1. April 1962 der Grundsätze als interner kreditgeschäftlicher Richtlinien für ihre Geschäfte mit den Banken. Sie kann die Einhaltung der Grundsätze von den Instituten verlangen, die sich bei ihr refinanzieren wollen. Dadurch wird die praktische Bedeutung der Grundsätze über das gesetzliche Erfordernis hinaus für die Kreditinstitute unterstrichen. Die Vereinheitlichung der Anforderungen an das Eigenkapital unter Sicherheits- und Refinanzierungsgesichtspunkten erleichtert es den Kreditinstituten, die statistischen Unterlagen ohne großen Mehraufwand in der bisherigen Weise zu erstellen und gibt den Aufsichtsinstanzen die Möglichkeit, ihre Kontrollfunktionen sinnvoll

zu koordinieren. Im Urteil der Bundesbank gewährleistet die geschilderte Methode, im Einvernehmen mit ihr Grundsätze über das Eigenkapital aufzustellen, Elastizität, Praxisnähe, schnelle Auswertung von konkreten Erfahrungen sowie die Berücksichtigung von Sonderverhältnissen¹⁾.

b) Refinanzierungsfähiges Kreditvolumen

Als Ergänzung zu Grundsatz I dient der Grundsatz I a, der die Verbindlichkeiten eines Kreditinstituts aus der Weitergabe von eigenen Akzepten, Solawechseln und Debitorenziehungen eines Kreditinstituts ins Verhältnis zu seinem haftenden Eigenkapital setzt. Er tritt an die Stelle von Kreditrichtsatz IV, dessen Aufgabe in der Begrenzung des Akzeptkreditvolumens lag. In seiner ursprünglichen Fassung vom 31.1.1951 lautete dieser Kreditrichtsatz einheitlich für alle Bankengruppen²⁾:

"Das gesamte Akzeptkreditvolumen jedes Kreditinstituts soll bis auf weiteres das 7-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen. Das darin enthaltene Volumen der Akzeptkredite, die nicht der unmittelbaren Ausfuhr-, Einfuhr- und Erntefinanzierung dienen, darf höchstens das 3-fache dieser haftenden Mittel des Kreditinstituts betragen".

Durch Beschluß des Zentralbankrats vom 5./6. März 1952 wurde der Kreditspielraum für Akzeptkredite wesentlich eingeschränkt und Richtsatz IV geteilt³⁾:

- IV a "Das gesamte Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehung soll das 3-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen".
- IV b "Die in dem gesamten Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen enthaltenen, nicht der unmittel-

1) Vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 1963, S. 4

2) Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder, 1950, S. 94

3) Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder, 1951, S. 76

unmittelbaren Ausfuhr-, Einfuhr- und Erntefinanzierung dienenden Akzeptkredite und Debitorenziehung sollen das 1-fache der haftenden Mittel nicht übersteigen".

Diese Richtsatzanforderungen blieben bis zum 31. März 1962 unverändert und wurden seither durch die revidierte Fassung von Kreditrichtsatz IV, die als Grundsatz I a bekannt gemacht wurde, ersetzt. Grundsatz I a lautet¹⁾:

"Die umlaufenden eigenen Akzepte, Solawechsel und Debitorenziehungen eines Kreditinstituts sollen das 1,5-fache des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen".

Abweichend von Kreditrichtsatz IV, der sich auf alle Akzeptkredite erstreckte, unabhängig davon, ob sich die Akzepte im eigenen Bestand oder im Umlauf befanden, berücksichtigt Grundsatz I a nur noch die im Umlauf befindlichen Akzepte, Solawechsel und Debitorenziehungen. Der bisherige Multiplikator wurde halbiert und die Sammelwertberichtigungen als Kapitalkomponente nicht mehr berücksichtigt, so daß die einheitliche Obergrenze nunmehr das 1,5-fache des haftenden Eigenkapitals beträgt.

Während Grundsatz I das gesamte Kreditvolumen einer Bank an ihre Eigenkapitalbasis bindet, ohne auf die Kreditstruktur im einzelnen Einfluß zu nehmen, koppelt Grundsatz I a die Entwicklung einzelner Kreditparten zusätzlich an das Eigenkapital und greift damit in das Kreditgefüge der Bank ein. Für die Einhaltung der Grundsätze über das Eigenkapital ist daher nicht nur die Summe aller Kredite, sondern auch die Form bestimmend, in der die Kredite gegeben werden, d.h. ob es sich um Kontokorrent-, Wechseldiskont- oder Akzeptkredite handelt. Untersuchen wir zunächst, womit sich eine besondere Festlegung des Akzeptkreditvolumens

1) BAnz Nr. 53 v. 16. 3. 1962

innerhalb des gesamten Kreditvolumens begründen läßt. Das neue Richtsatzwerk läßt ein Kreditvolumen in Höhe des Achtzehnfachen des Eigenkapitals zu und gestattet, daß das darin enthaltene Akzeptkreditvolumen das Anderthalbfache des Eigenkapitals erreicht. Der zur Verfügung stehende Kreditspielraum darf danach zu 8,3 % für Akzeptkredite und Debitorenziehungen genutzt werden, während 91,7 % für das übrige Kreditgeschäft (Kontokorrent-, Wechseldiskont-, mittel- und langfristige Kredite) verbleibt. Denkbar wäre, daß die Akzepten, Solawechsels und Debitorenziehungen zugrundeliegenden Kreditgeschäfte ein besonderes zusätzliches Risiko enthalten. Bei eigenen Akzepten und Solawechsels ist die Bank Hauptschuldner. Im wechselrechtlichen Sinne wird durch die Akzeptleistung bzw. die Ausstellung eines Solawechsels eine echte Verbindlichkeit der Bank begründet, die in der Bilanz zur Passivierung in der Position "Eigene Akzepte und Solawechsel" führt. Wirtschaftliche betrachtet entsteht bei in Umlauf befindlichen Akzepten jedoch lediglich eine Eventualverbindlichkeit, da das Akzept ausschließlich unter der Bedingung gewährt wird, daß der Kunde den Gegenwert des Wechsels der bezogenen Bank vor Fälligkeit zur Verfügung stellt. Da die Bank üblicherweise nur bei Kunden unzweifelhafter Bonität unter Akzept tritt, dürfte aus Risikogründen eine besondere Begrenzung des Akzeptkreditvolumens nicht erforderlich sein. Im Gegensatz zu den eigenen Akzepten ist bei Debitorenziehungen die Bank Aussteller und der Kreditnehmer Bezogener. Bei in Umlauf befindlichen Debitorenziehungen sind einmal solche Ziehungen der Bank zu unterscheiden, die dem Kunden nicht abgerechnet werden. In diesem Falle bleibt der Kontokorrentkredit des Kunden erhalten. Dieser leistet zwar der Bank sein Akzept, doch die Bank verpflichtet sich zur Einlösung des Wechsels bei Fälligkeit. Wird dem Kunden dagegen die Debitorenziehung der Bank abgerechnet, so muß dieser den Wechsel bei Fälligkeit einlösen. Aus dem Kontokorrentkredit ist ein Wechseldiskontkredit entstanden. Im Umlauf befind-

liche Debitorenziehungen werden in einer besonderen Position "Eigene Ziehungen im Umlauf" unter dem Bilanzstrich ausgewiesen. Auch in diesem Falle gilt, daß die Geschäftsbanken eine Mobilisierung der Debitoren in der Regel nur bei Kunden vornehmen werden, an deren prompter Zahlungsfähigkeit kein Zweifel besteht bzw. haben sie sich selbst von vornherein zur Einlösung der Wechselschuld verpflichtet. Aus der besonderen Form der Kreditgewährung entstehen zusätzliche Risiken somit grundsätzlich nicht. Damit entfallen weitgehend bonitätsmäßige Gesichtspunkte für eine gesonderte Regelung der auf Akzepten und Debitorenziehungen basierenden Kredite. Die neuen Grundsätze stellen jedoch nicht nur einen Maßstab für die Überwachung der Bonität der Kreditinstitute dar, ihre Einhaltung bildet zugleich die Voraussetzung für eine Inanspruchnahme des Liquiditätsrückhalts, den die Deutsche Bundesbank gewährt. Eine Kreditgewährung, die unter Verwendung von Bankakzepten, Solawechseln und Debitorenziehungen erfolgt, schafft im Gegensatz zu den Buchkrediten refinanzierungsfähige Kreditformen und erweitert damit den potentiellen Liquiditätsspielraum für die kreditgebende Bank. Diese liquideren Formen des Kreditgeschäfts beanspruchen das besondere Interesse der Notenbank, die zur Steuerung des Geldvolumens auf das Liquiditätspotential der Banken einwirkt. Seit sich die Diskontpolitik, die auf eine Verteuerung bzw. Verbilligung der Refinanzierung hinwirkt, als nicht wirksam genug erwiesen hat, setzt die Deutsche Bundesbank, wie bereits ihre Vorgängerin, quantitativ wirkende währungspolitische Instrumente wie Offenmarkt- und Mindestreservepolitik ein, um durch Entzug von Überschußreserven die Banken zur Refinanzierung bei ihr zu veranlassen. Gleichzeitig beschränkt sie ihre Refinanzierungsfazilitäten unmittelbar. Die gesetzliche Grundlage hierfür bildet § 15 Bundesbankgesetz, der der Notenbank das Instrument der "Kreditpolitik" (im engeren Sinne) gibt¹⁾.

1) Vgl. v.Spindler, J.-Becker, W.-Starke, O., Die Deutsche Bundesbank, 2. Aufl. Stuttgart 1957, S.59 ff. u. S.185 ff. Beck, H., Gesetz über die Deutsche Bundesbank v.20.Juli 1957, Kommentar, Mainz-Düsseldorf 1959, S. 257 ff.

Die Einengung des Rediskontkredits der Deutschen Bundesbank erfolgt durch die Bindung des rediskonfähigen Kreditvolumens an das Eigenkapital und die Festlegung bestimmter Anforderungen an die Qualität des Refinanzierungsmaterials. Während Akzeptkredite und mobilierte Kontokorrentkredite durch Grundsatz I a an das Eigenkapital gekoppelt werden, übernehmen bei den Diskontkrediten diese Funktion Rediskont-Kontingente, die auf der Grundlage des haftenden Eigenkapitals errechnet werden¹⁾. Die Deutsche Bundesbank verzichtet somit darauf, abgesehen von besonderen Boomsituationen, die eine starre Kreditkontingentierung erforderlich machen, das Volumen des Zentralbankkredits gegenüber dem einzelnen Kreditinstitut administrativ festzulegen. Sie verhält sich marktkonform, indem sie die Gewährung ihres Refinanzierungskredits ebenfalls von dem Prinzip abhängig macht, daß eine Bank über eine im Verhältnis zu den Risiken des Kreditgeschäfts genügend breite Eigenkapitalausstattung verfügen muß. Dem einzelnen Kreditinstitut ist damit die Möglichkeit gegeben, sich an die Refinanzierungsbedingungen der Zentralbank durch Verstärkung der Haftungsgrundlage bzw. Einschränkung der Kreditgewährung anzupassen²⁾. Der Grundsatz I a findet deshalb seine Begründung in der Notwendigkeit, das refinanzierungsfähige Kreditvolumen gesondert zu erfassen, wobei die währungspolitischen Erfordernisse in die Form eines Bonitätsrichtssatzes gekleidet wurden. In den Erläuterungen der Deutschen Bundesbank zu den Grundsätzen heißt es dementprechend³⁾:

"Durch Grundsatz I a sollen die Refinanzierungen der Kreditinstitute mittels eigener Akzepte, Solawechs und Debitorenziehungen und damit indirekt das Volumen der

1) Vgl. S. 274f.

2) Vgl. Monatsberichte der BdL Januar/Februar 1951, S. 16-18

3) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, März 1962, S. 9

ihnen zugrunde liegenden, auch im Grundsatz I erfaßten besonderen Kredite noch einmal speziell beobachtet und begrenzt werden. Grundsatz I a stellt insoweit eine Ergänzung des Grundsatzes I dar".

Eine Kreditgewährung in Form des Akzeptkredits ist als Kreditleihe primär nicht mit einer Zurverfügungstellung von Zentralbankgeld verbunden. Für den Fall, daß die Bank ihr Akzept ankauft, erwirbt sie ein leicht liquidisierbares Kreditpapier. Auf Grund dieser Eigenschaften besteht die Gefahr, daß eine Bank, die über genügend erste Adressen verfügt, ihr Akzeptkreditvolumen zu stark ausweitet. Deshalb wird als generelle Obergrenze der Akzeptkreditgewährung das 1,5-fache des haftenden Eigenkapitals festgelegt¹⁾. Die vom Bundesaufsichtsamt zugesicherte elastische Handhabung der Grundsätze ermöglicht es, Sonderverhältnissen Rechnung zu tragen. Eine derartige Regelung könnte bei einzelnen Privatbankiers in den Hansestädten erforderlich werden, deren Geschäft weitgehend auf die Finanzierung von Einfuhr-, Ausfuhr- und Transithandelsgeschäften mit Hilfe von Akzeptkrediten spezialisiert ist. Auf Grund der Bestimmungen der Privatskont-Aktiengesellschaft, die bei der Wiedereröffnung des Privatskontmarktes im Februar 1959 veröffentlicht wurden, durfte der Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen privatskontfähigen Akzpte eines Kreditinstituts im Normalfall ebenfalls das 1,5-fache des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen, jedoch konnte einer Akzeptbank in einzelnen begründeten Fällen eine höhere Umlaufgrenze, die das 3-fache des Eigenkapitals nicht übersteigen durfte, zugebilligt werden²⁾.

-
- 1) Ergänzend ist auf die qualitativen Refinanzierungsanforderungen der Bundesbank für bundesbankfähige Kreditpapiere (Privatskonten, sonstige Bankakzpte, Debitorenziehungen, Solawechsel der Einfuhr- und Vorratsstellen, trassiert eigene Wechsel deutscher Exporteure im Rahmen von Plafond B der Ausfuhrkredit-AG) hinzuweisen, die jeweils in den Geschäftsberichten der Deutschen Bundesbank unter dem Titel "Die zur Zeit gültigen kredit- und devisenpolitischen Regelungen der Deutschen Bundesbank veröffentlicht werden.
 - 2) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Februar 1959, S. 15

Das im Oktober 1962 neugefaßte Merkblatt der Privatdiskont-Aktiengesellschaft sieht nunmehr in Anpassung an die Grundsätze vor, daß der Betrag der im Umlauf befindlichen privatdiskontfähigen Akzepte eines Kreditinstituts die vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen festgesetzte Umlaufgrenze (Grundsatz I a) nicht übersteigen darf¹⁾. Der größte Anteil des refinanzierungsfähigen Kreditvolumens der Banken entfällt auf Wechseldiskontkredite. Im Vergleich zur Akzeptkrediteinräumung nahm die Diskontkreditgewährung aller Bankengruppen an Wirtschaftsunternehmen und Private seit der Währungsreform folgenden Verlauf²⁾:

Jahres- ende	Akzeptkredite Mrd DM	Wechseldiskontkredite
1949	2,0	2,9
1950	2,4	5,0
1951	1,7	7,2
1952	1,3	9,1
1953	1,1	10,0
1954	1,1	11,6
1955	1,2	13,5
1956	1,0	14,1
1957	0,9	14,6
1958	0,7	14,3
1959	0,8	15,9
1960	0,7	17,3
1961	0,8	19,4
1962	0,9	19,3

An der Größenordnung, in der sich das Diskontkreditgeschäft bewegt, läßt sich die Bedeutung ablesen, die eine Festle-

-
- 1) Merkblatt der Privatdiskont-Aktiengesellschaft vom 1. Oktober 1962
 2) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1963, S. 78

gung des Rediskontierungsspielraums der Zentralbank für die Liquiditätsdisposition der Geschäftsbanken besitzt. Während sich das Akzeptkreditvolumen seit 1953 bei etwa 1 Mrd DM bewegt, unterlag die Kreditnachfrage der Privatwirtschaft nach Diskontkrediten einer starken Expansion, die von erheblichen kurzfristigen Schwankungen begleitet war. Eine Strukturnorm, wie sie Grundsatz I a darstellt, die auf ein ausgewogenes Verhältnis einer bestimmten Kreditsparte bei allen Bankengruppen auf lange Sicht abzielt, ist für die Steuerung des Diskontkreditvolumens nicht ohne weiteres geeignet. Erforderlich ist ein konjunkturpolitisches Instrument, mit dem auf kurzfristige Veränderungen des rediskontfähigen Kreditvolumens mit der gebotenen Schnelligkeit reagiert werden kann. Während eine Strukturnorm über die notwendige Elastizität verfügen muß, um auf längere Zeit praktikabel zu sein, hängt die Wirksamkeit währungspolitischer Maßnahmen nicht unwesentlich von deren Starrheit ab, d.h. dem Zwang, den sie mittel- oder unmittelbar auf das einzelne Kreditinstitut ausüben, kurzfristig in der gewünschten Weise zu reagieren. Ein derartiges währungspolitisches Instrument zur Regelung des Rediskontvolumens führte der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder im Mai 1952 in Gestalt der Rediskontkontingente ein¹⁾. Im Bundesbankgesetz vom 26.7.1957 sind die Rediskontkontingente als quantitative Maßnahme der Kreditpolitik gemäß § 15 unter den "währungspolitischen Befugnissen" geregelt²⁾. Die jeweils geltenden Bestimmungen über die Rediskontkontingente enthalten die Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank. Im Geschäftsbericht für 1962 heißt es zur grundsätzlichen Konstruktion der Kontingente³⁾:

"Der Rückgriff der Kreditinstitute auf die Deutsche Bundesbank im Wege der Rediskontierung von Wechseln und Auslandsschecks wird, abgesehen von den sonstigen noten-

1) Vgl. Geschäftsbericht der BdL 1951, S. 77 f.

2) Vgl. Begründung des Regierungsentwurfs eines Gesetzes über die Deutsche Bundesbank, BT-Drucksache Nr. 2781 vom 18. Oktober 1956, VI zu § 11

3) S. 106

bankpolitischen Einwirkungen, durch Rediskont-Kontingente begrenzt. Der Zentralbankrat hat nach Institutsgruppen differenzierte Normkontingente festgesetzt, die auf der Grundlage der haftenden Mittel des Kreditinstituts errechnet werden (Beschlüsse vom 17. April 1952 und 7. März 1963) ... Das Rediskont-Kontingent eines Kreditinstituts wird in Anlehnung an das Normkontingent individuell bemessen. Dabei wird auch berücksichtigt, ob das Kreditinstitut die Grundsätze des Bundesamtes für das Kreditwesen über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute beachtet. Die Methode der Kontingentsfestsetzung enthält hinreichend elastische Elemente".

Unter einem Rediskont-Kontingent ist somit der Höchstbetrag zu verstehen, bis zu dem die Bundesbank Wechsel, die ihren qualitativen Anforderungen entsprechen, von einem Kreditinstitut ankauft. Die Rediskontkontingente werden in der Regel von der zuständigen Landeszentralbank für jedes einzelne Kreditinstitut gesondert festgesetzt. Eine Ausnahme bilden die Rediskontkontingente von Kreditinstituten mit zentralen Aufgaben im gesamten Bundesgebiet, welche von dem Direktorium der Deutschen Bundesbank bestimmt werden¹⁾. Die Höhe des intern ermittelten Rediskontkontingents wird nicht veröffentlicht und ist deshalb dem einzelnen Kreditinstitut nur annäherungsweise bekannt. Die Feststellung, inwieweit ein Kreditinstitut seinen Spielraum ausgenutzt hat, wird von der Landeszentralbank nach der Summe der rediskontierten, noch nicht fälligen Wechsel und der Auslandsschecks getroffen (Einreicher-Obligo). Das festgesetzte Rediskontkontingent darf nicht einmal vorübergehend überschritten werden, doch steht den Instituten, die ihr

1) Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank 1962, S. 106; z.B. Ausfuhrkredit-Aktiengesellschaft, Deutsche Genossenschaftskasse, Industriekreditbank AG, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank, Lastenausgleichsbank, Privatdiskont-Aktiengesellschaft

Kontingent ausgeschöpft haben, die Möglichkeit offen, auf Lombardkredite auszuweichen. Den Ausgangspunkt für die individuell festgesetzten Kontingente bilden nach Bankengruppen unterschiedliche Normkontingente der Deutschen Bundesbank. Als Bezugsgröße der Normkontingente wurden ursprünglich die haftenden Mittel und die kurzfristigen Kredite herangezogen¹⁾. Später schränkte man die Bemessungsgrundlage auf die haftenden Mittel ein²⁾, heute gilt ausschließlich das haftende Eigenkapital als Bezugsbasis³⁾.

Fragen wir uns nunmehr, in welcher Bedeutung Eigenkapital als grundsätzliche langfristige Größe bei der konjunkturpolitischen Steuerung des kurzfristigen Kreditvolumens Verwendung findet. Im Eigenkapital haben wir bisher einen Maßstab für die Bonität eines Kreditinstituts, den Risikoträger einer Bank gesehen, mit dem sich das risikobehaftete Geschäft sinnvoll begrenzen läßt. Bei der Bemessung der Rediskontkontingente geht es dagegen, wie bei der Einschränkung der Akzeptkredite, um die Liquidität der Institute. Der Refinanzierungsbedarf einer Bank, d.h. ihre Nachfrage nach liquiden Mitteln, ist bei annähernder Kongruenz zwischen langfristigem Kreditgeschäft und langfristigem Mittelaufkommen von der Entwicklung der kurzfristigen Kredite und der Einlagen abhängig. Zusätzliche Kredite wirken tendentiell liquiditätsverknappend, zusätzliche Einlagen dagegen liquiditätssteigernd. Eilt die Kreditgewährung der Einlagenbildung voraus, so erhöht sich ceteris paribus der Refinanzierungsbedarf eines Kreditinstituts. Eine restriktive Kreditpolitik der Zentralbank, die bei expandierendem Kreditvolumen der Geschäftsbanken auf eine Verengung des Liquiditätsspielraums aus ist, könnte zu einer Herabsetzung des absoluten Betrages der Rediskont-

1) Vgl. Geschäftsberichte der Bank deutscher Länder, 1952, S. 87

2) Vgl. Geschäftsberichte der Bank deutscher Länder 1954 S. 117

3) Beschluß des Zentralbankrats vom 20./21. August 1959

kontingente schreiten. Eine derartige Methode wäre zwar recht wirksam, doch äußerst starr und einschneidend für die Kreditinstitute. Besser in Einklang zu bringen mit der Gelddisposition der Banken sind Maßnahmen, die, obwohl sie die potentielle Liquidität einschränken, doch ein gewisses Maß an Flexibilität aufweisen. Dies kann dadurch geschehen, daß das höchstzulässige Wechselrediskontvolumen an eine sinnvolle Basis gebunden wird; da eine derartige Kennziffer jedoch nicht als Strukturnorm verwendet werden soll, sondern als währungspolitische Relation, müßte eine Bezugsgrundlage gefunden werden, die gegenläufig tendiert, also bei wachsendem Diskontkreditvolumen den Refinanzierungsspielraum einengt bzw. bei sinkendem Diskontkreditvolumen die Rediskontfazilitäten ausweitet. Das von der Bank deutscher Länder ursprünglich neben den haftenden Mitteln als Bemessungsgrundlage gewählte kurzfristige Kreditvolumen war ungeeignet, weil es diesen kompensatorischen Effekt nicht ausübte, sondern bei wachsendem Kreditvolumen automatisch die Rediskontkontingente erhöhte¹⁾. Die ausschließliche Verwendung der haftenden Mittel bzw. des haftenden Eigenkapitals als Maßstab für das Rediskontkontingent stellt eine halbstarre Regelung dar. Mit stark wachsendem Kreditvolumen ist vielfach ein Nachhinken der Eigenkapitalbildung verbunden. Bei einer Kreditexpansion der Banken bremst das Eigenkapital zunächst die gleichzeitige Ausdehnung der Refinanzierungsmöglichkeiten. Insofern erfüllt die Eigenkapitalziffer als Maßstabsgröße die aufgestellten kreditpolitischen Anforderungen. Ein zusätzlicher Liquiditätsrückhalt bei der Deutschen Bundesbank wird bei einer verstärkten Diskontkreditgewährung nur dem Kreditinstitut gegeben, das sein bilanzmäßig ausgewiesenes Eigenkapital dem erweiterten Geschäftsvolumen anpaßt. Insofern muß auch das kurzfristig einsetzbare Instrument der Rediskont-Kontingente im Zusammenhang mit der Strukturnorm des Grundsatzes I gesehen werden, die die Diskontkredite einschließt.

1) Vgl. v. Spindler, J.-Becker, W.-Starke, O., a.a.O., S. 63

Die im Jahre 1952 eingeführten Normkontingente wurden erstmals 1957 im Zusammenhang mit anderen restriktiven kreditpolitischen Maßnahmen um 15. v.H. gekürzt. Ferner mußten die im Ausland aufgenommenen kurzfristigen Kredite, die nicht der Erstfinanzierung von Einfuhr- bzw. der Durchführung von Transitgeschäften dienten, von den Kontingenten abgesetzt werden¹⁾. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1959 wurde die Berechnung der Normkontingente neu geregelt, was mit einer Kürzung um 20 v.H. ihres vorherigen Standes verbunden war²⁾. Sie betrugen danach das 1,5 bis 3-fache der haftenden Mittel³⁾. 1960 erfolgten in Verbindung mit der Verschärfung der kontraktiven Kreditpolitik der Deutschen Bundesbank weitere Kürzungen der Rediskont-Kontingente. Die Normkontingente wurden bis zum Betrage von 5 Mill DM um insgesamt 15 v.H. und für 5 Mill DM übersteigende Beträge um 40 v.H. gekürzt⁴⁾. Im Zuge der Neuorientierung der Währungspolitik, die zur Aufgabe des restriktiven Kurses führte, wurden 1961 die im Vorjahre erfolgten Kürzungen der Normkontingente wieder aufgehoben⁵⁾. Die Rediskontierung von Wechseln bei der Deutschen Bundesbank ist danach heute je nach der Institutsgruppe in Höhe des 1,5 - 3-fachen des haftenden Eigenkapitals zulässig. Die Zentralbank richtet somit die kurzfristigen Veränderungen ihrer Rediskontbedingungen an den langfristi-

-
- 1) Vgl. Geschäftsbericht der BdL 1956, S.119; Monatsberichte der BdL April 1957, S.3. Zu berücksichtigen ist außerdem, daß bis 1956 Auslandswechsel und Exporttratten außerhalb der Rediskontkontingente refinanziert wurden, während seither nur noch trassiert-eigene Wechsel deutscher Exporteure im Rahmen der Rediskontlinie der Bundesbank an die Ausfuhrkredit-AG sowie Privatdiskonten, die den Geldmarkt passiert haben und eine Laufzeit von höchstens 45 Tagen haben ohne Anrechnung auf die Rediskontkontingente angekauft werden.
 - 2) Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank 1959, S. 54
 - 3) Vgl. v. Spindler, J.-Becker, W.-Starke, O., a.a.O., S.186
 - 4) Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank 1960, S.59; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank Februar 1960, S.3; Juni 1960, S. 3
 - 5) Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank 1961, S.84; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank März 1961, S. 6

gen Haftungsgrundlagen eines Kreditinstituts aus. Die Aufgaben des Eigenkapitals werden damit erweitert. Mit seiner Hilfe soll nicht nur verhindert werden, daß tatsächlich eingetretene Verluste auf die Einlagen durchschlagen, sondern gleichzeitig die Bereitschaft der Zentralbank gesichert werden, dem Institut bei Bedarf liquide Mittel zur Verfügung zu stellen. Das Eigenkapital der Kreditinstitute wird zu einem umfassenden Garantiekapital.

c) Großkredite

Während Grundsatz I das gesamte Kreditvolumen als den wichtigsten Teil des risikobehafteten Aktivgeschäfts an das haftende Eigenkapital eines Kreditinstituts bindet, stellt das Kreditwesengesetz darüber hinaus eine Beziehung zwischen dem einzelnen **G r o ß k r e d i t** und dem haftenden Eigenkapital her. Das KWG von 1934 enthielt mit Rücksicht auf die unterschiedliche Struktur des Bankwesens lediglich eine Rahmenbestimmung, wonach die von einem Kreditinstitut an denselben Kreditnehmer gewährten Kredite einen festzusetzenden Hundertsatz des haftenden Eigenkapitals nicht überschreiten sollten¹⁾. Gleichzeitig wurde das Aufsichtsamt für das Kreditwesen zur Ausfüllung dieser Rahmenvorschrift ermächtigt, wobei eine Festsetzung verschiedener Sätze für einzelne Bankengruppen als mit dem Gesetz vereinbar erklärt wurde²⁾. Das Aufsichtsamt bestimmte 1936 einen Hundertsatz von 10 für Institute mit einer Bilanzsumme von über 500 000 RM und von 15 für Institute, deren Bilanzsumme 500 000 RM betrug bzw. darunter lag³⁾. Die Bankaufsichtsbehörden

1) § 12 Abs. 1 KWG 1934/39

2) Vgl. Begründung des Entwurfs des Untersuchungsausschusses zu § 12 (abgedruckt bei Reichardt, W., a.a.O., S. 227)

3) 3. Bekanntmachung des Aufsichtsamtes vom 24.6.1936 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 149), Art. 1 Abs. 1

legten den Hundertsatz 1952 grundsätzlich auf 10 fest, ließen aber eine Erhöhung auf 15 v.H. des Eigenkapitals für Kreditinstitute mit einer Bilanzsumme von 500 000 DM und weniger bis auf weiteres zu¹⁾. Im Jahre 1959 schließlich wurde von der Bankenaufsicht der Länder als einheitliche Höchstkreditgrenze 15 v.H. des haftenden Eigenkapitals bestimmt²⁾. Im neuen Kreditwesengesetz ist die Obergrenze für den einzelnen Großkredit wesentlich erweitert worden. § 13 Abs. 1 KWG definiert Großkredite als Kredite an einen Kreditnehmer, die insgesamt 15 v.H. des haftenden Eigenkapitals eines Kreditinstituts übersteigen und enthält in § 13 Abs. 4 KWG die Soll-Vorschrift: "Der einzelne Großkredit soll das haftende Eigenkapital des Kreditinstituts nicht übersteigen". Durch diese Regelung wird zum ersten Mal eine an das Eigenkapital gekoppelte konkrete Höchstkreditgrenze gesetzlich verankert³⁾. Eine Kreditge-

-
- 1) Bekanntmachung der Bankaufsichtsbehörden über Anzeigen nach §§ 8, 9, 12 und 14 des Gesetzes über das Kreditwesen (Fassung September 1952), Art. 11 Abs. 1
 - 2) Bekanntmachung der Bankaufsichtsbehörden über Anzeigen nach §§ 8, 9, 12 und 14 des Gesetzes über das Kreditwesen (Fassung November 1959), Art. 11 Abs. 1
 - 3) Das Genossenschaftsgesetz enthält in § 49 Nr. 2 lediglich die Forderung an die Generalversammlung, eine Kreditgrößengrenze festzusetzen. Diese kann bei Kreditgenossenschaften sowohl über als auch unter der Höchstkreditgrenze für Großkredite nach dem KWG liegen. Die Kreditrichtlinien des Deutschen Genossenschaftsverbandes empfahlen den Volksbanken Mitte 1949:
"Einzelkredite über 10 000 DM sind nur in Höhe bis zu 5 % der Einlagen als noch vertretbar anzusehen".
Vgl. Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes 1949, S. 35, ZfK 1950, S. 458 f.
Im Sparkassenrecht finden sich in den einzelnen Ländergesetzen keine Kreditgrößengrenzen. Derartige Regelungen wurden den Mustersatzungen vorbehalten. Im Gegensatz zum Kreditwesengesetz gehen die Mustersatzungen von einer anderen Bezugsgröße aus. Die Höhe der zulässigen Einzelkredite wird grundsätzlich nach den Gesamteinlagen der Institute bemessen. Die hessische Mustersatzung A (in der Fassung vom 12.5.1960) enthält in § 17 Abs. 1 eine Blankokreditgrößengrenze, die 3 von tausend des gesamten Einlagenbestandes, maximal 50 000 DM beträgt, sowie in § 18 eine Personalkreditgrößengrenze von 1 vH der gesamten Einlagen, maximal 200 000 DM. Die Generalklausel des § 27 gestattet in Ausnahmefällen eine Überschreitung der Personalkreditgrößengrenze. Diese bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

währung an einen Kreditnehmer, die zwischen 15 und 100 vH des haftenden Eigenkapitals liegt, wird von den Aufsichtsinstanzen damit grundsätzlich als vertretbar angesehen, sie muß allerdings wegen des mit ihr verbundenen erhöhten Risikos unverzüglich der Deutschen Bundesbank angezeigt werden, die die Anzeigen mit ihrer Stellungnahme an das Bundesaufsichtsamt weiterleitet und bedarf eines einstimmigen Beschlusses der gesamten Geschäftsleitung¹⁾.

An der elastischen Formulierung als Sollvorschrift wurde festgehalten, da starre Normen im Gesetz mit erheblichen Nachteilen belastet wären. Sie könnten nicht immer den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen, müßten deshalb Ausnahmeregelungen zulassen, um praxisnah zu bleiben. Die Entscheidung über Ausnahmeanträge würde jedoch dem Bundesaufsichtsamt eine Mitverantwortung für geschäftspolitische Maßnahmen des Kreditinstituts übertragen, die die Aufsichtsbehörde weder übernehmen kann noch in einer Marktwirtschaft übernehmen soll. Die Vorschrift über die zulässige Höhe des einzelnen Großkredits hat somit zwar keine zwingende Wirkung, die bezeichnete Grenze kann ohne unmittelbare Sanktionen überschritten werden, doch nimmt die Formulierung dem Bundesaufsichtsamt nicht das Recht, Verletzungen der Großkreditgrenze in begründeten Fällen aufsichtsmäßig zu berücksichtigen. Ist z.B. zu entscheiden, ob ein Kreditinstitut noch die Gewähr für die Sicherheit der ihm anvertrauten Vermögenswerte bietet, fällt die Nichteinhaltung von § 13 Abs. 4 KWG erschwerend ins Gewicht²⁾.

Bei der Errechnung des einzelnen Großkredits sind alle Kredite an denselben Kreditnehmer zusammen zu rechnen. Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen für an-

1) § 13 Abs. 1 und 2 KWG; vgl. hierzu Szagunn, V.-Neumann, W., a.a.O., § 13 Anm. 16-74

2) Begr. zu § 12 RegE KWG

dere sowie Kredite aus der Diskontierung bundesbankfähiger Wechsel sind nur zur Hälfte anzusetzen, da bei ihnen ein geringeres wirtschaftliches Risiko als bei anderen Krediten vermutet wird¹⁾. Generelle oder individuelle Freistellungen von der Großkreditgrenze sind in § 31 KWG vorgesehen. Der Bundesminister für Wirtschaft kann nach Anhörung der Deutschen Bundesbank durch Rechtsverordnung Arten oder Gruppen von Kreditinstituten von der Einhaltung der Großkreditgrenze freistellen, wenn die Eigenart des Geschäftsbetriebes es rechtfertigt. Diese Ermächtigung wurde auf das Bundesaufsichtsamt übertragen²⁾. Einzelne Kreditinstitute können ferner durch das Bundesaufsichtsamt von den Verpflichtungen nach § 13 Abs. 4 KWG freigestellt werden, wenn dies aus besonderen Gründen, insbesondere wegen der Art oder des Umfanges der betriebenen Geschäfte angezeigt ist³⁾. Nach der amtlichen Begründung kann diese Vorschrift insbesondere für Zentralkreditinstitute, bestimmte öffentlich-rechtliche Kreditanstalten, Kreditgenossenschaften und Institute, die vorwiegend gewisse Import- und Exportgeschäfte finanzieren, Bedeutung erlangen. Das technische Verfahren wurde durch die Meldebekanntmachung vom 5.12.1962 geregelt⁴⁾.

Im Anschluß an die Darstellung des gesetzlich festgelegten Zusammenhangs zwischen dem einzelnen Großkredit und dem haftenden Eigenkapital eines Instituts wollen wir die wirtschaftliche Bedeutung dieser Vorschrift erläutern. Sie scheint zunächst ein unmittelbarer Ausdruck der Haftungsfunktion des Eigenkapitals zu sein und keiner weiteren Erklärungen bedürftig. Doch in Wirklichkeit ist das Bild wesentlich komplexer. Zwar lassen sich die eigenen

1) § 13 Abs. 5 KWG

2) § 31 Abs. 1 Nr. 2 KWG; Verordnung zur Übertragung der Befugnis zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen vom 19.1.1962 (BGBl I S.1862)

3) § 31 Abs. 2 KWG

4) BAnz Nr. 243 vom 28. 12. 1962

Mittel als der Risikoträger eines Kreditinstituts dem risikobehafteten Aktivgeschäft gegenüberstellen, doch kann daraus nicht gefolgert werden, daß die Höhe des einzelnen Kreditengagements in einer inneren Beziehung zur Höhe des Eigenkapitals stehen muß. In der Kreditpraxis ist es durchaus nicht so, daß einem relativ hohen Kredit auch immer ein besonders hohes Risiko entspricht. Bei der Großkreditgewährung geht es unter Risikogesichtspunkten nicht so sehr um quantitative Relationen, als vielmehr um qualitative Maßstäbe. In erster Linie kommt es auf die Bonität der Großkredite an. Ein großer Schuldner, etwa ein erstklassiges Industrieunternehmen, dem ein Kredit von 10 Mill DM eingeräumt wurde, ist oftmals sicherer als zwanzig Schuldner, die jeweils eine halbe Million als Kredite erhalten haben. Dennoch bedeutet die Höhe der eigenen Mittel für die Kreditgewährung an einen einzigen Kreditnehmer ein ernstes Warnzeichen. Bewährten bankbetrieblichen Gepflogenheiten entspricht es, das Risiko nicht in einem einzigen Engagement zusammenzuballen¹⁾. Auf den Grundsatz einer "angemessenen Kreditstreuung"²⁾ zielt die Vorschrift des § 13 Abs. 4 KWG ab. Der Gesetzgeber, dessen Anliegen die Sicherheit der den Banken anvertrauten Vermögenswerte und die Erhaltung eines funktionsfähigen Bankapparates ist, geht bei seinen Maßnahmen von den dubiosen Großkrediten aus, weil von ihnen Gefahr droht. Seine Argumentation im Zusammenhang mit Großkrediten muß deshalb aus der Perspektive der bonitätsmäßig möglicherweise nicht intakten Forderungen gesehen werden. Die Gewährung von Großkrediten wird nicht verboten, das erhöhte Risiko soll jedoch durch Ordnungsvorschriften verringert werden, ohne daß ein nachhaltiger Eingriff in die Geschäftspolitik des einzelnen Kreditinstituts notwendig wird. In der amtlichen Begründung heißt es dazu, daß das Risiko sich verringert, wenn anstelle eines einzelnen Großkredits mehrere kleinere Kredite an verschiedene Kreditnehmer hinausgelegt werden.

1) Vgl. Schork, L., a.a.O., in: ZfK 1963, S. 478 f.

2) Begr. ReGE KWG, Allgemeiner Teil VI 2

Deshalb wurde die Gewährung von Großkrediten von der Zustimmung sämtlicher Geschäftsleiter abhängig gemacht und von einer bestimmten Höhe an eine Anzeige solcher Kredite erforderlich. Daneben wurde das haftende Eigenkapital als Grenze für den einzelnen Großkredit festgesetzt. Zehrt ein Kreditverlust das Eigenkapital eines Kreditinstituts auf, so gefährden mögliche weitere Verluste die Einlagen unmittelbar. Der Gesetzgeber war deshalb der Auffassung, daß eine wirksame Einlagensicherung auf der Kreditseite ansetzen muß. Hohe Einzelkredite sind für das Kreditinstitut und damit die Einlagen deshalb gefährlich, weil bereits der Ausfall oder das Einfrieren eines einzigen solchen Kredits das Institut in ernsthafte Liquiditätsschwierigkeiten bringen kann. Ein berühmtes Beispiel hierfür lieferte der Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns, der einer der größten Debitoren der Danatbank war. Als die Bank den daraufhin einsetzenden Geldabzügen nicht mehr gewachsen war, mußte sie ihre Schalter schließen. Auf Grund der in der Bankenkrise gemachten Erfahrungen erhob O. Chr. Fischer¹⁾ in der Bankenquete von 1933 die Forderung, die vertretbare Höhe der Einzelkredite vom Eigenkapital abhängig zu machen. Der Gesetzgeber des KWG 1934 entsprach diesem Verlangen mit folgender Begründung²⁾:

"In der vergangenen Zeit wurde der Großkredit in allen Zweigen des Kreditgewerbes übertrieben gepflegt, und zwar in einem Umfang, der oft in keinem Verhältnis zu dem haftenden Eigenkapital des kreditgebenden Institutes und auch dem des betreffenden Kreditnehmers stand. Hierlag eine besondere Quelle für Kapitalfehlleitungen und Kapitalverluste. Diese Verhältnisse haben vielfach die Zurückdrängung berechtigter Kreditbedürfnisse der mittleren und kleineren Unternehmen zur Folge gehabt".

1) Fischer, O. Chr., a.a.O., S. 505

2) Begründung zu § 12 KWG 1934; zitiert nach Reichardt, W., a.a.O., S. 227

Fast dreißig Jahre später mußte der Gesetzgeber des KWG 1961 wiederum feststellen¹⁾:

"Die Ursache der Bankinsolvenzen, die in den letzten Jahren aufgetreten sind, lag fast immer in der unverhältnismäßigen Höhe einzelner Kredite und in der ungenügenden Streuung der Kredite überhaupt".

Als Beispiel hierfür lassen sich seit der Währungsreform die Liquidation folgender Bankinstitute anführen: Werner & Frese, Hamburg (1954); Eichhorn & Co, Nürnberg (1957); Glaub & Cie, Stuttgart (1958); Mathias Hausmann, Cochem/Mosel (1962). Weitere Institute entgingen der Liquidation durch eine Liquiditätshilfe. Ihre Verluste aus Großkreditengagements wurden zunächst von verwandten Kreditinstituten bzw. dem Großaktionär getragen²⁾. In allen diesen Fällen wurden Großkredite gewährt, die teilweise das haftende Eigenkapital erheblich übertrafen, bei einem Institut erreichte das Einzelkreditengagement das sechsfache des Eigenkapital. Die Bindung des einzelnen Großkredits an das Eigenkapital soll das spezielle Risiko eines einzelnen Engagements grundsätzlich nur im Rahmen der generellen Haftungsgrundlage zulassen. Zusammen mit der weiteren Bestimmung, nach der Großkredite insgesamt nicht mehr als die Hälfte des Kreditvolumens betragen sollen³⁾, wird damit auf eine Kreditstreuung hingewirkt, die zu einer Risikoverteilung zwischen großen, mittleren und kleinen Krediten führen soll.

Der Überblick über die gegenwärtige Bedeutung des Bank-eigenkapitals zeigte, daß aus diesem quantitativen Rückgang im Vergleich zur Entstehungsperiode des modernen

1) Begr. RegE KWG, Allgemeiner Teil VI 2

2) Z.B. Städtische Girokasse, Stuttgart (1950); Vereinsbank & Spargesellschaft für Stadt- und Landgemeinden AG, Heidelberg (1961); August Thyssen Bank AG Berlin (1962)

3) § 13 Abs. 3 KWG

Bankwesens keineswegs auf eine Abnahme seiner Aufgaben geschlossen werden kann. Eigenkapital dient bei den Kreditinstituten als **G e s c h ä f t s k a p i t a l** für die Finanzierung der Sach- und Finanzanlagen (Grundstücke und Gebäude, Geschäftsausstattung, dauernde Beteiligungen). Als **G a r a n t i e k a p i t a l** übernimmt es den Schutz der Gläubiger bei unvermeidlichen Verlusten. In dieser Funktion bildet Eigenkapital die wichtigste Maßstabsgröße von Bankenaufsicht und Bundesbank für die Bonität und potentielle Liquidität eines Kreditinstituts (Umlaufgrenze für Pfandbriefe, Grundsätze I und I a, Rediskontkontingente, Grenze für Großkredite). Mit den Problemen, die sich aus der quantitativen Erfassung dieser verschiedenen Aufgaben ergibt, d.h. mit dem Fragenkreis eines angemessenen Eigenkapitals, wird sich der nächste Teil befassen.

Teil IV: Bestimmungsfaktoren einer angemessenen Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute

A. Einführung in das Problem

Seit der Mitte des letzten Jahrhunderts erlebten die Banken eine ständige Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit, da ihnen mit fortschreitender Entwicklung der Arbeitsteilung und der Kreditbeziehungen in der Volkswirtschaft immer vielfältigere Aufgaben erwuchsen. Doch erweiterte sich nicht nur der Tätigkeitsbereich und der Kundenkreis der Banken, sondern zugleich nahm mit steigender Kapitalintensität der Betriebswirtschaft der Umfang einzelner Transaktionen zu. Einen quantitativen Niederschlag findet das anwachsende Geschäftsvolumen zumindest näherungsweise im Anstieg der Bilanzsumme der Institute¹⁾.

Im gleichen Zeitraum veränderte sich die Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute in gegenläufiger Richtung. Dem anfänglich starken Zuwachs der absoluten Eigenkapitalbeträge bei den Aktienbanken folgten, wie wir gezeigt

-
- 1) Als Maßstab für die Geschäftstätigkeit eines Kreditinstituts wird zu Vergleichszwecken üblicherweise die Bilanzsumme herangezogen. Damit ist jedoch nur ein, wenn auch wesentlicher Teil der Bankgeschäfte erfaßt, nämlich die Aktiv- und Passivgeschäfte. Unberücksichtigt bleiben in der Bilanzsumme die Eventualverbindlichkeiten, die in der Bilanz "unter dem Strich" ausgewiesen werden, sowie alle Dienstleistungsgeschäfte, die in der Bilanz überhaupt keinen Niederschlag finden. Die Frage, inwieweit die Bilanzsumme als repräsentativer Ausdruck des Geschäftsvolumens angesehen werden kann, hängt von dem Gewicht der Rediskont-, Avalkredit- und Dienstleistungsgeschäfte einer Bank ab. Die Deutsche Bundesbank definiert in neueren Untersuchungen Geschäftsvolumen als "die um das gesamte Wechselkreditgeschäft erweiterte Bilanzsumme; es umfaßt also auch die nicht in der Bilanzsumme enthaltenen Positionen des Wechselkreditgeschäfts". (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank März 1961, S. 28). Neben der Bilanzsumme finden damit die Indossamentsverbindlichkeiten Berücksichtigung. Zusätzlich ließen sich die Avalverbindlichkeiten einbeziehen, während die Einrechnung der vielseitigen Dienstleistungsgeschäfte der Banken infolge der Quantifizierungsschwierigkeiten auf erhebliche Probleme stößt.

haben, seit der Jahrhundertwende erhebliche Rückgänge, die ihre Ursachen vorwiegend in der Inflation nach dem ersten Weltkrieg und der Weltwirtschaftskrise hatten¹⁾. Auch nach Erlaß des Kreditwesengesetzes konnten sich die Eigenkapitalverhältnisse bei den Banken nicht bessern, da die Voraussetzungen hierzu in der staatlichen Wirtschaftspolitik der damaligen Zeit nicht gegeben waren. Die absolute Höhe der eigenen Mittel der Kreditbanken ging bis 1935 einschließlich zurück²⁾, danach stieg sie wieder an, jedoch nicht im gleichen Verhältnis wie das Fremdkapital. Die Eigenkapitalquote verschlechterte sich weiterhin. Die Geldschöpfung des Staates für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung, der Aufrüstung und schließlich der Kriegsführung brachte den Banken einen ständig wachsenden Einlagenstrom. An eine Anpassung des Eigenkapitals an das steigende Bilanzvolumen der Institute war wegen der Emissionssperre und der inflationären Vehemenz der Bilanzausweitungen nicht mehr zu denken. Die Liquidation der zurückgestauten Inflation der Kriegs- und Nachkriegsjahre erfolgte in der Währungsreform von 1948. Ursprünglich wurde das vorläufige DM-Eigenkapital

1) Vgl. S. 196 ff.

2) Vgl. Peckolt, H., Strukturverschiebungen im deutschen Bankwesen, Stuttgart 1937, S. 71

in der Währungsgesetzgebung¹⁾ bei den privaten Instituten auf 5 % und bei den öffentlich-rechtlichen Instituten mit Gewährträgerhaftung auf 3 % der umgestellten Verbindlichkeiten festgesetzt. Private Kreditinstitute, für die eine besondere Regelung geschaffen wurde, konnten auch den Umstellungsmodus 10 % des alten RM-Eigenkapitals wählen, falls sich dabei ein höherer Betrag ergab. Später erfolgte eine Erhöhung der auf die umgestellten Verbindlichkeiten bezogenen Sätze von 5 % auf 7 1/2 % und von 3 % auf 4 1/2 %, wobei wahlweise eine Umstellung in Höhe von 10 % des alten RM-Eigenkapitals zugelassen wurde. Soweit das in der Bilanz zum 31.12.1947

-
- 1) Vgl. Drittes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) Gesetz Nr. 63 der amerikanischen und britischen Militärregierung § 12 Abs. 1: "Die Zuteilung von Ausgleichsforderungen an die Geldinstitute ist grundsätzlich so zu bemessen, daß die Vermögenswerte ausreichen, um neben den aus der Umstellung des Geldwesens hervorgehenden Verbindlichkeiten der Geldinstitute sowie den auf Deutsche Mark umgestellten nicht-bankgeschäftlichen Verbindlichkeiten auch ein angemessenes Eigenkapital zu decken. Das Nähere hierfür bestimmt eine Durchführungsverordnung". (Sperrungen vom Verf.) Die Prozentsätze 5 % und 3 % der umgestellten Verbindlichkeiten bzw. 10 % des RM-Eigenkapitals¹⁾ hält die 2. DVO/UG (Bankenverordnung) § 4 Abs. 1 Buchstabe A4d und § 5. Die revidierten Sätze 7 1/2 % und 4 1/2 % der umgestellten Verbindlichkeiten, 10 % bzw. 20 % des RM-Eigenkapitals wurden in der 36. DVO/UG (Eigenkapitalverordnung) Mitt. BdL 1949, 588 in Art. I festgelegt. Da das DM-Bilanzgesetz vom 21.8.49 für die DM-Eröffnungsbilanz der Kreditinstitute vorbehaltlich besonderer Vorschriften keine Anwendung fand (§ 77 Abs. 1 DM-BilG), mußte der Eigenkapitalausweis für die Banken gesondert geregelt werden. Zu diesem Zweck erging die 42. DVO/UG (DM-Eröffnungsbilanz der Geldinstitute) Banz 1950 Nr. 2; Mitt. BdL 1949, 841, Art. II (EK von Kapitalgesellschaften), Art. III (EK von eingetragenen Genossenschaften), Art. IV (EK der Geldinstitute des öffentlichen Rechts). Die Vorschriften der Umstellungsgesetzgebung sind abgedruckt in: Harmening, R., Währungsgesetze, München und Berlin 1955, S. 26 f., 66 f., 261 f., 273 f.; vgl. ferner Lenel, O., Bankeigenkapital in der Umstellungsrechnung, in ZfK 1961, S. 47; Fögen, H., Vom alten zum neuen Bankeigenkapital in ZfK 1950, S. 169; Theisinger, K., Die neue Bankbilanz, in ZfK 1948, S. 41 f.

ausgewiesene Eigenkapital 300 000 RM nicht überstieg, wurde der Höchstsatz des neuen DM-Eigenkapitals auf 20 % des RM-Eigenkapitals festgesetzt. Die in der DM-Eröffnungsbilanz für Banken in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften geschaffene Möglichkeit, das Nennkapital unter gleichzeitiger Einstellung eines Kapitalentwertungskontos auf der Aktivseite der Bilanz in bestimmtem Umfang zu erhöhen, bedeutete zwar eine Verbesserung des Umstellungsverhältnisses. Diese ging jedoch zu Lasten der zukünftigen Gewinne, da das Kapitalentwertungskonto spätestens auf den Schluß des fünften Geschäftsjahres getilgt sein mußte. Der Versuch, die unterschiedlichen Eigenkapitalvorschriften der Umstellungsgesetzgebung auf einen Nenner zu bringen, führt zu dem Ergebnis, daß durch die Währungsneuordnung ein DM-Eigenkapital lediglich in Höhe von in der Regel 10 % des alten RM-Eigenkapitals garantiert wurde. Der ungefähre Eigenkapitalverlust der Kreditinstitute durch die Währungsreform läßt sich deshalb mit 85 - 90 % angeben.

Die Eigenkapitalschrumpfung, die im Zusammenhang mit der Inflation der vierziger Jahre eintrat und in den DM-Eröffnungsbilanzen erkennbar wurde, übertraf somit noch die Eigenkapitalverluste, die die Inflation nach dem ersten Weltkrieg und die Bankenkrise zusammen verursacht hatten. Damals wurden bei den Aktienbanken rd. 80 % des Bilanz-eigenkapitals vernichtet¹⁾. Die Kreditinstitute waren nach 1948 im Hinblick auf ihre Eigenkapitalausstattung also wieder nahezu auf den Nullpunkt zurückgeworfen worden. Sie hatten durch die Umstellung ihre stillen Reserven verloren und verfügten in der DM-Eröffnungsbilanz über ein Bilanz-Eigenkapital, das zwar am Stichtag in einer gewissen Relation zu den Verbindlichkeiten stand, nicht jedoch eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit in den folgenden

1) Vgl. S. 200 ff.

Jahren berücksichtigte. Mit der Reform des Geldwesens setzte der Wiederaufbau der Wirtschaft ein, der an die Banken erhöhte Anforderungen stellte. Die Kreditinstitute unternahmen große Anstrengungen, um mit der Eigenkapitalbildung hinter der Ausdehnung der Bilanzsummen nicht zurückzubleiben. Tatsächlich ist die Eigenkapitalausstattung seit der Währungsreform absolut und relativ gesehen wieder gewachsen¹⁾. In dem Zeitraum von Ende 1950 bis Ende 1960 konnten die Privatbankiers ihren Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme von 3,8 auf 7,3, die Großbanken von 1,2 auf 4,8 die Kreditbanken insgesamt von 2,0 auf 5,1 steigern, im Genossenschaftssektor hielten die Volksbanken ihren Anteil, der mit Schwankungen 6,5 % betrug, die Raiffeisenkassen verbesserten ihre Quote von 4,1 auf 5,6, nur die Sparkassen blieben mit einer Erhöhung ihrer Eigenkapitalquote von 2,7 auf 3,1 hinter der Entwicklung der anderen Bankengruppen zurück. Trotz aller Fortschritte konnten die Kreditinstitute insgesamt in dem Zeitraum von 1950 bis 1960 mit ihrem neu aufgebauten Eigenkapital lediglich einen Bilanzanteil von 4,1 erreichen. Auch bis zum Jahresende 1962 gelang es ihnen noch nicht, die 5 % Grenze zu überschreiten²⁾.

Wir stellten fest, daß der relative Eigenkapitalanteil bei den Kreditbanken seit der Mitte des letzten Jahrhunderts eine ständig abnehmende Tendenz aufweist. Die Zahlenangaben zeigen, daß es nach der Währungstabilisierung von 1924 möglich war, an die Eigenkapitalquote der Zeit vor dem ersten Weltkrieg anzuknüpfen, wenn auch auf einem erheblich niedrigeren absoluten Niveau. Nach der Währungsreform von 1948 war das absolute Eigenkapitalniveau aller

1) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bank für März 1961, S. 28 ff.

2) Die Zahlenangaben wurden aus den Zwischenbilanzen der Kreditinstitute errechnet, die in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank veröffentlicht werden.

jeweils meldepflichtigen Kreditinstitute im Vergleich zu 1924 weiter abgesunken und die Rückgewinnung einer durchschnittlichen Eigenkapitalquote von 10 %, wie sie vordem üblich war, konnte in den ersten zwölf Jahren nach der Geldneuordnung noch nicht einmal zur Hälfte erreicht werden. Doch knüpft sich an diese Aussagen zugleich die Überlegung, ob es denn überhaupt eine Standard-Angemessenheit von 10 % des Bilanzvolumens geben kann. Läßt sich allgemeingültig formulieren, welches Maß an Entsprechung zwischen einer expandierenden Geschäftstätigkeit und der Eigenkapitalausstattung hergestellt werden muß, damit eine gesunde Geschäftsführung gewährleistet bleibt?

Konnte es in den Anfangsjahren der Kreditbanken häufig vorkommen, daß eine Kapitalerhöhung einer Geschäftsausweitung vorausging, das Geschäftsvolumen also erst in die vorhandene Eigenkapitalausstattung hineinwachsen mußte¹⁾, so ging es nach der Währungsreform von 1948 vorwiegend darum, daß die Eigenkapitalbildung mit dem Wachsen der Bilanzsummen Schritt hielt. Die Eigenkapitalbasis mußte immer wieder dem gestiegenen Geschäftsvolumen angepaßt werden, wobei sich eine Verbesserung der Eigenkapitalquote nur dann erzielen ließ, wenn die Wachstumskoeffizienten des Eigenkapitals die der Bilanzsummen übertrafen. Diese Aufgabe stellte die Kreditinstitute vor große Schwierigkeiten, da es vor allem einer ausreichenden Gewinnerzielung, guter Kapitalmarktverhältnisse bzw. der Fähigkeit und Bereitschaft, risikotragendes Kapital zur Verfügung zu stellen und erfolgreicher Verhandlungen mit dem Fiskus bedurfte, um den Wiederaufbau der Eigenkapitalausstattung voranzutreiben. Um so mehr stellte sich immer wieder die Frage, welche Eigenkapitalhöhe denn anzustreben sei.

1) Vgl. Hook, W., Die wirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen Deutschen Bank im Spiegel ihrer Bilanzen, Heidelberg 1954, S. 27

Die Beurteilung eines "angemessenen Eigenkapitals" setzt voraus, daß der Vergleichsmaßstab eindeutig präzisiert und ein konkretes Zahlenverhältnis zur Bemessungsgrundlage festgelegt wird. Die Problematik in der Ermittlung dieser Größen liegt, wie zu zeigen sein wird, darin, daß unterschiedliche Qualitäten quantifiziert werden müssen, um zu einer praktikablen Bestimmung der Angemessenheit zu gelangen. Neben der Bankpraxis mußte sich insbesondere der Gesetzgeber hiermit befassen, wenn er die Einhaltung bestimmter Mindestrelationen verlangen wollte. Wir beginnen deshalb unsere Ausführungen zur Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung mit einem Überblick über die in der Bankgesetzgebung und Bankaufsicht bisher verwandten Maßstäbe und die jeweils geforderten Eigenkapitalquotienten, setzen die Überlegungen mit einer theoretischen Erörterung von Zielvorstellungen und Bestimmungsfaktoren im Zusammenhang mit einem angemessenen Eigenkapital fort und untersuchen abschließend, in welchem Umfange unsere heutige Regelung (Grundsatz I) den erkannten Anforderungen Rechnung trägt.

B. Gesetzlich und administrativ fixierte Angemessenheitsvorstellungen der Bankpraxis

I. Auf das Passivgeschäft bezogene Eigenkapitalrelationen

Eigenkapitalvorschriften des Gesetzgebers, die ausschließlich an die Passivseite der Bankbilanz anknüpfen, stellen in ihrem formalen Aufbau vertikale Bilanzrelationen und nach ihrem materiellen Inhalt reine Kapitalkennziffern dar. Ihr Schwerpunkt liegt bei der Herkunft der Finanzierungsmittel und insbesondere dem daraus resultierenden Schutzbedürfnis der Gläubiger. Die Summe der Verbindlichkeiten bzw. ein Teil der Verbindlichkeiten ist in diesem Falle die entscheidende Bezugsgröße für das Eigenkapital. Der

Gläubiger sieht das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit, da Verluste eines Kreditinstituts zunächst vom Eigenkapital aufgefangen werden und das Fremdkapital erst dann betroffen wird, wenn die eigenen Mittel zur Abbuchung der Ausfälle nicht ausreichen. Daraus ergibt sich, daß das Verlustrisiko der Gläubiger desto geringer veranschlagt wird, je höher der Anteil des Eigenkapitals ist.

1. Eigenkapital in v.H. der Gesamtverpflichtungen

Im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts ging die klassische englische Banktheorie von einem durchschnittlichen Eigenkapital von 33,3 % des Fremdkapitals für Kreditbanken aus¹⁾. Demgegenüber galt in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg, "daß das eigene Kapital sich in der Regel auf etwa 14 % der fremden Mittel stellen, nicht aber unter 10 % sinken sollte²⁾". Im Kreditwesengesetz von 1934 wurde die Rahmenbestimmung aufgenommen, die die Gesamtverpflichtungen eines Kreditinstituts abzüglich der liquiden Mittel ein noch näher zu bestimmendes Mehrfaches des haftenden Eigenkapitals nicht überschreiten sollen³⁾. Infolge der unterschiedlichen Struktur des deutschen Kreditwesens und der wirtschaftlichen Verhältnisse bei Erlaß des Gesetzes wurde der zulässige Multiplikator für die Verbindlichkeiten nicht festgesetzt. Wohl aber bezeichnete die Begründung zum Gesetzentwurf das in § 11 Abs. 5 b KWG angegebene Verhältnis von 5:1 als Ziel, dem sich die Kreditinstitute mit fortschreitender Gesundung des Geld- und

1) Vgl. Gilbart, J.W., The Principles and Practice of Banking, London 1873, S. 311: "Although the proportion which the capital of a bank should bear to its liabilities may vary with different banks, perhaps we should not go far astray in saying it should never be less than one - third of its liabilities". Vgl. v. Bissing, W.M., a.a.O., S. 77

2) V. Bissing, W.M., a.a.O., S. 77

3) § 11 Abs. 1 KWG 1934

Kapitalmarktes anzunähern hätten¹⁾. Auf Grund dieser Bestimmung würde sich eine erstrebenswerte Eigenkapitalquote von 20 % der Gesamtverbindlichkeiten ergeben, wenn nicht infolge des zulässigen Abzugs der liquiden Mittel ein wesentlich geringerer Eigenkapitalanteil ausreichend wäre. Der Gesetzgeber ging davon aus, daß liquide Mittel ersten und zweiten Grades keines Risikoausgleiches durch Eigenkapital bedürfen. Deshalb hat das Eigenkapital nur zu den Verbindlichkeiten in einem angemessenen Verhältnis zu stehen, die durch liquide Mittel nicht gedeckt sind. Da die abzugsfähigen liquiden Mittel nach § 16 Abs. 1 und 2 KWG 1934 etwa in Höhe von 40 % der Verbindlichkeiten unterhalten werden sollten, läßt sich die vom Gesetzgeber als angemessen erachtete Eigenkapitalquote somit wie folgt errechnen²⁾:

Gesamtverbindlichkeiten	100	%
<u>./. liquide Mittel</u>	40	%
Berechnungsgrundlage für das Mindesteigenkapital	60	%
Verhältnis 1:5, danach EK	12	%
Bilanzsumme (nur EK und Verb.)	112	%
Verhältnis EK: Gesamtverb.	12	%
Anteil des EK an der Bilanz- summe	10,7	%

Angestrebt wurde danach ein Eigenkapital von 12 % der Verbindlichkeiten. Dies entsprach einer Relation Bilanzeigenkapital : Verbindlichkeiten von 12 : 100 oder 1 : 8,33 bzw. einem Verhältnis Bilanzeigenkapital : Bilanzsumme von 12 : 112 = 10,7 %. Die Forderung nach einem Eigenkapital-

1) Zitiert nach Reichardt, W., a.a.O., S. 202 f.

2) Vgl. Eisfeld, C., a.a.O., S. 111

anteil von etwa 10 % der Bilanzsumme bedeutete den Versuch, an die Verhältnisse vor dem ersten Weltkrieg und kurz nach der Währungsstabilisierung wieder anzuknüpfen¹⁾.

Die Praxis des Reichskommissars für das Kreditwesen, dessen Funktionen 1939 auf das Reichsaufsichtsamt für das Kreditwesen übertragen wurden, das dem Reichswirtschaftsminister nachgeordnet war, ging von einem Verhältnis von etwa 10 % der Verbindlichkeiten aus²⁾. Das ursprüngliche Ziel, ein durchschnittliches Bilanzeigenkapital von 12 % des Fremdkapitals zu erreichen, verlor während des zweiten Weltkrieges jegliche Aussicht auf Verwirklichung.

Im Zuge der Währungsreform von 1948 wurde in § 12 Abs. 1 Umstellungsgesetz bestimmt, daß die Zuteilung von Ausgleichsforderungen an die Geldinstitute grundsätzlich so zu bemessen sei, daß auch ein angemessenes Eigenkapital gedeckt wird. Als angemessen sah der Gesetzgeber zunächst ein Eigenkapital an, das bei den privaten Kreditinstituten 5 % und bei den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten 3 % der umgestellten Verbindlichkeiten beträgt³⁾. Ein in dieser Höhe berechnetes Eigenkapital war jedoch offensichtlich zu gering und seine Erhöhung dringend erforderlich. Der Gesetzgeber mußte deshalb seine Angemessenheitsvorstellungen revidieren, den Kreditinstituten ein Eigenkapital von 7 1/2 % bzw. 4 1/2 % der umgestellten Verbindlichkeiten zubilligen und alternativ eine andere Berechnungsweise zur Bestimmung eines Mindestkapitals vorsehen⁴⁾.

Im Zusammenhang mit der Reform des Kreditwesengesetzes von 1934 stellte sich dem Gesetzgeber erneut die Aufgabe, eine Lösung des Angemessenheitsproblems zu finden⁵⁾. Anfang 1958

1) Vgl. S. 196 ff.

2) Vgl. Schreihage, H., Das Gesetz über das Kreditwesen, in: Die Bank I, S. 306

3) Vgl. Fußnote 1 auf S. 283

4) Vgl. Fußnote 1 auf S. 283

5) Vgl. Beck, H., Gesetz über das Kreditwesen, E 3; Szagunn, V.-Neumann, W., a.a.O., S. 7 ff.

wurde vom Bundeswirtschaftsministerium ein erster Referentenentwurf für ein neues KWG bekanntgemacht, der als Grundlage für die Erörterung dieser Materie mit dem zuständigen Ressorts, den Spitzenverbänden der Kreditinstitute und der Deutschen Bundesbank diene. Dieser Referentenentwurf sah vor, daß die Rahmenvorschrift des § 11 Abs. 1 KWG durch eine verbindliche Eigenkapitalnorm im Gesetz selbst ausgefüllt wird. Geplant war ein Mindesteigenkapital in Höhe von 5 % der Gesamtverbindlichkeiten abzüglich bestimmter liquider Mittel¹⁾. Darüber hinaus sollte der Bundesminister für Wirtschaft berechtigt sein, nach Anhörung des Kuratoriums für das Kreditwesen²⁾, eine höhere Eigenkapitalquote bis zu maximal 15 % festzusetzen. Die Meinungsbildung im Kreditgewerbe ergab mit Ausnahme des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes³⁾, der sich ursprünglich für die 5 % - Norm aussprach und eine Erhöhung bis auf 10 % zu einem späteren Zeitpunkt für vertretbar hielt, erhebliche Einwendungen gegen eine abschließende Regelung des Mindesteigenkapitals im Gesetz selbst⁴⁾. Die Deutsche Bundesbank, die seit 1951 mit ihren Kreditrichtsätzen praktische Erfahrungen sammeln konnte, wandte sich gleichfalls gegen eine starre Norm und trat für eine elastischere Lösung ein⁵⁾. In einer weiteren Fassung des

-
- 1) Vgl. RefE vom 18.1.1958. Bei einer Barreserve von 20 % errechnete sich eine Eigenkapitalquote von 4 % der Gesamtverbindlichkeiten.
 - 2) diesem Organ sollten der Präsident der Deutschen Bundesbank, die Staatssekretäre im Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium sowie der Präsident des Bundesaufsichtsamtes angehören.
 - 3) Vgl. Bundesverband des privaten Bankgewerbes e.V., Bericht über das Geschäftsjahr 1957, S. 56; vgl. ferner Achterberg, E., Bankkapital aus der Bankperspektive, in: Die Welt v. 31.1.1959, S. 7
 - 4) Vgl. Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Jahresbericht 1955, S. 27; 1957, S. 38; 1958, S. 56 f.; Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V., 1957, S. 47; Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) e.V., 1958, S. 38; 1959, S. 49; Bundesverband des privaten Bankgewerbes e.V., Bericht über das Geschäftsjahr 1958, S. 69
 - 5) Vgl. Könnecker, W., Aufgaben der Bankpolitik, in: ZfK 1/1959, S. 14; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, August 1961, S. 6

Referentenentwurfes, die Ende 1958 entstand, wurde deshalb die 5 % - Eigenkapitalnorm nicht mehr aufgenommen. Der Entwurf enthielt lediglich einen allgemeinen Programmsatz über die Notwendigkeit eines angemessenen Eigenkapitals und sah eine Ermächtigung an das neu zu schaffende Bundesaufsichtsamt vor, im Einvernehmen mit der Bundesbank Grundsätze über das Eigenkapital aufzustellen. Diese Regelung übernahm der 1959 vom Kabinett verabschiedete Entwurf, der anschließend dem Bundesrat vorgelegt wurde. Im Gegensatz zum Regierungsentwurf vertrat der Bundesrat jedoch die Auffassung, daß die Festlegung eines Mindesteigenkapitals im Gesetz notwendig sei und forderte eine gesetzliche Vorschrift, daß das haftende Eigenkapital der Kreditinstitute in der Regel 5 % der um die Barreserve verminderten Gesamtverpflichtungen nicht unterschreiten solle¹⁾. Der federführende Wirtschaftsausschuß des Bundestages hat sich 1961 in seinem abschließenden schriftlichen Bericht ("Ruland-Bericht"), die Auffassung des Bundesrates nicht zu eigen gemacht²⁾. Der Gesetzentwurf passierte 1961 das Plenum des Bundestages, ohne daß an der Eigenkapitalvorschrift der Regierungsvorlage Änderungen vorgenommen wurden. Eine gesetzlich fixierte Angemessenheitsvorstellung des Eigenkapitals im Vergleich zu den Gesamtverbindlichkeiten gibt es damit heute nicht mehr.

Die Entwicklung der an den Gesamtverbindlichkeiten orientierten Angemessenheitsvorstellungen soll abschließend noch einmal in einer Übersicht aufgezeigt werden:

-
- 1) Vgl. Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf eines Gesetzes über das Kreditwesen in seiner 203. Sitzung am 20.3.1959 gemäß Artikel 76 Abs. 2 GG, Besonderer Teil, Nr. 6
 - 2) Vgl. Schriftlicher Bericht des Wirtschaftsausschusses BT - Drucks. 3. WP zu Nr. 2563, §§ 9-11

Eigenkapitalnormen (in v.H. der Gesamtverbindlichkeiten)

vor 1913	10	-	14	%
KWG 1934			12	%
Aufsichtspraxis 1935 - 1939			10	%
Umstellungsgesetz 1948	3	-	5	%
	4 1/2	-	7 1/2	%
1.Referentenentwurf KWG v. 1958				
Stellungnahme Bundesrat v. 1959			4	%

2. Sicherheitsrücklagen in v.H. der Gesamtverpflichtungen

Eine weitere Gruppe von Angemessenheitsnormen beruht auf landesrechtlicher Grundlage. Dabei handelt es sich um die Festsetzung der Höhe der Sicherheitsrücklagen bei den kommunalen Sparkassen. Diese Frage steht in engem Zusammenhang mit der Verwendung der Überschüsse einer Sparkasse, insbesondere deren Ausschüttung an den Gewährträger. Bereits das preußische Sparkassenreglement von 1838 machte die Ausschüttung von Überschüssen an die Kommune von der Bildung eines "a n g e m e s s e n e n R e s e r v e - f o n d s" abhängig¹⁾. Eine Erläuterung dieses Grundsatzes ist in einer Verfügung des preußischen Innenministers vom 19.2.1875²⁾ enthalten, die sich gegen die Festsetzung des Reservefonds einer Kreissparkasse auf einen absoluten Betrag und Disposition der weiteren Überschüsse durch die Kreisstände wendet, "da nach den in neuerer Zeit regelmäßig befolgten Grundsätzen der Reservefonds stets in einem a n g e m e s s e n e n q u o t i e r l i c h

1) Vgl. Ziffer 7 Satz 2; vgl. S.207ff.

2) M.Bl.d.I.V., S. 77; abgedruckt bei Kappelman, H., a.a.O., S. 114

bestimmten Verhältnisse zu den Einlagen stehen muß und die Fixierung dieses Fonds auf einen lediglich *quantitativ*, ohne Rücksicht auf das Steigen der Einlagen bestimmten Satz den Anforderungen einer vorsichtigen Verwaltung nicht entsprechen würde"¹⁾.

Ein konkretes Zahlenverhältnis ist erstmals in einem Erlaß des preußischen Innenministers vom 16.11.1877²⁾ enthalten, in dem es heißt "Was nun die *Minimalgrenze des Reservefonds* anlangt, so ist dieselbe schon seit einer längeren Reihe von Jahren in konstanter Praxis bei den Kreissparkassen auf 10 % der Passivmasse normiert worden"³⁾. Gleichzeitig wird jedoch in diesem Erlaß ausgeführt, daß diese 10 % - Norm mit einer gewissen Flexibilität zu handhaben sei. In einer Zirkularverfügung des preußischen Innenministers vom 19.3.1880⁴⁾ wird der Grad der anzuwendenden Flexibilität dahin interpretiert, "daß es sich zwar im Interesse einer vorsichtigen Geschäftsführung empfiehlt, der Regel nach an dem Princip der Aufsammlung eines Reservefonds in Höhe von zehn Prozent der Passivmasse festzuhalten, daß aber, wo besondere lokale Verhältnisse und namentlich die Bedürfnisse einzelner Kommunen es dringend wünschenswert erscheinen lassen, auch aus den Verhältnissen der Sparkasse selbst besondere Bedenken dagegen sich nicht ergeben -, ausnahmsweise eine geringere Maximalgrenze des Reservefonds als statthaft anzusehen ist"⁵⁾, Die staat-

1) Kappellmann, H., a.a.O., S. 114

2) M.Bl.d.I.V. v. 1878, S. 5

3) Kappellmann, H., a.a.O., S. 115

4) M.Bl.d.I.V. v. 1891, S. 224

5) Kappellmann, H., a.a.O., S. 118

liche Aufsichtsbehörde mußte sich am 20.4.1888 in einem weiteren Erlaß¹⁾ mit der angemessenen Relation von Eigenkapitalbildung und Ausschüttung an die Gewährträger befassen:

"Was die Verwendung der nach Ansammlung des Reservefonds auf 10 % der Passivmasse sich ergebenden Überschüsse zu gemeinnützigen Zwecken des Kreises anbelangt, so dürfte es sich im Hinblick auf die lange Zeitdauer, welche die Ansammlung des Reservefonds auf die statutenmäßige Höhe von 10 % voraussichtlich in Anspruch nehmen wird, empfehlen, entsprechend dem diesseitigen Erlasse vom 19. März 1880 mit der beabsichtigten Verwendung der Überschüsse schon bei 5 % des Reservefonds zu beginnen, und zwar in der Weise, daß die eine Hälfte der Überschüsse unter jedesmaliger Genehmigung des Regierungspräsidenten zu den fraglichen Zwecken verwendet, die andere Hälfte dagegen den Reservefonds so lange zugeführt wird, bis dessen Höhe 10 % der Passivmasse erreicht hat"²⁾.

An diese 5 % - Norm als Untergrenze wird auch in einer Verfügung vom 16.11.1891³⁾ angeknüpft und dazu ausgeführt:

"Es wird daran festzuhalten sein, daß eine Höhe des Reservefonds von 5 % der Passivmasse nur eben ausreicht, um beim Eintritt von Verlusten von nicht übermäßigem Umfange Rückgriffe auf die verpflichteten Garantieverbände gemäß den Vorschriften der Ziffern 7 und 9 des Sparkassenreglements vom 12. Dezember 1838 zu vermeiden, und daß die allmähliche Erhöhung des Reservefonds auf 10 Prozent der Passivmasse im eigenen Interesse der Garantieverbände eine gebotene Vorsichtsmaßregel ist"⁴⁾.

Gewisse Erleichterungen in der Verwendung der bei der Rechnungslegung sich ergebenden Jahresüberschüsse und damit eine Senkung der Mindesteigenkapitalquote brachte den kom-

1) M.Bl.d.I.V., S. 100

2) Kappelman, H., a.a.O., S. 116 f.

3) M.Bl.d.I.V., S. 223

4) Kappelman, H., a.a.O., S. 116 f.

munalen Sparkassen das Gesetz "betr. die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren vom 23. Dezember 1912"¹⁾. Danach wurden Sparkassen unterschieden, die zwischen 20 bis unter 25 % und solche, die mindestens 25 % ihres verzinslich angelegten Vermögens in Inhaberpapieren anzulegen hatten. Als Obergrenze für die Angemessenheit setzte § 7 des Anlage^{ge}gesetzes einheitlich für beide Kategorien einen "Sicherheitsfonds" in Höhe von 8 % der Spareinlagen fest. Bei Überschreiten dieser Grenze durfte der gesamte Jahresüberschuß an den Gewährträger abgeführt werden. Als Untergrenze für ein angemessenes Eigenkapital der Sparkasse, bei deren Erreichen erstmals eine - wenn auch in der Höhe beschränkte²⁾ - Überschußverwendung zulässig war, wurde 2 % der Spareinlagen bestimmt. Die preußische Sparkassenverordnung von 1932 behielt die Klassifizierung der Sparkassen nach der Höhe der von ihnen in Inhaberschuldverschreibungen anzulegenden Vermögensbestände bei, setzte jedoch die Mindesthöhe der anzusammelnden Reserven auf 5 % der gesamten Einlagen herauf, ohne eine Obergrenze anzugeben³⁾. Bei der Neuordnung des Sparkassenrechts in den Ländern der Bundesrepublik wurde an der bestehenden Regelung hinsichtlich der Untergrenze der Angemessenheit weitgehend festgehalten⁴⁾. Als Beispiel soll § 17 des Hessischen Sparkassengesetzes herangezogen werden:

1) GS. 1913, S. 3 (AnlG)

2) Sparkassen, die zwischen 20 - 25 % ihrer Mittel in Inhaberpapieren anzulegen haben, durften ein Viertel ihrer Überschüsse abführen, wenn der "Sicherheitsfonds" 2 - 5 % der Spareinlagen, die Hälfte, wenn der "Sicherheitsfonds" 5 - 8 % der Spareinlagen beträgt. Bei Instituten, die mindestens 25 % anzulegen hatten, betragen die entsprechenden Ausschüttungsanteile die Hälfte und drei Viertel. Vgl. § 7 AnlG

3) Vgl. § 14 SpVO. In § 36 MuSa wird bezüglich der Höhe der "Sicherheitsrücklage" auf die Sparkassenverordnung verwiesen.

4) Die Angemessenheit der Sicherheitsrücklagen bestimmt sich heute nach § 10 KWG (Grundsatz I)

"Überschüsse der Sparkassen sind wie folgt zu verwenden:

1. Sie sind der Sicherheitsrücklage zuzuführen, solange diese weniger als fünf vom Hundert der gesamten Einlagen beträgt;
(Sperr. v. Verf.)
2. sie sind je zur Hälfte der Sicherheitsrücklage und dem Gewährträger zur Verwendung für öffentliche, dem gemeinen Nutzen dienende Zwecke zuzuführen, wenn die Sicherheitsrücklage fünf vom Hundert, aber nicht zehn vom Hundert, der gesamten Einlagen übersteigt;
3. sie sind zu einem Viertel der Sicherheitsrücklage und zu drei Vierteln dem Gewährträger zur Verwendung für die in Ziffer 2 bestimmten Zwecke zuzuführen, wenn die Sicherheitsrücklage zehn vom Hundert der gesamten Einlagen übersteigt".

Mindestnormen für die Sicherheitsrücklagen kommunaler Sparkassen

preuß. Ministerialerlaß von 1877	10 % der Passivmasse
preuß. Ministerialerlasse von 1880 und 1888	5 % der Passivmasse
Anlagegesetz von 1912	2 % der Spareinlagen
Preuß. Sparkassenverordnung von 1932	5 % der Einlagen
Hess. Sparkassengesetz von 1954	5 % der Einlagen

3. Eigenkapital in v.H. des Pfandbriefumlaufs

Für den Sektor der privaten Realkreditinstitute wurden schon frühzeitig Normen für ein angemessenes Verhältnis zwischen den hauptsächlichlichen Passivgeschäften und dem Eigenkapital entwickelt. Das Statut einer der ersten Hy-

potheekenbanken, der 1862 in Meiningen gegründeten Deutschen Hypothekenbank, enthielt die Vorschrift, daß die Gesamtsumme der ausgegebenen Pfandbriefe den zehnfachen Betrag des eingezahlten Aktienkapitals nicht übersteigen darf¹⁾. Die Normativbestimmungen für Hypotheken-Aktiengesellschaften in Preußen von 1863 setzten den zulässigen Pfandbriefumlauf ebenfalls auf das 10-fache des eingezahlten Aktienkapitals fest²⁾. Das in dem Institut tatsächlich vorhandene Grundkapital der Hypothekenbanken mußte somit 10 v. H. des Pfandbriefumlaufs betragen. Auf Grund der in der Folgezeit im Realkreditgeschäft gesammelten Erfahrungen erweiterten die preußischen Normativbestimmungen von 1893 die Umlaufgrenze grundsätzlich auf das 20-fache des Grundkapitals, während für Gesellschaften mit einem Grundkapital von weniger als 10 Mill. Mark als Obergrenze das 15-fache bestimmt wurde³⁾. Das Hypothekenbankgesetz von 1899 schränkte die Umlaufgrenze für Pfandbriefe zwar auf das 15-fache ein, erweiterte jedoch gleichzeitig die Bezugsgröße. Die ursprüngliche Fassung des § 7 HypbkG lautete⁴⁾:

"Die Hypothekenbanken dürfen Hypothekenpfandbriefe nur bis zum 15-fachen Betrage des eingezahlten Grundkapitals und des ausschließlich zur Deckung einer Unterbilanz oder zur Sicherung der Pfandbriefgläubiger bestimmten Reservefonds ausgeben".

Nach dieser Bestimmung mußten die als Unterlage der Umlaufgrenze anerkannten Eigenkapitalbestandteile - das eingezahlte Grundkapital, die gesetzliche Rücklage sowie die Sonderrücklage zur Sicherung der Pfandbriefgläubiger -

1) Vgl. Achterberg, E., Hundert Jahre Deutsche Hypothekenbank, S. 211

2) Vgl. ebenda, S. 29

3) Vgl. ebenda, S. 56

4) Barlet, K.-Karding, E., Hypothekenbankgesetz, München und Berlin, 1957, § 7 Nr. 1

6,7 % des Pfandbriefumlaufs betragen. Im Jahre 1923 wurde der Multiplikator auf das 20-fache erhöht und damit eine Mindestrelation von 5 v. H. des Pfandbriefsumlaufs für Hypothekenbanken hergestellt¹⁾. Gab eine Hypothekenbank zusätzlich Kommunalobligationen aus, so durfte der Gesamtumlauf ursprünglich den Pfandbriefumlauf nicht um mehr als den fünften Teil übersteigen. Der zulässige Gesamtumlauf wurde 1923 um ein weiteres Fünftel ausgedehnt, d.h. er durfte das 28-fache betragen²⁾.

Nach der Währungsreform belebte sich die Geschäftstätigkeit der Hypothekenbanken infolge des 1952 in Kraft getretenen Kapitalmarktförderungsgesetzes ganz erheblich. Das durch die Eigenkapitalhöhe gezogene Emissionslimit war bald erreicht, da der Kapitalmarkt nennenswerte Grundkapitalerhöhungen nicht zuließ und die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten gering waren. Da eine weitere Intensivierung des Wohnungsbaus vordringlich war, um dem Wohnungsmangel abzuhelpen, wäre eine Beschränkung der Emissionstätigkeit nicht mit den Zielen der staatlichen Wirtschaftspolitik zu vereinbaren gewesen. Deshalb erweiterte der Gesetzgeber 1954 den Spielraum für Emissionen, indem er den Multiplikator für das bis zum 1.1.1954 eingezählte Grundkapital und die unterlagsfähigen Rücklagen vorübergehend auf 30 erhöhte³⁾. Auch 1956, als eine neue gesetzliche Regelung erforderlich wurde, war eine Rückkehr zu der alten Relation von 1:20 nicht möglich. Der Finanzierungsbedarf im Wohnungsbau hatte sich nicht vermindert. Die Eigenkapitalbildung bei den Hypothekenbanken blieb noch immer unzureichend. Zwar ließ der Kapitalmarkt Grundkapitaler-

1) Vgl. ebenda, § 7 Nr. 1

2) Vgl. ebenda, § 41 Nr. 17

3) Gesetz über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Hypotheken- und Schiffsbankrechts sowie über Ausnahmen von § 247 Abs. 1 BGB vom 30.4.1954

höhungen wieder zu, eine Aktienbank kann jedoch nur soweit ihr Kapital erhöhen, als sie über die notwendige Ertragskraft für die Dividendenzahlung verfügt. Die Hypothekenbanken standen deshalb vor der Aufgabe, sowohl ihre Rücklagen zu dotieren, als auch eine angemessene Dividende zu erwirtschaften, was nur in begrenztem Umfang möglich war.

Das Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Realkredits vom 18.12.1956 setzte deshalb bis Ende 1960 die Umlaufgrenze auf das 25-fache des bis zum 1.1.1957 eingezahlten Grundkapitals und der unterlagfähigen Rücklagen fest¹⁾. Ab 1.1.1961 wurden wieder die früheren Umlaufgrenzen des Zwanzig- und des Achtundzwanzigfachen in Kraft gesetzt²⁾. Im novellierten Hypothekenbankgesetz heißt die Bestimmung über die Umlaufgrenze in § 7 nunmehr:

"Der Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe darf den zwanzigfachen Betrag des eingezahlten Grundkapitals, der gesetzlichen Rücklage, sowie anderer durch die Satzung oder durch Beschluß der Hauptversammlung ausschließlich zur Deckung von Verlusten oder zu einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bestimmter Rücklagen nicht übersteigen".

Daneben ist - abweichend von der bisherigen Regelung - eine eigene Umlaufgrenze für Kommunalobligationen getreten, die bis zum 15-fachen des haftenden Eigenkapitals ausgegeben werden dürfen.

Die Mindestnormen für ein angemessenes Eigenkapital der Hypothekenbanken sollen in ihrer zeitlichen Entwicklung wiederum in Tabellenform dargestellt werden:

1) Art. 4 Ziffer 2

2) Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiet des Realkredits vom 11.11.1960

Eigenkapital in v.H. des Pfandbriefumlaufs

Gesetzliche Grundlage	Umfang der zulässigen Bezugsbasis	EK - Quote
Preuß. Normativbe- stimmungen v. 1863	eingez.Grundkapital	10 %
preuß. Normativbe- stimmungen v. 1893	eingez.Grundkapital	5 %
Hypothekendarbengesetz v. 1899	eingez.Grundkapital gesetzliche Rücklage Sonderrücklagen	6,7 %
1. Novelle zum Hypo- thekendarbengesetz (1923)	eingez.Grundkapital gesetzliche Rücklage Sonderrücklagen	5 %
Gesetz über weitere Maßnahmen auf dem Ge- biet des Hypotheken- und Schiffsbankrechts von 1954	eingez.Grundkapital gesetzliche Rücklage Sonderrücklagen	3,3 %
Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Realkredits von 1956	eingez.Grundkapital gesetzliche Rücklage Sonderrücklagen	4 %
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Maß- nahmen auf dem Gebiete des Realkredits v. 1960	eingez.Grundkapital gesetzliche Rücklage Sonderrücklagen	5 %
5. Novelle zum Hypothe- kenbankgesetz (1963)	eingez.Grundkapital gesetzliche Rücklage Sonderrücklagen	5 %

II. Auf das Aktivgeschäft bezogene Eigenkapitalrelationen

Eigenkapitalvorschriften des Gesetzgebers, die an die Aktivseite der Bankbilanz anknüpfen, stellen in ihrem formalen Aufbau horizontale Bilanzrelationen und nach ihrem materiellen Inhalt Beziehungen zwischen Vermögens- und Kapitalteilen dar. Ihr Schwerpunkt liegt bei der Verwendung der Finanzierungsmittel und insbesondere der daraus resultierenden Risikobelastung des Instituts. Da die Verluste, die vom Eigenkapital ausgeglichen werden müssen, vorwiegend im Kreditgeschäfts entstehen, ist das Kreditvolumen in diesem Falle die entscheidende Bezugsgröße für das Eigenkapital. Eine Relation, die bei den Aktivgeschäften anknüpft, mit denen eine Gefahr des Mißlingens verbunden ist, stellt die eingegangene Risikobelastung der tatsächlichen Risikotragfähigkeit eines Instituts gegenüber.

1. Eigenkapital in v. H. des Kreditvolumens

Ein Zahlenverhältnis zwischen einem Teil des Kreditvolumens und dem Eigenkapital (erweitert um die steuerrechtlich anerkannten Sammelwertberichtigungen) enthielt erstmals Kreditrichtsatz I, der 1951 von der Bank Deutscher Länder erlassen wurde. Danach sollte die Summe der kurzfristigen Kredite, d.h. Kontokorrent- und Akzeptkredite an Wirtschaftsunternehmen und Private, das 20-fache der haftenden Mittel nicht übersteigen. Für Kreditgenossenschaften wurde dieser Multiplikator auf das 15-fache festgesetzt. Mit diesem Bonitätsrichtsatz konnte die Zentralbank ihre Refinanzierungshilfe von dem Vorhandensein haftender Mittel in Höhe von 5 bzw. 6,7 % des Volumens der genannten kurzfristigen Ausleihungen an Wirtschaftsunternehmen und Private abhängig machen. 1952 wurden diese Richtsatzanforderungen verschärft. Als Obergrenze für kurz- und mittelfristige Kredite der Kreditbanken an Wirtschaftsunternehmen und Private bestimmte der Zentralbankrat das 18-fache. Bei Sparkassen, Kreditgenossenschaf-

ten und Girozentralen sollte das kurzfristige Kreditvolumen das 15-fache, bei gewerblichen Zentralkassen das 5-fache und bei ländlichen Zentralkassen das 20-fache der haftenden Mittel nicht übersteigen. Diese Multiplikatoren, die bis zum 31.3.1962 Gültigkeit behielten, erforderten bei Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Girozentralen haftende Mittel in Höhe von 6,7 % des kurzfristigen Kreditvolumens, während sich diese Quote bei den gewerblichen Zentralkassen auf 20 % und bei den ländlichen Zentralkassen auf 5 % stellte.

Grundsatz I, der seit dem 1.4.1962 an die Stelle von Kreditrichtsatz I getreten ist, umfaßt das kurz-, mittel- und langfristige Kreditvolumen an Wirtschaftsunternehmen, Private und Kreditinstitute mit Ausnahme der Real- sowie Kommunalkredite und setzt als Obergrenze für seinen Umfang das 18-fache des haftenden Eigenkapitals fest.

Eigenkapital in v.H. des Kreditvolumens

1951	haftende Mittel	Kreditbanken	5	%	d.kurzfr.Kredite
		Sparkassen	5	%	
		Kreditgenossenschaften	6,7	%	
1952	haftende Mittel	Kreditbanken	5,5	%	d.kurzfr.-u.mittel-fr. Kredite
		Sparkassen	6,4	%	
		Kreditgenossenschaften	6,7	%	d.kurzfr.Kredite
		Girozentralen	6,7	%	
		gewerbl. ZK	20	%	
		ländl. ZK	5	%	
1962	haftenden Eigenkapital	Kreditbanken	5,5	%	d.kurz-, mittel- u. langfr. Kredite (einschl. Beteiligungen)
		Sparkassen			
		Kreditgenossenschaften			
		Girozentralen			
		Zentralkassen			

Die Bestandaufnahme der auf Gesetzen und Verordnungen beruhenden Angemessenheitsnormen zeigt, daß es einen einheitlichen Vergleichsmaßstab für das Eigenkapital nicht gibt. Da sich nur das Bilanzeigenkapital erfassen läßt, während die stillen Reserven und der originäre Firmenwert nicht exakt quantifizierbar sind, werden als Bezugsgrößen sowohl Positionen der Passiv- als auch der Aktivseite herangezogen. Aber auch innerhalb eines einmal gewählten Bilanzverhältnisses sind die Eigenkapitalquoten im Zeitablauf erheblichen Veränderungen ausgesetzt. Abgesehen von Differenzierungen der Zahlenwerte für einzelne Bankengruppen läßt sich tendenziell bei den betrachteten Relationen ein Rückgang der Anforderungen feststellen. Dabei ist der Gesetzgeber bzw. die Verwaltungsbehörde in der Regel rein pragmatisch vorgegangen, indem sie sich nach den jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen gerichtet haben. Als Motivationen für die gewählten Angemessenheitsnormen konnten wir u. a. so unterschiedliche Tatbestände kennenlernen wie das Interesse der Gemeinden an einer Ausschüttung von Überschüssen ihrer Kreditinstitute, die Bestrebungen des Fiskus, seine Neuverschuldung an die Banken nach der Währungsreform in möglichst engen Grenzen zu halten, oder die Bemühungen des Staates um eine ausreichende Realkreditversorgung zur Forcierung des Wohnungsbaues. Für alle diese temporären Bestimmungsfaktoren, die auf die Gestaltung der Eigenkapitalrelationen im Zeitablauf eingewirkt haben, gilt, daß sie gesamtwirtschaftlich ausgerichtet sind. Übergeordnete Gesichtspunkte, durch die jeweiligen finanz- oder wirtschaftspolitischen Verhältnisse diktiert, nicht planmäßig angestellte betriebswirtschaftliche Überlegungen erzwangen immer wieder die Anpassung der Multiplikatoren an die Höhe der tatsächlichen Eigenkapitalausstattung.

In den letzten Jahren, in denen sich marktwirtschaftliche Prinzipien in vielen Wirtschaftsbereichen durchzusetzen begannen, haben nunmehr Ordnungsvorstellungen der Bundes-

bank und des Staates für die Festlegung von Eigenkapitalnormen Bedeutung erlangt. Ihr Ausgangspunkt ist zwar ebenfalls volkswirtschaftlicher Natur, nämlich die Schaffung eines funktionsfähigen und stabilen Kreditapparats, doch wurde bei der Konstruktion der neuen Grundsätze in starkem Maße auf betriebswirtschaftliches Gedankengut zurückgegriffen. Bevor wir diese auf Gesetz beruhende für nahezu alle Institutsgruppen geltende einheitliche Angemessenheitsnorm des Grundsatzes I einer Analyse unterziehen können, ist es erforderlich, das Angemessenheitsproblem in seinen grundsätzlichen Zusammenhängen vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus zu durchdenken und die betriebswirtschaftlichen Kriterien der Angemessenheitsentscheidung zu entwickeln.

C. Betriebswirtschaftliche Kriterien einer angemessenen Eigenkapitalausstattung

I. Die Forderung nach einem angemessenen Eigenkapital als geschäftspolitisches Problem der Kreditinstitute

1. Die betriebswirtschaftliche Relevanz der Angemessenheitsentscheidung

Durch die Funktion des Eigenkapitals, Verluste auszugleichen - bildlich gesehen als Puffer zwischen die Kredite sowie anderen Anlagen und die Einlagen eines Instituts zu treten - ermöglicht dieses dem Unternehmen, geschäftspolitisch tätig zu sein, d.h. Chance und Risiko der einzelnen Geschäfte gegeneinander abzuwägen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die wirtschaftliche Entwicklung den Zielsetzungen entsprechend zu gestalten. Damit stellt die Bestimmung der erforderlichen Eigenkapitalausstattung eine echte unternehmerische Aufgabe dar. Die Geschäftsleitung des einzelnen Instituts ist deshalb diejenige Instanz, die in erster Linie die Angemessenheitsentscheidungen zu

fällen hat. Dabei handelt es sich um Führungsentscheidungen konstitutiver Art, die im Gegensatz zu den lediglich situationsbedingten Entscheidungen der Unternehmensleitungen stehen¹⁾. Sie werden aus gesamtbetrieblicher Sicht, aus dem Ganzen des Unternehmens heraus gefällt und dürfen deshalb nicht delegiert werden²⁾.

Die Bestimmung der ursprünglichen Eigenkapitalausstattung bildet einen Bestandteil der ersten Aufgabe der Unternehmensleitung, wie sie Gutenberg³⁾ formuliert hat, nämlich der Festlegung der Unternehmenspolitik auf weite Sicht und der Sicherung dieser Politik. Die Anpassung der eigenen Mittel an ein verändertes Geschäftsvolumen erfolgt im Rahmen des zweiten Aufgabenkreises, den Gutenberg⁴⁾ zu den nicht übertragbaren Führungsentscheidungen zählt, nämlich, die großen betrieblichen Teilbereiche zu koordinieren und im Gleichgewicht zu halten. Die Koordinierungsaufgabe des dispositiven Faktors im Bankbetrieb besteht in erster Linie darin, die Finanzierungsmittelverwendung auf die Finanzierungsmittelbeschaffung in zeitlicher und sachlicher Hinsicht abzustimmen.

Die Kreditinstitute sind nicht etwa deshalb einer eigenen Entscheidung über die Höhe der Eigenkapitalausstattung enthoben, weil für das Bankgewerbe auf Gesetz beruhende Eigenkapitalvorschriften existieren. Die neuen Grundsätze wollen lediglich eine untere Grenze zur Unangemessenheit ziehen, ohne die Geschäftsleitungen aus der eigenen Verantwortlichkeit zu entlassen. Eine Mitverantwortung von Bankenaufsicht und Bundesbank für geschäftspolitische Maßnahmen eines Kreditinstituts entspricht nicht einem auf den freien unternehmerischen Initiative beruhenden Wirtschaftssystem. In der Regierungsbegründung zum Kreditwesengesetz von 1961 heißt es dazu unmißverständlich⁵⁾:

1) Vgl. Sandig, C., Die Führung des Betriebes, Stuttgart 1953 S. 95

2) Vgl. Gutenberg, E., Produktion, S. 112; Gutenberg, E., Unternehmensführung, S. 59 ff.

3) Vgl. Gutenberg, E., Unternehmensführung, S. 61 ff.

4) Vgl. ebenda, S. 68 ff.

5) Allgemeiner Teil, III

"Der Entwurf sieht sein Ziel darin, die Funktionsfähigkeit des Kreditapparates zu wahren und die Gläubiger der Kreditinstitute nach Möglichkeit vor Verlusten zu schützen. Er sucht diesen Gesetzeszweck in einer Weise zu verwirklichen, die der Freiheit zur geschäftlichen Betätigung den größtmöglichen Spielraum läßt und die darauf verzichtet, auf die geschäftspolitischen Entschlüsse der Kreditinstitute und auf die Gestaltung des einzelnen Bankgeschäfts Einfluß zu nehmen. Deshalb stellt der Entwurf nur allgemeine gesetzliche Ordnungsvorschriften für die innere Struktur der Kreditinstitute, insbesondere für die Kapitalausstattung und die Liquidität, und für eine solide Geschäftsführung auf".

2. Die Angemessenheitsmaxime und die Prinzipien der Geschäftspolitik

Die Entscheidungen der Geschäftsleitung eines Kreditinstituts über die Höhe der Eigenkapitalausstattung setzen sowohl die Kenntnis der geschäftspolitischen Ziele als auch der konkreten Möglichkeiten der Eigenkapitalbildung zur Realisierung der angestrebten Ziele voraus. Damit ist zunächst die Frage gestellt, an welchen Zielsetzungen sich die Angemessenheitsentscheidung orientieren soll. Der Gesetzgeber hebt den Gesichtspunkt der *S i c h e r h e i t* hervor, wenn er in § 10 Abs. 1 KWG ausführt:

"Die Kreditinstitute müssen im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern, insbesondere zur Sicherheit der ihnen anvertrauten Vermögenswerte ein angemessenes haftendes Eigenkapital haben".

Die gesetzliche Umschreibung der Angemessenheitsforderung stellt auf die Hauptaufgabe des Bankeigenkapitals ab, nämlich Risikoträger zu sein. Offen bleibt jedoch, ob mit

dieser allgemeinen Forderung an eine maximale Sicherheit gedacht ist, wie sie der A. Schaaffhausen'sche Bankverein 1850 für erstrebenswert hielt¹⁾, oder ob das Sicherheitsstreben durch andere Zielsetzungen begrenzt werden soll. Um diese Frage entscheiden zu können, müssen wir uns zunächst einen Überblick über die geschäftspolitischen Prinzipien der Kreditinstitute verschaffen.

a) Das Gewinnstreben als oberstes Prinzip der Geschäftspolitik

In einem marktwirtschaftlichen System ist alles unternehmerische Handeln vorwiegend auf Gewinnerzielung gerichtet. Zwar treten neben der Erwerbsabsicht weitere Verhaltensweisen wie das Streben nach Umsatz, Prestige und Macht sowie ethische und soziale Prinzipien in Erscheinung, doch zeigt sich in den Untersuchungen der Verhaltensforschung, daß das Gewinnstreben als das wichtigste Motiv betriebswirtschaftlicher Betätigung angesehen werden muß²⁾. Das erwerbswirtschaftliche Prinzip, das in der Regel als Streben nach möglichst hohem Gewinn verstanden wird, findet sich in der wirtschaftlichen Wirklichkeit in vielen Formen und Abwandlungen. In der wirtschaftstheoretischen Literatur wird als Leitmaxime unternehmerischen Verhaltens in marktwirtschaftlichen Systemen heute überwiegend der Grundsatz der langfristigen Gewinnmaximierung angenommen³⁾. In ihm erfährt das erwerbswirtschaftliche Prinzip seine letzte Steigerung⁴⁾.

1) Vgl. S. 179

2) Vgl. Heinen, E., Die Zielfunktion der Unternehmung, in: Zur Theorie der Unternehmung, Festschrift zum 65. Geburtstag von E. Gutenberg, Wiesbaden 1962, S. 28 und 48. Katona, G., Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, Tübingen 1960, S. 248 ff.

3) Vgl. Schneider, E., Einführung, Teil II, S. 60; H., a.a.O., Gutenberg, E., Produktion, S. 348 ff.; Schäfer, E., a.a.O., S. 323

4) Vgl. Gutenberg, E., Produktion, S. 347 f.

Innerhalb des von der Bankenaufsicht und der Zentralbank gezogenen Aktionsradius sind die Kreditinstitute ebenfalls Unternehmungen. Sie bieten Dienstleistungen besonderer Art am Markt an und schaffen dabei eine Dauerbeziehung zu ihren Kunden. Auch bei ihnen ist das erwerbswirtschaftliche Prinzip die dominierende geschäftspolitische Zielsetzung, und zwar in seiner Ausrichtung als Streben nach langfristiger Gewinnerzielung. Hagenmüller¹⁾ führt dazu aus: "Maximierung des Gewinnes auf kurze Sicht ist nur dann zu empfehlen, wenn eine Betriebswirtschaft eine verhältnismäßig kurze Lebensdauer haben soll oder einen ständig wechselnden Kundenstamm besitzt. Beides liegt bei den Kreditinstituten jedoch nicht vor; daher müssen die Kreditinstitute nicht auf kurzfristige, sondern auf langfristige Gewinnmaximierung bedacht sein und ihre Geschäftspolitik darauf einstellen".

Bei einigen Bankengruppen wie den *P r i v a t b a n k i e r s*, *K r e d i t a k t i e n b a n k e n* und *H y p o t h e k e n b a n k e n* erscheint die erwerbswirtschaftliche Maxime in ihrer ausgeprägtesten Form, nämlich als langfristiges Gewinnmaximierungsprinzip. Selbstverständlich wird ein maximaler Gewinn lediglich im Rahmen der Einschränkungen angestrebt, die der Geschäftstätigkeit durch gesetzliche bzw. verwaltungsmäßige Vorschriften sowie das eigene soziale Bewußtsein gesetzt sind, doch ist Fischer²⁾ zuzustimmen, daß eine solche Relativierung an der Zielsetzung an sich grundsätzlich nichts ändert. Bei anderen Bankengruppen wird das erwerbswirtschaftliche Prinzip von Auffassungen überlagert, die in anders gearteten gesellschaftlichen Vorstellungen wurzeln und lediglich eine begrenzte Gewinnerzielung anstreben. So unterliegen beispielsweise *I n s t i t u t e d e s G e n o s s e n -*

1) Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 228

2) Vgl. Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 44

schaftswesens den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes und sind gehalten, ihre Geschäftspolitik nach dem Leitprinzip der Mitgliederförderung (§ 1 GenG) auszurichten. Dadurch, daß Genossenschaftsbanken verpflichtet sind, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder zu fördern, sind sie oftmals gezwungen, Geschäfte durchzuführen, die nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung unterlassen werden würden. Die Vorschrift, daß die Kreditgewährung nur an Mitglieder erfolgen darf, das manchmal unrentable Warengeschäft ländlicher Kreditgenossenschaften sowie die zwangsläufig örtliche Gebundenheit bringen eine nicht unwesentliche Beengung der geschäftspolitischen Bewegungsfreiheit mit sich. An die Stelle der Gewinnmaximierung tritt deshalb bei Kreditgenossenschaften und Zentralkassen das genossenschaftliche Prinzip, d.h. ein durch die Aufgabe der Mitgliederförderung begrenztes Gewinnstreben¹⁾. Kommunale Sparkassen erfüllen einen öffentlichen Auftrag, der im Hessischen Sparkassengesetz (§ 2) mit folgenden Sätzen umschrieben wird:

"Die Sparkasse hat die Aufgabe, den Sparsinn in der Bevölkerung zu wecken und zu fördern. Sie gibt Gelegenheit, Ersparnisse und andere Gelder sicher und verzinslich anzulegen. Sie dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs und betreibt die weiteren in ihrer Satzung vorgesehenen Geschäfte".

Die Wahrnehmung von sozial- und wirtschaftspolitischen Korrektur- und Ergänzungsfunktionen führt dazu, daß die Geschäftstätigkeit der Sparkassen vom gemeinwirtschaftlichen Prinzip beherrscht wird¹⁾. Anlagevorschriften, Kontrahierungszwang und Ortsgebundenheit verhindern, daß die Sparkassen nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung arbeiten können. Sie führen, wie es in der hessischen Mustersatzung heißt, ihre Geschäfte "nach wirtschaftlichen Grundsätzen

1) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S.228

ohne Gewinnstreben" (§.2 Abs. 4). In der geschäftlichen Praxis der heute zu Universalbanken gewordenen Sparkassen sind jedoch auch bei diesen Instituten Gewinne nicht unbedingt ungewollte Nebenwirkungen der Geschäftstätigkeit. Zwar nehmen Sparkassen auf Grund ihres öffentlichen Auftrages Ertragseinbußen in Kauf, andererseits schließt das Gemeinnützigkeitsprinzip das Anstreben rentabler Geschäfte nicht aus. Durch bewußte Aufwandssenkungen bemühen sich die Sparkassen zudem, eine angemessene Differenz zwischen Aufwand und Ertrag zu erzielen, um zumindest ihre Sicherheitsrücklage dotieren zu können. Bei den Sparkassen beinhaltet deshalb - im Gegensatz zu den öffentlich-rechtlichen Sonderkreditinstituten - das gemeinwirtschaftliche Prinzip materiell durchaus ein durch die Erfüllung sozialverpflichtender Aufgaben begrenztes Gewinnstreben.

b) Das Sicherheitsstreben als abgeleitetes Prinzip der Geschäftspolitik

Die langfristige Gewinnerzielung, deren Verwirklichung mit unterschiedlicher Intensität wir als die integrierende kreditwirtschaftliche Verhaltensweise gekennzeichnet haben, setzt voraus, daß der Bestand der Institute nicht bedroht wird. Ein wesentliches Kennzeichen langfristiger Dispositionen ist, daß sie auf eine noch ungewisse Zukunft abgestellt werden müssen. Sie setzen eine Voraussetzung zukünftiger Entwicklungen voraus. Nun wird es der Geschäftsleitung zwar möglich sein, sich klare Vorstellungen über ihre eigene Handlungsweise zu machen, doch kontrolliert sie damit nur einen Teil der Faktoren, die für das Ergebnis relevant sind. Für ihre Entscheidungen wichtig ist insbesondere die Kenntnis derjenigen Größen, die der Disponent selbst nicht festlegen kann. Sie werden in der Wirtschaftstheorie als Daten bezeichnet¹⁾.

1) Vgl. Eucken, W., Die Grundlagen der Nationalökonomie, 6. Aufl., Heidelberg 1950, S. 127 ff.; Schneider, E., Einführung, Teil II, S. 270 ff.

Da die Kreditinstitute hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung keine vollkommene Voraussicht besitzen, haben die Daten, die bei der Entscheidung einzusetzen sind, nur Erwartungscharakter. Die Geschäftsführung ist gezwungen, über die zukünftige Beschaffenheit jener Größen, die die Höhe des Gewinnes mitbestimmen, eine Prognose anzustellen. Da angesichts dieser Situation den Gewinnchancen zugleich unvorhersehbare Verlustgefahren gegenüberstehen, dient der Verwirklichung der unternehmerischen Leitmaxime nur eine Gewinnerzielung, die den mit ihr verbundenen Risiken Rechnung trägt.

Bei einer langfristigen Betrachtung sind Erwerbs- und Sicherheitsstreben nicht gegensätzliche, sondern sich bedingende Verhaltensweisen. Das Gewinnstreben setzt das Sicherheitsstreben voraus. So heißt es bei Sandig¹⁾: "Wer Gewinn erstrebt, muß das Risiko abwägen, ... muß auf Sicherheit bedacht sein. So sind für eine betriebswirtschaftliche Betrachtung Gewinn und Sicherheit und für die Betriebswirtschaftspolitik Gewinnstreben und Sicherheitsstreben untrennbar miteinander verbunden". Diesen engen Zusammenhang zwischen Erwerbs- und Sicherheitsstreben bringt Wittmann²⁾ dadurch zum Ausdruck, daß er das Sicherheitsstreben als die Erhaltung bestimmter Minima charakterisiert, während das Gewinnstreben darauf gerichtet ist, "die realen Möglichkeiten möglichst weit über diese Minima hinauszuführen"³⁾. Damit wird deutlich erkennbar, daß das

1) Sandig, E., Die Führung des Betriebes, S. 69

2) Wittmann, W., Überlegungen zu einer Theorie des Unternehmungswachstums, in: ZfH NF 1961, S. 499: "Damit es überhaupt zur Ausübung des Gewinnstrebens kommen kann, bedarf es der durch die Minima gewährleisteten Möglichkeiten, etwa einer lebensfähigen Unternehmung. Das Sicherheitsstreben tritt auch als Korrekturfaktor für das Gewinnstreben auf, indem es verhindert, daß bei Entscheidungen allein der Gewinnaspekt dominiert. Diese Beschränkung, die dem Streben nach möglichst viel Gewinn auferlegt wird, pflegt man in der Literatur häufig als konform mit der langfristigen Gewinnmaximierung zu interpretieren".

3) Ebenda, S. 499

Sicherheitsstreben nicht als ein originäres Prinzip der Geschäftspolitik aufzufassen ist, sondern daß es aus der obersten Zielsetzung der Unternehmung abgeleitet wird¹⁾. Bei den Kreditinstituten umfaßt das Sicherheitsstreben alle Maßnahmen, die gegen den Eintritt von Risiken im Geschäfts- und Betriebsbereich vorbeugen bzw. gegen unvermeidliche Risiken abschirmen²⁾.

3. Die Einordnung der Angemessenheitsforderung in die geschäftspolitischen Zielvorstellungen eines Kreditinstituts

Im Kreditwesengesetz wird die Forderung nach einem angemessenen Eigenkapital mit der Notwendigkeit des Sicherheitsstrebens begründet. Über dem Umfang der Risikovorsorge selbst enthält die Vorschrift des § 10 Abs. 1 KWG keine Angaben. Aufschluß hierüber läßt sich indessen aus den geschäftspolitischen Zielvorstellungen eines Kreditinstituts gewinnen. Mögen diese auch im Einzelfall recht mannigfaltig sein, so können sie doch für eine theoretische Analyse auf die beiden wichtigsten Antriebskräfte reduziert werden, das Gewinn- und das Sicherheitsstreben. Beide Verhaltensweisen werden in der Zielsetzung einer langfristigen Gewinnerzielung unterschiedlicher Intensität miteinander verbunden. Dabei bleibt das Sicherheitsstreben dem Gewinnstreben jedoch untergeordnet. Die Risikomaßnahmen schaffen zunächst die Voraussetzung für die Gewinnerzielung eines Kreditinstituts, z.B. indem sie für die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Liquidität Rechnung tragen, ferner erhöhen sie die Wahrchein-

1) Vgl. Heinen, E., Zielfunktion, S. 36: "Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Sicherheit kein selbständiges Ziel der Unternehmung darstellt, das um seiner selbst willen angestrebt wird..... Ausdruck für das zweckabhängige Sicherheitsstreben der Unternehmung sind beispielsweise alle Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Liquidität, um die Erhaltung von Vermögen und Kapital, von Beschaffung und Absatz usw. Das Sicherheitsstreben wirkt sich über diese Bemühungen als einschränkende Nebenbedingung aus, die bei der Verfolgung der eigentlichen Unternehmungsziele zu beachten ist".

2) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 254 ff.

lichkeit, daß sich Gewinnerwartungen auf lange Sicht realisieren bzw. treffen Vorkehrungen dafür, daß der spätere Eintritt von Verlusten den Bestand des Instituts nicht gefährden. Das Sicherheitsstreben hat seine Berechtigung, insoweit es der Gewinnsicherung dient, darüber hinaus gibt es in einem marktwirtschaftlichen System keine Aufgabe für ein derartiges Verhalten. Diesem abgeleiteten Charakter des Sicherheitsstrebens hat auch die Angemessenheitsforderung Rechnung zu tragen. Bei der Bestimmung des angemessenen Eigenkapitals darf die Risikovorsorge nicht isoliert betrachtet werden, sondern muß im Rahmen der langfristigen Gewinnerzielungsmöglichkeiten gesehen werden. Wie bei anderen Führungsentscheidungen im Bankbetrieb gilt es daher, den bestmöglichen Ausgleich von Sicherheits- und Rentabilitätsüberlegungen anzustreben. Die Angemessenheitsforderung läßt sich deshalb, bezieht man die gesetzliche Regelung ein, geschäftspolitisch wie folgt präzisieren:

Die Eigenkapitalausstattung eines Kreditinstituts hat seine angemessene Höhe dann erreicht, wenn die auf Gesetz beruhenden Grundsätze der Bankenaufsicht eingehalten und sowohl dem Sicherheitsanspruch als auch dem Rentabilitätsfordernis in optimaler Weise Rechnung getragen werden kann.

Nachdem wir das Ziel unserer Analyse vom geschäftspolitischen Standpunkt konkretisiert haben, ist uns der Weg der weiteren Untersuchung vorgeschrieben. Ein Optimum im streng theoretischen Sinne läßt sich nur dann bestimmen, wenn alle möglichen Alternativen bekannt sind und untersucht werden können¹⁾. Voraussetzung ist deshalb, alle für die Angemessenheitsentscheidung relevanten Bestimmungsgrößen, die aus dem Sicherheits- und Gewinnstreben der Kreditinstitute resultieren, möglichst lückenlos zu erfassen, ehe der Versuch gemacht werden kann, diese quantitativ abzuschätzen.

1) Vgl. Heinen, E., Zielfunktion, S. 65

Für eine derartige Untersuchung ist es erforderlich, daß die Theorie ein geschlossenes System der Geschäftspolitik entwickelt, das alle Determinanten des Entscheidungsproblems enthält. In der bankbetrieblichen Forschung sind bis jetzt erst Ansatzpunkte eines derartigen auf realistischen Prämissen aufbauenden Modells der Geschäftspolitik zu erblicken, das die Interdependenz von Gewinn- und Sicherheitsüberlegungen deutlich macht.

Wir legen unserem Versuch, die Einflußfaktoren der Angemessenheitsentscheidung zu isolieren, das System der Geschäftspolitik zugrunde, das Hagenmüller¹⁾ aufgestellt hat. Er unterscheidet im Bereich des Sicherheitsstrebens zwei Methoden, nämlich vorbeugende Maßnahmen gegen den Eintritt von Risiken und abschirmende Maßnahmen gegen unvermeidliche Risiken. Im Zusammenhang mit dem Gewinnstreben werden Maßnahmen der Ertragssteigerung und der Aufwandsenkung erörtert, wobei auch auf die sonstigen Belastungen eingegangen wird, wie sie beispielsweise mit der Gewinnausschüttung für ein Kreditinstitut verbunden sind. In den beiden folgenden Abschnitten wollen wir nach diesen Aspekten die möglichen Zusammenhänge zwischen dem Sicherheits- bzw. Gewinnstreben und der Eigenkapitalausstattung erörtern, um daraus die qualitativen Bestimmungsfaktoren zu gewinnen. Daran anschließen werden sich Überlegungen über eine mögliche Quantifizierung der gefundenen Größen. Die Untersuchung mündet in diesem Abschnitt in die zentrale Frage, ob sich ein konkretes Zahlenverhältnis für eine angemessene Eigenkapitalausstattung allgemeingültig angeben läßt. Zum Abschluß wird die Lösung, für die sich das Bundesaufsichtsamt und die Deutsche Bundesbank unter Zustimmung der Spitzenverbände des Kreditgewerbes entschieden haben, im Lichte der gefundenen Ergebnisse durchdacht.

1) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 229 ff.

II. Einflußfaktoren der Angemessenheitsentscheidung, die aus dem Sicherheitsstreben der Kreditinstitute resultieren

Das zentrale Anliegen des Sicherheitsstrebens ist die Bekämpfung aller auftretenden Risiken. Bevor wir auf die Möglichkeiten vorbeugender und abschirmender Sicherheitspolitik eingehen, ist es deshalb erforderlich, den Begriff des Risikos zu klären, eine Klassifikation der Risiken des Bankbetriebes vorzunehmen und diejenigen Risiken zu ermitteln, für die das Eigenkapital als Risikoträger in erster Linie in Betracht kommt.

1. Die bankbetrieblichen Risiken und ihre Beziehung zur Garantiefunktion des Eigenkapitals

Mit der Erforschung des Risikos haben sich in der Betriebswirtschaftslehre eine Reihe von Autoren in speziellen Untersuchungen befaßt. Beachtung verdienen hierbei insbesondere Leitner¹⁾, Oberparleiter²⁾, Stadler³⁾, Hax⁴⁾ und Bussmann⁵⁾. Als einzige bankbetriebliche Monographie zu diesem Thema ist das Werk von Apfelthaler⁶⁾ zu erwähnen.

1) Leitner, F., die Unternehmungsrisiken, Berlin 1915

2) Oberparleiter, K., Funktionen- und Risikenlehre des Warenhandels, 1. Auflage Berlin-Wien 1930, (2. Auflage Wien 1955: Funktionen und Risiken des Warenhandels); Oberparleiter, K., Risiko und Unternehmung, in: Die Bilanzen der Unternehmungen, Wien 1933, Bd. I.S. 41 ff.; Oberparleiter, K., Risikenpolitik, in: HdB 3. Auflage (1960), Sp. 4689 - 4693; Oberparleiter, K., Risiko, in: HdB 3. Aufl., Sp. 4693 - 4698

3) Stadler, M., Studien aus der Theorie des Risikos, Wien 1932

4) Hax, K., Die Betriebsunterbrechungsversicherung, Köln und Opladen 1949, S. 15 - 29

5) Bussmann, K.F., Das betriebswirtschaftliche Risiko, Meisenheim/Gl., 1955

6) Apfelthaler, S., Das Risikoproblem im Bankbetrieb, Wien 1939

Die Abhandlungen der genannten Betriebswirte bemühen sich um eine Definition des Risikos, enthalten Versuche, die Risiken zu systematisieren, erörtern Möglichkeiten ihrer kalkulatorischen Verrechnung und zeigen Maßnahmen der Risikopolitik auf¹⁾. Eine Berücksichtigung von Risikoüberlegungen im Rahmen der Unternehmungspolitik findet sich insbesondere bei Sandig²⁾. Neuere Ansätze in der Betriebswirtschaftslehre über das sog. "Ungewißheitsproblem" bezwecken einen systematischen Einbau des Risikokalküls in die Theorie der Unternehmensführung. Mit ihnen wird der Versuch unternommen, zu einer Planungs- und Entscheidungstheorie unter der realistischen Prämisse unvollkommener Information zu gelangen³⁾. Kennzeichen der Ungewißheit ist nach Koch⁴⁾ sowohl die Mehrwertigkeit als auch die Ungenauigkeit der Zukunftsvorstellung. Während eine Geschäftsleitung bei vollkommener Voraussicht mit einem eindeutigen Ergebnis ihrer Überlegungen rechnen kann, muß sie bei unvollkommener Information mit "mehrwertigen Erwartungen"⁵⁾ operieren⁶⁾. Aus dieser Situation resultiert die Gefahr

- 1) Vgl. hierzu den Überblick bei Vollmar, F., Begriff und Wesen des Risikos in der Betriebswirtschaftslehre, Bern 1957
- 2) Sandig, C., Führung des Betriebes, S. 77 ff.; vgl. auch Sandig, C., Risiko, in: HdB 2. Aufl. (1939), Sp. 1464-1471
- 3) Die Literaturangaben zur Ungewißheitstheorie beschränken sich bewußt auf das grundlegende Werk von Knight sowie deutschsprachige Veröffentlichungen, die einen Überblick über die verschiedenartigen Auffassungen zu diesem Problem geben:
Knight, F.H., Risk, uncertainty an profit, Boston-New York 1921 (8 ed. London 1957)
Wittmann, W., Unternehmung und unvollkommene Information, Köln und Opladen 1959
Albach, H., Wirtschaftlichkeitsrechnung bei unsicheren Erwartungen, Köln und Opladen 1959
Koch, H., Zur Diskussion un der Ungewißheitstheorie, in: ZfhF 1960, S. 49 - 75
Koch, H., Betriebliche Planung, Wiesbaden 1961, S. 107 ff.
Krelle, W., Preistheorie, Tübingen-Zürich 1961, S. 89 ff. S. 589 ff.
Gutenberg, E., Unternehmensführung, S. 76 ff.
- 4) Koch, H., Betriebliche Planung, S. 107 - 108
- 5) Wittmann, W., Unternehmung und unvollkommene Information, S. 34; Albach, H., a.a.O., S. 3
- 6) Wittmann, W., Unternehmung und unvollkommene Information, S. 28, definiert deshalb Ungewißheit als "Diskrepanz zwischen der für notwendig erachteten und der tatsächlichen Information".

von Fehlentscheidungen, die sich in Verlusten auswirken. Die Verlustgefahr, die als Folge der Ungewißheit bei den geschäftspolitischen Entscheidungen droht, wird in der Theorie als **R i s i k o** bezeichnet¹⁾. In der Bankbetriebslehre ist eine systematische Erfassung des Risikoproblems im Rahmen der Geschäftspolitik bisher auf Schwierigkeiten gestoßen. Als eine der ersten Darstellungen, die die "Sicherheitspolitik" in das System der Geschäftspolitik eingefügt hat, muß Obst²⁾ erwähnt werden. Die Werke von Somary³⁾ und Ottel⁴⁾ über Bankpolitik lassen einen systematischen Ansatz der Sicherheitsüberlegungen vermissen. Die Erörterung des Risikos als grundsätzliches Problem der Geschäftspolitik findet sich insbesondere bei Kalveram⁵⁾, Fischer⁶⁾ und Hagenmüller⁷⁾.

-
- 1) Vgl. Leitner, F., a.a.O., S. 7; Oberparleiter, K., Funktionen- und Risikenlehre, 2. Aufl. S. 99; Stadler, M., a.a.O., S. 24; Hax, K., Betriebsunterbrechungsversicherung, S. 15; Bussmann, K.F., a.a.O., S. 19; Abweichende Definitionen finden sich bei Eucken, W., a.a.O., S. 141: "Risiko besteht in der Distanz von Plandaten und faktischen Daten" sowie bei Knight, F.H., der unter "risk" (Risiko) nur die meßbare Ungewißheit im Gegensatz zur "uncertainty" (nicht meßbare Ungewißheit) versteht. Zur Kritik dieser Begriffsbestimmung vgl. Wittmann, W., Unternehmung und unvollkommene Information, S. 189 (Fußnote S.358) und S. 55
 - 2) Obst, G., Bankpolitik, Leipzig 1914, S. 284 ff., insb. S. 317 ff., (9. Auflage Stuttgart 1930, S. 326 f., S. 370 ff.)
 - 3) Somary, F., Bankpolitik, 3. Auflage Tübingen 1934
 - 4) Ottel, F., Bankpolitik, Jena 1937
 - 5) Kalveram, W., Bankbetriebslehre, Berlin-Wien 1939, S. 160 f. (3. Auflage Wiesbaden 1961, S. 116 f.)
 - 6) Fischer, O., Bankbilanzanalyse, 1956, S. 44 f. und 107 ff.
 - 7) Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, 1959, S. 254 ff.

Jede Klassifikation der Risiken des Bankbetriebes kann nur einen groben Versuch darstellen, die Risikostruktur einer Geschäftsbank anschaulich werden zu lassen. Als Beispiel sollen die Gliederungen des Gesamtrisikos nach Fischer und Hagenmüller wiedergegeben werden.

Fischer¹⁾ trifft folgende Unterscheidungen:

- (1) Die einzelwirtschaftlichen Risiken
 - a) Das aktive Kreditrisiko
 - b) Das passive Kreditrisiko
 - c) Das Effektenkursrisiko
 - d) Das Devisenkursrisiko
 - e) Die Risiken des Betriebsprozesses
- (2) Die von außen kommenden Risiken
 - a) Die gesamtwirtschaftlichen Risiken
 - b) Die außerwirtschaftlichen Risiken

Nach Hagenmüller²⁾ lassen sich folgende Einzelrisiken aufzählen:

- a) Liquiditätsrisiko
- b) Kreditrisiko
 - aa) aktives Kreditrisiko
 - bb) passives Kreditrisiko
- c) Risiken des Effektengeschäftes
- d) Risiken des Wertaufbewahrungs- und Wertverwaltungsgeschäftes
- e) Risiken des Zahlungsverkehrs und Inkassogeschäftes
- f) Risiken des Auslandsgeschäftes
- g) Risiken des Betriebsbereiches

1) Vgl. Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 110 ff.

2) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 255 ff.

Um die Analyse der Zusammenhänge zwischen Sicherheitspolitik und Eigenkapitalausstattung nicht unnötig auszuweiten, ist es sinnvoll, zuvor alle diejenigen Risiken auszuschalten, für die Eigenkapital als Risikoträger in erster Linie offenbar nicht in Frage kommt. Dazu gehört zunächst das Liquiditätsrisiko, d.h. die ständige Aufrechterhaltung einer ausreichenden Zahlungsbereitschaft. Da indessen Liquidität und Eigenkapital in Gesetzen und Richtsätzen oft in einen engen Zusammenhang gebracht werden¹⁾, soll auf eine Untersuchung der beiderseitigen Beziehungen nicht verzichtet werden. Von geringer Bedeutung für unser Anliegen ist das passive Kreditrisiko, das die Gefahr von Zinsrückgängen bei Kreditaufnahmen und Einlagen zum Inhalt hat. Im Hinblick auf die Einlagen kann es nicht wirksam werden, da bei der Festsetzung der Habenzinssätze stets darauf geachtet wird, daß eine ausreichende Zinsspanne erhalten bleibt²⁾. Auch für die Risiken der Dienstleistungstätigkeiten einer Bank wird ein Eigenkapitalschutz primär nicht erforderlich. Die Depot- und Effektenkommissionsgeschäfte, sowie der Zahlungs- und Inkassoverkehr mit dem In- und Ausland sind mit einem Kapitaleinsatz der Kreditinstitute nicht verbunden. Verluste können bei diesen Geschäften nur aus der Schlecht- und Nichterfüllung von Kundenaufträgen erwachsen. Durch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken wird deren Haftung für Fahrlässigkeit und mittelbare Vermögensschäden (entgangene Gewinne) ausgeschlossen. Nur bei schuldhaften Handeln ist ein Kreditinstitut verpflichtet, dem Kunden unmittelbaren Vermögensschaden zu ersetzen³⁾. Bei den Dienstleistungsgeschäften der Banken tritt somit eine weitgehende Risikoabwälzung auf den Kunden ein. Da über 80 % aller innerbe-

1) Z.B. §§ 11 und 16 KWG 1939/44; §§ 10 und 11 KWG; Kreditrichtsätze I - IV; Grundsätze I - III

2) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 281 f.

3) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 285 f.

trieblichen Tätigkeiten einer Bank Buchungsarbeiten sind, resultieren die Risiken des Betriebsprozesses in erster Linie aus Buchungsfehlern. Gegen die Verlustgefahren aus einer fehlerhaften Erfassung und Verrechnung von Geschäftsvorfällen schützt sich die Bank in erster Linie durch ein gut organisiertes, rationelles Rechnungswesen, das über Buchungsmaschinen mit automatischen Kontrollen sowie über eine wirkungsvolle Betriebsorganisation und Innenrevision verfügt. Eine weitere Verlustquelle des Betriebsbereichs bilden Delikte der Bankangestellten. Die Bekämpfung von Unterschlagung, Betrug und Diebstahl im Bankbetrieb geschieht mit Hilfe der Innenrevision sowie durch entgeltliche Risikoabwälzung auf Versicherungsgesellschaften. Noch für eine weitere Gruppe von Risiken scheidet ein primärer Eigenkapitalschutz aus. Dabei handelt es sich um Verlustgefahren, die sich aus gesamt- und außerwirtschaftlichen Entwicklungen ergeben. Für wirtschaftliche und politische Ereignisse, die ihren Ursprung außerhalb des bankbetrieblichen Tätigkeitsbereiches haben, nämlich Inflation, Wirtschaftskrisen, staatliche Interventionen, Katastrophen, Kriege und höhere Gewalt, ist eine wirksame Vorsorge durch die Kreditinstitute selbst nicht möglich. In diesen Fällen trägt der Staat die Verantwortung, der die Verluste auf die Gesamtheit der Steuerzahler verteilen wird.

Für unsere Analyse verbleiben somit neben dem Liquiditätsrisiko die Risiken des Kredit- und Effekteneigengeschäfts, ferner im Auslandsgeschäft das Devisenkursrisiko, das im Devisenhandel, Kredit- und Effektengeschäft auftreten kann.

Das für die Geschäftstätigkeit der Banken wichtigste Risiko resultiert aus dem Kreditgeschäft. Unter dem Kreditrisiko wird die Gefahr verstanden, "daß der Kreditnehmer den erhaltenen Kreditbetrag nicht oder nicht fristgerecht zurückzahlt, oder daß bei Zahlung der vereinbarten Zinsen, Provi-

sionen und Gebühren Unregelmäßigkeiten auftreten¹⁾. Neben den Kreditrisiken sind die Risiken des Effekten-geschäfts für die Kreditinstitute von besonderem Gewicht. Das Effektenkursrisiko bei den Eigenbeständen besteht in der Gefahr, daß die Tageskurse der Wertpapiere unter ihre Anschaffungskurse sinken. Bei Dividendenwerten kommt die Gefahr der Ertragsminderung bzw. des Ertragsausfalles hinzu. Für Institute, die sich am Effektenkonsortialgeschäft beteiligen, treten außerdem Emissionsrisiken auf. Nach Most²⁾ kann das Emissionsrisiko ein Kursrisiko, ein Liquiditätsrisiko und ein Erfolgsrisiko enthalten. Das Kursrisiko liegt in der Gefahr von Kursrückgängen bei den übernommenen Stücken. Das Liquiditätsrisiko beruht auf der mangelnden Möglichkeit, die Stücke innerhalb eines bestimmten Zeitraumes plazieren zu können. Das Erfolgsrisiko schließlich besteht in der Gefahr, daß die Emission mißlingt und damit der Emissionskredit der am Konsortium beteiligten Banken in Mitleidenschaft gezogen wird. Im Auslandsgeschäft der Banken hat das Devisenkursrisiko große Bedeutung. Darunter wird die Gefahr verstanden, die aus den Schwankungen des Austauschverhältnisses zwischen der inländischen und der ausländischen Währung resultieren. Am Beispiel der Liquiditäts-, Kredit-, Effekten- und Devisenkursrisiken wollen wir nunmehr die Zusammenhänge zwischen Sicherheitsstreben und Eigenkapitalausstattung näher untersuchen.

1) Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 270

2) Vgl. Most, A., Risiken im bankmäßigen Effekten-Konsortialgeschäft vom Innenverhältnis aus gesehen, in: Die Bank 1936, S. 1322 - 1329; ferner: Steinrücke, B.-Scholze, H., Das Konsortialgeschäft der Deutschen Banken, Berlin 1956, S. 76 ff.

2. Die Zusammenhänge zwischen vorbeugender Sicherheitspolitik und Eigenkapitalausstattung

a) Liquiditätsrisiko

Wichtigste Voraussetzung jeder bankbetrieblichen Tätigkeit ist die ständige Aufrechterhaltung einer **a u s - r e i c h e n d e n L i q u i d i t ä t**. Ein Kreditinstitut, das nicht jederzeit in voller Höhe seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt, gefährdet infolge des Charakters der fremden Mittel im Bankgewerbe seine Existenz unmittelbar¹⁾. In § 11 KWG heißt es deshalb: "Die Kreditinstitute müssen ihre Mittel so anlegen, daß jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist". Wie bei der Bestimmung des angemessenen Eigenkapitals stellt das Bundesaufsichtsamt im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank Grundsätze auf, nach denen es für den Regelfall beurteilt, ob die Liquidität eines Kreditinstituts ausreicht. Das Bundesaufsichtsamt hat in Übereinstimmung mit der Bundesbank an Stelle eines direkten Liquiditätsrichtsatzes zwei kombinierte Finanzierungs-Grundsätze erlassen, die eine ausreichende Liquidität indirekt zu bestimmen versuchen²⁾.

-
- 1) Vgl. zum Liquiditätsproblem der Kreditinstitute: Braun, W., Das Liquiditätsproblem der Kreditbanken, Stuttgart 1934;
Stucken, R., Liquidität der Banken, Berlin 1940
Kolbe, K., Das Liquiditätsproblem der Kreditgenossenschaften, Marburg 1950
Mellerowicz, K., Liquidität, in: Die Bank, Wiesbaden 1952, S. 609 ff.
Gleske, L., Die Liquidität in der Kreditwirtschaft, Frankfurt am Main, o. J., (1954)
Sperk, L.-Wilsdorf, M., Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, Berlin 1956
Golz, D., Das Liquiditätsproblem bei den Girozentralen, Berlin 1956
Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 118 ff.
- 2) Vgl. O.V., Die Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute gem. §§ 10 und 11 des Gesetzes über das Kreditwesen, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank März 1962, S. 3-17; Hagenmüller, K.F., Längerfristiger Bankkredit und Liquiditätsrichtsatz, in: ZfK 1962, S. 344 f. und 397 f; Benning, B., Liquiditätsrichtsatz und längerfristiger Bankkredit, in: ZfK 1962, S. 149 ff.

Grundsatz II legt fest, daß die langfristigen Anlagen eines Kreditinstituts die langfristigen Finanzierungsmit-
tel nicht übersteigen sollen. Er trägt damit einem Prin-
zip Rechnung, das in der Literatur als "goldene Bankregel"
bekannt wurde und in der deutschsprachigen Bankbetriebs-
lehre erstmals 1854 von Otto Hübner formuliert wurde¹⁾.
Die Erkenntnis, daß die täglich fälligen Einlagen nicht
alle gleichzeitig zurückverlangt werden, daß vielmehr dem
Institut auch bei den Sichteinlagen ein Bodensatz verbleibt,
führte zu einer Abkehr von der Forderung, daß die Fristen
von Kapitalbeschaffung und Kapitalverwendung f o r m a l
übereinstimmen müssen. Die Banken verfügen über die Mög-
lichkeit, formal kurzfristige Einlagen in materiell lang-
fristige Kredite umzuformen. Eine moderne Formulierung der
goldenen Bankregel bedarf deshalb der Berücksichtigung
dieser Transformationsfunktion der Banken²⁾. Der Grundsatz
II trägt dieser Erkenntnis Rechnung, wenn er bestimmt,
daß als langfristige Finanzierungsmittel anzusehen sind:

- (1) das Eigenkapital
- (2) die eigenen Schuldverschreibungen im Umlauf sowie die
vorverkauften Schuldverschreibungen
- (3) die aufgenommenen langfristigen Darlehen
- (4) 60 % der Spareinlagen
- (5) 10 % der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken

Mit dieser Abgrenzung erkennen Bankenaufsicht und Bundes-
bank grundsätzlich an, daß Sicht-, Termin- und Spareinla-
gen teilweise Dauercharakter besitzen und zur langfristigen
Anlage geeignet sind. Grundsatz III beschränkt als Ergänzung
des Grundsatzes II die Verwendung fremder Mittel eines

1) Vgl. S. 193

2) Vgl. Schmalenbach, E., Kapital, Kredit und Zins, S. 132;
Stucken nennt den gleichen Vorgang "Fristigkeitsverlän-
gerungsfunktion"; vgl. Stucken, R., Geld und Kredit,
Tübingen 1949, S. 66 ff.

Kreditinstitutes bei der Anlage in solchen kurz- und mittelfristigen Aktiven (insbesondere im debitorischen Kreditgeschäfts), die nicht ohne weiteres jederzeit mobilisierbar sind. In den beiden Grundsätzen werden alle Forderungen und Anlagen eines Kreditinstituts erfaßt, die nicht als liquide oder leicht verwertbar anzusehen sind. Mittelbar ergibt sich daraus, daß diejenigen Aktiva, die in die beiden Finanzierungsrichtsätze nicht einbezogen wurden, zu den liquiden Mitteln zu rechnen sind. Dazu gehören folgende Bilanzpositionen:

- (1) Kassenbestand
- (2) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank
- (3) Postscheckguthaben
- (4) Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben)
- (5) Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine
- (6) Schecks
- (7) Wechsel
- (8) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen
- (9) Kassenobligationen
- (10) Festverzinsliche Wertpapiere

Das Liquiditätsbild, das die Grundsätze II und III vermitteln können, ist statisch, zeitpunktbezogen und vergangenheitsorientiert. Damit erlaubt es lediglich eine allgemeine Beurteilung des Liquiditätsstatus eines Kreditinstituts. Die Zahlungsbereitschaft einer Bank läßt sich aus den Bestandsgrößen einer Bilanz nicht herauslesen, sie muß mit Hilfe von zeitraumbezogenen und zukunftsorientierten Bewegungsgrößen ermittelt werden. Das Verdienst, in der betriebswirtschaftlichen Literatur das Liquiditätsproblem der Kreditinstitute als einer der ersten dynamisch formuliert zu haben, gebührt Wilhelm Rieger, der 1929 die Liquidität der Banken als ein Gleichgewicht von Einzahlungen und

Auszahlungen bezeichnete¹⁾. In neuerer Zeit hat O. Fischer die Liquiditätsfrage als ein Gleichgewichtsproblem zwischen den Auszahlungs- und Einzahlungsströmen charakterisiert und darauf hingewiesen, daß sich die Dispositionen der Bank lediglich auf den Spitzenausgleich zwischen diesen Zahlungsströmen erstrecken. Nicht die Zahlungsverpflichtungen selbst, sondern die Veränderungen der beiden Zahlungsströme und ihr Saldo bestimmen Liquidität und Illiquidität²⁾. Ergibt sich ein Einzahlungsüberschuß, so müssen die überschüssigen Mittel rentabel angelegt werden, bei einem Auszahlungsüberschuß sind Liquiditätsreserven zu mobilisieren. Die dynamische Liquidität kann deshalb nicht eine bereits abgeschlossene Rechnungsperiode mit Hilfe von Liquiditätsgraden und Bilanzdeckungsverhältnissen betrachten, sondern muß die zukünftigen Einnahmen- und Ausgabenvorgänge antizipieren. Da die zahlungswirksamen Größen kommender Rechnungsperioden nicht exakt bestimmt, sondern nur geschätzt werden können, besitzt die dynamisch ermittelte Liquidität Erwartungscharakter. Da aus einer Bilanz weder die Umschlagsgeschwindigkeit der Vermögensteile und damit der Zeitpunkt, an dem die Aktiva wieder zu Geld werden, noch die Fälligkeit der Verbindlichkeiten ersichtlich ist, und weiterhin bestimmte Baraufwendungen wie Gehalts- und Steuerzahlungen, die in nächster Zukunft fällig werden, nicht berücksichtigt werden, ist sie als Instrument einer dynamischen Liquiditätsermittlung ungeeignet. Die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben lassen sich systematisch nur mit Hilfe von Finanzplänen erfassen. In Kreditinstituten obliegt die Aufgabe der kurzfristigen Liquiditätsplanung der Gelddisposition. Diese muß bei ihrer täglichen Abstimmung der erwarteten und unerwarteten Ein- und Auszahlungsströme beachten, dass das Mindestreservesoll bei der

1) Vgl. Rieger, W., a.a.O., S. 283 f.

2) Vgl. Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 119 f.

Bundesbank im Monatsdurchschnitt erfüllt wird¹⁾. Eine ausreichende Liquidität ist immer dann gewährleistet, wenn die vorhandenen Zahlungsmittel gleich den effektiven Auszahlungsansprüchen oder größer als diese sind. Diese Zahlungsmittelreserve ist notwendig zur Sicherung gegen unvorgesehene Auszahlungen. Die Kassenreserve wird ergänzt durch einen potentiellen Liquiditätsspielraum, worunter die Summe aller Möglichkeiten eines Kreditinstituts verstanden werden, sich kurzfristig bei der Bundesbank oder anderen Kreditinstituten zu refinanzieren bzw. am Geldmarkt Kredite aufzunehmen. Mit diesen wenigen Bemerkungen wollen wir die Kennzeichnung der wichtigsten Nebenbedingung einer langfristigen Gewinnerzielung abschließen und die Frage stellen, welche Beziehungen zwischen einer ausreichenden Liquidität und dem Eigenkapital bestehen.

In unseren entwicklungsgeschichtlichen Untersuchungen haben wir gezeigt, daß die Dringlichkeit des Liquiditätsproblems zeitlich mit dem relativen Rückgang des Eigenkapitals zusammenfällt²⁾. Als eigentliche Ursache dieses Problems mußten wir jedoch das Anwachsen der kurzfristigen Verbindlichkeiten erkennen. Wir konnten feststellen, daß das nicht kündbare Eigenkapital selbst keiner Liquiditätsfürsorge bedarf. Daraus folgt nun zugleich, daß es eine direkte Beziehung zwischen Eigenkapital und Liquidität nicht geben kann³⁾. Bei den statischen Liquiditätskennziffern werden Aktiva unterschiedlicher Liquiditätsgrade zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten in Beziehung gesetzt. Das Eigenkapital bleibt außer Ansatz. Für die dynamische Liquidität, d.h. die Erhaltung des Zahlungsgleichgewichts,

1) Vgl. van Wyk, W., Die Gelddisposition der Kreditbanken, Frankfurt/Main 1960

2) Vgl. S. 193

3) Vgl. Schwantag, K., a.a.O., S. 225

kommt es bei Auszahlungsüberschüssen auf die kurzfristige Mobilisierung von Kassenreserven an. Dazu werden Aktiva monetisiert bzw. Passiva in Form von Geldmarktkrediten aufgenommen. Das Eigenkapital auf der Passivseite der Bilanz hat unmittelbar keinen Einfluß auf das Ungleichgewicht von Ein- und Auszahlungen.

Eine Auswirkung des Eigenkapitals auf die Gelddisposition ließe sich nur insoweit feststellen, als Finanzierungsmittel der wirtschaftlichen Eigentümer in leicht liquidierbaren Aktiven angelegt bzw. zum Liquiditätsausgleich im Institut belassen oder neu eingebracht werden. Diese Möglichkeiten lassen die Feststellung jedoch unberührt, daß eine ausreichende Zahlungsbereitschaft von der Höhe des Eigenkapitals unmittelbar nicht abhängig ist. Primär kommt es immer auf die Kassenreserven an, die für den Spitzenausgleich der Zahlungsströme zur Verfügung stehen. Von einer Liquiditätsfunktion des Eigenkapitals kann somit nicht gesprochen werden. Die Liquidität bildet keine originäre Bestimmungsgröße einer angemessenen Eigenkapitalausstattung.

Beziehungen indirekter Art zwischen Eigenkapital und Liquidität kommen über die Anlagepolitik eines Kreditinstituts zustande. Eigenkapital ist ein Finanzierungsmittel, das keine eigenen Liquiditätsanforderungen stellt und daher längerfristiger, in schwer mobilisierbaren Vermögenswerten eingesetzt werden kann. Diese mittelbaren Auswirkungen des Eigenkapitals auf das Liquiditätsgefüge der Bilanz werden in zwei Vorschriften deutlich zum Ausdruck gebracht. Einmal bei Liquiditätsgrundsatz II, der als Finanzierungsnorm für das langfristige Geschäft Eigenkapital als "langfristiges Finanzierungsmittel" qualifiziert. Zum anderen führt die Begründung zu § 12 KWG, der die dauernden Anlagen eines Kreditinstituts auf die Höhe des haftenden Eigenkapitals beschränkt, aus, daß diese Bestimmung eine Ausgestaltung des Prinzips der ausreichenden Zahlungsbereitschaft für Anlagen sei, die in der Regel schwer verwertbar sind, was zur Folge habe, daß die Mittel, die in solchen Werten angelegt werden, einen geringen Liquiditätsgrad hätten. Wenn

auch die Finanzierungsfunktion des Eigenkapitals im Bankbetrieb hinter der Garantiefunktion zurücktritt, so muß doch die Höhe der ^{in der} Bilanz ausgewiesenen Sach- und Finanzanlagen als eine Einflußgröße der Angemessenheitsentscheidung berücksichtigt werden.

b) Risiken des Kredit-, Effekten- und Devisengeschäfts

Für die Anlagedispositionen der Kreditinstitute kommen insbesondere das Kreditrisiko und das Effektenkursrisiko in Betracht. Die Gefahr von Vermögensverlusten besteht darin, daß Forderungen des Kreditgeschäfts notleidend bzw. uneinbringlich werden bzw. daß der Tageskurs der Wertpapiere unter den Anschaffungskurs sinkt. In beiden Fällen werden Abschreibungen oder Wertberichtigungen erforderlich, die den Aufwand erhöhen. Die Aufwandssteigerungen bzw. Ertragsschmälerungen mindern den entstehenden Gewinn. Sind sie so hoch, daß sie den Gewinn gänzlich absorbieren, so treten weitere Wertminderungen erkennbar in Erscheinung, da sie vom Eigenkapital aufgefangen werden müssen. Soll eine Beanspruchung des Eigenkapitals vermieden werden, so muß bereits von vornherein versucht werden, daß Verluste in einem nennenswerten Ausmaß gar nicht erst wirksam werden können. Die Zielsetzung einer vorbeugenden Sicherheitspolitik besteht deshalb darin, "die Wahrscheinlichkeit des Eintritts der vorhandenen Risiken durch entsprechende Maßnahmen soweit wie möglich zu vermindern"¹⁾. Je wirkungsvoller diese vorbeugenden Risikomaßnahmen bei einem einheitlichen Kreditinstitut getroffen werden, desto geringere Ansprüche könnten - unter dem Sicherheitsaspekt - an die Höhe der Eigenkapitalausstattung gestellt werden. Die Schwierigkeit für die praktische Geschäftspolitik

1) Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 254

liegt indessen darin, daß sich die Effizienz der vorbeugenden Sicherheitspolitik erst ex post feststellen läßt, während die Angemessenheitsentscheidung selbst ex ante gefällt werden muß. Um die Möglichkeiten beurteilen zu können, in welchem Umfange Risiken dem Eigenkapital ferngehalten werden können, ist es notwendig, auf die Instrumente der vorbeugenden Risikopolitik einzugehen. In Anlehnung an Hagenmüller¹⁾ lassen sie sich zu zwei Gruppen zusammenfassen. Bevor die Anlagedispositionen getroffen werden, können die mit ihnen möglicherweise verbundenen Risiken dadurch gemindert werden, daß sich die Geschäftsleitung um die Beschaffung möglichst genauer und umfassender Informationen bemüht. Die im Entscheidungszeitpunkt verbleibende Ungewißheit wird dadurch berücksichtigt, daß die Anlagedispositionen selbst den "Prinzipien der Risikopolitik" unterworfen, d.h. an Erfahrungsregeln ausgerichtet werden, die auf ein sorgfältig abgewogenes Geschäftsgebaren hinwirken²⁾.

Die Kreditinstitute werden sich bemühen, bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Anlagedispositionen getroffen werden müssen, möglichst vielseitige und zuverlässige Informationen zu erhalten. Zusätzliche Informationen vermögen den Entscheidungsprozeß zu erleichtern und tragen dazu bei, das Risikobewußtsein bei der Geschäftsleitung auszubilden. Das Erkennen von Verlustquellen infolge von quantitativ und qualitativ erweiterten Informationen unterstützt eine sorgfältige Selektion von Chancen und Risiken bei der Anlagepolitik. Die Unterrichtung der Geschäftsleitung kann

1) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 254 f.

2) In ähnlicher Weise unterscheidet Wittmann, W., Unternehmung und unvollkommene Information, S. 83 ff. und 148 ff. zwischen Maßnahmen, die auf Verbesserung des Informationsstandes gerichtet sind und unternehmerischen Verhaltensweisen bei gegebenem Informationsstand. Vgl. ferner Gutenberg, E., Unternehmensführung, S. 77; Koch, H., Betriebliche Planung, S. 110 ff und 117 ff.

durch Material erfolgen, das von außerbetrieblichen Informationsstellen stammt oder aus dem eigenen Institut gewonnen wurde. Im Hinblick auf das Kreditrisiko und Effektenkursrisiko stehen externe Informationen im Vordergrund. Als Informationsquellen kommen z.B. in Betracht: Die Deutsche Bundesbank, Wirtschaftsforschungsinstitute, Verbände der Kreditwirtschaft, in- und ausländische Korrespondenzbanken sowie die Kunden der Bank. Die Deutsche Bundesbank stellt den Banken in ihren Monats- und Geschäftsberichten umfangreiches Material über die Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik, die Geschäftstätigkeit der einzelnen Institutsgruppen des Kreditgewerbes, den Kapital- und Geldmarkt, die öffentlichen Finanzen und die Außenwirtschaftssituation zur Verfügung. Den Trend der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt sowie in einzelnen Branchen analysieren die Wirtschaftsforschungsinstitute. Unterlagen für die eigene Bankengruppe enthalten die Schreiben, Protokolle, Empfehlungen und Jahresberichte der einzelnen Verbände der Kreditwirtschaft. Eine äußerst wichtige Informationsquelle bildet das Netz der in- und ausländischen Korrespondenten eines Kreditinstituts, mit denen auf der Ebene der Geschäftsleitungen, auch auf der mittleren und unteren Führungsebene eine ständige Kontaktpflege und ein laufender Informationsaustausch besteht. Schließlich sind die Kunden eines Kreditinstituts die unmittelbarste außerbetriebliche Informationsmöglichkeit. Durch den engen Kontakt der Banken mit ihren Kunden, der durch Beratungstätigkeit, Kreditwürdigkeitsprüfung und Kreditüberwachung zustande kommt, durch die Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten und der Zusammenarbeit in gemeinsamen Wirtschaftsgremien lassen sich die Informationen der Geschäftsleitung verbessern. Ferner kann ein höherer Informationsstand durch die systematische Auswertung von Zeitungen, Fachzeitschriften, Geschäftsberichten, Zeichnungsprospekten und Informationsdiensten gewonnen

werden. Die Kreditinstitute haben zu diesem Zweck vielfach besondere Stabsabteilungen geschaffen. Informationen aus dem eigenen Kreditinstitut liefert das Rechnungswesen, das die Bankbuchhaltung, Bankbilanzierung, Bankkalkulation und Betriebsstatistik umfaßt. Insbesondere durch den Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen bei den Kreditinstituten wird eine beschleunigte Dateneingabe, eine integrierte Datenverarbeitung und eine Ausgabe der Ergebnisdaten mit großer Geschwindigkeit erzielt, durch die die Geschäftsleitung in kürzester Frist Informationen über sämtliche Wertbewegungen des Instituts erhält. Bei diesen Überlegungen werden jedoch bereits die Grenzen deutlich, die einer Verbesserung des Informationsstandes gesetzt sind. Alle Bemühungen um zusätzliche Informationen unterliegen Wirtschaftlichkeits-erwägungen, d.h. der Grenzaufwand für Informationen sollte den Grenzerträgen entsprechen. Eine Wirtschaftlichkeitsrechnung für das Informationswesen scheitert allerdings daran, daß sich der Nutzen der zusätzlichen Information nicht quantifizieren läßt. Dennoch bildet die Wirtschaftlichkeit eine Grenze für die Verbesserung des Informationsstandes. Ein weiteres Hindernis tritt dann auf, wenn die Informationen für bestimmte Anlageentscheidungen nicht zeitgerecht beschafft werden können. Das Wirksamwerden von Faktoren, die sich der Erlangung eines höheren Informationsstandes entgegenstellen, wird von Wittmann¹⁾ als "Informationswiderstand" bezeichnet.

An die Bemühungen der Geschäftsleitung, ihre Informationen zu erweitern, schließt sich die Umformung des gesammelten Informationsmaterials für die Zwecke der Anlagendisposition an. Wittmann²⁾ bezeichnet diese Phase eines risikogerechten Verhaltens als "Gewinnung unternehmerischer Voraussicht", Koch³⁾ spricht von der Erlangung einer "höheren Prognose-

1) Vgl. Wittmann, W., Unternehmung und unvollkommene Information S. 83 f.

2) Vgl. ebenda, S. 92 ff.

3) Vgl. Koch, H., Ungewißheitsproblem, S. 60

gewißheit". Dabei geht es darum, aus zumeist vergangenheitsorientierten Informationen Aussagen für zukünftige Situationen zu gewinnen, die den Entscheidungen zugrunde gelegt werden können. Diese Umformung kann in einfachsten Fällen durch Extrapolationen erfolgen. Hierbei wird angenommen, daß der Trend der Entwicklung anhält, mit Änderungen also nicht zu rechnen ist. Ein Kreditinstitut geht z.B. davon aus, daß die Zuwachsrates der Spareinlagen auch in Zukunft erhalten bleibt oder es rechnet bei der Liquiditätsdisposition damit, daß die Kassenausgänge des Vortages nicht überschritten werden. Eine weitere Methode besteht in der Gewinnung von Wahrscheinlichkeitsaussagen. In diesem Falle werden die den verschiedenen Anlagealternativen zugehörigen Gewinnziffern mit Wahrscheinlichkeitskoeffizienten gewichtet. Objektive Wahrscheinlichkeitsaussagen, d.h. mathematische bestimmbare Wahrscheinlichkeitsziffern, lassen sich mit Hilfe der Wahrscheinlichkeitsrechnung erzielen. Die Voraussetzungen der statistischen Häufigkeitsanalyse sind jedoch nur in bestimmten Bereichen der Unternehmung gegeben. Als Anwendungsbeispiel seien die statistische Qualitätskontrolle in der industriellen Fertigung, das Stichprobenverfahren im Absatzsektor sowie die Verrechnung kalkulatorischer Wagnisse in der Kostenrechnung erwähnt¹⁾. Bei Kreditinstituten sind strenge Wahrscheinlichkeitsverteilungen jedoch kaum zu finden. Die auf Grund von Häufigkeitsbeobachtungen ermittelten Wahrscheinlichkeitsziffern lassen sich zudem auf Einzelfälle nicht übertragen. Für die Banken sind kennzeichnend die sog. "true uncertainties", d.h. die mit Hilfe der Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht erfaßbaren Risiken. Subjektive Wahrscheinlichkeitsaussagen beruhen auf Schätzungen der objektiven Wahrscheinlichkeitsverteilungen. Sie gründen sich auf

1) Vgl. Wittmann, W., Unternehmung und unvollkommene Information, S. 114 f.

Hypothesen, die mittels Induktionen, Deduktionen und Analogieschlüssen gewonnen wurden¹⁾. Verallgemeinerungen von Ergebnissen einzelner Dispositionen und der Schluß von einem Geschäftsvorfall auf einen anderen werden jedoch nur begrenzt zu einer brauchbaren Wahrscheinlichkeitsverteilung führen. Generelle Lösungen sind für den Bankbetrieb noch problematischer als für die Betriebswirtschaften der Industrie und des Handels. Der Regelfall wird die individuelle Abwägung von Erfolgchancen und Sicherheitsbedingungen bleiben, die von der Risikobereitschaft der Disponenten abhängt.

Trotz Verbesserungen des Informationsstandes und aller Prognosebemühungen bleibt Ungewißheit über den möglichen Erfolg anlagepolitischer Maßnahmen erhalten. Ein weiteres Problem liegt deshalb darin, wie angesichts der verbleibenden Ungewißheit die Entscheidungen tatsächlich getroffen werden. Wir müssen es uns im Rahmen dieser Arbeit versagen, auch nur die wesentlichsten Ansätze aus der Sicht des Bankbetriebes zu erörtern, die zur Lösung des Entscheidungsproblems unter der Prämisse der unvollkommenen Information in der modernen Betriebswirtschaftslehre bisher erarbeitet wurden. Damit würde ein Fragenkreis angeschnitten, über den in der Bankbetriebslehre Untersuchungen bisher noch kaum vorliegen²⁾. Diese Lücke wird

1) Vgl. Koch, H., Betriebliche Planung, S. 110

2) Vgl. Mülhaupt, L., Umsatz-, Kosten- und Gewinnplanung einer Kreditbank, in: ZfhF NF 8. Jg. (1956), S. 7 ff.; Mülhaupt, L., Ansatzpunkte für eine Theorie der Kreditbank, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 12 (1961), S. 132 ff.; Deppe, H.-D., Zur Rentabilitäts- und Liquiditätsplanung von Kreditinstituten, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 86 (1961), S. 303 ff.; Mülhaupt, L. - Deppe, H.-D., Gedanken zu Problemen der Liquiditätsplanung von Kreditinstituten, in: Sparkasse 1963, S. 83 ff.

verständlich, wenn wir uns die starke Dispositionsabhängigkeit der Banken vom Kundenverhalten vergegenwärtigen, die zu einer besonderen Planungssituation im Bankbetrieb führt. Da eine Bank keine konkreten, lagerfähigen Produkte hervorbringt, sondern abstrakte Leistungen unmittelbar an den Markt abgibt, läßt sich eine Absatz- und Produktionsplanung wie im Industriebetrieb bei den Kreditinstituten nicht durchführen. Selbst eine kurzfristige Finanzplanung stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Sie beschränkt sich weitgehend auf die Anfertigung einer Gelddispositionsanschauung für den nächstfolgenden Tag. Die bankbetriebliche Literatur gibt sich bisher damit zufrieden, zur Bekämpfung der verbleibenden Ungewißheit eine Reihe von Erfahrungsregeln aufzuzählen. Sie fordert, daß die Dispositionen den "P r i n z i p i e n d e r R i s i k o p o l i t i k", nämlich der Risikoverteilung, Risikokompensation und Risikoabwälzung, unterworfen werden¹⁾. Das Bestreben, neben der subjektiven Einschätzung von Chance und Risiko einer Anlage, den Erfolg durch risikoverteilende, risikokompensierende und risikoabwälzende Maßnahmen zu sichern, hat seit jeher in der bankbetrieblichen Praxis eine große Bedeutung gehabt und ist in das Schrifttum, Gesetzesbestimmungen und Kreditrichtlinien eingegangen. Um so bemerkenswerter ist es, daß die moderne Planungstheorie, die in einer flexiblen Planung die erfolgsversprechendste Technik sieht, um der verbleibenden Ungewißheit entgegen zu wirken, heute zu einem gleichen Ergebnis geführt hat. Danach sollen bei der Entscheidung diejenigen Alternativen herangezogen werden, bei denen sich mögliche Abweichungen von vornherein berücksichtigen lassen²⁾. Die

1) Vgl. Apfelthaler, S., a.a.O., S. 111 ff.; Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 255

2) Vgl. Wittmann spricht in diesem Zusammenhang von der "Verhinderung von möglichen Nachteilen durch Belastungsvorwegnahme und Abwälzung" (a.a.O., S. 208 f.); Koch fordert, daß nur diejenigen Alternativen für die Bestimmung des Gewinnmaximums herangezogen werden, die der Bedingung der Gewinnsicherheit genügen. Zu diesem Zweck ergänzt die Unternehmensleitung ihre primär auf die Gewinnerzielung abgestellten Handlungsweise (Primärkomponente) durch spezifische Sicherungsmaßnahmen (Sekundärkomponente) (vgl. Betriebliche Planung, S. 137)

Erfahrungsregeln der Risikoverteilung, Risikokompensation und die Risikoabwälzung haben damit einen klar umrissenen Standort im System der Unternehmungspolitik gefunden.

Eine R i s i k o v e r t e i l u n g im Kredit- und Effektengeschäft soll verhindern, daß zu hohe Verluste aus einzelnen Engagements entstehen können. Mit einer großen Zahl verschiedenartiger Kredite und Wertpapieranlagen wird eine Novellierung der Anlagerisiken angestrebt. Eine Risikostreuung kann in sachlicher, zeitlicher, örtlicher und überbetrieblicher Hinsicht erfolgen¹⁾. Im Kreditgeschäft bedeutet eine Risikoverteilung nach sachlichen Gesichtspunkten, daß ein Kreditinstitut sein Kreditangebot hinsichtlich Art und Größe der Kredite sowie der Art der Kreditnehmer variiert. Das ist beispielsweise der Fall bei einem Kreditinstitut, das über eine Vielzahl von Kreditnehmern verfügt, denen im Vergleich zum Gesamt-Kreditvolumen nicht übermäßig hohe Kredite eingeräumt wurden. Das Kreditwesengesetz hat den Weg hierzu vorgezeichnet, indem es Großkredite nur bis zur Hälfte des gesamten Kreditvolumens einer Bank zuläßt, wobei der einzelne Kredit das haftende Eigenkapital nicht übersteigen soll, ferner eine Anzeigepflicht für Groß-, Millionen- und Organkredite vorsieht, die Kreditgewährung an Organe des Instituts erschwert und verlangt, daß bei ungedeckten Krediten an einen Kreditnehmer von mehr als 20.000 DM die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners offengelegt werden²⁾. Im Hinblick auf die Art des Kreditnehmers ist eine möglichst breite Streuung der Kredite nach Wirtschaftszweig und Branche, Betriebsgröße und Betriebsstruktur angebracht, hinsichtlich der Kreditarten

1) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 255 und 272 ff.

2) §§ 13, 14, 15, 16, 18 KWG

sollte ein ausgewogenes Verhältnis von Buch- und Wechselkrediten im Interesse einer Risikominderung angestrebt werden. Möglichkeiten einer Risikomischung nach der Art des Kreditnehmers bestehen insbesondere bei Aktienbanken, Großsparkassen, großen Volksbanken, Girozentralen und Zentralkassen, während für Hausbanken eine derartige Risikoverteilung ausscheidet. Eine Aufteilung des Kreditvolumens auf verschiedene Wirtschaftszweige und Betriebsgrößen, um das Kreditinstitut von der konjunkturellen Entwicklung einer einzelnen Branche unabhängiger zu machen, ist Branche- und Überseebanken verwehrt. Bei der Aktienanlage läßt sich eine Risikostreuung in sachlicher Beziehung durch den Einsatz von Finanzierungsmiteln in unterschiedlichen Aktiengattungen (z.B. Farben-, Banken-, Elektrowerte) erreichen. Eine Risikostreuung kann zeitlich vorgenommen werden, wenn sich eine Bank um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Krediten bemüht. Die Möglichkeiten hierzu stehen Universalbanken mit entsprechender Passivstruktur zur Verfügung, während z.B. Spezialinstitute für langfristigen Kredit einen derartigen Risikoausgleich nicht herbeiführen können. Bei überregionalen Kreditinstituten kommt ferner eine örtliche Risikoverteilung in Frage. Verteilen sich Kreditnehmer und Einleger eines Instituts auf das gesamte Bundesgebiet und ist darüber hinaus vielleicht auch Auslandskundschaft vorhanden, wird die einzelne Bank von der wirtschaftlichen Stagnation einzelner Gegenden weniger betroffen. Dieses Prinzip läßt sich jedoch bei Sparkassen, Kreditgenossenschaften und den meisten Privatbankiers nicht verwirklichen. Eine Risikoverteilung in überbetrieblicher Sicht findet bei Konsortialgeschäften statt. Sie kommen im Kreditgeschäft vor, wenn sich zwei oder mehrere Institute an der Gewährung eines Kredits beteiligen, weil das Gesamtrisiko für ein einzelnes Kredit-

institut zu hoch ist. Bei Effektenemissionen ist die Abwicklung über ein Konsortium und damit eine überbetriebliche Risikoverteilung der übliche Weg. Der Grundsatz der Risikoverteilung umfaßt somit alle Maßnahmen, die eine personelle, betragsmäßige, branchenmäßige, zeitliche oder örtliche Streuung des gesamten Anlagerisikos zum Ziel haben.

Eine weitere Gruppe von Maßnahmen steht unter dem Grundsatz der *R i s i k o k o m p e n s a t i o n*. Die Geschäftsleitung versucht in diesem Falle nicht, das Risiko zu verteilen, sondern sie will es eingrenzen und damit neutralisieren. Die Geschäfte werden "glattgestellt", d.h. gleichzeitig mit Abschluß eines risikobehafteten Geschäftes wird ein Gegengeschäft vorgenommen, das die Verlustgefahren des ersten Geschäfts wieder aufhebt. Derartige Hedegeschäfte¹⁾ kommen vornehmlich zur Abschirmung des Devisenkursrisikos im Außenhandelsgeschäft vor²⁾

Die Maßnahmen der *R i s i k o a b w ä l z u n g* schließlich sehen die Übertragung des Risikos auf Dritte vor. Ein Kreditinstitut wird versuchen, einen Teil des Kreditrisikos auf Grund der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und insbesondere des Kreditvertrages unentgeltlich auf den Kreditnehmer zu überwälzen. Der Erfolg einer derartigen Maßnahme hängt von den Präferenzen ab, die das Institut genießt, setzt also eine relativ unelastische Kreditnachfrage und mangelnde Mobilität des Kreditnehmers voraus. Dieser Weg ist immer nur zeitweilig von einem Kreditinstitut gangbar. Daneben steht allen Kreditinstituten die Möglichkeit offen, bestimmte Risiken gegen Entgelt auf Versicherungsgesellschaften zu übertragen. Dabei handelt es sich in der Praxis

1) To hedge = einhegen, einzäunen

2) Vgl. Henzler, R., Außenhandel, Wiesbaden 1961, S. 58 f.

in erster Linie um Risiken des Betriebsprozesses. Der Selbstbehalt der Anlagerisiken gehört zum Wesen des Bankbetriebs. Eine Kreditversicherung findet sich dagegen im Exportgeschäft, für das der Bund Ausfuhrgarantien - und-bürgschaften bereitgestellt¹⁾.

Wir sind davon ausgegangen, daß das Bestreben einer vorbeugenden Sicherheitspolitik darauf gerichtet ist, die Verlustgefahr bereits bei den Ursachen zu mindern. Insoweit dies gelingt und Verluste nicht wirksam werden, wird das Eigenkapital eines Kreditinstituts nicht beeinflußt. Nachdem nunmehr die Maßnahmen gegen den Eintritt von Risiken in ihren Grundzügen entwickelt worden sind, kann die Frage nach ihrer Effizienz gestellt werden. Es hat sich gezeigt, daß den trotz verbesserter Informationsgewinnung verbleibenden Risiken im Kredit- und Effiektengeschäft bei Universalbanken am besten mit einer Risikostreuung beizukommen ist. Auch im Kreditwesengesetz, den Mustersatzungen der Sparkassen und den Kreditrichtlinien des Deutschen Genossenschaftsverbandes wurde dieser Grundsatz verankert²⁾. Eine derartige Verhaltensweise der Geschäftsbanken setzt z.B. beim Kreditrisiko eine große Zahl verschiedenartiger Kreditgeschäfte mit Kunden unterschiedlicher Branchen, Betriebsgrößen und Bestriebsstrukturen voraus. Diesem möglichst umfangreichen Kreditnehmerkreis muß ein Kreditangebot entgegenstehen können, das hinsichtlich Kreditformen, Kredit/höhe und Laufzeiten sowie geographischer Reichweite recht variabel ist. Daran zeigt sich deutlich, daß die Wirksamkeit der vorbeugenden Risikomaßnahmen von der Größe eines Kreditinstituts nicht unabhängig ist. Bei einem bilanzsummenmäßig großen Kreditinstitut kann das Gesetz der großen Zahl eher wirksam werden, das zu einer

1) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 179

2) Vgl. S. 279 f

besseren Risikomischung führt. Eine große Aktienbank mit Filialnetz wird in der Regel eine breitere Kreditstreuung vornehmen können als ein kleiner Privatbankier, die Volksbank in einer Stadt besitzt üblicherweise mehr Gelegenheit, ihr Kreditrisiko zu verteilen als eine kleine Raiffeisenkasse. Den Ausgleich für verringerte Möglichkeiten einer vorbeugenden Sicherheitspolitik bildet eine erhöhte Eigenkapitalausstattung. So gibt beispielsweise die Deutsche Bundesbank zu der im Vergleich zu den übrigen Kreditbanken höheren Eigenkapitalquote der Privatbankiers folgenden Kommentar¹⁾:

"Der Grund für diese relativ hohe Eigenkapitalausstattung dürfte nicht zuletzt darin liegen, daß bei den im Vergleich zu der Mehrzahl der Kreditbanken kleineren Geschäftsvolumen der Privatbankierfirmen die Anfälligkeit gegenüber Verlusten verhältnismäßig groß ist und daher im Verhältnis zu den ausstehenden Krediten ein höheres Eigenkapital für erforderlich gehalten wird".

Im Zusammenhang mit diesen Überlegungen können wir deshalb die Größe eines Kreditinstituts als zusätzliche Bestimmungsfaktor eines angemessenen Eigenkapitals berücksichtigen²⁾.

Unser Ausgangspunkt für die Erörterung der Zusammenhänge zwischen vorbeugender Sicherheitspolitik und Eigenkapitalausstattung war: Je besser es einem Kreditinstitut gelingt, seine Anlagepolitik nach den Prinzipien der Risikoteilung, Risikokompensation und Risikoabwälzung zu verwirklichen, um so niedriger werden die eintretenden Verluste sein und

1) O. V., Die Stellung der Privatbankiers im deutschen Kreditgewerbe, a.a.O., S. 22

2) Neben der Risikomischung wirken mehrere gesetzliche bzw. verwaltungsmäßige Regelungen wie die Höhe des einzelnen Großkredits gemäß § 13 KWG, die Meldegrenze für Großkredite und die Höhe des Rediskontkontingents, die sich alle nach dem absoluten Eigenkapitalbetrag richten, darauf hin, daß kleinere Institute eine relativ höhere Eigenkapitalausstattung besitzen müssen.

desto geringer kann das Eigenkapital bemessen werden, das als Puffer vor die Einlagen tritt. Wir haben erkannt, daß die Effizienz der vorbeugenden Risikomaßnahmen nicht vom Eigenkapital, sondern von der Qualität der Geschäftsleitung abhängt. Die Ausprägung des Risikobewußtseins, das tatsächliche Risikoverhalten und der Umfang der vorbeugenden risikopolitischen Maßnahmen wird durch die dispositiven Fähigkeiten der Führungskräfte der Bank bestimmt. Eine sachkundige und vorausschauende, verantwortungsbewußte und zielstrebige Geschäftsgebarung läßt sich durch keinen noch so hohen Eigenkapitalposten in der Bilanz ersetzen.

3. Die Zusammenhänge zwischen abschirmender Sicherheitspolitik und Eigenkapitalausstattung

Trotz noch so wirksamer vorbeugender Maßnahmen wird die Geschäftsleitung eines Kreditinstituts nicht verhindern können, daß tatsächlich Verluste eintreten. Auch ein qualifiziertes Management vermag lediglich das Ausmaß der möglichen Verluste zu begrenzen, nicht jedoch die Verlustgefahr völlig zu beseitigen, wenn es eine langfristige Gewinnerzielung anstrebt. Verluste sind insbesondere im Kredit- und Börsengeschäft nicht zu vermeiden, die in starkem Maße konjunktur- und wachstumsabhängig sind und zudem auch von politischen und psychologischen Faktoren beeinflusst werden, die nicht voraussehbar sind. Wir müssen deshalb untersuchen, in welcher Weise die Kreditinstitute gegen unvermeidliche Risiken Vorkehrungen treffen können. Die Aufgabe einer **a b s c h i r m e n d e n** Sicherheitspolitik bei den Kreditinstituten sieht Hagenmüller¹⁾ in dem Versuch, "die Auswirkungen eingetretener Risiken möglichst weitgehend abzuschwächen, damit keine ernsthaften Bedrohungen ihrer Existenz daraus erwachsen ... Im wesentlichen handelt es sich

1) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 293

um die Schaffung von 'Polstern', die das unmittelbare Durchschlagen der Risikoauswirkungen auf lebenswichtige Teile der Institute verhindern sollen". Die wichtigsten Instrumente einer abschirmenden Sicherheitspolitik sind die stillen und offenen Rücklagen¹⁾.

Der Eintritt von Verlusten führt zunächst zu erhöhtem Risikoaufwand in Form von Wagnisrückstellungen und Abschreibungen, durch den das Jahresergebnis geschmälert wird. Werden Forderungen der Bank einzelwertberichtigt, lösen sich automatisch Sammelwertberichtigungen auf. Für einen weiteren Risikoausgleich müssen stille Rücklagen, die in Form von erhöhten Abschreibungen und Rückstellungen auf Kredite und Dividendenwerte gebildet werden, aufgelöst werden. Mit der Heranziehung offener Rücklagen reduzieren Verluste das sichtbare Eigenkapital eines Kreditinstituts. Sie werden nach außen erkennbar. Bei außerordentlichen Verlusten muß schließlich Grundkapital für den Ausgleich berücksichtigt werden. Erst, wenn das Bilanzzeigenkapital nicht mehr ausreicht, schlagen Verluste auf die Einlagen durch. Dieser Ablauf des Risikoausgleichs und die besondere Pufferfunktion der stillen und offenen Rücklagen wurden bereits ausführlich erörtert²⁾. Wir wollen uns an dieser Stelle nicht wiederholen, sondern gleich das Ergebnis der Untersuchung mitteilen. Die wichtigste Funktion des Eigenkapitals im Bankbetrieb, nämlich Risikoträger zu sein, tritt, wie gezeigt wurde, direkt weder bei der Aufrechterhaltung einer ausreichenden Zahlungsbereitschaft, noch bei der Verwirklichung einer risikovorbeugenden Anlagepolitik in Erscheinung. Sie wird erst in einer zweiten Verteidigungslinie der Banken gegen mögliche Verluste wirksam, die als abschirmende Sicherheitspolitik bezeichnet wurde. Nochmals sei be-

1) Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 293

2) Vgl. S. 100ff.

tont, daß bei Verlusten, die aus grundsätzlichen Fehlern der Unternehmensführung herrühren, auch das höchste Eigenkapital nicht viel helfen kann. Waren Verluste jedoch infolge unvorhersehbarer konjunktureller Entwicklungen nicht zu vermeiden, oder beruhen sie auf gelegentlichen Fehleinschätzungen der mit den Dispositionen betrauten Personen, muß, um einer Existenzgefährdung zu entgehen, auf die Eigenkapitalpolster zurückgegriffen werden. Die Bank wird stille und offene Rücklagen auflösen, um Verluste, die durch Kursrückgänge in den Wertpapieranlagen oder Kreditausfälle eingetreten sind, auszugleichen. Unter dem Aspekt einer abschirmenden Sicherheitspolitik läßt sich eine Eigenkapitalausstattung dann als angemessen bezeichnen, wenn sie ausreicht, um Verluste der kommenden Periode aufzufangen und genügend Eigenkapital für die Fortsetzung der Geschäftstätigkeit übrig zu lassen¹⁾. Da es sich nur um mögliche, bisher jedoch noch nicht eingetretene Verluste handelt, ist die Bestimmung des erforderlichen Eigenkapitals ex ante nicht möglich. Einen gewissen Anhaltspunkt gibt das Verhältnis der effektiven Ausfälle zu den eingeräumten Krediten bzw. das Verhältnis der Kursverluste zum Bestand der Dividendenwerte. Zu diesen Erfahrungswerten muß eine qualitative Analyse des Anlagegeschäftes treten, mit dem Ziel, dessen Risikobehaftung festzustellen. Wir können deshalb die **R i s i k o s t r u k t u r d e r A k t i v a** als den bisher wichtigsten Bestimmungsfaktor der Eigenkapitalausstattung herausstellen und darauf hinweisen, daß es das Betreiben eines Kreditinstituts unter dem Gesichtspunkt des Verlustausgleiches sein wird, ein möglichst hohes Eigenkapital anzusammeln.

1) Vgl. Eisfeld, C., a.a.O., S. 112; Schwantag, K., a.a.O., S. 225

III. Einflußfaktoren der Angemessenheitsentscheidung, die aus dem Gewinnstreben der Kreditinstitute resultieren

Die oberste wirtschaftliche Zielsetzung der Kreditinstitute erfordert das Zusammenwirken von Gewinn- und Sicherheitsstreben in gleicher Richtung. Die Wahrnehmung lukrativer Geschäftsmöglichkeiten muß zugleich zu verstärkten risikopolitischen Maßnahmen führen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß Rentabilität und Sicherheit bei kurzfristiger Betrachtung, unter verschiedenen Vorzeichen stehen. Bei Kalveram¹⁾ heißt es deshalb: "Der Siedepunkt der Rentabilität ist oft der Gefrierpunkt der Sicherheit". Wir dürfen darum bei unserer Betrachtung die Auswirkungen des primär vorhandenen Gewinnstrebens auf die Höhe des Eigenkapitals nicht unberücksichtigt lassen. Das Bemühen um eine optimale Rentabilität setzt voraus, daß auf das eingesetzte Kapital möglichst hohe Gewinne erzielt werden²⁾. Als Gewinnquellen des Bankbetriebs kommen Zins-, Provisions- und Gebühren-erträge sowie Kursgewinne in Frage. Die Höhe der Nettoerträge ergibt sich einmal aus der Höhe der Zinsspanne, d.h. insbesondere der Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen, aus dem Umfang der Inanspruchnahme durch Dienstleistungsgeschäfte und aus der Höhe der Beteiligungsgewinne.

1. Die Zusammenhänge zwischen Gewinnerzielung und Eigenkapitalausstattung

In einer Untersuchung über die Möglichkeiten der Ertragssteigerung bzw. der Aufwandssenkung bei Kreditbanken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften, die alle banküblichen

1) Kalveram, W., Bankbilanzen, S. 20 - 22

2) Vgl. zum Rentabilitätsproblem: Baumgartner, C., Rentabilität und Unternehmung, Zürich 1952; Viel, J., a.a.O., S. 188 f.; Schnettler, A., Betriebsanalyse, Stuttgart 1963, S. 40 6 ff.

Geschäfte betreiben, kommt Hagenmüller¹⁾ zu dem Ergebnis, daß eine Ertragssteigerung bzw. Aufwandssenkung für das einzelne abgeschlossene Geschäft nur in relativ begrenztem Umfange möglich ist. Er weist nach, daß jedoch darüber hinaus die Möglichkeit besteht, durch eine Verbesserung der Geschäftsstruktur zu einer Erhöhung der Erträge bzw. durch eine Veränderung der Kapitalstruktur zu einer Senkung der Aufwendungen zu gelangen.

Ein Kreditinstitut erreicht eine Verbesserung seiner Geschäftsstruktur durch den Abschluß ertragsreicherer zu Lasten ertragsärmerer Geschäfte. Die besten Voraussetzungen für eine Ertragsmanipulierung bestehen bei den vom Kapitaleinsatz abhängigen Marktleistungen²⁾. Insbesondere bei den Geldleih- und Effekteigenhandelsgeschäften ist eine Umstrukturierung zu den rentabilitätsmäßig günstigsten Kredit- und Anlageformen innerhalb bestimmter Grenzen durchaus möglich³⁾. Ferner können die Kreditinstitute ihre Erträge durch Veränderung des Geschäftsumfangs erhöhen, z.B. wenn bei einer Ausdehnung des Geschäftsvolumens die zusätzlichen Erträge die zusätzlichen Aufwendungen übersteigen. Stehen entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung, kommt insbesondere eine Erhöhung des Kreditvolumens bzw. eine Verstärkung der Wertpapieranlage in Betracht. Da die Erträge der vom Kapitaleinsatz abhängigen Marktleistungen in erster Linie durch die Investition fremder Finanzierungsmittel erwirtschaftet werden, besteht ein Zusammenhang zwischen Ertragssteigerung und disponiblen Eigenkapital zunächst nicht. Er wird indessen durch den Grundsatz I des Bundesaufsichtsamtes hergestellt, der kraft rechtlicher Fixierung die Höhe des Kreditvolumens an die Eigenkapital-

1) Vgl. Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 229 ff.

2) ebenda, S. 233 ff.

3) ebenda, S. 237; Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 86 ff.

ausstattung koppelt¹⁾. Da eine Gewinnerzielung auf lange Sicht ohne eine Ausdehnung des Kreditvolumens kaum denkbar ist, bilden die Normen der Bankenaufsicht einen zusätzlichen Bestimmungsfaktor für eine angemessene Eigenkapitalausstattung.

Eine Aufwandssenkung durch Veränderung der Kapitalstruktur setzt voraus, daß die Kreditinstitute die Möglichkeit besitzen, Höhe und Zusammensetzung ihrer Finanzierungsmittel (Eigen- und Fremdkapital) in aufwandsmäßig günstiger Weise zu manipulieren. Gegenüber dem Fremdkapital hat Eigenkapital den Vorzug, daß mit ihm keine Zinsaufwendungen verbunden sind. Vom aufwandsmäßigen Standpunkt aus betrachtet ist Eigenkapital deshalb das günstigste Finanzierungsmittel. Theoretisch ließe sich durch eine Vergrößerung des Eigenkapitals zu Lasten des Fremdkapitals eine Aufwandssenkung erzielen, wenn auch bei dem gegenwärtigen Verhältnis beider Kapitalarten die gesamten Kapitalbeschaffungsaufwendungen dadurch nicht wesentlich gesenkt werden könnten. Eine derartige isolierte Betrachtungsweise berücksichtigt allerdings nicht, "daß für einen Teil des Eigenkapitals, nämlich für das Grundkapital der Aktiengesellschaften, das Stammkapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die Geschäftsguthaben der Genossenschaften und die Kapitaleinlagen der Inhaber von Einzelfirmen bzw. der Gesellschafter von Personengesellschaften Gewinnausschüttungen erwartet werden, die der Höhe des investierten Kapitals angemessen sind. Die Notwendigkeit der Gewinnausschüttung bedeutet zwar keine aufwandsmäßige, wohl aber eine sonstige erhebliche Belastung der Kreditinstitute"²⁾. Wir müssen deshalb die Gewinnausschüttung in unsere Überlegung mit einbeziehen.

1) Vgl. S. 258 ff.

2) Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 241

2. Die Zusammenhänge zwischen Gewinnausschüttung und Eigenkapitalausstattung

Da die Gewinne des Bankbetriebes überwiegend durch Fremdkapitaleinsatz erwirtschaftet werden, reduzieren zunächst die Fremdkapitalzinsen als Aufwandsfaktor das erzielte Ergebnis. Der verbleibende Nettogewinn kann dann dem Eigenkapital zugerechnet werden. Je kleiner dieses im Verhältnis zum Fremdkapital ist, desto höher wird die prozentuale Gewinnbeteiligung des Eigenkapitals ausfallen¹⁾.

Ziele der Sicherheitsanspruch in den bisherigen Überlegungen auf eine möglichst hohe Eigenkapitalquote ab, so müssen wir nun erkennen, daß Rentabilitätsanfordernisse auf eine möglichst geringe Eigenkapitalquote hinwirken können. Die rentabilitätsmindernde Wirkung einer Eigenkapitalfinanzierung ist zwar in der Bankliteratur frühzeitig erkannt worden, doch sah man in ihr keinen selbständigen Bestimmungsfaktor für eine angemessene Eigenkapitalausstattung²⁾. Tatsächlich ist jedoch der Höhe des Eigenkapitals bei denjenigen Kreditinstituten, die gezwungen sind, hohe Gewinne auszuschütten, eine Grenze gesetzt. Auf diesen äußerst wichtigen finanzwirtschaftlichen Aspekt des Eigenkapitals hat erstmalig Fischer³⁾ im bankbetrieblichen Schrifttum aufmerksam gemacht. Er besteht in dem "Zwang, mindestens einen solchen Gewinn erzielen zu müssen, der es der Aktienbank erlaubt, eine angemessene Dividende auf das Grundkapital auszuschütten"⁴⁾. Während Privatbankiers die

1) Vgl. Kalveram, W., Finanzierung der Unternehmung, Wiesbaden 1953, S. 11 f.; Töndury, H.-Gsell, E., a.a.O., S. 59 f.; Preiß, K., Die optimale Kapitalstruktur einer nach Rentabilitätsmaximierung strebenden Betriebswirtschaft, in: ZfB 1961, S. 88-95; v. Büren, K., a.a.O., S. 88

2) Vgl. Wagner, A., System der Zettelbankpolitik S. 431; Neumann-Hofer, A., Depositengeschäfte und Depositenbanken, Leipzig 1894 I S. 81 f.

3) Vgl. Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 65 ff; Fischer, O., Die Erfolgsstruktur der Aktienbanken, in: ZfK 5/1958, S. 162

4) Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 68

Verzinsung ihrer Kapitaleinlagen in den Gesellschaftsverträgen frei vereinbaren können, bei den Genossenschaftsbanken die Geschäftsguthabendividenden nur in Ausnahmefällen 6-8 % übersteigen, die Sparkassen über gar kein gewinnberechtigtes Kapital verfügen, bei den Girozentralen und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten die Gewinnbeteiligung satzungsmäßig begrenzt sind, sind Kreditaktienbanken und Hypothekenbanken darauf angewiesen, an ihre Aktionäre eine angemessene und stabile Dividende auszuschütten. Sie sind vom Kapitalmarkt abhängig und gelten an der Börse als Dividendenvorreiter. Bei ihnen erlangt deshalb die finanzwirtschaftliche Problematik ihre volle Bedeutung.

Zur Analyse der finanziellen Wirkungen einer Eigenkapitalfinanzierung legen wir ein Schema nach Fischer¹⁾ zu Grunde, das die Erfolgsstruktur der Aktienbanken im Verhältnis zum Kapitaleinsatz zeigt:

	EK-Finanzierung	FK-Finanzierung
Ertrag ./. Risikoaufwand	8 %	8 %
./. Betriebsaufwand	+ 2 %	+ 2 %
<u>./. Zinsaufwand</u>	<u>+ 0 %</u>	<u>+ 3 %</u>
Steuerpflichtiger Gewinn	6 %	3 %
./. Steueraufwand	4 %	2 %
<u>(66 2/3 % des Gewinns)</u>		
Reingewinn in % des Kap.	2 %	1 %
=====	=====	=====

Zinsaufwand entsteht nur für das Fremdkapital. Er ist als Betriebsausgabe steuerlich abzugsfähig, mindert deshalb den steuerpflichtigen Gewinn. Dieser beträgt bei Fremdkapitalfinanzierung nach den Zahlenangaben 3 %, bei Eigenkapitalfinanzierung dagegen 6 % des eingesetzten Kapitals. Das

1) Vgl. Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 66

unterschiedliche Bild des steuerpflichtigen Gewinns bei Eigenkapital- und Fremdkapitalfinanzierung wird jedoch durch den gewinnabhängigen Steueraufwand stark nivelliert. Fischer¹⁾ rechnet bei seinem Schema mit einer durchschnittlichen steuerlichen Belastung von $\frac{2}{3}$ des Gewinns und stellt damit auf die langfristig zu erwartenden Höchstsätze bei der Körperschaftsteuer und Gewerbebeertragsteuer ab. Nach Steuerabzug ermittelt er bei Eigenkapitalfinanzierung 2 % Gewinn, bei Fremdkapitalfinanzierung 1 % Gewinn pro Kapitaleinheit, Während der Reingewinn, der aus der Fremdkapitalfinanzierung stammt, vollständig zur Selbstfinanzierung verwendet werden kann, läßt er sich bei Eigenkapitalfinanzierung nur dann zur Gewinnthesaurierung heranziehen, wenn er aus der Finanzierung mit Rücklagen stammt. Bei einer Finanzierung mit Grundkapital muß dagegen aus dem versteuerten Gewinn zunächst eine angemessene Dividende bezahlt werden. Aus einer Grundkapitalfinanzierung, bei der 2 % Gewinn pro Kapitaleinheit übrig bleiben, läßt sich indessen eine Dividende von 10 % nicht bestreiten. Der Ausgleich der Differenz zwischen Dividende und Grundkapitalgewinn ist, wie Fischer²⁾ nachweist, nur mit Fremdkapital bzw. Rücklagen möglich. Für eine Dividende von 10 % wären neben 1 Einheit Grundkapital, die 2 % Reingewinn erbringt, beispielsweise 8 Einheiten Fremdkapital erforderlich, die je 1 % Reingewinn erzielen. Das Beispiel zeigt, daß bei einem Abwägen zwischen der auf das Grundkapital zu zahlenden Dividende und dem der Grundkapitalfinanzierung entstammenden Reingewinn eine Finanzierung mit Grundkapital abzulehnen ist. Der finanzwirtschaftliche Aspekt wirkt deshalb auf eine Verschiebung in der Eigenkapitalstruktur hin, und zwar vom dividendenberechtigten Aktienkapital zu den Rücklagen, die mit Dividenden nicht zu bedienen sind. Jedoch

1) Vgl. Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 66, Fußnote 10

2) Vgl. ebenda, S. 67

ist dieser Prozeß wiederum von der Gewinnerzielung abhängig, da Rücklagen nur gebildet werden können, wenn Gewinne vorhanden sind. Je niedriger die Eigenkapitalquote ist, desto größer sind die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten. Vom finanziellen Standpunkt erscheint es deshalb erforderlich, das Grundkapital der Aktienbanken möglichst gering zu halten.

Das Ergebnis, das sich bei der Analyse der Beziehungen zwischen Gewinnstreben und Eigenkapital ergibt, ist davon abhängig, ob nur die Gewinnerzielung betrachtet oder ob auch die Möglichkeiten einer freien Gewinnverwendung berücksichtigt werden. Eigenkapital stellt keinen obligatorischen Anspruch auf Verzinsung und belastet daher das Kreditinstitut nicht mit starren Zinsen. Dadurch ist der Nettoertrag aus der Eigenkapitalfinanzierung zunächst höher. Dieser Vorteil wird jedoch durch die Gewinnbesteuerung und bei einer der wichtigsten Institutsgruppen, den Aktienbanken, durch die anschließende Dividendenausschüttung an die Aktionäre überkompensiert. In den Gewinnbeteiligungsansprüchen des Fiskus und der Anteilseigner liegt somit ein mit der Sicherungsaufgabe des Eigenkapitals konkurrierender Bestimmungsfaktor der angemessenen Eigenkapitalausstattung.

IV. Das Problem einer optimalen Bemessung der Eigenkapitalausstattung in Abhängigkeit von Sicherheitsanspruch und Rentabilitätsanfordernis eines Kreditinstituts

Für die Entscheidung eines Kreditinstituts über die "angemessene" Höhe seiner Eigenkapitalausstattung konnten wir aus dem System der Geschäftspolitik, wie es die Bankbetriebslehre bisher entwickelt hat, nicht nur Einflußfaktoren isolieren, die auf das Sicherheitsstreben zurückzu-

führen sind, sondern auch solche, die im Gewinnstreben wurzeln. Deshalb stellt sich die Frage, ob das Optimum zwischen einem möglichst geringen Risiko, das eine hohe Eigenkapitalquote voraussetzt, und einer möglichst großen Rendite, die bei niedriger Eigenkapitalausstattung erzielt wird, allgemeingültig formuliert werden kann. Es geht darum, inwieweit sich die Höhe der Eigenkapitalquote festlegen läßt, bis zu der in erster Linie Sicherheitsüberlegungen ausschlaggebend sein müssen, und ab der primär auf Rentabilitätsabwägungen Rücksicht genommen werden kann. Voraussetzung hierfür ist, daß die Anforderungen an das Eigenkapital mit Hilfe der ermittelten Bestimmungsfaktoren in Bruchteilen der Eigenkapitalquote angegeben werden können. Z.B. läßt sich die Höhe der Sachanlagen und Beteiligungen exakt feststellen. Ihr Buchwert betrug Ende 1962, errechnet als Durchschnitt aller Bankengruppen, 1,4 vH der Bilanzsumme. Da diese Anlagen zu 100 % durch Eigenkapital abzudecken sind, resultiert aus ihnen ein erforderlicher Eigenkapitalanteil in gleicher Höhe, also z.B. 1,4 vH der Bilanzsumme. Aufschluß über den Sicherheitsanspruch einer Bank gibt jedoch neben der relativ geringen Anlagenintensität vor allem die Risikoprüfung des Instituts. Die Zusammensetzung der Risiken, d.h. die Risiken in den einzelnen Kreditengagements, Wertpapieranlagen, Emissionsbeständen und Devisenpositionen, bestimmt in toto die Höhe der möglichen Verluste, mit deren tatsächlichem Eintritt gerechnet werden muß, insoweit sie durch vorbeugende Maßnahmen nicht auszuschalten waren. Hier fängt die Schwierigkeit an, wie ein genaues Zahlenverhältnis ermittelt werden soll. Die Höhe des Eigenkapitalpuffers, der für eine abschirmende Sicherheitspolitik benötigt wird, ist zunächst von dem Umfang vorbeugender Risikomaßnahmen abhängig. Die Möglichkeit, die Eintrittswahrscheinlichkeit von Verlusten herabzumindern, beruht dabei einmal auf der Größe eines Kreditinstituts, da davon auszugehen ist, daß mit wachsender An-

zahl risikobehafteter Geschäfte eine Risikoteilung und Risikokompensation leichter fällt, zum anderen wird sie durch die dispositiven Fähigkeiten einer Geschäftsleitung bestimmt. Die Höhe der verbleibenden Risiken und die Anforderungen an das Eigenkapital, die aus ihnen resultieren, werden je nach dem Risikoverhalten der Disponenten von Institut zu Institut verschieden eingeschätzt. Wir gelangen damit zu der irrationalen Wurzel jeder Geschäftspolitik, über die Gutenberg¹⁾ folgendes bemerkt:

"Zwar versachlicht und entindividualisiert sich der betriebliche Vollzug in immer noch zunehmenden Maße und immer mehr werden Improvisation durch Planung und Spontaneität durch Methodik ersetzt. Dennoch findet sich in jeder Entscheidung, die von der Geschäfts- und Betriebsleitung gefaßt werden muß, Momente, die rational nicht weiter auflösbar und faßbar sind, weil sie aus der Individualität der die Entschlüsse fassenden Personen stammen und von ihrer Gabe zeugen, den Argumenten jeweils jenes Gewicht zu geben, das ihnen in Wirklichkeit zukommt. Hierin liegt das Geheimnis 'richtiger' Entscheidungen. Im Grunde handelt es sich also um eine, wie wir bereits sagten, 'irrationale Schicht', in welcher der Leistungsgrad betriebsführender Tätigkeit wurzelt. Aber es wurde bereits auch darauf aufmerksam gemacht, daß kein Entschluß und kein betriebliches Vorhaben ohne klares und systematisches Durchdenken und Vorausdenken Gestalt annehmen kann, denn immer handelt es sich um ein bewußtes Einordnen betrieblicher Tatbestände in einen gewissen Plan".

Indem wir das **R i s i k o v e r h a l t e n d e r**
G e s c h ä f t s l e i t u n g als eine wichtige Determinante jedes Entscheidungsprozesses einer Unternehmung erkennen, begeben wir uns zugleich der Möglichkeit, den Sicherheitsanspruch und damit die für den Ausgleich unvermeidlichen Verluste notwendige Eigenkapitalquote generell

1) Gutenberg, E., Produktion, S. 103

erfassen zu können. Aber auch die Höhe der gerade noch vertretbaren Eigenkapitalquote läßt sich allgemeingültig nicht angeben. Zwar können wir, wenn die Höhe des gewinnberechtigten Kapitals, der erwarteten Ausschüttungen und der darauf zu entrichtenden Gewinnsteuern bekannt ist, die erforderliche Ertragskraft ermitteln, die mit einer bestimmten Eigenkapitalausstattung verbunden ist. Auf Grund der Gewinnbeteiligungsansprüche des Fiskus und der Anteilseigner lassen sich somit die Rentabilitätsanfordernisse für die nach Höhe und Zusammensetzung unterschiedlichsten Eigenkapitalausstattungen errechnen. Ein Optimum ist jedoch erst dann bestimmbar, wenn bekannt ist, welche der rentabilitätsmäßig vertretbaren Eigenkapitalquoten gerade noch dem Sicherheitsanspruch genügen.

Alle bisher angestellten Überlegungen über das Zustandekommen von wirtschaftlichen Entscheidungen haben gezeigt, daß sich ein Optimum zwischen dem Sicherheitsanspruch, der eine hohe Eigenkapitalquote verlangt, und dem Rentabilitätsanfordernis, dem eine niedrige Eigenkapitalquote Rechnung trägt, nicht allgemein bestimmen läßt, da auf diese Weise das unterschiedliche Risikoverhalten in der Praxis nicht berücksichtigt werden kann. Dieses Ergebnis wird von Untersuchungen gestützt, die über die optimale Kapitalausstattung von einer Reihe von Autoren in den letzten Jahren angestellt wurden. Erwähnt seien die Arbeiten von Lohmann¹⁾, Härle²⁾, Schwantag³⁾ und

1) Lohmann, M., Zur Problematik der goldenen Bilanzregel, in: Wpg 12. Jg. 1959, S. 141 ff., insb. S. 141:

"Es kommt hier wie überall in der Wirtschaft darauf an, die Rationalität individuell zu findender und zu verantwortender Entscheidungen zu verbessern, nicht, sich nach einem formelhaft wirkenden System irgendwelcher Art umzusehen, das es nicht geben kann".

2) Härle, D., Finanzierungsregeln und ihre Gültigkeit, Wiesbaden 1961, S. 111 ff. und S. 149 ff.

3) Schwantag, K., a.a.O., S. 219

Anderegg¹⁾. Die optimale Eigenkapitalquote läßt sich weder allgemeingültig in einer empirisch gewonnenen Formel fassen, beispielsweise in Form einer Bilanzrelation, noch im Wege der Deduktion aus einem Gleichungssystem mathematisch ableiten. Für die Bankbetriebslehre hat Eisfeld²⁾ diese Erkenntnis ausgesprochen:

"Niemand kann sagen, wie hoch das Eigenkapital einer Kreditbank ein für allemal sein muß. Die geschichtliche Untersuchung hat erwiesen, daß es eine solche Dauerangemessenheit nicht gibt. Aber auch eine exakte zeitliche Angemessenheit läßt sich nicht bestimmen. An die Stelle einer rationalen Entscheidung tritt deshalb, wenn sie erforderlich wird, eine gefühlsmäßige, die sich einer Begründung entzieht".

-
- 1) Anderegg, J., Das Problem der optimalen Kapitalausstattung der Unternehmung, Diss. Frankfurt/M. 1956, insb. S. 21: "Stehen bei einem bestimmten Investitionsprojekt verschiedene Kapitalausstattungen, die seine Durchführung ermöglichen, zur Auswahl, so läßt sich die Frage, welche von ihnen im Hinblick auf eine unterstellte unternehmerische Zielsetzung die günstigste ist, nur beantworten, wenn man von einer ganz bestimmten Annahme hinsichtlich der künftigen Entwicklung all jener bedeutsamen Rahmenbedingungen ausgeht. Die Ermittlung des Optimums erfordert also, zwei Prämissen zu setzen: Einmal muß eine unternehmerische Zielsetzung unterstellt werden; zum anderen aber ergibt sich die Notwendigkeit, von genau festgelegten Erwartungen des Unternehmers hinsichtlich der künftigen Gestaltung der relevanten Daten auszugehen. Aus diesen Prämissen läßt sich die optimale Alternative folgerichtig ableiten. Das Ergebnis dieser Deduktion besitzt für das durch die Prämissen charakterisierte Modell uneingeschränkte Gültigkeit, aber auch allein und ausschließlich für dieses Modell. Das heißt, erfährt bei gleichbleibender Zielsetzung die unterstellte Erwartungsstruktur eine Änderung, so entspricht dem nun entstandenen neuen Modell auch ein neues Optimum, das aus den jetzt geltenden Prämissen deduziert werden muß. Aus der großen Zahl denkbarer Kombinationen von Erwartungen, die der Unternehmer hinsichtlich der Entwicklung der Rahmenbedingungen hegen kann, resultiert somit, daß bei gegebener Zielsetzung sehr viele Kapitalausstattungen - je nach der vorliegenden Erwartungsstruktur - das Optimum zu repräsentieren vermögen".
- 2) Eisfeld, C., a.a.O., S. 121

Daß unternehmerische Entscheidungsnormen, die eine generelle Gültigkeit beanspruchen, wissenschaftlich nicht zu belegen sind, stellt eine der wichtigsten Einsichten der modernen Betriebswirtschaftslehre dar. Die unterschiedliche psychische Einstellung der mit dispositiven Tätigkeiten betrauten Personen, ihre Risikofreudigkeit oder Risikoscheu, setzt einer allgemeinen Theorie der Unternehmungspolitik Grenzen. Bei Sandig¹⁾, der sich als einer der ersten deutschen Betriebswirte mit einer Grundlegung der Unternehmungspolitik unter dem Aspekt ökonomischer Entscheidungen befaßt hat, heißt es: "Bei einer wissenschaftlichen Betriebswirtschaftspolitik kann es sich nur darum handeln, zu zeigen, was in Sachen der Führung gegeben ist und was sein kann, also die tatsächlichen und die möglichen Führungsentscheidungen in ihrer Zielsetzung, ihren Ursachen, Bedingtheiten und Wirkungen darzulegen und nicht Rezepte zur Nutzung bestimmter Situationen zu geben..."²⁾ Trotzdem sind in Zusammenhang mit dem Ungewißheitsproblem eine Reihe genereller Entscheidungsregeln entwickelt worden, deren Empfehlungen von der Maximierung der Gewinnerwartungen bis zur Minimierung des maximalen Risikos reichen, um eine langfristige Gewinnmaximierung zu erzielen²⁾. Die Kritik gegen derartige Lösungsversuche läßt sich nach Wittmann³⁾ dahin zusammenfassen, daß Entscheidungskriterien dieser Art nicht repräsentativ sein können, weil sie die individuelle Situation der Unternehmung und die psychischen Wirkungsgrößen unberücksichtigt lassen. Diese

1) Sandig, C., Die Führung des Betriebes, S. 52

2) Derartige Konzeptionen wurden z.B. von Bernouilli, v. Neumann und Morgenstern, Wald, Niehans, Savage, Hurwicz, Shackle entwickelt, Vgl. hierzu Literaturangaben, S. 323
Fußnote 3

3) Vgl. Wittmann, W., Unternehmung und unvollkommene Information, S. 156 ff.

Auffassung wird insbesondere auch von Gutenberg¹⁾ vertreten, der eine konkrete Angabe über die Risikoneigung des Disponenten verlangt, wenn eine Entscheidung determinierbar sein soll. Die theoretische Unternehmungspolitik beschränkt sich deshalb darauf, ein bestimmtes Risikoverhalten, dessen Zustandekommen sie nicht erklären kann, in einer Entscheidungssituation sichtbar zu machen²⁾. Eine Entscheidung läßt sich zwar durch wissenschaftliche Methoden vorbereiten und in ihren Gesamtzusammenhängen transparent machen, die Auswahl der Handlungsalternative selbst läßt sich jedoch wissenschaftlich nicht treffen³⁾. Darin ist indessen kein "Versagen der Wissenschaft", sondern eine "Negativerkenntnis" zu erblicken, die den Weg für eine grundsätzliche Klärung aller Abhängigkeiten freimacht⁴⁾. Um eine derartige gründliche Erörterung aller Zusammenhänge, die für die Bestimmung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung wesentlich sind, haben wir uns in diesem Abschnitt bemüht. Dabei konnten wir drei Haupteinflussfaktoren heraus-

-
- 1) Vgl. Gutenberg, E., Unternehmensführung, S. 84 ff., insb. S. 89: "Immer muß bei der Wahl zwischen zwei oder mehreren Aktionen eine Angabe über das Risikoverhalten des Entscheidenden gemacht sein, wenn die Resultate der Aktionen unsicher sind. Die Lösung des Entscheidungsproblems unter Unsicherheit kann also nie auf Grund objektiv gegebener Entscheidungsdaten allein gefunden werden. Vielmehr müssen Angaben über die besondere betriebswirtschaftliche und betriebstechnische Lage des Unternehmens und die hieraus und aus persönlichen Umständen resultierende Risikobereitschaft vorliegen".
 - 2) Als Instrumente hierzu wurden von Krelle das "Chancen-Präferenzfeld" und die "Bewertungsfunktion", von Angermann die "Risikovektorenrechnung" entwickelt. Vgl. Krelle, a.a.O., S. 94 ff.; Angermann, A., Entscheidungsmodelle, Frankfurt/M. 1963, S. 32 f.
 - 3) Im Vorwort zu seinem Werk "Unternehmensführung" vertritt Gutenberg die Auffassung, daß es eine wissenschaftliche Lehre von der Unternehmensführung nicht geben kann, sondern lediglich einzelne Fragen der Unternehmensführung einer wissenschaftlichen Behandlung zugänglich sind.
 - 4) Vgl. Schwantag, K., Schlußwort zur Diskussion über "Eigenkapital als Risikoträger" auf der Arbeitstagung der Schmalenbach-Gesellschaft, in: ZfhF 1963, S. 270; Gutenberg, E., Zum "Methodenstreit", in: ZfhF 1953, S. 338 ff.

stellen:

- (1) die Risikostruktur eines Kreditinstituts
- (2) die Anlagenintensität eines Kreditinstituts
- (3) die Gewinnbeteiligungsansprüche des Fiskus und der Anteilseigner eines Kreditinstituts

Als zusätzliche Bestimmungsfaktoren haben wir die Größe eines Kreditinstituts, das Risikoverhalten der Geschäftsleitung und die Normen der Bankenaufsicht herangezogen.

V. Die Beurteilung von "Grundsatz I" im Hinblick auf das Optimierungsproblem und die wesentlichen Kriterien der Angemessenheitsentscheidung

Die abschließenden Überlegungen, die wir dem Problemkreis des angemessenen haftenden Eigenkapitals widmen, gelten der Analyse des Grundsatzes I an Hand der gewonnenen theoretischen Erkenntnisse.

1. Die Grenzen einer normativen Regelung

Die Grundsätze I und Ia des Bundesaufsichtsamtes, nach denen dieses für den Regelfall beurteilt, ob die Eigenkapitalausstattung eines Kreditinstituts angemessen ist, gelten für alle Kreditinstitute einheitlich. Ausgenommen wurden lediglich die privaten Hypothekenbanken und Schiffspfandbriefbanken, die öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten, die Teilzahlungskreditinstitute und Wertpapiersammelbanken sowie Investmentgesellschaften, für die besondere Regeln bestehen oder noch aufgestellt werden. Ein besonderes Merkmal der Grundsätze ist ihre **F l e x i b i l i t ä t**. Werden die aufgestellten Bilanzrelationen, in denen sich die empirisch

gewonnenen durchschnittlichen Anforderungen an das Eigenkapital ausdrücken, von einem Kreditinstitut nicht eingehalten, so liegt noch kein Gesetzesverstoß vor. Vielmehr wird dadurch lediglich die Notwendigkeit einer näheren Untersuchung begründet. Das betreffende Institut gerät solange mit der Vorschrift des § 10 KWG nicht in Konflikt, wie es dem Bundesaufsichtsamt nachweisen kann, daß bei ihm besondere Verhältnisse vorliegen, die eine Abweichung von der Regel rechtfertigen. Mit der Konstruktion der Grundsätze hat der Gesetzgeber von einer perfektionistischen Regelung, wie sie u.a. in § 11 KWG 1934 vorgesehen war, Abstand genommen. Damit wurden die Grenzen gesetzt, die einer derartigen Lösung der Eigenkapitalfrage gesetzt sind und eine gesunde Skepsis gegenüber den traditionellen Angemessenheitsmethoden gezeigt, die in Übereinstimmung mit den modernen Forschungsergebnissen über die Gültigkeit von Finanzierungsregeln steht. Eine Kennziffer, die aus Bilanzzahlen errechnet wird, ist in ihrer Aussagefähigkeit stets beschränkt. Sie ist generell, insbesondere, wenn sie aus wettbewerblichen Gründen alle Banken auf die gleiche Ebene stellt, unabhängig von den Unterschieden in der Geschäftsstruktur. Sie ist quantitativ, weil sie ausschließlich rechenbare Größen erfaßt, qualitative Faktoren jedoch unberücksichtigt läßt. Dafür ist sie jedoch praktikabel, d.h. extern zu gewinnen, gut verständlich und vielseitig auswertbar. Darin liegt ihr unbestreitbarer Vorzug für Bankenaufsicht, Bundesbank, Verbände, Wirtschaftspresse und auch die Kreditinstitute selbst. Eigenkapitalrelationen stellen deshalb zwar ein Hilfsmittel dar, sie haben eine gewisse Indikatorwirkung für Außenstehende; die Einhaltung bestimmter Zahlenverhältnisse bildet aber nicht, wie dies früher angenommen wurde, bereits die Lösung des Problems. Die Kennziffer bedarf der Fundierung durch eine interne Analyse. Diese muß individuell für jede Bank erfolgen, basiert primär auf qualitativen Faktoren, ist deshalb von den Kenntnissen und dem Urteilsver-

mögen der Bankleitung abhängig. Durch eine derartige Untersuchung wird die besondere Widerstandskraft eines Instituts, die aus der Verwirklichung einer vorbeugenden Sicherheitspolitik resultiert, und die besondere Gefahrensituation, die auf der Risikostruktur der Aktiva beruht, ermittelt und zusammen mit weiteren Faktoren wie der Ertragskraft, dem Standort und der besonderen Kundenstruktur gewichtet. Erst aus der Abwägung von Qualitäten können sich quantitative Vorstellungen über das Eigenkapital bilden. Die Grundsätze des Bundesaufsichtsamtes stehen zu einer solchen Betrachtungsweise des Problems nicht in Gegensatz. Indem sie eine Gültigkeit nur für den Regelfall beanspruchen, setzen sie eine genaue Beurteilung der Einflußfaktoren für jedes einzelne Institut gewissermaßen voraus. Selbst, wenn ein Kreditinstitut die Grundsätze zunächst als Rahmenbedingungen seiner Geschäftstätigkeit akzeptiert, wird die Priorität der individuellen Angemessenheitsentscheidung nicht beeinträchtigt. Die Flexibilität von Grundsatz I und Ia kann deshalb als eine gute Methodik bezeichnet werden, um einerseits nicht auf bestimmte kurzfristig ermittelbare Maßstäbe verzichten zu müssen, andererseits sich aber auch nicht den berechtigten Einwendungen der Theorie zu verschließen.

2. Die Erfassung der Risikostruktur

Wichtigste Aufgabe des Eigenkapitals ist es, eintretende Verluste zu absorbieren und dadurch die Gläubiger des Instituts, insbesondere die Einleger, zu schützen. Eigenkapitalrelationen knüpften deshalb vorwiegend an die Passivseite der Bilanz an und wählten wie in § 11 Abs. 2 KWG 1934 die Summe der Verpflichtungen zur maßgeblichen Bezugsgröße. Hiergegen läßt sich einwenden, daß die Gesamtverpflichtungen zwar das Schutzbedürfnis eines Kreditinstituts angeben, nicht jedoch die Risiken erfassen, die den Gläubigern drohen. Da Verluste vielmehr in erster Linie durch eine Ent-

wertung der Aktiva entstehen, muß die Risikostruktur des Aktivgeschäfts als der unmittelbare Maßstab für die bei einem Kreditinstitut möglicherweise eintretenden Verluste angesehen werden. Ein wirksamer Einlegerschutz ist grundsätzlich nur dann möglich, wenn die Finanzierungsmitel nicht in zu risikoreichen Aktivgeschäften investiert sind. Eigenkapital allein kann die Sicherheit aller Verbindlichkeiten nicht garantieren und soll diese Aufgabe auch gar nicht erfüllen. Zunächst muß eine risikovorbeugende Anlagepolitik die Verlustgefahren mindern und nur Verluste, die unvermeidbar sind, werden vom Eigenkapital aufgefangen. Eigenkapital steht somit erst in der "zweiten Verteidigungslinie". Diesen spezifischen Vorstellungen von der Aufgabe des Eigenkapitals hat der Gesetzgeber bei der Konstruktion von Grundsatz I Rechnung getragen, indem er das risikotragende Aktivgeschäft eines Kreditinstituts zur entscheidenden Bezugsgröße machte. Die Bundesbank hebt in ihrer Kommentierung der "Grundsätze" in den Monatsberichten diese veränderte Sicht der Garantiefunktion ausdrücklich hervor¹⁾:

"Während die Blankettvorschrift in § 11 des alten KWG das haftende Eigenkapital eines Kreditinstituts zu seinen Gesamtverpflichtungen in Beziehung setzte, stellt Grundsatz I, wie schon der Kreditrichtsatz I der Bank, das haftende Eigenkapital den nach Risikogesichtspunkten ausgewählten Positionen der Aktivseite der Bilanz gegenüber, von der Erfahrung und Erkenntnis ausgehend, daß das allgemeine Wagnis eines Kreditinstituts in erster Linie von der Art der Anlage der ihm anvertrauten Mittel abhängt".

Für eine potentielle Beanspruchung des Eigenkapitals kommen, wie wir festgestellt haben²⁾, vornehmlich Kredit- und Effektenrisiken in Frage. Wir haben daher zu untersuchen, in welchem Umfang das Kreditgeschäft und das risikobehafte-

1) März 1962, S. 5

2) Vgl. S.327f.

te Effektengeschäft in Grundsatz I berücksichtigt worden sind.

a) Die Risiken des Kreditgeschäfts

Auf das Kreditgeschäft entfällt bei allen Bankengruppen der höchste Prozentsatz der risikobehafteten Aktivgeschäfte. Ende 1960 betrug das kurz- mittel- und langfristige Kreditvolumen aller Banken rd. 160 Mrd. DM, d.h. über 2/3 ihres gesamten Geschäftsvolumens¹⁾. Die Kreditgewährung erreichte zu diesem Zeitpunkt bei den einzelnen Bankengruppen folgenden Anteil am Geschäftsvolumen¹⁾:

Kreditbanken	63,4 v.H.
Sparkassensektor	62,2 v.H.
Genossenschaftssektor	58,4 v.H.
Realkreditinstitute	86,0 v.H.

Kreditverluste sind für die Kreditinstitute daher die wichtigste potentielle Ursache für eine Inanspruchnahme von Eigenkapital. Um indessen die in den Eigenkapitalgrundsatz einbezogenen Kreditarten vom Standpunkt des Kreditrisikos einer Bank beurteilen zu können, müssen wir zunächst zu klären versuchen, wie sich die einzelnen Formen des Kreditgeschäfts auf das Kreditrisiko eines Instituts auswirken.

Für eine Untersuchung des gesamten Kreditrisikos wäre es von Bedeutung, wenn sich zwischen dessen Größe und einzelnen Faktoren der Kreditgewährung generelle Abhängigkeiten herausarbeiten ließen. Da jedoch der Kreditsektor einer Bank bis auf wenige standardisierte und massenweise auftretenden Formen, vorwiegend des Konsumentenkreditgeschäfts, individuell verschieden ist, läßt sich eine typisierende Betrachtung

1) 67,4 %; vgl. Monatsbericht März 1961, S. 28 ff.

tungsweise nur sehr bedingt anwenden. Die Aussagen, die sich bei einer Differenzierung des gesamten Kreditrisikos nach einzelnen Kriterien der Kreditgewährung gewinnen lassen, sind notgedrungen Verallgemeinerungen, die nur der Tendenz nach Gültigkeit besitzen, während im Einzelfall mehr oder weniger große Abweichungen auftreten können. Repräsentative empirische Untersuchungen zu diesem Fragenkreis fehlen bisher noch in der Kreditliteratur. Trotz der gemachten Einschränkungen soll auf den Versuch einer allgemeinen Beurteilung des Kreditrisikos nicht verzichtet werden, da sonst eine der Wirklichkeit angenäherte Erörterung der unter dem Sicherheitsaspekt erforderlichen Eigenkapitalausstattung nicht möglich wäre.

Betrachten wir zunächst das Kreditrisiko unter dem Gesichtspunkt des Kreditnehmers. Die Bonität des Kreditnehmers ist der wichtigste Faktor für die Beurteilung des Risikos der Bank. Verschlechtert sie sich, so wächst die Größe des Gesamtrisikos. Nach der Statistik der Deutschen Bundesbank werden drei Kreditnehmergruppen unterschieden: "Wirtschaftsunternehmen und Private", "Öffentliche Stellen", "Kreditinstitute". Das größte Gewicht bei der Kreditgewährung haben die Wirtschaftsunternehmen. Dabei kann es sich um Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe handeln. Ein generelles Urteil darüber, ob Kredite an Großbetriebe von Industrie, Handel, Handwerk ~~Industrie~~ und Landwirtschaft sicherer als Kredite an Mittel- und Kleinbetriebe sind, gibt es nicht. Ebenso ist keine eindeutige Aussage darüber möglich, ob Agrarkredite risikoreicher als gewerbliche Ausleihungen sind. Die Risikobehaftung von Krediten an die öffentliche Hand soll erst an späterer Stelle untersucht werden¹⁾. Als relativ sicher gelten Kredite, bei denen der Kreditnehmer wiederum ein Kreditinstitut ist, da hier der Kreditwürdigkeit ein besonderes Gewicht beigelegt wird. Aus diesem Grunde werden

1) Vgl. S. 379

Sammelwertberichtigungen für Forderungen gegen Kreditinstitute nicht vorgeschrieben. Eine Differenzierung ~~der~~ der Kreditnehmer nach ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Wirtschaftszweigen führt also hinsichtlich des Kreditrisikos generell zu keinen Aufschlüssen. Das entscheidende Kriterium liegt darin, ob die Bonität des Kreditnehmers einwandfrei ist oder nicht.

Grundsätzlich wird die Ansicht vertreten, daß die Größe des Kreditrisikos mit der Kredithöhe zunimmt. Auch die gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen sind aus Risikogründen gegen hohe Einzelkredite gerichtet¹⁾. Wenn auch in Großkreditengagements in der Vergangenheit vielfach die Ursache für Bankinsolvenzen gesehen werden muß, so läßt sich doch keineswegs angeben, ob ein Kredit von 5 Mill DM generell risikoreicher als zehn Kredite von je 500 000 DM ist. Auch hierüber entscheidet letztlich nur die Bonität der Kreditnehmer.

Unter dem Aspekt der Kreditsicherheiten können ungesicherte Kredite (Blankokredite) sowie durch personale oder reale Sicherheiten zusätzlich gesicherte Kredite (Personal- und Realkredite) unterschieden werden. Wie die wirtschaftliche Praxis zeigt, können Blankokredite als die sichersten Kredite angesehen werden, da sie nur wirklich erstklassigen Firmen eingeräumt werden.

Vom Kreditzweck ergibt sich eine Unterteilung der Kredite in Betriebsmittelkredite, Investitionskredite und Konsumtionskredite. Während Betriebsmittelkredite der Finanzierung des Umlaufvermögens dienen, werden Investitionskredite für den Einsatz im Anlagevermögen benötigt. Aus den unterschiedlichen formalen Fristen der Kapitalbindung und Kapitalfrei-

1) Vgl. S.279f

setzung kann nicht unbedingt auf die Entwicklung des Kreditrisikos geschlossen werden. Die Verwendung der Kreditmittel beim Kreditnehmer entscheidet darüber, ob Betriebsmittelkredite "einfrieren", weil sie zu Investitionszwecken eingesetzt wurden, oder sich aus dem Warenumsatz selbst liquidieren. Bleibt die unterschiedliche zeitliche Bindung außer acht, dann ist kein Urteil darüber möglich, ob Betriebsmittel- oder Investitionskredite sicherer sind. Konsumtionskredite weisen nach allgemeiner Auffassung infolge ihrer Verteilung auf unterschiedliche Kundenzirkel und Kaufobjekte kein höheres Risiko als Produzentenkredite auf, lediglich eine Verzögerung der Ratenzahlungen muß als spezifisches Risiko dieser Kreditart einkalkuliert werden. Außenhandelskredite sind dadurch mit besonderen Risiken behaftet, daß sich Käufer und Verkäufer meist nicht kennen, große räumliche Entfernungen überbrückt werden müssen und sich die wirtschaftlichen und gesetzlichen Verhältnisse der beiden Länder voneinander unterscheiden. Zwar lassen sich die Risiken des Zahlungseingangs durch Methoden der Zahlungssicherung im Außenhandel¹⁾ vermindern, ferner haben deutsche Exporteure die Möglichkeit, wirtschaftliche und politische Risiken bis auf einen besonders geregelten Selbstbehalt über die Hermes-Kreditversicherung-AG unter Rückbürgschaft des Bundes zu versichern, doch bleiben die Unsicherheitsfaktoren, die in der Bonität der ausländischen Kontrahenten liegen, bestehen. Außenhandelskredite gelten deshalb im allgemeinen als besonders risikoreich. So sehen beispielsweise die Vorschriften für die Bildung von Sammelwertberichtigungen besondere Zuschläge zu den Mindestsätzen bei Importfinanzierungen der ersten Hand und Exportfinanzierungen der im Exportrisiko stehenden Banken vor.

1) Vgl. Zahn, J., Zahlung und Zahlungssicherung im Außenhandel, Berlin 1957

Im Hinblick auf die Kreditdauer lassen sich kurz-, mittel- und langfristige Kredite unterscheiden, deren Laufzeiten die Bundesbank mit bis sechs Monate, sechs Monate bis unter vier Jahre und mit über vier Jahre angibt. Grundsätzlich wird unterstellt, daß das Kreditrisiko mit der Dauer der Kreditinanspruchnahme wächst. In der Kreditpraxis wird die Kreditdauer stets im Zusammenhang mit den Kreditsicherheiten betrachtet. Je länger die Laufzeit eines Kredites ist, desto stärker treten an die Stelle personeller reale Sicherheiten. Diese Sicherungsformen kompensieren in der Regel die in einer längeren Kapitalbindung liegenden Risiken, wie die Betrachtung der Kreditformen zeigen wird.

Das Merkmal Kreditform erlaubt eine gewisse Konkretisierung der verschiedenen Überlegungen, die bei dem Kreditzweck, der Kreditdauer und den Kreditsicherheiten angestellt wurden. Auf das mit den einzelnen Kreditformen verbundene unterschiedliche Kreditrisiko stellen auch die Mindestsätze für die Bildung von Sammelwertberichtigungen ab, die von den Bankaufsichtsbehörden der Länder vorgeschrieben wurden. Die kurz- und mittelfristigen Formen der Geld- und Kreditleihe umfassen insbesondere Kontokorrent-, Wechsel-, diskont-, Akzept- und Avalkredite. Diese Kreditarten sollen auf das mit ihnen verbundene Kreditrisiko kurz untersucht werden. Die am häufigsten vorkommende Form des Betriebsmittelkredits ist der formal kurz- oder mittelfristige **K o n t o k o r r e n t k r e d i t**. Er kann als Blankokredit eingeräumt werden oder mit personalen bzw. realen Sicherheiten abgedeckt werden. Die Kreditpraxis zeigt, daß bei diesen unter Debitoren bilanzierten Buchkrediten Verluste nicht zu vermeiden sind. Sie treten kaum bei Blankokrediten auf, finden sich dagegen häufiger bei Kontokorrentkrediten, die durch Sicherungsübereignungen und Forderungs-

zessionen zusätzlich gesichert wurden. Risikoärmer ist der **D i s k o n t k r e d i t**. Bei ihm besteht die Vollhaftung aller Wechselverpflichteten, ferner gelten die Regeln der Wechselstrenge und außerdem sind Diskontkredite im Rahmen der Rediskontkontingente bei der Bundesbank refinanzierbar. Bei den Formen der Kreditsleihe wird von den Banken eine besonders sorgfältige Auswahl der Kreditnehmer vorgenommen. **A k z e p t k r e d i t** erhalten nur allererste Adressen, in der Regel Großkunden. Für die Bank sind sie deshalb nahezu als risikolos anzusehen. Auch der **A v a l k r e d i t**, der zusätzlich gesichert werden kann oder als Blankokredit gegeben wird, enthält ein vergleichsweise geringes Risiko, da die Eventualverbindlichkeit in der Regel nicht effektiv wird. Wenden wir uns nunmehr den langfristigen Kreditformen zu.

Der **H ý p o t h e k a r k r e d i t** ist ein Objektkredit, der nach der Maßgabe von Beleihungsgrundsätzen gewährt wird. Das Risiko bei gewerblichen Objekten ist dabei schwerer zu erkennen als das bei Wohnungsbauten. Die Beleihungsgrenzen liegen bei den Hypothekarkrediten im allgemeinen niedrig genug¹⁾, daß sich das Kreditinstitut bei einem notleidendem Kredit aus dem Grundstück schadlos halten kann. Die Risikobehaftung der Hypothekarkredite richtet sich danach, in welchem Umfange neben Wohngrundstücken gewerblich genutzte Grundstücke beliehen werden. Beim **K o m m u n a l k r e d i t** ist danach zu unterscheiden, ob Kredite an die öffentliche Hand selbst gegeben oder nur durch sie verbürgt werden. Im ersten Falle ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft Kreditnehmer. Kommunaldarlehen an die öffentliche Hand werden auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ohne unmittelbare reale Sicherheiten gewährt. Sie werden im allgemeinen als risikolos angesehen, was auch daraus hervor-

1) Bei den Sparkassen 50 %, bei den Realkreditinstituten 60 %

geht, daß für Forderungen gegen Gebietskörperschaften Sammelwertberichtigungen nicht vorgeschrieben sind. Demgegenüber weist Barocka¹⁾ darauf hin, daß wie die Erfahrung zeigt, auch bei öffentlich-rechtlichen Schuldnern Liquiditätsanspannungen auftreten und ein Verzug mit Zins- und Tilgungsleistungen nicht ausgeschlossen ist. Kredite an die öffentliche Hand dienen überwiegend Objekten, die keine unmittelbare Rentabilität aufweisen, deren Realisierung jedoch im öffentlichen Interesse liegt. Bei der zweiten Art von Kommunalkrediten sind die Kreditnehmer Wirtschaftsunternehmen und Private. Die Beteiligung der öffentlichen Hand an der Kreditgewährung beschränkt sich auf eine Gewährleistung von Verzinsung und Tilgung des Darlehens. Derartige kommunalverbürgte Darlehen haben insbesondere als Landesbürgschaften für sog. Ib-Hypotheken in der nachrangigen Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus nach 1948 große Bedeutung erlangt. Wie die Vorschriften über die Bildung von Sammelwertberichtigungen zeigen, werden hinsichtlich der Risikobehaftung keine Unterschiede zwischen beiden Formen der Kommunalkreditgewährung gemacht. Sie gelten kraft der öffentlichen Stellung des Kreditnehmers als risikofrei. Weiterleitungskredite sind hinsichtlich des mit ihnen verbundenen Kreditrisikos unterschiedlich zu beurteilen. Bei den Treuhandkrediten beschränkt sich die Haftung des Kreditinstituts auf die ordnungsmäßige Verwaltung der Kredite sowie auf die Abführung der Zins- und Tilgungszahlungen an den Auftraggeber. Ein Kreditrisiko entsteht für die durchleitende Bank nicht, dieses muß vielmehr der Treugeber tragen. Dagegen tritt ein Kreditrisiko bei Darlehen aus zweckgebundenen Mitteln auf, wenn das weiterleitende Institut die Haftung ganz oder teilweise übernehmen muß.

1) Vgl. Barocka, E., Kommunalkredit und kommunale Finanzwirtschaft, Frankfurt/Main 1958, S. 356 ff.

Als Kriterien für die Einbeziehung des Kreditgeschäfts in den Grundsatz I werden Kreditnehmer, Kreditdauer und Kreditsicherheiten herangezogen. Berücksichtigt werden Kredite an Wirtschaftsunternehmen, Private und Kreditinstitute. Als Kredite gelten die kurz-, mittel- und langfristigen Ausleihungen. Hypothekarisch gesicherte Kredite bleiben außer Ansatz. Wir wollen die Regelung von Grundsatz I an Hand des Merkmals Kreditform analysieren, weil uns dieses Kriterium für die Beurteilung des Kreditrisikos am aussagefähigsten erscheint.

Erfaßt werden in Grundsatz I zunächst die beiden wichtigsten Kreditformen des kurzfristigen Geschäfts: Kontokorrentkredite und Wechseldiskontkredite. Akzeptkredite werden in der Debitorenposition ausgewiesen und sind ebenfalls in Grundsatz I enthalten. Darüber hinaus bezieht Grundsatz Ia die aus der Akzeptkreditgewährung stammenden, in Umlauf befindlichen Abschnitte ein. Unberücksichtigt bleiben dagegen Avalkredite. Die Bundesbank führt hierzu aus¹⁾:

"Auf Grund eingehender Prüfung hat sich die Einbeziehung dieser Positionen in den Grundsatz I im Hinblick auf die zugrunde liegenden besonders gearteten bankgeschäftlichen Vorgänge als nicht zweckmäßig und praktikabel erwiesen".

Von den mittel- und langfristigen Krediten an Wirtschaftsunternehmen, Private und Kreditinstitute werden in dem Grundsatz I Konsumkredite, Investitionskredite aus Mitteln der Bank, Weiterleitungskredite, bei denen eine mehr als treuhänderische Haftung besteht und Exportkredite eingerechnet. Treuhandkredite bleiben, da sie für das durchleitende Institut kein Risiko enthalten, außer Ansatz. Sonderregelungen gelten für langfristige Kredite, die als Deckung für

1) Monatsberichte März 1962, S. 8. Ende 1962 blieb damit ein Kreditvolumen von rd. 9 Mrd DM außer Ansatz.

Schuldverschreibungen dienen und für Hypothekarkredite¹⁾. Emissionsinstitute, die den Grundsätzen unterliegen, d.h. insbesondere Girozentralen sowie Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, dürfen diejenigen langfristigen Kredite unberücksichtigt lassen, die nach den für das Emissionsgeschäft dieser Institute maßgebenden gesetzlichen oder satzungsmäßigen Vorschriften als Deckung für die Schuldverschreibungen dienen. Ihre Begründung findet diese Regelung darin,

"daß die betreffenden langfristigen Kredite durch die Strenge der für sie geltenden Normativbestimmungen in besonders hohem Maße gesichert sind. Sie sind bei der Feststellung der allgemeinen Wagnislage eines Kreditinstituts somit ohne Zweifel anders zu beurteilen, als das sonstige Kreditgeschäft; das hierin liegende Risiko hält sich erfahrungsgemäß in sehr engen Grenzen"²⁾.

Realkredite, insbesondere Hypothekarkredite, werden in den Grundsatz I nicht eingerechnet. Voraussetzung ist allerdings, daß sie bestimmten Bedingungen genügen, durch die bei allen Kreditinstituten ein gleich hoher Grad an Sicherheit gewährleistet werden soll³⁾. Das erste Erfordernis für eine grundsatzneutrale Behandlung des Realkreditgeschäfts betrifft die Laufzeit. Die Darlehen dürfen frühestens 4 Jahre nach ihrer Gewährung rückzahlbar sein bzw. müssen einer regelmäßigen Tilgung unterliegen, die sich über mindestens 4 Jahre erstreckt. Ferner wird ein Unterschied gemacht zwi-

1) Im zweiten Absatz von Grundsatz I heißt es: "Als Kredite sind anzusehen, die kurz-, mittel- und langfristigen Kredite, die als Deckung für Schuldverschreibungen dienen oder gegen Grundpfandrecht im Realkreditgeschäft im Sinne von § 20 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 4 KWG oder gegen entsprechende Schiffspfandrechte gewährt werden".

2) Monatsberichte März 1962, S. 7

3) § 20 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 4 KWG; vgl. Monatsberichte März 1962, S. 7

schen dem Realkreditgeschäft öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute und demjenigen anderer Bankengruppen. Für erstere, d.h. insbesondere die kommunalen Sparkassen, gilt, daß sich die Realkreditgewährung im Rahmen der gesetzlichen oder satzungsmäßigen Vorschriften zu halten hat. So sehen beispielsweise die Beleihungsgrundsätze der Sparkassen eine Beleihungsgrenze von 50 % des Beleihungswertes vor¹⁾. Kreditbanken und Genossenschaftsinstitute werden auf die Vorschriften der §§ 11 und 12 Abs. 1 und 2 des Hypothekendarlehenbankgesetzes verwiesen. Danach liegt z.B. die Beleihungsgrenze bei 60 % des Beleihungswertes. Die Bundesbank weist darauf hin, daß die Herausnahme der langfristigen, durch Grund- oder Schiffspfandrechte gesicherten Kredite bei allen Kreditinstituten im Grundsatz I deren bonitätsmäßige Gleichstellung mit den entsprechenden Ausleihungen der Emissionsinstitute bedeutet²⁾. Da die Realkredite in der ursprünglichen Fassung des Grundsatzes im Gegensatz zu den langfristigen Krediten, die als Deckung für Schuldverschreibungen nicht neutralisiert waren, legt die nunmehr getroffene Regelung die Auffassung nahe, daß die Sicherheit beider Kreditarten gleichzubewerten ist³⁾. Hiergegen hat sich das private Bankgewerbe in einer Stellungnahme gewandt⁴⁾. An Hand der Zahlen von Ende September 1961 wurden Berechnungen über die Auswirkung des Grundsatzes I bei den Bankengruppen angestellt. Danach war der Gesamtspielraum (18-fache des Eigenkapitals) bei den Girozentralen zu 78,1 %, den Kreditbanken zu 65,2 %, den Zentralkassen zu 63,4 %, den Kreditgenossenschaften zu 50,7 % und den Sparkassen zu 40,0 % ausgenutzt⁵⁾. Die Verfasser der Unter-

1) Vgl. Michaelis, K., Beleihungsgrundsätze für Sparkassen, 4. Auflage Stuttgart 1958

2) Vgl. Monatsberichte März 1962, S. 7

3) Vgl. Schmidt, D., Die Grundsätze des Bundesaufsichtsamtes über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute, in: Sparkasse 9/1962, S. 132

4) Vgl. Günther, H.-Bröker, G., Die neuen Grundsätze über Eigenkapital und Liquidität der Kreditinstitute, in: Bank-Betrieb 1962, S. 39 ff.

5) Ebenda, S. 44

suchung stellten fest, daß der Risikogrundsatz für den Durchschnitt der Institute bei den einzelnen Bankengruppen noch einen ausreichenden Spielraum läßt. Bemerkenswert sei, daß die öffentlichen Sparkassen mit dem Grundsatz I besonders gut auskommen, obwohl sie ein im Verhältnis zur Bilanzsumme relativ niedriges Eigenkapital besitzen. Der Grund liegt darin, daß das langfristige Realkreditgeschäft in Höhe von 18,6 Mrd DM nicht berücksichtigt worden ist. An die Tatsache wird die Frage geknüpft, ob das langfristige Realkreditgeschäft denn kein Risiko laufe.

"Offenbar bestand bei Erlass des Hypothekbankgesetzes eine andere Auffassung; denn die Begrenzung des Obligationsumlaufs und der Darlehensaufnahme im Verhältnis zum Eigenkapital und zu den zugehörigen Positionen wäre überflüssig, wenn das mit diesen Mitteln finanzierte Aktivgeschäft, nämlich gerade das langfristige Realkreditgeschäft, keine Risiken enthielte ... Die Freistellung des langfristigen Realkreditgeschäfts der Sparkassen, die ihre Hypothekarkredite nicht mit laufzeitkongruenten Obligationen, sondern mit Spareinlagen finanzieren, von den Eigenkapitalanfordernissen des Grundsatzes I ist dementsprechend offenbar nicht gerechtfertigt"¹⁾.

Aufgabe dieser Arbeit kann es nicht sein, die mit der Schlußfolgerung verbundene Wettbewerbsproblematik zu erörtern. Vielmehr geht es allein um die Frage, ob Hypothekarkredite in vergleichbarem Umfang wie andere langfristige Kredite risikobehaftet sind oder nicht. Solange hierüber eine neuere verlässliche Untersuchung fehlt, wird sich ein Urteil über die Berechtigung der getroffenen Regelung nicht fällen lassen. Bei der Größenordnung, die das Hypothekarkreditvolumen bei den Bankengruppen, die dem Grundsatz I unterliegen, erreicht, hat die Entscheidung des Bundesaufsichtsamtes über Ausklammerung oder Einbeziehung in den Risikogrundsatz erhebliches

1) Günther, H.-Bröker, G., a.a.O., S. 44

Gewicht, Bemerkenswert ist, daß sich ein Vertreter der Bundesbank, der am Zustandekommen der neuen Grundsätze maßgeblich beteiligt war, für eine ständige Beobachtung und Überprüfung der Sonderregelung zu gegebener Zeit im Hinblick auf Tendenzen, den Realkredit verstärkt auf die Beleihung industrieller und damit risikoreicher Objekte auszudehnen, ausgesprochen hat¹⁾.

Unterschiedlich werden Kommunalkredite im Grundsatz I erfaßt. Kredite an die öffentliche Hand gelten als nicht risikobehaftet und werden deshalb in den Risikogrundsatz nicht einbezogen²⁾. Kreditnehmer sind in diesem Falle vorwiegend öffentlich-rechtliche Körperschaften, wie der Bund, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände, deren unzweifelhafte Bonität unterstellt wird. Im Gegensatz hierzu werden Kredite, die von der öffentlichen Hand verbürgt, garantiert oder sonstwie gewährleistet sind, in den Grundsatz I eingerechnet. Kreditnehmer sind hierbei Wirtschaftsunternehmen und Private. Eine Begründung für die abweichende Behandlung kommunalverbürgter Darlehen wird von der Bundesbank nicht gegeben. Barocka³⁾ weist darauf hin, daß das Risiko bei einer Gewährleistung durch eine öffentlich-rechtliche Körperschaft nicht wesentlich anders zu beurteilen sei als das Risiko bei einer unmittelbaren Darlehensgewährung an die öffentliche Hand. Der Grund für die getroffene Regelung, die betriebswirtschaftlich gesehen nicht gerechtfertigt erscheint, ist wohl darin zu sehen, daß die kommunalverbürgten langfristigen Kredite in der Bankstatistik nicht gesondert erfaßt werden. Der in § 19 KWG enumerativ bestimmte Kreditbegriff umfaßt auch Beteiligungen eines Kreditinstituts an dem Unternehmen eines Kre-

1) Vgl. Benning, B., Das Kreditgeschäft und das neue Richtsatzwerk, in: Der Volkswirt, Beiheft zu Nr. 43 vom 26.10.1963, S. 12

2) Vgl. Monatsberichte März 1962, S. 7

3) Vgl. Barocka, E., a.a.O., S. 395

ditnehmers. In den Grundsatz I wurden darüber hinaus alle Beteiligungen wegen des mit ihnen verbundenen Risikos aufgenommen. Beteiligungen bestehen aus verbrieften und unverbrieften Anteilsrechten, mit ihnen können teils Effekten-, teils Kreditrisiken verbunden sein.

b) Die Risiken des Effektengeschäfts

Nicht nur das Kreditgeschäft, sondern auch das Effekten-geschäft besitzt Sparten, die als besonders risikobehaftet angesehen werden müssen. Dazu zählen vor allem der eigene Bestand an Dividendenwerten, der Kursrisiken enthält, sowie die übernommene Konsortialquote bei Emissionsgeschäften, die mit Plazierungsrisiken verbunden ist.

Die Höhe des Kursrisikos hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Sie lassen sich zwar gruppieren, doch ist es unmöglich, typische Aussagen über die Stärke ihres jeweiligen Einflusses zu machen. Kursverluste beruhen grundsätzlich auf der Veränderung von Angebot und/oder Nachfrage am Kapitalmarkt. Als Bestimmungsgründe für Kursschwankungen wollen wir in Anlehnung an Bösch¹⁾ zwischen Faktoren der subjektiven Wertbildung sowie konjunkturellen, politischen und sonstigen Faktoren der Preisbildung unterscheiden. Die Faktoren der subjektiven Wertbildung unterscheiden sich zunächst nach Effektengattungen. Der Wert der festverzinslichen Wertpapiere, zu denen öffentliche Ahleihen, Bankschuldverschreibungen (Pfandbriefe, Kommunalobligationen, Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten) und Industrieobligationen gehören, richtet sich nach der Rendite, der Sicherheit und der steuerlichen Behandlung der Papiere. Während der Laufzeit der

1) Vgl. Bösch, H.J., Die Kurspflege bei Wertpapieren, Frankfurt/M. 1959, S. 10 ff.; ferner: Hintner, O., Wertpapierbörsen, Wiesbaden 1961, S. 124 ff.

Anleihen werden die Kurse dahin tendieren, daß die Effektivverzinsung mit dem Kapitalmarktzins übereinstimmt. Bei bevorstehender Tilgung wird sich der Nominalwert der Pari-Grenze annähern. Die Kursschwankungen der Rentenwerte halten sich somit in der Regel in Grenzen. Neben steuerlichen Regelungen wirkt sich auf den Umfang des Kursrisikos innerhalb der Rentenwerte unter Umständen die Sicherheit der Kapitalanlage aus. Bei öffentlichen Anleihen ist die Sicherheit dadurch gewährleistet, daß die Emittenten, insbesondere Bund und Länder, dafür mit ihrem Vermögen bzw. ihrer Steuerkraft haften. Pfandbriefe sind durch erststellig Hypotheken oder Ersatzdeckungswerte gesichert. Für Kommunalobligationen steht in erster Linie das Vermögen und die Steuerkraft der Länder und Gemeinden ein, denen die Kommunaldarlehen gewährt wurden oder die sie verbürgt haben. Für Schuldverschreibungen der Lastenausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau hat neben der Haftung der Emittenten die Bundesrepublik teilweise Bürgschaften übernommen. Industrieobligationen werden von den Anleiheschuldnern unterschiedlich gesichert. In der Praxis anzutreffen sind Hypotheken oder Grundschulden auf die gewerblich genutzten Grundstücke, öffentliche Bürgschaften oder lediglich Negativklauseln. Der Wert der börsengängigen Dividendenwerte, insbesondere der Aktien, beruht auf Rendite- oder Wachstumsüberlegungen, die sich auf bestimmte Mitgliedschaftsrechte, insbesondere den Anspruch auf Dividende, auf Liquidationserlös und das Bezugsrecht gründen. Zwischen Kurswert und Nennwert sind am Aktienmarkt starke Schwankungen möglich. Überlagert werden diese Faktoren der subjektiven Wertbildung von Einflüssen, die von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und der Wirtschaftspolitik, den Tendenzen des Geld- und Kapitalmarktes und der politischen Lage ausgehen. Ferner können sich auch markt- und kurstechnische Faktoren sowie Einflüsse von Spekulation und Kulisse auf die Kursschwankungen auswirken. Objektive und subjektive Faktoren wirken zusammen, um an der Börse eine optimistische Stimmung oder eine pessimistische Grundten-

denz auszulösen. In letzterem Falle treten bei der Realisierung von Wertpapieren Kursverluste ein.

Wir können unsere Betrachtung des Effektenkursrisikos mit der allgemeinen Feststellung abschließen, daß Rentenwerte insgesamt ein wesentlich geringeres Kursrisiko enthalten als Dividendenwerte, die nicht immer kurzfristig ohne erhebliche Kurseinbußen veräußert werden können. Je nach der Zusammensetzung des eigenen Wertpapierbestandes bestimmt sich deshalb die Höhe der für den Ausgleich von Kursrisiken erforderlichen Eigenkapitalausstattung.

Für Institute, die sich am Effektenkonsortialgeschäft beteiligen, treten außerdem Emissionsrisiken auf. Die Höhe des Emissionsrisikos ist insbesondere von drei Faktoren abhängig. Sie richtet sich zunächst nach der Art des Emittenten, z.B. danach, ob es sich um die Gründung eines neuen Unternehmens oder die Kapitalerweiterung eines bereits an der Börse eingeführten Unternehmens handelt. Zweitens ist der Emissionszeitpunkt für die Höhe des Emissionsrisikos von Bedeutung. Eine rasche und glatte Unterbringung von Emissionen setzt einen aufgelockerten Kapitalmarkt voraus, während sich eine Plazierung bei Versteigerungstendenzen verzögern wird. Schließlich wirkt sich die Art des Konsortialvertrages auf die Höhe des Emissionsrisikos aus. Das Bankkonsortium kann die Wertpapiere vom Emittenten sowohl zu einem festen Kurs übernehmen und damit das Absatzrisiko voll tragen (Übernahme-konsortium) als auch die Effekten im Rahmen eines Kommissions- bzw. Geschäftsbesorgungsvertrages für Rechnung des Emittenten vertreiben (Begebungskonsortium). Die übliche Form ist heute das kombinierte Übernahme- und Begebungskonsortium, bei dem die Wertpapiere vom Emittenten zu einem festen Übernahme-kurs abgenommen und anschließend im Namen und für Rechnung des Konsortiums an das Publikum weiterver-

äußert werden¹⁾. In diesem Falle stellen die Konsorten dem Emittenten den Gegenwert der Emission sofort zur Verfügung und tragen das Kurs-, Liquiditäts- und Erfolgsrisiko.

Während das Kreditgeschäft generell in die Grundsätze I und I a einbezogen wurde, blieb das risikobehaftete Effektengeschäft unberücksichtigt. Eine Erklärung dafür, daß Komponenten des Effektengeschäfts im Grundsatz I fehlen, geben statistische Angaben über die generelle Bedeutung dieser Bankgeschäfte bei den Institutsgruppen. Die Wertpapieranlagen der Kreditinstitute erreichten Ende 1962 rd. 23,5 Mrd. DM²⁾. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um inländische Wertpapiere. Der überwiegende Teil, nämlich 20,7 Mrd. DM (= 88 % aller Wertpapieranlagen) entfiel auf inländische festverzinsliche Wertpapiere. Nur etwa 2,2 Mrd. DM betrug das Portefeuille an börsengängigen inländischen Dividendenwerten. Selbst, wenn die sonstigen Dividendenwerte und die Konsortialbeteiligungen hinzukommen, ergibt sich bei allen Bankengruppen lediglich ein Volumen von 2,8 Mrd. DM. Von diesem Betrag entfallen rd. 90 % aller börsengängigen Dividendenwerte und nahezu sämtliche Konsortialbeteiligungen auf eine einzelne Institutsgruppe, nämlich auf die privaten Kreditbanken. Über das Emissionsgeschäft geben die Bilanzpositionen der Konsortialbeteiligungen und Wertpapiere nur sehr begrenzt Aufschluß. Aussagefähiger sind die Emissionsprospekte, aus denen die an den Konsortien beteiligten Banken hervorgehen. Auch hierbei handelt es sich fast ausschließlich um private Kreditbanken, und zwar Großbanken, Regionalbanken und große Privatbankhäuser. Der Sparkassen- und Genossenschaftssektor ist bei einigen Emissionen durch seine Spitzeninstitute und einzelne regionale Girozentralen ver-

1) Vgl. Steinrücke, B.-Scholze, H., a.a.O., S. 76 ff.

2) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank Mai 1963, S. 46

treten. Für eine Eigenkapitalziffer, die wie Grundsatz I für alle Institutgruppen mit Universalbankcharakter Gültigkeit haben soll, erweist sich die Einbeziehung risikobehafteter Effektengeschäfte deshalb nicht als zweckmäßig. Derartige Risikokomponenten bei der Bestimmung der Eigenkapitalausstattung angemessen zu berücksichtigen bleibt eine individuelle Aufgabe der in diesen Geschäftszweigen tätigen Kreditbanken.

Um eine Gesamteinschätzung der Risikostruktur bei den Kreditbanken hat sich Eisfeld¹⁾ bemüht. Auf Grund einer entwicklungsgeschichtlichen Untersuchung kommt er zu dem Ergebnis, daß die Gründungs-, Emissions- und Börsengeschäfte der Kreditbanken abgenommen, die Kreditgeschäfte jedoch zugenommen haben und folgert daraus:

"So ist festzustellen, daß zwar im Laufe der Zeit die Risiken des Effektengeschäftes in seinen verschiedenen Zweigen für die Banken geringere Bedeutung erlangt haben, auf der anderen Seite aber die Risiken des Kreditgeschäftes mindestens nicht geringer geworden sind, wahrscheinlich sich gegen früher erhöht haben. Wie es sich mit dem Gesamtrisiko der Banken verhält, ob sich die Abnahme beim Effekten- und die Zunahme beim Kreditgeschäft ausgleichen, oder ob das Gesamtrisiko abgenommen hat, das ist mangels eines genauen Einblickes für den Außenstehenden nicht zu sagen. Die Vermutung spricht dafür, daß das Gesamtrisiko kleiner geworden ist".

Daher kann es als ausreichend angesehen werden, wenn bei der Festlegung von Mindestanforderungen an die Eigenkapitalausstattung, die grundsätzlich von allen Geschäftsbanken eingehalten werden sollen, nur auf das Kreditrisiko abgestellt wird.

1) Eisfeld, C., a.a.O., S. 121

3. Die Berücksichtigung der Anlagenintensität

Ein hohes Anlagevermögen setzt ein entsprechend hohes Eigenkapital voraus, da die dauernden Anlagen eines Kreditinstituts in Grundstücken, Gebäuden und Beteiligungen nach § 12 KWG zusammen das haftende Eigenkapital nicht übersteigen dürfen.

Die Höhe des Eigenkapitals, die Ende 1962 für die in den Bankbilanzen zu Buch stehenden Geschäftsgebäude als Betriebskapital benötigt wurde, kann aus der folgenden Tabelle abgelesen werden:

Grundstücke und Gebäude am 31. 12. 1962

Bankengruppe	Mio DM	v.H. der Bilanzsumme
Kreditbanken	804,3	1,06
Großbanken	391,6	1,15
Staats-, Regional- und Lokalbanken	300,6	0,92
Privatbankiers	89,1	1,25
Sparkassensektor		
Sparkassen	1262,5	1,74
Girozentralen	123,3	0,32
Genossenschaftssektor		
Kreditgenossenschaften	557,6	2,96
Zentralkassen	53,6	0,80
Realkreditinstitute		
private Hypothekenbanken	57,5	0,29
öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	30,4	0,15

Der Bilanzanteil fällt ins Gewicht bei denjenigen Institutsgruppen, die über ein ausgedehntes Filialnetz verfügen, insbesondere bei den ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften, den Sparkassen und Großbanken. Zu berück-

sichtigen ist, daß bei Kreditaktienbanken, die einen internationalen Rang beanspruchen, die Position "Grundstücke und Gebäude" in der Regel unterbewertet ist. Eine Großbank hat neben den stillen Ermessensrücklagen bereits 40 Millionen DM versteuerte stille Reserven herangezogen, um den Bilanzansatz der Grundstücke und Gebäude möglichst niedrig vornehmen zu können. Relativ hoch ist das Sachanlagevermögen auch bei den Privatbankiers. Für in der Bilanz ausgewiesene Beteiligungen waren eigene Mittel Ende 1962 in folgender Höhe erforderlich:

Beteiligungen am 31. 12. 1962

Bankengruppe	Mio DM	v.H. der Bilanzsumme
Kreditbanken	784,0	1,03
Großbanken	233,1	0,69
Staats-, Regional- und Lokalbanken	292,9	0,90
Privatbankiers	188,7	2,64
Sparkassensektor		
Sparkassen	245,5	0,34
Girozentralen	63,2	0,16
Genossenschaftssector		
Kreditgenossenschaften	86,1	0,46
Zentralkassen	31,4	0,47
Realkreditinstitute		
private Hypothekenbanken	2,2	0,01
öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	16,0	0,08

Gemessen am Bilanzvolumen sind die Beteiligungen lediglich bei den Privatbankiers bedeutsam. Diese Untergruppe der Kreditbanken ist infolge des bis auf wenige Ausnahmen nicht vorhandenen Zweigstellennetzes darauf angewiesen, ihre Geschäftsbeziehungen zu anderen Kreditinstituten und der

übrigen Wirtschaft über Beteiligungen zu fundieren. Auch bei dieser Position gilt es zu berücksichtigen, daß der Ausweis vielfach zu niedrig ist. Die Höhe der dauernden Anlagen ist somit aus der Bilanz nur unvollkommen abzulesen.

Die Vorschrift, daß den Sachanlagen und Beteiligungen, soweit sie in der Bilanz erscheinen, sichtbares Eigenkapital gegenüberstehen muß, ist nicht im Grundsatz I enthalten, der auf § 10 KWG zurückgeht, sondern steht im Gesetz selber in § 12, der in einem inneren Zusammenhang mit dem Liquiditätsparagrafen 11 KWG gesehen werden muß. Der Gesetzgeber nimmt hier die betriebswirtschaftlich wichtige Trennung zwischen der Garantiefunktion und der Finanzierungsfunktion des Eigenkapitals vor. Eigenkapital in seiner Bedeutung als Garantiekapital wird in Grundsatz I erfaßt, der eine elastische Konkretisierung des allgemeinen Programmsatzes von § 10 KWG ermöglicht. Eigenkapital in seiner Funktion als Betriebskapital erfaßt § 12 KWG unmittelbar, da die Finanzierungsnorm für alle Institutsgruppen ohne besondere Schwierigkeiten gesetzlich festgelegt werden kann.

4. Die Einbeziehung der Gewinnbeteiligungsansprüche

An den erzielten Gewinnen eines Kreditinstituts partizipiert in Höhe der gewinnabhängigen Steuern der Fiskus, ehe eine Ausschüttung an die wirtschaftlichen Eigentümer vorgenommen werden kann. Steigende Ansprüche von Fiskus und Anteilseignern an den erwirtschafteten Gewinnen wirken zunächst auf eine Verschiebung innerhalb der Eigenkapitalstruktur hin und sind darüber hinaus geeignet, ein weiteres Ansteigen der Eigenkapitalquote zu bremsen.

Die Gewinnbeteiligungsansprüche des Fiskus können durch die Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbeertragssteuerpflicht ausgelöst werden. Die Belastung des Gewinns durch diese Steuern ist von der Rechtsform eines Kreditinstituts abhängig¹⁾. Außerdem besteht ein System von Steuerbegünstigungen und Steuerbefreiungen, das speziell auf einzelne Kreditinstitute oder Institutsgruppen zugeschnitten ist²⁾. Wir wollen unsere Überlegungen in diesem Zusammenhang auf Privatbankiers, Kreditaktienbanken, Kreditgenossenschaften und Sparkassen beschränken.

Der Einkommensteuer unterliegt das Einkommen der natürlichen Personen. Privatbankiers in den Rechtsformen der Einzelunternehmung, OHG oder KG werden als Firma nicht zur Einkommensteuer herangezogen, vielmehr wird der Gewinn des Instituts, der auf den einzelnen Geschäftsinhaber entfällt, bei diesem als "Einkünfte aus Gewerbebetrieb" zur Einkommensteuer veranlagt. Diese Steuer will die individuelle Leistungsfähigkeit eines Steuerpflichtigen erfassen, berücksichtigt deshalb die persönlichen Verhältnisse des Inhabers bzw. der Gesellschafter einer Privatbankfirma und weist einen progressiven Tarif auf.

Von der Körperschaftsteuer werden die Gewinne der juristischen Personen erfaßt. Ihr unterliegen die Kreditaktienbanken, Kreditgenossenschaften und Sparkassen. Für Kapitalgesellschaften ist der Körperschaftsteuersatz gespalten, er begünstigt ausgeschüttete gegenüber einbehaltenen Gewinnanteilen. Kreditgenossenschaften und Sparkassen genießen bei der Körperschaftsteuer Steuerbegünstigungen bzw. sachliche Steuerbefreiungen. Der Gewerbeertragssteuer unterliegt der gesamte Ertrag eines Kreditinstituts, d.h. der Gewinn und die auf das Fremdkapital entfallenden Ertragsteile. Es han-

-
- 1) Vgl. Wöhe, G., Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Berlin und Frankfurt/M. 1962, S. 47 ff.
2) Vgl. Alsheimer, H., Gewinnbesteuerung und Steuerbilanz der Kreditinstitute, Wiesbaden 1960, S. 27 ff.

delt sich um eine Objektsteuer, die die Unternehmung selbst trifft. Gewerbesteuerpflichtig ist daher sowohl die Privatbankierfirma als auch die Kreditaktienbank, Kreditgenossenschaft und Sparkasse. Neben dem Gewerbeertrag kommen bei der Gewerbesteuer das Gewerbekapital und fakultativ die Lohnsumme als Besteuerungsgrundlagen vor. Der Gewerbeertrag, der dem objektivierten einkommen- bzw. körperschaftssteuerpflichtigen Gewinn entspricht¹⁾, wird zunächst mit einer Steuermeßzahl multipliziert, die für nicht personenbezogene Kapitalgesellschaften einheitlich, für Einzelunternehmungen, Personengesellschaften und personenbezogene Kapitalgesellschaften gestaffelt ist. Der so ermittelte Steuermeßbetrag vom Gewerbeertrag wird mit dem Steuermeßbetrag nach dem Gewerbekapital addiert und auf diesen einheitlichen Steuermeßbetrag der Hebesatz der Gemeinde angewandt¹⁾. Die Gewerbeertragsteuer, als der gewinnabhängige Bestandteil der Gewerbesteuer, ist somit keine selbständige Steuer.

Die kurze Charakteristik der Gewinnbesteuerung im Hinblick auf die zu untersuchenden Institutsgruppen zeigt bereits, daß die Steuerbelastung eines Kreditinstituts nur unter bestimmten Prämissen angegeben werden kann. Wir beschränken uns darauf, für jede der 4 Institutsgruppen die entsprechenden Steuersätze zu nennen und die für die Besteuerung wesentlichen Bestimmungen zu erwähnen. Ihre zahlenmäßigen Auswirkungen haben Giese-Steinbring²⁾ an Hand typischer Steuerbelastungsmodelle untersucht, deren Ergebnisse wir zusammengefaßt wiedergeben wollen. Als Beispiele dienten je eine Kreditbank in der Rechtsform der AG, ein Privatbankhaus in der Rechtsform der Einzelfirma, eine Sparkasse und

1) Vgl. Wöhe, G., a.a.O., S. 84 ff.

2) Vgl. Giese, R.-Steinbring, O., Kreditinstitute als Steuerzahler, in: Bank-Betrieb 5/1963, S. 81 ff.

eine Kreditgenossenschaft mit einer Bilanzsumme, die jeweils 1 % (bei dem Privatbankhaus 2 %) der Gesamtbilanzsumme der entsprechenden Institutsgruppe im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank für Juni 1961 entspricht. Unterstellt wurde ein Bruttojahresgewinn in Höhe von 1 % bzw. 2 % der Bilanzsumme bei allen Modellen¹⁾.

P r i v a t b a n k i e r s:

Einkommensteuer: das steuerpflichtige Einkommen des Inhabers oder der Gesellschafter, das als Gewinn in der Bank erwirtschaftet wurde, richtet sich nach Zahl und Familienstand der Geschäftsinhaber, der Höhe der übrigen Einkunftsarten und Sonderausgaben. Der Einkommensteuersatz beträgt z.Zt. zwischen 20 und 53 % des steuerpflichtigen Einkommens.

Gewerbebeertragsteuer: der Steuermeßbetrag beläuft sich auf 0-5 % des Gewerbeertrages.

Das Modell von Giese-Steinbring¹⁾ geht von einer Einzelfirma aus. Es wird unterstellt, daß das Einkommen des lfd. Jahres gleich dem Einkommen des Vorjahres ist, der Inhaber ledig ist, die Kirchensteuer 10 % der Einkommensteuer beträgt, kein anderweitiges Vermögen vorhanden ist und Sonderausgaben nur in Höhe der bezahlten Kirchen- und Vermögensteuer geltend gemacht werden. Der Steuermeßbetrag vom Gewerbeertrag beläuft sich auf 5 %, der Hebesatz auf 270 %. Die Bilanzsumme soll 12,4 Mill DM betragen, der Bruttogewinn 1 % bzw. 2 % der Bilanzsumme ausmachen. Unter diesen Bedingungen errechnet sich die Einkommensteuer auf 30,9 % (Bruttogewinn 1 % der Bilanzsumme) bzw. 37,6 % (Bruttogewinn 2 % der Bilanzsumme) und die Gewerbesteuer auf 14,3 % bzw. 12,8 % des Bruttogewinns.

1) Vgl.-Giese, R.-Steinbring, O., a.a.O., S. 86 f.

K r e d i t a k t i e n b a n k e n:

Körperschaftsteuer: der Steuersatz beträgt für einbehaltene Gewinne 51 % und für ausgeschüttete Gewinne 15 %. Im Gegensatz zu den Zinsen ist die Dividende vom steuerpflichtigen Gewinn der Gesellschaft nicht abzugsfähig. Sie unterliegt vor der Ausschüttung der Körperschaftsteuer. Deshalb muß der Gewinn, der für Dividendenzahlungen benötigt wird, erheblich höher als die Dividendensumme sein. "Weil der Steuersatz für ausgeschüttete Gewinne 15 % beträgt, liegt folgende Rechnung nahe: Gewinn vor Körperschaftsteuer (KSt) 100, Abzug für KSt 15, Ausschüttung 85. Diese Rechnung ist aber falsch; denn begünstigt wird nur der Betrag, der an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Derjenige Teil des Gewinnes, der zur Begleichung der Körperschaftsteuer zurückbehalten wird, unterliegt dem höheren Satz von 51 %. Aus diesem Grund ist der ausschüttbare Betrag im vorliegenden Falle wie folgt zu berechnen: Gewinn vor KSt = 100, ausschüttbarer Gewinn = x, Steuerschuld = $100 - x$. Die Steuerschuld beträgt 15 % von x, d.h. $0,15x$ zuzüglich 51 % von $(100-x)$, d.h. $0,51(100-x)$. Wir erhalten also folgende Gleichung:

$$0,15x + 0,51(100-x) = 100 - x$$

$$0,64x = 49$$

$$x = 76,5625$$

$$100 - x = 23,4375$$

Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß unter den gegebenen Voraussetzungen - Verwendung des gesamten Gewinnes zur Dividendenzahlung und zur Begleichung der darauf entfallenden KSt-Schuld - die steuerliche Belastung des Gewinnes nicht 15 % beträgt, sondern 23,44 %¹⁾. Da die auf die Dividende zu zahlende Körperschaftsteuer von 15 % aus dem mit 51 % zu versteuerndem, einbehaltenen Gewinn

1) Hax, K., Probleme der Aktienfinanzierung unter Einfluß des gespaltenen Körperschaftssteuer-Satzes, in: ZfhF 1963, S. 55; vgl. ferner: Büschgen, H., Finanzierungseffekte bei Aktiengesellschaften, in: Deutsche Zeitung Nr. 61 vom 13.3.1963, S. 9

gezahlt werden muß (§ 12 Ziff. 2 KStG), beträgt die effektive Belastung der Dividende mit Körperschaftsteuer nicht 15 %, sondern 23,44 %. Von 100 DM erzieltm Gewinn vor Zahlung der Körperschaftsteuer können 76,56 DM als Dividende ausgeschüttet werden, während 23,44 Körperschaftsteuer anfallen, und zwar 15 % auf 76,56 DM = 11,48 DM und 51 % auf 23,44 DM = 11,96 DM. Bezogen auf die Dividendenausschüttung beträgt die Körperschaftsteuerbelastung 30,6 %. Die Dividendensätze der Kreditaktienbanken erreichen zwischen 10 und 18 v.H.¹⁾. Ihr Grundkapital liegt zwischen 1,5 und 300 Mio DM²⁾. Die Deutsche Bank, die 1962 auf ihr Grundkapital von 300 Mio DM 16 % Dividende ausgeschüttet hat, mußte neben den 48 Mio DM Dividende zusätzlich 16,85 Mio DM an Körperschaftsteuern für diese Ausschüttung aufbringen, die bei den Empfängern nochmals zu versteuern war.

Gewerbeertragsteuer: der Steuermeßbetrag beläuft sich auf 5 % des Gewerbeertrags.

Das Modell von Giese-Steinbring³⁾ geht von einer Kreditaktienbank mit 1,7 Mio DM Grundkapital (ca. 50 % des Bilanz-eigenkapitals) und einer Dividende von 17 % aus. Der Hebesatz beträgt 270 %. Die Bilanzsumme beläuft sich auf 66,06 Mio DM. Unter diesen Bedingungen errechnet sich die Körperschaftsteuer auf 27,9 % (Bruttogewinn 1 % der Bilanzsumme) bzw. 36,4 % (Bruttogewinn 2 % der Bilanzsumme) und die Gewerbesteuer auf 14,4 % bzw. 13,2 % des Bruttogewinns.

K r e d i t g e n o s s e n s c h a f t e n :

Körperschaftssteuer: der Körperschaftsteuersatz ist auf 19 % ermäßigt (§ 23 Ziffer 1 KStG, § 33 KStDV).

Gewerbeertragsteuer: die Steuermeßzahl auf den Gewerbeertrag ist um ein Drittel ermäßigt (§ 11 Abs. 4 GewStG)

1) Vgl. S. 451ff.

2) Vgl. S. 432f.

3) Vgl. Giese, R.-Steinbring, O., a.a.O., S. 86

Das Modell von Giese-Steinbring¹⁾ geht von einer Volksbank aus, bei der 58,47 % des Bilanz Eigenkapitals von 341 348 DM auf Geschäftsguthaben der Genossen entfällt. Die Bilanzsumme beträgt 9,14 Mio DM. Die Körperschaftsteuer errechnet sich mit 17,9 % (Bruttogewinn 1 % der Bilanzsumme) bzw. 18,1 % (Bruttogewinn 2 % der Bilanzsumme) und die Gewerbesteuer mit 5,7 % bzw. 5,0 % des Bruttogewinns.

S p a r k a s s e n :

Körperschaftsteuer: Steuerbefreiung, soweit die Sparkassen der Pflege des eigentlichen Sparverkehrs dienen (§ 4 Abs. 1 Ziffer 4 KStG). Unter eigentlicher Sparverkehr ist nicht nur die Annahme, sondern auch die Anlage von Spareinlagen im Aktivgeschäft zu verstehen. Der Nichtsparverkehr unterliegt einem Körperschaftsteuersatz von 49 %.

Gewerbeertragsteuer: der Sparverkehr ist steuerlich befreit, der Nichtsparverkehr wird mit 5 % des Steuermeßbetrages auf den Gewerbeertrag multipliziert mit dem Hebesatz versteuert.

Das Modell von Giese-Steinbring²⁾ geht von einer Sparkasse aus, bei der der Nichtsparverkehr 28,59 % des Gesamtgewinns ausmacht. Er umfaßt die Sichteinlagen, Termineinlagen, aufgenommene Gelder und aufgenommene langfristigen Darlehen, soweit sie keine Weiterleitungskredite sind. Die Bilanzsumme beläuft sich auf 60,14 Mio DM. Unter diesen Prämissen errechnet sich die Körperschaftsteuer mit 13,4 % (Bruttogewinn 1 % der Bilanzsumme) bzw. 13,5 % (Bruttogewinn 2 % der Bilanzsumme) und die Gewerbesteuer auf 4,2 % bzw. 3,9 % des Bruttogewinns.

An den versteuerten Gewinn richten sich die Gewinnbeteiligungsansprüche der wirtschaftlichen Eigentümer. Der durchschnittliche Entnahmesatz bei Privatbankiers ist nicht be-

1) Vgl. ebenda, S. 88

2) Vgl. ebenda, S. 87

kannt. Bei den Kreditaktienbanken wird zur Zeit ein Dividendensatz von 16 % als Standard angesehen. Die Geschäftsguthaben/dividende bei den Kreditgenossenschaften liegt unter 10 %, sie betrug bei den Volksbanken in den letzten Jahren zwischen 5 - 9 %. Sparkassen nehmen Ausschüttungen an ihren Gewährträger für gemeinnützige Zwecke erst dann vor, wenn die Sicherheitsrücklage 5 % bzw. in zwei Bundesländern 3 % der Gesamteinlagen erreicht haben¹⁾. Der Zwang, ein Kapital verzinsen zu müssen, entfällt bei ihnen.

Eine Erhöhung der Eigenkapitalquote, mit einem Anwachsen des ausschüttungsberechtigten Grundkapitals verbunden, stellt an die Ertragskraft eines Instituts steigende Ansprüche. Wir dürfen deshalb nicht die Frage unberücksichtigt lassen, ob bei der Festlegung des Multiplikators für den Grundsatz I hier die vertretbare Grenze gewahrt wurde. Zunächst soll der Auffassung der Bundesbank das Wort gegeben werden²⁾:

"Das 18-fache entspricht einem Mindesterfordernis an haftendem Eigenkapital in Höhe von rd. 5,5 v.H. der im Grundsatz I berücksichtigten Aktiva. Die bilanzstatistischen Daten lassen erkennen, daß diese Obergrenze vielen Kreditinstituten einen ausreichenden, zum Teil sogar einen beachtlichen Spielraum beläßt".

Eine Mindestrelation von 5,5 % des risikobehafteten Kreditgeschäfts befindet sich demnach auf Grund der Proberechnungen der Bundesbank generell in Übereinstimmung mit der tatsächlichen Eigenkapitalbildung bei den Bankengruppen, die von der Ertragskraft abhängig ist. Die Überschreitungen des Grundsatzes I sind nur geringfügig. Sie betragen, bezogen auf die Zahl der Institute, etwa 1,5 % Prozent³⁾. Das risikotragende Aktivgeschäft erreichte Ende Mai 1962 bei den Kreditbanken das 11,1-fache, bei den Sparkassen das 6,5-fache,

1) Vgl. Sparkasse 11/1958, S. 166

2) Monatsberichte März 1962, S. 9

3) Vgl. Benning, B., Kreditgeschäft, S. 12

bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften das 7,4-fache und bei den ländlichen Kreditgenossenschaften das 6,8-fache¹⁾. Ob bei der normativen Bestimmung der Eigenkapitalhöhe den mit dem Eigenkapital verbundenen wirtschaftlichen Belastungen in genügendem Umfang Rechnung getragen wird, zeigt sich letztlich erst, wenn die Eigenkapitalbildung bei den einzelnen Bankengruppen untersucht wird. Zum Abschluß dieser Arbeit sollen deshalb die theoretischen Erfordernisse mit den praktischen Möglichkeiten konfrontiert werden.

Unsere Untersuchung über die Angemessenheit des Bankeigenkapitals hat gezeigt, daß die bisherigen Regelungen in Gesetzen, Satzungen, Verordnungen und Bekanntmachungen immer wieder korrekturbedürftig waren, wenn sich die Verhältnisse änderten. Die heute gültigen Grundsätze wurden deshalb von vornherein mit der notwendigen Elastizität versehen, die einen Spielraum für individuelle Entscheidungen lassen. Das Angemessenheitsproblem ist in erster Linie eine Frage der Geschäftspolitik des einzelnen Kreditinstituts. Eine Sicherung der ausreichenden Zahlungsfähigkeit und eine risikovorbeugende Anlagepolitik sind die entscheidenden Voraussetzungen für den Aufbau eines angemessenen Eigenkapitals. Die Qualität der Geschäftsleitung kann durch kein noch so hohes Eigenkapital ersetzt werden. Infolge der Ungewißheit, die über den künftigen konjunkturellen und strukturellen Verhältnissen liegen, lassen sich jedoch Verluste im Bankgeschäft bei noch so fähiger und solider Geschäftsgebarung nicht vermeiden. Für derartige Verluste muß in der zweiten Verteidigungslinie Garantiekapital bereitstehen, das das Risiko vor den Einlegern und sonstigen Gläubigern abschirmt. Diese mögliche Risikobelastung hängt von der Risikostruktur und Größe des einzelnen Instituts ab, wobei die Gewinnbeteiligungsansprüche von Fiskus und Anteilseignern bei der Eigenkapitalbildung ins Kalkül zu ziehen sind. Betriebskapital, das aus Eigenkapital besteht, ist dagegen lediglich in Höhe der ausgewiesenen Sach- und Finanzanlagen erforderlich.

1) Vgl. Benning, B., Kreditgeschäft, S. 12

Teil V: Umfang und Formen der Eigenkapitalbildung bei den Kreditinstituten

A. Statistische Übersicht der Eigenkapitalbildung bei den Bankengruppen seit der Währungsreform

Um die konkreten Möglichkeiten der Eigenkapitalbildung und den gegenwärtigen Stand der Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute erörtern zu können, soll zunächst auf die Neubildung des Bankeigenkapitals seit der Währungsreform eingegangen werden, soweit diese sich aus den statistischen Unterlagen nachweisen läßt. Der Überblick erstreckt sich grundsätzlich auf den Zeitraum von 1949 - 1962. Als Quellen der Untersuchung kommen die Monatsberichte der Bank deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank, das statistische Handbuch der Bank deutscher Länder 1948 - 1954, die Jahresberichte der Verbände der Kreditwirtschaft sowie die Geschäftsberichte einzelner Institute in Betracht. Das in diesen Veröffentlichungen enthaltene Zahlenmaterial über das Eigenkapital sowie die Faktoren, die bei seiner Benutzung berücksichtigt werden müssen, sind zunächst zu charakterisieren.

I. Eigenkapitalpublizität der Kreditwirtschaft

1. Notenbankstatistik

Wie bereits ihre Vorgängerin ist auch die Deutsche Bundesbank berechtigt, "zur Erfüllung ihrer Aufgabe Statistiken auf dem Gebiet des Bank- und Geldwesens bei allen Kreditinstituten anzuordnen und durchzuführen"¹⁾. Im Rahmen der "Monatlichen Bilanzstatistik" werden alle Kreditinstitute, soweit sie berichtspflichtig sind, zur Meldung ihrer monatlich fortgeschriebenen Bilanzzahlen herangezogen²⁾.

1) § 18 BBkG; vgl. Art. III Ziffer 17 BdLG

2) § 25 KWG

Für alle Bankengruppen gilt mit Ausnahme der Teilzahlungskreditinstitute ein einheitlicher Vordruck für die monatlichen Meldungen (Formular 10 220). Zusätzlich wurden Richtlinien für die Meldungen der Kreditinstitute zur monatlichen Bilanzstatistik von der Bundesbank herausgegeben. Das Formular 10 220 enthält folgende Positionen, die für die Beurteilung des Eigenkapitals und der Eigenkapitalsurrogate von Bedeutung sind:

	- Beträge in Tsd DM -
30. Grund- oder Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben	(30)
31. Rücklagen nach § 10 KWG	(31)
32. Sonstige Rücklagen	(32)
33. Rückstellungen	(33)
34. Wertberichtigungen	(34)
a) darunter Sammelwert- berichtigungen	(34a)

Nach den Richtlinien ist grundsätzlich das Eigenkapital nach der letzten festgestellten Jahresbilanz auszuweisen. Der ausgewiesene Reingewinn, soweit seine Zuführung zum Eigenkapital beschlossen worden ist, muß dem Eigenkapital zugerechnet werden. Eine während des Geschäftsjahres vorgenommene Erhöhung oder Verminderung des Grund- oder Stammkapitals bzw. der Geschäftsguthaben ist bei den Eigenkapitalzahlen stets sofort zu berücksichtigen. Stille Einlagen sind nur dann dem Eigenkapital zuzurechnen, wenn sie bis zur vollen Höhe am Verlust teilnehmen oder wenn die Gesellschafter sich vertraglich verpflichtet haben, ihre Einlagen so lange nicht zurückzufordern, bis die Gläubiger des Instituts in voller Höhe befriedigt worden sind. Abweichend von den Richtlinien für die Aufstellung der Jahresbilanz ist die Sammelwertberichtigung in der "Monatlichen Bilanzstatistik" stets zu passivieren.

In den Sonderangaben zu den Grundsätzen über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute am Schluß des Berichtsschemas erfolgt eine Zusammenstellung des haftenden Eigenkapitals:

66. Haftendes Eigenkapital nach § 10 KWG

- | | |
|--|--------------|
| a) ausgewiesenes Eigenkapital
(Pos. 30+31 abzüglich Pos. 20+21
sowie 22a) 1) | (66a) |
| b) vom Bundesaufsichtsamt anerkanntes freies Vermögen | (66b) ,..... |
| c) nur für Kreditgenossenschaften:
Haftsummenzuschlag | (66c) |
| d) Gesamtbetrag des haftenden
Eigenkapitals (a+b+c) | (66d) |

Die Erhebungen beziehen sich jeweils auf das Monatsende, ihre Ergebnisse sind im allgemeinen etwa 4 bzw. 8 Wochen nach dem jeweiligen Stichtag verfügbar. Das anfallende Material wird im statistischen Teil der Monatsberichte unter "III.B.1." als **Z w i s c h e n b i l a n z d e r K r e d i t i n s t i t u t e** für die einzelnen Bankengruppen gesondert sowie für alle Bankengruppen insgesamt veröffentlicht. Dabei werden jedoch die in den Kreiszahlen 30 - 34 der Bilanzstatistik ermittelten Zahlen in zwei Spalten der veröffentlichten Tabellen zusammengefaßt:

- (1) Grund- oder Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben einschließlich Rücklagen nach § 10 KWG
- (2) Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen

Aus den Zwischenbilanzen der Monatsberichte läßt sich somit zwar heute aus Spalte 1 die Gesamthöhe des erkennbaren Bilanzeigenkapitals der Institutsgruppen, nicht jedoch

1) Pos.20 = Nicht eingezahltes Kapital
Pos.21 = Eigene Aktien (Geschäftsanteile)
Pos.22a = Ausgewiesener Verlust

dessen Aufteilung auf Grund- und Ergänzungskapital entnehmen. Das Gewährleistungskapital bleibt mit Ausnahme der ausstehenden Einzahlungen unberücksichtigt. Die Sammelwertberichtigungen als Eigenkapital-Surrogate sind aus dem zusammengefaßten Ausweis von un versteuerten Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen (Spalte 2) nicht zu ermitteln. Soweit in dieser Arbeit Eigenkapitalangaben aus den Zwischenbilanzen entnommen werden, beschränken sie sich deshalb auf die Spalte 1.

Von Juli 1948 bis Mai 1950 wurden wegen der mit der Umstellung zusammenhängenden ungeklärten Fragen nur die wichtigsten Bilanzpositionen statistisch erfaßt. Ab Juni 1950 liegen wieder vollständige Zwischenbilanzen vor¹⁾. Die Eigenkapitalpublizität in den Monatsberichten konnte im Juli 1949 mit der Angabe des geschätzten Eigenkapitals aufgenommen werden²⁾. In den ersten Jahren nach der Währungsreform gaben die Eigenkapitalziffern bei fast allen Banken das vorläufige Eigenkapital laut Umstellungsrechnung vom 21.6.1948 an. Die DM-Eröffnungsbilanzen konnten von den meisten Instituten erst in dem Zeitraum von 1950 - 1953 erstellt werden. Ab 1953 waren, soweit DM-Jahresbilanzen noch nicht vorlagen, in den Zwischenbilanzen die Werte der letzten internen Jahresbilanz auszuweisen. Dadurch sollte bei den Instituten, bei denen das endgültige DM-Eigenkapital zu diesem Zeitpunkt noch nicht feststand, eine wenigstens annähernd zutreffende Eigenkapitalangabe erreicht werden³⁾. Bei der Interpretation des Zahlenmaterials bis 1954 muß deshalb berücksichtigt werden, daß die Zunahme des Eigenkapitals teilweise auf Korrekturen durch den definitiven Eigenkapitalausweis beruht.

-
- 1) Vgl. Statistisches Handbuch der Bank deutscher Länder, Frankfurt/M. 1955, Methodische Erläuterungen, S. 287.
 - 2) Vgl. Die neuen Tabellen der Bankenstatistik, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder Juli 1949, S. 39.
 - 3) Vgl. Statistisches Handbuch der BdL, S. 287.

Von Bedeutung ist die Frage, inwieweit die publizierten Eigenkapitalangaben der Zwischenbilanzen für die Kreditinstitute als repräsentativ gelten können¹⁾. Innerhalb des Zeitraumes von 1949 - 1962 wurde die Berichtspflicht in räumlicher und sachlicher Hinsicht mehrfach neu abgegrenzt. Während ursprünglich nur die Kreditinstitute des Bundesgebietes erfaßt wurden, erfolgte erstmals im Monatsbericht Mai 1958 die Einbeziehung der Zahlen der in West-Berlin tätigen Institute. Erstmals im Monatsbericht März 1960 wurden außerdem die Kreditinstitute des Saarlandes erfaßt. Im ersten Falle erfolgte eine Rückrechnung der Zahlenwerte für "alle Bankengruppen" bis 1949, für die einzelnen Institutsgruppen blieb es jedoch bei einer Rückrechnung bis Dezember 1956, so daß die Zahlenreihen nur teilweise vergleichbar sind. Bei der Einbeziehung des Saarlandes wurden die Zahlenreihen im Dezember 1959 verknüpft, ohne daß eine Parallelrechnung aufgestellt wurde. In sachlicher Beziehung sind seit der veränderten Regelung der Berichtspflicht im Oktober 1951 grundsätzlich alle Kreditinstitute berichtspflichtig. Ende Dezember 1962 wurden zur monatlichen Bilanzstatistik sämtliche Großbanken, Staats-, Regional- und Lokalbanken, Spezial-, Haus- und Branchenbanken, Sparkassen und Girozentralen, Zentralkassen, Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten herangezogen²⁾. Es fehlten 14 Privatbankiers aus dem Hamburger Raum, die fast ausschließlich Effektenkommissionsgeschäfte betreiben und deren Bilanzsummen unter 500 000 DM liegen. Nicht einbezogen wurden ferner 5 gewerbliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsummen ebenfalls eineinhalbe Million nicht überschreiten. Eine besondere Regelung wurde schließlich für die ländlichen Kreditgenossenschaften getroffen. Bis einschließlich Dezember 1954 waren nur diejenigen Raiffeisen-Kreditgenossenschaften

1) Vgl. Esenwein-Rothe, I., Die Struktur des Bankwesens als Gegenstand wirtschaftsstatistischer Analyse, Berlin 1959, S. 287 f.

2) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juni 1963, S. 94

berichtspflichtig, die zum 31.3.1948 eine Bilanzsumme von 2 Mio RM und mehr hatten. Damit blieben rd. 9.000 Institute von der monatlichen Meldung befreit. Von Januar 1955 bis November 1962 wurden dagegen alle ländlichen Kreditgenossenschaften erfaßt, deren Bilanzsumme am 31.12.1953 500.000 DM und mehr betrug. Seit Dezember 1962 sind nur noch diejenigen Institute meldepflichtig, deren Bilanzsumme am 31.12.1961 2 Mio DM und mehr erreichte. 9.109 ländliche Kreditgenossenschaften blieben damit Ende 1962 außerhalb der monatlichen Bilanzstatistik der Bundesbank. Daraus ergeben sich Abweichungen zwischen den Eigenkapitalwerten der Zwischenbilanzen für ländliche Kreditgenossenschaften und den Angaben des Deutschen Raiffeisenverbandes für die Gesamtheit der Raiffeisen-Kreditgenossenschaften. Bei der Benutzung der Eigenkapitalzahlen der Zwischenbilanzen muß beachtet werden, daß jede Zunahme der berichtspflichtigen Institute in einer Gruppe zu einer Erhöhung, jede Verminderung zu einer Herabsetzung der ausgewiesenen Eigenkapitalsummen führt und damit die zeitliche Vergleichbarkeit stören kann. Die Eigenkapitalzahlen der Zwischenbilanzen wurden von der Bank deutscher Länder in ihren Geschäftsberichten durch eine jährliche Berichterstattung über die Veränderungen des Eigenkapitals und der Bilanzsummen einzelner Bankengruppen ergänzt. Erstmalig seit der Währungsreform enthält der Geschäftsbericht für 1953 Angaben über das Eigenkapital in absoluten Beträgen für den 31.12.1951 und den Jahresultimo der beiden folgenden Jahre jeweils für alle berichtenden Kreditinstitute, die Kreditbanken, den Sparkassensektor und den Genossenschaftssektor¹⁾. Im Geschäftsbericht für 1964 werden die gleichen Zahlenwerte für das Jahresende 1951 - 1954 gegeben, wobei auch der Sektor der Realkreditinstitute einbezogen wird.²⁾ Abweichend

1) Vgl. Geschäftsbericht der BdL für 1953, S. 60

2) Vgl. Geschäftsbericht der BdL für 1954, S. 68

von den vorausgehenden Geschäftsberichten enthält die Veröffentlichung von 1955 keine Tabelle mehr über die Eigenkapitalentwicklung, kommentiert aber im Text die Veränderungen bei den einzelnen Gruppen¹⁾. Der Geschäftsbericht für 1956 stellt die Entwicklung des Eigenkapitals von 1953 - 1956 wiederum in Tabellenform dar, und zwar neben absoluten Zahlen auch in Gliederungszahlen (Eigenkapital in v.H. der Bilanzsumme)²⁾. Bereits 1955 hatte das Statistische Handbuch der Bank deutscher Länder 1948 - 1954 den Anfang damit gemacht, wichtige Bilanzpositionen, darunter "Grund- oder Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben und Rücklagen nach § 11 KWG", in Prozenten der Bilanzsumme von Ende Dezember 1954 anzugeben³⁾.

Diesen Weg der Strukturuntersuchungen ist die Bundesbank weitergegangen, wohingegen sie die jährliche Eigenkapitalpublizität in den Geschäftsberichten nicht fortgesetzt hat. In den Monatsberichten vom März 1961 veröffentlichte sie eine Untersuchung über die Stellung der einzelnen Institutsgruppen im deutschen Banksystem⁴⁾. Einbezogen wurden alle Bankengruppen in der Bundesrepublik (einschließlich Westberlin, ausschließlich Saarland) mit typischem Geschäftsbankencharakter, d.h. die Gruppe der Kreditbanken mit den Großbanken, Staats-, Regional- und Lokalbanken, Privatbankiers sowie den Spezial-, Haus- und Branchebanken, der Sparkassen- und der Genossenschaftssektor sowie die Gruppe der Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten. Abweichend von den Zwischenbilanzen wurden die Zahlen für den ländlichen Genossenschaftsbereich vollständig erfaßt, d.h. um die Daten der nicht zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden ländlichen Kreditgenossenschaften erweitert und außerdem die sonst unter Kreditinstituten

1) Vgl. Geschäftsbericht der BdL für 1955, S. 67

2) Vgl. Geschäftsbericht der BdL für 1956, S. 67

3) Vgl. Statistisches Handbuch der BdL, S. 58

4) Vgl. S. 28-45

mit Sonderaufgaben erscheinenden Spitzeninstitute der Sparkassen- und Genossenschaftsorganisation den jeweiligen Sektoren zugerechnet. Die Untersuchung umfaßt den Zeitraum von 1950 bis 1960. Sie enthält das Eigenkapital (Grund- und Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben einschließlich Rücklagen nach § 11 KWG) der Bankengruppen für Ende 1950, 1952, 1954, 1956, 1958 und 1960 in absoluten Zahlen sowie in Prozenten des Geschäftsvolumens¹⁾.

Im Anschluß an dieses generelle Strukturbild veröffentlichte die Bundesbank Analysen einzelner Bankengruppen. So erschien in den Monatsberichten vom November 1961 eine Untersuchung über "Die Stellung der Privatbankiers im deutschen Kreditgewerbe"²⁾. Sie enthält eine vergleichende Tabelle über die haftenden Mittel³⁾ bei den Kreditbanken und den Privatbankiers jeweils in Prozenten der Bilanzsumme und der kurz- sowie mittelfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private für den Zeitraum 1950 - 1960. Angaben über die absolute und relative Eigenkapitalausstattung der Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten Ende 1962 sowie über die Entwicklung des Eigenkapitals in Prozenten des Schuldschreibungsumlaufs und der Bilanzsumme der privaten Hypothekenbanken von 1950 bis 1962 enthält ein in den Monatsberichten vom April 1963 erschienener Aufsatz über "Die Entwicklung der privaten Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten seit Ende 1950"⁴⁾. In den Monatsberichten vom September 1963 wurde über "Die Entwicklung der gewerblichen Kreditgenossenschaften seit Ende 1950" mit Angabe des haften-

1) "Bilanzsumme", "Den Kreditnehmern abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf", "Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln", "Aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel"

2) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, November 1961, S. 11-23

3) Geschäftsguthaben einschließlich Rücklagen nach § 11 KWG, nachgewiesenes freies Vermögen, steuerrechtlich zugelassene Sammelwertberichtigungen

4) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank April 1963, S. 13-25

den Eigenkapitals getrennt nach Geschäftsguthaben, Rücklagen und Haftsummenzuschlag für die Jahre 1950, 1954, 1958, 1960 und 1962 in absoluten und relativen Zahlen berichtet¹⁾.

2. Verbandsstatistik

Als weitere wichtige Quelle für Eigenkapitalangaben können die Jahresberichte der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände angesehen werden. Im Rahmen der Rechenschaftslegung über die erfolgte Eigenkapitalneubildung der Kreditbanken seit der Währungsreform und die dabei aufgetretenen Probleme enthalten die Geschäftsberichte des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes der Jahre 1951 bis 1955 Angaben über den prozentualen Anteil des Eigenkapitals bei den Kreditbanken und ihren Untergruppen gemessen an den Einlagen bzw. der Bilanzsumme²⁾. In den letzten Jahren wurden Eigenkapitalziffern in den Geschäftsberichten nicht mehr veröffentlicht. Eine relativ umfangreiche Eigenkapitalpublizität findet sich in den Jahrbüchern der beiden Genossenschaftsverbände³⁾. Das Tabellenwerk der Jahrbücher des Deutschen Genossenschaftsverbandes enthält Angaben über die Geschäftsguthaben sowie die Rücklagen nach § 10 KWG für die 5 gewerblichen Zentralkassen seit 1948 in absoluten Beträgen⁴⁾. Ferner werden die Geschäftsguthaben und die Rücklagen nach § 10 KWG für die Volksbanken (einschließlich Beamtenbanken) seit 1948⁵⁾ in absoluten Zahlen und in

1) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank September 1963, S. 9-19

2) Vgl. Bericht für das Geschäftsjahr 1951, S. 28; 1953, S. 64; 1954, S. 74; 1955, S. 77

3) Vgl. Jahrbücher des Deutschen Genossenschaftsverbandes 1948 ff.; Jahrbücher des Deutschen Raiffeisenverbandes 1945/48 ff.

4) Mit Vergleichszahlen von 1936

5) Mit Vergleichszahlen vom 1937

Relation zur Bilanzsumme angegeben. Auf den Jahresultimo des Berichtjahres werden jeweils absolut und relativ die Geschäftsguthaben sowie die Rücklagen der Volksbanken in den einzelnen Verbandsbezirken ermittelt. Diese Ergebnisse stellen eine Zusammenfassung der in Sonderbänden "Statistik der Kreditgenossenschaften" wiedergegebenen Einzelergebnisse dar. In Schaubildern und graphischen Darstellungen zur Geschäftsentwicklung der Volksbanken wird die Eigenkapitalbildung seit der Währungsreform veranschaulicht, die im Textteil jeweils ausführlich kommentiert wird. In diesem Zusammenhang wird die absolute und relative Höhe der Eigenkapitalausstattung per Ende Dezember des Berichtsjahres, die Zuwachsrate des Eigenkapitals gegenüber dem Vorjahre, die Höhe der ausstehenden Einzahlungen auf Geschäftsanteile, die Gesamtsumme der Haftsummen und die Gesamtsumme des Haftsummenzuschlags angegeben.

In den Jahrbüchern des Deutschen Raiffeisenverbandes beginnt die Berichterstattung über die Geschäftsguthaben sowie die Rücklagen der 12 ländlichen Zentralkassen¹⁾ seit der Währungsreform erstmals 1951. Eine Gesamtbilanzstatistik der rd. 11.000 ländlichen Kreditgenossenschaften konnte erst nach Bestätigung der vorläufigen Umstellungsrechnungen und der Erfassung der DM-Bilanzen erstellt werden. Sie ist erstmals in dem Jahrbuch für 1954 enthalten. Ab 1955 liegen absolute Eigenkapitalzahlen für Geschäftsguthaben und Rücklagen getrennt vor. Außerdem wird seither das gesamte haftende Eigenkapital gesondert angegeben. Aufschlußreich ist der Ausweis des Eigenkapitals der ländlichen Kreditgenossenschaften nach Bilanzgrößenklassen, wie er in der Tabelle enthalten ist, die die Gesamtbilanz nach Bilanzsummengruppen aufteilt. Ab 1957 wird die Gesamtbilanz für die Jahre 1938, 1949 ff. mit absoluten und relativen Eigenkapitalangaben im Textteil veröffentlicht. Eine Kommentierung der Eigenkapitalbildung des Berichtsjahres unter Verwendung

1) Ab Ende 1957 kommt die Zentralkasse Saarländischer Genossenschaften eGmbH dazu

von Strukturzahlen findet sich in den Jahrbüchern seit 1953. Ausführliches Zahlenmaterial über die Mitgliederbewegung, die Haftsummen und Geschäftsguthaben sowie die Eigenmittel der gewerblichen und ländlichen Kreditgenossenschaften wird in den "Vergleichszahlen über die Entwicklung der Genossenschaften im Bundesgebiet" veröffentlicht, die in den Geschäftsberichten der Deutschen Genossenschaftskasse enthalten sind.

Die Jahresberichte des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes enthalten die Rücklagen nach § 10 KWG der Sparkassen in absoluten Beträgen sowie bezogen auf die Bilanzsumme¹⁾. Das Zahlenmaterial ist den Meldungen zur monatlichen Bilanzstatistik für den jeweiligen Jahresultimo entnommen und nach Verbandsbezirken gegliedert. Über die Eigenkapitalentwicklung bei Sparkassen und Girozentralen werden im Textteil der Berichte gelegentlich weitere Angaben gemacht²⁾. Keine Eigenkapitalziffern enthalten die statistischen Angaben der Berichte des Verbandes öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten sowie der statistische Teil der Berichte des Verbandes privater Hypothekenbanken.

3. Angaben in Geschäftsberichten

Schließlich kommen die jährlich herausgegebenen Geschäftsberichte einzelner Kreditinstitute als Quelle für Eigenkapitalangaben in Betracht. Im Hinblick auf die Publizität von Jahresabschlüssen sollen nach Birck³⁾ drei verschiedene Gruppen von Kreditinstituten unterschieden werden:

1. Nicht publizitätspflichtig sind Privatbankiers
2. Beschränkt publizitätspflichtig sind Banken in der Rechtsform der GmbH. Sie müssen nach § 41 Abs. 3 GmbHG lediglich ihre Jahresbilanz, nicht jedoch die Jahreserfolgsrechnung veröffentlichen.

1) Vgl. Jahresberichte des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1949 ff.

2) Vgl. z.B. Jahresbericht 1955, S. 28

3) Vgl. Birck, a.a.O., S. 9

3. Voll publizitätspflichtig sind Kreditbanken in der Rechtsform der Aktiengesellschaft, Hypotheken- und Schiffspfandbriefbanken, Genossenschaftsinstitute, Sparkassen und Girozentralen, öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten und alle übrigen öffentlichen Kreditinstitute.

Die volle Publizitätspflicht erstreckt sich auf die Veröffentlichung des Jahresabschlusses (Bilanz und Erfolgsrechnung). Ferner haben nahezu alle Kreditinstitute einen Geschäftsbericht¹⁾ aufzustellen und in geeigneter Weise bekannt zu geben. Im Vergleich zum Jahresabschluß gilt der Geschäftsbericht deshalb als schwächeres Publizitätsmittel, weil bei ihm keine unmittelbare Veröffentlichungspflicht besteht²⁾. Angaben über das Eigenkapital enthalten die Jahresbilanzen. Sie werden zusammengefaßt und erläutert durch die Geschäftsberichte des Vorstandes.

Der Eigenkapitalausweis der publizitätspflichtigen Kreditinstitute in der Jahresbilanz richtet sich nach den Bilanzformblättern³⁾. Formblatt 1 sieht für Kreditinstitute in der Rechtsform der AG, KGaA und GmbH den Ausweis folgender Positionen vor:

-
- 1) Gemeint ist der Geschäftsbericht des Vorstandes im aktienrechtlichen Sinne. Er beruht bei den Aktienbanken auf § 127 AktG, bei den Genossenschaftsinstituten auf § 33 GenG bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten auf speziellen Gesetzen und/oder Satzungsbestimmungen. Befreit von der Aufstellung eines Geschäftsberichts sind Privatbankiers sowie GmbH-Banken. Der Geschäftsbericht im gesetzlichen Sinne ist zu unterscheiden von dem jährlich herausgegebenen Rechenschaftsbericht der publizitätspflichtigen Kreditinstitute, der ebenfalls die Bezeichnung "Geschäftsbericht" trägt, jedoch neben dem Geschäftsbericht des Vorstandes den Bericht des Aufsichtsrats, die Jahresbilanz, die Jahreserfolgsrechnung und weitere Informationen über die Verwaltung, das Zweigstellennetz u.a. enthält.
 - 2) Vgl. Birck, H., a.a.O., S. 511 und 528; Adler-Düring-Schmalz a.a.O., § 128 Tz 2, 18, 19
 - 3) Vgl. Consbruch, J.-Möller, A., a.a.O., S. 268 ff.

- II/6 : Grund- oder Stammkapital
- II/7 : Rücklagen nach § 10 KWG
 - a) gesetzliche Rücklagen
 - b) sonstige
- II/8 : Sonstige Rücklagen
- II/13: Reingewinn

Formblatt 2 für Kreditinstitute in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft sowie für Zentralkassen in der Rechtsform der Aktiengesellschaft enthält folgende Angaben über das Eigenkapital

- II/6 : Geschäftsguthaben
 - a) der verbleibenden Mitglieder
 - b) der ausscheidenden Mitglieder
- II/7 : Rücklagen nach § 10 KWG
 - a) gesetzliche Rücklagen
 - b) sonstige
- II/8 : Sonstige Rücklagen
- II/13 : Reingewinn

Auf der Passivseite müssen die Genossenschaftsinstitute unter dem Bilanzstrich ferner berichten über:

II/18: Mitgliederbewegung

	Zahl d. Mitgl.	Anzahl der Geschäftant.	Haftsumme DM
Anfang 19..			
Zugang 19..			
Abgang 19..			
Ende 19..			

- II/19: Die Geschäftsguthaben haben sich im Geschäftsjahr
 - vermehrt um DM
 - vermindert um DM

- II/20: Die rückständigen und fälligen Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile betragen DM

- II/21: Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr
 - vermehrt um DM
 - vermindert um DM

II/22: Höhe des einzelnen Geschäftsanteils	DM
II/23: Höhe der Haftsumme je Geschäftsanteil	DM

Formblatt 4 für Sparkassen schreibt folgende Eigenkapitalpositionen vor:

II/6	: Rücklagen nach § 10 KWG
	a) Sicherheitsrücklage
	b) sonstige
II/7	: Sonstige Rücklagen
II/12	: Reingewinn

Formblatt 6 gliedert den Eigenkapitalausweis von Hypothekenbanken wie folgt:

II/7	: Grundkapital
II/8	: Rücklagen nach § 10 KWG und nach § 7 HypBKG
	a) gesetzliche Rücklage
	b) Rücklagen nach § 7 HypBKG
	c) andere Rücklagen
II/10	: Sonstige Rücklagen
II/15	: Reingewinn

Formblatt 8 enthält für öffentlich-rechtliche Kreditanstalten folgende Eigenkapitalangaben:

II/8	: Kapital
II/9	: Rücklagen nach § 10 KWG
	a) gesetzliche Rücklagen
	b) sonstige
II/10	: Sonstige Rücklagen
II/16	: Reingewinn

Als Korrekturposten zum Eigenkapital treten "Nicht eingezahltes Kapital" (I/19 Formblatt 1), "Eigene Aktien" (I/20 Formblatt 1; I/16 Formblatt 6) und "Reinverlust" (I/24 Formblatt 1; I/21 Formblatt 2 ; I/20 Formblatt 4; I/19 Formblatt 6; I/24 Formblatt 8) auf. Diese Angaben werden bei den meisten Kreditinstituten als Leerpositionen gezeigt. Von geringer

praktischer Bedeutung ist ferner die Position "Sonstige Rücklagen". In sie werden nur diejenigen zweckgebundenen Rücklagen eingestellt, die erst bei ihrer Auflösung zu versteuern sind¹⁾. Aus der Eigenkapitalermittlung scheidet außerdem die Position "Reingewinn" aus, wenn sie lediglich in Höhe des Ausschüttungsbetrages dotiert wurde. Aus den veröffentlichten Jahresbilanzen entnommen werden kann somit das Bilanzeigenkapital des jeweiligen Stichtages, untergliedert nach Grundkapital im weiteren Sinne und Rücklagen. Aus den zusätzlichen Angaben der Genossenschaftsinstitute lassen sich Schlüsse über die Eigenkapitalbildung des Berichtjahres ziehen. Die Eigenkapitalberichterstattung in den Jahresbilanzen entspricht insoweit etwa den Angaben der Zwischenbilanzen, trennt jedoch zwischen Kapital und Rücklagen. Bei relativen Eigenkapitalvergleichen ist zu berücksichtigen, daß die Bilanzsumme in der Zwischenbilanz per Ende Dezember höher ist als in den addierten Jahresbilanzen einer Gruppe oder Untergruppe. In den Zwischenbilanzen fehlen nämlich die Jahresabschlußbuchungen sowie gewisse Kompensationen, die zwischen Debitoren und Einlagen vorgenommen werden. Ferner werden die Sammelwertberichtigungen in den Zwischenbilanzen stets passiviert, während sie in den Jahresbilanzen überwiegend von der Aktivseite abgesetzt werden.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes, der sich bei allen Bankengruppen nach den aktienrechtlichen Vorschriften richtet, ist in Lage- und Erläuterungsbericht gegliedert²⁾. Im Lagebericht soll insbesondere der Geschäftsverlauf und die allgemeine wirtschaftliche Situation des Kreditinstituts dargestellt werden. Die Kreditinstitute gehen in diesem Zusammenhang zumeist auf die Entwicklung des Geschäftsvolu-

1) Z.B. Rücklagen für Ersatzbeschaffung gem. Abschn. 35 EStR

2) § 128 I und II AktG; vgl. Birck, H., a.a.O., S. 513 ff.

mens sowie von Aktiv-, Passiv- und Dienstleistungsgeschäften ein. Weiterhin erfolgen generelle Hinweise auf die Liquiditäts- und Ertragslage. Ein Teil der Institute berichtet bereits im Rahmen des Lageberichts über die Höhe der eigenen Mittel sowie ihre absolute und prozentuale Entwicklung. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung enthält der sogenannte Erläuterungsbericht. Er zeigt die Struktur von einzelnen Positionen des Jahresabschlusses und enthält zumeist zusätzliche Angaben über das Kredit- und Einlagengeschäft, die durch Schaubilder verdeutlicht werden. Wurde nicht bereits im Lagebericht auf den erreichten Stand der Eigenkapitalausstattung eingegangen, so finden sich Informationen über die Entwicklung von Kapital- und Rücklagenpositionen, Zuweisungen an die Rücklagen aus dem Jahresergebnis, eine Zusammenstellung des gesamten haftenden Eigenkapitals zum Bilanzstichtag sowie Hinweise auf die Entwicklung von Eigenkapitalrelationen im Erläuterungsbericht. Im Zusammenhang mit Tabellen und graphischen Darstellungen zur Entwicklung der Bilanzstruktur wird auch das Eigenkapital mit einbezogen. Die Kreditinstitute sind in den letzten Jahren in verstärktem Umfange dazu übergegangen, vergleichende Bilanzübersichten, die u.U. einen Zeitraum bis zur Währungsreform umfassen, in ihren Geschäftsberichten abzudrucken. Derartige Tabellen geben einen guten Aufschluß über die Neubildung des Eigenkapitals bei einzelnen Instituten. Zusätzlich hat eine Großbank eine Zehnjahresübersicht über die Entwicklung der eigenen Mittel in ihrem Geschäftsbericht für 1961 veröffentlicht. Das Zahlenmaterial der Jahresabschlüsse von Großbanken, Regionalbanken, Staatsbanken, größeren Volksbanken und Zentralkassen, Großsparkassen und Girozentralen, Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten wird durch die Fachpresse besprochen, die der Entwicklung der Eigenkapitalverhältnisse in den letzten Jahren ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat, und ihrerseits oft Zusammenstellungen über mehrere Jahre bringt und Eigenkapital-Kennziffern errechnet. Hinzuweisen

ist weiterhin auf den Wochendienst des Instituts für Bilanzanalysen in Frankfurt/Main, der die Jahresabschlüsse von rd. 50 inländischen Kreditaktienbanken, Hypothekenbanken und sonstigen Kreditinstituten auswertet und jährlich eine Untersuchung über rd. 30 analysierte Aktienbanken herausgibt. Für Aktienbanken, die an der Börse notiert werden, enthalten die Zulassungsprospekte detaillierte Angaben zur Eigenkapitalentwicklung.

II. Die absolute Entwicklung des Eigenkapitals bei den Bankengruppen

Die Eigenkapitalbildung bei allen Bankengruppen nahm seit der Währungsreform folgende Entwicklung¹⁾:

Eigenkapital aller Bankengruppen von 1949-1962 (in Mio DM)

1949	830,7
1950	1.148,4
1951	1.509,0
1952	2.049,4
1953	2.623,5
1954	3.055,2
1955	3.806,1
1956	4.572,7
1957	5.732,9
1958	6.813,6
1959 ⁺⁾	8.256,7
1960	9.652,6
1961	12.186,5
1962	13.834,0

+) ab Dezember 1959 einschließlich Saarland

Wie die Zahlenangaben zeigen, betrug das Eigenkapital aller berichtspflichtigen Kreditinstitute Ende 1962 etwa das Zwölfte der 1950 ausgewiesenen Mittel. Auf die in dieser Arbeit

1) Grund- oder Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben einschließlich Rücklagen nach § 10 KWG der Zwischenbilanzen. Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank Juni 1963, S. 85

einbezogenen Institutsgruppen entfallen von den 13,8 Mrd DM Eigenkapital Ende 1962 rd. 10,4 Mrd DM. Daran sind die Kreditbanken mit rd. 4 Mrd, der Sparkassensektor mit rd. 3,3 Mrd, der Genossenschaftssektor mit rd. 1,7 Mrd und die Realkreditinstitute mit rd. 1,4 Mrd DM beteiligt.

1. Kreditbanken

Eigenkapital der Kreditbanken von 1949-1962 (in Mio DM)¹⁾

Jahres ende	Kreditbanken insgesamt	Großbanken	St, R, L ²⁾	Pbs
1949	193,9	73,3	58,5	39,7
1950	239,9	75,2	87,6	52,8
1951	379,6	95,4	160,9	80,1
1952	665,4	311,0	189,2	88,9
1953	897,8	399,0	274,0	138,3
1954	996,8	428,8	339,3	156,3
1955	1.361,6	578,3	481,8	192,8
1956	1.689,1	738,6	572,8	239,7
1957	1.933,9	860,0	633,2	278,6
1958	2.265,6	1.037,5	733,4	318,2
1959 ⁺)	2.733,6	1.184,5	965,9	375,8
1960	3.162,2	1.346,5	1.170,7	435,1
1961	3.602,7	1.591,3	1.280,5	497,3
1962	4.004,3	1.682,7	1.508,7	555,3

+) erstm. einschl. Saarland

Die Kreditbanken liegen im Berichtszeitraum in der Zunahme des Eigenkapitals mit rd. 3,8 Mrd DM an der Spitze. Davon entfallen rd. 1,6 Mrd auf die 3 Großbanken, 1,5 Mrd auf die Staats-, Regional- und Lokalbanken, rd. 0,5 Mrd auf die Privatbankiers. Bezogen auf Ausgangsbasis 1949 betrug die Eigen-

- 1) Grund- oder Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben einschließlich Rücklagen nach § 10 KWG der Zwischenbilanzen 1948-1954: Statistisches Handbuch der Bank deutscher Länder, S. 141 ff.
1955-1958: Monatsberichte der BBk Mai 1959, S. 35 ff.
1959-1962: Monatsberichte der BBk Juni 1963, S. 85 ff.
- 2) Staats-, Regional- und Lokalbanken

kapitalausstattung 1962 bei den Kreditbanken insgesamt das 20-fache, bei den Staats-, Regional- und Lokalbanken das 26-fache, den Großbanken das 23-fache und den Privatbankiers das 14-fache.

2. Sparkassen und Girozentralen

Eigenkapital des Sparkassensektors von 1949-1962 (in Mio DM)¹⁾

Jahresende	Sparkassen	Girozentralen
1949	196,0	52,2
1950	207,6	59,5
1951	229,4	81,1
1952	246,7	120,3
1953	299,8	146,9
1954	367,0	189,8
1955	511,8	221,3
1956	722,1	250,8
1957	913,9	323,2
1958	1.106,6	376,7
1959 ^{+))}	1.389,7	488,3
1960	1.719,7	646,0
1961	2.044,5	727,2
1962	2.430,6	851,6

^{+))} einschließlich Saarland

Der Sparkassensektor konnte seine Eigenkapitalausstattung von 1949 bis 1962 um rd. 3 Mrd DM verstärken. Davon entfallen auf die Sparkassen rd. 2,2 Mrd und auf die Girozentralen rd. 0,8 Mrd DM. Im Vergleich zu 1949 war das ausgewiesene Eigenkapital der Sparkassen 1962 etwa 12 mal, das der Girozentralen etwa 16 mal so hoch.

1) Vgl. Fußnote 1S. 412

3. Kreditgenossenschaften und Zentralkassen

Eigenkapital des Genossenschaftssektors von 1949-1962 (in Mio DM)

Jahres- ende	Gewerbliche KGen	Ländliche KGen +)	Gewerbliche Zk.	Ländliche Zk.
1949	72,7	-	5,7	11,4
1950	94,6	36,6	8,3	21,9
1951	123,5	55,1	10,9	49,3
1952	155,7	71,9	12,0	58,5
1953	198,9	94,7	14,5	68,4
1954	233,3	115,2	20,5	73,9
1955	272,8	135,6	25,8	80,0
1956	316,5	163,3	30,4	84,7
1957	361,2	193,9	34,0	95,4
1958	413,0	225,2	40,5	109,8
1959 ⁺⁺)	479,6	262,5	49,4	131,0
1960	544,1	301,6	54,7	151,3
1961	615,3	347,8	60,2	183,7
1962	693,4	404,9	73,9	201,3

+) nur Teilerhebung

++) einschließlich Saarland

Der Genossenschaftssektor bildete von 1949 bis 1962 knapp 1,5 Mrd DM neues Eigenkapital, wobei jeweils rd. 0,6 Mrd auf gewerbliche und ländliche Kreditgenossenschaften und rd. 0,25 Mrd auf die Zentralkassen entfiel. Das ausgewiesene Eigenkapital erreichte 1962 bei den ländlichen Kreditgenossenschaften etwa das 18,5-fache, bei den ländlichen Zentralkassen das 18-fache, bei den gewerblichen Zentralkassen das 12,7-fache und bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften das 9,5-fache der Ausgangsbeträge.

1) Vgl. Fußnote 1S.412

Ländliche Kreditgenossenschaften

Eigenkapital aller ländlichen Kreditgenossenschaften
von 1949 - 1962 (in Mio DM) ^{1) 2)}

Jahresende

1949	103,1
1950	109,2
1951	124,8
1952	160,2
1953	197,6
1954	236,6
1955	280,6
1956	333,1
1957	399,0
1958	466,5
1959	540,2
1960	626,1
1961	719,4
1962	776,5

-
- 1) Geschäftsguthaben und Rücklagen nach § 10 KWG
einschließlich Hannoversche Landwirtschaftsbank AG;
Land-Kreditbank Schleswig-Holstein AG, Kiel;
Süddeutsche Landwirtschaftsbank GmbH, Stuttgart
- 2) Ab 1957 einschließlich Saarland
ab 1960 einschließlich Land- und Pachtbanken eGmbH, Bonn;
1949-1956: Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes
für 1957, S. 38
1957-1962: Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes
für 1962, S. 51

4. Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten

Eigenkapital der Realkreditinstitute von 1949-1962 (in Mio DM)¹⁾

Jahres-	Private Hypothekenbanken	Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten
1949	37,4	103,8
1950	64,6	167,2
1951	79,8	153,5
1952	91,1	108,1
1953	109,2	300,2
1954	127,7	351,3
1955	175,5	447,0
1956	221,7	458,3
1957	253,9	477,1
1958	316,4	509,7
1959 ⁺)	389,0	538,3
1960	480,4	564,9
1961	566,9	611,1
1962	652,8	671,1

+) einschließlich Saarland

Die privaten und die öffentlich-rechtlichen Realkreditinstitute wiesen Ende 1962 in etwa die gleiche Eigenkapitalausstattung aus. Die privaten Hypothekenbanken bildeten seit 1949 0,62 Mrd, die öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten 0,57 Mrd DM neues Eigenkapital. Bezogen auf die Ausgangsposition machte das Eigenkapital 1962 das 18- bzw. 6,5-fache aus.

1) Vgl. Fußnote 1 S. 412

III. Die relative Entwicklung des Eigenkapitals bei den Bankengruppen

Eigenkapital in v.H. der Bilanzsumme bei den Bankengruppen von 1950 - 1962

Jahres- ende	Kreditbanken insg. Großban- ken	Sparkassen Sparkas- sen	Giro- zentralen	gewerbli. KG(1)	ländliche KG(2)	gewerbli. Zk	Realkreditinstitute ö.r.Grund- kredit- banken anstalt.					
1950	2,0	1,2	3,8	2,7	1,5	6,6	4,1	6,1	4,8	3,8	6,1	13,0
1951	2,3	1,2	4,5	2,4	1,6	7,0	5,3	6,3	5,9	6,9	5,6	6,7
1952	3,3	3,2	4,3	2,0	1,8	7,0	5,6	6,4	3,5	7,4	4,5	5,6
1953	3,9	3,4	5,8	1,9	1,7	7,2	5,8	6,3	3,4	7,0	3,7	6,5
1954	3,7	3,1	6,0	1,8	1,7	6,8	5,6	4,0	6,4	2,6	2,6	5,7
1955	4,1	3,7	6,4	2,1	1,6	6,9	5,5	5,8	4,6	5,9	2,7	5,8
1956	4,6	4,0	7,2	2,5	1,7	7,0	5,8	6,0	4,3	5,7	3,3	5,1
1957	4,5	4,1	7,2	2,7	1,6	6,7	5,9	6,1	4,0	5,0	3,0	4,7
1958	4,8	4,6	7,5	2,7	1,6	6,4	5,7	6,0	3,6	4,6	3,0	4,4
1959	4,9	4,5	7,5	2,9	1,9	6,4	5,6	5,8	4,0	4,3	3,0	3,9
1960	5,1	4,8	7,3	3,1	2,2	6,4	5,6	5,8	4,2	4,4	3,3	3,6
1961	5,1	5,0	7,3	3,2	2,1	6,2	5,5	5,8	3,5	4,6	3,3	3,4
1962	5,4	5,2	7,8	3,4	2,2	6,2	5,4	5,4	3,6	4,4	3,4	3,3

(1) soweit im Rahmen der Bilanzstatistik erfaßt

(2) sämtliche ländlichen Kreditgenossenschaften

Quellen: Zahlenwerte errechnet nach Angaben des Statistischen Handbuchs der Bank deutscher Länder, S. 141 ff.; der Monatsberichte der Deutschen Bundesbank Mai 1959, S. 35 ff. und Juni 1963, S. 85 ff. sowie der Berichte der Deutschen Genossenschaftskasse 1957, S. 52 und 1962, S. 52

Gemessen an ihrem Bilanzvolumen ergab die Eigenkapitalausstattung der Institutsgruppen Ende 1962 folgendes Bild:

über 5 v.H. bis unter
8 v.H. der Bilanzsumme

1. Privatbankiers
2. Gewerbliche Kreditgenossenschaften
3. Ländliche Kreditgenossenschaften
4. Großbanken

über 3 v.H. bis unter
8 v.H. der Bilanzsumme

5. Ländliche Zentralkassen
6. Gewerbliche Zentralkassen
7. Sparkassen
8. Private Hypothekenbanken
9. Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten

über 2 v.H. bis unter
3 v.H. der Bilanzsumme

10. Girozentralen
-

In dem Zeitraum von 1950 - 1962 vermochten die Kreditbanken und der Sparkassensektor ihren Eigenkapitalanteil am Bilanzvolumen zu erhöhen, der Genossenschaftssektor hat seinen Anteil behauptet, während die Realkreditinstitute mit der stürmischen Ausweitung ihrer Bilanzsummen hinsichtlich der Eigenkapitalbildung nicht Schritt halten konnten.

B. Die Möglichkeiten der externen Eigenkapitalbildung

I. Begriff und Wesen der externen Eigenkapitalbildung

Zusätzliches Eigenkapital kann grundsätzlich in zwei Formen bereitgestellt werden:

- (1) Finanzierungsmittel werden dem Kreditinstitut durch die wirtschaftlichen Eigentümer von außen zugeführt;
- (2) Finanzierungsmittel des Kreditinstituts, denen Auszahlungsansprüche Dritter nicht mehr gegenüberstehen, werden nicht an die wirtschaftlichen Eigentümer ausgeschüttet, sondern verbleiben dem Kreditinstitut.

Nach der Herkunft der Finanzierungsmittel kann dabei zwischen externer und interner Kapitalbildung unterschieden werden, da einmal die Mittel von außen neu in das Institut gelangen, zum anderen sich bereits im Institut befinden. Um Eigenkapital handelt es sich deshalb, weil im ersten Falle die Einlagen mit der ausdrücklichen Beteiligungsabsicht der Kapitalgeber verbunden sind und im zweiten Falle Gewinne erzielt wurden, die grundsätzlich den Kapitaleignern zustehen.

Die externe Zuführung von Eigenkapital, die wir zunächst betrachten wollen, wird von der Mehrzahl der betriebswirtschaftlichen Autoren als *E i g e n f i n a n z i e r u n g* bezeichnet, während bei der innerbetrieblichen Eigenkapitalbildung von Selbstfinanzierung gesprochen wird¹⁾. Doch finden sich auch in der neueren Literatur für diese Finanzierungsvorgänge erhebliche terminologische Unterschiede. So bezeichnet beispielsweise Deutsch²⁾ die gesamte interne und externe Eigenkapitalaufbringung als Eigenfinanzierung, benutzte diesen Begriff also im weiteren Sinne. Andererseits belegt die Bundesbank³⁾ die Nichtentnahme vom Gewinn mit der Bezeichnung Eigenfinanzierung, verwendet diesen Begriff demnach für die interne Eigenkapitalbildung, die üblicherweise als Selbstfinanzierung bezeichnet wird. Andere Autoren knüpfen an die Finanzierungsterminologie Schmalenbachs an und vermeiden den Begriff der Eigenfinanzierung ganz⁴⁾.

-
- 1) Vgl. z.B. Beckmann, L., Finanzierung, in: HdB 3.Aufl. (1958) Bd. II, Sp. 1832; Beckmann, L., Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, S. 35 f.; Thiess, E., Kurz- und mittelfristige Finanzierung, Wiesbaden 1958, S. 8; Gutenberg, E., Einführung, S. 116 f.; Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 56; Schäfer, E., Die Unternehmung, S. 51 f.
 - 2) Vgl. Deutsch, P., a.a.O., S. 19
 - 3) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Februar 1962, S. 8
 - 4) Vgl. z.B. Hax, K., Möglichkeiten und Grenzen der Selbstfinanzierung, S. 119; Hax, K., Die langfristigen Finanzdispositionen, S. 471

Schmalenbach¹⁾ unterscheidet zwischen Selbst- und Fremdfinanzierung. Die externe Zufuhr von Eigenkapital ist nach seiner Auffassung Selbstfinanzierung, wenn es sich um neue Kapitaleinlagen des Unternehmers handelt, sie gehört zur Fremdfinanzierung, wenn Beteiligungskapital über den Kapitalmarkt beschafft wird. Diese wenigen Ausführungen mögen genügen, um zu zeigen, daß die Termini "Eigenfinanzierung" und "Selbstfinanzierung" in Theorie und Praxis immer noch unterschiedlich verwendet werden und wegen ihrer fehlenden sprachlichen Prägnanz auch kaum geeignet sind, unterschiedliche Sachverhalte zu bezeichnen. In Übereinstimmung mit der gegenwärtigen Begriffsbildung im Finanzierungs-bereich, wo zwischen Außen- und Innenfinanzierung unterschieden wird, erscheint es unmißverständlich, von externer bzw. interner Eigenkapitalbildung zu sprechen²⁾. Die außerbetrieblichen Quellen, die ein Kreditinstitut hat, um eigene Mittel zur Erstaussstattung und Erweiterung der vorhandenen Kapitalbasis heranzuziehen, sind in erster Linie von der Rechtsform des Instituts abhängig. Zwar werden die Mittel ex definitione in jedem Falle von den wirtschaftlichen Eigentümern aufgebracht, doch kann dieser Kreis eng oder weit sein. Bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten beschränkt sich die Zahl der Eigenkapitalgeber auf den oder die Gewährträger, bei Privatbankfirmen in der Rechtsform der Einzelfirma und OHG rekrutiert er sich aus dem Inhaber bzw. den persönlich haftenden Gesellschaftern, wozu bei den als KG geführten Privatbankiers noch die Kommanditisten treten. Bei den Genossenschaftsinstituten ist die Mitgliederzahl zwar rechtlich unbeschränkt, doch ist mit der Übernahme zugleich eine sich auf

1) Vgl. Schmalenbach, E., Die Beteiligungsfinanzierung, 8. Aufl. Köln und Opladen 1954, S. 11 ff.

2) Verwendung finden die Begriffspaare: Innenfinanzierung - Außenfinanzierung (Statistisches Bundesamt, Lohmann); Interne Finanzierung - externe Finanzierung (Hax); Endogene Finanzierung - exogene Finanzierung (Grochla). Vgl. Statistisches Bundesamt, Abschlüsse der Aktiengesellschaften; Lohmann, M., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 3. Aufl. Tübingen 1959, S. 178 ff.; Hax, K., Die langfristigen Finanzdispositionen, S. 471; Grochla, E., Finanzierung, in: HdSw 3. Bd. (1961), S. 608 ff.; Hürle, D., a.a.O., S. 19 f.

die Haftsumme bzw. das gesamte Vermögen erstreckende Nachschußpflicht im Konkursfalle verbunden. Zugang zum organisierten Kapitalmarkt und damit die Möglichkeit, sich an einen großen Kreis von Kapitalgebern zu wenden, von denen weder eine persönliche Haftung noch eine aktive Mitarbeit in der Geschäftsführung verlangt wird, haben Aktienbanken, die an der Börse eingeführt sind. Je größer die Zahl der Kapitalgeber, desto besser werden im allgemeinen die Möglichkeiten der externen Eigenkapitalbildung sein, wenn auch die eigene Kapitalkraft des einzelnen unterschiedlich sein kann. Richtet sich somit die Anzahl der möglichen Teilhaber nach der Rechtsform des Kreditinstituts, so sind auch die Formen der Beteiligung von der rechtlichen Gestaltung der Bankengruppen abhängig. Die verschiedenartige Rechtsstruktur, die schon bei der Festlegung des Begriffes "haftendes Eigenkapital" Schwierigkeiten bereitet, verhindert auch eine einheitliche Darstellung der externen Eigenkapitalbildung. Wir müssen deshalb die unterschiedlichen Auswirkungen der Rechtsformen auf die externe Eigenkapitalbildung gesondert erfassen.

II. Formen der externen Eigenkapitalbildung bei den Bankengruppen

1. Privatbankiers

Ende Dezember 1962 gab es in der Bundesrepublik und Westberlin nach Angaben der Bundesbank 218 Privatbankfirmen, d.h. Institute, die als Einzelfirma, offene Handelsgesellschaft oder als Kommanditgesellschaft betrieben werden. Während die externe Eigenkapitalbildung der Einzelfirma auf die Erhöhung der Einlage des Geschäftsinhabers beschränkt bleibt, verstärken bei der OHG mehrere Geschäftsinhaber die Eigenkapitalbasis. Die KG hat darüber hinaus die Möglichkeit, Kommanditeinlagen heranzuziehen.

a) Erhöhung der Einlagen von Geschäftsinhabern

Der Einzelbankier verfügt über eine einzige Möglichkeit, Eigenkapital von außen zu beschaffen. Er muß Teile seines Privatvermögens in Geschäftskapital überführen. Da die Inhaber von Privatbankfirmen nicht nur mit ihren Geschäftskapitalien, sondern auch mit ihren Privatvermögen unbeschränkt für die Verbindlichkeiten der von ihnen geleiteten Banken haften, wirken sich zwar erhöhte Einlagen haftungsmäßig nicht aus, dennoch besteht auch hier insbesondere durch die Bestimmungen der Grundsätze I und Ia, der Einzelkredithöhe und der Anzeigepflicht für Großkredite die Notwendigkeit, das ausgewiesene Eigenkapital zu verstärken. Die Grenze hierfür liegt in der Höhe des vorhandenen Privatvermögens. Hemmend auf die Einbringung von privatem Vermögen in das Betriebsvermögen wirkt sich die steuerliche Behandlung des Betriebsvermögens aus¹⁾. Eine Erhöhung des haftenden Eigenkapitals nach § 10 KWG, strenggenommen jedoch noch keine externe Eigenkapitalbildung, stellt die in § 10 Abs. 4 Satz 2 KWG zugelassene Berücksichtigung von nachgewiesenem freien Vermögen des Inhabers oder der persönlich haftenden Gesellschafter dar²⁾. In der ausschließlichen Abhängigkeit von Kapitalkraft einer Person liegt zweifellos eine Begrenzung für die externe Eigenkapitalbildung einer Einzelfirma. Wenn das Geschäftsvolumen einer Bank einen bestimmten Umfang überschritten hat, wird es auch einem vermögenden Geschäftsinhaber nicht mehr möglich sein, das Geschäftskapital allein aufzubringen. Hierin liegt einer der Gründe dafür, daß bei den Privatbankfirmen die Rechtsform der Einzelfirma nicht allzu häufig anzutreffen ist und Einzelfirmen teilweise in offene Handelsgesellschaften oder Kommanditgesellschaften umgegründet wurden.

1) Vgl. Gnam, A., Der benachteiligte Privatbankier, in: ZfK 1961, S. 336, Krah, R., Das "haftende Eigenkapital" - steuerlich betrachtet, in: ZfK 1963, S. 760 f.; Kunze, H., Das haftende Eigenkapital des Privatbankiers, in: ZfK 1963, S. 888 f.

2) Vgl. S. 131f.

Den in den Rechtsformen der OHG und KG geführten Privatbankhäusern steht für eine externe Eigenkapitalbildung das Vermögen sämtlicher persönlich haftenden Gesellschafter bzw. Komplementäre zur Verfügung. Bei einer Einbringung von Privatvermögen in das Geschäftskapital stellen sich bei einer Mehrzahl von Gesellschaftern jedoch neben steuerlichen Überlegungen auch Fragen der Anteilsbemessung untereinander. Auch die in den Rechtsformen von Personengesellschaften geführten Institute haben wie der Einzelbankier die Möglichkeit, Teile des freien Privatvermögens als haftendes Eigenkapital anerkennen zu lassen, ohne diese Beträge in das Geschäftskapital zu überführen. Von dieser Möglichkeit haben vielfach die kleineren Privatbankiers Gebrauch gemacht, während die größeren Institute sie wegen der damit verbundenen weitgehenden Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu vermeiden suchen¹⁾.

Eine Vorstellung darüber, wie hoch das Privatvermögen der Privatbankiers, das die Quelle der Außenfinanzierung mit Eigenkapital bildet, in etwa sein könnte, scheitert an fehlenden vermögenstatistischen Unterlagen. Eine relativ zuverlässige Schätzung liegt nur für das anerkannte freie Privatvermögen vor. Zahn, der Mitinhaber von C.G. Trinkaus, Düsseldorf, gibt für September 1962 folgende Zahlenwerte an:²⁾

Nominalkapital einschließlich Rücklagen gemäß § 10 KWG	DM 535 Mill
Anerkanntes freies Privatvermögen	DM 180 Mill
Steuerrechtlich anerkannte Sammelwertberichtigungen	DM 50 Mill
	DM 765 Mill

Im Vergleich zu dem ausgewiesenen Bilanzeigenkapital für Ende 1962 von DM 535 Mill stellt ein Gewährleistungskapital von DM 180 Mill bereits eine recht beachtliche Größenordnung

1) Vgl. S. 131f

2) Zahn, J., Der Privatbankier, Frankfurt/M. 1963, S. 76

dar, wobei zu berücksichtigen ist, daß das Privatvermögen der Inhaber von größeren und kapitalstärkeren Privatbankierfirmen in dieser Summe fehlen dürfte. Über den Umfang des Privatvermögens, für das eine Anerkennung nicht beantragt ist, versagt sich auch Zahn jegliche Schätzung.

b) Eintritt weiterer Geschäftsinhaber

Personengesellschaften verfügen über die Möglichkeit, daß weitere Geschäftsinhaber eintreten und durch ihre Einlagen das Geschäftskapital erhöhen. Da jedoch die Kapitalgeberfunktion in diesem Fall grundsätzlich mit der Geschäftsführungsfunktion verknüpft ist, ist diese Form der externen Eigenkapitalbildung mit bestimmten Voraussetzungen verbunden. Außer dem erforderlichen Privatvermögen muß ein neuer Teilhaber die notwendigen beruflichen Qualitäten mitbringen. Nach den Vorschriften des KWG darf das Bundesaufsichtsamt die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften versagen bzw. zurücknehmen, wenn die Geschäftsinhaber nicht die zur Leitung des Kreditinstituts erforderliche fachliche Eignung haben¹⁾. Dabei wird auf den Nachweis einer dreijährigen leitenden Tätigkeit bei einem Kreditinstitut von vergleichbarer Größe und Geschäftsart abgestellt²⁾. Als Geschäftsinhaber kommen über dieses gesetzliche Erfordernis hinaus jedoch nur Persönlichkeiten in Frage, die neben der fachlichen Qualifikation integer sind, die unbeschränkte persönliche Haftung übernehmen können und gleichzeitig über die für das Geschäft erforderlichen wirtschaftlichen und persönlichen Beziehungen verfügen. Sie dürfen nicht im Gegensatz zu den traditionell gewachsenen geschäftspolitischen Vorstellungen der einzelnen Häuser stehen, deren Teilhaber sie werden wollen; darüber hinaus können die Gesellschaftsverträge weitere

1) §§ 33 Abs. 1 Nr. 3; 35 Abs. 2 Nr. 3 KWG

2) § 33 Abs. 2 KWG

Einschränkungen für die Aufnahme neuer Inhaber enthalten. Der Personenkreis, der für eine Erweiterung der Zahl der Geschäftsinhaber in erster Linie in Frage kommt, rekrutiert sich aus befähigten Erben oder anderen Familienangehörigen, leitenden Angestellten der Firma sowie führenden Personen anderer Zweige des Bankgewerbes.

Die Zahl der möglichen Inhaber richtet sich nach der Größe des Geschäfts. Sie wird nach oben durch den besonderen Charakter der Geschäftstätigkeit begrenzt. Das besondere Kennzeichen des Privatbankiers im Vergleich zum Bank- und Sparkassendirektor wird darin gesehen, daß er sich unabhängig von übergeordneten Instanzen, wie Vorstand, Verwaltungsrat oder Aufsichtsrat, selbstverantwortlich und individuell an alle Bedürfnisse der Kundschaft anpassen kann. Mit zunehmender Zahl der Geschäftsinhaber wächst die Gefahr, daß die Elastizität, Schnelligkeit und der besondere Service des Privatbankiers verloren geht. Betrachtet man die 20 führenden Privatbankfirmen, deren Bilanzsummen 100 Mio DM überschritten haben, wie sie Zahn¹⁾ nach der "communis opinio" der Branche angibt, so zeigt sich, daß die Mehrzahl dieser Institute drei Inhaber besitzt. Die beiden größten Bankhäuser, deren Bilanzsummen über 500 Mio DM liegen, werden von 6, die beiden nächstfolgenden Institute, deren Bilanzsummen unter 500 Mio DM liegen, werden von 5 bzw. 3 Komplementären geleitet. Auf diese vier größten Privatbankiers entfällt rd. 30 % des Bilanzvolumens aller Privatbankfirmen²⁾. Sieht man vom Gesichtspunkt der geschäftlichen Beweglichkeit aus die Grenze für die aktive Leitung eines Privatbankhauses bei 6 Teilhabern, so bleiben die Möglichkeiten der externen Eigenkapitalbildung durch den Eintritt weiterer Geschäftsinhaber je nach der Größe des Instituts nicht nur vom Potential geeigneter Persönlichkeiten, sondern auch von der Anzahl her beschränkt.

1) Zahn, J., Der Privatbankier, S. 61 f.

2) ebenda, S. 46 f.

Eigenkapital, Bilanzsumme und Zahl der Geschäftsinhaber
der vier größten Privatbankfirmen (Stand Herbst 1962)

Firma	Geschäftskapital einschl. Rückl. nach § 10 KWG	Bilanzsumme	Zahl der Inhaber
1. Sal. Oppenheim jr. & Cie, Köln	20 - 50 Mio	500 Mio bis	6
2. C.G. Trinkaus, Düsseldorf	20 - 50 Mio	1 Mrd DM	6
3. Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg	20 - 50 Mio	100 Mio bis 500 Mio	5
4. Burkhardt & Co, Essen	20 - 50 Mio	100 Mio bis 500 Mio	3

Quelle: Angaben bei Zahn, J., S. 46, 61, 77
Banken-Ortslexikon (Stand Juni 1963)

c) Erhöhung der Kommanditeinlagen

Über zusätzliche Quellen, um das Geschäftskapital zu erhöhen, verfügen Privatbankiers in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Neben Gründen der Erbfolge ist in den erweiterten Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten die Ursache für das Vorherrschen der KG im Privatbankiergewerbe zu sehen. Etwa die Hälfte aller Privatbankfirmen wird in dieser Rechtsform geführt, darunter bis auf drei Ausnahmen sämtliche Häuser, deren Bilanzsumme 100 Mill DM überschritten haben. Im Unterschied zu den Inhabern wird von den Kommanditisten neben der Kapitalhergabe weder eine persönliche Haftung noch eine aktive Mitarbeit in der Geschäftsführung verlangt. Derartige Modalitäten erleichtern die Aufbringung von Eigenkapital. Eine Erhöhung von Kommanditeinlagen der Personen und Firmen, die bereits zum Kreis der Kommanditisten zählen, hängt von der Kapitalkraft dieser Gruppe ab. Ferner werden die Inhaber Wert darauf legen, zwischen den Einlagen der persönlich haftenden Gesellschafter und den Kommanditbeteiligungen ein Gleichgewicht zu erhalten. Die Kapitalmehrheit liegt deshalb in der Regel bei den Inhabern, die sich dadurch vor zu weitgehenden Kontrollrechten der Kommanditisten sichern.

d) Eintritt weiterer Kommanditisten

Eine weitere Möglichkeit für die Kommanditgesellschaft, ihren Eigenkapital von außen zusätzliche Beträge zuzuführen, liegt in der Ausdehnung des Kreises der bisherigen Kommanditisten. Auch hierbei sind jedoch wiederum die Grenzen zu beachten. So können z.B. die Gesellschaftsverträge von im Familienbesitz befindlichen Privatbankhäusern die Aufnahme familienfremder Kommanditisten ausschließen. Ferner können Hemmungen dagegen bestehen, ein gewerbliches Unternehmen oder ein anderes Kreditinstitut kommanditistisch zu beteiligen. Ist eine Kommanditbeteiligung mit einer Geschäftsverbindung gekoppelt, so besteht die Gefahr, daß die

Bank in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeengt wird. Gelegentlich wird die Vermutung geäußert, daß sich im deutschen Privatbankiergewerbe bereits eine derartige Überfremdungstendenz zeige. In einer Untersuchung der Handelsregisterauszüge kommt Neumann¹⁾ zu dem Ergebnis, daß sich 1958 von dem in Höhe von 127,6 Mio DM ermittelten DM-Kommanditkapital 56,2 % in privater Hand, 19,6 % im Besitz von Kreditinstituten und 24,2 % bei gewerblichen Unternehmungen befanden, woraus Gefahrenmomente für eine Überfremdung nicht abgeleitet werden könnten. Wir können abschließend sagen, daß der Eintritt weiterer Kommanditisten zur Verstärkung des Eigenkapitals nur insoweit möglich erscheint, als der Charakter eines Privatbankhauses gewahrt bleibt. Das bei der Analyse der Kommanditverhältnisse von Neumann²⁾ ermittelte Kommanditkapital betrug 1958 immerhin rd. 40 % des von allen Privatbankiers ausgewiesenen Bilanzeigenkapitals und zeigt damit das Gewicht, das die Aufbringung von Kommanditeinlagen für die externe Eigenkapitalbildung der Privatbankiers hat.

2. GmbH-Banken

Die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist im Bankgewerbe für Universalbanken, denen unsere Untersuchungen in erster Linie gelten, nicht typisch. Rechtlich gesehen stehen GmbH-Banken den Aktienbanken nahe, ohne jedoch wie diese Zugang zum organisierten Kapitalmarkt und damit die erleichterten Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten dieser Institute zu haben. In der Geschäftsgebarung tendieren GmbH-Banken vielfach zu den Privatbankiers, ohne jedoch eine gleiche Kreditwürdigkeit wie diese aufweisen zu können. Für die Verbindlichkeiten der Bank haften den Gläubigern nur das Gesellschaftsvermögen. Eine persönliche

1) Vgl. Neumann, R., Der Privatbankier, Diss. Frankfurt/M. 1962, S. 126 ff.

2) Vgl. ebenda, S. 121

Haftung wie bei den Inhabern von Privatbankhäusern ist ausgeschlossen. In der mangelnden Kreditwürdigkeit und der eingeschränkten Publizität, da nur die Bilanz, nicht jedoch die Erfolgsrechnung und der Geschäftsbericht veröffentlicht werden müssen, liegen die Gründe, warum diese Rechtsform für Kreditbanken ungeeignet ist. GmbH-Banken finden sich deshalb in erster Linie in der Gruppe der Spezial-, Haus- und Branchenbanken, sowie bei den Teilzahlungsinstituten und Investmentgesellschaften. Unter den Regional- und Lokalbanken wies das Verzeichnis der Deutschen Bundesbank (Stand 31. März 1963) folgende 5 GmbH-Banken aus¹⁾:

1. American Express Company mbH, Frankfurt	Stammkapital	1,0 Mio DM
2. Deutsche Unionbank GmbH, Frankfurt	"	10,0 "
3. Hardy & Co GmbH, Berlin und Frankfurt	"	8,0 "
4. Kreditbank Hagen GmbH, Hagen	"	1,0 "
5. Südwestdeutsche Landwirt- schaftsbank GmbH, Stuttgart	"	10,35 "

Von diesen Instituten entspricht dem Typus einer Kreditbank am meisten das Bankhaus Hardy & Co GmbH. Es wurde 1881 als OHG gegründet und 1899 in eine GmbH umgewandelt. In seiner Geschäftstätigkeit betont es den Charakter einer Privatbank. Hardy ist insbesondere im Auslands-, Börsen- und Konsortialgeschäft sowie in der Industriekreditgewährung tätig. Eine Minderheitsbeteiligung an dem Bankhaus besitzt die Dresdner Bank AG.

Die American Express Company mbH ist eine Tochtergesellschaft der insbesondere auf den Reisekredit- und Reisezahlungsverkehr spezialisierten American Express Company Inc. New York.

1) Unberücksichtigt bleiben zwei weitere Institute von untergeordneter Bedeutung (Spar- und Leihkasse Ulrichstein GmbH, Ulrichstein/Oberh., Gemeinnützige Darlehenskasse Hamburg GmbH)

Die Deutsche Unionbank, die Anfang 1950 in Frankfurt als AG gegründet wurde und seit 1953 als GmbH fortgeführt wird, steht dem Schwedischen Zündholzkonzern, Jönköping, nahe und hat ihren Schwerpunkt im Auslandsgeschäft.

Die Kreditbank Hagen GmbH befindet sich zu 100 % im Besitz der Bank für Gemeinwirtschaft. Die Südwestdeutsche Landwirtschaftsbank GmbH schließlich ist eine dem ländlichen Genossenschaftssektor nahestehende Regionalbank, die insbesondere den Agrarstrukturkredit pflegt.

Die externe Eigenkapitalbildung der GmbH-Banken vollzieht sich in erster Linie im Wege der Übernahme von Einlagen auf das erhöhte Stammkapital durch die bisherigen Gesellschafter. Daneben besteht die Möglichkeit eines Beitritts neuer Gesellschafter.

a) Übernahme von weiteren Stammeinlagen durch dieGesellschafter

Zur Erhöhung des Stammkapitals der GmbH-Banken kann die Gesellschafterversammlung eine Kapitalerhöhung beschließen. Übernimmt ein bisheriger Gesellschafter eine Stammeinlage auf das erhöhte Stammkapital, so erwirbt er einen neuen weiteren Geschäftsanteil. Dieser Weg der Eigenkapitalstärkung wird immer dann beschritten, wenn der Kreis der Gesellschafter geschlossen ist und über das notwendige Kapital verfügt. Er ist, wie aus den Beteiligungsverhältnissen abgelesen werden kann, typisch für die GmbH-Banken.

b. Beitritt neuer Gesellschafter

Eine Verbreiterung der Kapitalbasis ist grundsätzlich auch bei der GmbH-Bank durch den Beitritt neuer Gesellschafter möglich. Er wird dadurch begünstigt, daß die Gesellschafter lediglich kapitalmäßig beteiligt sind, ihre persönliche Mitarbeit also nicht erforderlich ist. Wenn auch die Streu-

ung von GmbH-Anteilen nicht so weit gehen kann wie bei Aktien, so lassen sich dennoch aus der Geschichte Beispiele für eine große Zahl von Anteilseignern bei GmbH-Banken anführen. Das Bankhaus Hardy & Co GmbH besaß nach 1920 beispielsweise mehr als 50 Anteilsbesitzer¹⁾.

Für den Beitritt kommen, wenn eine Beeinträchtigung der bisherigen Geschäftsführung vermindert werden soll, in erster Linie die Familienmitglieder der Geschäftsführer in Frage. Bei einer Beteiligung anderer Kreditinstitute, liegt die Gefahr der Beherrschung nahe.

3. Aktienbanken

Als privatrechtliche Organisationsform für Kreditinstitute mit einem großen Geschäftsvolumen und einem hohen Eigenkapitalbedarf hat die Aktiengesellschaft erhebliche Bedeutung erlangt. Ende März 1963 gab es in der Bundesrepublik rund 140 Institute, die in der Rechtsform der AG geführt werden, darunter die 3 Großbanken und ihre Berliner Tochterinstitute, 63 Regional- und Lokalbanken, 16 Spezial-, Haus- und Branchenbanken, 27 private Hypotheken- und Schiffspfandbriefbanken, 10 Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, 10 Teilzahlungsbanken sowie sämtliche Kassenvereine. Die Rechtsform der Aktiengesellschaft eröffnet auch für Kreditinstitute die Möglichkeit, relativ umfangreiche Kapitalerhöhungen kurzfristig am organisierten Kapitalmarkt unterzubringen und damit das Eigenkapital extern zu verstärken. Zu diesem Zweck ist das Grundkapital einer Aktienbank in kleine Anteile zerlegt. Diese Anteile sind als Inhaberaktien in Effektenform verbrieft und damit fungibel gemacht. An den Effektenbörsen besteht ein eigener Markt für Bankaktien, an dem börsentäglich eine amtliche

1) Vgl. Festschrift zum 75-jährigen Bestehen des Bankhauses Hardy & Co GmbH, Frankfurt - Berlin, Frankfurt 1956, S. 66 f.

Kursnotiz für die gehandelten Werte zustande kommt und u.U. mit Umsatzangaben veröffentlicht wird. Die Existenz der Börse ermöglicht es dem Kapitalgeber, sich kurzfristig von seinen Aktien zu trennen, ohne daß der Aktienbank, die die Aktien emittiert hat, Eigenkapital wieder entzogen wird. Von der Möglichkeit eines Zuganges zum organisierten Kapitalmarkt und damit einer breiteren Streuung des Aktienkapitals, die durch die Fungibilität der Anteile gegeben ist, machen die Aktienbanken je nach ihrer soziologischen Struktur unterschiedlichen Gebrauch. Wir wollen als Formen der externen Eigenkapitalbildung Erhöhungen des Grundkapitals mit und ohne Inanspruchnahme der Börse unterscheiden und die Verhältnisse bei den Groß-, Regional- und Lokalbanken sowie den privaten Realkreditinstituten untersuchen.

a) Erhöhung des Grundkapitals unter Inanspruchnahme des Kapitalmarktes

Ende 1962 waren in der Reihenfolge der Höhe ihres Aktienkapitals folgende Groß- und Regionalbanken an den deutschen Börsen zur amtlichen Notiz zugelassen:

	Grundkapital
1. Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main	300,0 Mio DM
2. Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main	245,0 " "
3. Commerzbank AG, Düsseldorf	200,0 " "
4. Bayerische Hypotheken- Wechsel-Bank, München	100,0 " "
5. Bayerische Vereinsbank, München	80,0 " "
6. Vereinsbank in Hamburg, Hamburg	25,0 " "
7. Frankfurter Bank, Frankfurt am Main	20,0 " "
8. Badische Bank, Karlsruhe	12,0 " "
9. Württembergische Bank, Stuttgart	10,0 " "

10. Norddeutsche Kreditbank AG, Bremen	10,0	Mio	DM
11. Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg	10,0	"	"
12. Schleswig-Holsteinsche West- bank, Husum	8,5	"	"
13. Deutsche Effecten- und Wechsel- Bank, Frankfurt am Main	8,0	"	"
14. Handelsbank in Lübeck, Lübeck	3,0	"	"
15. Geestemünder Bank, Bremerhaven	2,0	"	"
16. Bankverein Bremen AG, Bremen	1,5	"	"

Dazu kamen 2 Überseebanken, die von der Bundesbank nicht den Spezial-, Haus- und Branchenbanken, sondern den Regionalbanken zugeordnet sind:

17. Deutsche Überseeische Bank, Hamburg	9,0	Mio	DM
18. Deutsch-Asiatische Bank, Hamburg	3,0	Mio	DM

Von der Struktur des Aktionärskreises, der zugleich über die Chancen der externen Eigenkapitalbildung Aufschluß gibt, lassen sich bei den an der Börse zugelassenen Kreditaktienbanken zwei Typen unterscheiden:

(1) Publikumsaktiengesellschaften,

d.h. Aktienbanken mit einem hohen breitgestreuten Aktienkapital. Der Aktionärskreis setzt sich aus einer Vielzahl mittlerer und kleiner Anteilsbesitzer zusammen, die am organisierten Kapitalmarkt Anlagemöglichkeiten suchen. Großaktionäre sind nicht vorhanden. Derartige Publikumsaktiengesellschaften sind aus dem Chemiebereich (Bayer, BASF und Hoechst) und der Montanindustrie (z.B. Mannesmann, Rheinische Stahlwerke) bekannt. Diesem Typus der Aktiengesellschaft sind die ersten 5 Institute zuzurechnen. Dabei handelt es sich um die

drei Großbanken sowie die beiden bayerischen gemischten Hypothekenbanken, die sowohl das kurzfristige Geschäft der Kreditaktienbanken als auch das Realkreditgeschäft betreiben. Das Grundkapital dieser Banken beträgt bis auf die Bayerische Vereinsbank mindestens 100 Mio DM und erreichte Ende 1962 insgesamt 925 Mio DM.

(2) Aktiengesellschaften mit einem engeren Kreis von Aktionären, bei denen vielfach eine maßgebliche Mehrheitsbeteiligung vorhanden ist

In beträchtlichem Abstand im Hinblick auf die Höhe des ausgewiesenen Grundkapitals folgen die 13 weiteren an der Börse notierten Regionalbanken. Ihr Grundkapital überschritt Ende 1962 25 Mio DM bei keinem Institut und betrug im Durchschnitt 10 Mio DM. Bei 8 von diesen Instituten sind ein oder mehrere Großaktionäre vorhanden¹⁾.

Jeweils ein Großaktionär verfügte bei den 8 Regionalbanken über eine Beteiligung von mehr als 25 % des gesamten Aktienkapitals. Da für eine Kapitalerhöhung in der Hauptversammlung die Dreiviertelmehrheit des vertretenen Grundkapitals erforderlich ist, bedeutet eine derartige Beteiligung eine Sperrminorität²⁾. Der Großaktionär, der über 25 % des Grundkapitals vertritt, gibt somit den Ausschlag für den Umfang und die Modalitäten der externen Eigenkapitalbildung der Aktienbank. Da das gesamte Grundkapital in einer Hauptversammlung nur selten vertreten sein wird, genügt in der Praxis oftmals bereits ein Anteil, der unter 25 % liegt, um die Sperrminorität inne zu haben. Möglich ist jedoch, daß die Satzung für die gewöhnliche Kapitalerhöhung eine ein-

1) Vgl. zu den Beteiligungsverhältnissen: Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, Wegweiser durch deutsche Aktiengesellschaften, Ausgabe 1962, S. 591 ff; Commerzbank AG, Wer gehört zu Wem, 4. Aufl. 1959 sowie die Geschäftsberichte der Großbanken und gemischten Hypothekenbanken.

2) § 149 AktG

fache Kapitalmehrheit (51 % der vertretenen Stimmen) als ausreichend bezeichnet¹⁾. Genehmigtes Kapital kann im Gegensatz hierzu von der Hauptversammlung nur mit einer Dreiviertelmehrheit beschlossen werden²⁾. Eine Mehrheitsbeteiligung von mindestens 25 % des Grundkapitals ist heute insbesondere aus steuerlichen Gründen interessant. Ist eine unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaft seit Beginn des Wirtschaftsjahres ununterbrochen am Grundkapital einer Aktienbank wenigstens in der angegebenen Höhe unmittelbar beteiligt, so sind die auf die Beteiligung entfallenden Gewinnanteile nicht körperschaftsteuerpflichtig (§ 9 KStG).

Da die Beteiligungsverhältnisse somit für die Eigenkapitalbildung von Bedeutung sind, wollen wir sie bei den Regionalbanken kurz erwähnen. Ende 1962 befand sich das Aktienkapital der beiden ehemaligen Privatnotenbanken, der Badischen Bank und der Württembergischen Bank zu 60 % in den Händen des Landes Baden-Württemberg. An der Handelsbank in Lübeck besaß die Stadt Lübeck eine Beteiligung von über 25 % des Aktienkapitals. Großaktionäre der Oldenburgischen Landesbank war das Land Niedersachsen mit 14,4 %. 46 % des Grundkapitals der Deutschen Effecten- und Wechselbank sowie 9 % des Grundkapitals der Handelsbank in Lübeck befand sich in den Händen von gewerblichen Unternehmen. Schachtelbeteiligungen von Großbanken und der Bayerischen Vereinsbank lagen bei der Badischen Bank, der Norddeutschen Kreditbank, der Vereinsbank in Hamburg und der Oldenburgischen Landesbank vor. Das Aktienkapital der Deutsch-Überseeischen Bank befand sich zu 52,5 % bei der Deutschen Bank.

1) Vgl. § 149 AktG

2) § 169 Abs. 2 AktG

Aktiengesellschaften mit maßgeblichen Mehrheitsbeteiligungen sind sämtliche an der Börse notierten Hypothekenbanken. Als Großaktionär treten bei den privaten Hypothekenbanken mit Ausnahme eines Instituts ausschließlich Kreditbanken auf. Hierin kommt die enge Verflechtung von Instituten des Kurz- und mittelfristigen sowie des langfristigen Geschäfts im privaten Bereich zum Ausdruck. Die Geschäftstätigkeit der Großbanken ist durch deren Universalität gekennzeichnet. Infolge ihres überwiegend kürzerfristigen Mittelaufkommens sind sie jedoch nicht in der Lage, das Hypothekar- und Kommunkreditgeschäft in nennenswertem Umfang selbst zu betreiben. Sie haben deshalb diese Sparte rechtlich ausgegliedert, indem sie sich an Realkreditinstituten beteiligt haben. Ihrer Kundschaft, die Bedarf an Hypotheken- und Kommunkaldarlehen hat, stellen die Großbanken die Dienste der ihnen befreundeten Hypothekenbanken zur Verfügung. Für die beiden gemischten Hypothekenbanken bedeutet der Besitz von Schachtelbeteiligungen an reinen Hypothekenbanken eine Ergänzung der Geschäftstätigkeit ihrer Hypotheken-Abteilungen. Ende 1962 wurden in der Reihenfolge des ausgewiesenen Grundkapitals folgende Hypothekenbanken amtlich notiert:

	Grundkapital	Großaktionäre
1. Frankfurter Hypothekenbank, Frankfurt/Main	25,0 Mio DM	Deutsche Bank
2. Deutsche Centralbodenkredit AG, Berlin/Köln	24,0 " "	Deutsche Bank
3. Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart	20,0 " "	Bayerische Hypotheken- u. Wechsel-Bank
4. Deutsche Hypothekenbank (AG), Hannover/Berlin	20,0 " "	Berliner Handelsgesellschaft
5. Rheinische Hypothekenbank, Mannheim	16,0 " "	Commerzbank
6. Deutsche Hypothekenbank, Bremen	16,0 " "	Commerz-, Deutsche- u. Dresd.-bank
7. Rheinisch-Westfälische Bodencredit-Bank, Köln	15,0 " "	2 Versicherungsgesellschaften

	Grundkapital	Großaktionäre
8. Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen/Rh.	12,5 Mio DM	Bayer.Hypoth.bk. Deutsche, Dresdner Bank
9. Süddeutsche Bodencreditbank, München	12,5 " "	Merck, Fink & Co. Bayer.Vereinsbank
10. Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank, Hannover	12,0 " "	Braunschweigische Staatsbank
11. Hypothekenbank in Hamburg, Hamburg	12,0 " "	Deutsche Bank, Dresdner Bank
12. Westdeutsche Bodenkreditanstalt, Köln	10,5 " "	Deutsche Bank
13. Vereinsbank in Nürnberg	10,0 " "	Bayerische Vereinsbank, Commerzbank
14. Bayerische Handelsbank-Bodenkreditanstalt, München	10,0 " "	Bayerische Vereinsbank
15. Sächsische Bodenkreditanstalt, Berlin/Frankfurt/M.	7,5 " "	Commerzbank, Dresdner Bank

Unter Berücksichtigung der unterschiedlich zusammengesetzten Aktionärskreise sind für die Erhöhung des Grundkapitals der an der Börse zugelassenen Kreditaktien und Hypothekenbanken zwei Faktoren bestimmend:

- 1) Die Aufnahmebereitschaft des Publikums für Bankenwerte am Aktienmarkt
- 2) Die Bereitschaft der Großaktionäre, an der Kapitalerhöhung mitzuwirken

Die Aufnahmebereitschaft des Kapitalmarktes für Bankaktien hängt in erster Linie von der allgemeinen Verfassung der Wertpapiermärkte ab. Damit der Aktienmarkt nach der Währungsreform seine Funktionsfähigkeit zurückerlangen konnte, mußten zunächst eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein und Hemmnisse beseitigt werden¹⁾.

1) Vgl. Geschäftsberichte der Bank deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank, 1948 und 1949, S. 19 f.; 1951, S. 11; 1952, S. 15 ff.; 48; 1953, S. 19 ff., 52 ff.; 1954, S. 24 ff., 56 ff.; 1955, S. 24 ff.; 1956, S. 57; 1958, S. 43 f.; 1959, S. 49 f.; 1962, S. 60 f.; Ziganke, H., Die Wiederherstellung eines funktionsfähigen deutschen Aktienmarktes, in: ZfK 1/1954, S. 16 ff.; Schrempf, C., Emissionsreifer Aktienmarkt, in: ZfK 17/1954, S. 599 f.; Jonas, H., Probleme der Eigenkapitalfinanzierung, in Wpg 1954, S. 505 ff.

Die erste Voraussetzung für die Emissionsreife war die Wiederherstellung der vollen Publizität bei den Aktienbanken. Grundlage hierfür bildete die Erstellung der DM-Eröffnungsbilanzen (Umstellungsrechnungen) auf den 21. Juni 1948 mit der Neufestsetzung der Kapitalverhältnisse und ihre Genehmigung durch die Bankaufsichtsbehörden. Im Anschluß hieran konnten dann erst wieder Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen rückwirkend für das verlängerte Geschäftsjahr 1948/49 und die folgenden Geschäftsjahre bis zur Bestätigung der Umstellungsrechnungen veröffentlicht und die laufende Publizität der Jahresabschlüsse in der Folgezeit aufgenommen werden. Da die Kreditinstitute darum bemüht waren, eine Verbesserung ihrer Umstellungsquoten zu erreichen, lagen bestätigte Umstellungsrechnungen für die Aktienbanken erst relativ spät vor. Das hatte zur Folge, daß weder für 1950, noch mit wenigen Ausnahmen für 1951 Jahresabschlüsse veröffentlicht werden konnten. Erst 1952 wurden neben den Gründungsbilanzen der Nachfolgeinstitute der Großbanken zum 1.1.1952 die Bilanzen und Erfolgsrechnungen einer Reihe von Instituten rückwirkend bis zur Währungsreform fertiggestellt. Die meisten Aktienbanken erreichten die Wiederaufnahme der Publizität im Laufe des Jahres 1953. Ende 1953 waren 97 % aller Umstellungsrechnungen der Kreditinstitute durch die Bankaufsichtsbehörde bestätigt¹⁾. Da jedoch im Jahre 1954 noch einige große Regionalbanken wie die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank und die Deutsche Effekten- und Wechsel-Bank folgten, kann der Zeitpunkt, in dem mit wenigen Ausnahmen, die volle Publizität aller Aktienbanken wiederhergestellt worden war, erst Ende 1954 angesetzt werden.

1) Vgl. Geschäftsberichte der Bank deutscher Länder, 1953, S. 62

Das vorläufige DM-Eigenkapital war durch die "Bankenverordnung" (2 DVO/UG) zunächst für privatrechtliche Kreditinstitute auf 5 v.H. und für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute mit Gewährträgerhaftung auf 3 v.H. der umgestellten Verbindlichkeiten festgesetzt worden¹⁾. Im Jahre 1949 brachte die "Eigenkapitalverordnung" (36. DVO/UG) den Kreditinstituten eine etwas günstigere Regelung und minderte den Schematismus der ursprünglichen Vorschriften²⁾. Sie sah wahlweise 3 Möglichkeiten zur Errechnung des vorläufigen DM-Eigenkapitals in der Umstellungsrechnung vor:

Methode 1: Vorläufiges DM-Eigenkapital = 10 % des früheren
RM-Eigenkapitals

Bis zu einer Eigenkapitalhöhe von 300.000 RM durften 20 v.H. vorläufiges DM-Eigenkapital eingestellt werden, was sich indessen bei mittleren und großen Kreditinstituten kaum auswirkte. Für den 300.000 RM übersteigenden Teil des RM-Eigenkapitals betrug die Umstellungsquote 10 %.

Methode 2: Vorläufiges DM-Eigenkapital = Überschuß der Aktiven über die Passiven

Ergaben die ausgewiesenen Aktiva der Umstellungsrechnung zuzüglich 150 % dieser Summe einen Überschuß über die Passiva, so konnte dieser Überschuß als vorläufiges DM-Eigenkapital eingestellt werden. Dieses durfte jedoch in keinem Falle mehr als 20 v.H. des früheren RM-Eigenkapitals betragen.

Methode 3: Vorläufiges DM-Eigenkapital = 7,5 % bzw. 4,5 %
der DM-Verbindlichkeiten

Schließlich konnten die privatrechtlichen Kreditinstitute, wenn sich dabei einen höheren Betrag ergab, 7,5 v.H. der umgestellten Verbindlichkeiten

1) Vgl. §§ 4 Abs. 1 A4d und 5 der 2. DVO/UG

2) Vgl. Art. 2 der 36. DVO/UG

als vorläufiges DM-Eigenkapital einstellen.
Für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute mit
Gewährträgerhaftung betrug dieser Satz 4,5 v.H.

Für Aktienbanken, GmbH-Banken und öffentlich-rechtliche Kreditinstitute schuf außerdem die "Verordnung über die DM-Eröffnungsbilanz der Geldinstitute" (42. DVO/UG) von Ende 1949 die Möglichkeit, das Nennkapital bis auf die doppelte Höhe des vorläufigen DM-Eigenkapitals der Umstellungsrechnung festzusetzen¹⁾. Dabei durfte das Nennkapital der RM-Schlußbilanz jedoch nicht überschritten werden. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem vorläufigen Eigenkapital und dem festgesetzten Nennkapital war auf der Aktivseite der DM-Eröffnungsbilanz als Kapitalentwertungskonto auszuweisen. Dieses Konto mußte spätestens auf den Schluß des fünften Geschäftsjahres, d.h. zum 31. 12. 1954, wieder ausgeglichen sein, und zwar durch interne oder externe Eigenkapitalbildung (erzielte Gewinne oder Einzahlungen der Anteilseigner und Gewährträger) bzw. Herabsetzung des Nennkapitals. Bis zur Tilgung des Kapitalentwertungskontos waren Gewinnausschüttungen und Rücklagenbildung nicht gestattet.

Die Nachfolgeinstitute der Großbanken konnten ihre Gründungsbilanzen erst 1952 aufstellen. Das sog. Großbankengesetz brachte ihnen weitergehende Möglichkeiten, ein gutes Umstellungsverhältnis zu erzielen, als sie die Umstellungsgesetzgebung von 1948/49 eröffnete²⁾. Sie durften die seit der Währungsreform bis Ende 1951 erarbeiteten Gewinne sowie von den stillen Rücklagen aus Beteiligungen

1) Vgl. § 6 der 42. DVO/UG

2) Vgl. § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten vom 29.3.1952

und Effekten, die sich durch den Zwang zu unrealistisch niedriger Bewertung gebildet hatten, 70 v.H. un versteuert zur Kapitalausstattung mit heranziehen. Eine DM-Eröffnungsbilanz zum 21.6.1948 mußten dagegen die Regionalbanken aufstellen. Das Umstellungsverhältnis dieser Institute richtete sich deshalb nach der gewählten Umstellungsmethode, insbesondere der Höhe des RM-Eigenkapitals in der RM-Schlußbilanz, das durch Auflösung stiller Rücklagen aufgestockt werden durfte. Es war ferner davon abhängig, ob ein Kapitalentwertungskonto eingestellt werden sollte, oder, falls darauf verzichtet wurde, auch Rücklagen in der Eröffnungsbilanz ausgewiesen werden sollten¹⁾. Die Regionalbanken haben weitgehend von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, durch ein Kapitalentwertungskonto ihr Umstellungsverhältnis zu verbessern. Sie mußten dann bis zur Tilgung dieses Korrekturpostens zum ausgewiesenen Eigenkapital auf jegliche Rücklagenbildung und Dividendenzahlungen verzichten. Bis Ende 1952 gelang es den Instituten im allgemeinen, die Kapitalentwertungskonten aus erwirtschafteten Gewinnen abzudecken. Bei den führenden Regionalbanken erreichte das Kapitalentwertungskonto folgende Höhe:

-
- 1) Als Beispiele seien für Methode 1 die Württembergische Bank genannt. Sie erhöhte ihr RM-Eigenkapital vom 10,1 Mio um 3,45 Mio stille Rücklagen auf 13,55 Mio. Daraus ergab sich ein vorläufiges DM-Eigenkapital von 1,4 Mio. Dieser Betrag wurde durch Bildung eines Kapitalentwertungskontos nachträglich um 0,7 Mio auf 2,1 Mio DM erhöht. Nach Methode 2 stellt die Westfalenbank ihr Eigenkapital um. Sie stockte das Grundkapital und die gesetzlichen Rücklagen um 2,9 Mio RM stille Rücklagen auf 16,1 Mio RM auf. Die bestätigte Umstellungsrechnung ergab ein vorläufiges Eigenkapital von 3,12 Mio DM. Unter Bildung eines Kapitalentwertungskontos in Höhe von 1,38 Mio DM wurde das Grundkapital auf 4,5 Mio DM neu festgesetzt. Das bedeutet, daß das frühere Grundkapital von 10 Mio RM im Verhältnis 10 : 4,5 auf DM umgestellt wurde. Nach Methode 3 errechnete die Frankfurter Bank ihr vorläufiges Eigenkapital und erhöhte es durch Einstellung eines Kapitalentwertungskontos von 0,35 Mio DM auf 0,75 Mio DM. Dadurch wurde das RM-Grundkapital von 3,01 Mio im Verhältnis 4 : 1 auf DM umgestellt.

Höhe des Kapitalentwertungskontos bei den Regionalbanken

Regionalbank	Kapitalentwertungskonto		vorläufiges
	Mio DM	v.H. des vorl. EK	Eigenkapital Mio DM
Vereinsbank in Hamburg	5,95	98,3	6,05
Norddeutsche Kreditbank	2,52	50,0	5,04
Schleswig-Hol- steinische West- bank	2,10	100,0	2,10
Bayerische Ver- einsbank	1,58	9,3	17,05
Westfalenbank	1,38	44,2	3,12
Oldenburgische Landesbank	0,80	57,1	1,40
Württembergische Bank	0,70	50,0	1,40
Bayerische Hypo- theken- und wech- selbank	0,40	1,5	26,62
Frankfurter Bank	0,35	87,5	0,40
Badische Bank	0,30	16,7	1,80

Über Umstellungsjahr, Umstellungsverhältnis sowie Höhe des umgestellten DM-Eigenkapitals gibt eine Tabelle auf der folgenden Seite Aufschluß. Ein Blick auf die Umstellungsverhältnisse zeigt, daß die Bankaktionäre bei keiner Gesellschaft ihren Aktien-Nennwert voll in DM erhalten konnten. Im Gegensatz hierzu war der Mehrzahl der Industrieaktiengesellschaften eine Umstellung 1 : 1 möglich, bei einigen Montankonzernen ergab sich sogar ein wesentlich günstigeres Umstellungsergebnis. Als Beispiele seien Mannesmann mit 1 : 2, die Gutehoffnungshütte mit 1 : 2,85, Hoesch mit 1 : 2,866, die Klöckner-Werke mit 1 : 3,08 sowie Harpener Bergbau mit 1 : 3,7 erwähnt.

Umstellungsjahr, Umstellungsverhältnis und Höhe des
umgestellten DM-Eigenkapitals bei den Kreditaktienbanken

Aktienbank	Umstellungs- jahr	Umstellungs- verhältnis RM : DM	DM-Aktien- kapital am 21.6.1948 (in Mio)
Badische Bank	1953	5 : 1	2,08
Bankverein Bremen	1952	5 : 1	0,6
Bayerische Hypothe- ken- und Wechsel-Bank	1954	1,25 : 1	26,985
Bayerische Vereins- bank	1953	1,67 : 1	18,63
Commerzbank AG	1952	2 : 1	50,00
Deutsche Bank AG	1952	1,6 : 1	100,00
Deutsche Effecten- und Wechselbank	1954	3,33 : 1	3,0
Dresdner Bank AG	1952	1,61 : 1	93,00
Frankfurter Bank	1953	4 : 1	0,75
Geestemünder Bank	1951	2 : 1	0,375
Handelsbank in Lübeck	1953	4 : 1	1,25
Norddeutsche Kre- ditbank	1953	1,43 : 1	7,56
Oldenburgische Landesbank	1953	2 : 1	2,2
Schleswig-Holstei- nische Westbank	1953	1,25 : 1	4,24
Vereinsbank in Hamburg	1953	1,17 : 1	12,00
Württembergische Bank	1951	3,33 : 1	2,1

Umstellungsjahr, Umstellungsverhältnis und Höhe des um-
gestellten DM-Eigenkapitals bei den Hypothekenbanken

Aktienbank	Umstellungs- jahr	Umstellungs- verhältnis	DM-Aktien- kapital am 21.6.1948 (inMio)
Bayerische Handels- bank	1953	4 : 1	3,5
Braunschweig-Hanno- versche Hypotheken- bank	1952	2 : 1	2,0
Deutsche Centralbo- denkredit AG	1954	3,33 : 1	12,9
Deutsche Hypotheken- bank (AG)	1955	2,86 : 1	2,8
Deutsche Hypotheken- bank, Bremen	1952	3,33 : 1	4,2
Frankfurter Hypothe- kenbank	1954	2 : 1	6,0
Hypothekenbank Ham- burg	1951	5 : 1	1,8
Pfälzische Hypothe- kenbank	1952	2,86 : 1	2,38
Rheinische Hypothe- kenbank	1951	2,86 : 1	4,2
Rheinisch-Westfäli- sche Boden-Credit- bank	1952	3,33 : 1	3,24
Sächsische Boden- creditanstalt	1960	6,67 : 1	1,65
Vereinsbank Nürnberg	1954	2,1 : 1	2,0
Süddeutsche Boden- creditbank	1953	2,5 : 1	5,00
Westdeutsche Boden- kreditanstalt	1952	2,86 : 1	2,1
Württembergische Hypothekenbank	1952	5 : 1	1,75

Als weitere Voraussetzung der Emissionsreife für die Aktienbanken nach der Währungsreform muß die Wiederaufnahme der Dividendenzahlungen angesehen werden. Sie erfolgte bei der Mehrzahl der Hypothekenbanken erstmals wieder für das Geschäftsjahr 1951. Die Nachfolgeinstitute der Großbanken sowie eine Reihe von Regionalbanken begann für 1952 mit den Dividendenzahlungen. Seit dem Geschäftsjahr 1953 werden von allen an der Börse in DM notierten Aktienbanken wieder jährliche Gewinnausschüttungen an die Aktionäre vorgenommen.

Die Erfüllung der dritten Bedingung für die Emissionsreife, die Börsennotiz der Aktienbanken über pari, ist im wesentlichen eine Funktion der wiederhergestellten Publizität und der Bedienung des Aktienkapitals mit Dividenden. Dazu mußte eine stärkere Anlagebereitschaft des Publikums für Bankaktien kommen. Die Entwicklung der Aktienkurse seit 1950, gemessen an einem speziellen Index des statistischen Bundesamtes für Kredit- bzw. Hypothekenbanken auf der Basis 1953 = 100, gibt die Tabelle auf der nächsten Seite wieder. Sie zeigt, daß bei den Aktienbanken erst Ende 1954 wieder ein Kursniveau erreicht war, das die Möglichkeit zu Emission auf dem Kapitalmarkt eröffnete.

Index der Aktienkurse für Kredit- und Hypothekenbanken

31. Dezember 1953 = 100

Zeit ¹⁾	Kreditbanken	Hypothekenbanken
1950 ²⁾	30	75
1951	51	82
1952	72	92
1953	74	93
1954	121	130
1955	200	211
1956	215	213
1957	222	204
1958	318	349
1959	574	674
1960	871	875
1961	991	892
1962	759	855

-
- 1) Die Angaben sind aus den Monatszahlen errechnet, die aus den Kursnotierungen an den vier Bankstichtagen jedes Monats ermittelt werden.
- 2) Der Jahresdurchschnitt 1950 ist aus den Kursen am Monatsende errechnet worden.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juni 1963, S. 107

Der Unterbringung junger Aktien am Kapitalmarkt stellten sich auch bei denjenigen Gesellschaften, die die Emissionsreife erlangt hatten, Hemmnisse in den Weg, die durch die staatliche Finanz- und Kapitalmarktpolitik nach der Währungsreform hervorgerufen worden war. Zur Beseitigung der Marktengpässe wurde Ende 1952 ein "Erstes Gesetz zur Förderung des Kapitalmarktes" erlassen. Nachdem bereits seit 1948 der Ersterwerb festverzinslicher Wertpapiere aufgrund von Kapitalsammelungsverträgen steuerbegünstigt war, sah das Kapitalmarktförderungsgesetz Steuerbegünstigungen bzw. Steuerbefreiungen für die Erträge festverzinslicher Wertpapiere zugunsten des sozialen Wohnungsbaues und öffentlicher Stellen vor. Die Aktie war von den steuerlichen Vergünstigungen ausgeschlossen. Das Gesetz bevorzugte somit einseitig den Pfandbrief- und Kommunal-schuldverschreibungsabsatz der Träger des sozialen Wohnungsbaues. Kapitalmarktmittel blieben infolge der gesetzlichen steuerlichen Daten nur für die öffentliche Hand verfügbar, ein nennenswerter Aktienabsatz konnte sich nicht entwickeln. Diese Phase der Kapitalmarktpolitik fand mit Auslaufen des Kapitalmarktförderungsgesetzes am 31. 12. 1954 ihr Ende.

Bruttoabsatz von Wertpapieren in Mio DM Nominalwert

Zeitraum	Festverzinsliche Wertpapiere	Aktien
1949 2.Halbj.	18,6	0,5
1949	770,1	41,3
1950	676,5	51,2
1951	747,4	164,7
1952	1.557,4	259,3
1953	2.901,9	268,7
1954	4.691,0	453,0
1955	3.680,7	1.554,8
1956	2.564,2	1.837,5
1957	4.204,5	1.631,7
1958	8.127,1	1.139,5
1959	10.048,1	1.383,0
1960	5.372,3	1.904,5
1961	9.620,8	2.192,4
1962	11.944,5	1.506,7

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juni 1963, S. 101

Eine weitere Hürde für die Begebung junger Aktien bildete die hohe steuerliche Belastung dieser Finanzierungsform nach 1948. Da die Dividende von ihrer Ausschüttung insbesondere der Körperschaftsteuer unterliegt, muß der Gewinn für Dividendenzahlungen erheblich höher als die Dividendensumme sein. Nach der Währungsreform erreichte der Körperschaftsteuersatz mit 60 % eine exorbitante Höhe. Stellte man die Doppelbesteuerung der Gewinnausschüttungen (Körperschaftsteuer bei der Gesellschaft plus Einkommensteuer beim Aktionär) in Rechnung, so mußte für den Netto-

betrag, der dem Empfänger nach Abzug aller Steuern von seiner Dividende übrig blieb, brutto mehr als doppelt soviel aufgewendet werden. Erst seit 1953 betreibt der Fiskus eine Kapitalmarktpolitik, die darauf gerichtet ist, die Doppelbesteuerung zu mindern sowie die Ausschüttung höherer Dividenden zu erleichtern. Als Instrument hierzu dient der staatlichen Finanzpolitik der gespaltene Körperschaftsteuertarif. Durch die sogenannten "Kleine Steuerreform" wurde 1953 der Satz für den ausgeschütteten Gewinn von 60 auf 30 % halbiert. 1958 erfolgte eine weitere Herabsetzung der Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne von 30 auf 15 %. Da die auf die Dividende zu zahlende Körperschaftsteuer in Höhe von 15 % von der Aktiengesellschaft aus dem mit 51 % zu versteuernden, einbehaltenen Gewinn zu zahlen ist, beträgt die effektive Belastung des Gewinns bei Dividendenzahlung 23,44 % ¹⁾.

Schließlich mußte nach 1948 erst wieder die Ersparnisbildung der privaten Haushalte zunehmen und die Anlagebereitschaft für Aktien wachsen. In den ersten Jahren nach der Währungsreform dominierten die institutionellen Anleger am Kapitalmarkt. Das Publikum, das eine Minderung seiner Liquiditätspräferenz nicht in Kauf nehmen, insbesondere keine Kursrisiken tragen wollte, hielt sich zurück. Die Vorurteile weiter Kreise gegen den Aktienbesitz mußten erst beseitigt und durch eine Abflachung der Progression bei der Einkommensteuer diejenigen Einkommensschichten entlastet werde, die früher Teile ihres Einkommens in Aktien anzulegen pflegten. Hier brachte die sogenannte "Große Steuerreform" von 1954 spürbare Erfolge.

Aufgrund der von uns erwähnten Faktoren konnte es erst im siebten Jahr nach der Währungsreform, nämlich 1955, wieder zu einem funktionsfähigen Aktienmarkt kommen. Der Bruttoabsatz von Aktien stieg in diesem Jahr erstmalig über 1 Mrd

1) Vgl. S. 391

DM, was die Bank deutscher Länder veranlaßte, von einer "Renaissance des Aktienmarktes" zu sprechen¹⁾. In den Jahren 1954/55 erfuhr auch der Markt für Bankwerte seine entscheidende Wiederbelebung seit den Jahren 1926-1928. Zwar waren schon in den Jahren 1951 bis 1953 im Zusammenhang mit der Umstellung und Tauschoperationen Kapitalerhöhungen bei den Aktienbanken vereinzelt vorgekommen, doch hatten sich die Institute in diesen Fällen nicht an den offenen Aktienmarkt gewandt, sondern die Aktien bei befreundeten Firmen, Privatpersonen und Banken intern plazierte. Genauere Angaben über echte Erhöhungen des Grundkapitals bei Aktienbanken macht die Zentralbank erstmals für 1954. Danach führten 14 Kreditbanken und 4 private Hypothekenbanken Aktienemissionen in Höhe von insgesamt etwa 45 Mio DM durch²⁾. 1955 betrugen die Kapitalerhöhungen der Aktienbanken 191 Mio DM, wovon rd. 130 Mio auf die Verstärkung des Grundkapitals von 24 Kreditbanken entfiel³⁾. Die privaten Hypothekenbanken allein emittierten 1955 rd. 26 Mio DM junge Aktien³⁾. Im Jahre 1956 ging das Emissionsvolumen der Aktienbanken von 191 Mio DM auf rd. 125 Mio DM zurück⁴⁾. Für die folgenden Jahre liegen zusammenfassende Angaben der Zentralbank nicht mehr vor, doch haben insbesondere in den Haussejahren 1959 bis 1961 Erhöhungen des Grundkapitals über den offenen Kapitalmarkt, bei denen die jungen Aktien den bisherigen Aktionären aufgrund eines Bezugsrechtes angeboten werden, eine wichtige Rolle für die Aktienbanken gespielt. Infolge der schärfsten Kursbaisse der Nachkriegszeit hat sich das Emissionsklima am Aktienmarkt 1962 verschlechtert, so daß der Aktienabsatz erstmals seit 1958 rückläufig war.

Unter der Voraussetzung einer freundlichen Verfassung des Aktienmarktes wird der Bankenmarkt im besonderen durch die Emissionspolitik der Aktienbanken bestimmt. Dabei sollen

1) Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder 1955, S.25

2) Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder 1954, S.68

3) Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder 1955, S.68

4) Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder 1956, S.66

unter Emissionspolitik alle Maßnahmen verstanden werden, die auf die Gestaltung der Dividende sowie auf die Festsetzung von Bezugsverhältnis und Emissionskurs bei der Ausgabe junger Aktien gerichtet sind.

Eine wichtige Basis für das Aktienkursniveau bedeuten erhöhte Gewinnausschüttungen an die Aktionäre. Es ist bereits eine Tradition der Aktienbanken geworden, ihre Jahresabschlüsse den Aktionären und der Öffentlichkeit möglichst frühzeitig vorzulegen. Den Anfang macht in der Regel eine norddeutsche Regionalbank, im März bzw. April folgen dann die Großbanken. Sie gelten an der Börse als "Vorreiter" der Dividendenpolitik. An ihren Beschlüssen über die Höhe der Dividende orientieren sich die nachfolgenden Aktienbanken, aber auch die Industriegesellschaften. Für die Aktienbanken ist seit jeher eine stetige, auf allmählichen Anstieg gerichtete Dividendenpolitik charakteristisch. Ein Beispiel für diese kontinuierliche Gestaltung der Gewinnausschüttungen bilden die Dividenden der Groß- und Regionalbanken seit Wiederaufnahme der Dividendenzahlungen nach der Währungsreform. Den Kreditaktienbanken ist es während der letzten 10 Jahre gelungen, das Dividendenniveau von 6 % auf 16 % zu heben, eine auch für internationale Vergleiche beachtliche Höhe, die von den Kreditbanken in früheren Jahren nicht erreicht wurde. Würde eine Aktienbank ihre Gewinnausschüttung auf den erzielten Jahresgewinn abstellen, so müßte sie recht unterschiedliche Dividenden verteilen. Hätte sie beispielsweise in einem Jahr hohe Gewinne aus dem Emissions- und Effektengeschäft erzielt, so könnte sie eine entsprechend hohe Dividende ausschütten. Die Aktienbanken wissen jedoch, daß diese Erträge nicht stetig sind. So könnte es geschehen, daß in einem anderen Jahr die Dienstleistungserträge weitgehend stagnieren und zusätzlich Debitorenverluste eintreten. In

diesem Falle müßte die Dividende wieder herabgesetzt werden. Ein derartig schwankender Gewinnausweis stellt nach Ansicht bestimmter Kreise der Öffentlichkeit ein beunruhigendes Zeichen dar und gilt deshalb als geeignet, die ruhige Weiterentwicklung der Institute zu gefährden, Aus diesem Grund bemühen sich die Aktienbanken, in ihren Bilanzen eine stabile Erfolgsentwicklung zu zeigen und den überperiodischen Erfolgsausgleich durch Bildung bzw. Auflösung von stillen Reserven vorzunehmen. Die Bilanzen der Aktienbanken werden infolgedessen grundsätzlich vom Gewinn her aufgemacht. Die Verwaltungen legen zunächst die Höhe der Dividende fest, wobei die Großbanken seit 1952 volle Übereinstimmung zeigen. In die Position "Reingewinn" wird dann vielfach lediglich der zur Dividendenausschüttung bestimmte Gewinn eingestellt. Als Regel gilt, daß er möglichst aus der Zinsspanne, d.h. dem Kreditgeschäft erwirtschaftet werden soll, während Provisionen und sonstige Erträge für die Dotierung der stillen Rücklagen Verwendung finden können. Sollen die Aktionäre an Erträgen beteiligt werden, die auf außerordentlichen Faktoren - wie einer besonders günstigen Börsenkonjunktur in einem Geschäftsjahr - beruhen, so kann eine als Bonus deklarierte Sonderdividende ausgeschüttet werden. Während die zusätzlichen Ausschüttungen 1952 bei der Frankfurter Bank und 1953 bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank einen Ausgleich für die dividendenlosen Jahre bieten sollten, und es sich bei der Sonderdividende der Handelsbank in Lübeck 1955 um eine Jubiläumszuwendung an die Aktionäre handelte, gewinnt insbesondere für die Geschäftsjahre 1957-1959, die sich durch ein sehr erfolgreiches Effektingeschäft auszeichnen, die Zerteilung in Dividende und Bonus für die Regionalbanken an Bedeutung. Die Vereinsbank in Hamburg begründet ihre Sonderzahlung für 1957 mit folgendem Satz: "Der Gewinn des Jahres 1957 ist durch einige Faktoren günstig beeinflußt worden, die durch die besonderen Verhältnisse

des Jahres bedingt waren und als einmalig angesehen werden müssen"¹⁾. Besonders ausgeprägt ist die Spaltung der jährlichen Ausschüttung in Dividende und Bonus bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank seit 1958 und bei der Schleswig-Holsteinischen Westbank seit 1959. Die Großbanken machten mit Ausnahme der Commerzbank, die für 1959 2 % Bonus verteilte, den Dividendendualismus nicht mit, über dessen sachliche Berechtigung eine einheitliche Meinung nicht besteht²⁾. Die kontinuierliche Dividendenpolitik sichert den Aktienbanken im allgemeinen ein günstiges Klima für Kapitalerhöhungen am Aktienmarkt. Die wichtigsten Bedingungen, die die Verwaltungen vor Ankündigung einer Kapitalerhöhung und Beschlußfassung in der Hauptversammlung festlegen müssen, sind das Bezugsverhältnis und die Höhe des Emissionskurses, ferner ist der Zeitpunkt der Dividendenberechtigung von Bedeutung³⁾.

Das Aktiengesetz sieht in § 153 vor, daß jedem Aktionär auf sein Verlangen ein seinem Anteil am bisherigen Grundkapital entsprechender Teil der neuen Aktien bei einer Kapitalerhöhung zugeteilt werden muß. Allerdings kann die Hauptversammlung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals das Bezugsrecht ganz oder teilweise ausschließen. Üblich ist es, das Bezugsrecht formell auszuschließen. In diesem Falle verpflichtet sich der Übernehmer, d.h. bei den Aktienbanken eine befreundete Stelle (teilweise Treuhandgesellschaften) oder ein Bankenkonsortium (das bei Hypothekenbanken unter Führung des Großaktionärs steht),

1) Bericht über das 102. Geschäftsjahr 1957, S. 10

2) Vgl. Förchner, E., Dividende oder Bonus? in: Wertpapier 2/1960, S. 57 ff.

3) Vgl. Stricker, W., Aktienkapitalerhöhungen und Bezugsrecht, Zürich 1955; Weber, K., Dividendenpolitik, Zürich 1955

die jungen Aktien den bisherigen Aktionären zu den von der Hauptversammlung beschlossenen Bedingungen zum Bezug anzubieten. An die Stelle des gesetzlichen Bezugsrechts tritt ein mittelbares oder indirektes Bezugsrecht der bisherigen wirtschaftlichen Eigentümer. Ein nicht nur formeller, sondern auch materieller Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts liegt vor, wenn z.B. bei einer Kapitalerhöhung sogenannte Verwertungsaktien geschaffen werden, d.h. ein Teil der Emission dem Vorstand zur freien Verwertung verbleibt. Unter Bezugsverhältnis wird bei einer Emission die Relation verstanden, in der der Nennwert des bisherigen Grundkapitals zum Nennwert der Kapitalerhöhung steht. Werden die jungen Aktien nicht in voller Höhe den bisherigen Aktionären angeboten, sondern teilweise frei verwertet, so sind diese "freien Spitzen" bei der Bestimmung des Bezugsverhältnisses von dem Betrag der Kapitalerhöhung abzusetzen.

Da die Höhe des Grundkapitals im Zeitpunkt der Emission eine gegebene Größe ist, entscheidet der Umfang der Kapitalerhöhung über das Bezugsverhältnis. Bei ihren bisherigen Emissionen haben die Aktienbanken ausnahmslos einfache und überwiegend kleine Bezugsverhältnisse gewählt, die es den Aktionären ermöglichten, junge Aktien ohne erheblichen Zu- oder Verkauf von Bezugsrechten zu beziehen. Als Beispiele für glatte Bezugsverhältnisse sollen die 4 Kapitalerhöhungen der Deutschen Bank seit der Währungsreform erwähnt werden. Die Nachfolgeinstitute der Deutschen Bank hatten bei der Umstellung ein Grundkapital von 100 Mio DM, das zweimal um 50 Mio DM erhöht wurde. Nach der Verschmelzung der Nachfolgeinstitute erhöhte die Deutsche Bank ihr Grundkapital bis zur Gegenwart wiederum zweimal um 50 Mio DM. Die Emissionen wurden in voller Höhe den alten Aktionären zum Bezug angeboten. Die Bezugsverhältnisse errechneten sich somit wie folgt:

Kapitalerhöhungen der Deutschen Bank AG

Jahr	Grundkapital			Kapitalerhöhung			Bezugsverhältnis
1955	100	Mio	DM	50	Mio	DM	2 : 1
1956	150	"	"	50	"	"	3 : 1
1958	200	"	"	50	"	"	4 : 1
1961	250	"	"	50	"	"	5 : 1

Das Gelingen einer Kapitalerhöhung hängt zu einem wesentlichen Teil von der Wahl des Emissionskurses für die jungen Aktien ab. Die gesetzliche Untergrenze für den Emissionskurs ist der Nennwert, die theoretische Obergrenze der Kurswert der alten Aktien. Der tatsächliche Ausgabekurs wird jedoch unter dem Börsenkurs der alten Aktien festgesetzt, um den Aktionären einen Anreiz zum Bezug der jungen Aktien zu geben. Von der Höhe des Börsenkurses zum Emissionszeitpunkt und der Emissionspolitik der Gesellschaft hängt es ab, ob eine Aktienbank für ihre Kapitalerhöhung den niedrigst möglichen Ausgabekurs wählt (Pari-Emission) oder ihre neuen Aktien mit einem Agio begibt (Überpari-Emission). In Anlehnung an Stricker¹⁾ lassen sich folgende Vorteile einer Aktienaussgabe zum Nennbetrag auführen:

1. Die Gefahr, daß die Kapitalerhöhung mißlingt, ist gering. Auch bei Kursrückgängen der alten Aktien wird sich immer noch ein ausreichend hohes Bezugsrecht ergeben, das zum Bezug der jungen Aktien oder zum Verkauf des Bezugsrechts an der Börse reizt. Der Absatz der jungen Aktien ist somit auch bei Kursschwankungen in der Regel gesichert. Die Kapitalkraft der bisherigen Aktionäre wird nicht über Gebühr beansprucht.

1) Vgl. Stricker, W., a.a.O., S. 30 ff.

2. Ein wertvolles Bezugsrecht, wie es sich bei Pari-Emissionen ergibt, stellt für den Aktionär eine Zugabe zur Dividende dar. Dividendenerhöhungen und Pari-Emissionen vermögen echte Alternativen für die Ausschüttungspolitik der Aktienbanken zu sein. So erklärte der Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank im Zusammenhang mit der letzten Kapitalerhöhung dieses Instituts: "Wenn wir keine Kapitalerhöhung vorschlagen würden, hätten wir nicht angestanden, eine höhere Dividende vorzuschlagen"¹⁾. Ein günstiges Bezugsrecht bedeutet lediglich eine einmalige Beanspruchung der Ertragskraft des Instituts, während eine erhöhte Dividende gemäß dem Grundsatz der Kontinuität auch in den kommenden Jahren durchgehalten werden muß. Während die Dividende beim Aktionär der Einkommensteuer unterliegt, werden die Einkünfte aus der Verwertung eines Bezugsrechts bei Privatpersonen nicht besteuert.

Als Beispiele einer konsequenten Emissionspolitik zu Pari-Kursen können die Kapitalerhöhungen der Dresdner Bank und der Deutschen Bank nach Wiedererlangung der Emissionsreife angegeben werden. Die 9 Emissionen dieser beiden Institute in Höhe von insgesamt 352 Mill DM wurden sämtlichst zu pari begeben, obwohl die Börse teilweise durchaus höhere Ausgabekurse zugelassen hätte.

Für eine Aktienaussgabe mit einem Emissionsagio sprechen in erster Linie rentabilitätsmäßige Gründe. Gestattet die Börse eine Überpariemission, so ist mit der Erhöhung des dividendenberechtigten Grundkapitals zugleich eine Verstärkung der Rücklagen verbunden, da nach § 130 II Nr. 2 AktG das Agio abzüglich der Emissionskosten der gesetzlichen Rücklagen zuzuführen ist. Je höher der Ausgabekurs gewählt wird, desto niedriger wird der Anteil des Grundkapitals an

1) Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 88 vom 15. April 1961, S. 9

der gesamten externen Eigenkapitalerhöhung. Dadurch werden die Gewinnbeteiligungsansprüche der Aktionäre begrenzt und die Eigenkapitalrentabilität beeinflusst¹⁾. Überpari-Emissionen sind in den letzten Jahren bei den Aktienbanken vielfach vorgekommen. Besonders günstig für hohe Emissionskurse waren die Börsenjahre 1959 und 1960, die von einer ganzen Reihe von Instituten zur externen Eigenkapitalbildung ausgenutzt worden sind. Insbesondere die Hypothekenbanken sind auf Überpari-Emissionen angewiesen. Da sich ihr Emissionsspielraum nach der Höhe des Eigenkapitals richtet, erreichen sie bei einem günstigen Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen die Umlaufgrenzen und müssen zu einer Kapitalerhöhung schreiten. Da neben dem eingezahlten Grundkapital auch die gesetzliche Rücklage für den Schuldverschreibungsumlauf "unterlagsfähig" ist, erfüllen Hypothekenbanken mit Agio-Emissionen die gesetzlichen Vorschriften, ohne die zukünftige Ertragskraft zu stark zu belasten. Ein Institut, das sämtliche Emissionen der Nachkriegszeit über pari begeben hat, ist die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank. Sie führte 1959 ihre Kapitalerhöhung über 30 Mio DM zu 350% durch. Dieser Emissionskurs ist der höchste, der bisher von einer Aktienbank gewählt wurde. Er brachte der größten deutschen Regionalbank eine Aufstockung des Grundkapitals um 30 Mio DM und eine Erhöhung der gesetzlichen Rücklage um rd. 75 Mio DM ein. Das relativ niedrige Bezugsrecht wurde durch eine höhere Dividende kompensiert.

Als Beispiel für die verschiedenen Modalitäten einer Kapitalerhöhung soll abschließend auf die bisher zweifellos interessanteste Kapitalerhöhung einer Aktienbank nach der Währungsreform eingegangen werden.

Die Vereinsbank in Hamburg beschloß in ihrer Hauptversammlung am 4.3.1961 das Grundkapital um insgesamt 9 Mio DM

1) Vgl. S. 353f

in folgender Weise zu erhöhen¹⁾:

- a) in Höhe von 8 Mio DM Ausgabe neuer auf den Inhaber lautende Aktien mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1961 zum Ausgabekurs von 100 % unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre mit der Maßgabe, daß sich die Übernehmer der neuen Aktien verpflichten, diese den Aktionären im Verhältnis von 2 : 1 zum Kurs von 100 % zum Bezüge anzubieten,
- b) in Höhe von 200.000 DM Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Aktien mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1961 ebenfalls unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre zur Verwertung durch den Vorstand und
- c) in Höhe von 800.000 DM Zuteilung von neuen auf den Inhaber lautender Aktien mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1961 nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung vom 23. Dezember 1959 an die Aktionäre im Verhältnis von 20 : 1 durch Umwandlung von freien Rücklagen nach § 11 KWG.

Diese dreiteilige Kapitalerhöhung wurde von Vorstandsmitglied H. Frohne in der Hauptversammlung wie folgt begründet: "Wir schlagen vor, das Kapital von 16 Mio DM um 9 Mio DM auf 25 Mio DM zu erhöhen. Für einen Teilbetrag von 8 Mio DM ist die Übernahme durch ein Bankenkonsortium zu pari vorgesehen mit der Verpflichtung, die Aktien den alten Aktionären im Verhältnis 2 : 1 zu 100 v.H. anzubieten. Um unseren alten Aktionären die Möglichkeit zu geben, an dieser Kapitalerhöhung nahezu in vollem Umfang teilzunehmen, sollen weitere 800.000 DM den Aktionären in der Weise zur Verfügung gestellt werden, daß der Gegenwert aus Gesellschaftsmitteln bezahlt wird, so daß jeder Aktionär

1) Bericht über das 105. Geschäftsjahr 1960, S. 7 und 18

5 v.H. seines alten Aktienbesitzes in Form neuer Aktienrechte unentgeltlich erhält. Die restlichen 200.000 DM Aktien sollen von der Verwaltung veräußert werden. Uns liegt hierfür bereits ein Zeichnungsschein zu einem Kurs von 730 v.H. vor, der sich auf Grund des gestrigen Börsenkurses von 1100 v.H. für die jungen Aktien nach Durchführung der Kapitalerhöhung rechnerisch ergibt. Aus dem Verkauf dieser 200.000 DM fließt uns, wenn wir einmal die Kosten der Kapitalerhöhung außer acht lassen, ein wesentlich höherer Betrag steuerfrei wieder zu, als wir für die Aufstockungsaktien von 800.000 DM der Rücklage entnehmen.

Wir hätten diese 800.000 DM, die wir der offenen Reserve für die Aufstockungsaktien zugeführt haben, vielleicht auch in Form einer Dividende ausschütten können, um sie dann von den Aktionären erneut für die Kapitalerhöhung zu erbitten. Vielleicht wäre diese Methode für den einen oder anderen Aktionär auch steuerlich günstiger gewesen. Wenn wir aber die Aktionäre unserer Bank in ihrer Gesamtheit sehen, glauben wir, daß die von uns vorgeschlagene Form den Interesse der Gesamtheit der Aktionäre am besten entspricht. Unser Vorschlag für diese dreiteilige Kapitalerhöhung muß außerdem als ein geschlossenes Ganzes gesehen werden, weil er erst dadurch sowohl für die Aktionäre als auch für die Bank besonders interessant wird".

Die Kapitalerhöhung der Vereinsbank kombiniert eine Pari-Emission mit einem für die Aktionäre günstigen Bezugsverhältnis, eine Stockdividende an die Aktionäre in Höhe von 5 %, die in Form von Zusatzaktien gewährt wurde, sowie Verwertungsaktien für den Vorstand, die ein Agio von 630 % erbrachten. Nach Abzug der Kosten der Kapitalerhöhung konnten 813.914,40 DM der gesetzlichen Rücklage zugeführt werden, d.h. etwas mehr als den freien Rücklagen aus dem Ergebnis für 1960 für die Umwandlung in Nennkapital zugeflossen ist¹⁾.

1) Vgl. Bericht für das 106. Geschäftsjahr 1961, S. 15

Diese Überführung von offenen versteuerten Rücklagen in Grundkapital wird als Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bezeichnet¹⁾. Im Gegensatz zu einer ordentlichen Kapitalerhöhung handelt es sich hierbei nicht um eine externe Eigenkapitalbildung, sondern um eine Veränderung der Eigenkapitalstruktur. Durch die Ausgabe von Zusatz- oder Berichtigungsaktien wächst der Anteil des dividendenberechtigten zu Lasten des dividendenfreien Eigenkapitals. Da die Aktienbanken aus Rentabilitätsgründen an einer derartigen Umschichtung ihres Eigenkapitals grundsätzlich nicht interessiert sind, haben neben der Vereinsbank in Hamburg nur die Schleswig-Holsteinische Westbank und die Württembergische Bank von den durch die sogenannte Kleine Aktienrechtsreform geschaffenen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Die Gewährung einer Stockdividende, ein Verfahren, das erstmalig von einer Aktiengesellschaft in Deutschland praktiziert wurde, kann als Sonderfall der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln angesehen werden. Während üblicherweise die offenen Rücklagen, die in einer Reihe von Jahren angesammelt wurden, ab einer bestimmten Höhe Veranlassung zu einer Kapitalberichtigung geben, werden bei der Stockdividende Teile des Jahresgewinns nicht bar ausgeschüttet, sondern als Ausgabepreis für junge Aktien einbehalten, die den Aktionären zugeteilt werden. Die erwirtschafteten Gewinne bleiben bei einer Stockdividende im Kreditinstitut, die Aktionäre erhalten zusätzlich junge Aktien ihrer Gesellschaft.

Die Erhöhung des Grundkapitals der an der Börse zugelassenen Kreditaktien- und Hypothekenbanken, bei denen Großaktionäre vorhanden sind, wird neben der Aufnahmebereitschaft des Kapitalmarktes durch die Kapitalkraft der Großaktionäre

1) Vgl. Brönnner, H., Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln, Stuttgart 1960; Deutsch, P., a.a.O., S. 129 ff.; Hax, K., Probleme der Aktienfinanzierung unter dem Einfluß des gespaltenen Körperschaftsteuer-Satzes, S. 58 ff.

bestimmt. Anteilseigner, die über feste Mehrheiten verfügen, sind zur Aufrechterhaltung ihres Einflusses in der Hauptversammlung gezwungen, die ihnen aus Kapitalerhöhungen zustehenden Bezugsrechte in voller Höhe auszuüben. Großaktionäre werden deshalb nur dann bereit sein, einer Kapitalerhöhung zuzustimmen, wenn diese in Höhe und Modalitäten den eigenen finanziellen Möglichkeiten entspricht. Der Großaktionärskreis der Aktienbanken, der sich aus Gebietskörperschaften, Großbanken, einigen Regionalbanken, gewerblichen Unternehmungen und vermögenden Privatpersonen zusammensetzt, dürfte im allgemeinen kapitalkräftig genug sein, um seine Anteile bei Kapitalerhöhungen aufrechtzuerhalten und somit notwendigen Kapitalerhöhungen nicht im Wege stehen.

b) Erhöhung des Grundkapitals ohne Inanspruchnahme des Kapitalmarktes

Die Mehrzahl der Aktienbanken, darunter 5 bedeutende Regionalbanken, 4 Hypothekenbanken, sämtliche Lokalbanken und Schiffspfandbriefbanken, 13 Spezial-, Haus- und Branchenbanken¹⁾, 9 Kreditinstitute mit Sonderaufgaben²⁾, 9 Teilzahlungsbanken³⁾ sowie sämtliche Kassenvereine werden nicht an der Börse notiert und könnten den offenen Kapitalmarkt für Kapitalerhöhungen deshalb bisher nicht in Anspruch nehmen.

In der Reihenfolge der Höhe ihres Grundkapitals Ende 1962 handelt es sich hierbei um folgende Regionalbanken:

-
- 1) An der Börse zugelassen sind nur folgende Institute dieser Gruppe: Bank für Brau-Industrie, Frankfurt; Frankfurter Handelsbank AG vorm. Frankfurter Viehmarktsbank, Frankfurt; Investitions- und Handelsbank AG Frankfurt
 - 2) An der Börse notiert wird lediglich die Industriebank AG, Düsseldorf
 - 3) In Hannover ist die Norddeutsche Kundenkreditbank AG, Hannover, zur Notiz zugelassen.

	Grundkapital
1. Bank für Gemeinwirtschaft AG, Frankfurt	85 Mio DM
2. Berliner Bank AG, Berlin	30 Mio DM
3. Westfalenbank AG, Bochum	30 Mio DM
4. National-Bank AG, Essen	6 Mio DM
5. Handels- und Gewerbebank Heilbronn AG, Heilbronn	6 Mio DM

Aufschluß, warum diese Institute, deren Bilanzsummen bei den ersten drei Aktienbanken über 1 Mrd DM liegen, nicht an den Kapitalmarkt gehen, gibt wiederum die Eigentümerstruktur. Die Bank für Gemeinwirtschaft, 1958 aus dem Zusammenschluß der bis dahin selbständigen 6 Gemeinwirtschaftsbanken entstanden, ist ein Kreditinstitut mit Großbankcharakter, das 133 Zweigstellen unterhält und 1962 eine Bilanzsumme von 3,2 Mrd DM erreichte. An den Aktienkapital sind die Industriegewerkschaften mit knapp 50 % und der Deutsche Gewerkschaftsbund sowie die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften mit jeweils über 25 % beteiligt.

Bei den übrigen Instituten handelt es sich um ausgesprochene Regionalbanken. Mit Ausnahme der Westfalenbank in Bochum besitzen sie alle ein eigenes Filialnetz. Das Grundkapital der Berliner Bank befindet sich zu 100 % in den Händen der Stadt Berlin. Der Aktionärskreis der Westfalenbank ist auf etwa 55 Aktionäre beschränkt, darunter befindet sich mit 26,5 % des Grundkapitals die Wintershall AG. Etwa 260 Aktionäre sind am Grundkapital der National-Bank in Essen beteiligt. Einziger Großaktionär ist die Industrie-Kreditbank AG, Düsseldorf, mit 25,47 %. Auch bei der Handels- und Gewerbebank Heilbronn ist der Aktionärskreis eng begrenzt. Großaktionäre bei diesem Institut sind die Württembergische Bank, die Bayerische Vereinsbank sowie die Robert Bosch GmbH, die zusammen etwa 80 % des Grundkapitals besitzen.

Von den privaten Realkreditinstituten werden die Aktien folgender Gesellschaften nicht an der Börse gehandelt:

	Grundkapital	
1. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Berlin - Hamburg	20,0	Mio DM
2. Deutsche Schiffsbeleihungs-Bank AG, Hamburg	10,0	" "
3. Deutsche Schiffahrtsbank AG, Bremen	9,0	" "
4. Schiffshypothekenbank zu Lübeck AG, Kiel	9,0	" "
5. Württembergischer Kreditverein AG, Stuttgart	6,0	" "
6. Deutsche Schiffskreditbank AG, Duisburg	3,0	" "
7. Westfälische Hypothekenbank AG, Hagen	2,5	" "
8. Lübecker Hypothekenbank AG, Lübeck	2,0	" "
9. Deutsche Schiffspfandbriefbank AG, Berlin - Bremen	0,5	" "

Bei der Mehrzahl dieser Institute befindet sich das Aktienkapital zu 100 % in Händen eines oder mehrerer Großaktionäre, und zwar von anderen Kreditinstituten.

Gemeinsames Kennzeichen der Aktienbanken, die sich nicht an ein breites Publikum über den Aktienmarkt wenden, ist ein geschlossener, nicht zu umfangreicher Aktionärskreis, der sich aus Gebietskörperschaften, nahestehenden Organisationen sowie befreundeten Firmen und Persönlichkeiten zusammensetzt. Falls eine Erweiterung des Aktionärskreises durch direkte Kontaktaufnahme mit Interessenten oder eine Börseneinführung der Gesellschaft nicht geplant wird, hängen die Möglichkeiten der externen Eigenkapitalbildung bei diesen Instituten von der Kapitalkraft der bisherigen Aktionäre ab. Sie bestimmen

auch über die Modalitäten einer Kapitalerhöhung, insbesondere darüber, ob sie selbst bereit sind, junge Aktien mit einem Agio zu erwerben.

4. KGaA - Banken

Nach Angaben der Deutschen Bundesbank gab es am 31.3.1963 in der Gruppe der Regional- und Lokalbanken 5 Kreditinstitute in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft auf Aktien. Ferner wird eine Branchebank und das größte Teilzahlungsinstitut in dieser Rechtsform geführt. Da Elschenbroich¹⁾ für 1956 insgesamt nur 32 Kommanditgesellschaften auf Aktien in der Bundesrepublik ermitteln konnte, entfällt mit heute 7 Instituten ein nicht unbeachtlicher Anteil von Unternehmungen dieser Rechtsform auf die Kreditwirtschaft. Auf die besondere Rolle der Kommanditgesellschaft auf Aktien während der Entstehungsperiode des modernen Bankwesens in preußischen Gebieten wurde bereits in dieser Arbeit hingewiesen²⁾. Als Erklärung für den Zusammenhang zwischen den KGaA und bestimmten Branchen gibt Elschenbroich die Ansicht von Dölker wieder³⁾, der diese Rechtsform besonders geeignet für Unternehmen hält, bei denen die Bedeutung nicht so sehr auf den Anlagen, sondern den dispositiven Fähigkeiten des Unternehmers liegt. Ohne sich diese Auffassung zu eigen zu machen, bemerkt Elschenbroich⁴⁾ hierzu: "Da das herausragende Merkmal einer KGaA in der Regel ein unternehmerisch befähigter persönlich haftender

1) Vgl. Elschenbroich, M., Die Kommanditgesellschaft auf Aktien, Wiesbaden 1959, S. 31 f.

2) Vgl. S. 173

3) Vgl. Dölker, E., Die KGaA. Ihre wirtschaftliche Stellung in der Gegenwart und ihre Stellung in der Reform des Aktienrechts, Diss. München 1935, S. 35; wiedergegeben nach Elschenbroich, M., a.a.O., S. 199

4) Elschenbroich, M., a.a.O., S. 199

Gesellschafter ist, liegt die Folgerung nahe, daß diese Unternehmungsform sich mehr für den Handel und das Dienstleistungsgewerbe eigne als für die Industrie. Zu allen Zeiten fand die KGaA tatsächlich eine relativ große Verbreitung im Bankgewerbe".

Die KGaA-Bank vereinigt Elemente der Aktienbank mit denen einer Privatbankfirma. Wie einer Aktienbank stehen ihr die erweiterten Möglichkeiten der Eigenkapitalbeschaffung durch Emission von Aktien zur Verfügung. Mit einem Privatbankhaus hat sie den persönlichen Charakter in der Geschäftsgebarung gemeinsam. An der Spitze des Instituts befinden sich nicht wie bei der AG Vorstandsmitglieder, die wieder abberufen werden können, sondern Geschäftsinhaber, die mit ihrem gesamten Vermögen persönlich haften. Die drei bedeutendsten Kreditbanken in der Rechtsform der KGaA in der Reihenfolge ihres Kommanditkapitals am 31. 12. 1962 sind:

Institut	Gründungs- jahr	Kommandit- kapital (Mio DM)	Zahl d. pers.haft. Gesell- schafter	Bilanz- summe (Mio DM)
Berliner Handels- gesellschaft Berlin und Frank- furt	1856	30,0	4	978,3
Bankhaus I.D.Her- statt KGaA, Köln	1956	20,0	2	559,3
Bankhaus Friedrich Simon KGaA, Düssel- dorf	1959	15,3	3	220,8

An der Börse notiert wird von diesen Instituten lediglich die Berliner-Handels-Gesellschaft, die über keine Mehrheitsakti-
näre verfügt. Bei der I.D.Herstatt KGaA liegt die Majorität
des Kommanditkapitals in den Händen von Generalkonsul Dr.
H. Gerling. Am Kommanditkapital der Friedrich Simon KGaA be-
steht eine Schachtelbeteiligung der Bayerischen Vereinsbank,
die Berliner Bank besitzt etwa 10 % des Aktienkapitals.

Die externe Eigenkapitalbildung der KGaA-Banken erfolgt über die Erhöhung des Kommanditkapitals. Daneben sind Einlagen der persönlich haftenden Gesellschafter möglich.

a) Erhöhung des Kommanditkapitals

Die Grundlage der Eigenkapitalausstattung einer KGaA-Bank bildet das in Aktien zerlegte Grundkapital, an ^{der} die Kommanditaktionäre beteiligt sind. Eine Verstärkung des Kommanditkapitals kann bei börsennotierten Gesellschaften durch Platzierung junger Aktien am Kapitalmarkt, bei den übrigen Instituten durch Übernahme der Aktien durch einen geschlossenen Kreis von Kommanditaktionären erfolgen, zu denen auch hier persönlich haftende Gesellschafter gehören können.

b) Einlagen von persönlich haftenden Gesellschaftern

Die persönlich haftenden Gesellschafter sind bei einer KGaA grundsätzlich nicht verpflichtet, eine Einlage zu leisten¹⁾. Beteiligt sich ein Geschäftsinhaber mit einer Einlage an der externen Eigenkapitalbildung seines Instituts, so sieht das Aktiengesetz vor, daß alle Beträge, die nicht auf das Grundkapital geleistet werden, nach Höhe und Art in der Satzung festgelegt werden²⁾. Bei keiner der in der Rechtsform der KGaA bestehenden Kreditbanken sind bisher Einlagen der persönlich haftenden Gesellschafter vorhanden. Das einzige Beispiel für ein Kreditinstitut, das neben dem Kommanditkapital ein Kapitalkonto des Geschäftsinhabers ausweist, ist die Kundenkreditbank KGaA, Düsseldorf. Diese Teilzahlungsbank verfügte am 31.12.1962 über ein Grundkapital von 16,2 Mio DM und über eine Einlage des persönlich haftenden Gesellschafters von 2,1 Mio DM.

1) § 219 Abs. 1 AktG

2) § 222 Abs. 2 AktG

5. Genossenschaftsinstitute

Ende 1962 gab es in Deutschland 11 368 Kreditgenossenschaften sowie 18 Zentralkassen¹⁾. Davon wurden sämtliche 780 gewerbliche Kreditgenossenschaften, die dem Deutschen Genossenschaftsverband angeschlossen sind, sowie 5 002 ländliche Kreditgenossenschaften, ferner mit Ausnahme der Zentralkasse südwestdeutscher Volksbanken AG alle Zentralkassen in der Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht (eGmbH) geführt. 5.542 ländliche Kreditgenossenschaften, d.h. 52,5 % aller Raiffeisen-Kreditgenossenschaften hatten die Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung (eGmbH).

Die externe Eigenkapitalbildung kann sich bei Genossenschaftsbanken in zwei Formen vollziehen. Eine Erhöhung der Geschäftsguthaben wird erreicht, wenn die bisherigen Mitglieder mehrere Geschäftsanteile übernehmen und die fälligen Einzahlungen leisten, oder wenn weitere Personen Mitglied der Kreditgenossenschaft werden. Während der eGmbH-Genossenschaft beide Möglichkeiten offen stehen, schließt das Genossenschaftsgesetz die Übernahme weiterer Geschäftsanteile bei eGmbH-Genossenschaften aus²⁾. Wenn auch die Zahl der Kreditgenossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht in ständigem Rückgang begriffen ist, so ist es doch für die Außenfinanzierung der Genossenschaftsinstitute nicht unerheblich, daß Ende 1962 noch 49 % aller Kreditgenossenschaften in dieser Rechtsform geführt wurden.

1) Vgl. Deutsche Genossenschaftskasse, Bericht über das 13. Geschäftsjahr 1962, S. 49.

2) § 119 GenG.

a) Übernahme weiterer Geschäftsanteile durch die Genossen

Genossenschaftsinstitute in der Rechtsform der eGmbH können ihr Eigenkapital von außen dadurch verstärken, daß die Mitglieder mehrere Geschäftsanteile übernehmen. Die Höchstzahl, bis zu der eine Beteiligung eines Mitglieds mit mehreren Geschäftsanteilen zulässig ist, muß in der Satzung festgelegt werden¹⁾.

Bei den größeren Volksbanken beträgt diese Höchstzahl gegenwärtig zwischen 10 bis 100 Anteilen. Voraussetzung für die Übernahme eines weiteren Geschäftsanteils ist, daß die bisherigen Anteile voll eingezahlt sind²⁾. Die Haftsumme, die nicht niedriger als der Geschäftsanteil sein darf, erhöht sich auf das der Zahl der Geschäftsanteile entsprechende Mehrfache³⁾. Ein Genosse, der mit mehreren Geschäftsanteilen an der Genossenschaft beteiligt ist, erhält eine entsprechend höhere Dividendenausschüttung, verfügt jedoch in der Generalversammlung weiterhin nur über eine Stimme⁴⁾. In einer Tabelle wird die Höhe des eingezahlten Geschäftsanteils, die Haftsummenverpflichtung je Geschäftsanteil, die Dividendenausschüttung, das Geschäftsguthaben und die Bilanzsumme für Ende 1962 bei 6 Volksbanken, die sich in der Spitzengruppe der Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme von über 100 Mio DM befinden, zusammengestellt.

1) § 134 GenG

2) § 136 GenG

3) § 135 GenG

4) § 43 II GenG

Zahlenangaben zur externen Eigenkapitalbildung der Kreditgenossenschaften

	1950	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
Geschäftsguthaben in Mio DM	91	267	321	375	427	482	557	623	696	743
davon ländlich	25	104	133	161	189	218	252	288	323	338
gewerblich	65	158	182	205	229	254	294	324	356	390
Durchschnitts- geschäftsguthaben je Mitglied	33	89	103	117	129	139	147	158	169	171
in DM										
davon ländlich	14	63	78	91	103	117	126	139	149	151
gewerblich	58	121	134	146	157	167	172	181	190	198
Zahl der Mitglieder in 1.000	2.717	3.025	3.119	3.212	3.302	3.437	3.775	3.939	4.120	4.289
davon ländlich	1.569	1.676	1.724	1.766	1.806	1.869	1.996	2.071	2.157	2.240
gewerblich	1.128	1.313	1.355	1.402	1.451	1.517	1.706	1.788	1.876	1.967
Durchschnittsmit- gliederbestand je Kreditgenossensch.	227	254	267	275	285	297	320	338	357	376
davon Ratiffeisen- kassen	140	152	158	163	167	172	183	191	201	212
Volksbanken +)	665	733	765	794	827	865	1.004	1.094	1.191	1.306
Post-, Bahn- und Beam- tengenossenschaften	16.600	17.890	18.682	19.023	19.466	20.288	20.688	21.468	21.872	22.150

Quelle: Bericht 1962 der Deutschen Genossenschaftskasse, S. 49 ff.

+) ohne Beamtenbanken

Geschäftsanteil, Haftsumme und Geschäftsguthaben bei Volksbanken mit einer Bilanzsumme
über 100 Mio DM

Volksbank	Höhe des ein- zahlts.Geschäfts- anteils	Höhe der Haft- summe je Ge- schäftsanteil	Dividende	Geschäftsguthaben	Bilanzsumme
				Ende 1962	
1. Berliner Volksbank (West) eGmbH, Berlin	200 DM	200 DM	7 ‰	7,02 Mio	163,68 Mio
2. Frankfurter Volks- bank eGmbH, Frank- furt am Main	200 DM	200 DM	9 ‰	3,97 Mio	133,55 Mio
3. Stuttgarter Bank eGmbH, Stuttgart	500 DM	500 DM	10 ‰	5,32 Mio	126,47 Mio
4. Volksbank Pforzheim eGmbH, Pforzheim	500 DM	1000 DM	8 ‰	5,08 Mio	118,12 Mio
5. Mainzer Volksbank eGmbH, Mainz	300 DM	300 DM	8 ‰	3,44 Mio	107,49 Mio
6. Ulmer Volksbank eGmbH, Ulm	600 DM	600 DM	10 ‰	3,53 Mio	106,25 Mio

b. Beitritt neuer Mitglieder

Da die Genossenschaft ihrem Wesen nach eine Personenvereinigung mit nicht geschlossener Mitgliederzahl ist, kann in den Neuzugängen die wichtigste Quelle der externen Eigenkapitalbildung gesehen werden. Die Beitrittserklärungen zu einer Kreditgenossenschaft enthalten den ausdrücklichen Hinweis auf die Verpflichtung, die in der Satzung bestimmten Einzahlungen auf den Geschäftsanteil zu leisten¹⁾.

Der Kreis, der als Mitglieder und damit Eigenkapitalgeber von Kreditgenossenschaften in Betracht kommt, ist jedoch beschränkt. Dadurch, daß der Geschäftsbereich einer Raiffeisenkasse oder Volksbank örtlich begrenzt ist, werden nur Personen eines bestimmten Gebietes von einem einzelnen Institut angesprochen. Ferner muß ein Interesse an einer Geschäftsverbindung mit der Genossenschaftsbank bestehen. In jedem Falle wird bei einer Kreditbeziehung auf einer Mitgliedschaft zwischen Genossenschaftsbank und Kunde bestanden. Traditionelle Bindungen werden dagegen von neu eintretenden Mitgliedern heute nicht mehr verlangt. Unterschiedlich auf den Mitgliederzuwachs wirkt sich die Rechtsform einer Kreditgenossenschaft aus. Während sich das Mitglied von Spar- und Darlehenskassen, bei denen unbeschränkte Haftpflicht besteht, verpflichten muß, neben der Einzahlung des Geschäftsanteils die im Konkursfalle erforderlichen Nachschüsse bis zur Höhe des eigenen Vermögens zu leisten, hat das Mitglied einer Volksbank außer dem Geschäftsguthaben Nachschußzahlungen nur in Höhe der Haftsumme aufzubringen. Hierin liegt einer der Gründe für die unterschiedliche Mitgliederbewegung in beiden Institutsgruppen. Wie aus den Zahlen hervorgeht, konnten die ländlichen Kreditgenossenschaften ihren Mitgliederbestand von 1950 bis 1962 um rd. 43 v.H. auf 2,24 Mio steigern,

1) Vgl. §§ 210 und 131 a GenG

während den gewerblichen Kreditgenossenschaften im gleichen Zeitraum eine Erhöhung ihrer Mitgliederzahl um rd. 74 v.H. auf 1,97 Mio gelang. Ende 1962 hatten 47,4 % der Raiffeisen-Kreditgenossenschaften bereits die beschränkte Haftpflicht gegenüber 7,9 % Ende 1938 ¹⁾.

Der durchschnittliche Mitgliederbestand betrug Ende 1962 bei den Raiffeisenkassen 212, bei den Volksbanken (ohne Beamtenbanken) dagegen 1306 und bei den Beamtenbanken, Eisenbahn-Spar- und Darlehenskassen sowie Post-Spar- und Darlehensvereinen 22 150. Der hohe Mitgliederbestand dieser letzten Gruppe beruht auf der einheitlichen Berufsstruktur dieser Institute und dem starken Interesse an einer Mitgliedschaft, das bei den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, der Bundesbahn und der Bundespost vorhanden ist. Das Bild, das die Mitgliederbewegung bei den größten Volksbanken während der letzten 5 Jahre bietet, zeigt wie die Durchschnittswerte einen kontinuierlichen Anstieg der Mitgliederzahlen, der mit einer verstärkten externen Eigenkapitalbildung verbunden war, da die Anzahl der übernommenen Geschäftsanteile höher als die Beitrittszahlen ausgewiesen sind. In dem Zeitraum von Ende 1958 bis Ende 1962 nahm die Zahl der Mitglieder bei der Berliner Volksbank von 14 153 auf 18 083 zu, gleichzeitig erhöhte sich die Anzahl der Geschäftsanteile von 25 336 auf 34 783. Bei der Frankfurter Volksbank stieg der Mitgliederbestand in der gleichen Periode von 6 236 auf 8 686, die Anzahl der Geschäftsanteile vermehrte sich von 12 141 auf 20 064. Die Grenze in der Zuführung von Eigenkapital durch die Genossen bildet die Finanzkraft der Mitglieder von Kreditgenossenschaften, die von der Berufsstruktur und den örtlichen Gegebenheiten abhängig ist.

1) Vgl. Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes
1962, S. 20

6. Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute

Zu den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, soweit sie Institutsgruppen angehören, die im Rahmen dieser Arbeit berücksichtigt werden, zählten Ende 1962 fast 900 Banken. Darunter aus dem Sparkassensektor 855 öffentliche Sparkassen und 12 Girozentralen, aus dem Bereich der Kreditbanken die beiden Staatsbanken sowie von den Realkreditinstituten 18 öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten. Bei diesem sehr heterogenen Kreis von Instituten handelt es sich um Anstalten oder Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die externe Eigenkapitalbildung vollzieht sich bei ihnen durch Verstärkung des Dotationskapitals.

a) Erhöhung des Dotationskapitals

Die Möglichkeit, einem öffentlich-rechtlichen Kreditinstitut Eigenkapital von außen zuzuführen, hängt von der Bereitschaft des oder der öffentlichen Anteilseigner ab, die von ihnen errichteten Institute mit einem Dotationskapital auszustatten und dieses einem gestiegenen Bilanzvolumen anzupassen. Die öffentlichen Anteilseigner sind überwiegend Gebietskörperschaften, d.h. Gemeinden, Kreise und Länder. Sie übernehmen bei den meisten Instituten, insbesondere den kommunalen Sparkassen, Girozentralen, Staatsbanken und Landeskreditanstalten, die volle Haftung für alle Verbindlichkeiten, so daß Anteilseigner und Gewährträger weitgehend miteinander identisch sind. Eine Kapitalerhöhung regelt sich nach dem speziellen Errichtungsgesetz und muß in der Satzung berücksichtigt werden.

Die größte Gruppe der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, die kommunalen Sparkassen, haben von ihren Gewährträgern kein Dotationskapital erhalten und verfügen deshalb über keinerlei Möglichkeiten einer externen Eigenkapitalbildung. Das gilt auch für die freien Sparkassen, die als

juristische Personen des privaten Rechts (Stiftungen, Vereine u.a.) ebenfalls nur Rücklagen besitzen.

Im Unterschied zu den Sparkassen sind alle Girozentralen mit einem Dotationskapital ausgestattet. Bei diesen Instituten, die in den letzten Jahren eine besonders starke Ausweitung der Bilanzsumme zu verzeichnen hatten und zu den größten Kreditinstituten - gemessen am Bilanzvolumen - zählen, sind immer wieder Erhöhungen der Dotationskapitalien vorgenommen worden. Als Begründung heißt es beispielsweise mehrfach bei der Rheinischen Girozentrale und Provinzialbank, Düsseldorf, die mit einer Bilanzsumme von 8 Mrd DM gleich nach den Großbanken kommt:¹⁾

"Um - unbeschadet der unbeschränkten Haftung der Gewährträger - in dem ausgewiesenen Stammkapital der erneuten Ausweitung aller Geschäftszweige der Bank Rechnung zu tragen, ist eine weitere Erhöhung des Stammkapitals ... vorgesehen".

Kapitalerhöhungen wurden bei den Girozentralen bisher in der Weise durchgeführt, daß die Gewährträger einen Teil der Mittel bar eingezahlt haben, während der andere Teil den Rücklagen entnommen wurde, also aus der internen Eigenkapitalbildung stammte. Einen Überblick über die Entwicklung der Dotationskapitalien seit der Währungsreform bei den 4 größten Girozentralen des Bundesgebietes gibt die folgende Tabelle wieder:

1) Rheinische Girozentrale und Provinzialbank, Düsseldorf, Geschäftsberichte 1958, S. 19; 1959, S. 20

Dotationskapital der größten Girozentralen

Institut	Dotations- kapital 21.6.1948	Dotations- kapital 31.12.1962	Bilanz- summe 31.12.1962
1. Rheinische Girozentrale und Provinzi- albank Düssel- dorf	5,0 Mio	100 Mio	8,08 Mrd DM
2. Hessische Lan- desbank-Giro- zentrale, Frankfurt/Main	4,08 Mio	60 Mio	6,84 Mrd DM
3. Landesbank für Westfalen Giro- zentrale, Münster	4,0 Mio	60 Mio	5,18 Mrd DM
4. Bayerische Ge- meindebank (Girozentrale) München	1,3 Mio	60 Mio	4,53 Mrd DM

Die beiden Staatsbanken, die heute in der Bundesrepublik ihre Tätigkeit als Hausbank des jeweiligen Staates und als Institut der privaten Wirtschaft ausüben, besitzen beide ein Dotationskapital. Die Bayerische Staatsbank, München, stellte 1950 ihr Kapital 10 : 2,5 auf 10 Mio DM um. Durch das Gesetz über die Bayerische Staatsbank wurde dem Staat Bayern als dem alleinigen Kapitaleigner und Gewährträger des Instituts die Auflage gemacht, das Kapital der Bank wieder auf 40 Mio DM aufzustocken. Dieser Pflicht ist der Bayerische Staat 1950 mit einer Bareinzahlung von 30 Mio DM nachgekommen. Seither wurde eine Erhöhung des Dotationskapitals nicht mehr vorgenommen, obgleich die Bilanzsumme Ende 1962 2,67 Mio DM erreichte. In den Geschäftsberichten findet sich hierzu der wiederholte Hinweis:¹⁾ "Zur Frage

1) Bayerische Staatsbank, München, Geschäftsberichte 1957, S. 18; 1959, S. 18, 1959, S. 19

ihres Verhältnisses (der Eigenmittel; d.V.) zur Bilanzsumme sei wiederum bemerkt, daß der Freistaat Bayern kraft Gesetzes für die Bayerische Staatsbank volle Gewähr leistet". Die Dividendenzahlung an den Anteilseigner wurde 1952 mit 2,5 % wieder aufgenommen und betrug in den letzten drei Jahren 16 %.

Die Braunschweigische Staatsbank, Braunschweig, stellte 1950 ihr Dotationskapital von 10 Mio RM im Verhältnis 10 : 3,2 auf 3,2 Mio DM um. Ihr alleiniger Anteilseigner ist jetzt das Land Niedersachsen, das auch die Gewährträgerhaftung übernommen hat. Das Staatsbankgesetz für dieses Institut enthält die Bestimmung, das "Grundvermögen" in seinem Bestand zu erhalten und verpflichtete dadurch das Land Niedersachsen, das Dotationskapital wieder um 6,8 Mio DM zu erhöhen. Diese Kapitalerhöhung wurde 1951 in der Weise vorgenommen, daß gleichzeitig mit dem Grundkapital von 10 Mio DM eine Forderung an das Land Niedersachsen in Höhe von 6,8 Mio DM ausgewiesen wurde, die aus den Gewinnen der folgenden Jahre getilgt werden mußte. 1959 wurde das Dotationskapital um weitere 10 Mio DM verstärkt, wobei 2,3 Mio aus dem Jahresergebnis genommen und 7,7 Mio Rücklagen umgebucht wurden. Weitere 4 Mio DM Kapitalerhöhung im Jahre 1960 stammten mit 2,5 Mio aus dem Gewinn des Geschäftsjahres und mit 1,5 Mio den angesammelten Rücklagen. Das Dotationskapital von 24 Mio DM Ende 1962 bei einer Bilanzsumme der Braunschweigischen Staatsbank von 2,22 Mio DM stellt somit fast ausschließlich ein Ergebnis der internen Eigenkapitalbildung dar. Das Land Niedersachsen hat sich zu echten Kapitalerhöhungen bisher nicht bereitgefunden, wohl aber auf eine Gewinnausschüttung verzichtet. Diese wurde von 1952 bis 1958 zur Tilgung der Einzahlungsforderungen an den Anteilseigner und seit 1959 zur Rücklagendotierung verwendet.

Dotationskapital der Staatsbanken

Institut	Dotationskap. 21. 6. 1948	Dotationskap. 31. 12. 1962	Bilanzsumme 31.12.1962
Bayerische Staatsbank, München	10 Mio	40 Mio	2,67 Mrd DM
Braunschweigische Staatsbank, Braunschweig	3,2 Mio	24 Mio	2,22 Mrd DM

Die öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten stellen eine sehr verschiedenartig zusammengesetzte Untergruppe der Realcreditinstitute dar, deren geschäftliche Schwerpunkte als "Wohnungsbaufinanzierungsinstitut" im nachstelligen Wohnungsbaukredit bzw. als "Agrarkreditinstitute" im Agrarstrukturkredit liegen¹⁾. Ende 1962 besaßen von den 18 öffentlich-rechtlichen Realkreditinstituten 7 eine Bilanzsumme von über 1 Mrd DM und vereinigten rd. 92 % des gesamten Bilanzvolumens auf sich. Wir wollen unsere Untersuchungen deshalb auf diese 7 Grundkreditanstalten beschränken. Dazu zählen als Wohnungsbaufinanzierungsinstitute die 3 süddeutschen Landeskreditanstalten (Bayerische Landesbodenkreditanstalt München; Württembergische Landeskreditanstalt Stuttgart und Badische Landesanstalt Karlsruhe), ferner die in Verwaltungsgemeinschaft mit der Bremer Landesbank, verbundene Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen, Bremen, und die Deutsche Pfandbriefanstalt Berlin/Wiesbaden. Als Agrarkreditinstitute treten die Hannoversche Landeskreditanstalt Hannover und die Deutsche Landesrentenbank Berlin/Bonn dazu.

1) Vgl. Die Entwicklung der privaten Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten seit Ende 1950, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank April 1963, S. 14 ff.; Hagenmüller, K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik, S. 44 ff.

Dotationskapital der öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten

Institut	Dotationskap. 21.6.1948	Dotationskap. 31.12.1962	Bilanzsumme 31.12.1962
Bayerische Landes- boden-Kreditanstalt	0,5 Mio	100,00 Mio	4,82 Mrd
Deutsche Pfandbrief- anstalt	12,5 Mio ^{+))}	62,46 Mio	3,12 Mrd
Württembergische Landeskreditan- stalt	11,0 Mio	65,0 Mio	2,74 Mrd
Badische Landes- kreditanstalt	50,0 Mio ^{+))}	55,0 Mio	2,22 Mrd
Staatliche Kredit- anstalt Oldenburg- Bremen	2,0 Mio	15,0 Mio	2,21 Mrd
Deutsche Landes- rentenbank	2,0 Mio ^{+))}	20,0 Mio	1,97 Mrd
Hannoversche Landes- Kreditanstalt	-	-	1,41 Mrd

^{+))} Eröffnungsbilanzen 1953

Die Verstärkung der Dotationskapitalien vollzog sich bei den Landeskreditanstalten, für die die Länder, in denen sie domizilieren, die Gewährträgerhaftung übernommen haben, in der Weise, daß Haushalts- bzw. andere Mittel zur Verfügung gestellt oder Rücklagen umgewandelt wurden. Sie be- ruht also zum Teil auf echten Kapitalerhöhungen, zum ande- ren Teil auf einer Veränderung der Eigenkapitalstruktur. Die Hannoversche Landeskreditanstalt verfügt als einzige über kein Dotationskapital. Bei der Deutschen Pfandbrief- anstalt haben die Anteilseigner, zu denen der Bund, die Länder sowie das Bundesausgleichsamt in Bad Homburg gehören, die Beträge bar eingezahlt.

C. Die Möglichkeiten der internen Eigenkapitalbildung

I. Begriff und Wesen der internen Eigenkapitalbildung

Da, wie bereits dargelegt, der Begriff "Selbstfinanzierung" in der Literatur im engeren und weiteren Sinne Verwendung findet und eine klare Unterscheidung zur "Eigenfinanzierung" vielfach fehlt, wollen wir die Thesaurierung von Gewinnanteilen im Unternehmen sprachlich prägnanter als interne Eigenkapitalbildung bezeichnen und sie der Zuführung eigener Mittel von außen, der externen Eigenkapitalbildung, gegenüberstellen. Werden Finanzierungsmittel aus der Marktleistungstätigkeit eines Kreditinstituts bereitgestellt, die nicht wieder kurzfristig zur Auszahlung gelangen, so kann es sich um Fremd- oder Eigenkapital handeln. In Höhe der Pensionsrückstellungen und Sammelwertberichtigungen werden Fremdkapital bzw. Eigenkapitalsurrogate gebildet. Eigenkapital entsteht in Höhe der nach Berücksichtigung der Gewinnsteuerzahlungen und Ausschüttungen an die wirtschaftlichen Eigentümer verbleibenden Teile des Jahresgewinns, die den offenen bzw. stillen Rücklagen zugewiesen bzw. bei Personengesellschaften auch auf den Kapitalkonten verbucht werden. Der Umfang der internen Eigenkapitalbildung ist somit einmal von der Höhe der erzielten Gewinne, zum anderen von der Beanspruchung durch Gewinnsteuern, Entnahmen und Dividenden abhängig. Die Ausschüttungs- und Thesaurierungspolitik der Institute muß im engen Zusammenhang mit den Möglichkeiten der externen Eigenkapitalbildung gesehen werden und wird deshalb maßgeblich durch die Rechtsform bestimmt. Inwieweit sich die interne Eigenkapitalbildung sichtbar oder unsichtbar vollzieht, d.h. die Dimensionierung von offenen und stillen Rücklagen, ist eine Frage steuerlicher Erwägungen und - speziell bei den publizitätspflichtigen Kreditinstituten - der Bilanzpolitik.

II. Formen der internen Eigenkapitalbildung bei den Bankengruppen

1. Sichtbare Eigenkapitalbildung

Die sichtbare interne Eigenkapitalbildung (offene Selbstfinanzierung) zeigt sich in einer Erhöhung der Rücklagenpositionen, oder, bei Privatbankiers, gegebenenfalls des Kapitals auf der Passivseite der Bankbilanzen.

a. Personengesellschaften

Da Personengesellschaften allein auf die Kapitalkraft ihrer Gesellschafter angewiesen sind, ist eine Kapitalanreicherung bei ihnen praktisch nur über den Weg der Selbstfinanzierung möglich¹⁾. Diese Feststellung über die Eigenkapitalbildung bei Personengesellschaften, die von dem Geschäftsinhaber eines Privatbankhauses stammt, gilt auch für das Bankgewerbe. Die erwirtschafteten Gewinne bilden die wichtigste Quelle für eine kontinuierliche Verstärkung der Eigenkapitalausstattung von Privatbankfirmen. In diesem Zusammenhang sei noch eine weitere Ansicht aus Bankkreisen zitiert²⁾:

"Es existiert auch für den Bereich der mittleren und kleineren Unternehmen eine Art Markt für Eigenkapital, der nur nicht die Perfektion und vor allem nicht die Publizität der Aktienbörsen hat. Nach unseren Beobachtungen sehen jedoch die nicht emissionsfähigen Unternehmen die Selbstfinanzierung als die klassische Form der Eigenkapitalverbreiterung an; vielfach schreckt man vor der Aufnahme von neuen Teilhabern zur Verbreiterung der Eigenkapitalbasis deshalb zurück, weil man nicht die Vorzüge des selbstverantwortlichen und unabhängigen unternehmerischen Handelns und Entscheidens aufgeben will". Für Privatbankfirmen ist

1) Vgl. Kühnen, H., Eigenkapital bei Personen- und Kapitalgesellschaften, S. 234

2) Abs, H.J. Selbstfinanzierung bei verlangsamten wirtschaftlichen Wachstum, Ausführungen auf der HV der Deutschen Bank am 8.5.1963

dieser Gesichtspunkt von besonderem Interesse. Jede zusätzliche Eigenkapitalbildung, die intern erfolgen kann, erhält die Entscheidungsfreiheit der bisherigen Geschäftsinhaber und wahrt den Charakter des Instituts. Privatbankiers sind daher in besonderer Weise bei Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit auf die interne Eigenkapitalbildung angewiesen.

Über den Umfang der Gewinnthesaurierung bei den Privatbankfirmen, die Bilanzen nicht veröffentlichen, gibt es keine statistischen Angaben. Er ist abhängig von der Ertragslage, die sich seit 1950 für das Bankgewerbe insgesamt günstig entwickelt hat, sowie von der Entnahmepolitik der Gesellschafter. Auch hierüber sind Aufschlüsse nicht zu erlangen. Da der erzielte Gewinn nicht bei der Firma, sondern den einzelnen Gesellschaftern veranlagt wird, muß zunächst formal eine Ausschüttung an die Inhaber vorgenommen werden¹⁾. Nach der Versteuerung des Gewinns, die maximal 53 v.H. erreichen kann, hängt es von den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages bzw. der jeweils neu zu treffenden Abmachungen ab, welcher Prozentsatz dem Institut zur Eigenkapitalbildung verbleibt und welcher Teil endgültig an die Gesellschafter ausgeschüttet wird. Führt das Institut konstante Kapitalkonten, so werden die ihm verbleibenden Gewinnanteile den Rücklagen zugewiesen, anderenfalls erfolgt eine Zuschreibung auf den Kapitalkonten der Inhaber.

b. Kapitalgesellschaften

Obwohl Kapitalgesellschaften, insbesondere emissionsfähige Aktienbanken, über die relativ günstigsten Möglichkeiten der externen Eigenkapitalbildung verfügen, können sie nicht darauf verzichten, ihr offen ausgewiesenes Eigenkapital aus

1) Vgl. Zahn, J. Der Privatbankier, S. 73

eigener Kraft zu stärken. Einmal setzt eine Emission junger Aktien einen funktionsfähigen und für Bankenwerte ergiebigen Kapitalmarkt voraus. Diese Bedingung war für die ersten Wiederaufbaujahre bis Ende 1954 nicht gegeben. In derartigen Perioden ist eine Aktienbank auf eine Eigenkapitalbildung aus einbehaltenen Gewinnen angewiesen. Zum anderen ist eine Kapitalerhöhung infolge der Emissionskosten und der ständigen Dividendenverpflichtungen trotz des ermäßigten Körperschaftsteuersatzes für ausgeschüttete Gewinne im Vergleich zur Rücklagenbildung relativ teuer. Thesaurierte Gewinne müssen zwar zu einem erhöhten Körperschaftsteuersatz versteuert werden, ihre Gewerbesteuerbelastung ist jedoch nicht höher als bei Gewinnausschüttungen und außerdem treten weder Kapitalbeschaffungskosten noch Dividendenverpflichtungen auf. Da unter Risikogesichtspunkten Grundkapital und Rücklagen gleich zu beurteilen sind, ergibt sich für die Aktienbank folgende rentabilitätsmäßige Überlegung: Je größer der Anteil der Rücklagen am offenen ausgewiesenen Eigenkapital eines Instituts ist, desto kleiner wird der Teil, für den eine kontinuierliche Dividende erwirtschaftet werden muß. Hohe offene Rücklagen ermöglichen es dem Institut auch bei schrumpfender Zinsspanne an der bisherigen Dividendenhöhe festzuhalten. In Verbindung mit den stillen Rücklagen sichern sie die Ausschüttungspolitik und damit die zukünftige Stellung am Kapitalmarkt. Über die gesetzliche Rücklage hinaus sind die Aktienbanken deshalb bestrebt, freie Rücklagen zu bilden. Dabei lassen sich zwei Grundsätze beobachten, die der Übung vergleichbarer Geschäftsbanken des Auslandes entsprechen und die von den deutschen Aktienbanken, welche auf ein internationales Standing Wert legen, allgemein akzeptiert werden. Derartige Regeln können, wie gezeigt wurde, wissenschaftlich nicht gestützt werden, ihre Befolgung in der Bilanzpolitik der Aktienbanken ist jedoch deutlich erkennbar¹⁾.

1) Vgl. die Tabelle auf S. 483

Stand der externen und internen Eigenkapitalbildung bei
Aktienbanken am 31.12.1962

	Bilanz- summe Mrd DM	Grundka- pital Mio DM	Rücklagen n. § 10 KWG DM	Eigenkapital in v.H. der Bilanzsumme
1. Deutsche Bank	13,20	300,0	360,0	5,0
2. Dresdner Bank	9,96	245,0	330,4	5,8
3. Commerzbank	8,66	200,0	220,0	4,8
4. Bayernhyp	6,07	100,0	165,5	4,4
5. Bayer. Vereinbank	3,87	80,0	110,0	4,9
6. Bank für Gemein- wirtschaft	3,19	85,0	40,0	3,8
7. Berliner Bank	1,19	30,0	30,0	5,0
8. Westfalenbank	1,15	30,0	35,0	5,6
9. Berliner Handels- gesellschaft (KGaA)	0,98	30,0	28,0	5,9
10. Frankfurter Bank	0,91	20,0	22,0	4,6
11. Vereinsbank in Hamburg	0,79	25,0	25,0	6,4
12. Oldenburg. Landes- bank	0,48	10,0	8,0	3,8
13. Schleswig-Holstein. Westbank	0,48	8,5	10,5	3,9
14. Badische Bank	0,46	12,0	11,3	5,0
15. Württemberg. Bank	0,43	10,0	10,0	4,6
16. Norddeutsche Kre- ditbank	0,34	10,0	10,5	6,0
17. Deutsche Effekten- u. Wechsel-Bank	0,26	8,0	8,0	6,1
18. Nationalbank	0,26	6,0	7,25	5,1
19. Deutsch-Südamerik.	0,21	10,0	2,5	6,0
20. Deutsche Übersee- ische Bank	0,21	9,0	0,9	5,0
21. Handelsbank in Lübeck	0,20	3,0	4,4	3,7
22. Handels-und Ge- werbebank	0,20	6,0	6,4	6,2
23. Geestemünder Bank	0,09	2,0	3,0	5,5
24. Ibero-Amerika- bank	0,07	3,0	1,0	5,7
25. Bankverein Bremen	0,04	1,5	1,0	6,9

Die beiden Normen lauten:

- (1) Das sichtbar ausgewiesene Eigenkapital einer Aktienbank soll mindestens 5 v.H. der Bilanzsumme betragen.
- (2) Die offenen Rücklagen einer Aktienbank sollen mindestens die Höhe des in der Bilanz ausgewiesenen Grundkapitals erreichen.

Wie die Bilanzangaben bei 25 Kreditaktienbanken zeigen, hatten Ende 1962 16 Institute die 5 %-Grenze erreicht bzw. überschritten, weitere 5 Institute befanden sich dicht vor diesem Ziel, während bei 4 Instituten die ausgewiesenen eigenen Mittel noch unter 4 % der Bilanzsumme lagen. Die offenen Rücklagen hatten bei 17 Aktienbanken das Grundkapital erreicht bzw. überschritten, bei 3 Instituten wurde der Gleichstand fast verwirklicht, nur 2 Regionalbanken und die 3 Überseebanken befanden sich mit ihrer internen Eigenkapitalbildung noch stärker hinter der Höhe der ausgewiesenen Grundkapitalien zurück. Auch bei Berücksichtigung der Tatsache, daß ein Teil der Rücklagen aus dem Agio von Überpariemiissionen stammt oder durch Verwertungsaktien aufgebracht wurde, läßt sich feststellen, daß es den 25 Kreditaktienbanken gelungen ist, einen Betrag von etwa gleicher Höhe wie das Grundkapital aus erwirtschafteten Gewinnen den offenen Rücklagen zuzuweisen.

c. Genossenschaften

Durch die interne Kapitalbildung schaffen sich die genossenschaftlichen Kreditinstitute ein Eigenkapital, das von den Fluktuationen des Mitgliederbestandes unabhängig ist, da ausscheidende Genossen nach geltendem Recht keinen Anspruch auf die Rücklagen haben. Diese aus Gewinnen aufgebrachten eigenen Mittel werden wegen ihrer Stabilität deshalb auch als "neutrales Kapital" bezeichnet¹⁾. Weil auf der Genossen-

1) Vgl. Rößle, K., a.a.O., S. 113

schaft stets das Risiko des Entzugs von Geschäftsguthaben als Folge des Ausscheidens von Mitgliedern, also ein Finanzierungsrisiko eigener Art liegt, kommt den Genossenschaftlichen gesetzlichen und freiwilligen Rücklagen eine besondere Bedeutung für den Kapitalaufbau zu. Im Rahmen des genossenschaftlichen Eigenkapitals bilden die Rücklagen - im Gegensatz etwa zu den Rücklagen der Aktiengesellschaft - einen dem Zugriff der Mitglieder entzogenen Eigenkapitalanteil. "Weil die Rücklagen von einer Veränderung der Zahl der Mitglieder in wesentlichen unberührt bleiben, bilden sie im Vergleich zu den Geschäftsguthaben einen Kapitalstock, der in dieser Beziehung mehr Verwandtschaft mit einem vergesellschafteten Kapital, etwa dem Stamm- oder Grundkapital von Kapitalgesellschaften, aufweist als die Geschäftsguthaben"¹⁾.

Der 1962 vom Bundesjustizministerium vorgelegte Referentenentwurf eines neuen Genossenschaftsgesetzes sieht in § 41 Abs. 1 Satz 2 insofern eine Änderung der bisherigen Praxis vor, als die Satzung einer Genossenschaft einem ausscheidenden Mitglied auch einen Anspruch auf Auszahlung eines Anteils an der freien Rücklage einräumen kann. In der im April 1963 veröffentlichten gemeinsamen Stellungnahme der viel Spitzenverbände des deutschen Genossenschaftswesens wird eine derartige Vorschrift aus rechtssystematischen und wirtschaftlichen Bedenken abgelehnt. Dabei wird insbesondere auf die Bedeutung der Rücklagenbildung für die genossenschaftliche Stabilität und Funktionsfähigkeit hingewiesen²⁾.

Der verstärkte Trend zur internen Eigenkapitalbildung, der in der genossenschaftlichen Rechtsform begründet liegt, hat auch bei den Kreditgenossenschaften seit der Währungsre-

1) Henzler, R., Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens, Wiesbaden 1962, S. 49

2) Vgl. Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes für 1962, S. 32, 173 f.

form entsprechend ihrer Ertragslage zu einer relativ hohen Rücklagenbildung geführt. Der Anteil der offenen Rücklagen an der Bilanzsumme betrug Ende 1962 bei den Volksbanken 2,9 % und bei den ländlichen Kreditgenossenschaften 3,1 %. Bei 6 der größten Kreditgenossenschaften ergab sich am 31.12.1962 folgende Eigenkapitalausstattung:

Institut	Bilanz- summe	Geschäfts- guthaben	Rücklagen nach § 10 KWG	Eigenkapital in v.H. der Bilanzsumme
Berliner Volksbank	163,7 Mio	7,0 Mio	5,0 Mio	7,3
Frankfurter Volksbank	133,6 "	4,0 "	2,8 "	5,1
Stuttgarter Bank	126,5 "	5,3 "	3,6 "	7,0
Volksbank Pforzheim	118,1 "	5,1 "	2,9 "	6,8
Mainzer Volksbank	107,5 "	3,4 "	4,0 "	6,9
Ulmer Volks- bank	106,3 "	3,5 "	2,0 "	5,2

Externe und interne Eigenkapitalbildung bei den Volksbanken
seit der Währungsreform

Jahres- ende	Geschäftsguthaben		Rücklagen	
	Mio DM	v.H.d. Bilanzsumme	Mio DM	v.H.d. Bilanzsumme
1949	39,5	3,9	24,8	2,5
1950	55,2	4,4	31,7	2,5
1951	72,5	4,9	35,5	2,4
1952	92,4	5,0	51,4	2,8
1953	113,5	4,9	64,5	2,8
1954	134,5	4,7	76,6	2,7
1955	157,0	4,6	90,6	2,7
1956	178,3	4,6	108,5	2,8
1957	199,1	4,4	129,5	2,9
1958	222,4	4,2	151,3	2,9
1959	252,8	3,9	182,2	2,8
1960	279,8	3,8	213,3	2,9
1961	309,5	3,6	248,2	2,9
1962	345,1	3,5	287,2	2,9

Quelle: Jahrbücher des Deutschen Genossenschaftsverbandes
für 1957, S. 124 f. und 1962, S. 148 f.

Externe und interne Eigenkapitalbildung bei den Raiffeisen-
Kreditgenossenschaften seit der Währungsreform

Jahres- ende	Geschäftsguthaben		Rücklagen	
	Mio DM	v.H.d. Bilanz- summe	Mio DM	v.H.d. Bilanz- summe
1949	18,5	1,2	84,6	5,5
1950	23,0	1,3	86,2	4,8
1951	35,5	1,8	89,3	4,5
1952	57,1	2,3	103,1	4,1
1953	80,3	2,5	117,4	3,7
1954	104,0	2,6	132,6	3,2
1955	132,0	2,7	148,6	3,1
1956	160,5	2,9	172,6	3,1
1957	189,5	2,9	209,6	3,2
1958	219,3	2,8	247,3	3,2
1959	250,9	2,7	289,4	3,1
1960	286,5	2,7	339,6	3,1
1961	321,7	2,6	397,6	3,2
1962	336,8	2,3	439,7	3,1

Quelle: Jahrbücher des Deutschen Raiffeisenverbandes für
1957, S. 38 und 1962, S. 51

d. Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute

In noch viel stärkerem Maße als die Kreditgenossenschaften sind öffentlich-rechtliche Kreditinstitute auf die interne Eigenkapitalbildung angewiesen. Sie besitzen entweder, wie die Sparkassen, überhaupt kein Dotationskapital. Falls sie jedoch mit einem Dotationskapital ausgestattet sind, wird dieses durch externe Zuweisungen nur ungenügend verstärkt, so daß sie die für eine Kapitalerhöhung notwendigen Beträge weitgehend selbst erwirtschaften müssen. Zwar sind die erzielten Gewinne bei diesen Instituten, deren Geschäftspolitik am Gemeinnützigkeitsprinzip ausgerichtet ist, niedriger als bei erwerbswirtschaftlich orientierten Aktienbanken und Privatbankiers, doch werden die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute bei der Eigenkapitalbildung aus eigener Kraft durch den Fiskus und die öffentlichen Anteilseigner unterstützt. So sind die erzielten Überschüsse bei der Gewinnbesteuerung entweder begünstigt oder ganz freigestellt. Ferner verzichten die Gewährträger auf eine höhere Verzinsung des Kapitals und schränken die Abführung von Überschüssen ein. Für Sparkassen besteht z.B. ein Ausschüttungsverbot, bis die Sicherheitsrücklage 3, in manchen Bundesländern bis 5 v.H. der Einlagen beträgt. Auch darüber hinaus darf nur ein Teil, der im Regelfall zwei Drittel nicht überschreitet, an den Gewährträger abgeführt werden. Bei den Girozentralen ist die Höchstverzinsung teilweise satzungsmäßig auf 6 % beschränkt. Für die Bayerische Landesbodenkreditanstalt als der größten öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalt sieht das Errichtungsgesetz vor, daß Überschüsse den Rücklagen oder dem Grundkapital zugewiesen werden. Bei der Braunschweigischen Staatsbank verzichtete das Land Niedersachsen ebenfalls auf eine Gewinnausschüttung zugunsten der Eigenkapitalstärkung. Die Überschüsse öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute stehen somit, durch Gewinnsteuern und Ausschüttungen nicht wesentlich geschmälert, für die interne Eigenkapitalbildung zur Verfügung.

Den 867 Sparkassen gelang es bis Ende 1962, 2,4 Mrd DM Eigenkapital intern zu bilden, d.h. 3,4 v.H. ihrer zusammengefaßten Bilanzsumme. Bei den größten Sparkassen mit einer Bilanzsumme von über 1 Mrd DM ergab sich folgendes Bild:

Interne Eigenkapitalbildung bei Sparkassen mit einer Bilanzsumme von über 1 Mrd DM

Institut	Bilanz- summe in Mrd DM	Sicherheitsrücklagen in 21.6.1948 in Mio	31.12.1962 in Mio	Eigenkapital in v.H.d. Bils. 31.12.1962
1. Hambur- ger Spar- casse von 1827	1,59	4,73	81,80	5,1
2. Sparkasse der Stadt Köln	1,44	4,44	44,22	3,1
3. Sparkasse der Stadt Berlin-West	1,42	1,22	32,94	2,3
4. Kreisspar- kasse Köln	1,11	3,17	43,79	3,9

Für die Girozentralen, Staatsbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten, die über ein Dotationskapital verfügen, ist eine Aufgliederung von externer und interner Eigenkapitalbildung aus den Bilanzzahlen nicht zu gewinnen. Das am 31.12.1962 ausgewiesene Eigenkapital wurde zu wesentlichen Teilen aus eigener Kraft aufgebracht:

Stand der Eigenkapitalbildung bei Girozentralen, Staatsbanken
und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten am 31.12.1962

Institut	Bilanz- summe in Mrd	Dotations- kapital in Mio	Rücklagen n. § 10 KWG	Eigenkapital i. v. H. d. Bilanz- summe
Rheinische Giro- zentrale	8,08	100	120	2,7
Hessische Giro- zentrale	6,84	60	60	1,8
Landesbank für Westfalen	5,18	60	52	2,2
Bayerische Ge- meindebank	4,53	60	41,7	2,2
Bayerische Staats- bank	2,67	40	61,0	4,0
Braunschweigische Staatsbank	2,22	24	13,8	1,7
Bayerische Landes- boden-Kreditanstalt	4,82	100	64,0	3,4
Deutsche Pfandbrief- anstalt	3,12	62,5	57,5	3,8
Württembergische Landeskreditanstalt	2,74	65,0	104,0	6,2
Badische Landes- kreditanstalt	2,22	55	85,0	6,3
Staatliche Kredit- anstalt Oldenburg- Bremen	2,21	15	18,0	1,5
Deutsche Landesren- tenbank	1,97	20	10,9	1,6
Hannoversche Landes- kreditanstalt	0,85	+))	15,2	1,8

+) nicht dotiert

2. Unsichtbare Eigenkapitalbildung

Die unsichtbare interne Eigenkapitalbildung (stille Selbstfinanzierung) führt in der Bankbilanz zu einer Unterbewertung des Vermögens, die sich bei dem betreffenden Positionen der Aktivseite ziffernmäßig nicht erkennen läßt. Die Bildung gesetzlich erzwungener stiller Reserven vollzieht sich über unrealisierte Gewinne als Differenz zwischen Buchwert und höherem Tageswert eines Vermögensgegenstandes¹⁾. Freiwillig gelegte stille Rücklagen, die auf Ermessens- oder Willkürscheidungen des bilanzierenden Instituts beruhen, verdecken realisierte Gewinne in Höhe der Differenz zwischen handelsrechtlich zulässigem Höchstwert und dem Buchwert¹⁾. Durch die Verrechnung zusätzlichen Aufwands in der Erfolgsrechnung werden Ertragsteile in gleicher Höhe gebunden und dadurch der im Jahresabschluß erkennbare Gewinne reduziert.

a. Nicht publizitätspflichtige Kreditinstitute

Banken, die ihre Jahresabschlüsse nicht zu veröffentlichen brauchen, wie die Privatbankiers, bilden stille Rücklagen insbesondere deshalb, um alle steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten voll ausnutzen zu können. Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften (Niederstwertprinzip) entstehen bei der Wertpapier- und Beteiligungsposition automatisch stille Reserven, wenn der Kurswert über den Anschaffungswerten liegt. Darüber hinaus werden bei den Debitoren stille Rücklagen durch Ausnutzung des zunächst auch von der Finanzbehörde zugestandenen Ermessensspielraum gelegt. Schließlich sieht die Steuergesetzgebung die Anerkennung derjenigen Anlagenzüge als Betriebsausgaben vor, die auf geringwertige Wirtschaftsgüter entfallen. Nicht nur in der Handelsbilanz, sondern auch in der Steuerbilanz sind demnach derartige Kurswertreserven, Debitoren- und Anlageabschreibungen zugelassen.

1) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, S. 193

Dabei handelt es sich jedoch um unversteuerte stille Rücklagen, die bei ihrer Aufdeckung der Steuerpflicht unterliegen und folglich am Bilanzstichtag nicht in voller Höhe als Eigenkapital gelten können. Außer diesem steuerlichen Motiv ist eine Dotierung stiller Rücklagen bei Privatbankiers nur noch aus Gründen der internen Geschäftspolitik, z.b. der Auseinandersetzung zwischen Komplementären und Kommanditisten denkbar.

b. Publizitätspflichtige Kreditinstitute

Bei Kreditinstituten, die ihre Jahresabschlüsse veröffentlichen müssen, ist eine unsichtbare Eigenkapitalbildung weitgehend davon abhängig, ob überhöhte Aufwendungen ausweismäßig mit erzielten Erträgen kompensiert werden können. Diese Möglichkeit zu "Vorwegabsetzungen" besitzen Aktienbanken und öffentlich-rechtliche Kreditanstalten, während sie Kreditgenossenschaften, Sparkassen und Hypothekenbanken durch die Gestaltung ihrer Formblätter verwehrt ist¹⁾. Wir können uns deshalb auf die Aktienbanken beschränken und wollen diejenigen Positionen der Aktivseite erörtern, die die Legung stiller Reserven zulassen.

Die zweifellos wichtigste Position für die Bildung stiller Rücklagen stellen die **D e b i t o r e n** dar, die das kurz- und mittelfristige Buchkreditgeschäft der Banken enthalten. Für das Umlaufvermögen, dem die Debitoren zuzurechnen sind, gilt grundsätzlich das strenge Niederstwertprinzip. Buchforderungen haben in der Regel weder einen Anschaffungswert, noch läßt sich ein Börsen- oder Marktwert ermitteln. Als Höchstwert für den Ansatz der Debitoren ist deshalb derjenige Wert anzusetzen, der den Forderungen am Abschlußstichtag beizulegen ist. Dieser Wertmaßstab, der sich in

1) Vgl. Birck, H., a.a.O., S. 472

§ 133 Nr. 3 AktG und in § 40 Abs. 2 HGB findet, ist nach herrschender Auffassung kein absolut bestimmbarer Wert, sondern nur durch das pflichtgemäße Ermessen des Kaufmanns zu ermitteln¹⁾. Dabei gilt, daß zweifelhafte Forderungen nach ihrem wahrscheinlichen Werte anzusetzen und uneinbringliche Forderungen abzuschreiben sind²⁾. Für die Kreditinstitute ergibt sich hieraus das Prinzip der Einzelbewertung, d.h. jedes einzelne Kreditengagement ist auf darin liegende akute Risiken zu überprüfen. Ein Bonitätsrisiko liegt dann vor, wenn eine zunächst einbringliche Forderung notleidend wird, d.h. das Kreditinstitut seine Kapital- und Zinsforderung voraussichtlich nicht in voller Höhe zurückerhält. Um ein Liquiditätsrisiko handelt es sich, wenn das Kreditinstitut zwar nicht mit dem Verlust der Forderung, wohl aber mit deren rechtzeitigen Rückzahlungen zum Fälligkeitszeitpunkt rechnen kann. In diesen Fällen muß der Nominalwert der Kreditforderung bei der Bilanzierung unterschritten werden. In Höhe des voraussichtlich entstehenden Verlustes ist auf die Forderung eine Einzelwertberichtigung zu bilden. Da sich weder die erwarteten Verluste an den Kapitalforderungen, noch die Zinsausfälle, noch der Wert der zur Verfügung stehenden Sicherheiten exakt schätzen lassen, verbleibt den Kreditinstituten bei der Bemessung der Einzelwertberichtigungen ein erheblicher Bewertungsspielraum. Je nach der Einschätzung der vermutlichen Verluste und der Verwertbarkeit der Sicherheiten kann eine Einzelwertberichtigung von 20 %, aber auch von 50 % des Kreditengagements angemessen sein. Eine Nachprüfung der Ermessensentscheidung durch Außenstehende ist kaum möglich. Vor dieser Schwierigkeit steht jedoch die Finanzbehörde, wenn sie der Auffassung ist, daß das Prinzip vorsichtiger Bewertung zu weit ausgelegt wurde, da sie dann

1) Vgl. Adler, H. - Düring, W. - Schmaltz, K., a.a.O.,
§ 129 Tz 66

2) § 40 HGB

ihrerseits beweisen muß, daß die Höhe der Wertberichtigung nicht dem Brauch ordentlicher Geschäftsführung entspricht¹⁾. Die Kreditinstitute nutzen deshalb ihren großen Bewertungsspielraum, da sie die Einzelwertberichtigungen steuerlich als Betriebsausgaben durchsetzen können. Birck²⁾ führt dazu aus: "Es entspricht den Grundsätzen solider Bankbilanzierung, daß in Anbetracht der besonderen Schwierigkeiten einer wirklich zutreffenden Wertfindung bei den notleidenden Krediten die Einzelwertberichtigungen eher zu reichlich als zu gering bemessen werden". Einzelwertberichtigungen enthalten deshalb in mehr oder minder großem Umfang unversteuerte stille Ermessensrücklagen. Eine bewußte Legung stiller Reserven ist in der Beibehaltung nicht mehr erforderlicher Wertberichtigungen zu erblicken, was steuerrechtlich unter Umständen zulässig sein kann³⁾. In der Handelsbilanz besteht darüber hinaus die Möglichkeit, durch überhöhte Einzelwertberichtigungen, die nicht mehr auf Bewertungsmaßnahmen beruhen, stille Willkürrücklagen zu bilden. Dabei handelt es sich um versteuerte stille Rücklagen, da eine Abzugsfähigkeit dieser Beträge von den Finanzämtern nicht anerkannt wird. Die Kreditinstitute sind weiterhin verpflichtet, auf alle nicht einzelwertberichtigten Kreditengagements Sammelwertberichtigungen für latente Risiken zu bilden. Sammelwertberichtigungen, die die verschiedenen bemessenen Mindestsätze der Bankaufsichtsbehörde überschreiten, müssen den Steuerbehörden gegenüber besonders begründet werden. Für die Legung stiller Reserven kommen die aktivisch abgesetzten Pauschalwertberichtigungen damit kaum in Betracht.

1) Vgl. Bühler, O., - Scherpf, P., a.a.O., S. 371

2) Birck, H., a.a.O., S. 74

3) § 6 Abs. 1 Ziffer 2 Satz 3 EStG; Birck, H., a.a.O., S. 74

Eine vergleichsweise geringere Bedeutung für die Bildung stiller Reserven haben die langfristigen Ausleihungen der Aktienbanken. Ein latentes Bonitäts- und Liquiditätsrisiko entsteht kaum bei Hypothekar- und Kommunalkrediten, sondern ist eher bei Investitionskrediten denkbar. Das Volumen der langfristigen Kredite an die gewerbliche Wirtschaft, das zur Bildung stiller Rücklagen unterbewertet werden könnte, wird von den Kreditaktienbanken aus Liquiditätserwägungen üblicherweise niedrig gehalten. An die Stelle langfristiger Ausleihungen treten vielfach mittelfristige Kredite mit Prolongationszusage, die unter Debitoren bilanziert werden.

Die Wertpapierposition, die die Eigenbestände der Banken an Dividenden- und Rentenwerten aufnimmt, gibt den Kreditinstituten in erheblichem Maß die Möglichkeit, stille Rücklagen zu bilden. Dazu eignen sich insbesondere die börsengängigen Dividendenwerte, während eine Unterbewertung von festverzinslichen Wertpapieren, die bei der Bundesbank lombadierbar sind, aus liquiditätsoptischen Gründen nur dann erfolgt, wenn die Errechnung zufriedensstellender Kennziffern für die Sekundärliquidität dadurch nicht in Frage gestellt wird. Die aktienrechtlichen Vorschriften sehen unterschiedliche Bewertungsnormen für Wertpapiere des Anlage- und des Umlaufvermögens vor, die zusammen in der Position "Wertpapiere" auszuweisen sind. Anlagewertpapiere, d.h. Effekten, die am Abschlußstichtag bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft zu dienen¹⁾, werden nach dem sog. gemilderten Niederstwertprinzip²⁾ bewertet, das eine Unterschreitung des Anschaffungswertes nur bei einem nachhaltigen Rückgang der Börsenkurse notwendig macht³⁾. Soweit die Anlageeffekten der Aktienbanken mit relativ niedrigen Anschaffungskursen zu

1) § 131 Abs. 4 Satz 1 AktG

2) Bühler, O. - Scherpf, P., a.a.O., S. 287

3) § 133 Nr. 2 AktG; Birck, H., a.a.O., S. 137

Buch stehen, werden bei gestiegenem Kursniveau am Bilanzstichtag gesetzlich erzwungene stille Reserven gebildet, die zur Gewinnbesteuerung nicht herangezogen werden müssen. Für die börsengängigen Dividendenwerte des Umlaufvermögens gilt das strenge Niederstwertprinzip, d.h. der niedrigere Wert von Anschaffungskosten und Börsenkurs ist anzusetzen¹⁾. Bei diesen Effekten, die zur Erzielung kurzfristiger Kursgewinne im Rahmen der Eigenhandelsgeschäfte der Bank bestimmt sind, liegen die Anschaffungskurse im Durchschnitt wesentlich höher als bei den Anlageeffekten. Eine rückläufige Kursentwicklung kann deshalb eher dazu führen, daß der Tageskurs unter den Anschaffungskurs sinkt und damit ein Herabgehen auf den niedrigeren Börsenkurs notwendig wird. Das Prinzip der Einzelbewertung läßt innerhalb einer Effektergattung grundsätzlich eine pauschale Bewertung zu. Ein besonderes Problem für die Kreditinstitute liegt darin, daß die Bestände einer Gattung meistens aus einer Vielzahl von Anschaffungsgeschäften zu unterschiedlichsten Kursen stammen und während des Geschäftsjahres gleichzeitig wiederum Effektenverkäufe stattgefunden haben. Die Ermittlung des Anschaffungswertes der im Bestand befindlichen Wertpapiere des Umlaufvermögens muß sich in diesem Fall bestimmter Methoden bedienen, deren exakteste das Verfahren der Durchschnittsbewertung ist, das von den Finanzbehörden ausdrücklich gebilligt wurde²⁾. Bei der Durchschnittsbewertung wird der Gewinn der verkauften Effekten als Differenz zum Durchschnittskurs aller Anschaffungen der Gattung, der nach jedem Ankauf neu errechnet wird, ermittelt³⁾. Der Verkaufsgewinn bzw. -verlust wird am Bilanzstichtag auf ein besonderes Erfolgskonto verbucht, so daß auf dem Effektenkonto der Bestand der Gattung verbleibt. Der Buchkurs der Gattung wird dann mit dem Tageskurs verglichen und der niedrigere von beiden der Bilanzierung zu-

1) § 133 Nr. 3 AktG

2) Vgl. Birck, H., a.a.O., S. 48 ff.; Adler, H.-Düring, W.-Schmaltz, K., a.a.O., § 133 Ts 106-113; Alsheimer, H., a.a.O., S. 175 ff.

3) Vgl. Zahlenbeispiel bei Birck, H., a.a.O., S. 50

grundgelegt. Bei steigenden Kursen kann diese Methode zu stillen Ermessensrücklagen führen, weil die anfänglich niedrigeren Ankauferkurse den Durchschnittskurs aller Anschaffungen mindern, ohne daß die höheren Verkaufskurse einen Einfluß auf das Ergebnis hätten. In der Handelsbilanz verbuchen die Banken ihre Effektingeschäfte vielfach auf gemischten Bestands-Erfolgskonten. Dabei führt ein Verkauf von Effekten einer Gattung zu einem höheren Kurs als dem durchschnittlichen Buchkurs zu einer Verminderung des Buchwertes der verbleibenden Bestände in Höhe des Umsatzgewinnes. Werden diese Erfolgsgrößen im aktienrechtlichen Jahresabschluß nicht von den Bestandsgrößen getrennt, indem die veräußerten Papiere unter Zugrundelegung ihres Buchkurses vom Bestand abgesetzt und die erzielten Verkaufserlöse als realisierte Gewinne verrechnet werden, bilden die verbleibenden Buchkurse den Bilanzansatz. In Höhe der Umsatzgewinne sind stille Willkürreserven entstanden. Da ein derartiges Bewertungsverfahren steuerrechtlich unzulässig ist, handelt es sich bei diesen stillen Reserven der Handelsbilanz um versteuerte Rücklagen. Durch Unterbewertung des Effektenbestandes der Kreditinstitute können demnach sowohl stille Zwangs-, Ermessens- und Willkürrücklagen gebildet werden. Birck¹⁾ erwähnt, daß die Wertpapierposition von den Kreditinstituten neben den Debitoren für die stille Reservebildung deshalb bevorzugt wird, "weil die Rücklagen hier bei Bedarf am leichtesten und am unauffälligsten aufgelöst und realisiert werden können".

Eine weitere Position, die die Bildung stiller Rücklagen ermöglicht, sind die **B e t e i l i g u n g e n**. Werden von den Aktienbanken Beteiligungen bei niedrigem Kursstand erworben und durchgehalten, so entstehen unter Umständen gesetzlich erzwungene stille Reserven in Höhe der Differenz

1) Birck, H., a.a.O., S. 33

zwischen dem niedrigeren Anschaffungskurs und dem höheren Tageskurs. Über diese stillen Zwangsrücklagen hinaus können freiwillig weitere stille Rücklagen gebildet werden. Eine Bilanzierung von Beteiligungen unter dem Anschaffungswert ist, ohne daß ein nachhaltiger Kursrückgang vorliegt, in der Handelsbilanz jedoch nur dann zulässig, wenn die stillen Reserven vorher versteuert wurden. Außerdem sind stille Reserven in der Beteiligungsposition schwieriger zu mobilisieren, als wenn sie in den Debitoren oder Wertpapieren stecken.

Das Sachanlagevermögen erreicht bei den Banken im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen höchstens einen Anteil von 3% der Bilanzsumme. Damit sind zugleich die Möglichkeiten zur Legung stiller Reserven quantitativ begrenzt. Als gesetzlicher Bewertungsmaßstab für **G r u n d s t ü c k e** und **G e b ä u d e** sowie die **B e t r i e b s- und G e s c h ä f t s a u s s t a t t u n g** ist der Anschaffungswert heranzuziehen, auf den entsprechend der Abnutzung Abschreibungen zu erfolgen haben¹⁾. Da eine exakte Schätzung der wirtschaftlichen Lebensdauer dieser Sachanlagen auf Schwierigkeiten stößt, verbleibt dem bilanzierenden Institut ein Ermessensspielraum für die Bewertung. Stille Ermessensrücklagen im Rahmen bestimmter Abschreibungssätze sind auch in der Steuerbilanz zulässig. Darüber hinaus ist es je nach der Ertragslage der Institute üblich, in der Handelsbilanz stille Willkürrücklagen durch überhöhte Abschreibungen zu bilden. Derartige stille Reserven sind steuerlich als Betriebsausgaben nicht anerkannt, müssen also zuvor versteuert werden. Sie sind ferner wenig mobilisierbar, da sich ihre Auflösung nach der wirtschaftlichen Lebensdauer des betreffenden Gegenstandes richtet. Ihre Realisierung kann deshalb nur in geringen Teilbeträgen erfolgen, was für bilanztaktische Maßnahmen ungeeignet ist. Die Banken bemühen sich jedoch um einen niedrigen Bilanzansatz des Anlagevermögens,

1) § 133 Nr. 1 AktG

damit die Vorschrift des § 12 KWG eingehalten werden kann, die den Buchwert des Anlagevermögens einer Bank auf die Höhe des haftenden Eigenkapitals begrenzt¹⁾.

Der tatsächliche Umfang unsichtbarer Eigenkapitalbildung bei den Aktienbanken, d.h. die Höhe der Wertberichtigungen auf Debitoren, Effektenbestände und Beteiligungen, die nicht Risikoaufwendungen, sondern vorweggenommene Gewinnverwendung darstellen, sowie die Höhe der Abschreibungen auf das betriebliche Sachanlagevermögen, die nicht Betriebsaufwendungen sind, sondern gleichfalls zu einem niedrigeren Gewinnausweis führen sollen, läßt sich extern nicht ermitteln. Die Kompensation dieser Gewinnverwendungen mit Erträgen erfolgt außerhalb der veröffentlichten Gewinn- und Verlustrechnung. Ausgewiesen werden bei den Aktienbanken, denen ein eigenes Formblatt für die Erfolgsrechnung nicht vorgeschrieben ist, in der Regel nur zwei Ertragspositionen: "Zinsen und Diskont", sowie "Provisionen und Gebühren". Die Zinserträge sind dabei mit Zinsaufwendungen saldiert. In die Position "Provisionen und Gebühren" wird nur soviel eingestellt, wie zum Ausgleich der Aufwandsseite erforderlich ist. Die restlichen Erträge, d.h. insbesondere Erträge aus dem Effekten-, Emissions-, Devisen-, Sorten- und Beteiligungsgeschäft sowie Grundstückserträge, werden vornehmlich zur Stärkung der stillen Rücklagen herangezogen. Die Geschäftsberichte der Aktienbanken erwähnen diesen Tatbestand mit einem für jedes Institut fast gleichlautenden Satz: "Alle übrigen Einnahmen haben wir wieder für Wertberichtigungen, Abschreibungen und zur Anreicherung unserer stillen Reserven verwendet"²⁾. Auch die "Erläuterungen zur Bilanz" im Rahmen

1) Vgl. S. 245

2) Geschäftsbericht der Commerzbank AG 1962, S. 29; vgl. ferner Geschäftsberichte der Deutschen Bank AG 1962, S. 35 und der Dresdner Bank AG 1962, S. 23

des Geschäftsberichtes des Vorstandes geben keinen Aufschluß über die Höhe der Unterbewertungen bei den Debitoren und Wertpapierbeständen, sondern beschränken sich in der Regel auf den Hinweis, daß die gesetzlichen Bewertungsvorschriften eingehalten worden sind. So heißt es beispielsweise über die Wertberichtigungen auf Debitoren und langfristige Ausleihungen in den Geschäftsberichten der Großbanken nur, daß allen erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen wurde und außerdem Sammelwertberichtigungen in steuerlich zulässiger Höhe vorhanden sind¹⁾. In den Erläuterungen zur Wertpapierposition wird festgestellt, daß die Bewertung der Bestände wie bisher nach dem Niederstwertprinzip erfolgte²⁾. Lediglich die Formulierung der Dresdner Bank: "Die Bewertung der Wertpapiere erfolgte mit der bei uns üblichen Vorsicht"³⁾ läßt auf das Vorhandensein stiller Reserven schließen. Die Abschreibungen auf Beteiligungen werden von den Großbanken in ihren Geschäftsberichten für 1962 nur zum Teil von den Abgängen getrennt aufgeführt. Selbst für den Fall, daß die Höhe der Abschreibungen bekannt ist, wird jedoch nicht ersichtlich, wie sich dieser Betrag auf echte Risikoaufwendungen und Gewinnthesaurierung aufteilt. Bei der Position "Grundstücke und Gebäude" geben die Kreditaktienbanken Abgänge und Abschreibungen in der Regel getrennt an. Da sich der Anteil der verbrauchsbedingten Abschreibungen extern jedoch kaum ermitteln läßt, trifft auch hier die Bestimmung der stillen Reserven auf Schwierigkeiten. Eine exakte Angabe über die gebildeten stillen Rücklagen mit Hilfe des Geschäftsberichts ist nur bei den besonders aufgeführten Sonderabschreibungen auf Gebäude möglich. Im Geschäftsbericht der Deutschen Bank AG für 1962 heißt es z.B.: "Wie in den vergangenen Jahren haben wir außerdem dem versteuerten Gewinn 10 000 000,-- DM entnommen und als zusätzliche Abschreibung auf die Gebäude verwendet"⁴⁾. Ferner ist

1) Vgl. Geschäftsbericht 1962: Deutsche Bank AG, S.29; Dresdner Bank AG, S. 18; Commerzbank AG, S. 26

2) Vgl. Geschäftsbericht 1962: Deutsche Bank AG, S.28; Commerzbank AG, S. 25

3) Geschäftsbericht 1962, S. 19.

4) S. 32

es bei den Kreditaktienbanken üblich, die gesamte Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einem Erinnerungsposten von 1,-- DM auszuweisen und die Zugänge an Einrichtungsgegenständen und Maschinen im Geschäftsjahr der Anschaffung voll abzuschreiben. Dadurch entstehen in Höhe der Differenz zwischen Anschaffungswerten und Abschreibungsraten für das erste Jahr stille Rücklagen. Ihr jeweiliger Bestand am Bilanzierungstichtag geht aus dem Geschäftsbericht jedoch nicht hervor. Ein Aufschluß über die Höhe und Entwicklung der stillen Reserven ist somit weder aus der Bilanz, noch aus der Erfolgsrechnung, noch aus dem Geschäftsbericht zu erlangen. Dennoch besitzen wir gewisse Anhaltspunkte über die Stille-Reserve-Politik bei Aktienbanken. Sie gründen sich auf Beobachtungen, die bei einer Reihe von Instituten im Verlauf der DM-Umstellung gemacht werden konnten, sowie auf Äußerungen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Aktienbanken in der Öffentlichkeit.

Die Bewertungsgrundsätze, die für die RM-Schlußbilanz der Kreditinstitute zum 20.6.1948 galten, führten bei einigen Regionalbanken zur Aufdeckung stiller Reserven. Diese Institute, die ihr vorläufiges DM-Eigenkapital vornehmlich auf der Grundlage des früheren RM-Eigenkapitals errechneten¹⁾, konnten in der RM-Schlußbilanz stille Rücklagen auflösen, um ihr Bilanzeigenkapital aufzustocken²⁾. Sie durften die bisherigen Ansätze für Vermögensgegenstände, die bereits am letzten Bilanzstichtag vor dem 9.5.1945 zum Vermögen des Instituts gehörten, bis zum niedrigeren der beiden Werte, Anschaffungspreis oder Marktpreis am letzten Bilanzstichtag vor dem 9.5.1945, erhöhen. Bei Vermögensgegenständen, die erst später erworben worden sind, konnte der bisherige An-

1) Vgl. S.289

2) Vgl. Richtlinien der Bank Deutscher Länder zur Erstellung der RM-Schlußbilanz und der Umstellungsrechnung der Geldinstitute vom 31. Januar 1949 (ÖffAnz f.d. Vereinigte Wirtschaftsgebiet Nr. 10 vom 5. Febr. 1949), Ziffer 7 a, 7 b und 7 f

Das Verhältnis zwischen dem vorher ausgewiesenen
Bilanzeigenkapital und den stillen Rücklagen in
der RM - Schlußbilanz der Regionalbanken ¹⁾

Regionalbank	Effektives Eigenkapital ^{x)}			Sichtbares Eigenkapital ^{xx)}		Unsichtbares Eigenkapital ^{xxx)}		
	Mio RM	v.H.	Mio	RM	v.H.	Mio RM	v.H.	
Bayerische Hypo- theken- und Wech- selbank	141,7	100	61,3	davon of- fene Rl. 27,3	43,3	80,4	56,7	
Bayerische Vereins- bank	80,5	100	51,0	20,0	63,3	29,5	36,7	
Vereinsbank in Ham- burg	36,9	100	18,0	4,0	48,8	18,9	51,2	
Norddeutsche Kredit- bank	32,5	100	24,0	12,0	73,8	8,5	26,2	
Badische Bank	23,7 ⁺)	100	15,6	5,2	65,8	8,1	34,2	
Schleswig Holsteini- sche Westbank	21,2 ⁺)	100	10,4	5,1	49,1	10,8	50,9	
Westfalenbank	21,1 ⁺)	100	12,5	2,5	59,2	8,6	40,8	
Württembergische Bank	13,6	100	10,1	3,1	74,3	3,5	25,7	
Oldenburgische Landes- bank	7,8 ⁺)	100	5,2	0,8	66,7	2,6	33,3	

1) Die Zahlenwerte wurden Fischer, O., Die Banken
in der Bundesrepublik, in: Bankakademie, Wies-
baden 1958-1960, S. 559 und 658, entnommen.

x) Grundkapital und offene Rücklagen und
xx) stille Rücklagen
xxx) Grundkapital und offene Rücklagen
aufgelöste stille Rücklagen
+) Der Anteil der aufgelösten stillen Rück-
lagen ist ein geschätzter Wert.

satz bis zum Anschaffungspreis erhöht werden. Für Forderungen, die keinen Anschaffungspreis hatten, trat an dessen Stelle der Nennbetrag. Soweit in der RM-Schlußbilanz Abschreibungen und Wertberichtigungen mit Gewinnverwendungscharakter rückgängig gemacht wurden, durfte der Eigenkapitalausweis entsprechend erhöht werden. Bei den Regionalbanken, die von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, um ein hohes vorläufiges DM-Eigenkapital errechnen zu können, wurde damit erstmalig ein Einblick in das Verhältnis zwischen sichtbarem und unsichtbarem Eigenkapital möglich.

Wie die Tabelle zeigt, waren die aufgelösten stillen Rücklagen bei den Regionalbanken am Stichtag der Währungsreform, von einer Ausnahme abgesehen, nicht nur größer als die zuvor offen ausgewiesenen Rücklagen, sie überschritten bei drei Instituten sogar das Grundkapital und die offenen Rücklagen. Das unsichtbare Eigenkapital machte bei den Regionalbanken somit zwischen einem Viertel und ungefähr der Hälfte des gesamten Eigenkapitals aus. Die Nachfolgeinstitute der Großbanken veröffentlichten ihre Gründungsbilanzen auf den 1.1.1952. Dabei wurde aus dem Kreise der Dresdner Bank bekannt, daß das effektive Eigenkapital der Bank vor dem Kriege die Summe von 500 Mill RM erreicht habe¹⁾. Da Grundkapital und offene Rücklagen damals 171,5 Mill RM betrugen, errechnete sich ein Anteil der stillen Reserven von rd. 330 Mill RM. Das bedeutet, daß bei der Dresdner Bank das unsichtbare Eigenkapital fast doppelt so groß gewesen ist, wie das Grundkapital und die offenen Rücklagen zusammen.

Da die Bildung stiller Rücklagen in den DM-Eröffnungsbilanzen der Kreditinstitute nicht gestattet war, mußten die Kreditaktienbanken nach der Währungsreform mit dem Aufbau eines unsichtbaren Eigenkapitals von vorn beginnen. Die

1) Vgl. Achterberg, E., Wie liest man Bankbilanzen? 3. Aufl. Frankfurt/Main 1954, S. 88

Entwicklung der einzelnen Kategorien stiller Reserven vollzog sich dabei unterschiedlich. Die Institute waren verpflichtet, ihre Wertpapierbestände in der DM-Eröffnungsbilanz mit den Steuerkurswerten der Vermögenssteuer-Richtlinien von 1949 zu bewerten, die durchschnittlich bei etwa 30 - 40 % des Nominalwertes lagen¹⁾. Diese Effekten aus der Zeit vor der Währungsreform aber auch die Zugänge an Wertpapieren und Beteiligungen in den ersten Jahren nach der Währungsreform, die bei niedrigem Kursstand erworben wurden, standen mit relativ niedrigen Anschaffungskursen zu Buch. Wie der Index der Aktienkurse zeigt, der vom Statistischen Bundesamt auf der Basis 31.12.1953 = 100 errechnet worden ist, erhöhte sich das Kursniveau gerade der börsengängigen Dividendenwerte ganz erheblich²⁾:

Zeit	Index der Aktienkurse
1950	56
1951	80
1952	99
1953	89
1954	125
1955	196
1956	187
1957	186
1958	239
1959	409
1960	649
1961	675
1962	527

1) Vgl. Fischer, O., Bankbilanzanalyse, S. 276

2) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juni 1963, S. 106

Soweit die Institute ihre Bestände durchgehalten und die Bezugsrechte im Zusammenhang mit Kapitalerhöhungen wahrgenommen haben, sind bei diesen Anlageeffekten und Beteiligungen gesetzlich erzwungene stille Reserven in Höhe der Differenz zwischen den niedrigeren Anschaffungskursen und den höheren Tageskursen gebildet worden, die zur Gewinnbesteuerung nicht herangezogen werden mußten. Trotz rückläufiger Kurse des Jahres 1962 sind derartige Kurswertreserven bei den Aktienbanken heute in erheblichem Umfange vorhanden. Wie die Börsenentwicklung des Jahres 1962 gezeigt hat, sind stille Zwangsreserven in der Wertpapiertposition jedoch nicht unproblematisch. Kursrückgänge reduzieren automatisch den Wert der stillen Rücklagen, da die einbehaltenen Gewinne noch nicht realisiert sind. Bei starkem Kursfall eines Papiers werden unter Umständen nicht nur die unrealisierten Gewinne geschmälert, sondern es treten effektive Verluste ein, d.h. der Börsenkurs sinkt unter den Anschaffungskurs. Die Aktienbanken sind jedoch, um eine unsichtbare Erfolgsregulierung vornehmen zu können, auf umfangreiche, relativ stabile stille Reserven angewiesen. Sie müssen deshalb sich um die Bildung stiller Ermessens- und Willkürücklagen aus realisierten Gewinnen bemühen.

Die Erfolgslage der Aktienbanken in den ersten Jahren nach der Währungsreform wurde durch eine Reihe von Faktoren beeinflusst, die für die freiwillige Legung stiller Rücklagen zunächst einen relativ geringen Spielraum ließen. So mußten die Institute erstmals im Jahresabschluß für 1949 Sammelwertberichtigungen auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand bilden. Die Sätze, die 1953 etwa auf die Hälfte ermäßigt wurden, waren zunächst so hoch, daß den Banken mit Rücksicht auf ihre Ertragssituation gestattet wurde, die zusätzlichen Aufwendungen auf die Abschlüsse 1949 und 1950 zu verteilen¹⁾. Neben den Ertragsteilen, die zum

1) Vgl. Birck, H., a.a.O., S. 82

Ausgleich der Sammelwertberichtigungen erwirtschaftet werden mußten, waren Ertragsüberschüsse erforderlich, um die Kapitalwertungskonten zu tilgen. Nachdem diese Aufgabe erfüllt war, wurden seit dem Geschäftsjahr 1952 die Dividendenausschüttungen wieder allgemein aufgenommen. Sie sollten die Voraussetzungen für die externe Zuführung von Eigenkapital schaffen. Sofern in den Jahren 1952 bis 1954 darüber hinaus Gewinne thesauriert werden konnten, entschieden sich die Geschäftsleitungen vermutlich zunächst dafür, die offenen Rücklagen zu verstärken, da eine optische Verbesserung des haftenden Eigenkapitals vordringlich war. Unter dieser Annahme erstreckten sich die Möglichkeiten zur Anreicherung stiller Reserven darauf, den Bewertungsspielraum der Steuerbilanz auszunutzen, um hohe unversteuerte stille Rücklagen zu schaffen. Dazu eignete sich am besten die Debitorenposition.

Mit fortschreitender Normalisierung der Bankbilanzen erlangte die Bildung stiller Rücklagen bei den Aktienbanken ihre alte Bedeutung zurück. Seit der Wiederbelebung des Aktienmarktes, die 1955 einsetzte, erweiterten steigende Erträge im Wertpapiergeschäft und die Entwicklung der Kreditnachfrage in den folgenden Jahren die Möglichkeiten interner Eigenkapitalbildung bei den Aktienbanken. Dabei dürfte die Dotierung offener und stiller Rücklagen etwa die gleiche Dringlichkeit beansprucht haben. Wie die Privatbankiers haben auch die Groß- und Regionalbanken zunächst die bestehenden Möglichkeiten ausgeschöpft, um bei den Debitoren und börsengängigen Dividendenwerten hohe unversteuerte Rücklagen zu bilden. Daneben aber rückte wieder mehr und mehr das bilanzpolitische Motiv in den Vordergrund, das zur Bildung versteuerter stiller Rücklagen führt. So erklärt bereits 1957 H.J. Abs auf der Hauptversammlung der Süddeutschen Bank AG in München:

"Gerade die Anreicherung der stillen Reserven scheint uns zur Vorbereitung auf wirtschaftlich schwierige Zeiten von großem Wert zu sein. Sie dient in gleicher Weise der Kontinuität des Bankgeschäfts und damit den Interessen der Aktionäre wie auch den Belangen der gesamten Wirtschaft. Es kann den Banken nicht erspart werden, mitzuhelfen, daß etwaige Verluste im Falle wirtschaftlicher Depressionen aufgefangen und schädliche Rückwirkungen hieraus auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung abgeschwächt werden. Die bereits langanhaltende gute Konjunktur darf nicht zu der Illusion führen, es seien in Zukunft Verluste nicht mehr zu erwarten. Ein Rückgriff der Banken auf die ausgewiesenen haftenden Mittel gehört zu den Dingen, die zu vermeiden schon allein mit Rücksicht auf die nachteiligen psychologischen Folgen eines solchen Schrittes der Ehrgeiz eines jeden Bankiers zu sein verdient. Die stillen Reserven der Süddeutschen Bank ebenso wie diejenigen der beiden Schwesternbanken und damit der nun wieder entstehenden Deutschen Bank haben bereits wieder eine befriedigende Höhe erreicht. Wir werden uns aber auch weiterhin um ihre Kräftigung zu bemühen haben".

Das Postulat eines unsichtbaren Verlustausgleiches ist für publizitätspflichtige Kreditinstitute charakteristisch. Im Hinblick auf diese Aufgabe besitzen stille Zwangs- und Ermessensrücklagen jedoch einen Mangel. Bei ihrer Auflösung muß mit einer steuerlichen Belastung von etwa 65 % gerechnet werden. Deshalb war es das erklärte Ziel der Aktienbanken, sobald es die Erfolgslage erlaubte, wie vor der Währungsreform hohe versteuerte stille Rücklagen zu bilden. Dabei handelt es sich um Willkürücklagen, die dem Finanzamt gegenüber nicht als Betriebsausgaben deklariert werden können. Da sie bei ihrer Bildung versteuert werden, ist ihre spätere Auflösung steuerunwirksam. Derartige stille Rücklagen sind somit in voller Höhe Eigenkapital, für das einzig und allein aus bilanztaktischen Gründen kein offener Ausweis

gewählt wird. Sie werden hauptsächlich zu zusätzlichen Abschreibungen auf die Debitorenposition verwandt. Daneben kommen bei Aktienbanken, die ihre Bilanzen an internationalen Maßstäben ausrichten, die Abschreibungen der Neuzugänge bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung, soweit sie steuerlich nicht anerkannt ist, sowie Sonderabschreibungen auf Grundstücke und Gebäude in Betracht, die mit versteuerten stillen Rücklagen kompensiert werden. Die günstige konjunkturelle Entwicklung hat es den Aktienbanken in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre und zu Beginn dieses Jahrzehnts ermöglicht, derartige Stille Willkürücklagen vielfach in beträchtlicher Höhe wieder aufzubauen. Aus den Angaben einiger Verwaltungen wurde bekannt, daß die Dotierung versteuerter stiller Rücklagen in einigen Jahresabschlüssen hinter der Verstärkung der offenen Rücklagen zurückblieb, während sie bei anderen Jahresabschlüssen den Betrag übertraf, der in offene Rechnung gestellt wurde. In den letzten Jahren wurde deutlich erkennbar, daß bei denjenigen Aktienbanken, bei denen die offenen Rücklagen die Höhe des Grundkapitals erreicht haben, die Stärkung der stillen Rücklagen einer weiteren Erhöhung der offenen Rücklagen in der Regel vorgeht. Dieses Prinzip der Geschäftspolitik fand während der Hauptversammlung der Westfalenbank AG am 26.4.1963 in Bochum eine besonders eindrückliche Formulierung. Wilhelm Hollenberg, der Vorsitzter des Aufsichtsrats dieses Instituts, begründete den Verzicht auf eine weitere Erhöhung der offenen Rücklagen aus dem Geschäftsergebnis für 1962 damit, „daß die Bildung versteuerter stiller Reserven - wenn man bereits über 100 vH offen ausgewiesene Rücklagen hat - aus den verschiedensten Gründen bei einer Bank unter allen Umständen vorrangig sein sollte. Eine jahrzehntelange Erfahrung im Bankgewerbe mit all seinem Auf und Ab sowie die Ereignisse der bekannten und unbekannten Insolvenzen des vergangenen Jahres haben uns in der Notwendigkeit dieser Maßnahme bestärkt. Ich darf dabei ausdrücklich betonen, daß wir im abgelaufenen Geschäfts-

jahr bei keiner dieser Insolvenzen beteiligt waren. Unsere Ausfälle im Kreditgeschäft beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf wenige tausend D-Mark. Ich freue mich deshalb, daß der Vorstand bei seinem Beschluß geblieben ist und der Aufsichtsrat zugestimmt hat, den gesamten Gewinn - soweit er den Dividendenbetrag von 4,8 Mill DM übersteigt - restlos, und zwar in beachtlicher Höhe, den versteuerten stillen Reserven zuzuführen. Unser Ziel ist, neben der von der Bankenaufsichtsbehörde vorgeschriebenen Sammelwertberichtigungen die versteuerten stillen Reserven möglichst bald auf die Höhe des ausgewiesenen Grundkapitals zu bringen. Wir nehmen dabei bewußt in Kauf, daß der Betrag der stillen versteuerten Reserven bei Berechnung verschiedener Kreditrichtsätze unberücksichtigt bleibt".

An dem tatsächlich vollzogenen Neuaufbau des Eigenkapitals bei den Kreditinstituten seit der Währungsreform werden deutlich die Möglichkeiten und zugleich auch die Grenzen einer Kapitalbildung bei Bankbetriebswirtschaften erkennbar. Die externe Zuführung neuen Eigenkapitals hängt von der Kapitalkraft und Bereitschaft der bisherigen Anteilseigner ab. Eine Ausweitung des Kreises der Kapitalgeber ist nur bei einigen Institutsgruppen möglich. Dazu muß eine nachhaltige Ertragskraft des Instituts kommen, die nach Steuerabzug eine angemessene Verzinsung sicherstellt. Unabhängig von Gewinnausschüttung und Kapitalbeschaffungskosten ist die interne Verstärkung des Eigenkapitals. Sie setzt jedoch Gewinne in entsprechender Höhe voraus, die zunächst zu versteuern sind. Für die meisten Institutsgruppen liegt das Schwergewicht auf dieser Form der Eigenkapitalbildung, den Sparkassen steht ausschließlich dieser Weg des Eigenkapitals zur Verfügung. Die durchweg günstigen Geschäftsergebnisse seit 1950 sind für die

Eigenkapitalbildung genutzt worden. Abgesehen von der Ausschöpfung steuerlicher Abschreibungsmöglichkeiten werden einbehaltene Gewinnanteile in der Regel offen ausgewiesen. Nur bei den Aktienbanken haben die stillen Rücklagen vor der Dotierung offener Rücklagen in der Regel dann den Vorzug, wenn die offenen Rücklagen den Gleichstand mit dem Grundkapital erreicht haben und beide zusammen mindestens 5 v.H. der Bilanzsumme ausmachen.

Schlußbetrachtung

Zum Abschluß dieser Arbeit sollen ihre wichtigsten Ergebnisse zusammengefaßt werden.

Die Untersuchung der mit dem Eigenkapital verbundenen qualitativen und quantitativen Aspekte machte zunächst eine sorgfältige begriffliche Klarstellung des Themas erforderlich. Die definitorischen Bemühungen sollten dabei nur Mittel zum Zweck sein. Sie dienten der gedanklichen Vorbereitung einer Analyse, die vielgestaltige Tatbestände in ihren inneren Zusammenhängen sichtbar machen wollte. Als Ergebnis dieser ersten beiden Teile der Arbeit kann festgehalten werden, daß der Begriff des Eigenkapitals einer dualistischen Interpretation bedarf. Bis zum Investitionszeitpunkt handelt es sich um ein konkretes, überwiegend langfristiges Finanzierungsmittel, das intern oder extern gebildet werden kann. Nach vollzogener Bindung durch Vermögensteile ist Eigenkapital ein abstrakter Rechnungsposten, der das Beteiligungsrecht der wirtschaftlichen Eigentümer festhält. Von der Bewertung ist es abhängig, in welchem Umfange Eigenkapital sichtbar in einer oder mehreren Positionen der Passivseite ausgewiesen wird oder unsichtbar bleibt. Seine wichtigsten Merkmale sind die Übernahme der Haftung für Verluste, sowie die de facto langfristige Bindung an das Unternehmen. Auf die Haftungseigenschaft stellt die Begriffsprägung "haftendes Eigenkapital" ab, die erstmalig im Kreditwesengesetz von 1934 verwendet wurde. Das haftende Eigenkapital eines Kreditinstituts kann sich aus Grundkapital, Ergänzungskapital sowie Gewährleistungskapital zusammensetzen. Es wird erweitert durch bestimmte Eigenkapital-Surrogate, insbesondere Sammelwertberichtigungen.

Zur Erörterung der Funktionen des Bankeigenkapitals wurden im dritten Teil die entwicklungsgeschichtliche und die deduktive Betrachtungsweise miteinander verbunden. Werden die Aufgaben des Eigenkapitals nicht isoliert betrachtet, sondern aus dem Gesamtzusammenhang der Geschäftspolitik und ihrer Wandlungen seit der Entstehungsperiode des modernen Bankwesens abgeleitet, so zeigt sich, daß Eigenkapital für die Kreditbanken zunächst Geschäftskapital, nach der Jahrhundertwende jedoch mehr und mehr Garantiekapital wurde. Bei Sparkassen und Kreditgenossenschaften ist Eigenkapital demgegenüber stets Garantiekapital gewesen. Durch diese Untersuchungen wurde die Bedeutung der Haftungsfunktion des Bankeigenkapitals unterstrichen.

Nunmehr stellte sich im vierten Teil die zentrale Frage, in welcher Höhe Eigenkapital als Risikoträger und Finanzierungsmittel für das Anlagevermögen erforderlich ist. Die Antwort hierauf konnte nicht in einer generell gültigen Formel oder in speziellen Bilanzrelationen für einzelne Bankengruppen gegeben werden. Eine derartige schematische Lösung vermag weder der betrieblichen Praxis gerecht zu werden, noch ist sie in Einklang mit den Erkenntnissen der modernen betriebswirtschaftlichen Theorie zu bringen. Echte unternehmerische Entscheidungen, wie die Bestimmung der jeweiligen Eigenkapitalausstattung, sind nach Auffassung des gegenwärtigen Standes der Betriebswirtschaftslehre ohne Berücksichtigung der individuellen Situation der Unternehmung nicht zu fällen, wobei das Risikoverhalten des Entscheidungsträgers zu berücksichtigen ist. Daher wird es für notwendig erachtet, die qualitativen Anforderungen aus dem Gesamtsystem der Unternehmungspolitik lückenlos zu erfassen, d.h. das Problem grundsätzlich zu durchdenken, und die Quantifizierung der isolierten Einflußgrößen der betrieblichen Praxis selbst zu überlassen. Die Bestimmung der angemessenen Eigenkapitalausstattung eines Kreditinstitutes hat deshalb im Zusammenhang mit der

Geschäftsstruktur und der Geschäftspolitik des einzelnen Instituts zu erfolgen. Um eine nicht nur zufällige Aufzählung von Einflußfaktoren zu erreichen, müssen die Anforderungen aus einem geschlossenen System der bankbetrieblichen Geschäftspolitik abgeleitet werden. Ein derartiges auf realistischen Prämissen aufbauendes Modell von interdependenten Größen ist in der Bankbetriebslehre erst in Ansätzen zu erblicken. In Anlehnung an das von Hagenmüller entwickelte System der Geschäftspolitik haben wir die Zusammenhänge zwischen Risikovorbeugung, Risikoabschirmung, Gewinnerzielung und Gewinnausschüttung einerseits und Eigenkapitalhöhe andererseits analysiert. Dabei konnten wir näheren Aufschluß über die Möglichkeiten und Grenzen der Garantiefunktion des Eigenkapitals gewinnen. Die Höhe des Eigenkapitals ist in erster Linie eine Funktion der Anlagepolitik, da Verluste weitgehend durch sorgfältige und verantwortungsbewußte Dispositionen vermieden werden können und Eigenkapital nur für unvermeidbar eintretende Verluste bereit stehen soll. Für die praktische Lösung des Angemessenheitsproblems wurden drei Haupteinflußfaktoren aus dem Gesamtsystem isoliert, die im Einzelfall genau zu überprüfen und zahlenmäßig abzuschätzen sind. Die Risikostruktur eines Kreditinstituts gibt darüber Aufschluß, wo die Verlustgefahren liegen, ob sie aus Kredit-, Effekten-, Emissions- oder Auslandsgeschäften resultieren. Die Anlagenintensität bestimmt den Finanzierungsbedarf, der durch Eigenkapital zu decken ist. Aus den Gewinnbeteiligungsansprüchen des Fiskus und der Anteilseigner läßt sich die steuerliche Belastung und die Höhe der Gewinnausschüttungen entnehmen, die die endgültige Ertragskraft des Eigenkapitals mindern und die interne Eigenkapitalbildung beschneiden. Werden diese Kriterien auf die neuen Grundsätze nach § 10 KWG angewandt, dann zeigt sich, daß der Grundsatz I durch seine Flexibilität und die Art seiner Konstruktion als erste Orientierung für die Angemessenheitsentscheidung eines Kreditinstituts geeignet ist.

Um die für notwendig erachtete Eigenkapitalquote zu erreichen, stehen, wie der fünfte Teil nachweisen sollte, den Kreditinstituten grundsätzlich zwei Wege offen. Neues Eigenkapital kann von außen durch den Kreis der bisherigen und weiterer Gesellschafter in ein Institut gelangen oder aus erwirtschafteten Gewinnen im Institut selbst eingebracht werden. Die Möglichkeiten der externen Eigenkapitalbildung sind von Institutsgruppe zu Institutsgruppe unterschiedlich zu beurteilen. Wie die Untersuchung zeigte, waren sie selbst bei der Gruppe mit den günstigsten Voraussetzungen, den Aktienbanken mit Börseneinführung, lange Zeit gering. Das Schwergewicht lag und liegt deshalb bei der internen Eigenkapitalbildung. Sie beruht auf der Ertragskraft des einzelnen Instituts sowie einem gesunden Kompromiß zwischen den Interessen der Anteilseigner und dem Thesaurierungsbedürfnis der Bank. Eine gute Ertragslage im Bankgewerbe, wie sie in den letzten Jahren zu verzeichnen war, ist deshalb die wichtigste Voraussetzung dafür, daß die Banken sich ein Eigenkapital schaffen können, das sie in die Lage versetzt, alle unvermeidbaren Risiken zu tragen, die ihr Geschäft erforderlich macht, damit ihre Kredit- und Emissionsbereitschaft auch in Zukunft erhalten bleibt.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

- Abs, H. J. Selbstfinanzierung bei verlangsamtem wirtschaftlichen Wachstum, Ausführungen auf der HV der Deutschen Bank AG in Düsseldorf vom 8.5.1963
- Achterberg, E. Wie liest man Bankbilanzen ? 3. Aufl. Frankfurt/M. 1954
- Achterberg, E. Bankkapital aus der Bankperspektive, in: Die Welt Nr. 26 vom 31.1. 1959, S. 7
- Achterberg, E. Hundert Jahre Deutsche Hypothekbank, o.O. o.J. (1962)
- Adler, H. - Düring, W.
- Schmaltz, K. Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Aufl. Stuttgart 1957
- Albach, H. Wirtschaftlichkeitsrechnung bei unsicheren Erwartungen, Köln und Opladen 1959
- Alsheimer, H. Gewinnbesteuerung und Steuerbilanz der Kreditinstitute, Wiesbaden 1960
- v. Altrock, W. Die öffentlichen Sparkassen in Preußen, Berlin 1917
- Anderegg, J. Das Problem der optimalen Kapitalausstattung, Diss. Frankfurt/M. 1956
- Angermann, A. Entscheidungsmodelle, Frankfurt/M. 1963
- Apfelthaler, S. Das Risikoproblem im Bankbetrieb, Wien 1939
- Aust, H.W. Das Eigenkapital der Kreditbanken in: Die Bank, Wochenhefte für Finanz- und Bankwesen 1936, S. 1367 - 1373
- Ballerstedt, K. Kapital, Gewinn und Ausschüttung bei Kapitalgesellschaften, Tübingen 1949
- Barlet, K. - Karding, E. Hypothekendarlehen, Kommentar München und Berlin 1957
- Barocka, E. Kommunalkredit und kommunale Finanzwirtschaft, Frankfurt/M. 1958
- Baumann, C. Kapitalarme deutsche Industriebilanzen, in: Handelsblatt Nr. 183 vom 24.9.1962, S. 9

- Baumbach, A. - Duden, K. Handelsgesetzbuch, Kommentar
13. Aufl. München und Berlin 1959
- Baumgartner, C. Rentabilität und Unternehmung,
Zürich 1952
- Beck, H. Gesetz über die Deutsche Bundes-
bank vom 20. Juli 1957, Kommentar,
Mainz-Düsseldorf 1959
- Beck, H. Gesetz über das Kreditwesen, Lose-
blattsammlung, Wiesbaden-Düssel-
dorf 1961
- Beck, J. Eigen- und Fremdkapital in der
Unternehmung, Diss. Frankfurt/M.
1925
- Beckmann, L. Die betriebswirtschaftliche Fi-
nanzierung, 2. Aufl. Stuttgart 1956
- Beckmann, L. Finanzierung, in: HdB 3. Aufl.
Bd. II, Sp. 1830 - 1834
- Beckmann, L.-Pausen-
berger, E. Gründungen, Umwandlungen, Fusionen,
Sanierungen, Wiesbaden 1961
- Beine, G. Die Bilanzierung von Forderungen in
Handels-, Industrie- und Bankbetrie-
ben, Wiesbaden 1960
- Benning, B. Liquiditätsrichtsatz und längerfri-
stiger Bankkredit, in: ZfK 1962,
S. 149 - 152
- Benning, B. Das Kreditgeschäft und das neue
Richtsatzwerk, in: Der Volkswirt
vom 26.10.1962, S. 10 - 15
- Birck, H. Die Bankbilanz, 2. Aufl. Wiesbaden
1961
- v. Bissing, W.M. Die Schrumpfung des Kapitals und
seine Surrogate, in: Untersuchung
des Bankwesens 1933, I. Teil 1. Band,
S. 59 - 105
- Böhm-Bawerk, E. Kapital, in: HdStw 2. Aufl. Jena
1900, S. 19
- Böhm-Bawerk, E. Kapital und Kapitalzins, 4. Aufl.
Jena 1921
- Bösch, H.J. Die Kurspflege bei Wertpapieren,
Frankfurt/M. 1959
- Bosenick, A. Norddeutsche gemischte Bankwirt-
schaft, 1. Bd.: Die entwicklungs-
geschichtliche Analyse der großen
Aktienbanken in Berlin, München und
Berlin 1912

- Braun, W. Das Liquiditätsproblem der Kreditbanken, Stuttgart 1934
- Brönner, H. Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln, Stuttgart 1960
- Buddeberg, H. Betriebslehre des Binnenhandels, Wiesbaden 1959
- Bühler, O. - Scherpf, P. Bilanz und Steuer, 6. Aufl. Berlin und Frankfurt 1957
- v. Büren, K. Analytische und vergleichende Bankbilanzkritik, Bern 1948
- Busse von Colbe, W. Gewinnrücklagen im veröffentlichten Jahresabschluß unter Berücksichtigung des Regierungsentwurfs eines Aktiengesetzes, in: ZfB 1960, S. 385-402
- Busse von Colbe, W. Stille Rücklagen, in: HdB 3. Aufl. Bd. III 1960, Sp. 4722 - 4730
- Bussmann, K.F. Das betriebswirtschaftliche Risiko, Meisenheim/Glan 1955
- Consbruch, J.-Möller, A. Gesetz über das Kreditwesen mit verwandten und zugehörigen Vorschriften, 4. Aufl. München und Berlin 1962
- Dannenbaum, F. Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten mit Kommentar zum ÖffPfG, Berlin 1930
- Deppe, H.D. Zur Rentabilitäts- und Liquiditätsplanung von Kreditinstituten, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 86 (1961), S. 303 - 351
- Deutsch, P. Grundfragen der Finanzierung, Wiesbaden 1962
- Draheim, G. Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, Göttingen 1952
- Eick, J. Reicht das Eigenkapital ? in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 183, vom 9.8.1962, S. 13
- Eisfeld, C. Probleme um das Eigenkapital der Kreditbanken, in: Die Unternehmung im Markt, Festschrift für Wilhelm Rieger, Stuttgart und Köln 1953 S. 103 - 121
- Elschenbroich, M. Die Kommanditgesellschaft auf Aktien, Wiesbaden 1959
- Ennecerus-Lehmann Recht der Schuldverhältnisse, 15. Bearbeitung, Tübingen 1958

- Esenwein-Rothe, J. Die Struktur des Bankwesens als Gegenstand wirtschaftsstatistischer Analyse, Berlin 1959
- Eucken, W. Die Grundlagen der Nationalökonomie, 6. Aufl. Heidelberg 1950
- Falter, M. Die Praxis des Kreditgeschäfts, 5. Aufl. Stuttgart 1962
- Fettel, J. Kapital, in: HdB 3. Aufl., Sp. 2959-2963
- Fischer, O. Bankbilanzanalyse, Meisenheim/Glan 1956
- Fischer, O. Die Erfolgsstruktur der Aktienbanken, in: ZfK 1958, S. 94 - 98 und 161 - 163
- Fischer, O. Reformbedürftige Erfolgsrechnung der Aktienbanken, in: Der Volkswirt 1960, S. 2335 - 2338
- Fischer, O.Chr. Die fehlerhafte Kreditpolitik, in: Untersuchung des Bankwesens 1933, I. Teil, 1. Bd., S. 495 - 538
- Fischer, O.Chr. Das Reichsgesetz über das Kreditwesen, Kommentar, Berlin und Leipzig 1935
- Fögen, H. Vom alten zum neuen Bank-Eigenkapital, in: ZfK 1950, S. 169 - 172
- Gerstner, P. Bilanzanalyse, Berlin 1944
- Giersch, H. Investitionsfinanzierung und Besteuerung, Wiesbaden 1961
- Giese, R.-Steinbring, O. Kreditinstitute als Steuerzahler in: Bank-Betrieb 1963, S. 81 - 90
- Gilbart, J.W. The Principles and Practice of Banking, London 1873
- Gleske, L. Die Liquidität in der Kreditwirtschaft, Frankfurt/M. o.J. (1954)
- Gnam, A. Der benachteiligte Privatbankier, in: ZfK 1961, S. 336 - 340
- Golz, D. Das Liquiditätsproblem bei den Girozentralen, Berlin 1956
- Grochla, E. Finanzierung, in: HdSw 3. Bd. S. 604-614
- Grünert, H. Probleme um das Eigenkapital der deutschen Kreditbanken und seine Neubildung seit 1948, Diss. Heidelberg 1955

- Günther, H.-Bröker, G. Die neuen Grundsätze über Eigenkapital und Liquidität der Kreditinstitute, in: Bank-Betrieb 1962, S. 39 - 45
- Gutenberg, E. Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1958
- Gutenberg, E. Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1. Bd. Die Produktion, 7.Aufl. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1962
- Gutenberg, E. Unternehmensführung, Wiesbaden 1962
- Gutenberg, E. Über den Einfluß der Gewinnverwendung auf das Wachstum der Unternehmen, in: ZfB 1963, S. 193 - 222
- Härle, D. Finanzierungsregeln und ihre Gültigkeit, Wiesbaden 1961
- Hagenmüller, K.F. Bankbetrieb und Bankpolitik, Wiesbaden 1959
- Hagenmüller, K.F. Gedanken zur finanziellen Führung der Betriebe, in: Probleme der Betriebsführung, Festschrift zum 65. Geburtstag von O.R. Schnutenhans, Berlin 1959, S. 177 - 185
- Hagenmüller, K.F. Bankbilanzprobleme, Frankfurt/M. 1962 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Hagenmüller, K.F. Längerfristiger Bankkredit und Liquiditätsrichtsatz, in: Zfk 1962 S. 344 - 346 und 397 - 399
- Halm, G.N. Geld, Außenhandel und Beschäftigung, 3. Aufl. München 1957
- Harmening, R. Währungsgesetze, München und Berlin 1955
- Hartmann, B. Das Kapital in der Betriebswirtschaft Meisenheim/El 1957
- Hartmann, B. Rückstellungen, in: HdB 3. Aufl. III. Bd. Sp. 4730 - 4738
- Hartmann, B. "Die Finanzierungsfunktion des "Eigenkapital-Ersatzes", in: ZfhF 1959, S. 133 - 148
- Hatheyer, E. Reservierungen und Wertberichtigungen, in: Die Bilanzen der Unternehmen, hrsg. von K.Meithner, Wien 1933, Bd. 1, S. 281 - 340
- Hax, K. Die Betriebsunterbrechungsversicherung, Köln und Opladen 1949
- Hax, K. Möglichkeiten und Grenzen der Selbstfinanzierung, in: Die Kapitalausstattung der Unternehmung, Düsseldorf 1952, S. 113 - 131

- Hax, K. Die langfristigen Finanzdispositionen, in: HdW, hrsg. von K.Hax und Th. Wessels, Bd. I: Betriebswirtschaft, Köln und Opladen 1959, S. 453 - 542
- Hax, K. Probleme der Aktienfinanzierung unter Einfluß des gespaltenen Körperschaftssteuersatzes, in: ZfhF 1963, S. 49 - 64
- Heinen, E. Handelsbilanzen, Wiesbaden 1958
- Heinen, E. Die Zielfunktion der Unternehmung, in: Zur Theorie der Unternehmung, Festschrift zum 65. Geburtstag von E.Gutenberg, Wiesbaden 1962, S. 9-71
- Henzler, R. Außenhandel, Wiesbaden 1961
- Henzler, R. Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens, Wiesbaden 1962
- Hildebrand, R. Theorie des Geldes, Jena 1883
- Hintner, O. Wertpapierbörsen, Wiesbaden 1961
- Hofmann, W. Eigenkapital, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. I Frankfurt/M. 1957, S. 485 - 486
- Hook, W. Die wirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen Deutschen Bank im Spiegel ihrer Bilanzen, Heidelberg 1954
- Hoppichler, S. Das Eigenkapital der Großbanken, Diss. München 1942
- Hübner, O. Die Banken, Leipzig 1854
- Hueck, A. Gesellschaftsrecht, 10. Aufl. München und Berlin 1960
- Husy, Th. Die eigenen Mittel der schweizerischen Banken, Diss. St. Gallen 1946
- Jonas, H. Probleme der Eigenkapitalfinanzierung, in: Wpg 1954, S. 505 - 509
- Jordan, P. Die Gewinn- und Verlustrechnung der Banken, Diss. Köln 1960
- Kaeferlein, H. Der Bankkredit und seine Sicherungen, 7. Aufl. Stuttgart 1953
- Kalveram, W. Bankbilanzen, I. Teil: Die Bilanzen der Kreditbanken, Leipzig 1922
- Kalveram, W. Der Kapitalbegriff in der Betriebswirtschaftslehre, in: Bankwissenschaft 1932/33, S. 609 - 622

- Kalveram, W. Rechtfertigung und Grenzen der stillen Reserven, in: ZfB 1950, S. 345 - 357
- Kalveram, W. Bankbetriebslehre, Berlin und Wien 1939, 2. Aufl. Wiesbaden 1950; 3. Aufl. Wiesbaden 1961
- Kalveram, W. Finanzierung der Unternehmung, Wiesbaden 1953
- Kappellmann, H. Handbuch für Preußische Sparkassen, Leipzig 1898
- Katona, G. Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, Tübingen 1960
- Keynes, J.M. Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München und Leipzig 1936
- Klatt Rückstellungen in Ertragsteuerbilanzen, Diss. Frankfurt/M. 1951
- Knight, F.H. Risk, uncertainty and profit, Boston-New York 1921
- Koch, H. Zur Diskussion in der Ungewißheitstheorie, in: ZfhF 1960, S. 49 - 75
- Koch, H. Betriebliche Planung, Wiesbaden 1961
- Kolbe, K. Das Liquiditätsproblem der Kreditgenossenschaften, Marburg 1950
- Kosiol, E. Bilanzreform und Einheitsbilanz, 2. Aufl. Berlin und Stuttgart 1949
- Krah, R. Das "haftende Eigenkapital" - steuerlich betrachtet, in: ZfK 1963, S. 760 - 761
- Krasensky, H. Funktionale Betrachtungen in der Bankbetriebslehre, in: Funktionen und Leistungsdenken in der Betriebswirtschaft, Festschrift für K.Oberparleiter, Wien 1956
- Krelle, W. Preistheorie, Tübingen und Zürich 1961
- Kronstein, H.-Claussen, C.P. Publizität und Gewinnverwendung im neuen Aktienrecht, Frankfurt/M. 1960
- Kühnen, H. Eigenkapital bei Personen- und Kapitalgesellschaften, in: ZfhF 1963, S. 231 - 245

- Kunze, H. Das haftende Eigenkapital des Privatbankiers, in: ZfK 1963, S. 888 - 889
- Lang, J.-Weidmüller, L. Genossenschaftsgesetz, 27. Aufl. 1959
- Lansburgh, A. Das deutsche Bankwesen, Berlin 1909
- le Coutre, W. Praxis der Bilanzkritik, Berlin und Wien 1962
- le Coutre, W. Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Lehre vom Kapital, in: ZfB 1927, S. 341 - 353
- le Coutre, W. Grundzüge der Bilanzkunde, Teil 1, 4. Aufl. Wolfenbüttel 1949
- Lehmann, F. Rechtsformen und Wirtschaftstypen der privaten Unternehmung, Mannheim 1925
- Lehmann, M.R. Die Kapitalbegriffe in der modernen Wirtschaft, in: ZfB 1929, S. 1 - 13; 90 - 105
- Lehmann, M.R. Das Wesen des Kapitals als Produktionsmittel, in: ZfB 1929, S. 401-415
- Lehmann, M.R. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 3. Aufl. Wiesbaden 1956
- Leitner, F. Die Unternehmungsrisiken, Berlin 1915
- Leitner, F. Privatwirtschaftslehre der Unternehmung, Berlin 1919
- Leitner, F. Bankbetrieb und Bankgeschäfte, 7. Aufl., Frankfurt 1925
- Leitner, F. Bilanztechnik und Bilanzkritik, 9. Aufl. Berlin 1932
- Lenel, O. Bank-Eigenkapital in der Umstellungsrechnung, in: ZfK 1951, S. 47 - 48
- Lipfert, H. Wandlungen von Kapitalstruktur und Finanzierungsformen deutscher Industrie-Aktiengesellschaften, in: Neumark, F. (Herausgeber), Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, 2. Bd., Berlin 1964, S. 576 - 639
- Lohmann, M. Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 3. Aufl. Tübingen 1959
- Lohmann, M. Zur Problematik der goldenen Bilanzregel, in: Wpg 1959, S. 141 - 148

- Lubowski, H. Die Startbilanz der Kreditinstitute, in: ZfK 1949, S. 559 - 561
- Lutz, F.A. Das Grundproblem der Geldverfassung, Stuttgart und Berlin 1936
- Marquardt, H.-Perdelwitz, J. Das preußische Sparkassenrecht, Berlin 1933
- Meithner, K. Die Bilanzen der Bankunternehmungen in: Die Bilanzen der Unternehmungen, Bd. II, Wien 1933, S. 270 - 380
- Meithner, K. Das Kapital in der Bilanz, in: Die Bilanzen der Unternehmung, Bd. I, Wien 1933, S. 148 - 191
- Mellerowicz, K. Betriebswirtschaftslehre der Industrie Freiburg/Br. 3. Aufl. 1958
- Mellerowicz, K. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 9. Aufl. Berlin 1956
- Mengele, G. Die Frage der Eigenkapital-Relation, in: ZfK 1956, S. 66 - 67 und 94 - 95
- Menger, C. Zur Theorie des Kapitals, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, N.F. Bd. 17 (1888)
- Mestmäcker, E.J. Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, Karlsruhe 1958
- Möhle, F. Die Personengesellschaft, OHG-KG-StG, Kommentar, 2. Aufl. Stuttgart 1962
- Mössner, K.F. Das deutsche Bodenkreditsystem, Berlin 1934
- Most, A. Risiken im bankmäßigen Effekten-Konsortialgeschäft vom Innenverhältnis aus gesehen, in: Die Bank 1936, S. 1322 - 1329
- Mülhaupt, L. Umsatz-, Kosten- und Gewinnplanung einer Kreditbank, in: ZfhF 1956, S. 7 - 74
- Mülhaupt, L.-Deppe, H.D. Gedanken zu Problemen der Liquiditätsplanung von Kreditinstituten, in: Sparkasse 1963, S. 83 - 88

- Müller, F. Das Reichsgesetz über das Kreditwesen, Berlin 1935
- Neumann, E. Die deutschen Sparkassen, in: Untersuchung des Bankwesens 1933, I. Teil, 1. Bd., S. 333 - 359
- Neumann, R. Der Privatbankier, Wiesbaden 1964
- Neumann-Hofer, A. Depositengeschäfte und Depositenbanken, Leipzig 1894
- Nicklisch, H. Wirtschaftliche Betriebslehre, 5. Aufl. Stuttgart 1922
- Nicklisch, H. Die Betriebswirtschaft, 7. Aufl. Stuttgart 1932
- Oberparleiter, K. Funktionen- und Risikenlehre des Warenhandels, 1. Aufl. Berlin und Wien 1930
- Oberparleiter, K. Risiko und Unternehmung, in: Die Bilanzen der Unternehmungen, Wien 1933, Bd. I, S. 41 - 52
- Oberparleiter, K. Risiko, in: HdB 3. Aufl., Sp. 4693 - 4698
- Oberparleiter, K. Risikenpolitik, in: HdB 3. Aufl. Sp. 4689 - 4693
- Obst, G. Das Bankgeschäft, Bd. II: Bankpolitik, Leipzig 1914, 7. Aufl. Stuttgart 1923
- Obst, G.-Hinter, O. Geld-, Bank- und Börsenwesen, 35. Aufl. Stuttgart 1963
- Ottel, F. Bankpolitik, Jena 1937
- Paersch, F. Maßnahmen des Staats hinsichtlich einer Beaufsichtigung und Reglementierung des Bankwesens, in: Untersuchung des Bankwesens 1933, I. Teil 2. Bd., S. 31 - 66
- Palandt Bürgerliches Gesetzbuch, Kommentar 19. Aufl., München und Berlin 1960
- Passow, R. Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen, 2. Aufl. Leipzig und Berlin 1918
- Paulsen, A. Neue Wirtschaftslehre, Berlin und Frankfurt/M. 1950

- Peckolt, H. Strukturverschiebungen im deutschen Bankwesen, Stuttgart 1937
- Preiser, E. Sparen oder Investieren? in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1957, S. 9 - 64
- Preiser, E. Geldschöpfung oder Sparen? in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, S. 65 - 81
- Preiser, E. Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie, in: Die Unternehmung im Markt, Stuttgart und Köln 1953, S. 14 - 38
- Preiß, K. Die optimale Kapitalstruktur einer nach Rentabilitätsmaximierung strebenden Betriebswirtschaft, in: ZfB 1961, S. 88 - 95
- Prion, W. Lehre vom Bankbetrieb, in: HdStw Bd. 2, 4. Aufl. Jena 1924, S. 124-143
- Pröhl, H. Reichsgesetz über das Kreditwesen, Kommentar, 2. Aufl. Berlin 1939
- Pröhl, H. Kreditwesengesetz, Peine 1962
- Raiffeisen, F.W. Die Darlehnskassen-Vereine, 7. Aufl. Neuwied 1951
- Reichardt, W. Das Gesetz über das Kreditwesen vom 25. September 1939, Berlin 1942
- Reinhardt, R. Aktienrecht und Eigentumsordnung, in: Aktuelle Probleme aus dem Gesellschaftsrecht und anderen Rechtsgebieten, Festschrift für W. Schmidt, Berlin 1959, S. 23 - 38
- Rieger, W. Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2. unv. Aufl. Erlangen 1959
- Riesser, J. Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland, 4. Aufl. Jena 1912
- Rößle, K. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 5. Aufl. Stuttgart 1956
- Ruhmer, O. Entstehungsgeschichte des deutschen Genossenschaftswesens, Hamburg 1937

- Saage, G. Die stillen Reserven im Rahmen der aktienrechtlichen Pflichtprüfung, Köln und Opladen 1959
- Sandig, C. Finanzierung mit Fremdkapital, Stuttgart 1930
- Sandig, C. Risiko, in: HdB 2. Aufl. (1939), Sp. 1464 - 1471
- Sandig, C. Die Führung des Betriebes, Stuttgart 1953
- Sattler, H. Die Effektenbanken, Leipzig 1890
- Sauermann, H. Kapitalbildung und Kapitalverwendung im volkswirtschaftlichen Wachstumsprozeß, in: Kapitalbildung und Kapitalverwendung, Berlin 1953, S. 25 - 43
- Seelmann-Eggebert, E.L. Friedrich Wilhelm Raiffeisen, Stuttgart 1928
- Semmel, E.P. Die Eigenkapitalausstattung der Kreditbanken, Diss. Hamburg 1954
- Semmler, J. Die Not des Eigenkapitals, in: Das Wertpapier 1956, S. 433 - 441
- Sichtermann, S. Das öffentliche Pfandbriefgesetz, München 1960
- Solmssen, G. Entwicklungstendenzen und weltwirtschaftliche Aufgaben der deutschen Großbanken, Berlin und Leipzig 1930
- Somary, F. Bankpolitik, 3. Aufl. Tübingen 1934
- Sombart, W. Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert, 3. Aufl. Berlin 1913
- Sparr, E. Die Problematik des Eigenkapitals der Kreditinstitute im Verlauf der letzten 50 Jahre und ihre Regelung im Kreditwesengesetz, Diss. Hamburg 1941
- Sperk, L.-Wilsdorf, M. Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, Berlin 1956
- v. Spindler, J.-Becker, W.
- Starke, O. Die Deutsche Bundesbank, 2. Aufl. Stuttgart 1957

- Sudhoff, H. Der Gesellschaftsvertrag der Personengesellschaften, München und Berlin 1959
- Szagunn, V.-Neumann, W. Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961, Stuttgart 1961
- Schäfer, E. Die Unternehmung, 5. Aufl. Köln und Opladen 1963
- Schär, J.F. Buchhaltung und Bilanz, 5. Aufl. Berlin 1922, Bd. V
- Scheffler Die Geschäftspolitik der großen Kreditbanken im Lichte der Bankenkrise, in ZfB 1933, S. 523 - 537
- Schlierbach, H. Kommentar zum Hessischen Sparkassengesetz, Stuttgart 1958
- Schmalenbach, E. Die Aktiengesellschaft, 7. Aufl. 1950
- Schmalenbach, E. Die Beteiligungsfinanzierung, 8. Aufl. Köln und Opladen 1954
- Schmalenbach, E. Kapital, Kredit und Zins, 4. Aufl. Köln und Opladen 1961
- Schmidt, D. Die Grundsätze des Bundesaufsichtsamtes über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute, in: Sparkasse 1962, S. 131 - 134
- Schneider, E. Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil: Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, 7. Aufl. Tübingen 1961
III. Teil: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, 7. Aufl. Tübingen 1962
- Schnettler, A. Betriebsanalyse, Stuttgart 1963
- Scholz, J. Brauchen die Genossenschaften noch die Haftsumme?, Diss. Freiburg/Br. 1955
- Schork, L. Zwischenbilanz der Bankaufsichtsreform (I, II), in: ZfK 1963, S. 478 - 479 und 529 - 530

- Schulze-Delitzsch, H. Vorschußvereine als Volksbanken, Leipzig 1855
- Schulze-Delitzsch, H. Die Raiffeisen'schen Darlehnskassen in der Rheinprovinz und die Grundkreditfrage für den ländlichen Kleinbesitz, Leipzig 1875
- v.Schulze-Gaevernitz, G. Die deutsche Kreditbank, Grundriß der Sozialökonomik, V.Abt. II.Teil Tübingen 1915
- Schumann, H. Handelsrecht, Wiesbaden 1961
- Schumpeter, J. Nachtrag: der heutige Stand der Diskussion (zu dem Artikel 'Kapital' von Böhm-Bawerk) in: HdStw, 4. Aufl. Jena 1923, S. 582 - 584
- Schumpeter, J. Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 5. Aufl. Berlin 1926
- Schwantag, K. Eigenkapital als Risikoträger, in: ZfhF 1963, S. 218 - 231
- Stadler, M. Studien aus der Theorie des Risikos, Wien 1932
- Steinrücke, B.-Scholze, H. Das Konsortialgeschäft der deutschen Banken, Berlin 1956
- Stricker, W. Aktienkapitalerhöhungen und Bezugsrechte, Zürich 1955
- Stucken, R. Liquidität der Banken, Berlin 1940
- Stucken, R. Geld und Kredit, Tübingen 1949
- Stucken, R. Deutsche Geld- und Kreditpolitik, 1914-1953, 2.Aufl. Tübingen 1953
- Theisinger, K. Die neue Bankbilanz, in: ZfK 1948, S. 41 - 43
- Thien, W. Die Beziehungen zwischen Eigen- und Fremdkapital in der Unternehmung, Diss. Frankfurt/M. 1947
- Thiess, E. Kurz- und mittelfristige Finanzierung, Wiesbaden 1958
- Thorwart, F. Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, I. Bd. Berlin 1909
- Töndury, H.-Gsell, E. Finanzierungen, Zürich 1948

- Trende, A. Geschichte der deutschen Sparkassen, Stuttgart 1957
- Veit, O. Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt/M. 1961
- van der Velde, K. Der gegenwärtige Stand der Behandlung der Rückstellungen in der Handels- und in der Steuerbilanz, in: Wpg 1952, S. 328-330, 352-354
- Viel, J. Betriebs- und Unternehmensanalyse, 2. Aufl. Köln und Opladen 1958
- Vollmar, F. Begriff und Wesen des Risikos in der Betriebswirtschaftslehre, Bern 1957
- Wagner, A. System der Zettelbankpolitik, 2. Aufl. Freiburg 1873
- Wagner, A. Beiträge zur Lehre von den Banken, Leipzig 1857
- Wahl, K. Handbuch des Hessischen Sparkassenrechts, Wiesbaden 1955
- Weber, Ad. Depositenbanken und Spekulationsbanken, 3. Aufl. München und Leipzig 1922; 4. Aufl. München und Leipzig 1938
- Weber, K. Dividendenpolitik, Zürich 1955
- Weidner, A. Allgemeine Bilanzkunde und Bilanzkritik, Stuttgart 1968
- Weihrauch, H. Pensionsrückstellungen als Mittel der Finanzierung, Stuttgart 1962
- Werninger, G. Rückstellungen in der Bilanz, Wiesbaden 1960
- Wiese, H. Die Neubildung des Eigenkapitals der gewerblichen Kreditgenossenschaften, Diss. Freiburg 1954
- Wiethölter, R. Interessen und Organisation der Aktiengesellschaft im amerikanischen und deutschen Recht, Karlsruhe 1961
- Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1959 und 1963

- Wittmann, W. Unternehmung und unvollkommene Information, Köln und Opladen 1959
- Wittmann, W. Überlegungen zu einer Theorie des Unternehmungswachstums, in: ZfhF 1961, S. 493 - 519
- Wöhe, G. Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Berlin und Frankfurt/M. 1962
- Wolf, S. Das Gründungsgeschäft im deutschen Bankgewerbe, Diss. Stuttgart 1915
- Würdinger, H. Aktienrecht, Karlsruhe 1959
- van Wyk, W. Die Gelddisposition der Kreditbanken, Frankfurt/M. 1960
- Zahn, J. Zahlung und Zahlungssicherung im Außenhandel, Berlin 1957
- Zahn, J. Der Privatbankier, Frankfurt/M. 1963
- Zimmerer, C.-Schönle, H. Kreditwesengesetz, Wiesbaden 1962

A b k ü r z u n g s v e r z e i c h n i s

a.F.	alte Fassung
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AktG	Aktiengesetz
BAnz	Bundesanzeiger
BaySparkO	Bayerische Sparkassenordnung
BBkG	Bundesbankgesetz
BdLG	Gesetz über die Bank deutscher Länder
Begr.	Begründung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BT	Bundestag
BWM	Bundeswirtschaftsministerium
EK	Eigenkapital
ESTG	Einkommensteuergesetz
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FK	Fremdkapital
GenG	Genossenschaftsgesetz
GenKG	Gesetz über die Deutsche Genossenschafts- kasse
GG	Grundgesetz
GK	Grundkapital
GmbHG	Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GS	Grundsatz
HdB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
HdSw	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
HdStw	Handwörterbuch der Staatswissenschaften
HdW	Handbuch der Wirtschaftswissenschaften
HessSparkG	Hessisches Sparkassengesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HV	Hauptversammlung
HypbkG	Hypothekenbankgesetz
KGen	Kreditgenossenschaften
KRS	Kreditrichtsatz
KWG	Kreditwesengesetz

KStG	Körperschaftssteuergesetz
LABG	Gesetz über die Lastenausgleichsbank
LandwRBG	Gesetz über die landwirtschaftliche Rentenbank
MuSa	Mustersatzung
NRWSparkG	Nordrheinwestfälisches Sparkassengesetz
ÖffPfG	Öffentliches Pfandbriefgesetz
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
Rl	Rücklage
RlpfSparkG	Rheinlandpfälzisches Sparkassengesetz
RStBl	Reichssteuerblatt
S	Satzung
Spk	Sparkasse
SpVO	Sparkassenverordnung
WP	Wahlperiode
Wpg	Die Wirtschaftsprüfung
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfhF	Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
ZfK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZK	Zentralkasse

Lebenslauf

1. Angaben zur Person:

v o n K ö p p e n, Joachim
geb. am 21. Januar 1935 in Berlin-Grünwald
Sohn des Bankprokuristen Dr. rer. pol. Heinz v. Köppen (+)
und seiner Ehefrau Gertraut, geb. Stavenhagen

2. Schulbildung:

1941 - 1945 Volksschule Berlin, Bad Freienwalde/Oder
1946 - 1954 Oberschule Sangershausen/Sachsen, Flensburg,
Berlin, Wiesbaden, Frankfurt/Main
16. 3. 1954 Reifeprüfung Helmholtz-Realgymnasium,
Frankfurt/Main

3. Praktische Tätigkeit:

1954 - 1956 Lehre im Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co.
(vormals M.M. Warburg & Co.), Hamburg
7. 3. 1956 Kaufmannsgehilfenprüfung vor der Handels-
kammer Hamburg mit der Note "sehr gut"

Semesterferien

1956 Bankhaus Georg Hauck & Sohn, Frankfurt/Main
Auslandsabteilung
1957 AEG, Frankfurt/Main, Exportabteilung

4. Studium:

Betriebswirtschaftslehre
an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main
vom SS 1956 - WS 1960/61

5. Akademische Lehrer:

Die Herren Professoren Dr. K. Banse, K. Häuser, K.F. Hagen-
müller, K. Hax, F. Neumark und H. Sauermann

6. Akademischer Grad:

Diplom-Kaufmann mit Gesamtnote "gut"
erlangt an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen
Fakultät der J.W. Goethe-Universität am 29. November 1960

7. Tätigkeit an der Universität:

Wissenschaftliche Hilfskraft und danach wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Bankbetriebslehre seit dem 1. Januar 1961

Sommer 1961: Stipendium für das Collège Européen des Sciences Sociales et Économiques, Paris, Rencontres Internationales

